J. germ.
86
m-21,a

Sach-Register

zum

Justiz-Ministerial-Blatt

für die

Preußische Gesetzgebung und Rechtspflege,

umfassend die Jahrgänge 1839—1859.

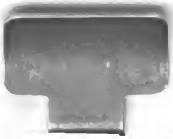
Herausgegeben

von

Rummelspacher,

Digitized by Google

J. germ. 86 m - 21, 4
Justizministerialblatt
4°



Digitized by Google

<36615603190016

<36615603190016

Bayer. Staatsbibliothek

Digitized by Google

Digitized by Google

Sach-Register

zum

Justiz-Ministerial-Blatt

für die

Preußische Gesetzgebung und Rechtspflege,

umfassend die Jahrgänge 1839—1859.

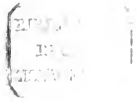
Herausgegeben

von

Rummelspacher,
Kanzlei-Rath im Königlichen Justiz-Ministerium.

Berlin, 1860.
Verlag der Königlichen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei
(R. Decker).

Digitized by Google



Bayerische
Staatsbibliothek
München

Digitized by Google

Inhalt.

Seite

I. Sachregister von 1839 — 1859 ..... 1 — 213.

II. Nachträge zu den jährlichen chronologischen Uebersichten ..... 214 — 231.

III. Zusammenstellung der in dem Justiz-Ministerial-Blatt enthaltenen Schreib- und Druckfehler von 1839 bis 1859 ..... 232 — 236.

Digitized by Google

Digitized by Google

I.

Haupt-Sach-Register.

A.

Abdecker (Scharfrichter), Bearbeitung der Abdecker-Angelegenheiten in der Kur- und Neumark durch die Regierungen 43. 139.

Abfindung, Bestimmungen über die Verpfändung der bei gutsherrlich-bäuerlichen Regulirungen erhaltenen Abfindungen zur Wirthschaftseinrichtung des Hauptguts 39. 320; — desgl. wenn ein Vater in einem mit dem einen seiner Kinder geschlossenen Gutsüberlassungs-Vertrage einem anderen Kinde eine Abfindung ausgesetzt hat 46. 208.

Unzulässigkeit des Rechtswegs bei Streitigkeiten über Abfindungen bei einem Separationsverfahren 48. 362.

s. auch Abrendenten, Ausgangsrecht, Eingangsrecht, Kinder.

Abgaben (Eingangsabgaben, Gefälle, Lasten, Staatsabgaben, Steuern).

1) Allgemeine Bestimmungen.

Begriff des Ausdrucks „beständig fortlaufende" und „fixirte beständige" Abgaben 41. 155; 42. 138. — Was unter den in den §§. 655, 656 Tit. 9 Thl. I. A. L. R. erwähnten öffentlichen Lasten zu verstehen ist 46. 135.

2) Einziehung der Abgaben.

Inwiefern den Abgaben im Konkurse das Vorzugsrecht der zweiten Klasse zusteht 41. 155.

Zeitbauer der kontraktlichen Verpflichtung des Erbverpächters zur Entrichtung der auf dem Erbpachtsgrundstücke haftenden Abgaben in Westphalen 43. 61.

Inwiefern der Verkäufer eines Grundstücks für Privatdienste, Lasten und Abgaben, sowie Kriegssteuern, Brandschahung und außerordentliche Lasten aufzukommen verpflichtet ist 52. 162; 57. 239.

Kompetenz der Auseinandersetzungsbehörden zur Regulirung der auf Mühlengrundstücken haftenden Abgaben 54. 121. — desgl. zur Entscheidung der Frage, ob die auf einem Mühlengrundstücke haftenden Abgaben gewerblicher Natur sind 56. 311. — desgl. zur Entscheidung von Streitigkeiten über rückständige Abgaben und Lasten und zur exekutivischen Beitreibung derselben in den bei ihnen anhängigen Auseinandersetzungen 52. 5; 54. 7; 59. 85; — s. Auseinandersetzungsbehörden.

Unzulässigkeit des Rechtsweges:

gegen die Erhebung landesherrlicher Steuern 48. 192, 270, 294; 50. 33; 54. 179, 367; 59. 53;

gegen die Verbreitung öffentlicher Lasten nach einer Dismembration 48. 307;

gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Grundsteuer und Grundabgaben 49. 11, 263;

gegen Pfändungen, welche Verwaltungsbeamte bei Einziehung der Steuern vornehmen 51. 36;

gegen die Leistung von Abgaben, welche vermöge notorischer Orts- oder Bezirks-Verfassung oder nach Herkommen und Gewohnheit zu entrichten sind 54. 45; 56. 386;

gegen die Verbindlichkeit zur Zahlung von Steuern in der Rheinprovinz und Neuvorpommern 52. 52; 54. 367; 59. 53.

Zulässigkeit des Rechtsweges:

wenn der Steuerpflichtige behauptet, daß die von ihm gezahlte Steuer einem Anderen zur Last falle 48. 12; 53. 200; 54. 347, 361; 58. 246;

wenn der Einwand der Befreiung auf Vertrag, Privilegium oder Verjährung gegründet ist 41. 122; 54. 45; 56. 386; 57. 117, 173, 343; 59. 33, 107;

bei dem Einwande bereits erfolgter Zahlung 48. 232.

3) Befreiung von Abgaben. Auslegung des §. 59 der Städte-Ordnung v. 19. November 1808 in Betreff der Befreiung städtischer Privat-Grundstücke von Lasten und Abgaben 43. 8.

Ansprüche der Beamten in Neuvorpommern auf Befreiung von kommunalständischen Steuern, s. Beamte.

4) Eintragung von Abgaben in das Hypothekenbuch und Verfahren im Falle der Subhastation. Behandlung der auf einem Grundstücke haftenden beständigen Abgaben und Lasten im Falle der Subhastation 39. 162; — desgl. bei nothwendiger Subhastation der Parzele eines mit Renten belasteten parzelirten Bauerguts vor Vertheilung der Abgaben 43. 32.

Zulässigkeit der Eintragung einer nichtständigen Forderung von sogenannten Markgroschen auf Grund einer Exekutions-Verfügung der Verwaltungsbehörde 40. 327.

Zulässigkeit der Eintragung des Allodifikationszinses von allodifizirten Lehngütern des ehemaligen Königreichs Westphalen und des ehemaligen Großherzogthums Berg 43. 119.

Verfahren bei Ab- und Zuschreibung vertauschter Gutsparzelen im Hypothekenbuche hinsichtlich der darauf haftenden öffentlichen Abgaben und Lasten 48. 337.

5) Ablösung von Abgaben. Verfahren bei Parzelirungs-Verträgen über ländliche Grundstücke in Betreff der Vertheilung und Ablösung von Abgaben 42. 103.

Verfahren, wenn die abgelöste Abgabe aus dem Hypothekenbuche nicht hervorgeht 42. 166.

6) Vergehen wider die Vorschriften über die Entrichtung und Erhebung öffentlicher Abgaben. Auslegung der Verordnung v. 11. Januar 1838. 39. 216.

Anweisung zur Einreichung von Nachweisungen über

Digitized by Google

Untersuchungen wegen Vergehen gegen die Abgabengesetze **40**. 197.

Instanzenzug bei fiskalischen Untersuchungen wegen Vergehen gegen die Abgabengesetze **47**. 334.

Untersuchungsverfahren wegen Defraudation von Abgaben **56**. 368.

7) Besondere Abgaben, s. Bergwerks-Abgaben, Besitzveränderungs-Abgaben, Brandschatzung, Domainen-Abgaben, Einzugsgeld, Fruchtantheilsrente, Gemeinde-Abgaben, Geschoß-Abgaben, Gewerbe-Abgaben, Grundsteuer, Hafengelder, Kirchen-Abgaben, Klassensteuer, Kommunikations-Abgaben, Kontribution, Kriegssteuer, Küster-Abgaben, Landdebe, Mahl- und Schlachtsteuer, Marktgroschen, Miethssteuer, Mühlen-Abgaben, Parochiallasten, Pfarr-Abgaben, Rauchfangsteuer, Schul-Abgaben, Umgangsgelder, Zehnten.

Ablösung, 1) Kompetenz der Auseinandersetzungsbehörden bei Ablösungen in den zum ehemaligen Großherzogthum Berg gehörigen Landestheilen **54**. 338; **59**. 190.

Kompetenz der Special- und Regierungs-Kommissarien zur Aufnahme von Kauf-, Abtretungs- und Pachtverträgen in Ablösungssachen **48**. 139.

2) Ablösung von Domanial-Abgaben. Verfahren bei Ablösung der auf Domainengrundstücken haftenden Lasten **39**. 280. — Eintragung der zur Ablösung von Domanial-Abgaben vorgeliehenen Kapitalien **40**. 330.

3) Ablösung von Diensten, Reallasten, Natural- und Geldleistungen. Bestimmungen über die Verpfändung der bei gutsherrlich-bäuerlichen Regulirungen erhaltenen Abfindungen zur Wirthschaftseinrichtung des Hauptguts **39**. 320.

Inwiefern eine Konkurrenz der Fideikommißanwärter eintritt, wenn die einem Fideikommißgut zustehenden Naturaldienste in eine Geldrente verwandelt sind **40**. 148.

Verfahren bei Parzellirungs-Verträgen über Bauerngüter und andere ländliche Grundstücke in Betreff der Vertheilung und Ablösung von Abgaben **42**. 103.

Inwiefern der Vermerk über die Ablösung eines mit einer Reallast belasteten Grundstücks nützlich und nothwendig ist, wenn die abgelöste Abgabe aus dem Hypothekenbuche nicht hervorgeht **42**. 166.

Abschreibung der Zinsablösungs-Kapitalien, welche von den Besitzern kölnischer oder chatouill-kölnischer Güter in der Provinz Preußen eingezahlt werden, von dem Staatsschuldentilgungs-Quantum **42**. 211.

Recht der Kirche im Herzogthum Westphalen, nach Ablösung des Zehnten die Sicherstellung des Ablösungskapitals zu verlangen **50**. 285. — Wirkung der Verordnung vom 13. Juni 1853, betreffend die Ablösung der an Kirchen, Pfarren und Schulen zu entrichtenden Abgaben, auf die Kompetenz der Behörden **56**. 371; **58**. 339.

Anwendung des §. 107 des Gesetzes v. 2. März 1850 **50**. 431.

4) Ablösung standesherrlicher Prästationen. Instruktion v. 30. November 1839 über das bei der Ablösung der standesherrlichen Prästationen in den Grafschaften Wittgenstein-Berleburg und Wittgenstein-Wittgenstein zu beobachtende Verfahren **40**. 50.

5) Ablösung von Gewerbeberechtigungen. Ablösung der Real-Gewerbeberechtigungen **41**. 238.

Klagen auf Anerkennung der Ablösbarkeit von Gewerbeberechtigungen können nur gegen die betreffende Kommune, vertreten durch ihren Magistrat, nicht gegen den Fiskus angestellt werden **42**. 260.

Zulässigkeit des Rechtsweges über die Befreiung resp. Rückzahlung von Beiträgen zur Ablösung eines Apotheker-Privilegiums **48**. 268.

6) Ablösungs-Rezesse. Exekution aus den von den Auseinandersetzungsbehörden bestätigten Rezessen **39**. 222.

Rechtsbeständigkeit der von schreibensunerfahrenen Personen vor Oekonomie-Kommissarien vollzogenen Rezesse **40**. 191.

Fassung der Rezesse in Ablösungssachen **43**. 83.

Eintragungen auf Grund der Rezesse in das Hypothekenbuch **43**. 83.

Zulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über die von den Auseinandersetzungsbehörden bestätigten Rezesse **52**. 98; **56**. 378.

Verfahren bei Zurücknahme des Antrags der Interessenten auf Vollstreckung des Rezesses **57**. 207.

7) Ablösungsgelder.

Depositalmäßige Verrechnung der Ablösungsgelder minorenner Lehngutsbesitzer **39**. 291.

Befugniß zur Verwendung der Ablösungskapitalien für abgelöste gewerbliche und persönliche Abgaben eines Lehns ohne Zustimmung des Lehnsherrn **41**. 28; — Erläuterung hierzu in Beziehung auf die Regulirungskosten **41**. 110.

Anlegung der Ablösungsgelder in Staatsschuldscheinen **44**. 63.

8) Besondere Bestimmungen.

Zulässigkeit der in einem Kollektivschreiben der Ablösungsbehörden anzubringenden Anträge wegen Ertheilung der obervormundschaftlichen Autorisation für die bei der Ablösung konkurrirenden Vormünder **39**. 335.

Rechtsbeständigkeit der den zeitenphytheutischen Grundbesitzern ertheilten Eigenthumsverleihungs-Urkunden **42**. 223.

9) Stempel und Kosten.

Kosten für die Eintragung der Ablösungs-Rezesse in das Hypothekenbuch **39**. 73; desgl. für die gerichtliche Vollziehung der Ablösungs-Rezesse **56**. 376. — Von den Regierungen geleistete Auseinandersetzungen **40**. 171.

Gebühren- und Stempelfreiheit für die gerichtliche Deposition von Geldern und Dokumenten in Ablösungssachen **44**. 62. — Fortdauer der Sportel- und Stempelfreiheit für die durch die Auseinandersetzungsbehörden veranlaßten gerichtlichen Geschäfte und Erhebung der Kopialien als baare Auslagen **52**. 378.

10) Gebühren der Rechtsanwalte in Ablösungssachen **39**. 382.

Abmeldung, Bestrafung der Personen des Beurlaubtenstandes bei unterlassener An- und Abmeldung in Fällen der Aufenthaltsorts-Veränderung **43**. 278. — Festsetzung dieser Strafen durch den Polizeirichter **50**. 126. — Verwendung der deshalb erkannten Geldstrafen und Benachrichtigung der Landwehr-Bataillons-Kommandeure von der erfolgten Strafvollstreckung **50**. 227. — Anderweitige Bestimmungen **51**. 230; **52**. 318, 358.

Verjährung der Strafe wegen unterlassener An- und Abmeldung **52**. 164.

Abneigung (unüberwindliche), s. Ehescheidung.

Abolition, s. Amnestie.

Abschätzung, s. Taxe.

Digitized by Google

Abschreibung, s. Hypothekensachen.

Abschriften, die den Parteien mitzutheilenden Abschriften müssen deutlich und leserlich geschrieben sein **41**. 118.

Berechnung der Kopialien der Rechtsanwalte für Abschriften, wenn stoßweise geschrieben worden ist **43**. 155; — diese Vorschrift findet im Mandate-, summarischen und Bagatell-Prozesse keine Anwendung **43**. 230.

Wegfall der Schreibgebühren durch den Kostenansatz nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 (Einleit.) **52**. 114. — Ansatz von Schreibgebühren für die Mittheilung von Schriftstücken nach beendigter Instanz auf Verlangen der Parteien (Instr. zu §. 63 des Tarifs) **52**. 126; **57**. 238.

Nach welchen Grundsätzen Rechtsanwalte Schreibgebühren für Abschriften zu liquidiren befugt sind (Instr. zum Tarif zum Gesetze v. 11. Mai 1851 zu §. 2) **52**. 142.

In welchen Fällen Notare für Abschriften von Dokumenten Schreibgebühren zu liquidiren befugt sind (Instr. zum Ges. v. 11. Mai 1851 zu §§. 8 und 16) **52**. 152.

Beglaubigte Abschriften.

Bestrafung des Mißbrauchs stempelfrei ertheilter beglaubigter Abschriften **39**. 400.

Ansatz von Schreibgebühren für die Mittheilung von beglaubigten Abschriften an die Parteien nach Beendigung der Instanz (Instr. zu §. 63 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126.

Bemerkung des bei Ausfertigung des Originals zum Ansatze gekommenen Stempels bei Ertheilung beglaubigter Abschriften von Urkunden **52**. 275.

Gebühren der Rechtsanwalte für die Ertheilung von beglaubigten Abschriften **52**. 34.

Gebühren der Notare für die Ertheilung von beglaubigten Abschriften **52**. 34 (Instr. zum Ges. v. 11. Mai 1851 zu §§. 8, 16) **52**. 152.

s. auch Kanzleiwesen, Schreibgebühren, Rechtsanwalte, Notare.

Abstimmung, Verfahren bei Abstimmung behufs der Urtelsfindung **41**. 23.

Abtragungs-Gebühren, Wegfall derselben beim Kostenansatze nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 (Instr., Einleit.) **52**. 114.

Abtreibung der Leibesfrucht, Auslegung des §. 181 des Strafgesetzbuchs **57**. 170.

Abtretungs-Verträge, s. Ablösung, Auseinandersetzung, Gemeinheitstheilung.

Abwesende, Abhandlung über das Verfahren gegen abwesende und flüchtige Verbrecher **51**. 162.

Gebühren für die Kuratel oder Vormundschaft Abwesender (Instr. zum Gesetze v. 10. Mai 1851 zu §. 43) **52**. 114.

Zuwieweit abwesende Parteien Erstattung ihrer Mandatarien-Gebühren von dem unterliegenden Gegner verlangen können (Instr. zum Gesetze v. 12. Mai 1851 zu §. 8) **52**. 142; (Instr. zum Tarif zu dem Gesetze v. 12. Mai 1851 zu §. 19) **52**. 145.

Abzugsgräben, s. Gräben.

Acceptant, s. Wechselsachen.

Acceptation, Kostenansatz nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 für die Acceptation von Verträgen (Instr. zum Tarif zu §§. 16, 20) **52**. 126.

Accessorische Verbindlichkeiten, Kostenansatz nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851, wenn bei einem einseitigen Vertrage zugleich eine accessorische Verbindlichkeit eines Dritten instrumentirt wird (Instr. zum Tarif §. 19) **52**. 126. — Gebührenansatz der Notare in diesen Fällen (Instr. zum Ges. v. 11. Mai 1851 zu §. 6) **52**. 152.

Acker, s. Pfändung.

Acquisitiv-Verjährung, s. Verjährung.

Adcitation, Abhandlung über die Lehre von der Litisdenunciation und Adcitation **48**. 261.

Kostenansatz nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 (Instr. zu §. 7 des Tarifs) **52**. 126.

Gebühren der Rechtsanwalte nach dem Gesetze v. 12. Mai 1851 (Instr. zu §. 5 des Tarifs) **52**. 145.

Adel, Instanzenzug in Injurien-Prozessen gegen Personen von Adel und andere Ezimitte im Gerichtsbezirk des Kammergerichts **40**. 306.

Führung des Nachweises über den Besitz von Ehrentiteln im Königreich Polen **40**. 362.

Verfahren, wenn ein Adeliger einen Bürgerlichen ohne Mittheilung des Adels und Wappens adoptiren will **43**. 306.

Bestrafung der Anmaßung des Adels **56**. 96.

Anweisung der Gerichte zur genauen Befolgung der über den Verlust des Adels bestehenden Vorschriften **43**. 47; **50**. 414. — Verfahren beim Verluste des Adels in Folge begangener Verbrechen **51**. 152; **56**. 374. — Einreichung der Strafertenntnisse durch die Staatsanwaltschaft in den Fällen, wo die Verurtheilung den Verlust des Adels zur Folge hat **53**. 160; **55**. 246.

Geschäftsverkehr des Heroldsamts mit den Gerichten und den Beamten der Staatsanwaltschaft bei Adelsannahungen und zweifelhaften Adelsfällen **55**. 175.

Adjacenten, Entschädigungsansprüche der Adjacenten an Eisenbahnen **51**. 362; **54**. 139.

Adjudikationsbescheid. Wirkung desselben in Beziehung auf die Löschung ausgefallener Hypothekengläubiger **39**. 36; — desgl. auf die Berichtigung des Besitztitels **39**. 36.

Der im §. 5 Nr. 10a. der Verordnung vom 14. Dezember 1833 aufgestellte Nichtigkeitsgrund ist auch bei einer Nichtigkeitsbeschwerde gegen ein Adjudikations-Urtheil nicht ausgeschlossen **48**. 83.

Kostenansatz für die Adjudikatoria im Subhastations-Prozesse nach dem Gesetze vom 10. Mai 1851 (Instr. zum Tarif §. 11) **52**. 126.

Adler, Anrechnung der Theilnahme an dem Gefecht des Dampfschiffs „Preußischer Adler" mit der Dänischen Kriegsbrigg „St. Croix" als Kriegsjahr bei Pensionirungen **50**. 146.

Administration, Zusammenstellung der in den Jahren 1843 bis 1853 bei dem Stadtgericht in Berlin unter Administration gestandenen Grundstücke **54**. 141.

Kostenansatz bei Häuser-Administrationen (Instr. zum Tarif zum Ges. v. 10. Mai 1851 zu §. 13) **52**. 126; — desgl. bei Administration von Fideikommissen oder Stiftungen (ebendas. zu §. 47) **52**. 145.

Gebührenansatz der Rechtsanwalte für den Betrieb einer gerichtlichen Administration (Instr. zum Tarif zum Ges. v. 12. Mai 1851 zu §. 9) **52**. 145; — desgl. für den Betrieb einer Güter- oder Häuser-Administration (ebendas. zu §. 29) **52**. 145.

Administrative Exekution, s. Exekution.

Administratives Strafverfahren, s. Strafprozeß.

Digitized by Google

Administratoren, Kautionsbestellung gerichtlicher Häuser-Administratoren **43**. 238.

Adoption (Annahme an Kindesstatt), Ermächtigung des Justiz-Ministers zur Genehmigung derselben **43**. 10; — desgl. auch für den Bezirk der Hohenzollernschen Lande **52**. 2.

Verfahren, wenn ein Adeliger einen Bürgerlichen ohne Mittheilung des Adels und Wappens adoptiren will **43**. 306.

Adresse, nähere Bezeichnung gleichnamiger Orte auf der Adresse bei der Korrespondenz mit Gerichtsbehörden **43**. 61.

Bei Angabe der Adressen der im Auslande lebenden Personen ist die möglichste Genauigkeit zu beobachten **44**. 207. — s. auch Nordamerika.

Anbringung der Adresse bei der Absendung gerichtlicher Verfügungen mit Insinuations-Dokumenten durch die Post **54**. 18.

Attest bei Rückfendung der Adresse an die Post zur nachträglichen Erhebung des Porto **54**. 267. — s. auch Briefcouvert.

Advokat-Anwalte, als zunächst vorgesetzte Dienstbehörde der Advokat-Anwalte sind die Ober-Prokuratoren anzusehen **40**. 130.

Die Qualität als Advokat-Anwalt berechtigt den Inhaber derselben nur, die ihm in diesem seinem Amte gemachten Mittheilungen ausdrücklich von der ihm durch den Zugeneid auferlegten Verpflichtung auszunehmen **55**. 70.

Verpflichtung der Advokat-Anwalte zur Anschaffung des Justiz-Ministerial-Blatts **39**. 1; **47**. 106.

Gebühren der bei den Handelsgerichten für die prozeßführenden Parteien auftretenden Anwalte **39**. 322.

Portofreiheit der Advokat-Anwalte bei ihrer Korrespondenz in Armensachen **56**. 319.

Advokaten, als zunächst vorgesetzte Dienstbehörde der Advokaten sind die Ober-Prokuratoren anzusehen **40**. 130.

Verfahren bei Dienstvergehen der Advokaten in der Gerichtssitzung **51**. 250.

Verpflichtung der Advokaten zur Anschaffung des Justiz-Ministerial-Blatts **39**. 1; **47**. 106.

Advokatenstage, s. Prüfungen.

Aergerniß, Thatbestand des öffentlichen Aergernisses bei Verletzung der Schamhaftigkeit **54**. 403.

Aerzte, s. Medizinalpersonen.

Affirmatives Recht, ein affirmatives Recht kann auch als Gegenleistung für ein entsprechendes Recht des Verpflichteten durch Acquisitiv-Verjährung erworben werden **49**. 208.

Affixions-Gebühren, Wegfall derselben bei dem Kostenansatze nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 (Instr. zur Einl.) **52**. 114.

Aftermiether, s. Miether.

Agenten, inwieweit der Agent einer Feuerversicherungs-Gesellschaft als zum Abschlusse von Versicherungs-Geschäften bevollmächtigt zu betrachten ist **51**. 349.

Wer als Agent die Feuerversicherung eines Immobile vermitteln will, muß dazu die Konzession derjenigen Regierung haben, wo das Immobile liegt **59**. 50.

Aggravation, Bestimmungen über das Rechtsmittel der Aggravation in Kriminal- und fiskalischen Untersuchungen gegen Civilbeamte **39**. 223, 263; **40**. 392; **42**. 17; **43**. 304.

Frist zur Einlegung des Rechtsmittels der Aggravation in fiskalischen und Kriminal-Untersuchungen gegen Civilbeamte **40**. 392; **41**. 254; **42**. 17; **43**. 304; **44**. 32.

Frist zur Einlegung des Rechtsmittels der Aggravation in Injuriensachen **43**. 270. — Abhandlung über das Milderungs- und Verschärfungs-Gesuch gegen vorläufig freisprechende Erkenntnisse und über die Standesverschiedenheit in Injuriensachen **48**. 333.

Kompetenz des Ober-Appellations-Senats des Kammergerichts zur Abfassung des Erkenntnisses dritter Instanz auf das von einem Civilbeamten gegen ein in zweiter Instanz verschärftes Urtheil eingelegte Rechtsmittel **39**. 294.

In der Rheinprovinz. Kompetenz der Ober-Prokuratoren zur Einlegung des Rechtsmittels der Aggravation in fiskalischen Untersuchungen gegen Advokaten und Advokat-Anwalte **40**. 130; — desgl. in Untersuchungen gegen Friedensrichter und bei Verfolgung der gegen Friedensrichter berübten Widersetzlichkeiten und Beleidigungen im Amte **40**. 175. — Befugniß der Justizbehörden in der Rheinprovinz zur Einlegung des Rechtsmittels der Aggravation in Untersuchungssachen wider gerichtliche Polizeibeamte der Rheinprovinz, welche zugleich Verwaltungsbeamte sind **42**. 323.

Kostenansatz für die Aggravations-Instanz in Kriminal- und fiskalischen Untersuchungen **39**. 166.

Agnition, Kostenansatz nach dem Gesetze vom 10. Mai 1851, wenn der Prozeß durch Agnitions-Resolut beendigt wird (Instr. zum Tarif §. 4) **52**. 126. — desgl. in Injuriensachen (d. h. in Prozessen wegen Beleidigung, Ehrverletzung oder leichter Mißhandlung) (ebendas.) **52**. 126.

Gebühren der Rechtsanwalte bei Beendigung des Prozesses durch Agnitions-Resolution (Instr. zu §. 4 des Tarifs zum Ges. v. 12. Mai 1851) **52**. 135.

Agrar-Gesetze, Ankündigung des unter dem Titel „die Landeskultur-Gesetzgebung Preußens" herausgegebenen Werks **42**. 91; — desgl. der Zusammenstellung der Agrar-Gesetze des Preußischen Staats nebst Ergänzungen und Erläuterungen **43**. 124.

Akademische Lehrer, s. Studentenschulden.

Akten, Verfahren bei Anlegung der Akten in Mandats-, Bagatell- und Injurien-Prozeßsachen **44**. 3. — Auf den Aktendeckeln müssen die Folien, wo sich die Erkenntnisse und die Vollmachten der Mandatarien befinden, verzeichnet sein **41**. 123; **47**. 91.

Aufbewahrung der Akten abgehender Notare **39**. 43; — desgl. der Akten in Schwurgerichts-Untersuchungssachen **51**. 66.

Requisition der Akten in Steuer-Untersuchungssachen **39**. 145; — abändernde Bestimmungen **40**. 18.

Verfahren bei Kassation unbrauchbarer Akten **48**. 24; — desgl. in Betreff bereits gebuchter Kosten und Restitution niedergeschlagener Stempel **39**. 219; **42**. 196. — Eintritt des Zeitpunkts der Kassation von Stempelrevisions-Akten bei den Gerichten und Notaren **41**. 273. — Zeitpunkt der von den Obergerichten über den angeordneten Verkauf kassirter Akten jährlich zu erstattenden Berichte **40**. 402. — Verfahren bei Versendung unbrauchbarer Akten von einem Orte zum anderen behufs des Verkaufs derselben **48**. 322. — Verfahren bei Kassirung der Akten in der Rheinprovinz **58**. 314.

Verfahren bei Requisitionen um Mittheilung kurrenter Vormundschafts-Akten **42**. 102.

Verfahren bei portopflichtiger Versendung von Akten **43**. 127. — Gewicht der durch die Post zu versendenden Akten-Packete bei Armen-Prozeßsachen in der Rheinprovinz **56**. 319. — Gewicht der in Dienstangelegenheiten portofrei zu befördernden Packetsendungen **57**. 394; **58**. 53.

Digitized by Google

Abgabe der Akten in den bei den Gerichten über Reallasten auf Mühlen-Grundstücken anhängigen Prozessen an die Auseinandersetzungsbehörden **50**. 196. — Instruktion v. 25. Januar 1849 wegen des Uebergangs der Geschäfte und Akten auf die Gerichte erster Instanz zur Ausführung der Verordnung v. 2. Januar 1849. **49**. 38.

Verfahren der Gerichte und Beamten der Staatsanwaltschaft bei Einsendung von Akten an das Ober-Tribunal **44**. 6; **49**. 344; **51**. 167; **57**. 122.

Verfahren bei Einsendung der Akten in Disziplinar-Untersuchungen gegen nichtrichterliche Justizbeamte **52**. 350; **53**. 82.

Kostenansatz. Wegfall der Gebühren für das Aufsuchen der Akten bei dem Kostenansatze nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 (Justr. zur Einl.) **52**. 114; — desgl. der baaren Auslagen für Emballage und Verpackung der Akten (ebend.) **52**. 114. — Transport der Akten bei Reisen der Justizbeamten (Justr. zum Ges. v. 9. September 1851 §. 3) **52**. 137.

Akten-Auszüge, Form derselben in Untersuchungssachen **39**. 66; **41**. 211; **50**. 150; **51**. 380.

Akten-Revisionen, Beaufsichtigung der seit länger als einem Jahre anhängigen Rechtsangelegenheiten durch Akten-Revisionen **41**. 211. — Erläuterungen hierzu **41**. 262.

Aktenträger, Anstellung derselben auf Kündigung **41**. 363. — Pensionsbeiträge derselben **42**. 207.

Aktien, s. Eisenbahn-Aktien.

Aktien-Gesellschaften, Verfahren bei Abfassung von gerichtlichen oder notariellen Protokollen über die Beschlüsse der General-Versammlungen von Aktien-Gesellschaften. **58**. 386.

Unzulässigkeit der Erhebung des Kompetenz-Konflikts bei Streitigkeiten unter den Mitgliedern einer Aktiengesellschaft **59**. 294.

Aktivforderungen, unter „Sachen" im Sinne des §. 272 des Strafgesetzbuchs sind auch Aktivforderungen zu verstehen **56**. 146.

Aktivmasse, Kostenansatz nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 für die Konstituirung der Aktivmasse im Konkurse (Justr. zum Tarif §. 12) **52**. 126.

Gebühren der Rechtsanwalte nach dem Gesetze v. 12. Mai 1851 (Justr. zum Tarif §. 21) **52**. 145.

Aktuarien, Kaution der Aktuarien bei den Gerichts-Kommissionen **39**. 55; **48**. 144.

Welchen Anspruch auf Reisekosten Aktuarien bei Ausrichtung kommissarischer Geschäfte haben **40**. 60. — Liquidation und Zahlungsanweisung von Kommissionsgebühren der Aktuarien **43**. 277.

Diäten und Reisekosten der Aktuarien nach dem Gesetze v. 9. Mai 1851 (Justr. zu §. 5) **51**. 137.

Aktuariats-Prüfung, s. Prüfungen.

Alignement, inwiefern der Rechtsweg über die Rückgabe oder Entschädigung für den durch eine von der Regierung festgesetzte Alignementslinie abgeschnittenen Grund und Boden zulässig ist **56**. 50.

Alimente. 1) Alimente unehelicher Kinder. Ob der natürliche Vater, welcher die Verpflegung und Erziehung des Kindes selbst übernehmen will, das Kind von der Mutter abzuholen oder sich von derselben überbringen zu lassen hat **40**. 148.

An welchem Orte der Verpflichtete dem Berechtigten die Zahlung zu leisten hat **40**. 256.

Auf Alimentenforderungen unehelicher Kinder finden die gewöhnlichen Einschränkungen des Exekutionsverfahrens keine Anwendung **47**. 84.

Subsidiarische Verpflichtung der Großeltern zur Alimentirung der von ihren Söhnen erzeugten unehelichen Kinder **50**. 175. — Inwiefern es zu dem von dem mütterlichen Großvater eines unehelichen Kindes über dessen künftige Alimentation geschlossenen Vergleich der obervormundschaftlichen Genehmigung bedarf **54**. 435.

Die Entscheidung darüber, ob eine zur Alimentation hülfsbedürftiger Verwandten gesetzlich verpflichtete Person als dazu unvermögend zu erachten, bleibt dem richterlichen Ermessen anheimgestellt **51**. 11.

Nach welchen Gesetzen die Rechte eines unehelichen Kindes zu beurtheilen sind, wenn die Mutter nach der Schwängerung ihren Wohnsitz verändert **58**. 115.

Höhe der von dem Vater eines Soldaten für das uneheliche Kind seines Sohnes zu zahlenden Alimente **39**. 360. — Vollstreckung der Exekution in das Militair-Gnadengehalt oder Wartegeld invalider Unteroffiziere und Gemeinen wegen Alimente **39**. 83. — Gehaltsabzüge der Offiziere wegen laufender Alimente **45**. 11.

Zulässigkeit der Kumulation einer Alimentenklage gegen den Schwängerer und den subsidiarisch Verpflichteten **41**. 115.

2) Alimente der Schuldgefangenen. Behandlung der Vorschüsse zur Alimentation der Schuldgefangenen **46**. 22. — Ansatz und Erhebung der Haft- und Verpflegungskosten für Schuldgefangene **58**. 374. — Verrechnung der unverwendet gebliebenen Vorschüsse zur Alimentation der Schuldgefangenen **59**. 10. 343.

s. auch Gefangene, Kassenwesen.

Ob der Gläubiger zur Zahlung eines Alimenten-Vorschusses verpflichtet ist, wenn der Schuldner die Ableistung des Manifestationseides verweigert, und durch Personalarrest dazu angehalten werden soll **46**. 58.

Alker (O. L. G. Assessor), Empfehlung des von demselben herausgegebenen Handbuchs des Pr. Kriminal-Prozeßverfahrens **42**. 64.

Allodifikation, s. Lehnwesen.

Allodifikations-Zins, Eintragungsfähigkeit des von den Besitzern allodifizirter Lehngüter in dem ehemaligen Königreich Westphalen und in dem ehemaligen Großherzogthum Berg gesetzlich an den früheren Lehnsherrn zu entrichtenden Allodifikations-Zinses **43**. 119.

Altentheil, Begriff desselben; Altentheils-Verträge müssen gerichtlich abgeschlossen werden **39**. 124. — Notare sind zur Aufnahme von Verträgen über die Ausfertigung eines Altentheils von den im Zusatze 105 §. 1 des Ostpreußischen Provinzialrechts bezeichneten Gütern nicht befugt **43**. 136.

Verfahren bei Eintragung eines Altentheils bei bäuerlichen Kolonaten **39**. 283.

Erfordernisse der Löschung der nach dem längst erloschenen Tode der Berechtigten auf Grundstücken noch haftenden Ausgedinge (Altentheile) **40**. 38; **41**. 343.

Ob nach Märkischem Provinzialrechte der überlebende Ehegatte, welcher die statutarische Hälfte wählt, bei der Erbtheilung das Altentheil einzuwerfen hat **43**. 282.

Stempel. Stempelfreiheit der bei dem Verkauf von Justizkassellen aufgesetzten Altentheile **41**. 182. — Hinzurechnung des Werths des Altentheils bei Bestimmung des stempelpflichtigen Kaufgelder-Betrages **42**. 108. — Berechnung der Stempel-Abgabe bei Grundstücksverkäufen an Descendenten **58**. 258.

Inwieweit der Adjudikatar ein auf dem subhastirten Grundstück eingetragenes Altentheil zu übernehmen verpflichtet ist **55**. 54.

Digitized by Google

Alt-Lutheraner, bei Streitigkeiten über Kirchenbeiträge ist der Einwand des Zahlungspflichtigen, daß er als Alt-Lutheraner einer anderen Konfession angehöre, nicht geeignet, den Rechtsweg zu begründen **58**. 284.

Altmark, Deichwesen in der Altmark **56**. 246.

Amnestie. 1) Amnestie-Order vom 11. November 1839, aus Veranlassung der Reformationsfeier (Beilage zu Nr. 46 des Just.-Minist.-Bl. pro 1839). — Nähere Bestimmung derjenigen Landestheile und Bezirke, in welchen die Amnestie eintreten soll **39**. 398; **40**. 60. — Ausdehnung der Amnestie nur auf solche Fälle, in welchen sich der Verurtheilte im Falle der ersten Verübung, nicht im Falle der ersten Bestrafung befindet **39**. 387; — desgl. auf Vergehen gegen die Zollgesetze und ferners Auslegung der Amnestie-Order **39**. 428; — desgl. auf alle polizeilichen, keine eigentliche Entwendung enthaltenden Forst- und Jagdfrevel, insbesondere Hütungsfrevel **39**. 429; — desgl. auf Stempel-Kontraventionen **40**. 40. — Auslegung der Amnestie-Order in Betreff wörtlicher, symbolischer und mit geringen Thätlichkeiten verübter Injurien **40**. 20.

2) Amnestie-Order vom 10. August 1840, aus Veranlassung des Thronwechsels (Beiblatt zu Nr. 38 des Just.-Minist.-Bl. pro 1840). — Wiederverleihung der National-Kokarde an diejenigen politischen Verbrecher, welchen durch die Kabinets-Order v. 10. August 1840 die Anstellungsfähigkeit wieder verliehen werden ist **41**. 62. — Verfahren, wenn der Angeschuldigte die Uebernahme der nicht zu einer Königlichen Kasse fließenden Kosten verweigert **40**. 391.

3) Amnestie-Order vom 10. September 1840, aus Veranlassung der Erbhuldigung in Königsberg (Beiblatt zu Nr. 38 des Just.-Minist.-Bl. pro 1840). — Vorschriften zur Ausführung der Amnestie-Order (edendas.) — Auslegung derselben **40**. 333. — Ausdehnung der Amnestie auf das Vergehen des Spielens in ausländischen Lotterien und des Verbreitens ausländischer Lotterie-Loose **41**. 34. — Deklaration der Amnestie-Order in Betreff rückständiger Kosten, Stempel und Porto **41**. 2. — Verfahren, wenn der Angeschuldigte die Uebernahme der nicht zu einer Königlichen Kasse fließenden Kosten verweigert **40**. 391. — desgl. wenn der Angeschuldigte in Holzdiebstahlssachen die Schadensersatzgelder nicht zahlt **41**. 150.

4) Amnestie-Order vom 21. März 1848, für politische und Preßvergehen und Verbrechen **48**. 107.

5) Amnestie-Order vom 26. Juni 1848, für Holzdiebstähle und Forstfrevel, soweit dieselben den Strafbestimmungen des Gesetzes v. 7. Juni 1821 und der Erlasse d. 5. August 1838 und 4. Mai 1839 unterliegen **48**. 231. — Durch diese Amnestie ist das Pfandgeld in Holzdiebstahlssachen nicht erlassen **48**. 282.

6) Amnestie-Order vom 23. Dezember 1850, aus Veranlassung der Mobilmachung der Armee **50**. 430.

Amortisation (Mortifikation).

Amortisation von Pfandbriefen; Löschung amortisirter Pfandbriefe auf Grund einer von der landwirthschaftlichen Behörde beglaubigten Abschrift des Amortisations-Erkenntnisses **39**. 131.

Die Verordnung v. 9. Dezember 1809 (Ges.-Samml. S. 621) findet auf verpfändete Hypothekenforderungen keine Anwendung **42**. 296.

Kostenansatz in Amortisationssachen nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 (Justr. zum Tarif zu §. 9) **52**. 126; — desgl. für die Erneuerung mortifizirter Dokumente (Instr. zum Tarif zu §. 30) **52**. 126.

Gebühren der Rechtsanwalte nach dem Gesetze v. 11. Mai 1851 (Instr. zum Tarif §. 8) **52**. 145.

Amtsblätter (Anzeiger).

Verpflichtung der Königlichen Gerichte, für jedes selbstständige von ihnen widerruflich verwaltete Patrimonialgericht die Amtsblätter der betreffenden Regierung zu halten **41**. 164. — Unentgeltliche Verabfolgung der Regierungs-Amtsblätter an die neugebildeten Gerichtsbehörden, sowie an die Staats- und Polizei-Anwalte **49**. 407; — desgl. des öffentlichen Anzeigers zu den Frei-Exemplaren des Amtsblatts **50**. 323.

Bekanntmachung der Personal-Veränderungen bei den Justizbehörden durch die Amtsblätter **39**. 168. — Welche gerichtliche Insertionen sich zur Bekanntmachung durch das Amtsblatt eignen **41**. 116. — Gemeinschaftliche Bekanntmachungen über einen und denselben Gegenstand durch die Centralbehörden an die ihnen untergeordneten Behörden **41**. 295.

Verfahren bei Requisitionen wegen Aufnahme von Bekanntmachungen in die Amtsblätter **53**. 98; **54**. 191, 342; **59**. 330.

Justifikation der unentgeltlich erfolgten Insertion von Steckbriefen **42**. 11. — Unentgeltliche Insertion der in unvermögenden Untersuchungen erlassenen Steckbriefe, und Bekanntmachungen wegen präsumtiv gestohlener oder als verdächtig angehaltenen Sachen **43**. 71; **48**. 284.

Aufhebung der Insertionsgebühren für das öffentliche Aufgebot von Dienstkautionen pensionirter oder versetzter Deposital-Kassen-Rendanten **47**. 358; — desgl. der Gerichtsboten und Exekutoren **48**. 241.

Einziehung der Insertionsgebühren für die Einrückung gerichtlicher Verfügungen in den Anzeiger der Amtsblätter **54**. 342; **59**. 330.

Amtseid (Diensteid), s. **Beamte**.

Amtsgeheimniß, ein Geistlicher kann nicht gezwungen werden, über das, was ihm außer der Beichte als Amtsgeheimniß mitgetheilt worden, Zeugniß abzulegen **53**. 356; **59**. 351.

Amtshandlungen, Begriff der Amtshandlung eines Beamten **57**. 286.

Unzulässigkeit der Entschädigungsklage gegen Beamte wegen Amtshandlungen, welche dieselben innerhalb der Grenze ihrer Dienstbefugniße vorgenommen haben **49**. 412; **55**. 161.

Gerichtliches Verfahren gegen Geistliche wegen Verletzung bestehender Landesgesetze bei Amtshandlungen, welche mit bürgerlicher Wirkung und bürgerlichem Glauben bekleidet sind **51**. 3.

Gegen polizeiliche Anordnungen findet der Rechtsweg nicht statt, auch wenn die Polizeibeamten sich bei ihren amtlichen Handlungen nicht als solche bemerklich gemacht haben **55**. 215.

s. auch **Amtspflichten, Beamte**.

Inwiefern eine Verfolgung der Beamten wegen dienstlicher Handlungen zulässig ist, s. **Konflikte**.

Amtskaution (Dienstkaution).

1) Kautionsbestellung. Höhe der von den Kassenbeamten bei den Gerichts-Kommissionen zu bestellenden Kaution **39**. 55; **48**. 144; **49**. 296, 324. — Erhöhung der Amtskaution kautionspflichtiger Beamten aus Veranlassung einer Gehaltszulage **40**. 225. — Theilung der Amtskaution eines Kassenbeamten bei Verwaltung mehrerer Kassen durch denselben **41**. 183. — Verfahren bei Anstellung kautionspflichtiger

Digitized by Google

Justizbeamten 41. 250. — Kaution derjenigen Beamten, welche bei den aus Staatsfonds unterhaltenen Gerichtsbehörden nur Privat-Gelder oder Güter verwalten 43. 238. — Nach welchen Grundsätzen die Höhe der von den Staatskassen- und Magazin-Beamten zu leistenden Kaution zu berechnen ist 52. 274.

Zulässigkeit der Kautionsbestellung der ehemaligen freiwilligen Jäger im gerichtlichen Botendienst durch Gehaltsabzüge 41. 153.

2) Verfahren bei Einzahlung der Dienstkautionen der Justizbeamten 51. 10.

3) Haftung der Amtskaution für die während der Suspension eines Beamten entstandenen Vertretungskosten 39. 89; 45. 200.

4) Verfahren bei Rückzahlung der Amtskaution 39. 63; — desgl. wenn solche zum gerichtlichen Depositorium erfolgt 44. 173; — desgl. wenn die Kaution in Effekten eingezahlt war 48. 460.

Verfahren bei Rückzahlung der Amtskautien in der Rheinprovinz 39. 379.

Verfahren bei Versetzung oder Pensionirung von Deposital-Kassen-Rendanten, Gerichtsboten und Exekutoren in Betreff des öffentlichen Aufgebots der Dienstkautionen, s. Amtsblatt.

Dem Eigenthümer eines Grundstücks steht die Befugniß zur Disposition über eine auf dem letzteren eingetragene Amtskaution nach dem Erlöschen derselben nicht zu 40. 275.

Amtspflichten, was unter Verletzung der Amtspflichten zu verstehen ist (§. 133 des Strafgesetzbuchs) 58. 143.

Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über den Umfang der Amtspflichten eines Beamten 51. 35; — desgl. gegen Uebertretung der Amtspflichten eines Dominial-Polizeiverwalters 51. 203.

s. auch Beamte.

Inwiefern eine gerichtliche Verfolgung der Beamten wegen dienstlicher Handlungen zulässig ist, s. Konflikte.

Amtsfässige Lehne, s. Lehne.

Amtssiegel, s. Siegel.

Amtssuspension, Verfahren, wenn ein durch Urtel und Recht freigesprochener Beamter die Nachzahlung des zu seiner Vertretung innebehaltenen Gehalts verlangt 39. 4. — Kosten der Stellvertretung eines suspendirten Beamten 39. 89; 50. 189; 56. 290. — Haftung der Amtskaution für die während der Dauer der Amtssuspension eines Beamten entstandenen Vertretungskosten 39. 89; 45. 200.

Welches Einkommen eines Beamten, welcher während der Amtssuspension verstirbt, den Hinterbliebenen desselben zu gewähren ist 41. 188. — Gehaltszahlung an suspendirte Beamte 53. 334; 55. 94. — Berichtigung der Wittwenkassen-Beiträge und Pensionsabzüge suspendirter Beamten 55. 347.

Verfahren bei Amtssuspension der Justiz-Kommissarien und Notare 43. 27.

Inwiefern der Rechtsweg gegen den Anspruch eines Bürgermeisters auf Zahlung des Gehalts bei erfolgter Amtssuspension zulässig ist 49. 372.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die von einem Verwaltungs-Chef verhängte Amtssuspension eines zu seinem Ressort gehörenden Beamten 51. 44.

Zulässigkeit des Rechtsweges über Klagen suspendirter Gemeindebeamten wegen zuviel entzogenen Diensteinkommens 55. 145.

s. auch Beamte, Gnaden-Kompetenz.

Analphabeten (lesens- und schreibensunkundige Personen), Erläuterung des Begriffs eines Analphabeten 55. 302.

Zuziehung eines Schreibebeistandes bei Aufnahme der Verhandlungen von den Geistlichen über die Taterschaft der Kinder, welche von der Braut außer der Ehe geboren worden sind 39. 119. — Rechtsbeständigkeit der von schreibensunkundigen Personen vor Oekonomie-Kommissarien vollzogenen Rezesse 40. 191. — Anwendung des §. 70 des Anhangs zur A. G. O. nicht blos auf prozessualische, sondern auch auf Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit 47. 51. — Von wem der im §. 13 der Verordnung v. 11. Juli 1845 vorgeschriebene Vermerk zu dem Handzeichen der Analphabeten gemacht werden muß 47. 351; 48. 170; 53. 54. — Die von einer einzelnen Gerichtsperson mit einer schreibensunkundigen Partei aufgenommene Verhandlung ist für die schreibensunkundige Partei nicht unverbindlich 48. 461. — Gültigkeit einer vor dem Erlasse der Notariats-Ordnung v. 11. Juli 1845 mit einer lesens- und schreibensunkundigen Person aufgenommenen Notariats-Urkunde, wenn auch der instrumentirende Notar das Dokument vorgelesen hat 50. 83.

Ob ein Justiz-Kommissarius auch für Analphabeten Prozeßschriften anfertigen kann, wenn er bei dem Gericht, bei welchem die Sache anhängig ist, nicht die Prozeßpraxis hat 48. 175.

Verfahren bei dorfgerichtlichen Verhandlungen, wenn eine Partei schreibensunkundig ist 54. 206.

Verfahren bei Aufnahme gerichtlicher Verhandlungen mit Analphabeten 55. 176.

Anbauer, Rechte der Anbauer auf die Benutzung von Gemeinde-Gründen 41. 212; 45. 38. — Befugnisse neuer Anbauer in Dorfgemeinden, welche schon vor dem Erscheinen des Gesetzes v. 3. Januar 1845 den Anbau vollendet hatten 45. 229.

Anciennetäts-Verhältnisse der richterlichen Beamten und Beamten der Staatsanwaltschaft 50. 104; — desgl. der Privatrichter bei ihrer Uebernahme in den Königlichen Justizdienst 50. 104.

Berechnung der Anciennetät der Civil-Supernumerarien und derjenigen Personen, welchen die Anstellungsfähigkeit durch eine Allerhöchste Order beigelegt ist 43. 154.

Unzulässigkeit des Rechtsweges über Ansprüche der Beamten auf das ihnen nach ihrer Anciennetät angeblich zustehende Gehalt 51. 191.

Anerben, Recht der Anerben in den Fürstenthümern Münster und Minden und in der Grafschaft Ravensberg auf das von den mahljährigen Wirthen nach Aufhebung des Leibeigenthums erworbene Peculium 39. 16; 45. 92.

Fortdauernde Wirksamkeit der in der Osnabrückschen Eigenthums-Ordnung aufgeführten Fälle der Ausschließung der Erben von der Succession im Kolonate, in Bezug auf das Heimfallsrecht des Gutsherrn 39. 248.

Verpflichtung des mahljährigen Wirths zur Herausgabe des Vermögens, welches er während der Interims-Wirthschaft vor Aufhebung der Leibeigenschaft aus den Mitteln der Stätte erworben hat 45. 92.

Bestellung eines Anerbenrechts während der Zeit, da in Westphalen die Münstersche und die Minden-Ravensbergsche Eigenthums-Ordnung durch die fremdherrliche Gesetzgebung außer Kraft gesetzt war 46. 30.

Digitized by Google

Angeklagte, Verhaftung mehrerer Angeklagten für die Untersuchungskosten (Instr. zu §. 48 der Instr. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Tragung der Kosten, wenn der Angeklagte ein Rechtsmittel gegen ein theilweises Erkenniß einlegt und keine völlige Freisprechung erfolgt **57**. 248.

Die falsche Bezeichnung des Namens des Angeklagten macht das gegen denselben ergangene rechtskräftige Erkenntniß nicht ungültig **55**. 192.

Inwiefern die von dem Angeklagten in weiter Instanz angebrachten neuen Thatsachen und Beweismittel zur Erörterung gelangen müssen **53**. 215, 437; **54**. 14, 161; **57**. 77.

Anhalt-Bernburg, Uebereinkunft wegen gegenseitiger Ausübung der Rechtspflege **44**. 207.

Anklage (Anklageformel, Anklageschrift, Anklagestand).

Zulässigkeit des Beschwerdeweges in den Fällen, wenn der Antrag der Staatsanwaltschaft auf Versetzung in den Anklagestand zurückgewiesen wird **49**. 391; **50**. 136; **51**. 42.

Motivirung der Beschlüsse der Gerichte erster Instanz und der Anklagekammer des Appellationsgerichts, durch welche die Versetzung in den Anklagestand ausgesprochen wird, durch Gründe **49**. 411; — Modifikation dieser Vorschrift **49**. 443.

Inwiefern der Staatsanwalt die Klage noch zurücknehmen, und ein Beschluß des Gerichts über die Versetzung in den Anklagestand rückgängig gemacht werden kann **49**. 451; **56**. 331.

Wann die Verhaftung angeschuldigter Personen erfolgen muß **50**. 384.

f. auch Ergreifung, Verhaftung.

Inwiefern die Thatsachen, welche einer Anklage zum Grunde gelegen haben, Gegenstand einer nochmaligen Anklage werden können **51**. 61; **56**. 77.

Gegen einen freigesprochenen Angeklagten kann wegen desselben Verbrechens eine neue Untersuchung nicht eingeleitet werden **53**. 376. — Inwiefern wegen desselben Verbrechens nach erfolgter Freisprechung von Neuem Anklage erhoben werden kann **57**. 282. — Verfahren, wenn durch Rathskammer-Beschluß eine Untersuchung wegen mangelnder Beweise eingestellt, und diese ohne Ermittelung neuer Verdachtsmomente wieder aufgenommen werden ist **58**. 130. — Auslegung der Art. 30 und 86 des Ges. v. 3. Mai 1852, betreffend den Vorbehalt einer anderweiten Verfolgung **58**. 307.

Zulässigkeit der Zurücknahme einer Denunciation bei Verbrechen, deren Bestrafung von dem Antrage einer Privatperson abhängig ist **51**. 43. — Verfahren bei dergleichen Untersuchungen **57**. 193.

Unzulässigkeit der Versetzung in den Anklagestand gegen den Antrag der Staatsanwaltschaft **52**. 24.

Unzulässigkeit der Zustellung der Anklageschrift in Abschrift oder lithographirter Kopie an die Geschworenen bei dem Beginn der Verhandlung in der Schwurgerichtssitzung **54**. 177. — Angabe der den Rückfall betreffenden Thatsachen in der Anklage **59**. 378.

Abfassung der Anträge auf Versetzung in den Anklagestand und Fassung der Anklageformel **51**. 34; **53**. 134; **55**. 152; **59**. 90. — Hervorhebung der erschwerenden Umstände in denselben **56**. 2. — Gebrauch derjenigen Formel in der Anklageschrift, welche in dem Beschlusse über die definitive Versetzung in den Anklagestand enthalten ist **53**. 134; **59**. 90.

Verfahren, wenn die Gerichtsabtheilung sich für inkompetent erklärt **55**. 143, 246. — Gegen den Rathskammer-Beschluß, welcher über die Inkompetenz-Einrede entscheidet, steht auch dem Angeklagten das Rechtsmittel der Berufung zu **55**. 320.

f. auch Angeklagte, Strafprozeß.

Anlagen (öffentliche), inwiefern der Staat zur Entschädigung wegen der im öffentlichen Interesse bewirkten Anlagen verpflichtet ist **50**. 303.

Anleitung zu Verbrechen, Ausspruch der Geschworenen, wenn das Strafgesetz mehrere von einander verschiedene Thätigkeiten zusammenfaßt und mit Strafe bedroht, z. B. die Anleitung und die Hülfeleistung bei Verbrechen **56**. 18.

f. auch Anstiftung.

Anmeldung, f. Abmeldung.

Annahme an Kindesstatt, f. Adoption.

Anschlag, Untersagung des Anschlags gerichtlicher Verfügungen an die Kirchthüren **47**. 10.

Anschuldigung, f. Anklage, Denunziation, Falsche Anschuldigung.

Anspeglen, Ersatz des von einem Lootsen bei Führung eines Schiffes durch An- oder Ueberlegeln zugefügten Schadens **43**. 130.

Ansiedelungen, Ausführung des Gesetzes v. 24. Mai 1853 über die Zertheilung von Grundstücken und die Gründung neuer Ansiedelungen **53**. 358.

Anstalten (öffentliche), welche öffentliche Anstalten die Kostenfreiheit genießen (Instr. zu §. 4. des Gesetzes v. 10. Mai 1851) **52**. 126.

f. auch Arbeits-, Armen-, Besserungs-, Bildungs-, Bürgerversorgungs-, Kleinkinderbewahr-, Kranken-, Versicherungs- und Waisen-Anstalten.

f. ferner Milde Stiftungen, Bürgerrettungs-Institute.

Anstellung. I. Anstellung im richterlichen Dienst. Verfahren zur Verhütung der Anstellung verschuldeter Personen im Justizdienste **43**. 22. — Auf Honorar-Aushülfe während der Universitätsstudien finden diese Vorschriften keine Anwendung **43**. 106. — Inwiefern die Anstellung von Ausländern im Justizdienste zulässig ist **47**. 375.

Inwiefern die Vorschriften wegen der Beamtenschulden auch auf Justizkommissarien bei ihrer ersten Anstellung als solche zur Anwendung kommen **43**. 62.

Geringe Aussicht zur Anstellung im richterlichen Dienst, f. Rechtsstudium.

II. Anstellung von Subalternen.

a. Anstellungsrecht des Justizministers **44**. 156.

b. Anstellungsrecht der Präsidenten **39**. 38; **44**. 156, 191; **59**. 422.

c. Allgemeine Bestimmungen. Verfahren bei Anstellung von Subalternbeamten **43**. 154; — desgl. mit Rücksicht auf ihre Moralität **42**. 97. — Verfahren zur Verhütung der Anstellung verschuldeter Personen im Justiz-Subalternendienst **43**. 22. — Grundsätze, nach welchen die Aucienneität der Anstellungsberechtigten zu beurtheilen ist **43**. 154. — Anstellung der bei den ständigen Patrimonialgerichten lebenslänglich angestellten Subalternbeamten in dem Königlichen Staatsdienste **49**. 112.

Digitized by Google

Bestimmungen über die Anstellung von Subalternbeamten auf Kündigung und auf Probe und über das bei Entlassung der auf Kündigung angestellten Beamten zu beobachtende Verfahren **41**. 363. — Unzulässigkeit des Rechtswegens gegen die Entlassung der auf Probe, Kündigung oder Widerruf angestellten Beamten **59**. 172.

Verfahren, wenn ein Beamter bei seiner Anstellung zur Anschaffung von Geschäftsbedürfnissen verpflichtet wird **40**. 302.

Die Anstellung von Beamten auf Gebühren statt der Besoldung findet fernet nicht statt (Instr. zum Gesetz v. 10. Mai 1851 zu §. 18) **52**. 114.

d. Besondere Bestimmungen.

1) In Betreff der Anstellung von Militair-Invaliden und Militair-Versorgungsberechtigten. Konkurrenz der Militair-Anstellungsberechtigten bei Besetzung höherer Justiz-Subalternstellen, namentlich der Rendanten und Kontrolleurstellen bei den gerichtlichen Salarienkassen **39**. 307. — Inwieweit die versorgungsberechtigten Militair-Invaliden einen Vorzug vor anderen versorgungsberechtigten Militairpersonen haben **40**. 109; **47**. 330. — Berücksichtigung der versorgungsberechtigten Militairpersonen bei Besetzung der etatsmäßigen und diätarischen Subalternstellen **44**. 116. — Zulässigkeit der Uebertragung von Beamtenstellen, welche grundsätzlich für die Militair-Invaliden reservirt sind, auch an solche Beamte, die in anderen Stellen dienstunfähig geworden sind **43**. 242. — Welche Subalternstellen an anstellungsberechtigte jüdische Unteroffiziere verliehen werden können **46**. 110.

2) Anstellung im Kanzleidienst. Erforderniße zur Anstellung im Kanzleidienst **41**. 127. — Verfahren bei Anstellung, resp. Beschäftigung versorgungsberechtigter Militairpersonen als Lohnschreiber **39**. 384, 385; **47**. 93; — desgl. als Diätarien **39**. 384. — Vorzug der Militair-Invaliden vor den zwölf Jahre gedienten Unteroffizieren **40**. 100. — dieser Vorzug gilt nur für den ersten Eintritt in den Dienst **47**. 330. — Beschäftigung derjenigen Civilpensionaire, welche ihre Anstellung im Civildienste durch frühere Militairdienste erworben haben, als Lohnschreiber **44**. 168. — Erforderniß der förmlichen Bereidigung der zur Aushülfe oder Probe angenommenen Lohnschreiber **43**. 143. — Aufforderung an die Obergerichte zur Berichterstattung über die Annahme und Remuneration der aus dem Einkommen der Kanzlei- und anderen Subalternbeamten zu remunerirenden Lohnschreiber **44**. 42. — Einwirkung der Gerichtsdirigenten auf die Annahme und Remuneration der Lohnschreiber **44**. 195.

III. Anstellung der Unterbeamten.

Unterbeamte, deren Dienst blos mechanische Verrichtungen erfordert, als: Ofenheizer, Portiers, Hausdiener, Aktenträger, Nachtwächter ꝛc., sind künftig nur auf Kündigung anzustellen **41**. 363; — desgl. auch Exekutoren, Gerichtsdiener, Kanzleidiener, Boten und Gefangenaufseher ꝛc. **41**. 363. — Pensionsbeiträge der auf Kündigung angestellten Beamten **42**. 207.

IV. Stempelansatz in Anstellungssachen.

Die bei Bestallungen ꝛc. zum Ansatz zu bringenden Stempel sind künftig nicht mehr in natura zu verwenden, sondern als Gerichtskosten in Einnahme zu stellen und von den Betheiligten einzuziehen (Instr. zum Gesetz v. 10. Mai 1851 zu §. 16) **52**. 114.

s. auch Beamte.

Anstellungsfähigkeit (Anstellungsberechtigung).

Beschränkung der Anträge auf ausnahmsweise Allerhöchste Bewilligung der Anstellungsfähigkeit im Justiz-Subalterndienste **40**. 139.

Berechnung der Anciennetät der Civil-Supernumerarien und derjenigen Personen, welchen die Anstellungsfähigkeit durch eine Allerhöchste Order beigelegt ist **43**. 154.

Anstellungsberechtigung der Berliner Schutzmannschaft **55**. 158.

Anstiftung, Begriff und Bestrafung der Anstiftung eines Verbrechens **56**. 46. — Beurtheilung der Zurechnungsfähigkeit des Anstifters nach der Zeit der Anstiftung **56**. 124.

Bestrafung der Verleitung zum Morde, wenn der Thäter sich bei Ausführung des Verbrechens irrt und einen Anderen tödtet, als er zu tödten beabsichtigte **59**. 223.

s. auch Anleitung.

Antrag, Verfahren in Untersuchungen, welche nur auf den Antrag einer Privatperson einzuleiten sind **57**. 194.

Gebühren der Rechtsanwalte für Anträge, s. Rechtsanwalte.

Anzeigen, Gebühren der Rechtsanwalte für Anzeigen in Prozessen, s. Rechtsanwalte.

Anzeiger, s. Amtsblätter.

Apotheker-Privilegium, welche Apotheker-Privilegien noch als Realrechte fortbestehen, sich zur Eintragung in das Hypothekenbuch eignen und rechtsgültig verpfändet werden können **40**. 113. — Zulässigkeit des Rechtsweges über die Befreiung resp. Rückzahlung von Beiträgen zur Ablösung eines Apotheker-Privilegiums **48**. 268.

Appartements, Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen polizeiliche Anordnungen, welche die Erbauung von Appartements auf einem Küster- oder Schulgehöfte betreffen **48**. 169.

Appellation. I. Im Civilprozeß.

1) Kompensation. Zulässigkeit des Einwandes der Kompensation **39**. 148. — Folgen, wenn die Einrede der Kompensation in zweiter Instanz blos deshalb verworfen wird, weil der erste Richter darüber keinen Ausspruch getban hat **50**. 391.

2) Appellationssumme. Bestimmung, daß die appellable Summe über Fünfzig Thaler beträgt **39**. 401. — Berechnung der Appellationssumme bei Schuldklagen eines Gewerbetreibenden aus seinem gewerblichen Verkehr **45**. 206.

3) Anmeldung, Einführung und Rechtfertigung. Verfahren dabei **48**. 187.

Verfahren bei der Appellations-Rechtfertigung im summarischen Prozesse **39**. 285; — desgl. im ordentlichen Prozesse **44**. 147. — Verstattung der Obergerichts-Justizkommissarien zur Anfertigung des Appellationsberichts und zur Vertretung der Partei in dem zur Rechtfertigung der Appellation von den Untergerichten ihres Wohnsitzes anberaumten Terminen **39**. 302. — Das persönliche Erscheinen des Appellanten im Rechtfertigungs-Termine ist kein Erforderniß, wenn derselbe vor dem Termine eine vom ersten Richter vollständig befundene Rechtfertigungsschrift eingereicht hat **40**. 105. — Befugniß der Untergerichts-Justizkommissarien zur Einreichung der Appellations-Einführung und Rechtfertigung **47**. 168. — Die bei den Obergerichten eingereichten Einführungs- und Rechtfertigungsschriften müssen mit Datum, Unterschrift und Dienstsiegel versehen sein **48**. 6. — Die Anmeldung der

Digitized by Google

Appellation darf mit der Rechtfertigung in einer und derselben Schrift nicht kumulirt werden **48**. 24, 187. — Zulässigkeit der Anmeldung der Appellation bei den Gerichts-Deputationen und Kommissionen **51**. 279.

4) Frist. Berechnung der Frist von Behändigung der Puritsations-Resolution in Beziehung auf das gegen das Haupt-Erkenntniß einzulegende Rechtsmittel der Appellation **40**. 182. — Inwiefern während des Laufes der Appellations- und Revisionsfristen die Exekution zulässig ist **43**. 72. — Warnung vor dem Gebrauche der im Buchhandel erschienenen Tabelle zur Auffindung der Ablaufsfristen bei Anmeldung und Einreichung der Appellation **47**. 131. — Berufung an das Ober-Tribunal gegen Verfügungen des Appellationsrichters, wodurch ein Rechtsmittel zurückgewiesen wird **47**. 332.

5) Kumulation. Verfahren bei Kumulation der Appellation und des Rekurses **40**. 385. — Die Anmeldung der Appellation darf mit der Rechtfertigung in einer und derselben Schrift nicht kumulirt werden **48**. 24, 187.

6) Replik und Duplik in der Appellations-Instanz **48**. 443.

7) Besondere Bestimmungen.

Anbringung von Beweismitteln im summarischen Prozesse vor erfolgter Beweisaufnahme **40**. 42.

In allen vor Verkündung der Deklaration vom 6. April 1839 in erster Instanz schon entschiedenen Bagatell-Prozessen ist die Verkolagung des Rechtsmittels der Appellation nach den damals gültigen gesetzlichen Vorschriften zulässig **40**. 72.

In Ehescheidungs-Prozessen ist die Appellation gegen die Regulirung eines Interimistikums unzulässig **42**. 295.

Erforderniße der Relationen in der Appellations-Instanz **44**. 83; **45**. 114.

Die Erkenntniße in possessorium summariissimum sind auch seit der Verordnung vom 21. Juli 1846 nicht appellabel **47**. 169.

Abfassung der Entscheidungen zweiter Instanz in den vor den Gewerbegerichten anhängigen Rechtsstreitigkeiten **51**. 77.

8) Kosten der Appellations-Instanz, s. Gerichtskosten.

9) Stempelansatz, s. Stempel.

10) Gebühren der Rechtsanwalte, s. Rechtsanwalte.

II. Im Strafprozeß.

1) Verfahren in der Appellations-Instanz. Verfahren bei Publikation des Urtels zweiter Instanz, wenn der Verurtheilte vorläufig zum Zuchthause oder zur Festung abgeliefert ist **43**. 68, 111, 194; — desgl. bei Abwesenheit des Angeklagten **53**. 174, 432; **58**. 82.

Geschäftsgang in der Appellations-Instanz nach dem Erscheinen der Verordnung vom 3. Januar 1849. **49**. 443.

Ob das Rechtsmittel der Appellation in Strafsachen auch von der Ehefrau des Angeklagten oder von einem anderen Vertreter deßelben ohne Vollmacht mit Erfolg angemeldet werden kann **50**. 97. — Befugniß des Staatsanwalts, auch zu Gunsten des Angeschuldigten ein Rechtsmittel einzulegen **50**. 122, 150; **53**. 188. — Die von dem Angeklagten in der Gerichtssitzung bei Verkündung des Urtheils abgegebene Erklärung, mit demselben nicht zufrieden zu sein, oder gegen daßelbe appelliren zu wollen, ist nur dann als eine protokollarische Anmeldung der Appellation zu betrachten, wenn der Vorsitzende dieselbe in das Sitzungsprotokoll aufnehmen läßt **58**. 191. — Befugniß des Appellationsrichters, gegen den Antrag der Staatsanwaltschaft auf Freisprechung des Angeklagten zu erkennen **59**. 74.

Vorladung des Angeklagten zum Audienz-Termin in der Appellations-Instanz **51**. 295; **56**. 42.

Abfassung der Erkenntniße. Befugniße des Appellationsrichters, wenn derselbe die Richtigkeit des Verfahrens in erster Instanz anerkennt **51**. 31. — Verfahren bei Abfassung der Erkenntniße **53**. 134, 154. — Anweisung zur Anfertigung der Referate, Rechtsgutachten und Erkenntniße in Untersuchungssachen aus der Appellations-Instanz **53**. 383. — Aufnahme des Sachverhältnißes in den Gründen des Erkenntnißes zweiter Instanz **56**. 166.

Verpflichtung des Appellationsrichters, die in zweiter Instanz neu angebrachten erschwerenden Umstände einer strafbaren Handlung zu berücksichtigen **53**. 210; — desgl. zur Prüfung angebrachter neuer Thatsachen und Beweismittel **53**. 215, 437; **54**. 14, 161; **57**. 77.

Wenn der Richter erster Instanz mildernde Umstände nicht festgestellt hat, so ist der Appellationsrichter nicht befugt, ohne neue oder wiederholte Beweisaufnahme mildernde Umstände anzunehmen **53**. 416.

Frist bei Angabe neuer Thatsachen in der Appellations-Instanz Seitens des Verurtheilten **54**. 162. — Beginn der zehntägigen Appellationsfrist mit dem Tage der Verkündung des Urtheils an den Angeklagten, wenn aus dem Sitzungs-Protokolle hervorgeht, daß dieselbe mit den Gründen stattgefunden hat **54**. 175.

Die Abweichung von der thatsächlichen Feststellung des ersten Richters ohne Erneuerung oder Wiederholung der Beweisaufnahme macht das Appellations-Erkenntniß nichtig **54**. 87.

Befugniß der Rechtsanwalte, als Vertheidiger des Angeklagten auch ohne Vollmacht deßelben die Appellation anzumelden und zu rechtfertigen **59**. 23.

2) Besondere Bestimmungen.

Beweisaufnahme bei Preßvergehen in der Appellations-Instanz **54**. 42.

Verfahren in der Appellations-Instanz bei Untersuchungen wegen unerlaubter Nachahmung von Fabrikzeichen in der Rheinprovinz und in der Provinz Westphalen **54**. 99.

Inwiefern der Appellationsrichter an die rechtliche Auffassung des Ober-Tribunals gebunden ist, wenn daßelbe die Sache an das Gericht zweiter Instanz zurückgewiesen hat **56**. 360.

3) Kostenansatz in der Appellations-Instanz, s. Untersuchungskosten.

4) Stempelansatz, s. Stempel.

5) Gebühren der Rechtsanwalte, s. Rechtsanwalte.

Appellationsgerichte, Uebersicht der nach erfolgter Ausführung der Verordnung vom 2. Januar 1849 bestehenden Appellationsgerichte **49**. 350.

Geschäfts-Regulativ vom 17. September 1850 für die Appellationsgerichte **50**. 323. — Kautelfonds und Geschäftsgang bei den Appellationsgerichten **51**. 306.

Auflösung der Haupt-Untergerichts-Salarienkassen und der Salarienkassen der Appellationsgerichte **51**. 355. — Einziehung der Kosten in Stiftungs-, Lehns- und Fideikommißsachen in den bei den Appellationsgerichten noch schwebenden Angelegenheiten (Instr. zu §§ 14, 6 zum Gesetz vom 10. Mai 1851) **52**. 114.

Digitized by Google

Empfehlung der Spezialkarten der einzelnen Appellationsgerichts-Bezirke nach der neuesten Justiz-Organisation 52. 176.
s. auch Obergerichte.
Appellationsgerichts-Präsidenten, Gebühren für die Introduktion und Verpflichtung derselben 52. 302.
Anstellungsrecht der Präsidenten 39. 38; 44. 156, 191; 59. 422.
Appellationsgerichts-Räthe, Gebühren für die Introduktion und Verpflichtung derselben 52. 302.
Applikanten, Erforderniß der förmlichen Vereidigung derselben 43. 144.
Arbeiten, s. Oeffentliche Arbeiten.
Arbeiter, Annahme jugendlicher Arbeiter in den Fabriken durch den Werkmeister derselben 55. 27.
Arbeits-Anstalten, Kostenfreiheit derselben (Instr. zu §. 4 des Gesetzes v. 10. Mai 1851) 52. 114.
Arbeitshaus, Mittheilung der auf Einsperrung in ein Arbeitshaus lautenden Straferkenntnisse an die Verwaltungs-Behörden 53. 124.
Die Einsperrung in einem Arbeitshause nach ausgestandener Strafe ist für eine Freiheitsstrafe im engeren Sinne des Gesetzes nicht zu erachten 55. 65.
Arbeitsscheu, Mittheilungen an die Verwaltungsbehörden in Untersuchungen wegen Betteln, Landstreicherei und Arbeitsscheu 39. 261; 51. 230; 53. 124; 56. 286; 57. 194.
Kompetenz der Polizeibehörden zur Bestrafung der Arbeitsscheuen im Falle des §. 2 des Gesetzes vom 6. Januar 1843 43. 107. — Uebernahme der Untersuchung von den Gerichtsbehörden, wenn die Polizeibehörden, weil sie sich nicht für kompetent halten, die Untersuchung an sie abgeben 43. 211.
Auslegung des §. 1 des Gesetzes v. 6. Januar 1843 43. 303; Modifikation derselben in Folge der Verordnung v. 3. Januar 1849. 49. 431.
Ausführung und Anwendung des Gesetzes vom 6. Januar 1843. 46. 43. — Insbesondere wenn Arbeitsscheue dem Militairverbande nach angehören 43. 275.
Aufführung der Untersuchungen gegen Arbeitsscheue in die jährlich einzureichende Liste E. 14. 129.
Abhandlung über die Einsperrung arbeitsscheuer Personen in ein Arbeitshaus 50. 163.
Thatbestand der Arbeitsscheu (Strafgesetzbuch §§. 117 bis 120) 52. 270.
kosten des Transports ausländischer zur Landesverweisung verurtheilter Landstreicher, Bettler und Arbeitsscheuer 53. 310; 56. 286; 57. 106.
Arbeitsunfähigkeit, Begriff der Arbeitsunfähigkeit im Sinne des §. 193 des Strafgesetzbuchs 53. 38.
Arbeitsverdienst der Gefangenen, s. Gefangene.
Archive, Ressort-Verhältnisse des Königlichen Haus- und des Geheimen Staats-Archivs 52. 286.
Arme, s. Armenrecht.
Armee-Gensdarmen, s. Gensdarmen.
Armen-Anstalten, Form der Erklärungen, welche Vorsteher von Armen-Anstalten rücksichtlich der den Armen-Anstalten zustehenden Realansprüche und Forderungen bei dem Hypothekenbuche abgeben 10. 261. — Kostenfreiheit der Armen-Anstalten (Instr. zu §. 4 des Gesetzes v. 10. Mai 1851) 52. 114.
Armeneid, Aufhebung des Armeneides und Forderung des Manifestations-Eides in den Fällen, wo es sich um die Einziehung einer erheblichen Kostenschuld (von mehr als fünf Thalern) handelt (Instr. zu §. 5 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.
Armenpflege, Kostenfreiheit der Gemeinden in Angelegenheiten, welche die Verwaltung und die Mittel der Armenpflege betreffen (Instr. zu §. 4 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.
Erforderniße zur Erwerbung des Wohnsitzes in einer Gemeinde; Verpflichtung derselben zur Armenpflege 59. 2.
Unzulässigkeit des Rechtsweges, wenn im Verwaltungswege einem Ortsarmen eine höhere, als die von der Ortsgemeinde bewilligte Unterstützung angewiesen wird 59. 154.
s. auch Armenverband.
Armenrecht, in Fällen, in welchen Kirchen und Pfarreien als unvermögend zu betrachten, soll die Vorschrift des §. 40 Tit. 23 Thl. I. A. G. O. keine Anwendung finden 44. 36. — Bewilligung des Armenrechts für die Rheinische Pastoral-Gehülfen-Anstalt in Duisburg 46. 166. — Verfahrtung unvermögender Belgischer Unterthanen zum Armenrecht in Prozessen bei Preußischen Gerichten 51. 240. — Zulassung der Parteien zum Armenrecht (Instr. zu §. 5 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.
Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Frage, wer als Armer im Sinne des Gesetzes zu betrachten sei 54. 326, 423; 58. 61.
Armensachen, Erstattung der baaren Auslagen des von einem Privatgericht einer armen Partei von Amtswegen zugeordneten Mandatars 39. 310. — Festsetzung und Einziehung der Gebühren der Offizial-Mandatarien armer Parteien 43. 303. — Verfahren bei mehrseitigen Verträgen, wenn eine Partei wegen Armuth oder aus anderen Gründen zur Zahlung von Kosten nicht angehalten werden kann (Instr. zu §. 10 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114. — Nachforderung von Kosten in Armensachen (Instr. zu §. 5) 52. 114.
Rechtsanwalte müssen armen Parteien unentgeltlich Hülfe leisten (Instr. zu §. 6 des Ges. v. 12. Mai 1851) 52. 142.
Portofreiheit in Armen-Prozeßsachen 56. 318; 58. 51.
Streitigkeiten darüber, ob das Eigenthum eines bestimmten Armen-Fonds der Kirche oder der Ortsgemeinde zusteht, sind im Rechtswege zu entscheiden 58. 216.
Zulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten zwischen verschiedenen zu einem Kommunalverbande gehörenden Gemeinden über die Unterhaltung eines Ortsarmen 58. 430.
Ob die Kosten für Verpflegung und Heilung eines fremden Vagabonden dem Landarmenfond zur Last fallen 59. 102.
Armen-Sünder-Glocke, s. Todesstrafe.
Armenverband, Streitigkeiten zwischen einer Gutsherrschaft und einer Gemeinde über die Bildung eines gemeinschaftlichen Armenverbandes sind im Rechtswege zu entscheiden 55. 364.
Inwiefern Streitigkeiten darüber, welcher von mehreren Armenverbänden die Verpflegung eines Armen zu übernehmen habe, im Rechtswege zu entscheiden sind 59. 332.
Armuths-Atteste, Form des von den Vormundschaftsbehörden für bevormundete Bewerber um ein Stipendium der Universität zu Halle a. d. S. auszustellenden Bedürftigkeits-Zeugnisses 50. 167.

Digitized by Google

Arnsberg (Ober-Landesgericht), Substitution der Untergerichte im Departement des O. L. G. zu Arnsberg **39**. 39. — Ueberweisung der Rekurse in Bagatellsachen an den Civil-Senat des O. L. G. **39**. 340. — Bestimmung der exekutionsfreien Saat- und Erndtezeit für die Gerichte des Departements **39**. 204.

Instruktion des O. L. G. über die Beschäftigung der Gefangenen und die darüber zu führende Kontrolle und Rechnung **39**. 295; — desgl. zur Verbindung des Hypothekenbuchs mit dem Grundsteuer-Kataster **42**. 67.

Anwendung des §. 3 der Instruktion des O. L. G. zu Paderborn vom 19. Februar 1841 für die Gerichtstags-Kommissionen seines Bezirks auf das Departement des O. L. G zu Arnsberg **41**. 193. — Einführung der Instruktion des O. L. G. zu Paderborn v. 24. April 1846 über die Kompetenz der Gerichts-Kommissionen in Civil-Prozessen nach der Verordnung v. 21. Juli 1846 in das Departement des O. L. G. zu Arnsberg **47**. 2.

Ermächtigung des Appellationsgerichts in Arnsberg zur Ertheilung von Majorennitäts-Erklärungen in den Hohenzollernschen Landen **53**. 382.

Arrest. (Arrest-Prozeß, Arrestsachen.)

Unzulässigkeit der Auszahlung einer für den Gläubiger mit Arrest belegten, im Depositorium befindlichen Summe zur Befriedigung der judikatmäßigen Forderung eines anderen Gläubigers **40**. 153; **48**. 135. — Wirkung einer vom Prozeßgerichter im Wege der Exekution ertheilten Uebereignung eines bereits arrestirten Aktivums in Bezug auf den Arrestanten **48**. 315. — Inwieweit der Arrestleger dem Arrestaten für den aus der Arrestlegung entstandenen Schaden haftet **50**. 78.

Inwieweit auch vor der Verfallzeit des Wechsels auf Sicherheit eventuell in Verbindung mit einem Arrestgesuche wechselmäßig geklagt werden kann **40**. 158.

Verfahren bei Anlegung von Arresten im Bereiche des Rheinischen Rechts auf den Antrag altländischer Gerichte **40**. 280.

Befugniß des Hypothekengläubigers zur Anlegung des Arrestes bei erheblicher Verringerung der Substanz des verpfändeten Guts **41**. 99. — Rechtliche Wirkung einer zur Sicherstellung einer persönlichen Forderung im Wege des bloßen Arrestschlags eingetragenen protestatio de non amplius intabulando **42**. 300. — Umschreibung dieser Protestation in eine Hypothek **47**. 107; **48**. 233. — Ueberweisung außtehender Forderungen im Wege der Exekution durch Anlegung des Arrestes und Eintragung deßelben in das Hypothekenbuch **43**. 98. — Wo und wie ist eine Forderung im Wege der Exekution nach §. 22 der Verordnung vom 4. März 1834 einzutragen, wenn wegen derselben Forderung vorher ein Arrest eingetragen ist **47**. 289. — Folgen des wegen einer persönlichen Forderung auf ein Grundstück ausgebrachten Arrestes **48**. 87, 152. — Wirkung des Arrestes auf Grundstücken **48**. 433.

Kostenansatz in Arrest-Prozessen (Instr. zu §§. 5 u. 9 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126; — desgl. für die Eintragung von Protestationen und Arresten (§§. 25—32 ebend.) **52**. 126.

Gebühren der Rechtsanwalte in schleunigen Arrestsachen (Instr. zu §. 8 des Tarifs zum Ges. v. 12. Mai 1851) **52**. 115.

s. auch Beschlagnahme.

Arrogation, s. Adoption.

Artillerie, Strafe für die widerrechtliche Zueignung der bei den Artillerie-Uebungen verschossenen Eisen-Munition **39**. 29.

Behandlung derjenigen Civilbeamten, welche in den Jahren 1854, 1855 und 1856 zur Kompletirung der Artillerie in dieselbe eingestellt worden sind **57**. 50.

Arzneien, Begriff des Selbstdispensirens homöopathischer Arzneien **52**. 173.

Aerzte sind ohne besondere polizeiliche Erlaubniß nicht befugt, Arzneien zu dispensiren **54**. 278.

Ascendenten, Erbrecht der Ascendenten an dem Vermögen abgefundener Kinder in der Provinz Westphalen **40**. 291.

Befreiung der Ascendenten von der Verpflichtung zur Alimentation ihrer verhafteten Angehörigen **58**. 266.

s. auch Abfindung, Gutsüberlassungen.

Assekuranz, s. Versicherung.

Asservatenwesen, Anordnung der Bestimmungen über die Verfolgung von Depositat-Beschädigungen auf Depositat-Asservate **39**. 183. — Behandlung und Aufbewahrung der Asservate bei den Kreis-Justizräthen **43**. 192.

Abdruck der Asservaten-Instruktion v. 31. März 1837 mit Aufnahme der seit ihrem Erlasse nothwendig gewordenen Abänderungen **41**. 268.

Asservatenwesen nach dem Geschäfts-Regulativ v. 18. Juli 1850. **50**. 233.

Anwendung des §. 2 Nr. 4, §. 30 Nr. 2 und 7. **54**. 410. — Erweiterung des Asservatenwesens bei den Gerichts-Kommissionen **56**. 3; **59**. 26.

Assessoren, Verfahren, wenn sich Assessoren aus den altländischen Provinzen die Qualifikation für Rheinische höhere Justizstellen erwerben wollen **40**. 130.

Prüfung und Anstellung der Assessoren, s. Anstellung, Prüfung.

Uebersicht der am Schlusse des Jahres 1839 vorhandenen gewesenen Justizbeamten, welche die dritte Prüfung bestanden haben und deren geringe Aussicht auf Versorgung **39**. 415. — Statistische Bemerkungen über die in den Jahren 1851 bis 1857 erfolgte Anstellung von Assessoren **58**. 303.

Verfahren, wenn Assessoren, welche die dritte Prüfung für die altländischen Gerichte gut bestanden haben, sich später die Qualifikation für Rheinische höhere Justizstellen erwerben wollen **40**. 130.

Verfahren bei Anträgen der Assessoren auf Uebernahme von Nebenämtern oder Nebenbeschäftigungen **40**. 287.

Stimmrecht der Assessoren **42**. 369; **43**. 19; **48**. 217; **59**. 338.

Gebühren für die Introduktion und Verpflichtung der Assessoren und Verwendung der Gebühren **50**. 135. **52**. 302.

Reisekosten, Diäten und Kommissions-Gebühren der Assessoren. Aeltere Bestimmungen **41**. 306; **42**. 383; **44**. 218; **49**. 296. — Neuere Bestimmungen (Instr. v. 9. September 1851) **52**. 137; **55**. 18.

Assignation. Assignation einer Hypotheken-Forderung im Wege der Exekution **47**. 325, 376, 380. — Ob dem Gläubiger Zinsen von Zinsen angewiesen werden können **48**. 185. — Beschlagnahme, Anweisung und Uebereignung außtehender Aktiv-Forderungen eines Schuldners **54**. 55.

Rechte des Indossatars einer kaufmännischen Assignation gegen den Aussteller derselben **49**. 472.

Assistenten, inwiefern Subalternbeamte anwesenden Parteien als Assistenten bestellt werden können **41**. 24.

Digitized by Google

Assistenz-Gebühren, die Erhebung von Assistenz-Gebühren bei Eidesabnahmen, Testaments-Publikationen ꝛc. findet nicht mehr statt (Instr. zu §. 9 des Ges. v. 9. Mai 1851) **52**. 137. — In welchen Fällen dieselben ausnahmsweise zur Liquidation kommen können (Instr. zu §. 8 des Ges. v. 12. Mai 1851) **52**. 114. — Gebühren der Beistände und Konsulenten, sowie Gebühren der Rechtsanwalte für einzelne Prozeßgeschäfte (Instr. zu §§. 12 ff. des Tarifs zum Ges. v. 12. Mai 1851) **52**. 145.

Atteste, Verfahren der Civilstandsbeamten in der Rheinprovinz bei Ausstellung von Attesten zum Zweck der kirchlichen Trauung **40**. 111.

Bei zwei sich widersprechenden ärztlichen Attesten wegen Wiederaufhebung einer wegen Blödsinns eingeleiteten Kuratel ist die Einholung eines Gutachtens des Medizinal-Kollegiums der Provinz zulässig **40**. 338.

Erfordernisse der ärztlichen Atteste bei Beurlaubung der Beamten in Krankheitsfällen **43**. 103.

Form und Beweiskraft der ärztlichen Atteste in gerichtlichen Angelegenheiten **53**. 65; **56**. 58.

Form der Atteste für Niederländische Unterthanen bei deren Verheirathung mit diesseitigen Inländerinnen **48**. 456.

Form des von den Vormundschafts-Behörden für bevormundete Bewerber um ein Stipendium der Universität zu Halle a. d. S. auszustellenden Bedürftigkeits-Zeugnisses **50**. 167.

Form der Atteste zur Aufnahme in die Allg. Wittwen-Verpflegungs-Anstalt **59**. 42.

Bestrafung der Fälschung von Militair-Entlassungsscheinen **54**. 149.

Gebühren und Stempel, Bestrafung des Mißbrauchs stempelfrei ertheilter Atteste **39**. 400.

Stempelfreiheit der Aufnahme-Atteste bei Versicherung von Pensionen für Ehefrauen der Justizbeamten bei der Berliner (Graf v. d. Schulenburgschen) Allgemeinen Wittwen-Kasse **42**. 110; — desgl. der Atteste, welche Beamte der Staats-Eisenbahnen bei Pensions- und Unterstützungs-Kassen einzureichen haben **59**. 358.

Gebühren und Stempel für Atteste über den Austritt aus der Kirche **48**. 120; — desgl. für Atteste über die in den Gesetzen v. 30. März u. 23. Juli 1847 vorgeschriebenen Eintragungen der Geburts-, Heiraths- und Sterbefälle **48**. 314, 336; **51**. 42, 190.

Kostenfreiheit für Atteste zum Eintritt in die Allgemeine oder Offizier-Wittwen-Verpflegungs-Anstalt (Instr. zu §. 3 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114; — desgl. für Atteste zur Verstattung zum Armenrecht (ebend. zu §. 5) **52**. 114.

Kostenanfall für Atteste in nicht streitigen Angelegenheiten (Instr zu §. 16 des Tarifs zum Gesetz v. 10. Mai 1851) **52**. 126; — desgl. in Hypothekensachen (Instr. zu §§. 25 bis 32 des Tarifs) **52**. 126.

Stempelanfall bei Ertheilung von Attesten (Instr. zu §. 16 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114; (desgl. zu §. 24 des Tarifs) **52**. 126. — Stempelanfall für Atteste der Rechtskraft von Erkenntnissen und anderen nach völliger Beendigung der Sache aus den Prozeß-Akten ertheilten Bescheinigungen oder Ausfertigungen (Instr. zum Tarif zum Ges. v. 10. Mai 1851 §. 1) **52**. 126.

s. auch Taufschein, Todtenschein, Trauschein.

Gebühren der Notare für Atteste (Instr. zu §. 6 des Ges. v. 11. Mai 1851) **52**. 152.

Atzungskosten, s. Gefangene.

Aufgebot. 1) **Aufgebot verloren gegangener Dokumente**, über deren Inhalt und Anmeldung den Gläubigern Rekognition ertheilt ist, und welche demnächst bei dem Gerichte verloren gegangen **41**. 299.

Verfahren bei dem Aufgebot verloren gegangener Bank-Obligationen **42**. 51.

Die Verordnung vom 9. Dezember 1809 findet auf verpfändete Hypotheken-Forderungen keine Anwendung **42**. 296.

Oeffentliches Aufgebot unbekannter Militair-Kassen-Gläubiger **50**. 91.

2) **Aufgebot in Heirathsfällen**, Entwurf einer Verordnung über die Beurkundung des Personenstandes **49**. 19.

3) **Aufgebot herrenloser Massen**, Verfahren dabei **56**. 234.

4) **Aufgebot im Konkurse**, Einfluß des Einführungs-Gesetzes zur Konkurs-Ordnung auf die im Tit. 51 Th. I. A. G. O. Abschnitt 3 und 4 erwähnten Arten des Aufgebotsverfahrens **57**. 418.

5) **Kostenanfall in Aufgebotssachen** (Instr. zum §. 9 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126; — desgl. beim Aufgebot im Kaufgelderbelegungsverfahren (ebend. §. 11) **52**. 126; — desgl. beim Aufgebot gefundener Sachen (ebend. §. 9) **52**. 126.

6) **Gebühren der Rechtsanwalte in Aufgebotssachen** (Instr. zu §. 8 des Tarifs v. 12. Mai 1851) **52**. 145.

Aufwarte-Gebühren, Wegfall der Aufwarte-Gebühren bei dem Kostenanfalle nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 (Instr. v. 10. September 1851 Einleit.) **52**. 114.

Auktion, Subalternbeamten bleibt die Abhaltung außergerichtlicher Auktionen gänzlich untersagt **39**. 365.

Befugniß der Notare zur Abhaltung dan außergerichtlichen Mobiliar-Auktionen **49**. 420.

Kosten, welche Gebühren bei Auktionen in der Exekutions-Instanz in Bagatell-Prozessen zum Ansatz kommen **40**. 353. Kostenansatz bei Auktionen in Folge von Requisitionen (Instr. zu §. 14 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114; — desgl. bei Auktionen im Wege der Exekution (Instr. zum §. 14 des Tarifs) **52**. 126.

Die nach der Taxe für Auktions-Kommissarien zu erhebenden Beträge fließen, wenn die Auktion durch einen gerichtlichen Beamten besorgt ist, zur Kasse (Instr. zu §. 66 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126. — Auktions-Gebühren gehören zu den baaren Auslagen (Instr. zu §. 6 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114; (Instr. zu §. 44 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Gebühren der Notare für die Abhaltung von Auktionen (Instr. zu §. 14 des Ges. v. 11. Mai 1851) **52**. 152.

Auktions-Kommissarien, Beaufsichtigung der Auktions-Kommissarien bei den von ihnen abzuhaltenden außergerichtlichen Auktionen **39**. 365. — Zur außergerichtlichen Versteigerung von Immobilien sind Auktionatoren als solche nicht befugt **45**. 102. — Die Anstellung besonderer gerichtlicher Auktions-Kommissarien soll künftig in der Regel nicht mehr stattfinden (Instr. zu §. 66 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126. — Gerichtliche Auktions-Kommissarien haben auf Portofreiheit auch für ihre amtliche Korrespondenz keinen Anspruch (Reskr. v. 3. Januar 1858 §. 7) **58**. 53.

Remuneration der gerichtlichen Auktions-Kommissarien im Bez. des O. L. G. zu Paderborn **41**. 163. — Instr. für die Auktions-Kommissarien im Bez. des O. L. G. zu Münster **43**. 2. — Reglement für die außergerichtlichen Auktions-

Digitized by Google

Kommissarien in der Provinz Westphalen 43. 42. — Kaution der Auktions-Kommissarien 43. 238. — Gebühren-Taxe für die Auktions-Kommissarien v. 21. Juni 1845 45. 120.

Auseinandersetzung. 1) In welchen Fällen die Revision oder Nichtigkeitsbeschwerde bei Streitigkeiten in den zum Ressort der General-Kommissionen gehörigen Sachen über die Existenz oder Gültigkeit eines Vergleichs angeschlossen ist 40. 32.

Verfahren, wenn von Seiten der General-Kommission oder eines Spezial-Kommissarius auf Berichtigung des Besitztitels angetragen wird 40. 303.

Wirkungen der auf den Antrag eines Miteigenthümers zum Zweck der Auseinandersetzung eingeleiteten Subhastation 41. 351.

Form der Mittheilung eines in Auseinandersetzungssachen ergangenen Erkenntnisses an mehrere Litis-Konsorten 41. 67; — die Insinuation der ergangenen Urtheile der General-Kommissionen an Deputirte der Litis-Konsorten genügt zur Feststellung des Fatale 42. 84.

Verfahren, wenn derjenige, welcher den von der General-Kommission bestätigten Rezeß vollzogen hat, zur Zeit der Eintragung desselben nicht mehr der im Hypothekenbuche eingetragene Besitzer ist 41. 153. — Fassung der Rezesse in Separations- und Ablösungssachen 43. 83. — Nach Beendigung eines Auseinandersetzungsverfahrens sind Streitigkeiten über die Auslegung eines abgeschlossenen Rezesses im Rechtswege zu entscheiden 52. 98; 56. 378. — Verfahren bei Zurücknahme des Antrags der Interessenten auf Vollstreckung des Rezesses 57. 207.

Befugniß der Regierungen zur Ertheilung des Konsenses bei Austauschung einzelner Parzellen nicht bepfandbriefter Güter 41. 332; 44. 152.

Unzulässigkeit des Rechtsweges in Streitigkeiten über Theilnehmungsrechte und Abfindungen bei einem Separationsverfahren 48. 462.

2) Kosten. Zahlung der in Auseinandersetzungssachen bei dem Ober-Tribunal angesetzten Gebühren 40. 319. — Einziehung der Kosten in höchster Instanz (Instr. zu §. 14 Nr. 5 des Gesetzes v. 10. Mai 1851) 52. 114.

Gebühren- und Stempelfreiheit der auf den Antrag der General-Kommissionen erfolgenden Eintragungen rückständiger Kosten in Auseinandersetzungssachen auf den Grundstücken der Debenten 42. 217; — desgl. für die in gutsherrlich-bäuerlichen Auseinandersetzungen erfolgte gerichtliche Deposition von Geldern und Dokumenten 44. 62.

Anwendung des §. 107 des Gesetzes v. 2. März 1850 in Betreff der Kosten in noch anhängigen Auseinandersetzungen über Berechtigungen, Abgaben und Leistungen, welche unentgeltlich wegfallen 50. 431.

Welche Korrespondenzen bei gutsherrlichen und bäuerlichen Regulirungen portofrei zu befördern sind 51. 270.

Ansatz der Kapitalien als baare Auslagen für gerichtliche Geschäfte in den zum Ressort der Auseinandersetzungs-Behörden gehörigen Sachen 52. 378.

Inwiefern Streitigkeiten über die Verbindlichkeit zur Zahlung von Kosten in Auseinandersetzungssachen im Rechtswege zu entscheiden sind 57. 336.

3) Gebühren der Rechtsanwalte in Auseinandersetzungssachen 39. 22, 282; — desgl. nach dem Gesetze v. 12. Mai 1851 52. 51; — desgl. nach der Instruktion v. 12. Sept. 1851. 52. 145.

4) Andere Auseinandersetzungen. Kosten für die Auseinandersetzung zwischen Vater und Kindern (Instr. zu §§. 41. 45, 46 des Tarifs zum Gesetze v. 10. Mai 1851) 52. 126; 56. 126.

Gebühren der Notare (Instr. zu §. 15 des Tarifs zum Gesetze v. 12. Mai 1851) 52. 152.

s. auch Exekution, Subhastation.

Auseinandersetzungs-Behörden. 1) Kompetenz der Gerichts- und Auseinandersetzungs-Behörden nach den Vorschriften der Verordnungen v. 20. Juni 1817 und 30. Juni 1834. 52. 66; 56. 235.

Befugniß der landschaftlichen Spruchbehörden zur Einlegung des Kompetenz-Konflikts 52. 98.

In welchen Fällen Streitigkeiten über rückständige Mühlen-Abgaben von dem Revisions-Kollegium, resp. von den Gerichtsbehörden zu entscheiden sind 57. 279.

Auseinandersetzungsbehörden sind nicht befugt, wegen Uebertretungen, welche in einem dem Auseinandersetzungsverfahren unterliegenden Feld- oder Waldbistrikt begangen sind, Strafen festzusetzen 59. 110.

Kompetenz der Auseinandersetzungsbehörden:

bei Abtretungsverträgen 48. 139.

bei Feststellung der Besitzverhältnisse von Grundstücken, insbesondere sogenannter Wandelacker 42. 184.

bei Prozessen über Reallasten auf Mühlen-Grundstücken 50. 196; 56. 371.

bei Streitigkeiten über rückständige Prästationen und Realabgaben 52. 5; 53. 253, 255; 54. 7, 121; 58. 339; 59. 85. — Dauer dieser Zuständigkeit 54. 186.

bei nachträglichen Ansprüchen, welche nach bewirkter Auseinandersetzung geltend gemacht werden 53. 331.

bei Grenzstreitigkeiten 53. 194.

bei Streitigkeiten über die Entschädigung für die Entholzung eines Waldes 54. 407.

bei Gemeinheitstheilungen und Ablösungen in den zum ehemaligen Großherzogthum Berg gehörigen Landestheilen 54. 338; 59. 190.

bei Entscheidung der Frage: ob die auf einem Mühlengrundstück haftenden Abgaben gewerblicher Natur sind 56. 371.

bei Streitigkeiten über die Fortgewährung der an Kirchen, Pfarren und Schulen zu entrichtenden Reallasten 56. 371.

bei Streitigkeiten, welche unter den Interessenten einer Auseinandersetzung über den Kostenpunkt entstehen 58. 382.

bei Streitigkeiten über die Theilung eines von mehreren Gemeindegliedern besessenen Waldes 59. 94.

2) Besondere Bestimmungen.

Unzulässigkeit des Ansatzes von Sukkumbenzgeldern in Rechtsangelegenheiten, welche zum Ressort der Auseinandersetzungsbehörden gehören 41. 40.

Verfahren bei Geldforderungen zwischen den gerichtlichen Salarienkassen und den Kassen der General-Kommissionen 41. 120.

Benachrichtigung des Ministers für landwirthschaftliche Angelegenheiten durch die Staatsanwaltschaft von Vergehen und Verbrechen der bei den Auseinandersetzungsbehörden fungirenden richterlichen Beamten 51. 230.

3) Kosten.

Auf die Geschäfte der Auseinandersetzungsbehörden findet der Tarif zum Gerichtskosten-Gesetze keine Anwendung (Instr. zu §. 2 des Gesetzes v. 10. Mai 1851) 52. 114.

Digitized by Google

Einziehung der Kosten in höchster Instanz (Instr. zu §. 14 Nr. 5) 52. 114.

4) Gebühren der Oekonomie-Kommissarien in gerichtlichen Angelegenheiten 42. 16. — Diäten und Fuhrkosten derselben in gerichtlichen Angelegenheiten 46. 12.

Ausfertigungen. Ausfertigung der Erkenntnisse im gewöhnlichen Prozeßverfahren 39. 119.
f. auch Erkenntnisse.

Eingangsformel für die in exekutorischer Form zu ertheilenden Ausfertigungen der Urtheile und der Notariats-Urkunden für die Dauer der Regentschaft 58. 323.

Kostenansatz für Ausfertigungen in Prozessen nach beendigter Sache (Instr. zum Tarif §. 1 zum Gesetze v. 10 Mai 1851) 52. 126; — desgl. bei Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit (ebendaf. zu §§. 16 ff.) 52. 126; — desgl. für die Ausfertigung von Erbvergleichen (ebendaf. zu §. 38) 52. 126; — desgl. für Ausfertigungen in Hypothekensachen (ebendaf. zu §. 32) 52. 126. — Schreibgebühren für die Mittheilung der Abschriften von Ausfertigungen nach beendigter Instanz (§. 63 ebendaf.) 52. 126.

Stempelansatz bei Geschäften in nicht streitiger Gerichtsbarkeit (Instr. zu §. 24 des Tarifs zum Gesetze v. 10. Mai 1851) 52. 126.

Gebühren der Notare für die Aufnahme und Ausfertigung der einzelnen Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Instr. zu §. 6 des Gesetzes v. 12. Mai 1851) 52. 152; — desgl. bei Reitationen (Instr. zu §. 9 des Gesetzes v. 11. Mai 1851) 52. 152.

Ausgabe-Belege, s. Belege.

Ausgangsrecht abgefundener Kinder, Verfahren bei Eintragung des sogenannten Eingangs- und Ausgangsrechts abgefundener Kinder bei bäuerlichen Kolonaten 39. 283. — f. auch Abfindung.

Ausgedinge, f. Altentheile.

Auskultatoren. 1) Uebersicht der vorhandenen Auskultatoren und deren geringe Aussicht auf Versorgung 39. 415; 58. 18. — f. auch Rechtsstudium.

2) Prüfung und Anstellung der Auskultatoren. Allgemeine Bestimmungen über die Prüfung und Anstellung derselben in den älteren Provinzen 40. 219. — Zeitpunkt der Anwendbarkeit dieser Bestimmungen 40. 222. — Entbindung der Doktoren der Rechte von der Auskultatorprüfung 40. 24. — Nachweis der für den praktischen Justizdienst nothwendigen Vorlesungen 44. 251; — desgl. wenigstens von einem mit Fleiß gehörten staatswirthschaftlichen Kollegium 46. 130; — desgl. über den Besuch der Vorlesungen über das vaterländische Recht und das vaterländische Gerichtsverfahren 50. 350. — Besondere Berücksichtigung des Römischen Rechts bei der ersten Prüfung 51. 202. — Neuere Bestimmungen über die Prüfung der Auskultatoren 49. 491. — Erläuterungen derselben 50. 18.

Nachweis der Vorlesungen über das Rheinische Civilgesetzbuch bei den Rechtskandidaten in der Rheinprovinz 39. 398; — desgl. über das Allg. Preuß. Landrecht 40. 60.

Zulassung jüdischer Rechtskandidaten zur Auskultator-Prüfung 57. 266.

Verfahren zur Verhütung der Anstellung verschuldeter Personen als Auskultatoren 43. 22, 106.

Inwiefern die Anstellung von Ausländern im Preußischen Staatsdienste als Auskultatoren zulässig ist 47. 375.
f. auch Prüfungen.

3) Beschäftigung und Ausbildung der Auskultatoren.

Instruktion des Land- und Stadtgerichts-Direktors Scheeren in Paderborn über die Ausbildung der bei dem Land- und Stadtgericht daselbst beschäftigten Auskultatoren 41. 257. — Allgemeine Bestimmungen über die Beschäftigung der Auskultatoren 49. 491. — Erläuterungen dazu 50. 18.

Die Beschäftigung der Auskultatoren in der Rheinprovinz bei den Advokatanwalten kann ihnen bei der dritten Prüfung auf die vorgeschriebene Advokatenstage nicht angerechnet werden 40. 212.

Zusammenstellung der die Vorbereitung zur Referendarialsprüfung abändernden Vorschriften 47. 183.

4) Entlassung der Auskultatoren.

Befugniß der Präsidenten der Obergerichte zur Entlassung der Auskultatoren mit dem Vorbehalt des Wiedereintritts 43. 6; 54. 267.

Verfahren beim freiwilligen Ausscheiden der Auskultatoren in der Rheinprovinz 42. 369.

5) Besondere Vorschriften. Auskultatoren sind zur Aufnahme von Verhandlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit nicht befugt; dagegen sind die von ihnen aufgenommenen Erbschaftsentlaßungen gültig 40. 235.

Auskultatoren können im Kanzleidienste nicht angestellt werden 41. 127.

Bestellung der Auskultatoren als Schwurzeugen 41. 16.

Auskultatoren sind als zum Richteramte befähigte Personen im Sinne des §. 34 Thl. III. Tit. 4. A. G. O. nicht zu rechnen 49. 326.

Ungebühr Auskultatoren sind zur Aufnahme von Protokollen, welche die Rechtfertigung der Nichtigkeitsbeschwerde in Untersuchungen enthalten, nicht befähigt 55. 198; 56. 284.

6) Gebühren für die Introduktion und Verpflichtung der Auskultatoren 52. 302.

7) Gebühren der Auskultatoren.

Unzulässigkeit der Bewilligung von Gebühren an Auskultatoren für deren Zuziehung als Unterschriftsbeistand 40. 251; — desgl. als Schwurzeugen bei Eidesleistungen 43. 52. — Kommissionsgebühren der Auskultatoren in mittleren und kleinen Städten 44. 218. — Unzulässigkeit der Bewilligung von Gebühren als Vertreter oder Assistenten der Parteien (Instr. zu §. 8 des Gesetzes v. 12. Mai 1851) 52. 142.

8) Diäten und Reisekosten der Auskultatoren (Instr. zu §§. 2 ff. des Gesetzes v. 9. Mai 1851) 52. 137.

Auslagen (baare Auslagen). Erstattung der baaren Auslagen des von einem Privatgericht einer armen Partei von Amtswegen zugeordneten Mandatars 39. 10. — Verfahren bei Erstattung von Auslagen bei Requisitionen der Gerichte untereinander, und welche Zahlungen zu den wirklichen baaren Auslagen zu rechnen sind 39. 392; 41. 346. — Die in unvermögenden fiskalischen Untersuchungen erwachsenen baaren Auslagen müssen von demjenigen Gerichte getragen werden, bei welchem sie erwachsen sind 43. 203. — Erstattung der baaren Auslagen in Untersuchungssachen nach der mit den Niederlanden abgeschlossenen Konvention v. 7. Juni 1823. 44. 207.

Neuere Bestimmungen nach dem Gerichtskosten-Gesetze v. 10 Mai 1851.

Was unter baaren Auslagen zu verstehen ist (Instr. zu §. 6 des Gesetzes) 52. 114; (Instr. zu §. 61 des Tarifs) 52. 126.

Digitized by Google

Wegfall des Ansatzes der baaren Auslagen für Emballage und Verpackung (Einl. zur Instr.) **52.** 114.

Kalkulaturgebühren gebören zu den baaren Auslagen (Instr. zu §. 6) **52.** 111.

Ansatz von Kopialien als baare Auslagen für Ertheilung von Abschriften und Ausfertigungen nach beendigter Instanz (Instr. zum Tarif zu §. 1) **52.** 126; — desgl. für gerichtliche Geschäfte in den zum Ressort der Auseinandersetzungsbehörden gehörigen Sachen **52.** 378.

Die Kostenfreiheit entbindet nicht von der Erstattung baarer Auslagen (Instr. zu §. 6) **52.** 114 (f. a. **43.** 149).

Behandlung der baaren Auslagen bei Vormundschaften über minderjährige, taubstumme und geisteskranke Personen (Instr. zu §. 7) **52.** 114; (Instr. zum Tarif §. 44) **52.** 126.

Bei welchem Gericht die Liquidation der baaren Auslagen erfolgt (Instr. zu §. 14) **52.** 114.

Erstattung der baaren Auslagen (Instr. zu §. 17) **52.** 114; (Instr. zu §. 67 des Tarifs) **52.** 126. — Erstattung der vor dem 1. Januar 1852 entstandenen baaren Auslagen (Instr. zu §. 21) **52.** 114.

Auslagen in Untersuchungssachen (Instr. zu §. 48 des Tarifs) **52.** 126.

Auslagen bei Requisitionen (Instr. zu §. 60 des Tarifs) **52.** 126.

Auslagen bei Auktionen (Instr. zu §. 66 des Tarifs) **52.** 126.

Auslagen der Rechtsanwalte (Instr. zum Tarif zum Gesetze v. 12. Mai 1851 zu §. 1) **52.** 145.

Auslagen der Notare (Instr. zu §. 16 des Gesetzes v. 11. Mai 1851) **52.** 152.

Ausland, inwiefern aus Urkunden, welche vor ausländischen Gerichten oder Notaren aufgenommen worden sind, Eintragungen in das Hypothekenbuch erfolgen können **39.** 82, 243.

Vernehmung von Defensionalzeugen in Zoll- und Steuer-Defraudationssachen auf Requisition auswärtiger Gerichte solcher Staaten, welche nicht zu dem Deutschen Zollverein gehören **39.** 164; — desgl. von Seiten der Gerichte im Königreich Polen **39.** 206.

Nachweis der Qualität und Kompetenz der Aussteller ausländischer Urkunden **39.** 311.

Vollstreckung eines von Brautleuten in dem ausländischen Wohnorte Eines derselben gerichtlich aufgenommenen Vertrages wegen Ausschließung der ehelichen Gütergemeinschaft **41.** 374.

Welche Urkunden diesseitige Gesandte und Residenten bei auswärtigen Höfen in Privatangelegenheiten aufzunehmen und zu beglaubigen berechtigt sind **42.** 95

Verzeichniß sämmtlicher im Auslande belegenen Preußischen Postanstalten mit Preußischer Briefbestellung **42.** 203. — Berichtigung desselben **52.** 238. — Neuestes Verzeichniß **52.** 403. — Wo sich im Auslande Preußische Postanstalten befinden, ist die Insinuation gerichtlicher Verfügungen durch die Post zu bewirken **44.** 207.

Form der von Inländern im Auslande zur Erhebung der bei diesseitigen Gerichten deponirten Gelder und anderer Sachen auszustellenden Vollmachten **43.** 60.

Vollmachtsstempel zu den von Ausländern im Auslande ausgestellten Vollmachten **43.** 79. — Die von einer ausländischen Behörde ausgefertigten Rekognitionsverhandlungen oder Atteste unterliegen dem diesseitigen Stempel nicht **43.** 79.

Verfahren bei Insertionen in die Wiener Zeitung **43.** 96.

Zusammenstellung der über das Verfahren bei Requisitionen nach dem Auslande und bei Erlassen an Ausländer oder im Auslande sich aufhaltende Preußische Unterthanen ergangenen Vorschriften **44.** 207; **54.** 374.

Zur Beförderung der Insinuationen, Requisitionen und sonstigen Korrespondenzen nach dem Auslande bedarf es ferner nicht mehr der Vermittelung der Appellationsgerichte **49.** 287.

Instruktion über die Eheschließung und Beurkundung des Personenstandes Preußischer Unterthanen in außereuropäischen Ländern **54.** 350.

Auslegung des §. 269 des Strafgesetzbuchs, den Mißbrauch fremder Waarenbezeichnung des Auslandes betreffend **55.** 4.

Bestrafung der Verbrechen und Vergehen, welche von Inländern gegen die in Ausübung ihres Amtes befindlichen ausländischen Beamten im Auslande begangen werden **55.** 184;

Abhandlung über die Frage, ob die Vormundschaft über eine Kurandin, welche sich mit einem Ausländer verheirathet, von den diesseitigen Gerichten fortgeführt werden muß **55.** 299.

Ausschließung der Geschworenen bei Feststellung der Frage, ob eine von einem Preußen im Auslande begangene That nach den Gesetzen des Auslandes strafbar sei **56.** 46, 124.

Inwiefern die Hülfeleistung bei einer von einem Preußen im Auslande begangenen That strafbar ist **56.** 343.

Bestrafung des Verkaufs der im Auslande verbotswidrig vervielfältigten Werke **59.** 430.

In welchen Fällen bei Korrespondenzsendungen aus Preußen nach anderen Staaten des Deutsch-Oesterreichischen Postvereins die Portofreiheit eintritt (Regul. d. d. 3. Januar 1858 §. 9) **58.** 53.

Verfahren bei Auslieferung von Verbrechern, s. Auslieferung.

Nach welchen Grundsätzen der Ansatz von Kosten, Stempeln und Porto für Requisitionen im Auslande erfolgt **44.** 207; (Instr. zu §§. 60, 67 des Tarifs zum Gesetze v. 10. Mai 1851) **52.** 126.

Verfahren bei dem Gebührenansatze für Beglaubigung von Dokumenten für das Ausland (Instr. zu §. 16 des Gesetzes vom 10. Mai 1851) **52.** 114.

siehe auch Anhalt-Bernburg, Baden, Baiern, Belgien, Braunschweig, Bremen, Dänemark, England, Frankfurt a. M., Frankreich, Hamburg, Hannover, Hessen, Holstein, Krakau, Luxemburg, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Moldau, Nassau, Niederlande, Nordamerika, Norwegen, Oesterreich, Oldenburg, Polen, Reuß-Plauen, Riga, Rußland, Sachsen, (Königreich) Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg-Gotha, Sachsen-Weimar, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Schweden, Sebenaer, Siebenbürgen, Türkei, Ungarn, Waltachei, Warschau, Württemberg.

Ausländer, Prozeßverfahren gegen Ausländer, welche im Inlande Vermögen besitzen **39.** 65. — Fortsetzung der Instruktion des Prozesses eines Ausländers gegen einen Inländer in Bezug auf den Kautionspunkt **40.** 332. — Verfahren, wenn

Digitized by Google

zum Nachlasse eines Ausländers Grundstücke im Inlande gehören und die Ausstellung des Legitimations-Attestes der inländischen Erben bei dem ausdrängen Gerichtsstande Schwierigkeiten findet 41. 71. — Zusammenstellung der über das Verfahren bei Erlassen an Ausländer ergangenen Vorschriften 44. 207. — Kostenvorschuß der Ausländer vor Einleitung des Verfahrens (cautio pro expensis) (Instr. zu §. 8 Nr. 4 des Gesetzes v. 10. Mai 1851) 52. 114.

Inwiefern die Anstellung von Ausländern im Preußischen Staatsdienste zulässig ist 47. 375.

Paßpflichtigkeit ausländischer Grenzbewohner, welche des Schleichhandels oder einer Begünstigung desselben verdächtig sind 39. 318. — Erläuterung dieser Vorschrift für die Rheinprovinz 39. 426. — Auslieferung der eines betrüglichen Bankerotts in ihrem Vaterlande beschuldigten Individuen 41. 210. — Bestrafung der des Landes verwiesenen Ausländer, welche ohne Erlaubniß in die Preußischen Staaten zurückkehren 43. 274; 52. 379; 58. 222. — Kosten des Transports ausländischer, zur Landesverweisung verurtheilten Landstreicher, Bettler und Arbeitsscheuer 53. 316.

Auslieferung, Erforderniß der Genehmigung des Justiz-Ministers zur Auslieferung eines Verbrechers an ausländische Behörden 44. 207.

Verfahren bei Anträgen auf Auslieferung von Verbrechern im Großherzogthum Luxemburg 40. 283. — Abänderung des Vertrags vom 11. März 1844. 48. 32.

Verfahren bei Requisitionen auf Auslieferung der nach Frankreich entflohenen Verbrecher 40. 318; 44. 207.

Ausführung des Art. 1 der mit der Großherzoglich Hessischen Regierung getroffenen Uebereinkunft vom 10. April 1841. 41. 263.

Zeitpunkt, von welchem ab die mit Rußland abgeschlossene Kartell-Konvention in Wirksamkeit tritt 44. 170. — Verfahren bei Auslieferung von Verbrechern nach Rußland 44. 207; 58. 10. 74.

Welche Gerichte im Königreich Polen kompetent sind, Requisitionen wegen Auslieferung flüchtiger Verbrecher zu erlassen, und umgekehrt, diesseitigen Requisitionen zu genügen 44. 186; 58. 10. 74. — Verfahren bei Auslieferung von Verbrechern nach dem Königreich Polen 44. 207.

Verfahren bei Auslieferung von Verbrechern nach Belgien 44. 207. — desgl. bei Requisitionen diesseitiger Gerichte wegen Auslieferung von Verbrechern, welche sich in Belgien aufhalten 50. 382. — Verfahren, wenn die von einer anderen Regierung nach den Preußischen Staaten auszuliefernden Individuen durch das Belgische Gebiet transportirt werden müssen 44. 242.

Verfahren bei Auslieferung von Verbrechern nach den Niederlanden 44. 207; 54. 386.

Verfahren bei Auslieferung von Verbrechern nach New-York 44. 207.

Befugniß der Oldenburgischen Konsulatbeamten, die Verhaftung und Auslieferung der von den Schiffen ihrer Nation desertirten Matrosen, welche nicht Preußische Unterthanen sind, zu verlangen 45. 217.

s. auch Bankerutt, Requisitionen.

Auspfändung, s. Exekution.

Ausschank, s. Schankrecht.

Ausschreibegebühren, Ansatz der Ausschreibegebühren bei Aufnahme städtischer Pfleglingsgefangenen in die gerichtlichen Gefängnisse 56. 182. — Wegfall der Ausschreibegebühren für gerichtliche Gefangene 58. 374.

Außerehelicher Beischlaf, s. Beischlaf.

Außerkourssetzung, Raumersparniß bei der Außer- oder Wieder-Inkourssetzung geldwerther, auf jeden Inhaber lautender Papiere 46. 235.

Aussicht, Begriff des Rechts auf Aussicht 47. 74.

Austritt aus der Kirche, s. Attest, Kirche.

Auswanderung, Verfahren bei Auswanderungen in Ansehung des Vermögens der in väterlicher Gewalt befindlichen Kinder 39. 56. — Verfahren bei Entlassung bevormundeter Personen aus dem Preußischen Unterthanenverbande 53. 427.

Insinuation von Vorladungen an ausgewanderte Militairpflichtige, welche sich in Nordamerika oder England aufhalten 52. 227.

Nothwendigkeit der obrigkeitlichen Konzession zur Abschließung von Auswanderungsverträgen 58. 107.

Begriff der Auswanderung im Sinne des §. 110 des Strafgesetzbuchs 59. 146, 422; — desgl. des §. 3 des Gesetzes v. 10. März 1856. 59 422.

Wiederaufnahme ausgewanderter Familien s. Gemeinde.

s. auch Beschlagnahme.

Auszeichnung, s. Dienstauszeichnung, Landwehrauszeichnung.

B.

Baare Auslagen, s. Auslagen.

Baden (Großherzogthum). Insinuation gerichtlicher Zusendungen an die in Baden wohnenden Parteien 40. 57.

Verfahren bei Requisitionen Großherzoglich Badenscher Justizbehörden 40. 286.

Verfahren bei Requisitionen Preußischer Justizbehörden nach Baden 44. 207.

Anrechnung des Dienstes bei dem Kampfe des Jahres 1849 im Großherzogthum Baden bei Pensionirungen als Kriegsjahr 49. 483.

Verfahren bei dem erkannten Verluste der Badenschen Gedächtniß-Medaille 50. 387.

Bade-Ordnungen, Befugniß der Verwaltungsbehörden zur Abänderung von Bade-Ordnungen 52. 201.

Bade-Taxen, Befugniß der Verwaltungsbehörden zur Abänderung von Bade-Taxen 52. 201.

Badsteuer, Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die Einziehung einer Badsteuer in der Rheinprovinz 54. 387.

Bagatell-Prozeß. Verfahren. In welchen Fällen Streitigkeiten bei Erbregulirungen im Bagatell-Prozesse zu entscheiden sind 39. 386. — Anberaumung und Abhaltung der Termine in Bagatell-Prozessen während der Gerichtsferien und der Erntezeit 40. 4. — Auslegung des §. 68 der Verordnung vom 1. Juni 1833 und der Instruktion vom 4. Juli 1833. 40. 315, 362.

Welche Erklärungen der Parteien in das Protokoll über die mündliche Verhandlung aufzunehmen sind 41. 154. — Verfahren bei der mündlichen Verhandlung 43. 196.

s. auch Ruhestörer.

Verfahren bei subjektiver und objektiver Klage-Kumulation 44. 22.

Digitized by Google

Anweisung wegen richtiger Behandlung der Bagatellsachen und Auswahl der Bagatell-Kommissarien unter den Richtern **40**. 167; **41**. 311; **48**. 95, 259; **59**. 338.

Anlegung der Akten in Bagatell-Prozeßsachen **44**. 3.

Führung von Prozeßlisten über die Bagatell-Prozesse bei den Gerichten erster Instanz **50**. 395.

Die Obergerichte sind zur Uebertragung der bei ihnen angebrachten Bagatell-Prozesse an einen Kreis-Justizrath ohne Zustimmung des Klägers nicht befugt **40**. 365. — Verhandlung und Entscheidung der Bagatell-Prozesse gegen nicht am Sitze des Obergerichts wohnende Eximirte **48**. 112.

Inwiefern Subalternbeamte abwesenden Parteien als Bevollmächtigte und anwesenden Parteien als Assistenten zu bestellen sind **41**. 24.

Verfahren bei Instruktion der Klage an mehrere Verklagte **39**. 94.

Kontumazial-Verfahren. Vorschriften zur Vermeidung von Härten beim Kontumazial-Verfahren im Bagatell-Prozesse **40**. 179.

Rekurs. Verfügungen, durch welche Klagen in Bagatellsachen zurückgewiesen werden, können im Wege des Rekurses wieder aufgehoben werden **39**. 83. — Behandlung der Rekurse in Bagatellsachen **39**. 219; **41**. 206, 218. — Prüfung, Einleitung und definitive Entscheidung der Rekursgesuche in Bagatellsachen **39**. 340. — Zulässigkeit des Rekurses, ohne Unterschied, ob von Ober- oder Untergerichten, von einzelnstehenden Richtern oder Kollegien erkannt ist **41**. 42. — Wie der Rekurs angebracht werden muß **43**. 139.

Restitution. Gegen Kontumazial-Entscheidungen in Bagatellsachen findet nur das Rechtsmittel der Restitution, nicht aber das Rechtsmittel des Rekurses statt **39**. 354.

Appellation. In allen vor Verkündung der Deklaration v. 6. April 1839 in erster Instanz schon entschiedenen Bagatell-Prozessen ist die Verfolgung des Rechtsmittels der Appellation nach den damals gültigen gesetzlichen Vorschriften zulässig **40**. 72.

Kosten- und Stempelansatz bei den Gerichten in Bagatellsachen **39**. 94, 144; **40**. 353; **41**. 16, 55, 201; **42**. 30; **43**. 62, 97, 142, 272.

Anderweitige Bestimmungen nach dem Gerichtskosten-Gesetze v. 10. Mai und der Instr. v. 10. September 1851. — Kostenvorschuß in Bagatellsachen (Instr. zu § 8 des Gesetzes) **52**. 114. — Kostenansatz im Mandatsverfahren (Instr. zum Tarif zu §. 3) **52**. 126; — desgl. im Falle einer Beweisaufnahme (ebend. zu §. 6) **52**. 126; — desgl. beim Rekurs im Bagatell-Prozesse (ebend. zu §§. 4 und 5) **52**. 126; — desgl. in der Exekutions-Instanz (ebend. zu §. 14) **52**. 126.

Gebühren der Rechtsanwalte in Bagatellsachen **40**. 240; **43**. 208, 230, 427.

Anderweitige Bestimmungen nach dem Gesetze v. 12. Mai und der Instr. v. 12. September 1851: Erstattung der Mandatariengebühren von Seiten des unterliegenden Gegners (Instr. zu §. 8 des Gesetzes) **52**. 142. — Schreibgebühren der Rechtsanwalte in Bagatellsachen (Instr. zur Einleitung zum Tarif) **52**. 145. — Gebühren der Rechtsanwalte im Bagatell-Prozesse (Instr. zum §. 3 des Tarifs) **52**. 145.

Baiern, Insinuation gerichtlicher Zusendungen an die in Baiern wohnenden Parteien **40**. 57.

Verfahren bei Requisitionen nach dem Königreich Baiern **44**. 207.

Uebersicht der Gerichtsbehörden im Königreich Baiern **58**. 134.

Bank, Geschäftsverkehr mit der Bank wegen Erhebung der Zinsen von den für die Vormundschaftsbehörden ausgestellten Bank-Obligationen **42**. 263. — Annahme von Friedrichsdors zu 5½ Thaler bei Kourantzahlungen Seitens der Bank **43**. 100. — Anlegung der unter 10 Thaler betragenden Depositalmassen der Patrimonialgerichte bei der Bank **45**. 71. — Benutzung der Bank bei dem An- und Verkauf von inländischen Staats- und anderen öffentlichen Papieren **51**. 382; — Form der von den Gerichten dabei auszustellenden Quittungen **52**. 250. — Portofreiheit bei dem Verkehr mit der Bank (Instr. zum Gesetze vom 10. Mai 1851. Einleitung) **52**. 114; (Instr. zum Tarif zu §. 67) **52**. 126. — Anderweitige Unterdringung der bei der Bank belegten Depositalgelder zu einem höheren Zinsfuße **52**. 242. — Depositalverkehr mit der Bank **57**. 74. — Nachweisung der am Schlusse des Rechnungsjahres 1856—57 bei der Bank belegten Bestände der General-Depositorien der Gerichte **58**. 36.

Banterutt, in welchen Fällen die Gerichte zur Auslieferung von Individuen, welche des betrüglichen Bankerutts in ihrem Vaterlande beschuldigt sind, ohne Anfrage befugt sind **41**. 210. Thatbestand des betrüglichen Bankerutts **53**. 218.

Banknoten (Bank-Obligationen), Verfahren beim Aufgebot verloren gegangener Bank-Obligationen **42**. 51.

Verfahren bei Erhebung der Zinsen **42**. 263.

Verfahren bei Untersuchungen wegen Verfertigung oder Verbreitung falscher Noten der Preußischen Bank **50**. 148; — fernere Bestimmungen **51**. 230.

Bannrecht, Kompetenz der Verwaltungsbehörden zur Entscheidung der Frage: ob aus aufgehobenen Bannrechten dem früher Berechtigten Entschädigung zu gewähren ist **41**. 100.

Bataillons-Kommandeure der Landwehr, Einwirkung derselben auf die Bestrafung der Landwehrmänner bei unterlassener An- und Abmeldung **43**. 278; **50**. 126, 227; **51**. 230; **52**. 348, 358.

Strafbefugniß der Landwehr-Bataillons-Kommandeure bei vorschriftswidrig eingereichten Gesuchen und Beschwerden beurlaubter Landwehrmänner **44**. 190.

Bataillons-Tamboure, Berechnung der denselben bei ihrer Anstellung im Civildienste zu machenden Gehaltsverbesserungs-Abzüge **54**. 27.

Baubeamte (Bauführer, Baumeister), Verfahren bei Vorladung von Baubeamten und Beamten der technischen Deputation für Gewerbe in Prozessen als Sachverständige **40**. 236. — Verfahren bei Einleitung der Untersuchung gegen einen vereideten Bauführer und Baumeister wegen Verbrechen und Vergehen **51**. 230.

Kompetenz der Verwaltungsbehörden zur Entscheidung darüber, ob ein Baubeamter die Sonntagsfeier verletzt hat **57**. 108.

Baudienste, inwiefern Baudienste in Westphalen den gemessenen Diensten beizuzählen sind **41**. 92.

Bauergüter, Belastung bäuerlicher Besitzungen mit Hypothekenschulden **39**. 103.

Die Dienste und Prästanda eines Bauergutes, namentlich eines ursprünglich lassitischen, sind als bloße Pertinenzstücke desselben zu betrachten **39**. 212. — Inwiefern lassitische Grundstücke bei Erbregulirungen über den Nachlaß der Besitzer als freies Eigenthum zu behandeln sind **44**. 462.

Zuschreibung der von einem Gute in Folge der gutsherrlichen und bäuerlichen Regulirung angeschriebenen und demnächst von dem Gutsherrn eigenthümlich erworbenen bäuerlichen Grundstücke im Hypothekenbuche des Guts **39**. 399.

Digitized by Google

Verpflichtung der Schlesischen Gutsbesitzer zur Vertretung der auf eingezogenen wüsten Bauergütern haftenden herrschaftlichen Dienste **40**. 176.

Verfahren bei der Aufnahme von Parzelirungsverträgen über Bauergüter und andere ländliche Grundstücke **42**. 103.

Dispositionsbefugnisse des überlebenden Ehegatten bei bestehender Gütergemeinschaft hinsichtlich der zum gemeinschaftlichen Vermögen gehörenden Bauergüter **43**. 73.

Aufforderung an die Gerichtsbehörden zur Berichterstattung über die Zahl der von ihnen im Wege der Exekution eingeleiteten Subhastationen von Bauergütern **57**. 354.

Ermittelung des Werths der Bauergüter in der Preußischen Monarchie und der darauf haftenden Schulden **58**. 85.

Bauer-Ordnung, Aufhebung der ehelichen Gütergemeinschaft nach der Pommerschen Bauer-Ordnung v. 30. Dezember 1764 bei Trennung der Ehe durch richterlichen Spruch **41**. 12.

Baufällige Häuser, s. Bausachen.

Bauführer, s. Baubeamte.

Bäume, Bestrafung des Beschälens der Bäume als Forstfrevel **40**. 64.

Zur Anwendung des §. 247 Tit. 15 Thl. II. A. L. R. ist es nicht erforderlich, daß die Bäume sofort bei ihrer Anpflanzung der Mühle den nöthigen Wind benehmen **49**. 260.

Die Entwendung eines Baumes mit der Wurzel ist als Diebstahl zu bestrafen **54**. 151.

Baumeister, s. Baubeamte.

Baumrinde, Bestrafung des Beschälens der Bäume als Forstfrevel **40**. 64. — Bestrafung der Entwendung von Baumrinde **55**. 79.

Baumstämme, Anwendung der Feld-Polizei-Ordnung v. 1. November 1847 (§. 43 Nr. 2) auf die Entwendung von Baumstämmen **53**. 172; **54**. 92, 151.

Baumzweige, Anwendung der Feld-Polizei-Ordnung v. 1. November 1847 (§. 43 Nr. 2) auf die Entwendung von Baumzweigen **53**. 172; **54**. 92, 151.

Baurath, Empfehlung der von Baurath fortgesetzten Zeitschrift „Mittheilungen zur Beförderung der Sicherheitspflege" **50**. 118.

Bausachen, polizeiliche Verhandlungen und Gesuche in Baungelegenheiten und die Bau-Konsense sind stempelfrei **39**. 243.

Verfahren bei Anträgen der Orts-Obrigkeit wegen Subhastation baufälliger Häuser, wenn der Eigenthümer die Kosten zu dem Umbau nicht herbeischaffen will oder kann **39**. 377.

Rothfrist zur Einlegung der Nichtigkeitsbeschwerde in schleunigen Bau-Prozessen **42**. 364.

Was unter dem Ausdruck der „wahren Grenzlinie" im §. 342 Tit. 9 Thl. I. A. L. R. zu verstehen ist **43**. 192. — Anwendung der §§. 142, 143 Tit. 8 Thl. I. A. L. R. bei neuen Bauten auf bisher zum Bau benutzte Stellen und bei Erbödungen alter Gebäude **47**. 74.

Inwiefern der Rechtsweg gegen Anordnungen der Polizeibehörde in Bausachen zulässig ist **56**. 20; — desgl. über die Rückgabe oder Entschädigung für den durch eine von der Regierung festgesetzte Alignementslinie abgeschnittenen Grund und Boden **56**. 50.

Kostenansatz in Baustreitigkeiten (Instr. zu §. 5 des Tarifs zum Gesetze v. 10. Mai 1851) **52**. 126.

Bauten, Verwendung und Verrechnung der Baugelder **39**. 57. — Abändernde Bestimmungen **42**. 314; **50**. 2, 355.

Verfahren bei Ersparungen an Baugeldern bis zum Betrage von Einem Thaler **42**. 153; — desgl. wenn sie den Betrag von Fünfzig Thalern nicht erreichen **47**. 107.

Verfahren, wenn die für Gerichtsbehörden ausgeführten Bauten den Betrag von Zwanzig Thalern nicht erreichen **43**. 67; **58**. 98; — desgl. wenn die Bau-Reparaturen den Betrag von Fünfzig Thalern nicht übersteigen **50**. 2, 335.

Vermeidung von Nachforderungen bei auszuführenden Bauten **43**. 187.

Zur kalkulatorischen Feststellung der Bauonschläge ist von Seiten der Gerichtsbehörden andere als rothe Tinte zu verwenden **45**. 99.

Verfahren bei Versendung von Bau-Plänen und Zeichnungen **45**. 42.; **56**. 27.

Wegfall der Verabfolgung des freien Bauholzes aus den Staatswaldungen bei Staatsbauten **46**. 192; **48**. 314.

Einschränkung der Bauten von Gerichtsgebäuden und gerichtlichen Gefängnissen **48**. 215.

Technische Revision der in Dienstwohnungen auszuführenden baulichen Einrichtungen **58**. 98.

s. auch Festungsbauwachen, Gefängnißbauten, Kirchenbauten, Küsterbauten, Pfarrbauten, Schulbauten, Wasserbauten, Wegebauten.

Beamte. 1) Anstellung, Verbütung der Anstellung verschuldeter Beamten **43**. 22, 62. 106.

Inwiefern die Anstellung von Ausländern zulässig ist **47**. 375.

Anstellung im richterlichen, Subalternen- und Unterbeamtendienst, s. Anstellung.

Verfahren bei Anstellung und Entlassung der in etatsmäßigen Stellen auf Kündigung angestellten Beamten **41**. 363. — Pensionsbeiträge dieser Beamten **42**. 207.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die Dienstentlassung eines widerruflich angenommenen Beamten **54**. 83; **59**. 172.

2) Uniform und Rangverhältnisse der Beamten. Anlegung der Deutschen Kokarde von Seiten der zum Tragen einer Dienst-Uniform verpflichteten Beamten **49**. 47; — Aufhebung dieser Bestimmung **50**. 180. — Rangverhältnisse der richterlichen Beamten und Beamten der Staatsanwaltschaft **50**. 104.

3) Besoldung (Gehalt, Diensteinkommen).

Verfahren, wenn ein Beamter bei seiner Anstellung zur Anschaffung von Büreau-Bedürfnissen verpflichtet wird **40**. 302. — Die ausschließliche oder auch nur theilweise Anweisung einzelner Beamten auf selbstverdiente Gebühren statt Besoldung findet, mit Ausnahme der Kalkulatoren, ferner nicht statt (Instr. zu §. 18 des Gesetzes v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Unzulässigkeit des Rechtsweges über Ansprüche der Staatsdiener wegen entzogener Diensteinkünfte, auch wenn die Anstellung auf einem Vertragsverhältnisse beruht **59**. 172.

s. auch Anciennetät, Beschlagnahme, Besoldung, Gehaltszulage.

4) Emolumente und Gebühren. Wiederabnahme

c*

den Emolumenten, welche Beamten zur zeitweisen Benutzung überwiesen worden sind, ohne Entschädigung der Betheiligten **41**. 158. — Entschädigung der zum Bezug von Emolumenten berechtigten Beamten bei Requisitionen der Gerichtsbehörden untereinander **41**. 346. — Diätarien sind zum Bezug von Emolumenten und Gebühren für Geschäfte am Orte des Gerichts in der Regel nicht berechtigt **45**. 40.

Gebühren der Beamten für die Bearbeitung solcher Sachen, welche ihnen für ihre Person übertragen werden **43**. 11; — desgl. für sachverständige Gutachten **55**. 243.

Gebühren der Kalkulatur-Beamten, s. Kalkulatur.

s. auch Gebühren, Kommissionsgebühren.

5) Diäten und Reisekosten der Beamten, s. Diäten, Reisekosten.

6) Dienstwohnung. Wiederabnahme von Wohnungen in öffentlichen Gebäuden, welche Beamten zur zeitweisen Benutzung überwiesen worden sind, ohne Entschädigung der Betheiligten **41**. 158.

7) Nebenämter. Die Allerhöchste Order v. 13. Juli 1839 (Ges.-Samml. S. 235) wegen der zur Annahme von Nebenämtern oder Nebenbeschäftigungen für Staatsbeamte erforderlichen Genehmigung der Centralbehörden ist auf die mittelbaren Staatsbeamten nicht zu beziehen **40**. 287.

Die Annahme eines besoldeten oder unbesoldeten Gemeindeamtes von Seiten der Staatsbeamten darf nur mit Genehmigung der vorgesetzten Dienstbehörde erfolgen **51**. 151.

8) Heirathe-Konsens. Nur die bei der Allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt rezeptionsfähigen Civilbeamten sind zur Einholung des Ehekonsenses von ihrem Chef im Sinne des §. 70 des Anhanges zum A. L. R. verpflichtet **39**. 302.

9) Beitritt zur Allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt. Erfordernisse zur Aufnahme der Beamten in die Allgemeine Wittwen-Verpflegungs-Anstalt **59**. 42.

Kontrolirung des Einkaufs der Ehefrauen von Beamten in die Allgemeine Wittwen-Verpflegungs-Anstalt **40**. 204.

Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Frage: ob ein Staatsbeamter verpflichtet ist, seine Ehefrau bei der Allgemeinen Wittwen-Kasse zu versichern, und welche Zwangsmaaßregeln deshalb in Anwendung zu bringen sind **58**. 132.

Berichtigung der Wittwen-Kassen-Beiträge, s. Wittwen-Kasse.

10) Militair-Verhältnisse der Beamten. Benachrichtigung der Civilbehörde von der disziplinarischen Bestrafung eines Beamten in seiner gleichzeitigen Eigenschaft als Landwehr-Offizier **40**. 143. — Mittheilung ehrengerichtlicher Erkenntnisse gegen die als Beamte im Staatsdienste angestellten Landwehr-Offiziere und verabschiedeten Offiziere an die ihnen vorgesetzte Dienstbehörde **46**. 143.

Fortgenuß des Einkommens der diätarischen Hülfsarbeiter während der Dauer der Militairdienst-Uebungen **41**. 363.

Behandlung der militairpflichtigen Civilbeamten im Falle ihrer Einberufung zum Kriegsdienste bei einer Mobilmachung der Armee **50**. 203; — desgl. derjenigen, welche in Folge der seit 1818 bis 1852 stattgehabten Zusammenziehungen von Truppen in dieselben eingestellt worden sind **52**. 286; — desgl. derjenigen, welche in den Jahren 1854 bis 1856 zur Kompletirung der Artillerie in dieselbe eingestellt worden sind **57**. 50; — desgl. im Falle ihrer Einberufung bei der angeordneten Kriegsbereitschaft der Armee **59**. 222.

11) Diensteid. Vereidigung der Staatsdiener aus Veranlassung des Thronwechsels **40**. 209.

Vereidigung aller derjenigen Personen, welche bei den Gerichten zu dienstlichen Verrichtungen, zu ihrer Ausbildung, zur Aushülfe oder zur Probe angenommen werden **43**. 143.

Vereidigung der Beamten auf die Verfassung **50**. 42; — desgl. derjenigen Justizbeamten, welche zugleich in einem militairischen Dienstverhältnisse stehen **50**. 110; — desgl. derjenigen Unteroffiziere, welche zur probeweisen Beschäftigung als Boten und Exekutoren bei den Civilgerichten angenommen werden **50**. 197.

s. auch Bekräftigungsformel.

Rechtliche Folgen der von einem Staatsbeamten verweigerten Eidesleistung auf die Verfassung **50**. 222.

Vereidigung der Forstbeamten in Betreff der Untersuchungen wegen Entwendung von Waldprodukten **40**. 398. — Vereidigung der auf Lebenszeit angestellten Privat-Forstbeamten **45**. 189.

Inwiefern die amtsordliche Versicherung eines Beamten die Natur eines falschen Zeugnisses in einer Strafsache annimmt **57**. 380.

12) Amtsbefugnisse. Inwiefern ein Beamter wegen Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse nur im Disziplinarwege zu bestrafen ist **56**. 90.

s. auch Amtshandlungen, Amtspflichten.

Inwiefern der Rechtsweg gegen Amtsüberschreitungen der Beamten bei Amtshandlungen zulässig ist, s. Konflikte.

13) Regreß gegen Beamte. Regreßpflichtigkeit des Richters wegen wissentlich begangener Ungerechtigkeiten und Fahrlässigkeit **40**. 216. — Aufforderung an die Obergerichte zur Berichterstattung über Vorschläge, die Regreßpflichtigkeit der Richter betreffend **42**. 171.

Verfahren der Friedensrichter bei Regreßklagen gegen Regierungsbeamte in der Rheinprovinz **42**. 9.

Regreß an Kassenrendanten wegen subsidiarischer Vertretung der von einem insolvent verstorbenen Beamten überhobenen und von dem Rendanten verrechneten Emolumente **43**. 258.

Unzulässigkeit der Regreßklage gegen Beamte, welche als Organe ihrer Behörde beschränkende Maaßregeln zur Ausführung bringen **55**. 407; **57**. 110.

14) Gerichtsstand der Beamten niederen Ranges, s. Gerichtsstand.

15) Injurienklage gegen Beamte. Kompetenz der Dienst- und Gerichtsbehörden zur Untersuchung der von Staatsbeamten im Amte verübten Ehrenkränkungen **40**. 99. — Inwiefern gegen Beamte wegen Handlungen oder Aeußerungen bei Ausübung ihres Amtes die Injurienklage zulässig ist **55**. 129; **57**. 400, 405, 408, 412, 413, 415, 430, 431, 437, 456.

s. auch Konflikte.

Verfahren der Friedensrichter in der Rheinprovinz, wenn gegen einen der Regierung untergeordneten Beamten eine Injurienklage aus Veranlassung ihres Amtes erhoben wird **42**. 9.

16) Bestrafung der Beleidigung der Beamten. Verfahren bei Beleidigung der Beamten in Immediatgesuchen **39**. 127, 182; **42**. 53.

Bestrafung der gegen Beamte bei Ausübung ihres Amtes verübten Beleidigungen **53**. 420.

Digitized by Google

Bestrafung der Verbrechen und Vergehen, welche von Inländern gegen die in Ausübung ihres Amtes befindlichen ausländischen Beamten im Auslande begangen werden **55**. 184.

s. auch Fiskalische Untersuchungen, Ministerien.

17) Beiträge der Beamten zu Gemeinde-Abgaben und Lasten.

Einwendungen der Staatsbeamten gegen die Heranziehung zur Einquartierungslast **51**. 253; — desgl. zur Zahlung von Landwehrfeldegeldern **54**. 379; — desgl. der Beamten in Neuvorpommern wegen Heranziehung zu Beiträgen zu kommunalständischen Abgaben **55**. 427; — desgl. zur Zahlung von Kommunalsteuern auf Grund des Gesetzes v. 11. Juli 1822. **57**. 202; — desgl. zur Zahlung von Kirchendefizitsteuer **55**. 115; — desgl. zur Zahlung von Kirchendeezem **56**. 43; — desgl. zur Zahlung von Schul-Abgaben **55**. 411.

18) Personal-Exekution gegen Beamte. Unzulässigkeit des Personal-Arrestes gegen Diätarien und Lohnschreiber **40**. 384. — Polizei-Distrikts-Kommissarien in der Provinz Schlesien sind nicht als solche Beamte anzusehen, welche nach §. 174. des Anh. zur A. G. O. vom Personal-Arrest befreit sind **42**. 308. — Zulässigkeit des Personal-Arrestes gegen pensionirte Beamte, sobald die Exekution in das Vermögen derselben, wovon nur die schon fälligen Raten gehören, fruchtlos ausgefallen ist **43**. 19.

19) Ordnungsstrafen. Verfahren bei Ermäßigung oder Niederschlagung der gegen Justizbeamte festgesetzten Ordnungsstrafen in Stempelsachen **39**. 5. — Ordnungsstrafen gegen Justiz-Kommissarien **48**. 6, 365.

Geldbußen, welche auf Grund der Verordnung v. 11. Juli 1849 einem Beamten als Ordnungsstrafen auferlegt werden, dürfen im Falle des Unvermögens nicht in Gefängnißstrafen verwandelt werden **50**. 111.

20) Amtssuspension, s. diese.

21) Amtsentlassung. Einem zur Kriminaluntersuchung gezogenen Staatsbeamten kann vor Beendigung der Untersuchung der freiwillige Austritt aus seinem Dienstverhältnisse gestattet werden **56**. 162.

22) Pensionirung der Beamten, siehe Pensionirung.

23) Stellung der Justizbeamten zur Disposition. Zahlung der Wartegelder an die zur Disposition gestellten Justizbeamten **49**. 304.

24) Disziplinarverfahren gegen Beamte, s. Disziplinarverfahren.

25) Strafverfahren gegen Beamte.

a. Aeltere Vorschriften. Unzulässigkeit der Degradation bei mittelbaren Staatsdienern **39**. 95.

Bestimmungen über das Rechtsmittel der Aggravation in Kriminal- und fiskalischen Untersuchungssachen gegen Beamte, s. Aggravation.

In Untersuchungen gegen Verwaltungsbeamte ist die vorgesetzte Dienstbehörde gleich nach Ablauf der gesetzlichen Frist davon zu benachrichtigen, ob der Angeschuldigte ein Rechtsmittel eingelegt hat oder nicht **41**. 154. — Mittheilung des Erkenntnisses an die betreffenden Departements-Chefs und Regierungen **41**. 254; **43**. 304; **44**. 32.

b. Neuere Vorschriften. Verfahren der Staatsanwaltschaft bei Einleitung der Untersuchung wegen eines Verbrechens oder Vergehens gegen einen im unmittelbaren oder mittelbaren Staatsdienste stehenden Beamten und Mittheilung der Anklageschrift an die vorgesetzte Dienstbehörde **50**. 147; **51**. 230; **52**. 2, 250, 303, 318; **53**. 160; **55**. 246; **57**. 58.

Inwiefern der Rechtsweg gegen polizeiliche Straffestsetzungen gegen Beamte zulässig ist **57**. 108.

Inwiefern gegen Eisenbahnbeamte, welche bei einer Eisenbahn angestellt sind, deren Verwaltung und Betrieb auf den Staat übergegangen ist, die Strafgesetze gegen Staatsdiener zur Anwendung kommen **59**. 106.

Begriff eines öffentlichen Beamten im Sinne des §. 102 des Strafgesetzbuchs **59**. 207.

Verwendung des Einkommens suspendirter Beamten, s. Amtssuspension.

26) Besondere Bestimmungen. Inwiefern ein Postillon als Beamter zu erachten ist **56**. 316; **58**. 74.

s. auch Baubeamte, Bergbeamte, Eisenbahnbeamte, Forstbeamte, Gemeindebeamte, Kassenbeamte, Kirchenbeamte, Kommunalbeamte, Magazinbeamte, Medizinalbeamte, Militairbeamte, Polizeibeamte Postbeamte, Postillone, Städtische Beamte, Steuerbeamte, Subalternbeamte, Synagogenbeamte, Telegraphenbeamte, Unterbeamte, Verwaltungsbeamte, Zollbeamte.

Beerdigung, s. Begräbniß.

Beglaubigung, die Beglaubigung der Unterschrift eines Notars in der Rheinprovinz und in Neuvorpommern bei Aufnahme von Spezialvollmachten zur Erhebung gerichtlich deponirter Gelder ist nicht erforderlich **39**. 83.

Beglaubigte Abschriften, s. Abschriften.

Beglaubigung von Urkunden durch diesseitige Gesandte und Residenten, s. Ausland.

Beglaubigung von Heirathen, Geburts- und Sterbefällen, s. Dissidenten. Geburten, Heirathen, Juden, Sterbefälle.

Gebühren der Notare für die Beglaubigung einer Unterschrift (Instr. zu §. 7. des Gesetzes v. 11. Mai 1851) **52**. 152.

s. auch Legalisation.

Begnadigung, Einfluß der Begnadigung auf die Rückfallsstrafe **51**. 151.

s. auch Amnestie.

Begnadigungsgesuche. Verfahren bei Begnadigungsgesuchen und bei Gesuchen um Aussetzung oder Unterbrechung erkannter Strafen **39**. 27; **46**. 151; **54**. 62, 296.

Inwiefern die Vollstreckung der Todesstrafe durch ein Begnadigungsgesuch aufgehalten wird **39**. 27.

Inwiefern verletzende Aeußerungen in remittirten Begnadigungsgesuchen zu verfolgen und zu bestrafen sind **39**. 127, 182; **42**. 53.

Form der Begnadigungsgesuche **40**. 381.

Verfahren bei Begnadigungsgesuchen von Strafgefangenen **41**. 31. — Verfahren bei Begnadigungs-Anträgen der Strafonstalts-Direktionen in solchen Fällen, wo vor Ablauf einer gewissen Zeit auf Begnadigung nicht angetragen werden soll **45**. 42.

In der Rheinprovinz. Verfahren bei Einreichung von Begnadigungsgesuchen in der Rheinprovinz **39**. 21. — Die Aussetzung der Strafvollstreckung bei Begnadigungs-, Strafverwandlungs- und Milderungsgesuchen bleibt dem Ermessen der Ober-Prokuratoren überlassen **49**. 499.

Digitized by Google

Stempel, zu Begnadigungsgesuchen bedarf es des Gesuchsstempels nicht **43**. 206.

Gebühren der Rechtsanwalte für die Anfertigung von Begnadigungsgesuchen **43**. 206. — s. auch Rechtsanwalte.

Begräbniß (Beerdigung), Unzulässigkeit der Possessorienklage gegen polizeiliche Verfügungen über die Beerdigung von Leichnamen auf einem Begräbnißplatze **54**. 392.

Bestrafung der Beerdigung eines unehelichen Kindes ohne Vorwissen der Behörden (Strafgesetzbuch §. 186) **57**. 442.

Begräbnißkosten, auf die Begräbnißkosten eines unehelichen Kindes finden die gewöhnlichen Einschränkungen des Exekutionsverfahrens keine Anwendung **47**. 84.

Begräbnißplätze, Begräbnißplätze sind dem bürgerlichen Verkehr entzogen und eignen sich nicht zur Subhastation **40**. 143, 340. — s. auch Erbbegräbnisse.

Unzulässigkeit des Rechtswegs gegen Anordnungen der Verwaltungsbehörden über die Benutzung, Theilung und Verwaltung der Begräbnißplätze **55**. 13.

Begünstigung eines Verbrechens, Begriff des §. 37 des Strafgesetzbuchs **56**. 140.

Bestrafung der Begünstigung des Holz- und Harzdiebstahls **57**. 134.

Behörden, inwiefern verletzende Aeußerungen über Behörden in Immediatgesuchen zu verfolgen und zu bestrafen sind **39**. 127, 182; **42**. 53.

Verfahren der Staatsanwaltschaft bei Verfolgung von Beleidigungen des Staats-Ministeriums, s. Ministerium.

Beischlaf (außereheliches Beischlaf), ob der §. 169 des Anh. zur A. G. O. auf Forderungen aus einem unehelichen Beischlaf anzuwenden ist **47**. 84.

Beistände, s. Anwaltsbaheten, Assistenten, Rechtsanwalte, Unterschrift, Zeugen.

Bekleidungskosten, Erstattung der Bekleidungskosten für die auf neun oder weniger Monate in einer Strafsektion eingestellten Landwehrleute **39**. 22.

Ermächtigung der Obergerichte zur Genehmigung von Verträgen wegen Lieferung und Besorgung der Leibwäsche der gerichtlichen Gefangenen **44**. 97.

Verrechnung der Bekleidungskosten der Gefangenen **45**. 148; **52**. 266; **58**. 266, 374.

Die Bekleidung arbeitsfähiger Bettler fällt nicht dem Landarmen-Verbande, sondern der Ortspolizei-Verwaltung zur Last **54**. 326; **59**. 102.

Verfahren bei Bekleidung der aus den Gerichtsgefängnissen an die Strafanstalten abzuliefernden Zuchthaussträflinge **56**. 274.

s. auch Gefängnisse, Städte, Verpflegungskosten.

Bekräftigungsformel bei Vereidigung der Beamten auf die Verfassung **50**. 42; — desgl. bei Vereidigung der Geschworenen **50**. 102.

Belege, Kontrolirung der Ausgabebelege bei den gerichtlichen Salarien- und Depositalkassen **40**. 91.

Vorschriften über die Vernichtung der Belege bereits berichtigter Rechnungen der Königlichen Salarien- und Sportelkassen nach einem zehnjährigen Zeitraum **44**. 133. — Kassation unbrauchbarer Depositalbelege **52**. 390.

Kalkulatorische Revision der Belege zu den gerichtlichen Salarienkassen **56**. 159.

Beleidigungen (Ehrenkränkungen, Ehrverletzungen, Injurien)

1) Allgemeine Bestimmungen.

Einführung des Verfahrens in fiskalischen Untersuchungen in dem Ostrdeinischen Theil des Regierungsbezirks Coblenz **39**. 364. — Instanzenzug in denselben **40**. 112. — Anwendung des §. 221 des Anh. zur Prozeß-Ordnung am Ostrhein **41**. 292.

Verfahren in Injuriensachen gegen Kontumazial-Erkenntnisse, Auslegung des §. 230 des Anh. zur A. G. O. **40**. 43.

Instanzenzug in Injuriensprozessen gegen Personen von Adel und andere Eximirte im Bezirk des Kammergerichts **40**. 306.

Zurücknahme des Strafantrags in Injuriensachen bis zur Vollstreckung der Strafe **40**. 328; **41**. 15.

Verfahren bei Berichtsleistung auf Bestrafung der strafrechtlich zu verfolgenden Injurien der Kinder gegen ihre Eltern in der Rheinprovinz **41**. 166.

Kreis-Justizräthe dürfen sich mit der Instruktion und Entscheidung von Injuriensprozessen gegen Eximirte nicht befassen **41**. 211.

Verfahren nach der Beweisaufnahme in Injuriensprozessen **42**. 3.

Behandlung der fiskalischen Untersuchungen wegen Injurien im Departement des O. L. G. zu Breslau **42**. 84. — Abänderung der Vorschriften darüber **42**. 263. — Fernere Abänderung in Betreff der in fiskalischen Untersuchungen wegen Injurien ergangenen Erkenntnisse **43**. 235.

Kompetenz des Ober-Appellations-Senats des Kammergerichts zur Entscheidung in dritter Instanz in Injuriensachen, wenn die Ober-Landesgerichte zu Stettin und Frankfurt in zweiter Instanz erkannt haben **43**. 294.

Anlegung der Akten in Injuriensachen **44**. 3.

Publikation der Erkenntnisse in fiskalischen Untersuchungen wegen Injurien **39**. 223; **43**. 235.

Instanzenzug bei fiskalischen Untersuchungen wegen Injurien **47**. 334.

Abhandlung über die Anwendung des Gesetzes v. 11. August 1848 in Betreff der Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes in Injuriensachen **48**. 331; — desgl. über die Milderungs- und Verschärfungsgesuche in Injuriensachen **48**. 333; — desgl. über die außerordentliche Strafe und vorläufige Freisprechung in Injuriensprozessen **49**. 500.

Auslegung des Art. 36 der mit der Großherzoglich Sächsischen Regierung getroffenen Uebereinkunft zur Beförderung der Rechtspflege v. 23./29. März 1852 in Bezug auf das Verfahren bei Ehrverletzungen **52**. 319.

Neuere Bestimmungen über das Verfahren in Untersuchungssachen wegen Injurien nach der Verordnung v. 18. Dezember 1848. **49**. 66.

Der §. 34 der Verordnung v. 30. Juni 1849 ermächtigt den Staatsanwalt für befugt, nicht für verpflichtet, wegen Injurien die öffentliche Klage zu erheben **49**. 425.

Führung von Prozeßakten über die Injuriensprozesse bei den Gerichten erster Instanz **50**. 395.

Zulässigkeit der Bestellung von Gerichts-Assessoren mit beschränktem Stimmrecht als Untersuchungsrichter in Injuriensachen **59**. 388.

Es gehört zur thatsächlichen Feststellung der Instanzrichter, ob und gegen wen in einer Schrift eine Beleidigung enthalten sei **59**. 380.

2) Verfahren bei Beleidigung der Beamten und Behörden, s. Beamte, Behörden.

Digitized by Google

Begriff eines öffentlichen Beamten im Sinne des §. 102 des Strafgesetzbuchs **59**. 207.

3) Verfahren gegen Beamte wegen Handlungen oder Aeußerungen bei Ausübung ihres Amtes, s. Beamte, Konflikte.

4) Bestrafung der Beleidigungen gegen Militairpersonen und Gensdarmen, s. diese.

5) Gerichtsstand in Injurienprozessen. Gerichtsstand der Mitglieder und Beamten der Militair-Intendanturen **42**. 367; — desgl. der Militairpersonen und Gensdarmen **51**. 30.

6) Ehrverletzung durch die Presse. Bestrafung derselben im Sinne des §. 37 des Gesetzes v. 12. Mai 1851 **57**. 362.

7) Rechtsmittel. Einer Beleidigung des Richters über das dem Kläger zuständige Rechtsmittel der Aggravation bedarf es bei der Publikation des Erkenntnisses nicht **39**. 223. — In welchen Fällen der vorgesetzten Dienstbehörde eines Beamten in einer wegen Injurien eingeleiteten fiskalischen Untersuchung das Rechtsmittel der Aggravation zusteht **39**. 263.

Verfahren gegen Kontumazial-Erkenntnisse in Injuriensachen, Ausdehnung des §. 230 der A. G. O. **40**. 43.

Empfehlung des Werks über die Lehre von den Rechtsmitteln gegen Erkenntnisse im Civilprozesse, in Injuriensachen und fiskalischen Untersuchungen **42**. 104.

Frist zur Einlegung der Rechtsmittel **43**. 270.

8) Besondere Bestimmungen. Einrichtung eines Ehrengerichts zur Schlichtung von Injuriensachen unter den Mitgliedern der Bürger-Schützen-Kompagnie in Geldern **42**. 178.

9) Stempel, Kosten und Gebühren:

a) Erkenntniß-Werthstempel in Injuriensachen unter Personen geringen Standes, wenn der Kläger mit seiner Klage abgewiesen wird **39**. 14.

b) Kostenansatz in fiskalischen Untersuchungen wegen Injurien **39**. 156; **41**. 125; **42**. 368; — desgl. für die Publikation der Erkenntnisse in Injuriensachen **43**. 40, 92.

Neuere Bestimmungen. Kostenansatz nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 (Instr. zu §. 11 Nr. 4 c.) **52**. 114; — desgl. wenn die Instanz durch Entsagung oder Vergleich beendigt wird (Instr. zum Tarif §. 4) **52**. 126; — desgl. im Falle des Erkenntnisses (ebend. §. 5) **52**. 126.

c) Gebühren der Schwurzeugen in Injuriensachen **39**. 179.

d) Gebühren der Rechtsanwalte in den im Wege einer fiskalischen Untersuchung eingeleiteten Injuriensachen **40**. 31; — desgl. in Injuriendprozessen erster Instanz **43**. 206.

Neuere Bestimmungen. Erstattung der Mandatariengebühren von Seiten des unterliegenden Gegners (Instr. zu §. 8 des Gesetzes v. 12. Mai 1851) **52**. 142. — Gebührenansatz nach dem angenommenen Werth des Objekts (ebend. zu §. 2) **52**. 142.

Beleuchtungskosten, Verrechnung der Kosten für die Beleuchtung der Gefängnisse **57**. 310.

Belgien, Anweisung für die Obergerichte der Provinzen Sachsen und Westphalen in Betreff der Injunktion gerichtlicher Erlasse in Belgien **41**. 256; **44**. 207; **52**. 275. — Portofreiheit derselben und Verfahren bei Requisitionen **44**. 207; **48**. 151; **50**. 433; **51**. 167; **52**. 275; **56**. 146.

Verfahren bei Auslieferung von Verbrechern nach Belgien **44**. 207.

Verfahren bei Auslieferung von Verbrechern nach Preußen **50**. 382. — Verfahren, wenn die von einer anderen Regierung nach Preußen auszuliefernden Individuen durch das Belgische Gebiet transportirt werden müssen **44**. 242.

Verstattung unvermögender Belgischer Unterthanen zum Armenrechte in Preußen bei Preußischen Gerichten **51**. 240.

Bemerkungen, Erforderniß der Wechselproteste in Bezug auf den Ausdruck „Bemerkungen", Art. 88 der Allg. Deutschen Wechsel-Ordnung **53**. 6.

Benachrichtigung, Gebühren der Rechtsanwalte für Benachrichtigungen in Prozessen, s. Rechtsanwalte.

Benefizial-Erben, Auslegung des §. 2 der Verordnung v. 4. März 1834 über die Vollstreckung der Exekution in den Nachlaß des Schuldners **39**. 255.

Verfahren bei Einleitung des erbschaftlichen Liquidations-Prozesses, wenn nicht alle, sondern nur einer oder einige der Benefizial-Erben auf Eröffnung des erbschaftlichen Liquidations-Prozesses antragen **40**. 59.

Kostenfreie Löschung der in den Hypothekenbüchern eingetragenen Beschränkungen der Benefizial-Erben von Amtswegen **41**. 30.

Befugniß der Benefizial-Erben, die nothwendige Subhastation eines zum Nachlasse seines Erblassers gehörigen Grundstücks in Antrag zu bringen **42**. 322.

Aufhebung des erbschaftlichen Liquidationsprozesses, wenn die Benefizial-Erben die Masse zur Befriedigung der nicht präkludirten Ansprüche als fuffizient anerkennen und sich zu deren Tilgung verpflichten **43**. 174.

Berg (ehemal. Großherzogthum), Anwendung des Forstorganisations-Dekrets v. 22. Juni 1811 (Art. 11) in Betreff der Theilungen auf alle dem Staate mitangehörigen Markenwaldungen **42**. 226.

Qualität des von den Besitzern allodifizirter Lehngüter in dem ehemaligen Großherzogthum Berg gesetzlich an den früheren Landesherrn zu entrichtenden Allodifikationszinses **43**. 119.

Kompetenz der Auseinandersetzungsbehörden bei Gemeinheitstheilungen und Ablösungen in den zum ehemaligen Großherzogthum Berg gehörigen Landestheilen **54**. 338; **59**. 190.

Auslegung des Bergischen Dekrets vom 17. Dezember 1811. **59**. 427.

Bergämter, Geschäftsgang bei den Bergämtern in berggerichtlichen Angelegenheiten nach §. 14 des Edikts v. 21. Februar 1816. **39**. 238. — Befugniß der Bergämter zur Führung des Berggegen- und Hypothekenbuchs und zur Aufnahme von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit **56**. 202.

Der Gerichtskosten-Tarif zum Gesetze v. 10. Mai 1851 findet auf die Führung des Berggegenbuchs und die bei denselben vorkommenden Hypothekengeschäfte keine Anwendung (Instr. v. 10. September 1851 zu §. 2) **52**. 114.

Bergarbeiter, Kompetenz der Königlichen Berggerichte in Untersuchungssachen gegen Bergarbeiter **44**. 165.

Bergbau, Verpflichtung des Bergbauenden zur Entschädigung des Grundeigenthümers für Alles, was der Letztere durch den Bergbau verloren hat **43**. 220.

Unzulässigkeit des Rechtswegs über Expropriationen beim Bergbau **49**. 454.

Auslegung des §. 1 Kap. II. der Cleve-Märkischen Berg-Ordnung **50**. 213; — desgl. der Art. 9 und 10 Thl. III. der Chur-Cölnischen Berg-Ordnung **51**. 15.

Digitized by Google

Bergbeamte (Bergmeister), Zuziehung der Bergmeister als Sachverständige bei der Instruktion der sogenannten Bergwasser-Entziehungs-Prozesse 41. 3.

Untersuchungen gegen Bergbeamte, s. Berggerichte.

Bergen, Bezeichnung des Kreises Bergen in Neuvorpommern als Kreis Rügen 42. 212.

Berggerichte, Ablieferung der in den Depositalkassen der Berggerichte befindlichen, zum öffentlichen Aufgebot sich qualifizirenden Gelder an die Knappschaftskasse des betreffenden Berggerichts-Distrikts 40. 306.

Kompetenz der Berggerichte in Untersuchungssachen gegen Bergbeamte 44. 165.

Verfahren bei Uebernahme der Berggerichte zur Ausführung der Verordnung v. 2. Januar 1849. 49. 31.

Erweiterung des Jurisdiktions-Bezirks des Berggerichts in Waldenburg auf den Bezirk des O. L. G. zu Glogau 44. 50.

Bergbauer, (Landg. Rath), Auszug aus der Vormundschafts-Ordnung 40. 192. 41. 90.

Berg-Hypothekenwesen, Behandlung desselben bei den Bergämtern, s. Bergämter.

Einrichtung des Berg-Hypothekenwesens im Bezirk des Berggerichts zu Siegen 45. 78.

Bergius, Dr., (Geh. Reg. Rath), Ergänzungen zur Gesetz-Sammlung 42. 64.

Bergmeister, s. Bergbeamte.

Bergwasser-Entziehungs-Prozesse, Zuziehung der Bergmeister als Sachverständige bei Instruktion dieser Prozesse 41. 3. — Entschädigungsansprüche des Grundeigenthümers für die Entziehung des Wassers durch den Bergbau 49. 484.

Bergwerks-Abgaben, inwiefern der Rechtsweg gegen die exekutivische Einziehung der nach dem Bleiberg-Knappschafts-Reglement v. 10. September 1842 zu zahlenden Beiträge zulässig ist 48. 323.

Bergwerksangelegenheiten, der Schürfschein deckt für die Dauer seiner Gültigkeit das Feld dergestalt, daß dadurch die Muthung eines zufällig Findenden ausgeschlossen wird 43. 227.

Abhandlung über die rechtliche Natur der Gewerkschaft 49. 60.

Abhandlung über die Begründung des Bergrechts auf haltbaren Grundlagen 49. 282.

Uebergang des Eigenthums an Bergwerksantheilen 51. 290. — Berechnung des Werths von Bergwerksantheilen (Justr. zu §. 12 des Gesetzes v. 10. Mai 1851; 52. 114.

Eröffnung des Spezial-Konkurses über das Bergwerksvermögen eines Gemeinschuldners 52. 199.

Gegen polizeiliche Verfügungen der Bergbehörden findet eine Possessorienklage nicht statt 56. 70.

Bergwerksrecht in der Grafschaft Mark 49. 478.

s. auch Churkölnische Bergordnung, Cleve-Märkisches Bergrecht.

Bergwerksantheil, Gebühren der Rechtsanwalte in Prozessen über Bergwerksantheile, s. Rechtsanwalte.

Berichte, Form der von den Gerichtsbehörden an den Justiz-Minister zu erstattenden Berichte 40. 381; — desgl. in Betreff der Bezeichnung der Ortschaften 41. 112. —

Verfahren der Gerichtsbehörden bei den an die vorgesetzten Behörden zu erstattenden Berichten 41. 165.

s. auch Gerichte.

Berlin, Kompetenz in gerichtlichen Streitsachen der Berliner Lebensversicherungs-Gesellschaft 39. 238.

Verfahren bei Parzellirungen von Grundstücken in Berlin 39. 339.

Dienst-Instruktion für das Kriminalgericht in Berlin v. 20. Oktober 1839. 39. 346. — Abänderung des §. 2 derselben 40. 307. — Anwendung der §§. 3 und 4 derselben auf alle kollegialisch formirten Gerichte 41. 346; — anderweitige Bestimmungen darüber 41. 195; — Zurücknahme derselben 42. 291. — Anwendung des summarischen Untersuchungsverfahrens 44. 31. — Anderweitige Organisation des Kriminalgerichts in Berlin und Vorschriften über das Verfahren bei Ausführung des Gesetzes v. 17. Juli 1846. 47. 10.

Aeußere Rechte der Preußischen Rentenversicherungs-Anstalt in Berlin 40. 38.

Verleihung der Korporationsrechte an einzelne Kleinkinder-Bewahranstalten in Berlin 42. 95.

Zulässigkeit der Versicherung von Pensionen für Ehefrauen der Justizbeamten bei der Graf v. d. Schulenburgschen Berliner Allgemeinen Wittwen-Pensions- und Unterstützungskasse und Stempelfreiheit für die dabei erforderlichen Aufnahme-Atteste 42. 110.

Abänderung der im §. 12 des Polizei-Reglements für Berlin v. 18. September 1822 enthaltenen Kompetenz-Bestimmungen wegen Bestrafung der von dem Gesinde begangenen Vergehen 42. 258.

Belehrung der auswärtigen Gerichte über die Ressortverhältnisse des Stadtgerichts in Berlin 40. 33. — Aufhebung der §§. 35 und 52 des Reglements für den Exekutions-Inspektor des Stadtgerichts in Berlin v. 12. März 1821 in Betreff des Verfahrens bei Vollstreckung der Mobiliar-Exekution in Civilsachen 44. 88. — Einrichtung einer Exekutions-Kommission bei dem Stadtgericht in Berlin 47. 63.

Bewilligung der Erbschaftssteempelfreiheit an die in Berlin bestehenden Gesellschaften der evangelischen Missionen unter den Heiden 44. 92.

Uebernahme der von der Stadtgemeinde in Berlin bisher getragenen Lasten der Civil- und Kriminalgerichtsbarkeit auf den Kriminalfonds-Etat 44. 126.

Hypothekenschulden-Zustand der Stadt Berlin 48. 422; 54. 141; 57. 69; 59. 324.

Verfahren bei Requisitionen der Gerichtsbehörden an das Central-Büreau des 1. und 3. Bataillons des 20. Landwehr-Regiments in Berlin 51. 374.

Unzulässigkeit des Rechtsweges, über die Verpflichtung der Mitglieder der Judenschaft in Berlin, zu den jüdischen Gemeindelasten beizutragen 53. 31.

Dienstverhältnisse der Berliner Schutzmannschaft 55. 158.

Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Frage, ob die Eisenbahn-Gesellschaften in Berlin zur Miethssteuer beizutragen verpflichtet sind 58. 193.

Bernstein-Regal, Bestrafung der Kontraventionen gegen das Bernstein-Regal in Ostpreußen 53. 445; 59. 170.

Berufung (Opposition), gegen den Rathskammer-Beschluß, welcher über eine Inkompetenz-Einrede entscheidet, steht auch dem Beschuldigten das Rechtsmittel der Berufung zu 55. 320.

Frist zur Berufung an das Ober-Tribunal in Disziplinarsachen wider Rechtsanwalte und Notare gegen Entscheidungen des Ehrenraths derselben 56. 4.

Bescheide, Verwendung des vorschriftsmäßigen Stempels zu Bescheiden auf Gesuche 49. 395.

Digitized by Google

Beschlagnahme, inwiefern die Beschlagnahme des Militär-Wartegeldes und Gnadengehalts im Wege der Exekution zulässig ist 39. 83.

Ressortverhältnisse der Militairbehörden bei einer gerichtlichen Beschlagnahme von Gehältern der Offiziere und Militairbeamten 41. 94; 53. 303.

Unzulässigkeit der Beschlagnahme von Pensionsrückständen 41. 99.

Befreiung des Arbeitsverdienstes der Sträflinge und Gefangenen von der Beschlagnahme im Wege des Arrestes oder der Exekution 41. 87.

Wegen welcher Gerichtskosten das Lohn eines Dienstboten mit Beschlag belegt werden kann 41. 154.

Berechnung der gesetzlichen Gehaltsabzüge zur Bezahlung von Schulden, wenn der Beamte dienstunfähig wird, und ihm bis zu seiner Pensionirung die Kosten seiner Stellvertretung auferlegt werden 41. 182.

Unzulässigkeit der Beschlagnahme der von dem Schlesischen Vereine der Freiwilligen aus den Jahren 1813—1815 verliehenen Unterstützungen 43. 226.

Zulässigkeit des Rechtsweges in Beziehung auf die Beschlagnahme des Diensteinkommens von Verwaltungsbeamten 52. 391.

Zulässigkeit des Rechtsweges über Streitigkeiten, welche die Rechtmäßigkeit einer Beschlagnahme und die Ausübung des Retentionsrechts zum Gegenstande haben 53. 322.

Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Gesetzmäßigkeit oder Nothwendigkeit einer polizeilichen Beschlagnahme 54. 16. — Die polizeiliche Beschlagnahme von Sachen hindert nicht, Eigenthums-Ansprüche an denselben im Wege Rechtens geltend zu machen 55. 51. — Unzulässigkeit der Entschädigungsklage gegen Polizeibeamte wegen Beschlagnahme von Waaren und anderen Gegenständen bei einer der Hehlerei verdächtigen Person 56. 354.

Beschlagnahme ausstehender Aktiv-Forderungen eines Schuldners 54. 55.

Inwieweit Jemand wegen Herausgabe ihm abgepfändeter oder in Beschlag genommener Sachen an den Eigenthümer straffällig wird 55. 309.

Begriff des §. 272 des Strafgesetzbuchs 57. 11.

Inwieweit den Erben eines Kassenbeamten gegen die von der vorgesetzten Behörde angeordnete Beschlagnahme von Nachlaßsachen der Rechtsweg zulässig ist 58. 239.

Inwiefern der Rechtsweg gegen die Beschlagnahme von Gegenständen wegen unbefugten Hausirens zulässig ist 58. 361.

Beschlagnahme des Vermögens ausgetretener Militairpflichtiger im Bezirk des Appellationsgerichtshofes zu Cöln 59. 66.

Kostenansatz bei Beschlagnahme von Einkünften (Instr. zu §. 13 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 126; — desgl. bei Beschlagnahme von Forderungen (§. 14 ebend.) 52. 126.

Gebühren der Rechtsanwalte bei der Beschlagnahme von Einkünften (Instr. zu §. 10 des Tarifs zum Ges. v. 12. Mai 1851) 52. 145.

siehe auch Arrest, Exekution, Konfiskation.

Beschleunigungs-Gesuche in Prozessen, Gebühren der Rechtsanwalte, s. Rechtsanwalte.

Beschlüsse der Gerichte. Verfahren des Schwurgerichts bei Beschlüssen, durch welche ein angetretener Beweis als unerheblich ausgesetzt wird 54. 263. — Die Nichtigkeitsbeschwerde ist in Untersuchungssachen nur gegen Erkenntnisse, nicht gegen Beschlüsse der Gerichte statthaft 57. 267.

Inwiefern Beschlüsse der Gerichte Rechtskraft erlangen 57. 282.

Beschwerden, verletzende Aeußerungen in Immediat-Beschwerden dürfen nur mit Allerhöchster Erlaubniß verfolgt und bestraft werden 39. 127, 182.

Strafbefugniß der Landwehr-Bataillons-Kommandeure bei vorschriftswidrig eingereichten Gesuchen und Beschwerden beurlaubter Landwehrmänner 44. 190.

Beschwerden, welche das Exekutionsverfahren zum Gegenstande haben, sind in der Regel an die vorgesetzte Aufsichtsbehörde zu richten 47. 333.

Welches Gericht als Gericht zweiter Instanz in Beschwerdesachen gegen Verfügungen der Gerichte erster Instanz zu betrachten ist 47. 334.

Beschwerden über die erfolgte Einleitung eines Subhastations-, Konkurs- oder sonstigen Prozeßverfahrens gehören zur Kognition der Instanzgerichte 48. 130.

Leitung der Bearbeitung der Beschwerde- und Kriminalsachen aus den altländischen Provinzen bei dem Justiz-Ministerium 49. 5.

Kosten. Beschwerden wegen unrichtigen Ansatzes der Kosten nach dem Tarif zum Gerichtskosten-Gesetze v. 10. Mai 1851 und wegen verweigerter Stundung oder Niederschlagung werden durch den Justiz-Minister erledigt (Instr. zu §. 13 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114. — Liquidation und Einziehung der Kosten für Beschwerden (ebend. zu §. 14 Nr. 3) 52. 114. — Kostenansatz bei Bescheiden der höheren Instanz auf Beschwerden in Prozessen (Instr. zu §. 2 des Tarifs) 52. 126. — Kostenansatz bei Beschwerden in nicht streitigen Angelegenheiten (ebend. zu §. 15) 52. 126.

In welchen Fällen Beschwerden kostenfrei sind (Instr. zu §. 3 des Tarifs) 52. 126.

Kostenansatz bei Beschwerden über die Gebühren-Liquidation eines Rechtsanwalts oder Notars (Instr. zu §. 1 des Tarifs) 52. 126.

Gebühren der Rechtsanwalte und Notare. Verfahren bei Beschwerden über die Gebühren-Liquidationen der Rechtsanwalte (Instr. zu §§. 3 u. 4 des Ges. v. 12. Mai 1851) 52. 142; — desgl. über die Gebühren-Liquidationen der Notare (Instr. zu §. 4 des Ges. v. 11. Mai 1851) 52. 145.

Gebühren der Rechtsanwalte für die Anfertigung von Beschwerden in Prozessen (Instr. zu §. 15 des Tarifs zum Ges. v. 12. Mai 1851) 52. 145.

Besitz, Vermuthung für die Fortdauer eines einmal erlangten Besitzes bei Begründung des possessorii summariissimi 48. 452.

Form der Uebergabe des Besitzes durch bloße Willenserklärung 55. 23.

Besitzstörung, s. Possessorien-Prozeß.

Besitzstreitigkeiten, s. Possessorien-Prozeß.

Besitztitel, Nachweisung des Titels, unter welchem ein Grundstück in Westphalen zehn Jahre lang besessen ist, bei Anlegung eines neuen Hypothekenfoliums 39. 226; — Erläuterung dieser Vorschrift 39. 329. — Bei Bescheinigung des zehnjährigen Besitzes durch Zeugen genügt die eidesstattliche Versicherung derselben; einer förmlichen Vereidigung bedarf es nothwendig nicht 40. 68. — Verfahren, wenn der Besitzer behauptet, das Grundstück durch Erbschaft erworben zu haben 40. 108.

Digitized by Google

Rangordnung der vor Berichtigung des Besitztitels angemeldeten Hypothekenforderungen bei der nach geschehener Berichtigung desselben wirklich erfolgten Eintragung **40**. 66.

Die Ablösung des Homagialeides des neuen Erwerbers eines Rittergutes ist nicht von dem Besitztitel abhängig zu machen **42**. 79.

s. auch Hypothekenschen.

Besitzveränderungen. a) In der Rheinprovinz. Mittheilung der Nachweisungen über die in der Rheinprovinz vorgekommenen Besitzveränderungen **40**. 34. **50**. 422.

b) In Westphalen. Mittheilungen über Besitzveränderungen in Westphalen **40**. 34; **50**. 422; **51**. 219.

Besitzveränderungs-Abgaben. Verpflichtung des Besitznachfolgers zur Zahlung der Besitzveränderungs-Abgaben, wenn der Vorbesitzer in einer öffentlichen Urkunde ein Anerkenntniß darüber abgegeben hat **54**. 334; **55**. 2.

Besoldung (Gehalt, Diensteinkommen).

1) Allgemeine Bestimmungen. Erhebung des Goldantheils bei den Besoldungen der Beamten in natura **40**. 361. — Die Gehaltszahlung an die etatsmäßig angestellten richterlichen, Subaltern- und Unterbeamten der Gerichts-Deputationen und Kommissionen erfolgt vierteljährlich im voraus **49**. 324.

Verfahren bei Feststellung des Diensteinkommens der von den Präsidenten der Obergerichte anzustellenden Subalternbeamten **44**. 156.

Ressort-Veränderung in den Gehalts-Angelegenheiten der Offiziere der Land-Gensdarmerie **49**. 4.

Gehaltsstufen der richterlichen Beamten und Beamten der Staatsanwaltschaft **50**. 104.

Unzulässigkeit des Rechtsweges über den Betrag des Diensteinkommens eines Beamten **50**. 199; — desgl. über Ansprüche der Beamten auf das ihnen nach ihrer Anciennetät angeblich zustehende Gehalt **51**. 194; — desgl. bei Ansprüchen von Beamten und Militairpersonen wegen entzogener Diensteinkünfte **51**. 78, 286; — desgl. bei Ansprüchen auf Bewilligung einer Gehaltszulage **59**. 188; — desgl. bei Ansprüchen der Staatsdiener wegen entzogener Diensteinkünfte, auch wenn die Anstellung auf einem Vertragsverhältnisse beruht **59**. 172.

Die Entscheidung der Frage: ob das Einkommen eines Beamten, insofern davon die Berufung desselben als Geschworener abhängig ist, mindestens 500 Thaler betrage, gebührt nicht dem Schwurgerichtshofe, sondern der Verwaltungsbehörde **51**. 284.

Die ausschließliche oder auch nur theilweise Anweisung einzelner Beamte auf selbsterdiente Gebühren statt Besoldung findet, mit Ausnahme der Kalkulatoren, ferner nicht statt (Instr. zu §. 18 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

s. auch Beamte.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Anordnungen der Regierung, wodurch einem Gemeindebeamten eine höhere als die vom Magistrat kontrahirte Besoldung angewiesen wird **59**. 149.

Streitigkeiten über entzogene Diensteinkünfte der Gemeindebeamten, s. Gemeindebeamte.

Gehalt geistlicher Stellen, s. Geistliche.

Verwendung des einem richterlichen Beamten wegen Ueberschreitung des Urlaubs entzogenen Theils seines Dienseinkommens **55**. 102.

2) Beschlagnahme des Gehalts der Beamten, s. Beschlagnahme.

3) Verfahren bei Gehaltsabzügen.

Gebühren für die Immission eines Gläubigers in die Gehaltsabzüge bei Bagatell-Objekten **39**. 144.

Verfahren zur Berichtigung der Kommunkosten bei dem Tode eines Beamten, über dessen Gehalt ein Abzugsverfahren geschwebt hat **41**. 345.

Berechnung der Gehaltsabzüge zur Bezahlung von Schulden, wenn der Beamte dienstunfähig wird und bis zu seiner Pensionirung die kosten seiner Stellvertretung zu tragen hat **41**. 182. — Verfahren bei Pensionirung eines Beamten, welcher Gehaltsabzüge erleidet **42**. 197.

Vermeidung eines förmlichen gerichtlichen Gehaltsabzugsverfahrens gegen Justizbeamte **43**. 22.

Stempelpflichtigkeit der Verhandlungen bei Vertheilung von Gehaltsabzügen **43**. 79.

Verfahren bei Gehaltsabzügen der Pfarrer, s. Geistliche.

Verfahren bei Gehaltsabzügen der Offiziere, s. Offiziere.

4) Bestimmungen über die Zahlung des Gehalts während der Amtssuspension.

Verfahren, wenn ein durch Urtel und Recht freigesprochener Beamter die Nachzahlung des zu seiner Vertretung innebehaltenen Gehalts verlangt **39**. 3.

s. auch Amtssuspension.

5) Bestimmungen über die Zahlung des Gehalts bei Vertretung dienstunfähiger Beamten. Anspruch der Hinterbliebenen eines in der letzten Zeit vor seinem Tode in seinen Geschäften gegen Abzug eines Theils seines Dienseinkommens vertreten gewesenen Beamten **43**. 214.

6) Quittungsstempel. Verwendung des Quittungsstempels, wenn der Beamte sein Einkommen theils als Gehalt, theils als Pensionen aus verschiedenen Kassen bezogen hat **55**. 258.

Besserung, s. Detention.

Besserungs-Anstalten. Empfehlung der Jahrbücher für Gefängnißkunde und Besserungs-Anstalten **42**. 372.

Ueberweisung der zur Einsperrung in eine Besserungs-Anstalt verurtheilten Angeschuldigten an Privatvereine oder an geeignete Privatpersonen **53**. 38.

Kostenfreiheit der Besserungs-Anstalten (Instr. zu §. 4 des Gesetzes v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Bestallungen, Aufhebung der Bestallungs-Gebühren bei den Justizbeamten in Neuvorpommern **41**. 10.

Ansatz und Einziehung des Stempels zu Bestallungen (Instr. zu §. 16 des Gesetzes v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Dienstprädikat der Justizbeamten bei Veränderung ihrer amtlichen Stellung **55**. 238.

Bestätigung der Erkenntnisse:

a) durch den König,

1) beim Verlust des Adels **43**. 47; **50**. 414.
2) bei dem Verluste der Offizierchargе **46**. 236; **47**. 54; **50**. 414.
3) bei dem Verluste von Orden und Ehrenzeichen **45**. 4, 71; **50**. 414.
4) bei Ausstoßung aus dem Soldatenstande **50**. 414.
5) bei Straf-Erkenntnissen **47**. Beilage hinter S. 52; **50**. 279.

b) durch den Justiz-Minister **39**. 21, 211. **40**. 145.

Bestechung, Bestrafung des Versuchs der Bestechung von Zoll- und Steuerbeamten **56**. 175.

Digitized by Google

Bestellgeld (Botenlohn, Briefträgerlohn), Berichtigung des Bestellgeldes durch die Gerichtsbehörden an die Post in den Fällen, wenn die Insinuation durch Anheften an die Hausthür oder Studenthür hat erfolgen müssen **39**. 417. — Behandlung der in nicht zahlbaren Sachen erwachsenen Auslagen an Botenlohn und Bestellgeld **45**. 185. — Bestellgeld für portofreie Korrespondenz-Sendungen (Regul. v. 3. Januar 1858 §. 9) **58**. 53.

Rechtsanwalte dürfen Briefträgerlohn nicht liquidiren (Instr. zum Ges. v. 12. Mai 1851) **52**. 145.

s. auch Post.

Betrug, Entwickelung eines Werks über die Lehre vom Betruge **42**. 112.

Begriff des Betrugs im Sinne des §. 241 des Strafgesetzbuchs **55**. 369. — Begriff des Betrugs, wenn der Getäuschte durch Vorspiegelungen sich veranlaßt gefunden hat, freie Kost und Logis, sowie Geschenke zu gewähren **56**. 115. — Inwiefern eine Verfolgung wegen Betrugs zulässig ist, wenn ein Minderjähriger bei Schließung eines Vertrags erklärt, daß er großjährig sei **57**. 165. — Inwiefern ein Betrug durch Erregung eines Irrthums verübt werden kann **57**. 200; **58**. 43.

Bei den im §. 243 des Strafgesetzbuchs vorgesehriebenen Fällen werden die allgemeinen Erfordernisse des Betrugs vorausgesetzt **56**. 74. — Zur Anwendung des §. 243 Nr. 6 bedarf es nicht der Feststellung der Begriffserfordernisse des Betrugs nach §. 241. **57**. 35.

Bettelei (Bettler), Erstattung der Kosten für die Aufgreifung und Einsperrung von Bettlern **39**. 13. — Kosten des Transports ausländischer zur Landesverweisung verurtheilter Bettler **53**. 310; **56**. 286; **57**. 106.

Mittheilungen an die Verwaltungsbehörden in Untersuchungen wegen Bettelei **39**. 261; **51**. 230; **53**. 124; **56**. 286; **57**. 194.

Kompetenz der Polizeibehörden zur Bestrafung der Bettler im Falle des §. 2 des Gesetzes v. 6. Januar 1843. **43**. 107. — Uebernahme der Untersuchung von den Gerichtsbehörden, wenn die Polizeibehörden, weil sie sich nicht für kompetent erachten, die Untersuchung an sie abgeben **43**. 211.

Aufführung der Untersuchungen gegen Bettler in die jährlich einzureichende Liste **E. 44**. 129.

Ausführung des Gesetzes v. 6. Januar 1843. **43**. 275; **46**. 43. — Auslegung des §. 1 des Gesetzes **43**. 303. — Modifikation derselben in Folge der Verordnung v. 3. Januar 1849. **49**. 431. — Begriff und Wesen der strafbaren Bettelei im Sinne des Gesetzes v. 6. Januar 1843. **50**. 6.

Abhandlung über die Einsperrung in ein Korrektionshaus **50**. 163.

Bestrafung des wiederholten Bettelns **52**. 145.

Die Bekleidung arbeitsfähiger Bettler fällt nicht dem Land-Armen-Verbande, sondern der Orts-Polizeiverwaltung zur Last **54**. 336; **59**. 102.

Bestrafung der Eltern wegen Bettelei ihrer Kinder **57**. 350.

Bettstellen, Befreiung der Bettstellen von der Pfändung bei Exekutions-Vollstreckungen **56**. 334.

Bettwerk, Befreiung des Bettwerks bei den von den Dorfgerichten zu vollstreckenden Exekutionen **54**. 334.

Beurlaubte des Soldatenstandes (Militairpersonen des Beurlaubtenstandes, Kriegsreserve). Gegen Militairpersonen des Beurlaubtenstandes ist, wenn auf Freiheitsstrafe zu erkennen, deren Dauer drei Monat nicht übersteigt, niemals auf Festungs- oder Zuchthausarbeit, sondern nur auf Gefängnißstrafe zu erkennen **39**. 284.

Folgen des Verlustes der Nationalkokarde und des National-Militairabzeichens bei Personen des Beurlaubtenstandes **47**. 51.

Anderweitige Vorschriften über die Strafarten, welche gegen die der Civilgerichtsbarkeit unterworfenen, im Militairverbande befindlichen Individuen zur Anwendung kommen **51**. 246. — Gerichtsstand der Militairpersonen des Beurlaubtenstandes in Strafsachen während der Dauer ihrer Einberufung **57**. 420.

Mittheilung der Straferkenntnisse an die den Soldaten des Beurlaubtenstandes vorgesetzte Militairbehörde **41**. 283; **42**. 211, 247; **47**. 51; **50**. 147, 227. — Anderweitige Bestimmungen **51**. 230; **52**. 318.

Bestrafung der Militairpersonen des Beurlaubtenstandes wegen unterlassener An- und Abmeldung, s. **Abmeldung**.

Verjährung der Disziplinarstrafen wegen Nichtbeobachtung militairischer Dienstvorschriften **52**. 164.

Folgen der zeitigen Untersagung der bürgerlichen Ehrenrechte gegen Offiziere und Soldaten des Beurlaubtenstandes **52**. 218.

Insinuation gerichtlicher Vorladungen und Verfügungen an solche Militairpersonen, welche ihre gewöhnlichen Standquartiere und Wohnungen verlassen haben und der Armee gefolgt sind **50**. 228.

s. auch Landwehr, Degradation.

Bevollmächtigte, Legitimation eines präsumtiven Bevollmächtigten **39**. 39; **40**. 337.

Unzulässigkeit von Bevollmächtigten bei dem Verfahren vor Schiedsmännern **39**. 428.

Inwiefern Subalternbeamte abwesenden Parteien als Bevollmächtigte bestellt werden können **41**. 24.

Erwerbung des Eigenthums durch Bevollmächtigte **48**. 368.

Einreichung der Richtigkeitsbeschwerden durch rechtsverständige Privatpersonen, welche als Vertreter der Parteien in deren Prozessen aufzutreten gesetzlich befugt sind **51**. 322.

Verpflichtung der Bevollmächtigten bei Abschließung von Verträgen, für die Verwendung des Stempels zu sorgen **56**. 350.

s. auch Vollmacht.

Bewässerungs-Anlagen, Zulässigkeit des Rechtsweges über den Widerspruch gegen neue Bewässerungs-Anlagen **49**. 488; — desgl. über angebrachte Entschädigungs-Ansprüche **53**. 312.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die im Wege der administrativen Exekution erfolgte Beitreibung von Wiesenkulturkosten **58**. 327.

Beweis (Beweisaufnahme, Beweisresolute).

1) a. im Civilprozesse.

Anbringung von Beweismitteln im summarischen Prozeßverfahren vor erfolgter Beweisaufnahme **40**. 42.

(Beweis durch den Eid). Das im §. 276 Tit. 10 Thl. I. A. G. O. vorgeschriebene Verfahren enthält eine Prozeßvorschrift und keinen materiellen Rechtsgrundsatz **42**. 363.

Welche Partei den Beweis zu führen hat, daß eine Konventionalstrafe den doppelten Betrag des wirklichen Interesse übersteigt **46**. 50.

Digitized by Google

Beweisresolute in Prozessen; Zuziehung ausländischer Sachverständigen in den vor Preußischen Gerichten schwebenden Civilprozessen **59**. 134.

b. im Strafprozesse.

Verpflichtung des Appellationsrichters zur Prüfung der in zweiter Instanz angebrachten neuen Thatsachen und Beweismittel **53**. 215, 437; **54**. 14, 161.

Verfahren, wenn eine Fortsetzung der Beweisaufnahme in einem ferneren Termin stattfinden soll **54**. 129.

Verpflichtung der Schwurgerichte zur Prüfung der nach geschlossener Beweisaufnahme angebrachten neuen Beweismittel **54**. 195.

Verfahren des Schwurgerichts bei Abfassung des Beschlusses, durch welchen ein angetretener Beweis als unerheblich ausgesetzt wird **54**. 263.

Wenn der Richter die Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten und dessen Bekenntniß schöpft, bedarf es der Feststellung des objektiven Thatbestandes durch die Beweisaufnahme nicht **55**. 113.

Die Zurückweisung des Antrags auf nachträgliche Zulassung eines Entlastungsbeweises ohne thatsächliche Prüfung seiner Angemessenheit, hat die Nichtigkeit des Verfahrens zur Folge **55**. 298. — Verfahren der Gerichte, wenn der von dem Angeklagten angetretene Entlastungsbeweis abgelehnt wird **58**. 142.

Befugniß des Appellationsrichters zur Abweichung von der thatsächlichen Feststellung des ersten Richters, wenn in der mündlichen Verhandlung zweiter Instanz die Vernehmung des persönlich erschienenen Angeklagten stattgefunden hat **59**. 74.

In Bezug auf die Beweis- oder Schuldfrage ist die Behauptung einer stattgefundenen Aktenwidrigkeit kein zur Begründung der Nichtigkeitsbeschwerde geeigneter Vorwurf **59**. 380.

2) Kosten. Einziehung des Kostenvorschusses von der die Beweisaufnahme beantragenden Partei (Instr. zu §. 8 Nr. 3 des Gesetzes d. 10. Mai 1851) **52**. 114. — Kostenansatz bei der Beweisaufnahme in Requisitionssachen anderer Behörden (Instr. zum Tarif §. 60) **52**. 126; — desgl. bei der Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtnisse (Instr. zu §. 8 Nr. 2 des Gesetzes d. 10. Mai 1851) **52**. 114; (Tarif zu §. 9) **52**. 126.

3) Gebühren der Rechtsanwalte für die Beweisaufnahme im Mandatsprozesse (Instr. zum §. 2 des Tarifs zum Gesetze d. 12. Mai 1851) **52**. 145; — desgl. im Bagatellprozesse (ebend. zu §. 3) **52**. 145; — desgl. in den übrigen Prozessen (ebend. zu §. 4) **52**. 145; — desgl. für die Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtnisse (ebend. zu §. 8) **52**. 145.

Beweis-Interlokut, Befügung von Entscheidungsgründen zu den von den Gerichten in Neuvorpommern zu erlassenden Beweis-Interlokuten **39**. 3.

Bezirksbereine, Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die wegen verweigerter Einreichung des Mitgliederverzeichnisses polizeilich verhängten Geldstrafen **51**. 68.

Bibliothek, Grundsätze, nach welchen Bücher für die Bibliotheken angeschafft werden können **40**. 119; **51**. 150; **55**. 118.

Gleichmäßige Behandlung der Ausgaben für die Bibliotheken der Gerichte in den Rechnungen der gerichtlichen Salarienkassen **43**. 34.

Vorschriften über die Führung von Inventarien über die vorhandenen Bücher bei den königlichen Gerichten **43**. 276.

Einziehung der Gebühren für die Introduktion und Verpflichtung der Gerichts-Assessoren zu den Bibliotheken-Fonds der Obergerichte **50**. 135.

Bier-Accise, inwiefern den Städten in der Mark Brandenburg noch gegenwärtig ein Antheil an dem Ertrage der Bier-Accise zusteht **55**. 62.

Bigamie, Erforderniße für den Thatbestand derselben **56**. 315.

Bilanz, s. Konkurs.

Bildungs-Anstalten, Verzeichniß derjenigen Gerichtsorte, an denen sich höhere oder mittlere Bildungs-Anstalten befinden **52**. 326. — Nachtrag dazu **53**. 52; **58**. 150.

Bischoff, Dr. (Geh. Ober-Justizrath und dortragender Rath im Justiz-Ministerium), Nekrolog **57**. 261.

Bischöfe, Benachrichtigung der Bischöfe von Prozessen, bei welchen katholische Stiftungen und Institute betheiligt sind **39**. 122.

Befugniß der katholischen Bischöfe zur Erhebung des Konflikts **59**. 237.

Bittschriften, s. Gesuche.

Bleibachs-Polizei-Ordnung, Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die exekutivische Einziehung der zur Ausführung der Bleibachs-Polizei-Ordnung vom 20. Mai / 30. Juni 1824 reparirten Beiträge **48**. 329.

Bleiberg-Knappschafts-Reglement, s. Bergwerks-Abgaben.

Blinde und zugleich taube Personen, Verfahren bei Abschließung von Verträgen mit denselben **41**. 151.

Blödsinnige, s. Geisteskranke.

Blutschande, fortdauernde Wirkung der Konnexität in dem Falle, wo derjenige außer Verfolgung gesetzt wird, durch dessen That die Kompetenz des höheren Gerichts begründet wird **54**. 115.

Böhm (Lieutenant), Karte des Reg. Bez. Gumbinnen **41**. 188.

Bolkenhain (Kreis), Verleihung der Korporationsrechte und Bewilligung der Sportelfreiheit an die in dem Kreise Bolkenhain bestehende Prediger-Wittwen-Sozietät **44**. 145.

Bölc (Justizrath), Neues Archiv für Preuß. Recht und Verfahren, sowie für Deutsches Privatrecht **42**. 231.

Bombardiere, Berechnung der denselben bei ihrer Anstellung im Civil zu machenden Gehaltsverbesserungs-Abzüge **54**. 27.

Bonlieure, Verleihung der hier einer königlichen Behörde eine für allemal mit dem Sachverständigen-Eide belegten Beamten der Kur- und Neumark **46**. 176.

Bonn, Einrichtung eines Landgerichts daselbst **50**. 198. — Stellvertretung der Friedensrichter im Bezirk des Landgerichts zu Bonn untereinander in Krankheits- und sonstigen Behinderungsfällen **51**. 166.

Borke, inwiefern die Entwendung von Borke dem Holzdiebstahlsgesetze oder den allgemeinen Strafgesetzen unterliegt **55**. 79.

Bornemann, Dr. (Wirkl. Geh. Ober-Justizrath und Direktor im Justiz-Ministerium), Ermächtigung desselben zur Vollziehung von Erlassen des Justiz-Ministeriums in der Reinschrift **45**. 23. s. auch Justiz-Minister.

Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel in Leipzig. Bekanntmachung der Konkurs-Eröffnung ꝛc. in Konkursen über das Vermögen der Buch-, Musikalien- und Kunsthändler durch das Leipziger Börsenblatt **59**. 366.

Börsen-Notare, Form der Legalisation der von einem Notare der St. Petersburger Börse aufgenommen, zum Gebrauch in den Preußischen Staaten bestimmten Urkunden **41**. 240.

Boten, s. Gerichtsboten.

Botenlohn, s. Bestellgeld.

Digitized by Google

Brakel, Statut für die Kreis-Sparkasse in Brakel 48. 71.

Brandenburg (Provinz), Bezeichnung derjenigen Landestheile, aus welchen die Mark Brandenburg bei Einführung der Reformation bestand, und Anordnung der Feier eines Jubelfestes in denselben 39. 336.

Instruktion v. 1. Mai 1841 für die Schiedsmänner in der Provinz Brandenburg 41. 230. — Zusätzliche Bestimmungen zu derselben v. 7. Oktober 1844. 44. 222.

Parzellirungsbefugniß der Erbpachtleute und Eigenthümer, sowie der Erbpächter in der Provinz Brandenburg 42. 10. — Verfahren bei Aufnahme von Parzellirungs-Verträgen 42. 103.

Qualität der von einigen Städten in der Mark Brandenburg zu entrichtenden Urbede und Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über die Erhebung derselben 54. 58.

Inwiefern den Städten in der Mark Brandenburg noch gegenwärtig ein Antheil an dem Ertrage der Bier-Accise zusteht 55. 62.

Brandenburg (Stadt), Verleihung der Korporationsrechte und der Stempel- und Sportelfreiheit an das Steinbecksche Bürgerrettungs-Institut 41. 312.

Brandenburg (Ballei), Bewilligung der Stempel- und Sportelfreiheit an die Ballei Brandenburg des St. Johanniter-Ordens 57. 134.

Brandschäden, Unzulässigkeit des Rechtsweges über Anträge auf Ernennung eines Schiedsgerichts zur Ausmittelung eines Brandschadens nach dem Reglement für die Provinzial-Feuer-Sozietät der Provinz Posen 53. 338.

Brandschatzung, inwiefern der Verkäufer eines Grundstücks für Kriegssteuer, Brandschatzungen und andere außerordentliche Lasten aufzukommen verpflichtet ist 52. 162.

Brandstiftung (Pyromanie), Verfahren in Untersuchungen gegen jugendliche Brandstifter 51. 378; 52. 246.

Brandstiftung im Sinne des §. 285 des Strafgesetzbuchs 52. 379; 56. 147; 58. 172; — desgl. im Sinne des §. 287 58. 28, 203; — desgl. im Sinne des §. 288. 58. 172.

Der Begriff der Brandstiftung ist ein allgemein bekannter und kann daher unaufgelöst in die Schuldfrage aufgenommen werden 56. 124.

In welchen Fällen der Thatbestand der schweren (mit der Todesstrafe bedrohten) Brandstiftung vorliegt 57. 44.

Branntweinbrennerei auf dem Lande; Auslegung der §§. 52, 53 des Gesetzes v. 7. September 1811 und des §. 30 des Edikts v. 2. November 1810. 40. 286.

Haftung des Brennereibesitzers für die von seinem Brenner in Gewerbesteuerkontraventionsfällen verwirkten Geldbußen 57. 275.

Inwiefern derjenige, welcher das Recht zu brennen hat, befugt ist, das fabrizirte Getränk im Detail zu verkaufen 59. 322. s. auch Schankrecht.

Braugerechtigkeit, Zulässigkeit des Rechtsweges, wenn Besitzer vormals brauberechtigter Häuser behaupten, daß das Recht der unentgeltlichen Gewährung von Holz auf ihren Häusern hafte 53. 31.

Inwiefern derjenige, welcher das Recht zu brauen hat, befugt ist, das fabrizirte Getränk im Detail zu verkaufen 59. 322. s. auch Schankrecht.

Braugerechtigkeits-Amortisations-Fond, s. Gemeinde-Abgaben.

Braugeschoß, Zulässigkeit des Rechtsweges über die Frage: ob der Braugeschoß als eine gewerbliche Abgabe durch die Gewerbe-Ordnung von 1845 aufgehoben sei 53. 411.

Braunfels (Grafschaft), Regulativ wegen Einrichtung der Fürstlichen Regierung in Braunfels als Obergericht für die Grafschaften Braunfels und Greifenstein 42. 174. — Gerichtsstand der im Bezirk desselben wohnenden Eximirten, mit Ausnahme der Königlich Preußischen Beamten und der besonders privilegirten Personen 42. 318.

Braunschweig, Insinuation gerichtlicher Zusendungen an die in Braunschweig wohnenden Parteien mittelst rekommandirter Briefe 40. 57.

Kompetenz der Braunschweigischen Gerichte zur Untersuchung und Bestrafung von Holzdiebstählen, welche in ihrem Bezirk von diesseitigen Unterthanen verübt worden sind 41. 371.

Uebereinkunft mit dem Herzogthum Braunschweig wegen gegenseitiger Ausübung der Rechtspflege 44. 207.

Braussteuer, inwiefern eine beabsichtigte Defraude vorliegt, wenn bei einem Brauer sich mehr als das zur Einmaischung deklarirte und versteuerte Quantum Malzschrot vorfindet 57. 154.

Brautschatz, s. Kolonate.

Brauzwang, die Ertheilung der erforderlichen Erlaubniß für die Zwangsverpflichteten, ihre Getränke sich anderweit zu beschaffen, gehört zum Ressort der Polizei 41. 170.

Bremen, Kommunikation der Gerichtsbehörden mit dem diesseitigen Konsul daselbst 52. 231.

Brenner, s. Branntweinbrennerei.

Breslau (Regierungsbezirk), Strafbestimmungen gegen das Spielen in auswärtigen Lotterien und gegen die im Inlande, insbesondere im Regierungs-Bezirk Breslau errichteten Lotto-Banken 39. 89.

Breslau (Stadt), Verleihung der Korporationsrechte an den Verein zur Bürgerversorgungs-Anstalt in Breslau 45. 111.

(Gerichtliche Angelegenheiten.) Welcher Bezeichnung sich das Ober-Landesgericht in Breslau zu bedienen hat 40. 31. — Ueberweisung der Rekurse in Bagatellsachen an den ersten Senat des O. L. G. 39. 340. — Zulassung der bei den Untergerichten des Departements angestellten Justiz-Kommissarien zur Praxis bei den vor den Kreis-Justizräthen desjenigen Kreises, in welchem die Justiz-Kommissarien ihren Wohnsitz haben, schwebenden Prozessen 42. 66.

Instruktion des O. L. G. in Breslau für die Inquisitoriate und Untergerichte des Departements zur Führung von Repertorien über die zur Kriminal- und fiskalischen Untersuchung gezogenen Personen 39. 91. — Cirkular-Verfügung des O. L. G. Präsidiums v. 3. Januar 1842, das Untersuchungs- und Strafverfahren im Departement des O. L. G. betreffend 42. 84; — Erläuterung derselben in Betreff der fiskalischen Untersuchungen in Injuriensachen 42. 263; — fernere Abänderung in Betreff der Publikation der Erkenntnisse in diesen Untersuchungen 43. 235.

Statut des Vereins für die Justizbeamten im Departement des O. L. G. zu Breslau 43. 243; — Nachtrag zu demselben 45. 94.

Briefcouvert, Couverts sollen zum Verschließen der Briefe bei den Gerichten in der Regel nicht gebraucht werden 39. 199. Attest bei Rückfendung des Couverts an die Post zur nachträglichen Erhebung des Porto 54. 267.

Die einer Briefadresse beigefügte Erklärung, einen gewissen Betrag als Postvorschuß erhoben zu haben, ist als eine Urkunde im Sinne des §. 247 des Strafgesetzbuchs anzusehen 59. 67. s. auch Adresse.

Digitized by Google

Briefe, Verfahren der Post bei Ausgabe rekommandirter Briefe an die Justiz-Behörden 42. 378.

Die für die Gerichtsbehörden ankommenden Briefe müssen täglich zweimal, in den Vormittagsstunden und am Abend, von der Post abgeholt und noch an demselben Tage präsentirt werden 43. 271.

Zulässigkeit der Beschlagnahme versiegelter Briefe zum Zweck der Untersuchung 54. 138.

Inwiefern die Verpackung eines Briefes in ein Packet strafbar ist 56. 62.

Briefgeheimniß, Fortdauer der darauf bezüglichen früheren Vorschriften 54. 138.

Briefträgerlohn, s. Bestellgeld.

Brieg, Verkauf des Planes zu dem Inquisitoriats- und Gefangenhause in Brieg 45. 108.

Bromberg (Ober-Landesgericht). Ueberweisung der Rekurse in Bagatellsachen an das Plenum des O. L. G. 39. 340. — Geschäfts-Reglement v. 1. Dezember 1843 für das O. L. G. in Bromberg 44. 39.

Brücken, Verpflichtung der Stadtgemeinden zum Schadensersatze aus vernachlässigter Unterhaltung von Brücken 47. 301.

Verpflichtung der Grundbesitzer in Westpreußen zur Unterhaltung der Brücken 48. 95.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen polizeiliche Anordnungen, welche die Unterhaltung einer Brücke betreffen 48. 138.

Klagen, welche die Feststellung der Verbindlichkeit des Fiskus zur Unterhaltung einer Brücke zum Gegenstande haben, sind vom Rechtswege nicht ausgeschlossen 55. 89.

Brückengeld, Verfahren bei Vergütung von ausgelegtem Brückengeld bei Dienstreisen 45. 72.

Unter Zollbefreiung im Sinne des §. 101 Tit. 15 Thl. II. A. L. R. ist eine Befreiung von Brückengeld nicht zu verstehen 57. 2.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Entschädigungs-Ansprüche an den Staat wegen aufgehobener Brücken- oder Fährgeld-Berechtigung 57. 126.

Brunnenkassengelder, s. Gemeinde-Abgaben.

Bruckow (Reg. Kondukteur), Spezialkarten der einzelnen Appellationsgerichte nach der neuesten Justiz-Organisation 52. 176.

Buchdruckereien, Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die von der Verwaltungsbehörde verfügte Suspension des Betriebes der Buchdruckerei 52. 237.

Buchhandel, die Konzession zum Betriebe des Buchhandels begreift die Befugniß zum Verkauf von Zeitungen und Flugschriften in sich 55. 350.

Buchhändler, Bekanntmachung der Konkurs-Eröffnung ꝛc. in Konkursen über das Vermögen der Buch-, Musikalien- und Kunsthändler durch das Leipziger Börsenblatt 59. 366.

Bühnerstellen, wenn mit Bühnerstellen auch nur Gartenbau verbunden ist, so sind dieselben doch als Rustikalstellen anzusehen, bei deren Verkauf für die etwa auszusetzenden Altentheile die Stempelfreiheit eintritt 41. 182.

Buhnen, Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Anordnungen der Regierung hinsichtlich der Anlegung von Buhnenwerken in öffentlichen Strömen 52. 374.

Bund, s. Deutsche Bund, Deutsche Bundesstaaten, Deutsche Bundestruppen.

Bundes-Schiedsgericht, Bestimmungen für das Verfahren vor dem provisorischen Bundes-Schiedsgericht und für die Vollziehung der Entscheidungen desselben 49. 400.

Büreau-Bedürfnisse, Verfahren, wenn ein Beamter bei seiner Anstellung zur Anschaffung von Büreau-Bedürfnissen verpflichtet wird 40. 302.

s. auch Sächliche Ausgaben.

Büreau-Gehülfen, Diätensatz für Büreau-Gehülfen bei Ausrichtung auswärtiger Geschäfte 43. 219.

Welche Fuhrkostenvergütung und Tagegelder denselben bei Dienstreisen zustehen 49. 296.

Büreau-Kasse des Justiz-Ministeriums, s. Justiz-Ministerium.

Büreau-Reglement, s. Gerichte.

Bürgerliche Ehre, die Verurtheilung zur Zuchthausstrafe zieht den Verlust der bürgerlichen Ehre von Rechtswegen nach sich 51. 320; 52. 256.

In allen Fällen, wo den Inhaber von Orden und Ehrenzeichen der Verlust der bürgerlichen Ehre oder die zeitige Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte trifft, geht derselbe der Orden und Ehrenzeichen verlustig 51. 373.

Folgen der zeitigen Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte gegen Offiziere und Soldaten des Beurlaubtenstandes 52. 218; 57. 2.

Bürgerliche Personen, ob Personen des Bürgerstandes bei adligen Lehnen der Ober-Lausitz als Mitbelehnte zuzulassen sind 47. 175.

Bürgerlicher Tod, Abhandlung über die Folgen desselben 47. 216, 234.

Bürgermeister, Unzulässigkeit der Degradation bei mittelbaren Staatsdienern 39. 95.

Gerichtsstand der Bürgermeister in der Provinz Westphalen 40. 230.

Inwiefern der Rechtsweg gegen den Anspruch auf Zahlung des Gehalts bei erfolgter Amtssuspension eines Bürgermeisters zulässig ist 49. 372.

Inwiefern die gerichtliche Verfolgung der Amtshandlungen eines Bürgermeisters zulässig ist, s. Konflikte.

Gebühren der Bürgermeister bei ihrer Vernehmung als Zeuge außerhalb ihres Wohnorts 55. 218.

Bürgerrechtsgelder. Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die Entrichtung von Bürgerrechtsgeldern 53. 26.

Bürgerrettungs-Institute, Gebührenfreiheit derselben und der von ihnen unterstützten Personen 41. 87; (Instr. zu §. 4 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.

Verleihung der Korporationsrechte und der Stempel- und Sportelfreiheit an das in Brandenburg errichtete Steinbeckische Bürgerrettungs-Institut. 41 342; — desgl. an das Bürgerrettungs-Institut in Merseburg 42. 9; — desgl. an den Bürgerrettungs- und Unterstützungs-Verein in Liegnitz. 42. 330.

Bürgerschulen, s. Schulen.

Bürgerschützen-Kompagnien, s. Schützengilden, Ehrengerichte.

Bürgersteig, Rechte der Grundbesitzer in den Städten auf den Bürgersteig 39. 279.

Digitized by Google

Bürgervermögen, inwiefern der Rechtsweg gegen einen Beschluß der städtischen Behörden, wodurch die zum Bürgervermögen der Stadt gehörigen Hütungsplätze verpachtet werden, zulässig ist **56**. 270.
s. auch **Gemeindevermögen**.

Bürgschaften, die Zweckmäßigkeit der Certiorationen bei den Bürgschaften der Frauenspersonen **40**. 344. — Auslegung des §. 232 Tit. 14 Thl. I. A. L. R. **45**. 95. — Wirkung der Bürgschaften der Frauen **47**. 249, 257, 265, 284, 313.
Verfahren bei Kündigung geleisteter Bürgschaft im Wege der Exekution **47**. 246.
Rechtliche Wirkungen einer Bürgschaft für nicht konsentirte Darlehnsverträge der Subaltern-Offiziere **56**. 102.
Berechnung des Stempels für Urkunden, welche zwei von einander unabhängige Bürgschaftserklärungen enthalten **56**. 350.
Kostenansatz bei einem einseitigen Vertrage, wenn zugleich eine accessorische Verbindlichkeit eines Dritten instrumentirt wird (Instr. zu §. 19 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126.
Gebühren der Notare für die Aufnahme von Bürgschaften (Instr. zu §. 6 zum Ges. v. 11. Mai 1851) **52**. 152.

C.

Carolath, Titulaturen des Fürstlichen Hauses Carolath **41**. 251.

Censurwesen, Anweisung für das Ober-Censurgericht über das von demselben zu befolgende Verfahren **43**. 182.
Einreichung eines Duplikats des Censurstücks an das Ober-Censurgericht bei Beschwerden wegen Versagung der Druckerlaubniß **45**. 92.

Certioration, die Zweckmäßigkeit der Certioration bei den Bürgschaften der Frauenspersonen **40**. 344.

Cessio bonorum (Rechtswohlthat der Güterabtretung), Grundsätze wegen Zulassung zur Rechtswohlthat der Güterabtretung bei unverschuldetem Vermögensverfall **46**. 134.
Kostenansatz in Provokationssachen auf cessio bonorum **39**. 417. — Anderweitige Bestimmungen nach der Instruktion zu §. 10 des Tarifs zum Gesetze v. 10. Mai 1851 **52**. 126.
Gebühren der Rechtsanwalte nach der Instruktion zum §. 8 des Tarifs zum Gesetze v. 12. Mai 1851. **52**. 145.

Cessionen, Verfahren bei Eintragung von Cessionen in das Hypothekenbuch **40**. 96. — Zulässigkeit der exekutionsweisen Uebereignung einer hypothekarischen Forderung, welche der Schuldner an den Gläubiger besitzt **40**. 290. — Anwendung der für die Cession hypothekarischer Forderungen ertheilten Vorschriften in den Fällen, wo dieselben im Wege der Exekution einem Dritten übereignet werden **55**. 166.
Bedingungen zur Gültigkeit der Cessionen **44**. 190.
Inwiefern Rechte aus zweiseitigen lästigen Verträgen cedirt werden können **46**. 34.
Form des Anerkenntnisses des Cessionars von Seiten des Schuldners **48**. 121.
Kostenansatz bei Cessionen nach der Instruktion des Tarifs zum Gesetze v. 10. Mai 1851 zu §§. 16, 19 und 27 **52**. 126.
Gebühren der Notare für die Aufnahme von Cessionen (Instr. zu §. 6 des Gesetzes v. 11. Mai 1851) **52**. 152.

Chatoull-Köllmische Güter, s. Köllmische Güter.

Chaussee (Kunststraße), Radfelgenbreite der Frachtfuhrwerke auf den Kunststraßen **53**. 190.
Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Entschädigungs-Ansprüche an den Staat für die Aufhebung der auf einer Chaussee vorkommenden Brücken- oder Fährgeld-Berechtigung **57**. 126.

Chausseebau-Aktienvereine, s. Rosenberg.

Chausseebau-Angelegenheiten, Verpflichtung der Besitzer der an die Landstraßen grenzenden Grundstücke in der Neumark zur Instandsetzung und Unterhaltung der Landstraßen und Chausseen **48**. 82.
Unzulässigkeit des Rechtsweges in Prozeßsachen gegen Chausseebau-Unternehmer wegen der aus Auftrag der Verwaltung erfolgten Wegnahme des Chausseebau-Materials von fremden Grundstücken **49**. 12. — Befugniß der Chausseebau-Gesellschaften zum Auffuchen von Chausseebau-Material auf den benachbarten Grundstücken **55**. 178.
Zulässigkeit des Rechtsweges über die streitige Verpflichtung zur Anlegung und Unterhaltung von Chausseen und Dammstraßen **54**. 281.
Expropriation der zu den Chausseen in der Rheinprovinz erforderlichen Grundstücke **56**. 275.

Chausseegeld, Verfahren bei Erstattung ausgelegten Chausseegeldes bei Dienstreisen **45**. 72.
Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Verbindlichkeit zur Entrichtung von Chausseegeld und über die Höhe desselben **53**. 27.
Inwiefern ein Prozeßverfahren gegen Verfügungen der Polizeibehörden, wodurch die Sperrung eines zur Umgehung einer Chausseegeld-Hebestelle geeigneten Weges angeordnet wird, zulässig ist **56**. 117.

Chausseegeld-Defraudation (Chausseegeld-Kontravention), Untersuchungsverfahren bei Chausseegeld-Kontraventionen und Verrechnung der für solche Kontraventionen eingehenden Strafgelder **50**. 171.
Die dem Tarif zur Erhebung des Chausseegeldes v. 29. Februar 1840 beigefügten Strafbestimmungen finden auf alle öffentlichen chaussirten Wege Anwendung **54**. 417.
Bei Chausseegeld-Defraudationen ist jede einzelne Defraude selbstständig mit der vorgeschriebenen Strafe zu belegen **55**. 383.

Chausseegeld-Empfänger, Kompetenz der Gerichte zur Festsetzung der Strafe gegen Chausseegeld-Empfänger wegen unterlassener Oeffnung des Schlagbaums auf das Signal des Postillons **58**. 370.

Chaussee-Kontraventionen, Unterscheidung zwischen gewerbsmäßig betriebenem Fuhrwerk und anderem Fuhrwerk bei Straffestsetzungen wegen des Gebrauchs schmaler Radfelgen **42**. 82.
Fortdauer des administrativen Strafverfahrens nach dem Erscheinen der Verordnung v. 3. Januar 1849. **49**. 347.
Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Chaussee-Kontraventionsstrafen **53**. 139.
Kompetenz der einfachen Polizeigerichte in der Rheinprovinz zum Erkennen der in den §§. 1, 2, 3, 6, 7, 9, 10 und 11 der Verordnung v. 17. März 1839 (den Verkehr auf den Kunststraßen betreffend) angedrohten Strafen **40**. 214, — desgl. von Ordnungsstrafen im Sinne des §. 10. **41**. 32.

Digitized by Google

Chausseepolizei-Kontraventionen, Untersuchungsverfahren und Verrechnung der für solche Kontraventionen eingehenden Strafgelder **50**. 171; **52**. 358.

Chirurgen, s. Eskadron-Chirurgen, Kompagnie-Chirurgen.

Churkölnische Bergordnung v. 2. Januar 1669, Auslegung der Art. 9 und 10 Tit. III. derselben **51**. 15.

Chursächsische Landestheile s. Sachsen (Provinz).

Civileinrede in Untersuchungen wegen Holzdiebstahls **42**. 228; — desgl. in Forst-Kontraventionssachen **59**. 110.

Civilgemeinde, über die Frage, was nach althergebrachter Gewohnheit eine Civilgemeinde der kirchlichen Gemeinde zu leisten hat, ist der Rechtsweg zulässig **48**. 289.

Civilpension, s. Pension.

Civil-Prozeß, s. Prozeß.

Civilrechtspflege, Empfehlung des Handbuchs der Preußischen Civilrechtspflege **41**. 227.

Civilstandsbeamte, Verfahren derselben bei Ausstellung von Attesten zum Zweck der kirchlichen Trauung **40**. 111.

Civilstandsregister, Gebühren für die Führung derselben (Instr. zu §. 19 zum Gesetze v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Civil-Supernumerarien, Gerichtsstand derselben **41**. 63.

Unzulässigkeit der Anstellung von Civil-Supernumerarien im Kanzleidienste **41**. 127.

Erforderniß der förmlichen Vereidigung derselben **43**. 143. — Berechnung der Anciennetät der Civil-Supernumerarien bei Konkurrenz mit denjenigen Personen, welchen die Anstellungsfähigkeit durch eine Allerhöchste Order beigelegt ist **43**. 154.

Zulassung der Civil-Supernumerarien zur Aktuariats-Prüfung vor Beibringung des Militair-Attestes **56**. 82.

Vorschriften über die Annahme, Beschäftigung und Ausbildung der Civil-Supernumerarien im gerichtlichen Subalterndienste **49**. 245, 477; **52** 386.

Diäten der Ober-Landesgerichts-Civil-Supernumerarien bei kommissarischen auswärtigen Geschäften **45**. 201.

Civilversorgung, s. Militair-Invaliden, Freiwillige Jäger.

Civilversorgungsschein, Beifügung desselben zur ersten Gehaltsanweisung **39**. 46.

Fassung des Civilversorgungsscheins in Betreff der Bestrafung wegen überdodenen Gnadengehalts (Wartegeldes) **42**. 135.

Verfahren, wenn der Inhaber eines Civilversorgungsscheins denselben gesetzlich verwirkt hat **45**. 186; **52**. 183.

Cleve-Märkisches Bergrecht, Auslegung des §. 1 Kap. II. desselben **50**. 213.

Coblenz (Regierungsbezirk), Bestimmung der Höhe des Wasserstandes im Regierungsbezirk Coblenz zum Zweck der Berechnung der gesetzlichen Breite des Freiufers **40**. 318.

s. auch Ostbrehn.

Code d'instruction criminelle, Vergleichung der Verordnung d. 3. Januar 1849 mit dem code d'instruction criminelle **49**. 51, 223.

Cöln, Bestimmung der Höhe des Wasserstandes im Regierungsbezirk Cöln zum Zweck der Berechnung der gesetzlichen Breite des Freiufers **40**. 318. — s. auch Colonia, Churkölnische Bergordnung, Depositalgelder.

Colonia (Feuerversicherungs-Gesellschaft in Cöln), Erbieten derselben zur Einzahlung von jährlich zehn Prozent aus den Versicherungsbeiträgen der Justizbeamten an die Justiz-Offizianten-Witwenkasse **51**. 30. — Bekanntmachung der erfolgten Einzahlung **52**. 106; **53**. 139; **54**. 126; **55**. 106; **56**. 86; **57**. 134; **58**. 130; **59**. 114.

Condictio indebiti, Verzugszinsen des Fiskus bei der condictio indebiti **40**. 366. — Zulässigkeit der Einklagung desjenigen, was einem Gläubiger aus einer erbschaftlichen liquidationsmasse irrthümlich zu viel gezahlt worden im Wege der condictio indebiti **41**. 48.

Constitutum possessorium, zur Gültigkeit desselben beim Kaufvertrage bedarf es, wenn der Gegenstand mehr als 50 Thaler werth ist, einer schriftlichen Erklärung des Konstituenten **55**. 23.

Cöslin (Ober-Landesgericht), Ueberweisung der Rekurse in Bagatellsachen an den Civilsenat des Ober-Landesgerichts **39**. 340.

Coubert, s. Briefcoubert, Adresse.

St. Croix, Anrechnung der Theilnahme an dem Gefecht des Dampfschiffs „Preußischer Adler" mit der Dänischen Kriegs-Brigg „St. Croix" als Kriegsjahr bei Pensionirungen **50**. 146.

Culm-Michelauscher Kreis, Rechtsverhältnisse der im Gebiet des ehemaligen Freistaats Danzig und im Culm-Michelauschen Kreise wohnhaften Mennoniten **43**. 302, 303.

Cüstrin (Land- und Stadtgericht), Erweiterung der Kompetenz desselben zum Erkennen in Kriminalsachen **43**. 180.

D.

Dammstraßen, s. Dämme.

Dämme (Dammstraßen), Verpflichtung der Grundbesitzer in Westpreußen zur Unterhaltung der Dämme **48**. 95.

Zulässigkeit des Rechtsweges über die streitige Verpflichtung zur Anlegung und Unterhaltung von Dammstraßen **54**. 291.

Anweisung der Rechtswege über Entschädigungsklagen wegen der von der Landespolizei-Behörde angeordneten Durchstechung eines Dammes zulässig ist **56**. 171.

Dämpfe aus Fabrikations-Anstalten; Zulässigkeit von Entschädigungsansprüchen, wenn sich Dämpfe und Dünste entwickeln, welche nachtheilig auf die benachbarten Grundstücke einwirken **52**. 259.

Dänemark, Verfahren bei Ausfertigung der Todtenscheine der in den Preußischen Staaten verstorbenen Dänischen Unterthanen **47**. 147.

Dampfschiffe, Reglement v. 16. Januar 1841 über das Vorbefahren der Dampfschiffe auf dem Rhein **41**. 79.

Vergütung der Nebenkosten für den Ab- und Zugang auf den Dampfschiffen und Eisenbahnen bei Liquidation der Reisekosten der Gerichtsbeamten und Beamten der Staatsanwaltschaft **49**. 296; **51**. 83.

Reisekosten der Medizinalbeamten in gerichtlichen Partei- und Untersuchungssachen bei Benutzung der Dampfschiffe **53**. 158.

Digitized by Google

Danzig (ehemaliger Freistaat), Rechtsverhältnisse der im Gebiete des ehemaligen Freistaats Danzig wohnhaften Mennoniten **43**. 302, 303.

Danzig (Stadt), Inkursetzungsvermerke der Aeltesten der Kaufmannschaft in Danzig **41**. 282.

Darlehne, Form der Einwilligung des Ehemannes in die von der Frau kontrahirten Schulden **47**. 157.

Rechtliche Wirkungen einer Bürgschaft für nicht konsentirte Darlehnsverträge der Subaltern-Offiziere **56**. 99.

Darlehns-Kassenscheine, Verfahren bei Untersuchungen wegen Verfertigung oder Verbreitung falscher Darlehns-Kassenscheine **50**. 148. — Fernere Bestimmungen darüber **51**. 230.

Umtausch der Darlehns-Kassenscheine **53**. 435.

Datum, die von den Justiz-Kommissarien der Untergerichte bei den Obergerichten einzureichenden Einführungs- und Rechtfertigungsschriften müssen mit Datum, Unterschrift und Dienstsiegel versehen sein **48**. 6.

Decharge, Wirkung der bereits ertheilten Decharge der Ober-Rechnungskammer auf die von einem insolvent verstorbenen Beamten überhobenen und von dem Rendanten verrechneten Emolumente **43**. 258.

Deduktionen, Gebühren der Justiz-Kommissarien für Deduktionen in der Appellations-Instanz **39**. 32.

Defekte, Detention der wegen Veruntreuung verurtheilten Beamten bis zum Ersatze des Schadens **39**. 215.

Ausdehnung der Bestimmungen über die Verfolgung von Depositalbeschädigungen auf Deposital-Affervate **39**. 183. — Verpflichtung eines Privat-Gerichtshalters, für Depositaldefekte zu haften **46**. 131.

Festsetzung und Ersatz der bei Militair-Kassen, Militair-Magazinen und anderen Militair-Verwaltungen vorkommenden Defekte **44**. 276; **58**. 306.

Verfahren bei Kassendefekten **47**. 197; **53**. 362.

Die Deckung der Defekte durch die Kaution schließt den Begriff der verübten Unterschlagung nicht aus **55**. 102.

Inwiefern bei Defekten von Kassenbeamten gegen dritte Personen, welche als Bürgen oder Kautionssteller verhaftet sind, der Rechtsweg zulässig ist **56**. 68.

Feststellung der bei Verwaltung eines Schulzenamts vorkommenden Defekte durch die vorgesetzte Verwaltungsbehörde **57**. 55.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Anordnungen der Verwaltungsbehörden zur Deckung eines von dem Gemeinde-Steuereinnehmer verübten Defekts **57**. 157.

Zulässigkeit des Rechtsweges gegen defektirte Pfarreinkünfte bei dem Ausscheiden eines Geistlichen **58**. 110.

Defensionalzeugen, s. Zeugen.

Degradation, Unzulässigkeit der Degradation bei Kommunalbeamten und mittelbaren Staatsdienern **39**. 95.

Degradation von Militairpersonen des Feldwebel- und Unteroffiziergrades **46**. 63; — desgl. gegen Landwehr-Unteroffiziere **41**. 354; — desgl. gegen Unteroffiziere und die mit ihnen im gleichen Range stehenden, zum Soldatenstande gehörenden Personen des Beurlaubtenstandes **47**. 51.

Ablieferung der neben der Degradation zur Einstellung in eine Festungs-Strafabtheilung verurtheilten, sich noch im Militairverbande befindlichen Civilpersonen an die Festungs-Strafabtheilungen **42**. 151.

Anspruch eines mittelst rechtskräftigen Civil-Erkenntnisses außer der Entfernung aus seinem Civilamte degradirten Invaliden auf Militair-Gnadengehalt **43**. 266. — Fassung des Straf-Erkenntnisses bei Degradation der Militair-Invaliden unter Belassung des Militair-Gnadengehalts **46**. 234.

Deich-Angelegenheiten, Gesuche und Verhandlungen in Deichbau-Angelegenheiten bei Verwaltungsbehörden sind stempelfrei **39**. 343.

Deichwesen in der Altmark **56**. 246.

Zulässigkeit des Rechtsweges über die angeblich durch Verjährung erworbene Befreiung von Deichlast-Verpflichtungen (Gestellung eines berittenen Eiswächters) **53**. 374; — desgl. bei Entschädigungsansprüchen für den von dem Eigenthümer eines eingedeichten Grundstücks hergegebenen Grund und Boden **58**. 205; — desgl. wegen der in Folge neuer Gesetze ausgeführten Strom- und Deichregulirungen **58**. 254; — desgl. wegen Bepflanzung des Dammes mit Pappeln statt der vorgeschriebenen Kopfweiden **58**. 317; — desgl. wegen Anpflanzung von Weidenbäumen auf einem benachbarten Grundstücke **59**. 292, 387.

s. auch Buhnen, Polizei (Deichpolizei).

Denkmünzen (Medaillen, Kriegsdenkmünze), die Einsendung verwirkter Denkmünzen muß sofort nach der Rechtskraft des Urtheils an die General-Ordens-Kommission erfolgen **53**. 334.

s. auch Baden (Badensche Gedächtniß-Medaille), — Hamburg (Hamburger Erinnerungs-Medaille).

Kriegsdenkmünze, Wiederverleihung der Kriegsdenkmünze im Wege der Rehabilitirung **39**. 207; **53**. 122. — Ablieferung der Kriegsdenkmünze nach dem Tode des Besitzers an dasjenige Kirchspiel, zu welchem derselbe zuletzt gehört hat **40**. 195. — Einsendung der abertannten Kriegsdenkmünze nach beschrittener Rechtskraft des Erkenntnisses an die General-Ordens-Kommission **41**. 159. — Verlust der Kriegsdenkmünze als Folge des Verlustes der Nationalkokarde und des National-Militair-Abzeichens **47**. 51.

siehe auch Ehrenzeichen.

Denunzianten-Antheil, in welchen Fällen ein Denunzianten-Antheil von der Erbschafts-Stempelstrafe bewilligt werden kann **40**. 30.

Mit Bestimmungen über die Festsetzung von Denunzianten-Antheilen in Polizei-Kontraventionssachen haben sich die Gerichte nicht zu befassen **51**. 74. — Modifikation dieser Vorschrift **52**. 238.

Unzulässigkeit eines Denunzianten-Antheils der Gensdarmen bei Polizei-Uebertretungen **54**. 446.

Denunziation, Zulässigkeit der Zurücknahme einer Denunziation bei Verbrechen, deren Bestrafung in dem Antrage einer Privatperson abhängig ist **51**. 43.

Departements-Ersatz-Kommissionen, s. Militair-Angelegenheiten.

Departements-Kassen- und Rechnungs-Revisoren, Diäten und Reisekosten derselben bei Dienstreisen **55**. 18.

Departements-Thierärzte, s. Thierärzte.

Deportation, Behandlung der zur Deportation verurtheilten Verbrecher in England **54**. 46.

Deposital-Angelegenheiten, Ausdehnung der Bestimmungen über die Verfolgung von Deposital-Beschädigungen auf Deposital-Affervate **39**. 183.

Erleichterungen und Abänderungen in der Deposital-Verwaltung **39**. 199; **50**. 10, 111.

Digitized by Google

Depositalmäßige Verwahrung der Ablösungsgelder minorenner Lehngutsbesitzer **39**. 291.

Anweisung zur Einrichtung der von den Justiz-Kommissarien zu führenden Depositalbücher **40**. 120. — Empfehlung von Formularen dazu **41**. 40.

Erleichterung der Patrimonial-Gerichtsherren in Beziehung auf die Einrichtung des Depositalgelasses auf den kleinen Patrimonialgerichten **42**. 4. — Aufforderung an die Obergerichte zur Berichterstattung über die Beschaffenheit der Depositalgelasse der Patrimonialgerichte **42**. 335.

Geschäftsverkehr der Gerichte mit der Justiz-Offizianten-Wittwenkasse **42**. 141.

Verfahren der Gerichtsbehörden bei Ablieferung der herrenlosen Depositalmassen und Vermögenskonfiskate an die Regierungs-Hauptkassen **46**. 54.

Die Verpflichtung eines Patrimonial-Gerichtsherrn, für Depositaldefekte zu haften, erstreckt sich nur auf die Dauer der Zeit, während welcher das mit der Gerichtsbarkeit belehene Gut von ihm besessen gewesen ist **46**. 131.

Auflösung der Depositorien bei den Ober-Landesgerichten in Folge der Verordnung v. 2. Januar 1849. **49**. 34.

Vorschriften über die Kassation unbrauchbarer Depositalbücher **52**. 390.

Depositalverkehr mit der Bank **57**. 74.

Aufforderung an die Obergerichte zur Berichterstattung über die Belegung der Bestände der General-Depositorien **57**. 350. — Nachweisung der am Schlusse des Rechnungsjahres 1856—57 bei den General-Depositorien der Gerichtsbehörden vorhanden gewesenen Bestände und deren Belegung **58**. 36.

s. auch Aktenwesen.

Depositalgebühren, Bestimmungen über den Gebührenansatz in Depositalsachen **40**. 355.

Gebühren- und Stempelfreiheit für die in gutsherrlich-bäuerlichen Auseinandersetzungen, Gemeinheitstheilungen und Ablösungen erfolgte gerichtliche Deposition von Geldern und Dokumenten **44**. 62.

Inwiefern Gesuche um Darlehne aus General-Depositorien stempel- und kostenpflichtig sind **49**. 3.

Anderweitige Bestimmungen durch die im Gerichtskosten-Tarif zum Gesetze vom 10. Mai 1851 bestimmten Sätze (Einleitung zur Instr. d. 10. September 1851) **52**. 114.

Depositalgelder (Deposita, Depositalzinsen), Verwendung der durch die Verwaltung von Baugeldern gewonnenen Depositalzinsen **39**. 57. — Verrechnung derselben bei den Salarienkassen **42**. 314. — Belegung kleiner Depositalmassen bei Sparkassen **39**. 179. — Anlegung der unter 10 Thaler betragenden Depositalmassen der Patrimonialgerichte bei der Bank **45**. 71. — Benutzung der Bank bei dem An- und Verkauf von inländischen Staats- und anderen öffentlichen Papieren **51**. 382. — Form der von den Gerichten dabei auszustellenden Quittungen **52**. 250. — Anderweitige Unterbringung der bei der Bank belegten Depositalgelder zu einem höheren Zinsfuße **52**. 243.

Verfahren beim Ankauf von Pfandbriefen für die General-Depositorien und Deckung des Pfandbriefe-Agio **39**. 126, 200.

Verfahren bei Konvertirung Schlesischer Pfandbriefe **39**. 202, 281.

Verfahren bei Zahlungen aus gerichtlichen Depositorien an Deputirte auswärtiger Kommissarien oder ein auswärtiges Gericht **39**. 206; **54**. 190. — Annahme und Auszahlung der bei einem Gericht zu einer Depositalmasse eingehenden Gelder **40**. 312. — Form der von Inländern im Auslande zur Erhebung der bei diesseitigen Gerichten deponirten Gelder und anderer Sachen auszustellenden Vollmachten **43**. 60.

Grundsätze bei Ausleihung von Depositalgeldern **39**. 266. — Fernere Vorschriften **39**. 331, 418; **40**. 81, 151, 224, 363. — Aufhebung der bisherigen Grundsätze durch die Kabinets-Order vom 28. Juli 1842 **42**. 316. — Verfahren bei Bewilligung von Darlehnen **45**. 169.

Unzulässigkeit der Anlegung von Pupillenvermögen in Eisenbahn- und Prioritäts-Aktien **42**. 217. — Anlegung von Ablösungsgeldern in Staatsschuldscheinen **44**. 63.

Die den Depositalmassen bei Transferirungen von Privat- und Pfandbriefs-Aktivis anzurechnenden Zinsen **53**. 258.

Verfahren der Gerichte bei Auszahlung von Depositalgeldern, wenn die Interessenten im Bezirk des Appellationsgerichtshofes zu Cöln sich befinden **59**. 206.

Depositalkassen (Depositenkassen, Depositorium).

Alle Deposital-Mandate müssen durch den Deposital-Rendanten expedirt werden **39**. 199. — Empfehlung der Effektenlisten-Formulare **39**. 215. — Verfahren der Gerichts-Kommissionen bei dem Erlaß von Mandaten an die Depositorien der Land- und Stadtgerichte **42**. 227.

Remunerirung der Kalkulaturarbeiten bei der Deposital-Kassenverwaltung **39**. 19, 287; **40**. 19.

Form der den Postämtern auszustellenden Quittungen über die durch die Post bei den Gerichten eingehenden Depositalgelder **39**. 207. — Kontrolirung der Postscheine und Quittungen bei der Deposital-Kassenverwaltung **45**. 210.

Kontrolirung der Vorschußzahlungen und der Ausgabebelege bei den gerichtlichen Depositalkassen **40**. 91.

Nachforschung bei den Depositorien, ob sich bei einzelnen Massen bereits ausgelooste Staatsschuldscheine befinden und Anweisung zu sofortiger Realisirung derselben **40**. 99, 270; **41**. 170. — Anweisung an die Depositorien zur Anmeldung der Staatsschuldscheine behufs deren Konvertirung **42**. 163.

Ablieferung der in den Depositalkassen der Berggerichte befindlichen, zum öffentlichen Aufgebot sich qualifizirenden Gelder an die Knappschaftskasse des betreffenden Bergbezirks **40**. 306.

Verfahren beim Eingehen der zum Einschmelzen bestimmten Münzen **39**. 114; **40**. 355; **58**. 170; **59**. 154.

Ausschließung der Karls- und Louisd'ors von der Annahme unter den zum Ausleihen bestimmten Geldern bei den Depositorien **42**. 22.

Verfahren, wenn ein im Depositorium befindliches Dokument nur eingesehen werden soll **41**. 3. — Instruktion wegen der Aufbewahrung solcher Dokumente, deren förmliche Deposition nach den Vorschriften der Deposital-Ordnung nicht nothwendig ist **49**. 231.

Verpflichtung der Depositalkassen zur Haltung gehörig gestempelter Gewichte **41**. 41.

Einrichtung des Deposital-Manuals B. und des Mandatenbuchs B. in zwei Abtheilungen **41**. 254.

Verfahren bei Revision der Depositalkassen **42**. 234. — Verfahren bei Justiz-Visitationen und Geschäfts-Revisionen der Gerichte erster Instanz in Betreff der Deposital-Kassenverwaltung **50**. 307.

Digitized by Google

Verfahren bei Wiederinkourssetzung der unter öffentlicher Autorität auf jeden Inhaber ausgefertigten Papiere **43**. 170.

Die Bestätigung der Depositał-Mandatenbuchführer erfolgt durch die Präsidenten der Obergerichte **44**. 91.

Verkehr der Staatsanwaltschaft mit den Depositorien der Gerichte **50**. 433.

Umtausch alter Kassenanweisungen und Darlehns-Kassenscheine gegen Kassenanweisungen vom 2. November 1851. **53**. 435; **54**. 450.

s. auch Kassenwesen.

Depositał-Kuratoren, Remuneration der aus der Zahl der Gewerbetreibenden gewählten Depositał-Kuratoren **39**. 12.

Depositał-Ordnung, Empfehlung der von Effellen herausgegebenen Sammlung von Verordnungen, Geschäfts-Instruktionen und sonstigen generellen Verfügungen, Zusätzen und Erläuterungen zur Depositał-Ordnung **39**. 215; **40**. 208.

Auslegung des §. 47 Tit. 1 der Allg. Depositał-Ordnung **45**. 168.

Entwurf einer Verordnung über einige Abänderungen der Depositał-Ordnung **49**. 98.

Depositalzinsen, s. Depositalgelder.

Deposition, Ansatz von Gerichtskosten bei Deposition von Rentenbriefen **57**. 18.

Gebühren der Rechtsanwalte bei Depositionen, s. Rechtsanwalte.

Deputatholz, inwiefern Streitigkeiten über die Verpflichtung zur Anfuhr von Deputatholz für Kirche und Schule dem Rechtswege unterworfen sind **54**. 438.

Descendenten, Befreiung der Descendenten in der Provinz Schlesien von der großen Kanzleitaxe auf Grund der sanctio pragmatica **44**. 192; — desgl. der Descendenten von der Verpflichtung zur Alimentation ihrer verheiratheten Angehörigen **58**. 266.

Gutsüberlassungen an Descendenten, s. Gutsüberlassungen.

Deserteure (Desertion), Erkenntnisse wegen Durchhelfung von Deserteuren bedürfen der Bestätigung durch den Justiz-Minister nicht **39**. 211.

Verpflichtung der Civilgerichte zur Genügung von Requisitionen der Militairbehörden wegen Sicherstellung des Vermögens eines Deserteurs **41**. 192.

Befugniß der Oldenburgischen Konsularbeamten, die Verhaftung und Auslieferung der von den Schiffen ihrer Nation desertirten Matrosen, welche nicht Preußische Unterthanen sind, zu verlangen **45**. 217.

Prozeßverfahren gegen Deserteure und ausgetretene Militairpflichtige **49**. 452; **52**. 229.

Detention, Detention der wegen Verunreinigung verurtheilten Beamten bis zum Ersatze des Schadens **39**. 215.

Detention bis zum Nachweise des ehrlichen Erwerbes; Vollstreckung derselben in den Polizei-Gefangenanstalten und Deckung der damit verbundenen Kosten **39**. 261. — Ausführung der Detention bei rückfälligen Dieben **50**. 75.

Abhandlung über die Einsperrung der Landstreicher, Bettler und Arbeitsscheuen in eine Korrektions-Anstalt **50**. 163.

Ansatz von Detentionskosten in Untersuchungssachen nach §. 48 des Tarifs zum Gesetze v. 10. Mai 1851. **52**. 126.

Deutsche Bund, Zordbauer der Verfassung des Deutschen Bundes und Bestrafung der Angriffe gegen denselben **50**. 407.

Deutsche Bundesstaaten, Verfahren bei Requisitionen nach den Deutschen Bundesstaaten und inwieweit Kosten-, Stempel- und Portofreiheit dabei stattfindet **41**. 207.

Verfahren, wenn die Insinuation einer diffeitigen gerichtlichen Verfügung in einem der Deutschen Bundesstaaten verweigert wird **44**. 207.

Inwieweit der Herausgeber eines Kunstwerks, welcher in einem Deutschen Bundesstaate den Schutz gegen Nachdruck erwirkt hat, auch in den anderen Deutschen Bundesstaaten zu schützen ist **57**. 294.

Deutsche Bundestruppen, Gerichtsstand der in Friedenszeiten zusammen gezogenen Bundestruppen in Strafsachen **52**. 231.

Deutsche Kokarde, Anlegung der Deutschen Kokarde neben der Preußischen Rational-Kokarde von Seiten der zum Tragen einer Dienst-Uniform verpflichteten Civilbeamten **49**. 47. — Aufhebung dieser Bestimmung **50**. 180.

Deutsche Sprache, Anwendung der gesetzlichen Vorschriften bei Verhandlungen mit Personen, welche der Deutschen Sprache nicht mächtig sind, auf einzelnige gerichtliche Verhandlungen **40**. 153. — In welchen Fällen anzunehmen ist, daß in dem Bezirk einer gerichtlichen Behörde eine andere als die Deutsche Sprache gebräuchlich ist **46**. 207.

Dezem, Anmeldung des Rechts auf Dezem im Konkurse und erbschaftlichen Liquidations-Prozesse und Liquidation rückständiger und laufender Beträge **44**. 234.

Unzulässigkeit des Rechtsweges über Streitigkeiten wegen Dezem-Abgaben, welche auf notorischer Ortsverfassung beruhen **58**. 178.

s. auch Pfarreinkünfte.

Diätarien, Unzulässigkeit des Personalarrestes im Wege der Exekution gegen Diätarien **40**. 384. — Erforderniß der förmlichen Vereidigung derselben **43**. 144. — Nachweis der Anstellungs- oder Verpflegungsberechtigung der bei den Gerichten im Subaltern- und Unterbeamtendienste beschäftigten Diätarien **53**. 238. — Bewilligung von Gnaden-Kompetenzen für die Hinterbliebenen der dauernd beschäftigten und durch fixirte Beträge remunerirten Hülfsarbeiter **55**. 166.

Inwieweit von dem Diensteinkommen der Diätarien und Lohnschreiber Schulden halber ein Abzug stattfindet **40**. 384. — Diätarien sind zum Bezuge von Emolumenten und Gebühren für Geschäfte am Orte des Gerichts in der Regel nicht berechtigt **45**. 40. — Zahlung der Diäten an fuspendirte Diätarien **55**. 94.

Diäten. 1) Allgemeine Bestimmungen.

Begriff der fixirten und unfixirten Diäten **39**. 360. — Stempelpflichtigkeit der Quittungen über fixirte Diäten **53**. 218.

Diäten der versorgungsberechtigten Militairpersonen für die Hin- und Rückreise nach und von dem Orte ihrer kommissarischen Beschäftigung **44**. 117.

Wahlmänner sind nicht berechtigt, für die in dieser Eigenschaft gemachten Reisen von der Gemeinde, von welcher sie gewählt sind, Reisekosten und Diäten zu fordern **50**. 120.

2) Besondere Bestimmungen.

a) Diäten der Gensdarmen in gerichtlichen Angelegenheiten, insbesondere in Untersuchungssachen **50**. 195; — desgl. in unvermögenden gerichtlichen Angelegenheiten **52**. 170, 258; **53**. 250; **54**. 370; — desgl. bei den auf den Eisenbahnen bewirkten Transport von Verbrechern **54**. 366; **57**. 434.

b) Diäten der Oekonomie-Kommissarien als Sachverständige in gerichtlichen Angelegenheiten **46**. 12.

Digitized by Google

c) Diäten der Königlichen Forstschutzbeamten in Untersuchungssachen wegen vierten Holzdiebstahls **51**. 2; **57**. 214.

3) Aeltere Bestimmungen über die Diäten der Justizbeamten.

Verfahren bei Aufstellung der Diäten-Liquidationen bei Dienstreisen **39**. 115.

Diäten der Steuer-Untersuchungsrichter bei Dienstreisen **39**. 258; — desgl. der Gerichtspersonen in Hypotheken-Regulirungssachen bei Lokal-Geschäften innerhalb einer Viertelmeile vom Gerichtssitze **40**. 197. — Gleichstellung der Justiz-Kommissarien mit den Gerichtspersonen in Betreff dieser Geschäfte **43**. 206; — Diäten der gerichtlichen Beamten für auswärtige Geschäfte in Parteisachen, wenn sie von den Parteien nicht einzuziehen sind **40**. 355; — desgl. derjenigen Obergerichts-Assessoren, welche zur Vertretung oder Hülfeleistung an ein Untergericht beauftragt werden **41**. 306; — desgl. der bei den Inquisitoriaten angestellten Obergerichts-Assessoren **42**. 383; — desgl. der Ober-Landesgerichts-Civil-Subernumerarien bei kommissarischen auswärtigen Geschäften **45**. 201; — desgl. der Büreau-Gehülfen bei Ausrichtung auswärtiger Geschäfte **43**. 209; — desgl. der Unterbeamten für Reisen zur Hülfeleistung bei auswärtigen gerichtlichen Geschäften **50**. 38.

Beibehaltung der bisherigen Diätensätze bei denjenigen richterlichen Beamten und Beamten der Staatsanwaltschaft, welchen in Ausführung der Verordnung v. 2. Januar 1849 durch die Kab. Order v. 19. März 1850 ein höherer Rang beigelegt ist **50**. 104.

Diäten der Polizei-Anwalte bei Dienstreisen **49**. 372.

Bewilligung von Diäten an Beamte, welche auf längere Zeit kommissarisch an einem Orte beschäftigt sind **50**. 302.

Erstattung der Diäten bei Requisitionen und Aufträgen der Gerichtsbehörden untereinander **39**. 394; **41**. 346. — Uebernahme der Diäten und Reisekosten der als Zeugen oder Sachverständige in gerichtlichen Untersuchungen oder Voruntersuchungen wegen Steuervergehen vernommenen Steuerbeamten auf den Kriminalfond **50**. 204.

4) Neuere Bestimmungen nach dem Gesetze v. 9. Mai 1851 und der dazu erlassenen Instruktion v. 9. September 1851.

Ankündigung eines amtlichen Abdrucks der neuen Sportelgesetze und der dazu erlassenen Instruktionen für die Gerichte und für die Rechtsanwalte und Notare **51**. 326.

Wegfall des Ansatzes von Diäten bei dem Ansatze und der Erhebung der Gerichtskosten nach dem Tarif zum Gesetze v. 10. Mai 1851 (Einleitung) **52**. 114.

Instruktion v. 9. September 1851 zu dem Gesetze v. 9. Mai 1851, betreffend die den Justizbeamten für die Besorgung gerichtlicher Geschäfte außerhalb der ordentlichen Gerichtsstelle zu bewilligenden Diäten und Reisekosten und Kommissionsgebühren **52**. 137. — Auslegung des §. 4 des Gesetzes **54**. 114; — desgl. der §§. 12 und 13 **55**. 18; **58**. 114.

Verfahren bei Aufstellung der Liquidationen der Beamten der Staatsanwaltschaft über die ihnen bei Dienstreisen zu gewährenden Diäten **52**. 42; — desgl. über die Nothwendigkeit, Ausführung und Dauer der Dienstreisen von Polizei-Anwalten **58**. 330.

Diäten der Kreis-Medizinalbeamten in gerichtlichen Partei- und Untersuchungssachen **53**. 158.

Diäten der Gerichtsboten bei Abhaltung der Gerichtstage **52**. 108; **54**. 175.

Diäten der bei Abnahme von Eiden zugezogenen Geistlichen **53**. 382.

Diäten der bei Abschätzung der Mobilmachungspferde zugezogenen Taxatoren **55**. 7.

Berrechnung der Diäten für die gerichtlichen Mitglieder der Kommissionen zur Revision der Festungs-Baugefangen-Anstalten **58**. 162.

In welchen Fällen Diäten pränumerando zu zahlen sind **59**. 234.

5) Diäten der Rechtsanwalte für Geschäfte außerhalb ihrer Wohnung und des Gerichtslokals nach der Instruktion zu dem Tarif zum Gesetze v. 12. Mai 1851. **52**. 145; — desgl. in Untersuchungssachen nach §. 27 des Tarifs **52**. 145.

6) Diäten der Notare nach §. 13 des Ges. v. 11. Mai 1851 (Instr. zu §. 13) **52**. 152.

Diebstahl, Bestrafung des dritten Diebstahls bei Militairpersonen **39**. 135.

Autorisation zur Anschaffung des von dem Kriminalgerichts-Rath Temme herausgegebenen Werks über die Lehre vom Diebstahl nach Preußischem Recht **40**. 264.

Bestrafung des Diebstahls im Königreich Polen **44**. 124.

Begriff des vierten großen gemeinen Diebstahls **49**. 376.

Anrechnung der außerordentlichen Strafe in Diebstahlssachen beim Rückfalle **49**. 453.

Bei wiederholtem Diebstahl kommt es nicht darauf an, ob die frühere Verurtheilung eine ordentliche oder eine außerordentliche Strafe festgesetzt hat **50**. 27, 161, 417.

Ausführung der Detention rückfälliger Diebe bis zum Nachweise des ehrlichen Erwerbes resp. der Besserung **50**. 75.

Ob Entwendungen der Ehefrau an den Sachen des Ehemannes als Diebstahl zu bestrafen sind **50**. 389; **58**. 26.

Bestrafung des Diebstahls nach dem Strafgesetzbuch. Ob beim rückfälligen Diebstahl die früheren Bestrafungen wegen vierten Holzdiebstahls mit in Anrechnung zu bringen sind **52**. 207. — Strafe des Diebstahls im Rückfalle **52**. 27, 214, 231; **54**. 116.

Bestrafung des Diebstahls auf einer Wasserstraße (§. 218 Nr. 5) **51**. 364.

Strafe des schweren Diebstahls (§. 218), wenn mildernde Umstände vorhanden sind **52**. 195. — Begriff des schweren Diebstahls durch Einsteigen (§. 218 Nr. 3. 222) **52**. 239; **59**. 123. — Stellung unter Polizeiaufsicht, auch wenn mildernde Umstände festgestellt werden **53**. 226.

Begriff des Diebstahls zur Nachtzeit (§. 218 Nr. 2) **52**. 110.

Thatbestand des durch falsche Schlüssel verübten Diebstahls (§. 218 Nr. 4) **52**. 292.

Begriff des Diebstahls in einem bewohnten Gebäude (§. 218 Nr. 2) **53**. 231, 438; **54**. 12. — Der Diebstahl in Schäferhütten ist nicht als ein Diebstahl in bewohnten Gebäuden oder umschlossenem Raum anzusehen **53**. 367. — Begriff des Diebstahls in einem umschlossenen Raum (§. 218 Nr. 3, §. 221) **54**. 236.

Bestrafung des Futterdiebstahls der Dienstboten (§. 215) **53**. 267.

Der Diebstahl aus einem, dem Thäter von dem Besitzer ohne spezielle Uebergabe anvertrauten verschlossenen Behältnisse ist nicht als Diebstahl, sondern als Unterschlagung zu bestrafen (§§. 225, 215) **54**. 90.

Digitized by Google

Die Entwendung eines ganzen Baumes oder Strauches mit der Wurzel unterliegt den Strafbestimmungen über Diebstahl **54**. 151.

Bei Konkurrenz der Landstreicherei mit dem Verbrechen des Diebstahls ist neben der Strafe des letzteren auf Einsperrung in ein Arbeitshaus nach ausgestandener Strafe zu erkennen **55**. 65.

Diebstahl mit Einbruch, Auslegung des §. 223 des Strafgesetzbuchs **56**. 183.

Diebstahl im Sinne des §. 218 Nr. 5 des Strafgesetzbuchs ist vorhanden, wenn Jemand sich von einem Kinde unter zwölf Jahren eine Sache übergeben läßt und sich dieselbe rechtswidrig aneignet **56**. 331.

Diebstahl an Früchten. Auslegung des Ausdrucks „Früchte" im §. 349 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs **56**. 346.
f. auch Felddiebstahl.

Entwendung an Eßwaaren **57**. 63.

Begriff des Diebstahls gegen die Dienstherrschaft im Sinne des §. 217 Nr. 4 des Strafgesetzbuchs **57**. 410.

Inwiefern ein Diebstahl an der gemeinschaftlichen Sache von Seiten des Miteigenthümers begangen werden kann **58**. 26.

Zum Thatbestande des Diebstahls gehört das Bewußtsein des Angeeignetwerden, daß die von ihm weggenommene Sache eine fremde sei **58**. 323.

Begriff des sogenannten Funddiebstahls (§. 226 des Strafgesetzbuchs) **59**. 139.

Dienstalter, s. Anciennetät.

Dienstauszeichnung (Militair-Dienstauszeichnung), Verlust derselben als Folge des Verlustes der National-Kokarde und des National-Militairabzeichens **47**. 51.
Wiederverleihung derselben im Wege der Rehabilitirung **39**. 207; **53**. 122.

Dienstauszeichnungs-Kreuz, Vorschriften über den Verlust des Militair-Dienstauszeichnungs-Kreuzes für die Offiziere der Linie **50**. 414.

Dienstboten, s. Gesinde.

Dienste, s. Ablösung, Baudienste, Bauerngüter, Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse, Handdienste, Spanndienste, Privatdienstbarkeiten.

Dienstgeld, s. Beamte.

Diensteinkommen, s. Besoldung, Diäten.

Dienstentlassung, s. Beamte.

Dienst-Kaution, s. Amts-Kaution.

Dienstpapiere, Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Herausgabe amtlicher, in Folge einer Disziplinar-Untersuchung in Beschlag genommenen Papiere **50**. 286.

Dienstreisen, s. Reisekosten.

Dienstsiegel, s. Siegel.

Dienstwohnungen, Führung von Nachweisungen über die Dienstwohnungen der Justizbeamten **52**. 19. — Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Erstattung einer für das Reinigen der Schornsteine in der Dienstwohnung eines Beamten geleisteten Zahlung **52**. 243. — Technische Revision der in Dienstwohnungen auszuführenden baulichen Einrichtungen und Reparaturen **58**. 98.

Diffamations-Prozeß, Kostenansatz in Diffamations-Prozessen (Instr. zu §. 9 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Gebühren der Rechtsanwalte in Diffamations-Prozessen (Instr. zu §. 8 des Tarifs zum Ges. v. 12. Mai 1851) **52**. 145.

Dignitäts-Lehne, Lehnserneuerung beim Thronwechsel **42**. 195.

Diligenzeid, Verfahren gegen einen Nachlaß-Kurator, welcher nach erfolgtem Aufgebot der unbekannten Erben den Diligenzeid zu leisten sich weigert **39**. 58.

Direktoren, Gebühren für die Introduktion und Verpflichtung des Direktors (Präsidenten) eines Stadt- resp. Stadt- und Kreisgerichts **52**. 302.

Dismembration, Verfahren bei Dismembrationen **39**. 328; — Erläuterungen hiezu **44**. 35, 208, 218.
Ausfertigung der von den Kreis-Justizräthen aufgenommenen Dismembrations-Verträge durch die Obergerichte **46**. 114.
Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Vertheilung der öffentlichen Lasten nach einer Dismembration **48**. 307.
Verfahren bei Ausführung des Gesetzes v. 24. Mai 1853 **53**. 358.

Dispensiren, Begriff des Selbstdispensirens homöopathischer Arzneien **52**. 172. — Aerzte sind ohne besondere polizeiliche Erlaubniß nicht befugt, Arzneien zu dispensiren **54**. 278.

Disposition, Zahlung der Wartegelder an die zur Disposition gestellten Justizbeamten, s. Beamte.

Dispositionsfonds, Aufforderung an die Gerichte zur sparsamen Verwendung der Dispositionsfonds **50**. 394.

Dissidenten, Mittheilung von Extrakten aus den Registern über die Trauungen und Geburten der Dissidenten an die Polizeibehörden **51**. 42.
Kostenansatz bei Attesten über die Geburten, Heirathen und Sterbefälle der Dissidenten (Instr. zu §. 19 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Distributionsplan im Konkurse, s. Rechtsanwalte.

Disziplinarhof für die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, Besetzung desselben **49**. 399; **52**. 318; **55**. 301; **58**. 265.

Disziplinarstrafen, Verjährung der Disziplinarstrafen wegen Nichtbeobachtung militairischer Dienstvorschriften **52**. 164.

Disziplinarverfahren (Disziplinarsachen, Disziplinar-Untersuchungen):
I. gegen richterliche Beamte. Verfahren bei Disziplinar-Untersuchungen gegen richterliche Beamte **46**. 179.
Zuziehung der Staatsanwaltschaft bei Disziplinar-Untersuchungen gegen richterliche Beamte **51**. 359. — Vor Eröffnung der Disziplinar-Untersuchung gegen einen richterlichen Beamten ist der Staatsanwalt nicht befugt, zu seiner Information Zeugen abhören zu lassen **51**. 294.
Verwendung des einem richterlichen Beamten wegen Ueberschreitung des Urlaubs im Wege des Disziplinarverfahrens entzogenen Theils seines Diensteinkommens **55**. 102.
In der Rheinprovinz. Befugniß der Rheinischen Landgerichte und des Appellationsgerichtshofes in Cöln zur Einleitung und Entscheidung von Disziplinar-Untersuchungen gegen richterliche Beamte in der Rheinprovinz **39**. 180.

Digitized by Google

11. gegen nicht richterliche Beamte. Kontumazialverfahren in Disziplinar-Untersuchungen 42. 198.

Anwendung des Disziplinargesetzes für Dienstvergehen gegen nicht richterliche Beamte v. 11. Juli 1849 §. 2. 50. 222; §. 5. 50. 222; §. 25. 50. 119; §§. 55—57. 50 189; §. 73. 50. 222; Anwendung des Gesetzes v. 21. Juli 1852 §. 16. 59. 309; §. 83. 59. 172; §. 66. 59. 130; §. 68. 59. 130.

Verfahren bei Disziplinar-Untersuchungen gegen nicht richterliche Beamte 50. 387.

Verfahren bei Einsendung der Akten an den Justiz-Minister 52. 350; 53. 82.

Geldbußen, welche auf Grund der Verordnung v. 11. Juli 1849 einem Beamten als Ordnungsstrafen auferlegt werden, dürfen im Falle des Unvermögens nicht in Gefängnißstrafen verwandelt werden 50. 111.

Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Herausgabe amtlicher, in Folge einer Disziplinar-Untersuchung in Beschlag genommener Papiere 50. 286.

Verfahren der Staatsanwaltschaft bei Disziplinar-Untersuchungen wider Rechtsanwalte und Notare 52. 231. — Die Berufung an das Ober-Tribunal in Disziplinar-Untersuchungen wider Rechtsanwalte und Notare gegen Entscheidungen des Ehrenraths derselben ist an eine vierwöchentliche Anmeldefrist gebunden 56. 4. — Verfahren in Disziplinar-Untersuchungen wider Rechtsanwalte und Notare, wenn der Antrag auf Dienstentlassung gerichtet ist 59. 130.

Verfahren der Staatsanwaltschaft bei Einleitung der Disziplinar-Untersuchung gegen einen im unmittelbaren oder mittelbaren Staatsdienste stehenden Beamten 51. 231. — Anwendung dieser Vorschrift auch auf Eisenbahn-Polizeibeamte 52. 250; anderweitige Vorschriften über Eisenbahn-Polizeibeamte 52. 303. — Erledigung der Dienstvergehen der Dominial-Polizeiverwalter im Wege des Disziplinarverfahrens 51. 204.

In der Rheinprovinz. Verfahren bei Disziplinar-Untersuchungen gegen Gerichtsschreiber und Gerichtsvollzieher in der Rheinprovinz 39. 148.

Kontumazial-Verfahren in Disziplinar-Untersuchungen gegen Rheinische Beamte 39. 154.

Verfahren in Disziplinar-Untersuchungen gegen Beamte in der Rheinprovinz 40. 278; 50. 119.

Befugniß der Regierungen in der Rheinprovinz zur Einziehung der in Disziplinar-Untersuchungen wider Verwaltungsbeamte entstandenen Kosten 58. 5. 207.

11. Gebühren der Rechtsanwalte als Vertheidiger in Disziplinarsachen (Instr. zu §. 22 des Tarifs zum Ges. v. 12. Mai 1851) 52. 145.

Dolmetscher, inwiefern auch unvereidete Dolmetscher zu einseitigen gerichtlichen Verhandlungen zugezogen werden können 40. 153. — Verfahren bei Zuziehung von Dolmetschern in Untersuchungssachen 59. 402.

Wegfall der Reise- und Zehrungskosten der Dolmetscher, sowie des Ansatzes der Dolmetscher-Gebühren und Ueberfetzungskosten 46. 207; 54. 330; — desgl. bei dem Kostenansatze nach dem Tarif zum Ges. v. 10. Mai 1851 (Einl. zur Instr.) 52. 114.

Gebührenansatz der Notare nach dem Gesetze v. 11. Mai 1851 bei Zuziehung von Dolmetschern, s. Notare.

Domainen, Befugniß der Regierungen zur Abschließung von Verträgen, wodurch dem Erbpächter eines Domainengrundstücks das volle Eigenthum desselben übertragen wird 39. 187.

Anwendung der Kab. Order v. 3. Januar 1845 (Ges.-Samml. S. 37) wegen der von den vormals reichsständischen Familien in Prozessen über ihre Domainen abzuleistenden Eide 46. 75.

Ertheilung des gerichtlichen Konsenses bei Veräußerung von Domainen-Forsten ꝛc. und die Fortführung der gerichtlichen Kontrole über Domanial- und Forst-Grundstücke, welche den Bestimmungen des Hausgesetzes v. 6. November 1809 unterworfen sind 49. 345.

Domainen-Abgaben (Domanial-Abgaben), Verfahren bei Ablösung der auf Domainen-Grundstücken haftenden Lasten 39. 280.

Hypothekarische Eintragung der zur Ablösung von Domanial-Abgaben vorgeliehenen Kapitalien 40. 330.

Kosten der hypothekarischen Eintragung von Domanial-Abgaben auf den Antrag fiskalischer Behörden 41. 366.

Domainen-Kammer, Benennung der Domainen-Kammer des hochseligen Prinzen August von Preußen als Hofkammer der Königlichen Familiengüter 43. 232.

Domainen-Rentenämter, Legitimation derselben zu selbstständigen Anträgen auf Eintragungen, Löschungen ꝛc. bei den Hypotheken-Behörden Namens des Fiskus 41. 83.

Domanial-Polizeiverwalter, s. Polizeigerichtsbarkeit.

Domanial-Renten, Ansprüche an den Staat aus dem während der Dauer der Fremdherrschaft von der Französischen Verwaltung vorgenommenen Verkauf von Domanial-Renten sind dem Rechtswege nicht unterworfen 55. 18.

Dorfgemeinden, Insinuation der Vorladungen und Erkenntnisse in Klagesachen der Dorfgemeinden 41. 72.

Inwiefern der Rechtsweg bei Streitigkeiten über Beiträge zum Lohne des Dornachtwächters zulässig ist 48. 112.

Inwiefern der Rechtsweg über das Rechtsverhältniß unter den Mitgliedern einer Dorfgemeinde in Ansehung der Beitragspflicht zu den gemeinen Lasten zulässig ist 54. 430.

Rechte der Anbauer auf die Benutzung von Gemeinde-Gründen, s. Anbauer.

Dorfgerichte, Dorfgerichte sind bei Abschätzung von Grundstücken geringen Werths als vereidete Taxatoren zu betrachten, und befugt, die Taxen unter Verschärfung der Nichtigkeit an Eidesstatt schriftlich einzureichen 41. 152.

Instruktion für die Dorfgerichte in den Bezirken der Ober-Landesgerichte zu Halberstadt und Naumburg bei den von ihnen vorzunehmenden gerichtlichen Verhandlungen und Einführung derselben in das Departement des Kammergerichts 42. 115. — Erläuterung der §§. 39 und 51 der Instruktion 43. 20. — Revidirte Instruktion v. 11. Mai 1854. 54. 206; Zusatz zu derselben 54. 334.

Zulässigkeit der Beforgung der Gerichtsdiener-Geschäfte bei den Patrimonialgerichten durch ein Mitglied der Dorfgerichte 45. 2.

Die Gültigkeit eines dorfgerichtlichen Testaments wird dadurch allein, daß die bei dessen Aufnahme zugezogenen Schöppen das von dem Gerichtsschreiber aufgenommene Protokoll wegen Schreibensunkunde nicht mit ihrer Unterschrift vollzogen haben, nicht angefochten 47. 220.

Digitized by Google

Welchen Behörden das Aufsichtsrecht über die Dorfgerichte zusteht 57. 230.

Gebühren-Taxe der Dorfgerichte in den Regierungs-Bezirken Merseburg und Erfurt 42. 133.

Gebühren der Dorfgerichte für Exekutionen in Bagatellsachen 43. 272.

Auf die Geschäfte der Dorfgerichte findet der Tarif zu dem Gesetze vom 10. Mai 1851 keine Anwendung (Instr. zu §. 2 des Gesetzes) 52. 114. — Allgemeine Gebühren-Taxe für die Dorfgerichte in gerichtlichen Angelegenheiten 54. 226.

Dorfschmiede, Dinglichkeit des dem Besitzer einer Dorfschmiede eingeräumten Rechts auf sogenanntes Schärfkorn 40. 295. — Fortdauer des Rechts auf Schärfgetreide nach Einführung der allgemeinen Gewerbefreiheit 42. 231. — Recht auf Schärfgetreide auf Grund der Acquisitiv-Verjährung 49. 208.

Dorfschulzen, Zulassung von Dorfschulzen als Taxatoren bei Abschätzung von Grundstücken geringen Werths 41. 152; 52. 114.

Ein Erb- und Gerichtsschulz kann wegen einer von ihm Namens der Gemeinde und in Ausübung eines vermeintlichen Rechts derselben vorgenommenen Amtshandlung nicht im Wege des gerichtlichen Strafverfahrens verfolgt werden 55. 155.

Dorfschulzen sind zur Aufnahme von Anzeigen über vorgefallene Vergehen Behufs Verfolgung derselben kompetent 57. 94.

Inwiefern die Erhebung des Konflikts nach dem Gesetze vom 13. Februar 1854 zulässig ist, wenn Dorf- und Gerichtsschulzen sich bei ihren Amtshandlungen eine Ueberschreitung zu schulden kommen lassen 57. 408, 412, 415, 437; 59. 245, 261, 266, 271, 278, 279, 283.

Dorfstraße, s. Straße.

Dreschgärtnerstellen, inwiefern Dreschgärtnerstellen als Rustikalstellen anzusehen sind 41. 182.

Drohung, Begriff des Versuchs eines Zwangs durch Drohung 55. 356.

Drucker, Angabe des Druckers und seines Wohnorts auf gedruckten Wahlzetteln 53. 244.

Drucksachen, Verfahren zur Vermeidung von Mehrausgaben bei den sächlichen Büreaubedürfnissen 39. 394.

Gleichmäßige Behandlung der Ausgaben für Drucksachen in den Rechnungen der gerichtlichen Salarien-Kassen 43. 34.

Inwiefern die portofreie Versendung der gedruckten oder lithographirten Formulare zulässig ist 42. 111; 53. 83; 58. 50, 322. — Versendung der Drucksachen mit der Post unter Kreuzband 52. 7.

Druckschriften, zu den periodisch erscheinenden Druckschriften sind auch Zeitungen und Zeitschriften aller Art zu zählen 55. 30.

Angabe des Verlegers nach §. 7 Absatz 3 des Preßgesetzes v. 12. Mai 1851. 56. 114.

Inwiefern eine Entschädigungsklage gegen die polizeilich verfügte Vernichtung verbotener Druckschriften, welche sich in dem Besitze einer Privatperson befunden haben, zulässig ist 58. 389.

s. auch Zeitungen, Zeitschriften.

Duellzeugen, von der Verhaftung der Zeugen bei einem Duell soll in Zukunft Abstand genommen werden 44. 162.

Duisburg, Instruktion vom 21. Oktober 1841 wegen des von den Gerichten des Kreises Duisburg bei Subhastationen von Realberechtigungen zu beobachtenden Verfahrens 41. 329.

Beurtheilung der Verträge der in statutarischer Gütergemeinschaft lebenden Ehegatten in dem städtischen Weichbilde von Duisburg 43. 251.

Bewilligung der Stempel- und Portofreiheit, des Armenrechts und der Rechte einer moralischen Person für die Rheinische Pastoral-Gehülfenanstalt in Duisburg 46. 166.

Dünste, Zulässigkeit von Entschädigungs-Ansprüchen, wenn sich Dämpfe und Dünste entwickeln, welche nachtheilig auf die benachbarten Grundstücke einwirken 52. 259.

Duplik, ob der Richter, welcher nach §. 7 der Verordnung v. 21. Juli 1846 die Replik eingefordert hat, nach deren Eingange auch dem Verklagten die Duplik gestatten muß 48. 242.

Duplik in der Appellations-Instanz 48. 443.

Düsseldorf (Reg. Bez.), Bestimmung der Höhe des Wasserstandes im Regierungsbezirk Düsseldorf zum Zweck der Berechnung der gesetzlichen Breite des Treidlers 40. 318.

Düsseldorf (Stadt), Erlaß einer Warnung an die Justizbeamten, um sich von Manifestationen, wie solche sich bei dem sogenannten Festmahle in Düsseldorf am 4. Juli 1843 kundgegeben haben, fern zu halten 43. 186.

E.

Ediktalladung, Verfahren bei Ediktalladungen in Konkursen 40. 91.

Edition, Grundsätze, nach welchen die Verpflichtung der Verwaltungsbehörden zur Edition zu beurtheilen ist 43. 113.

Ehe (Ehegatten), Befreiung der Eheleute in der Provinz Schlesien von der großen Kanzleitaxe auf Grund der sanctio pragmatica 44. 192.

Taufe und konfessionelle Erziehung bei Kindern aus gemischten Ehen 55. 354.

Erbfolge der Ehegatten in der Provinz Schlesien 55. 416; — desgl. nach Märkischem Provinzialrecht 58. 180.

Thatbestand der doppelten Ehe 56. 315.

s. auch Ehesachen.

Ehefrauen, Form der von Frauen in stehender Ehe in gerichtlichen Angelegenheiten abzugebenden Erklärungen 40. 285; — desgl. zur Löschung ihrer auf dem Grundstücke des Ehemannes eingetragenen Zlaten 40. 397. — Erforderniß der Verwarnung einer Ehefrau nach §§. 343 und 344 Thl. II. Tit. 1 A. L. R. bei zweiseitigen Verträgen 45. 95. — Form der von einer Ehefrau auf deren Ehemann auszustellenden Vollmacht 47. 177.

Verfahren bei Vollstreckung der Exekution gegen Ehefrauen der Offiziere 41. 327; — desgl. bei Vollstreckung der Exekution gegen Ehefrauen der in Kasernen und anderen ähnlichen Dienstgebäuden wohnenden Militairpersonen 42. 298. — Personal-Arrest als Exekutionsmittel gegen Ehefrauen 47. 127.

Erforderniße bei einer Veränderung mit der Substanz des Grundstücks einer minorennen Ehefrau 43. 181.

Digitized by Google

Minorenne Ehefrauen folgen dem Gerichtsstande ihrer Ehemänner 48. 7.

Ob ein Vertrag über Veräußerung eines zur Gütergemeinschaft gehörigen Grundstücks, welches der Ehemann eingebracht hat, wenn die Ehefrau minderjährig ist, der Genehmigung des vormundschaftlichen Gerichts zu seiner Gültigkeit bedarf 51. 281.

Form der Einwilligung des Ehemannes in die von der Frau kontrahirten Schulden 47. 155.

Form der von der Ehefrau bei bestehender Gütergemeinschaft zu ertheilenden Einwilligung in die von dem Ehemanne vorzunehmende Veräußerung oder Verpfändung von Grundstücken 47. 308, 316.

Ob Entwendungen der Ehefrau an den Sachen des Ehemannes als Diebstahl zu bestrafen sind 50. 389. — Inwiefern eine mit ihrem Ehemanne in Gütergemeinschaft lebende Ehefrau an den der Gütergemeinschaft unterworfenen Sachen einen Diebstahl begehen kann 58. 26.

Wechselfähigkeit der Ehefrauen 53. 145.

Ehefrauen können im Strafverfahren weder als Vertheidiger noch als Vertreter zugelassen werden 56. 377.

Ehegerichte (Ehegerichtsbarkeit), Abhandlung über die katholisch-geistliche Gerichtsbarkeit in Preußen nach ihrer geschichtlichen Entwickelung 56. 252.

Eherecht, Reform des Ehescheidungsrechts in England 57. 254, 355, 366. — Nachtrag dazu 59. 334.

Ehesachen, Verfahren der Geistlichen bei Verheirathung solcher Frauenspersonen, welche bereits vor der Ehe Kinder erzeugt haben 39. 119.

Verfahren der Civilstandsbeamten bei Ausstellung von Attesten zum Zweck der kirchlichen Trauung 40. 111.

Verpflichtung des Ehemannes, welcher sich weigert, seine Ehefrau bei sich aufzunehmen, Alimente zu verabreichen 41. 124. — Inwiefern die Polizeibehörde verpflichtet ist, einem Ehemanne zur Wiedererlangung der von seiner Ehefrau, welche sich eigenmächtig von ihm entfernt hat, mitgenommenen Wirthschaftssachen behülflich zu sein 45. 236. — Folgen der widerrechtlichen Entfernung einer Ehefrau von ihrem Ehemanne 51. 212.

Auslegung der §§. 1—4 Thl. II. Tit. 2. A. L. R., wenn ein Ehemann die Legitimität eines von seiner Ehefrau gebornen Kindes bestreitet 43. 16. — Zulässigkeit eines definitiven Erkenntnisses vor Ablesung eines beantragten Eides in Streitsachen wegen unehelicher Geburt eines Kindes 44. 220.

Versprechung einer undeweglichen Sache unter der Vereinbarung der Heirath einer bestimmten Person 45. 222.

Auslegung des §. 10 Tit. 1 Thl. II. A. L. R. 44. 224. — Welche Behörde zur Ertheilung der Dispensation vom Eheverbot des §. 8 Tit. 1 Thl. II. A. L. R. competent ist 46. 99. — Ermächtigung des Kreisgerichts in Hechingen zur Gestattung der Wiederverehelichung von Wittwen vor Ablauf des gesetzlichen Trauerjahres 55. 347.

Rechte eines unter dem Versprechen der Ehe geschwächten Frauenzimmers nach dem Tode des Schwängerers 52. 22.

Portopflichtigkeit der Beförderung von Eheverkündungen in der Rheinprovinz 52. 388.

Ehescheidung, Verpflichtungen eines geschiedenen und für schuldig erklärten Ehegatten bei seiner Wiederverheirathung gegen seine minorennen Kinder erster Ehe 39. 59. — Anwendung des §. 18 Tit. 1 Thl. II. A. L. R. 43. 156. — Darüber, daß in dem ergangenen Erkenntnisse die Wiederverheirathung des geschiedenen anderen Ehegatten nicht von der Bedingung einer besonders nachzusuchenden Erlaubniß abhängig gemacht worden, findet kein Rechtsmittel statt 40. 402. — Verfahren bei Wiederverheirathung wegen Ehebruchs geschiedener Ehegatten (Auslegung der §§. 736, 737 Tit. 1 Thl. II. A. L. R. und der K. O. v. 15. März 1803) 41. 140.

Inwiefern tief eingewurzelter Widerwille für einen selbstständigen Ehescheidungsgrund zu erachten ist 39. 32. — Trennung der Ehe wegen unüberwindlichen Abneigung 44. 199

Aufhebung der Gütergemeinschaft nach Lübischem Recht und der Pommerschen Bauer-Ordnung v. 30. December 1764 bei Trennung der Ehe durch richterlichen Spruch 41. 12.

Unzulässigkeit der Vernehmung von Geistlichen als Zeugen über die ihnen von den Parteien beim Sühneversuch eröffneten Mittheilungen 41. 220. — Justiz-Kommissarien haben sich der Abfassung schriftlicher Provokationen auf den geistlichen Sühneversuch in Ehescheidungssachen zu enthalten 46. 203. — Auslegung der §§. 10—12 der Verordnung v. 28. Juni 1844 in Betreff der Vorschriften über den geistlichen Sühneversuch 48. 2. — Abhandlung über die Abhaltung des geistlichen Sühneversuchs vor Einleitung von Ehescheidungsklagen, wenn der betreffende Geistliche diese Abhaltung und die Ausstellung des Attested darüber verweigert 49. 268. — Verfahren beim geistlichen Sühneversuch 51. 298. — Wegfall der Gebühren der Geistlichen für die Sühneversuche in Ehescheidungssachen 46. 178.

Regulirung des Interimistikums in Ehescheidungssachen 42. 295. — Kostenansatz bei Regulirung des Interimistikums (Instr. zu §. 9 des Tarifs zum Gesetze v. 10. Mai 1851) 2. 126.

Besondere Bestimmungen. Benachrichtigung der Allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt von erfolgten Ehescheidungen der betheiligten Beamten 50. 260.

Inwieweit die Staatsanwaltschaft befugt ist, in Ehescheidungssachen Beschwerde zu erheben 52. 63.

Kosten. In welchen Fällen die Frau im Ehescheidungsprozesse die Kosten vorzuschießen verpflichtet ist 40. 67.

Stempel. Stempel zu Erkenntnissen in Alimentationsprozessen, welche in oder außer dem Ehescheidungsprozesse ergehen 43. 107.

Eheschließung, Mittheilungen über die Eheschließung in England 59. 315. — s. Heirathen.

Eheverträge, Stempelansatz bei Eheverträgen (Instr. zu §. 24 des Tarifs zum Gesetze v. 10. Mai 1851) 52. 126.

Ehre, s. Bürgerliche Ehre.

Ehrenbreitstein (Festung), Unterbringung solcher zum Festungsarrest verurtheilten Individuen in die Festung Ehrenbreitstein, welche eines unerlaubten Verkehrs nach außen verdächtig sind 43. 26.

Befugniß des Direktors des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein zur Abfassung der Subalternen und Unterbeamten bei den Gerichten seines Departements 59. 422.

s. auch Ostrhein.

Ehrengerichte, Einrichtung eines Ehrengerichts zur Schlichtung von Injuriensachen unter den Mitgliedern der Bürger-Schützen-Kompagnie in Goldberg 42. 178.

Digitized by Google

Mittheilung der ehrengerichtlichen Erkenntnisse gegen die als Beamte im Staatsdienste angestellten Landwehroffiziere und derabschiedeten Offiziere an die ihnen vorgesetzte Dienstbehörde **46**. 143.

Ehrenkränkungen, s. Beleidigungen.

Ehrenlegion (Französische), Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Ansprüchen auf Pension als Mitglied der Französischen Ehrenlegion **51**. 78.

Ehrenrath unter den Justiz-Kommissarien, Stellung desselben zu dem Oberlandesgericht des Departements **48**. 388. — Frist zur Berufung an das Ober-Tribunal gegen Entscheidungen des Ehrenraths **56**. 4.

Ehrenrechte, das Recht der Theilnahme an Privatgesellschaften ist als ein Ehrenrecht im Sinne des §. 1 der Verordnung v. 14. Dezember 1833 nicht anzusehen **44**. 60.

Zu welchen Ehrenrechten der Besitz der Nationalkokarde zu zählen ist **49**. 380.

Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte s. Bürgerliche Ehre.

Ehrenstrafe, inwiefern die Vollstreckung derselben durch ein Begnadigungsgesuch aufgehalten wird **39**. 27.

Kompetenz der Einzelrichter, wenn neben der Geld- oder Freiheitsstrafe zugleich auf Ehrenstrafen zu erkennen ist **49**. 380.

Ehrenzeichen. 1) Verfahren beim Tode des Besitzers:

a) Ablieferung der Ehrenzeichen bei dem Ableben der Besitzer an die General-Ordenskommission **40**. 195. — Duplikate, welche sich die Besitzer aus eigenen Mitteln angeschafft haben, sind nicht zurückzugeben **40**. 252.

b) Ablieferung der Besitzzeugnisse über Ehrenzeichen nach dem Tode der Inhaber an die General-Ordenskommission **41**. 186; — anderweitige Bestimmungen darüber **51**. 373. — Verzichtleistung auf die Ablieferung der Besitzzeugnisse nach dem Tode der Inhaber **50**. 375.

2) Verlust von Ehrenzeichen in Folge begangener Verbrechen:

a) Einfendung aberkannter Ehrenzeichen an die General-Ordenskommission nach beschrittener Rechtskraft des Urteils und Bestätigung des Verlustes derselben **41**. 159. — Anderweitige Bestimmungen **51**. 373; **53**. 334.

Verlust des Allgemeinen Ehrenzeichens als Folge des Verlustes der Nationalkokarde und des National-Militairabzeichens **47**. 51.

Zusammenstellung der Vorschriften über das Verfahren bei Untersuchungen gegen Personen des Militairstandes, welche sich im Besitze von Ehrenzeichen befinden **47**. 51.

Bestimmungen über den Verlust von Ehrenzeichen **50**. 414.

Verfahren der Staatsanwaltschaft in Untersuchungen, welche den Verlust von Ehrenzeichen zur Folge haben **51**. 230.

b) Ablieferung der Besitzzeugnisse über Ehrenzeichen nach deren Aberkennung **41**. 186. — Anderweitige Bestimmungen **51**. 373.

s. auch Dienstauszeichnung, Denkmünzen.

3) Annahme und Verlust ausländischer Ehrenzeichen. Verfahren bei Nachsuchung der Erlaubniß zur Annahme und Anlegung der von fremden Souverainen verliehenen Ehrenzeichen **46**. 191.

Verfahren bei dem Verluste ausländischer Ehrenzeichen in Folge begangener Verbrechen **45**. 71; **50**. 414; **51**. 230, 373.

Verfahren bei dem erkannten Verluste der Hamburger Erinnerungsmedaille **44**. 187; — desgl. bei Aberkennung der Badenschen Gedächtnißmedaille **50**. 387.

Ehrlicher Erwerb, s. Detention.

Ehrverletzungen, s. Beleidigungen.

Eid. Verfahren bei Eidesleistungen.

Beobachtung der feierlichen Form bei gerichtlichen Eidesleistungen **40**. 28. — Verwarnung bei Eiden vor Gericht **48**. 103.

Verfahren bei Requisitionen an Niederländische Gerichte zu Eidesleistungen in Civilsachen **44**. 19; — desgl. nach Frankreich und denjenigen Ländern, in denen Französisches Recht gilt, behufs Vernehmung von Zeugen und Abnahme von Eiden **44**. 207.

Zulässigkeit eines definitiven Erkenntnisses vor Ableistung eines beantragten Eides in Streitsachen wegen ehelicher Geburt eines Kindes **44**. 220.

Verpflichtung der Gerichte zur Genügung von Requisitionen zur Beeidigung der zur Feststellung der Inhaltden-Versorgungsansprüche ehemaliger Militairs abgehörten Zeugen **53**. 110.

Hinzufügung der dem religiösen Bekenntnisse entsprechenden Bekräftigungsformel bei Beeidigung der Beamten und Geschworenen **50**. 42, 102.

Gebühren. Gebühren der bei Eidesleistungen der Juden mitwirkenden Personen **41**. 304; — desgl. der Geistlichen bei Eidesabnahmen **53**. 382.

Kosten. Aufhebung des Armeneides (Instr. zu §. 5 des Gesetzes v. 10. Mai 1851) **52**. 114. — Für die Abnahme eines nothwendigen Eides werden keine Gerichtskosten angesetzt (Instr. zu §. 7 des Tarifs zum Gesetze v. 10. Mai 1851) **52**. 126.

Manifestationseid, s. diesen.
Sachverständigeneid, s. Sachverständige.
Zeugeneid, s. Zeugen.
Bestrafung des Meineides, s. Meineid.
Eid in Prozessen, s. Prozesse.
Eidesleistung fürstlicher Personen **46**. 75.
Diensteid (Amtseid), s. Beamte.
s. auch Huldigungseid.

Eidesstattliche Versicherung bei Prüfungsarbeiten, Straffbarkeit der Hülfeleistung bei solchen Prüfungsarbeiten **57**. 51.

Eigenthum (Eigenthumsansprüche), Beschaffenheit des Titels bei der gewöhnlichen Verjährung durch Besitz nach §. 579 Tit. 9 Thl. I. A. L. R. **41**. 160.

Eigenthumsansprüche dritter Personen an Sachen, welche in der Rheinprovinz gegen einen Schuldner administrativ gepfändet sind **51**. 267.

Zulässigkeit des Rechtswegs bei Streitigkeiten über Eigenthumsansprüche, welche mit dem Gemeindeverbande in Verbindung stehen **53**. 423.

Inwiefern der Käufer eines Grundstückes gegen den wahren Eigenthümer desselben geschützt ist **54**. 171.

Die polizeiliche Beschlagnahme von Sachen hindert nicht, Eigenthumsansprüche an denselben im Wege Rechtens geltend zu machen **55**. 51.

Digitized by Google

Eigenthums-Ordnung, s. Osnabrückische Eigenthums-Ordnung.

Einbruch, Auslegung des §. 223 des Strafgesetzbuche **56**. 183.

Einfriedigung, Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über die Anlage von Einfriedigungen an Wegen und sonstigen Schutzmaaßregeln an Eisenbahnen **53**. 335.
s. auch Eisenbahn-Angelegenheiten.
Auslegung des §. 223 des Strafgesetzbuchs beim Einbruch in Einfriedigungen **56**. 183.

Einführung, s. Introduktionsgebühren.

Einführungs- und Rechtfertigungsschrift nach der Verordnung d. 21. Juli 1846. **47**. 148, 163.
Die Angabe bestimmter Beschwerdepunkte bei der Anmeldung eines Rechtsmittels bindert die Aufnahme noch anderer Beschwerdepunkte in die erst nach Ablauf der Anmeldungsfrist rechtzeitig eingehende Einführungs- und Rechtfertigungsschrift nicht **47**. 331; **53**. 191.
Gebühren der Rechtsanwalte für die Einführungs- und Rechtfertigungsschrift, s. Rechtsanwalte.

Eingaben, s. Begnadigungsgesuche, Beschwerden, Gesuche, Immediatgesuche.

Eingangs-Abgaben, s. Abgaben.

Eingangsrecht, Verfahren bei Eintragung des sogenannten Eingangs- und Ausgangsrechts abgefundener Kinder bei bäuerlichen Kolonaten **39**. 283.

Eingeweide, s. Schlachtsteuer.

Einkommensteuer, s. Gemeinde-Abgaben.

Einquartierung, über die Vertheilung der Einquartierungslast nach einer Dismembration findet der Rechtsweg nicht statt **48**. 307.
Einwendungen der Staatsbeamten gegen die Heranziehung zur Einquartierungslast **51**. 253.
Gegen Anordnungen der Behörden über die Gewährung von Naturalquartier für Militairpferde ist der Rechtsweg nicht gestattet **55**. 99.
Inwiefern in Einquartierungs-Angelegenheiten der Rechtsweg zulässig ist **56**. 63.

Einrede, ob eine Präjudizial-Einrede, wenn sie mit der Hauptsache zugleich instruirt und gegen deren Zurückweisung kein Rechtsmittel erhoben worden, in der ferneren Instanz wieder aufgehoben werden kann, oder als rechtskräftig verworfen zu erachten ist **45**. 197. — Kostenansatz für die Verhandlung und Entscheidung über Präjudizial-Einreden **53**. 259.
Einrede bei Konventionalstrafen, s. Konventionalstrafe.
Abhandlung über die Verjährbarkeit der Einrede wegen fehlerhafter Beschaffenheit der Sache **47**. 198.
Abhandlung über die Erfordernisse der hypothekarischen Protestationen zur Erhaltung der Einreden **47**. 206.
Kompetenz der Gerichte, wenn in Forst-Kontradentionssachen von dem Angeschuldigten die Civil-Einrede erhoben wird **59**. 110.
Gebühren der Rechtsanwalte, s. diese.

Einschreibegebühren, Ansatz von Einschreibegebühren für die Aufnahme städtischer Polizeigefangenen in die gerichtlichen Gefängnisse **56**. 182.
Wegfall der Einschreibegebühren für gerichtliche Gefangene **58**. 376.

Einseitige gerichtliche Verhandlungen, s. Protokolle.

Einseitige Verträge, s. Verträge.

Einsteigen, Begriff des schweren Diebstahls durch Einsteigen (Strafgesetzbuch §. 218 Nr. 3 §. 222) **52**. 239; **59**. 123.

Eintragung, s. Hypothekensachen.

Eintrittsgeld, s. Einzugsgeld.

Einzelrichter, Kompetenz der Einzelrichter in Untersuchungssachen **49**. 380; — desgl. in Steuer-Untersuchungssachen **53**. 209. — Aufforderung an die Obergerichte zur gutachtlichen Aeußerung über einen Gesetzvorschlag, die Erweiterung der Kompetenz der Einzelrichter betreffend **53**. 62.
Bei dem Verfahren vor dem Einzelrichter findet eine Voruntersuchung im Sinne der §§. 42 ff. der Verordnung v. 3. Januar 1849 nicht statt **57**. 12.
Kosten in den von dem Einzelrichter geführten Untersuchungen (Instr. zu §. 49 des Tarifs zum Gesetze v. 10. Mai 1851) **52**. 126.
Mandatariengebühren in den vor Einzelrichtern verhandelten Sachen, s. Rechtsanwalte.

Einzugsgeld (Eintrittsgeld), das im §. 1 des Gesetzes v. 24. Januar 1845 gestattete Einzugsgeld hat die Natur einer Gemeinde; gegen die Entscheidung der Regierung über die Verbindlichkeit zur Zahlung desselben findet der Rechtsweg nicht statt **48**. 299; — Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über die Einziehung des Einzugsgeldes in Westphalen **51**. 171; **54**. 451.
Inwiefern über die Verbindlichkeit zur Entrichtung des Einzugsgeldes der Rechtsweg stattfindet **57**. 173; **59**. 107, 231.

Eisenbahn-Aktien, Unzulässigkeit der Anlegung von Pupillenvermögen in Eisenbahn- und Prioritäts-Aktien **42**. 217.
Welche Aktien derjenigen Eisenbahnen, welche zum Theil das Ausland und zum Theil das Inland berühren, als inländische Papiere zu betrachten sind **44**. 7.
Rechtliche Folgen der verweigerten Erfüllung bei Zeitkauf-Geschäften in Eisenbahn-Aktien **48**. 97.
Zulässigkeit des Rechtsweges gegen den Fiskus wegen verweigerter Zustimmung zur Emission von Eisenbahn-Stamm-Aktien **49**. 266.

Eisenbahn-Angelegenheiten, Umfang der den Eisenbahn-Unternehmungen bewilligten Stempel- und Sportelfreiheit **39**. 165. — Stempel- und Sportelfreiheit in Entschädigungsprozessen aus dem Expropriationsverfahren **43**. 276. — Auslegung dieser Bestimmung **45**. 137.
Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die von dem Minister für Handel ꝛc. im Oberaufsichtswege getroffenen Anordnungen in Bezug auf Eisenbahn-Angelegenheiten **52**. 410; — desgl. über die Verpflichtung einer Eisenbahngesellschaft zur Anlage von Einfriedigungen an Wegen und sonstigen Schutz-Maaßregeln **53**. 335; **55**. 88, 330; — desgl. wenn nach vorangegangener Expropriation die Eisenbahngesellschaft in den Besitz des expropriirten Landes eingewiesen ist **59**. 46.
Zulässigkeit des Rechtsweges über Streitigkeiten wegen Anlegung und Benutzung der von den Eisenbahngesellschaften zum Vortheil der angrenzenden Grundstücke angelegten Wege **53**. 91; **57**. 445; — desgl. zur Entscheidung von Entschädigungsansprüchen wegen Versagung von Schutzanlagen **55**. 88.

Eisenbahnbeamte, Mittheilungen an die Eisenbahn-Direktionen und Eisenbahn-Kommissariate in Untersuchungen gegen Bahn-Polizeibeamte **52**. 250, 303.

Digitized by Google

Rechte und Pflichten des Packmeisters in Bezug auf die Anmeldung und Versteuerung der mahl- und steuerpflichtigen Gegenstände **57**. 247, 435.

Inwiefern Beamte, welche bei einer Eisenbahn angestellt sind, deren Verwaltung und Betrieb auf den Staat übergegangen ist, die Eigenschaft als Staatsdiener haben **59**. 106.

Stempelfreiheit der Tauf-, Trau- und Todtenscheine, welche Beamte der Staats-Eisenbahnen bei Pensions- und Unterstützungskassen beizubringen haben **59**. 358.

Eisenbahnen, Entschädigungs-Ansprüche der Abjazenten bei Eisenbahnbauten **51**. 362; **54**. 139.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Verfügungen der Verwaltungsbehörden, welche den Betrieb der Eisenbahnen und die Abänderung des Fahrplans betreffen **52**. 243; — desgl. wegen Nachweisung der Betriebs-Einnahmen **57**. 249.

Zulässigkeit des Rechtsweges über die Höhe der Entschädigung für die zu Eisenbahnbauten abgetretenen Grundstücke **53**. 462; — desgl. über Eigenthumsansprüche an Grundstücke, welche zur Anlage von Eisenbahnen verwendet worden sind **54**. 325; — desgl. über die Tragung der Kosten für die Anlegung von Sicherungsanlagen beim Bau einer Eisenbahn **55**. 399.

Reisekosten der Beamten bei Benutzung der Eisenbahnen, s. **Reisekosten**.

s. auch **Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn**.

Eisenbahn-Gesellschaften, Einwendungen der Mitglieder einer Eisenbahngesellschaft gegen die Wahl eines Vorstands-Beamten **45**. 169.

Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Frage, ob die Eisenbahngesellschaften in Berlin zur Miethssteuer beizutragen verpflichtet sind **58**. 193.

Umfang des Expropriationsrechts einer Eisenbahngesellschaft, s. **Expropriation**.

Eisenbahnkarten, Anfündigung einer im Buchhandel erschienenen Eisenbahnkarte von Preußen **43**. 56.

Eisenbahn-Telegraphen, Benutzung der Betriebs-Telegraphen der Preußischen Eisenbahnen zur Todesschendbeförderung **58**. 274.

Eisernes Kreuz, s. **Orden**.

Eiswächter, s. **Deich-Angelegenheiten**.

Elberfeld, Regulativ v. 31. Oktober 1840 über die Errichtung und Verwaltung des Fabrikengerichts für die Gemeinde zu Elberfeld **40**. 388.

Elementarschulen, s. **Schulen**.

Elster (Schwarze), Stempel-, Porto- und Gebührenfreiheit für Verhandlungen in Angelegenheiten des Verbandes zur Regulirung der Schwarzen Elster **52**. 199.

Eltern, Verfahren bei Verzichtleistung auf Bestrafung der kriminell zu verfolgenden Injurien der Kinder gegen ihre Eltern in der Rheinprovinz **41**. 166.

Bestrafung der Eltern wegen Bettelei ihrer Kinder **57**. 350.

s. auch **Schwiegereltern, Stiefeltern**.

Emballage, Wegfall des Ansatzes von baaren Auslagen für Emballage und Verpackung der Akten nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 (Einleit. zur Instr. v. 10. Septbr. 1851) **52**. 114.

Rechtsanwalte dürfen Emballagekosten nicht zum Ansatze bringen (Instr. zu den Allg. Bestimmungen zum Tarif zum Gesetze v. 12. Mai 1851) **52**. 145.

Emeritengehalt, Unzulässigkeit des Rechtsweges über Bestimmung und Anweisung des Emeritengehalts eines dienstunfähigen Elementar-Schullehrers **58**. 260.

Emolumente der Beamten, s. **Beamte**.

Ems (vormaliges Ober-Ems-Departement), s. **Fremdherrschaft**.

England, Verfahren bei Insinuationen nach England **44**. 207.

Strafverfahren in England **52**. 71, 94. — Behandlung der zur Deportation verurtheilten Verbrecher in England **54**. 46.

Reform des Ehescheidungsrechts in England **57**. 254, 355, 366. — Nachtrag dazu **59**. 334.

Mittheilungen über die Eheschließung in England **59**. 315.

s. auch **Wechselsachen**.

Entbindungskosten, auf Forderungen, welche die Kosten der Entbindung von einem unehelichen Kinde zum Gegenstande haben, finden die gewöhnlichen Einschränkungen des Exekutionsverfahrens keine Anwendung **47**. 84.

Entlassungs-Prüfungen, Verzeichniß derjenigen höheren Bürger- und Realschulen, welche zu Entlassungs-Prüfungen nach dem Reglement v. 8. März 1832 berechtigt sind **52**. 335.

Entlastungszeugen, s. **Zeugen**.

Entsagung, inwiefern unentgeltliche Entsagungen den Schenkungen gleich zu achten sind **40**. 295.

Entsagung im Prozesse. — Einziehung der Kosten (Instr. zu §. 10 des Gesetzes v. 10. Mai 1851) **52**. 114; desgl. zum Tarif §§. 4, 12) **52**. 126.

Gebühren der Rechtsanwalte bei Entsagung der Klage (Instr. zum Tarif zum Gesetze v. 12. Mai 1851 zu §§. 1, 3 bis 5, 21) **52**. 145.

Entschädigungs-Ansprüche, Verjährung von Entschädigungsansprüchen aus Handlungen, die einen in der Zukunft sich erneuernden Schaden nach sich ziehen **46**. 131.

Unzulässigkeit des Rechtsweges in Prozeßsachen über die Erhöhung einer als Gnadenbewilligung gewährten Entschädigung **49**. 5.

In welchen Fällen der Staat zur Entschädigung wegen der im öffentlichen Interesse bewirkten Anlagen verpflichtet ist **50**. 303.

Inwiefern Entschädigungsansprüche an das Staatsvermögen gegen Akte der Gesetzgebung im Wege des Prozesses geltend gemacht werden können **56**. 87; **58**. 254.

Inwiefern der Civilrichter bei Entschädigungsklagen aus strafbaren Handlungen an die Feststellungen des Strafrichters gebunden ist **57**. 59.

Zulässigkeit des Rechtsweges, wenn ein Entschädigungs-Anspruch darauf begründet wird, daß durch die Ausführung einer polizeilichen Verfügung ein Eingriff in das Privat-Eigenthum geschehen sei **58**. 173.

Inwiefern von den betheiligten Gemeinden Entschädigungsansprüche wegen der in Folge neuer Gesetze ausgeführten Strom- und Deich-Regulirungen im Wege Rechtens geltend gemacht werden können **58**. 254.

Entschädigungsansprüche der Grundeigenthümer beim Bergbau, s. **Bergbau, Bergwasser-Entziehungs-Prozesse**.

Entschädigungsansprüche bei **Bewässerungs- und Entwässerungs-Anlagen**, s. diese.

Entschädigungsansprüche gegen Chausseebau-Gesellschaften wegen Aufhauung von Chausseebau-Material, s. **Chausseebau-Angelegenheiten**.

Digitized by Google

Entschädigungsansprüche für Grund und Boden bei Eindeichungen, s. Deich-Angelegenheiten.
Entschädigungsklagen gegen Beamte wegen Amtshandlungen, s. Beamte.
Entschädigungsansprüche bei Durchstechung eines Dammes 56. 171.
Entschädigungsansprüche bei Entwickelung von schädlichen Dämpfen aus Fabrikations-Anstalten 52. 259.
Entschädigungsansprüche aus Eisenbahnanlagen, s. Eisenbahnen.
s. auch Kriegs-Entschädigungsforderungen, Schadensersatz, Schankrecht.

Entscheidungen, s. Erkenntnisse.

Entscheidungsgründe, Abhandlung darüber, inwieweit die Mittheilung der Entscheidungsgründe in Kriminalprozessen erfolgen kann 44. 25.
Sowohl der Beschluß des Kreis- oder Stadtgerichts, als auch die definitive Entscheidung der Anklagekammer des Appellationsgerichts, muß durch Gründe motivirt werden 49. 411. 443.
Angabe der Entscheidungsgründe, wenn die Ausdehnung der Frage an die Geschworenen auf andere als in der Anklage enthaltene thatsächliche Momente beantragt, aber von dem Gericht abgelehnt wird 57. 267.
Fassung der Entscheidungsgründe in den Erkenntnissen 59. 430.
Beifügung der Entscheidungsgründe zu den von den Gerichten zu erlassenden Erkenntnissen, s. Erkenntnisse, Beweis-Interlokute.

Entsumpfung, Unzulässigkeit der Possessionklage gegen Anordnungen der Polizeibehörden wegen Anlegung eines Entsumpfungsgrabens 55. 168.

Entwässerungs-Anlagen, Zulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über Entwässerungs-Anlagen und der daraus hervorgehenden Entschädigungsansprüche 52. 252.
Unzulässigkeit des Rechtsweges in Ansehung solcher Leistungen, welche zur Unterhaltung von Entwässerungs-Anlagen regulirt worden sind 53. 348.

Entwürfe zu Verträgen, s. Rechtsanwolte.

Equipagengelder, Zulässigkeit des Rechtsweges über Streitigkeiten wegen Zahlung von Equipage- und Pferdegeldern an Königliche Polizeibeamte 53. 87.

Erbämterlehne, Lehnserneuerung derselben beim Thronwechsel 42. 195.

Erbbegräbnisse, inwiefern den Kirchen eine Disposition über Erbbegräbnisse nach dem Abgange der an denselben berechtigten Personen zusteht 42. 7. — s. auch Begräbnißplätze.

Erben, vor der Theilung des Nachlasses steht den einzelnen Erben ein besonderes Dispositionsrecht über die Nachlaßgegenstände nach Maßgabe ihrer Erbquote nicht zu 57. 162.
s. auch Benefizialerben, Nachlaßsachen.

Erbeslegitimation, Kostenonus für ein Erbeslegitimations-Verfahren mit Einschluß der Ausfertigung des Erbeslegitimations-Attestes (Instr. zu §. 10 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 126.
Aufführung der Erbeslegitimationen in der Hauptübersicht der Geschäfte 55. 375.
s. auch Nachlaßsachen.

Erbfolge, 1) bäuerliche Erbfolge in Westphalen 39. 71. — Maaßregeln zur einstweiligen Abhülfe der durch das Gesetz über die bäuerliche Erbfolge in der Provinz Westphalen v. 13. Juli 1836 veranlaßten Beschwerden 44. 11.
Befugniß des überlebenden Ehegatten, welcher mit den Kindern in Gütergemeinschaft bleibt, Grundstücke einseitig unter Lebenden ohne Zustimmung der Kinder zu veräußern 45. 52. 170.
s. auch Heimfallrecht.
2) Erbfolge in der Provinz Posen, Auslegung des §. 11 des Patents vom 9. November 1816 wegen Wiedereinführung der Preußischen Gesetze in das Großherzogthum Posen 40. 296.
3) Erbfolge der Ehegatten in der Provinz Schlesien 55. 416.

Erbpacht (Erbpächter, Erbzins, Erbpachtgerechtigkeit, Erbpachtgüter, Erbzinsgüter, Erbzinsleute, Erbzinsverträge).
Erbzinsverträge müssen gerichtlich abgeschlossen werden 39 123.
Ablösung des Kanons; Befugniß der Regierungen zur Abschließung von Verträgen, wodurch dem Erbpächter eines Domainengrundstücks das volle Eigenthum desselben übertragen wird 39. 187.
Ablösung des Obereigenthums bei Erbzinsgütern 39. 187.
Anwendung der in den §§. 344, 345, Thl. I. Tit. 5 A. L. R. gestellten Fristen 39. 220.
Verfahren bei Werthsberechnung von Erbpachtsgütern zum Zweck der Auslösung von Depositolgelbern 39. 418. — Verfahren bei Feststellung des Werths der Erbpachtgerechtigkeiten in den Tax-Instrumenten und Subhastations-Patenten 40. 68. — Anwendung des §. 439 Tit. 20 Thl. I. A. L. R. auf Erbpachtsgerechtigkeiten 41. 280.
Sicherheitsmaaßregeln bei Erbverpachtungen von Fideikommiß- und Lehngütern im Interesse der berechtigten Familien 40. 102.
Berichtigung des Besitztitels von Erbpachts-Grundstücken bei der ersten Regulirung des Hypothekenwesens auf Grund eines zehnjährigen titulirten Besitzes 40. 189.
Verfahren bei Abschreibung einer in Erbpacht ausgethanen Parzele vom Hauptgute 40. 237. — Verfahren bei Abschreibung der von dem Areal eines eximirten Hondguts durch Erbzins abgetrennten Bestandtheile 40. 262. — Erläuterung dieser Vorschrift 40. 354; 41. 37.
Nachweis der Besitzfähigkeit des neuen Erwerbers eines Erbzins- oder Erbpachtsgrundstücks vor Berichtigung des Besitztitels 40. 344.
Parzelirungsbefugniß der Erbzinsleute und Erbpächter in den Provinzen Preußen, Brondenburg, Pommern und Schlesien 42. 10. 387. — Verfahren bei Aufnahme von Parzelirungsverträgen 42. 103.
Kaufwerthstempel bei Veräußerung von früheren Erbpachts- und Erbzinsgrundstücken 42. 108. 55. 134.
Inwiefern die Afterverpachtung eines zu erbpachtlichen Rechten besessenen Grundstücks zulässig ist 43. 50.
Die kontraktliche Verpflichtung des Erbpächters zur Entrichtung der auf der Sache haftenden Abgaben ist auch nach Verkündung des Gesetzes vom 21. April 1825 für fortbestehend zu erachten 43. 64.
Inwiefern der Werth der auf einem Erbzinsgrundstück von dem Erbzinsmann neu errichteten Gebäude bei Berechnung des Laudemiums in Abzug zu bringen ist 48. 122.

Digitized by Google

Erbrecht, Erbrecht unehelicher Kinder in den Nachlaß des vorgeblichen Vaters **49**. 252.
Erbrecht bei einer Legitimation durch Reskript **53**. 168.
Abhandlung über das Erbrecht der Ehegatten nach Märkischem Provinzialrecht **58**. 180.
s. auch Ehe, Erbfolge, Nachlaßsachen.

Erbrezeß, Kostenansatz bei Auseinandersetzungen zwischen Eltern und Kindern (Instr. zu §. 41 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126.

Erbschafts-Entsagungen, die von Auskultatoren aufgenommenen Erbschafts-Entsagungen sind formell gültig **40**. 235.

Erbschaftskäufe, Stempel zu Erbschaftskäufen **42**. 52.

Erbschaftsstempel, Erbschaftsstempel bei kinderloser Ehe nach Münsterschen Gütergemeinschaftsrechten **39**. 65.
Zeitpunkt der Entrichtung des Erbschaftsstempels von dem über die Dauer der väterlichen Gewalt hinaus vermachten Nießbrauch **39**. 429.
Zulässigkeit des Rechtsweges über den Einwand der Verjährung eines geforderten Erbschaftsstempels **41**. 122.
Verpflichtung des überlebenden Ehegatten zur Entrichtung des Erbschaftsstempels von der Erbrate an dem Nachlasse seiner Frau, wenn er auch später der Erbschaft zu Gunsten seiner Kinder entsagt **41**. 375.
Zusammenstellung der wegen Behandlung des Erbschaftsstempelwesens gegebenen Gesetze und Verordnungen **42**. 324. — Auslegung des §. 9 derselben **46**. 167.
Erleichterung der Dienstboten in der Versteuerung erbschaftlichen Erwerbes aus dem Nachlasse ihrer Dienstherrschaften **44**. 145.
Kostenfreiheit für die Ermittelung des Erbschaftsstempels (Instr. zu §. 3 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.
Verfahren bei Beschwerden über die von den Gerichten erster Instanz getroffenen Stempelfestsetzungen **54**. 86.
Erbschaftsstempelfreiheit der in Berlin bestehenden Gesellschaften der evangelischen Mission unter den Heiden **44**. 92.

Erbschaftsstempelstrafe, in welchen Fällen ein Denunziantenantheil von derselben bewilligt werden kann **40**. 30.

Erbschaftsstempel-Tabellen, Verfahren bei Ausfüllung der Erbschaftsstempel-Tabellen, wenn dem Vater an dem mütterlichen Vermögen seiner Kinder über die Dauer der väterlichen Gewalt hinaus der Nießbrauch vermacht ist **39**. 429.
Zusammenstellung der Vorschriften über das Erbschaftsstempel-Tabellenwesen **42**. 324. — Neuere Vorschriften in Folge der veränderten Organisation der Gerichte **49**. 419. — Ergänzungen derselben **50**. 39.
Aufbewahrung der Erbschaftsstempel-Tabellen durch die Provinzial-Steuerbehörden **50**. 284.

Erbstöcke, s. Forsten.

Erfurt (Reg.-Bez.), Gebühren-Taxe für die im Regierungs-Bezirk Erfurt befindlichen Dorfgerichte **42**. 133.

Ergreifung, Instruktion für die Wachen v. 27. Juli 1850 in Hinsicht der von ihnen vorzunehmenden vorläufigen Ergreifungen und förmlichen Verhaftungen **44**. 98; **50**. 358. — Was im Art. 2 Nr. 3 des Ges. v. 3. Mai 1852 unter „Ergreifung" zu verstehen ist **57**. 19, 201.
s. auch Haft, Verhaftung.

Erkenntnisse. I. Im Civilprozesse.
a) Allgemeine Bestimmungen. Führung von Protokollen über die Spruchfassungen bei den kollegialisch organisirten Gerichtsbehörden **39**. 142.
Verfahren bei der Abstimmung behufs des Urtelsfindung **41**. 18, 23.
Beifügung von Entscheidungsgründen zu den von den Gerichten in Neuvordommern zu erlassenden Erkenntnissen und Beweis-Interlokuten **39**. 3.
b) Form und Fassung der Erkenntnisse. In dem Tenor des Erkenntnisses darf die Aufhebung eines von den Administrationsbehörden angeordneten Interimistikums nicht ausgesprochen werden **39**. 355. Form der Erkenntnisse erster Instanz in Civilsachen **57**. 122. — Beschränkung der Einschaltung der Entscheidungsgründe vor der Urtelsformel auf die einfachen Sachen **59**. 430.
Unzulässigkeit der Aufnahme einer Strafbestimmung wegen frevelhaften Leugnens in die ergehenden Erkenntnisse zweiter und dritter Instanz **40**. 304.
Aufführung der Richter in den nach gemeinem Deutschen Prozesse ergangenen Erkenntnissen der Gerichte im Ostrheinischen Theile des Regierungsbezirks Coblenz **41**. 31.
Abhandlung über die Aufnahme der species facti in den Ausfertigungen der Erkenntnisse in Civilprozeßsachen nach der Verordnung v. 21. Juli 1849. **51**. 25.
Eingangsformel für die in exekutorischer Form zu ertheilenden Ausfertigungen der Urtheile in der Rheinprovinz für die Dauer der Regentschaft **58**. 323.
c) Publikation der Erkenntnisse. Nothwendigkeit eines besonderen Termins zur Publikation der Erkenntnisse im gewöhnlichen Prozeßverfahren **39**. 119. — Publikation der Erkenntnisse in Injuriensachen mit den Entscheidungsgründen **39**. 223. — Einer Belehrung des Richters über das dem Kläger bei Injurienprozessen zustehende Rechtsmittel der Aggravation bedarf es bei der Publikation der Erkenntnisse nicht **39**. 223. — Mittheilung der Entscheidungsgründe bei Publikation der Erkenntnisse im Civilprozesse **47**. 339.
d) Insinuation der Erkenntnisse. Verfahren der Revisions-Kollegien bei Versendung der von ihnen gesprochenen Erkenntnisse **40**. 315. — Verfahren bei Insinuation von Erkenntnissen in Auseinandersetzungssachen durch Kurrende **41**. 67.
s. auch Insinuation.
Insinuation der Erkenntnisse in Klagesachen der Dorfgemeinden **41**. 72.
Insinuation der Erkenntnisse zweiter Instanz in summarischen Prozeßsachen **43**. 15.
Verfahren bei Insinuation von Erkenntnissen an im Auslande wohnende Personen **44**. 207.
s. auch Insinuation.
e) Vollstreckung der Erkenntnisse. Vollstreckung civilrechtlicher Erkenntnisse ausländischer Behörden **41**. 107; — desgl. der in der Provinz Rheinhessen ergangenen Erkenntnisse **41**. 279. — Entwurf eines Gesetzes über die Vollstreckung der Erkenntnisse in den Deutschen Unionsstaaten **50**. 366.
Vollstreckung der von den Preußischen Gerichten ergangenen Erkenntnisse in den Oesterreichischen Staaten **40**. 360.
s. auch Exekution.
f) Rechtskraft der Erkenntnisse. An welchem

Digitized by Google

Tage die auf Todeserklärung lautenden Urtheile die Rechtskraft beschreiten 39. 143.

Abhandlung über die Rechtskraft richterlicher Erkenntnisse 48. 178.

Eintritt der Rechtskraft eines Erkenntnisses, wenn eine Partei erklärt, sich bei einem im Civilprozesse ergangenen Urtheil beruhigen zu wollen 56. 94.

f. auch Rechtskraft.

g) Nichtigkeit der Erkenntnisse in Civilprozeß- und Strafsachen, f. Nichtigkeit.

h) Besondere Bestimmungen.

Zulässigkeit eines definitiven Erkenntnisses vor Ableistung eines beantragten Eides in Streitsachen wegen ehelicher Geburt eines Kindes 44. 220.

Zulässigkeit des negativen Kompetenz-Konflikts gegen rechtskräftige Erkenntnisse der Gerichte 48. 419.

Ankündigung der Sammlung von Rechtssprüchen der Preußischen Gerichte 43. 56.

f. auch Ehrengerichte, Kontumazial-Erkenntnisse.

II. Im Strafprozesse.

a) Allgemeine Bestimmungen. Gegen beurlaubte Ersatz-Mannschaften ist, wenn auf Freiheitsstrafen zu erkennen, deren Dauer 3 Monate nicht übersteigt, nur auf Gefängnißstrafe zu erkennen 39. 284.

Führung von Protokollen über die Spruchsitzungen in Strafsachen bei den kollegialisch organisirten Gerichtshöfen 39. 326.

Verfahren bei Anwendung neuer milderer Strafgesetze auf frühere rechtskräftige Entscheidungen 49. 389, 407, 432.

b) Form und Fassung der Erkenntnisse. Aufnahme des wörtlichen Inhalts des Allegats des Strafgesetzbuchs 41. 221.

Fassung der Straf-Erkenntnisse bei Degradation von Militair-Invaliden unter Belassung des Militair-Gnadengehalts 46. 234. — In Straf-Erkenntnissen gegen Civilbeamte, welche früher als Militair-Invaliden ein Gnadengehalt bezogen haben, und gegen alle Gnadengehalts-Empfänger ist ausdrücklich auszusprechen, ob dieselben des Gnadengehalts oder des Anspruchs darauf verlustig zu erklären seien oder nicht 50. 334. — Vorschriften über die Abfassung der Erkenntnissen gegen Personen, welche im militairpflichtigen Alter stehen, oder welche dem Militairverbande angehören, oder diesem früher angehört haben 47. 51.

Form, in welcher die Urtheile und die Protokolle im öffentlichen und mündlichen Kriminalverfahren abzufassen sind 49. 459.

Vorschriften über die Abfassung der Urtheile in Strafsachen nach dem neuen Strafverfahren 53. 134, 154; — desgl. zur Anfertigung der Erkenntnisse in Untersuchungssachen aus der Appellations-Instanz 53. 383. — Aufnahme des Sachverhältnisses in den Gründen des Erkenntnisses zweiter Instanz 56. 166. — Beschränkung der Einschaltung der Entscheidungsgründe vor der Urtelsformel auf die einfachen Sachen 59. 430.

f. auch Entscheidungsgründe.

In Steuerdefraudations-Sachen darf die Verpflichtung zur Zahlung der Steuer selbst nicht Gegenstand des Erkenntnisses sein 53. 190.

Inwiefern der Appellationsrichter an die rechtliche Auffassung des Ober-Tribunals gebunden ist, wenn die Sache an das Gericht zweiter Instanz zurückgewiesen ist 56. 360.

Inwiefern eine Bezeichnung des Vergehens, dessen der Angeklagte für schuldig erachtet worden, in dem Tenor des Erkenntnisses nothwendig ist 56. 373.

Feststellung der den Rückfall betreffenden Thatsachen in den strafgerichtlichen Erkenntnissen 59. 378.

c) Publikation der Erkenntnisse. Verfahren bei Publikation des Erkenntnisses an die vorläufig eingestellten Militair-Sträflinge 42. 115.

Verfahren bei Publikation des Urtheils zweiter Instanz, wenn der Verurtheilte vorläufig zum Zuchthause oder zur Festung abgeliefert ist 43. 68, 111, 194.

Verkündung des Urtheils mit den Gründen 53. 432; 54. 175.

Verfahren, wenn der Verurtheilte bei Publikation des Appellations-Erkenntnisses erklärt, sich bei der ergangenen Entscheidung nicht beruhigen zu wollen 58. 82.

d) Vollstreckung der Erkenntnisse. Vollstreckung der Straf-Erkenntnisse in den Fällen, wo das neue Strafgesetzbuch mildere Bestimmungen als das bisherige Strafrecht enthält 51. 194.

Verfahren bei Vollstreckung der in Steuerdefraudations-Sachen ergangenen Straf-Erkenntnisse 52. 59, 178.

e) Einreichung und Bestätigung der Erkenntnisse. Welche Kriminal-Erkenntnisse zweiter Instanz dem Justiz-Minister zur Bestätigung einzureichen sind 40. 145. — Bestätigung der auf den Verlust der Offizier-Charge lautenden Erkenntnisse durch den König 46. 236; 47. 51; 50. 414.

Einreichung der Straf-Erkenntnisse in den Fällen, wo die Verurtheilung den Verlust des Adels zur Folge hat 43. 47; 50. 414; 53. 160; 55. 246.

Verfahren der Gerichtsbehörden bei der Berichterstattung über die zur Allerhöchsten Bestätigung einzureichenden Straf-Erkenntnisse 47. Beilage hinter S. 52; 50. 414, 229.

In welchen Fällen eine weitere Mittheilung der von den Gerichten abgefaßten Straf-Erkenntnisse erfolgt 41. 283; 42. 211, 247; 50. 147, 414; 53. 124.

Zusammenstellung derjenigen Fälle, in welchen die Staatsanwaltschaft von den ergangenen Erkenntnissen weitere Mittheilung zu machen hat 51. 230; 52. 2; 53. 160; 55. 246; 56. 286, 374; 57. 58, 194.

f) Instinuation der Erkenntnisse. Verfahren bei Instinuation von Erkenntnissen an Untersuchungs- und Strafgefangene in den gerichtlichen Gefängnissen 57. 278; 58. 40.

siehe auch Instinuation.

g) Rechtskraft der Erkenntnisse. Rechtskraft strafgerichtlicher Erkenntnisse 55. 192.

Wenn der Angeklagte die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt hat, nach Ablauf der Anmeldefrist aber erklärt, sich bei dem Urtheil beruhigen zu wollen, so tritt sofort die Rechtskraft des Urtheils ein 57. 76.

h) Nichtigkeit der Erkenntnisse in Strafsachen, f. Nichtigkeit.

Erlaucht, Beilegung dieses Prädikats an den Grafen Heinrich Otto Gottlob Ernst von Schönburg-Glauchau 39. 242.

Ermländische Landes-Ordnung v. 4. Juli 1766, Gesetzeskraft derselben 54. 11.

Ermländische Lehne, Lehnserneuerung derselben in Folge des Thronwechsels 42. 195.

Digitized by Google

Erndte, Bestimmung der exekutionsfreien Saat- und Erndtezeit im Departement des O. L. G. zu Münster 39. 68; — desgl. im Departement des O. L. G. zu Arnsberg 39. 204. — Anberaumung und Abhaltung der Termine in Bagatellprozeßsachen während der Erndteferien 40. 4.
s. auch Ferien.
Ersatz-Mannschaften, gegen Ersatz-Mannschaften ist, wenn auf Freiheitsstrafen zu erkennen, deren Dauer drei Monate nicht übersteigt, nur auf Gefängnißstrafe zu erkennen 39. 284.
Erschwerende Umstände, Stellung zulässiger Fragen über erschwerende Umstände an die Geschworenen 52. 38; 53. 134; 55. 398; 56. 2, 27; 57. 44.
Befugniß des Appellationsrichters, die in zweiter Instanz neu angebrachten erschwerenden Umstänben einer strafbaren Handlung zu berücksichtigen 53. 210.
Erzbischöfe, Verleihung des Prädikats „Erzbischöfliche Gnaden" an die Erzbischöfe von Köln, sowie von Gnesen und Posen 46. 42.
Befugniß der katholischen Erzbischöfe zur Erhebung des Konflikts 59. 237.
Eskadron-Chirurgen, Kassation und Dienstentlassung der im Reserve- oder Landwehrverhältnisse sich befindenden Eskadron-Chirurgen 47. 51.
Essellen (Sofrath), Sammlung von Verordnungen, Geschäfts-Instruktionen und gemeinen Verfügungen 39. 215; 40. 208.
Essen (Fürstenthum), Anslegung des §. 1 Kap. II. der daselbst zur Anwendung kommenden Cleve-Märkischen Berg-Ordnung 50. 213.
Estafettenpferde, Kosten für Estafettenpferde 55. 182.
Eswaaren, Bestrafung der Entwendung von Eßwaaren 57. 63.
Etats, s. Kassenwesen.
Etats-Ueberschreitungen. Vermeidung von Etats-Ueberschreitungen bei den sächlichen Ausgaben 42. 292. — Verfahren der Gerichte erster Instanz bei der Nachsuchung von Approbationen zu Etats-Ueberschreitungen 50. 394.
Evangelische Mission unter den Heiden, Bewilligung der Erbschaftssteuerfreiheit für die in Berlin bestehenden Gesellschaften derselben 44. 92.
Edelt (L. u. Stadtg. Direktor), Gerichtsverfassung, Civil-Prozeß, Hypotheken-, Depositat-, Sportel- und Kassenwesen in Preußen 42. 328.
Examinations-Gebühren, Verfahren der Immediat-Justiz-Examinations-Kommission bei Einziehung rückständiger Examinations-Gebühren 50. 377.
Exekution. I. in gerichtlichen Angelegenheiten:
a) in Hypothekensachen. Zulässigkeit der Exekution wegen rückständiger Kaufgelder in das Mobiliarvermögen des Abjudikatars 39. 151. — Vollstreckung der Exekution gegen den dritten Erwerber eines Grundstücks, mit Rücksicht auf §. 22 der Verordnung v. 4. März 1834 39. 247. — Auslegung des §. 2 der Verordnung v. 4. März 1834. 39. 55. — desgl. des §. 6. 41. 60; — desgl. des §. 22 47. 99, 118, 289; 48. 233. — desgl. des §. 23. 41. 38.
Zulässigkeit der exekutionsweisen Uebereignung einer hypothekarischen Forderung, welche der Schuldner an den Gläubiger besitzt 40. 290.
Zulässigkeit der Eintragung einer rückständigen Forderung von sogenannten Markgroschen auf Grund einer Exekutions-Vollstreckung der Verwaltungsbehörden 40. 327. — Ueberweisung ausstehender Forderungen im Wege der Exekution durch Anlegung des Arrestes und Eintragung desselben in das Hypothekenbuch 43. 98. — Wo und wie ist eine Forderung im Wege der Exekution einzutragen, wenn wegen derselben Forderung vorher ein Arrest eingetragen worden ist 47. 289. — Wirkung einer vom Prozeßrichter im Wege der Exekution ertheilten Uebereignung eines bereits arrestirten Aktivums in Bezug auf den Arrestanten 48. 315. — Ob ein Zubikat auch nach Eröffnung des Konkurses gegen den Schuldner auf die Grundstücke desselben eingetragen werden kann, wenn vorher eine Protestation eingetragen war 47. 99; 48. 233.
Abhandlung über die Assignation einer Hypothekenforderung im Wege der Exekution 47. 325, 376, 380. — Ob bei der Assignation im Wege der Exekution die bis dahin aufgelaufenen Zinsen des Zubikats zum Kapital geschlagen, und dem Gläubiger Zinsen von Zinsen angewiesen werden können 48. 185, 193.
Ob im Wege der Exekution mehr als fünf Prozent Zinsen auf das Grundstück des Schuldners eingetragen werden dürfen 48. 47.
Anwendung der für die Cession hypothekarischer Forderungen ertheilten Vorschriften in den Fällen, wo dieselben im Wege der Exekution einem Dritten übereignet werden 55. 166.
Einem Schuldner, gegen welchen im Wege der Exekution die Sequestration seines Wohnhauses eingeleitet ist, steht ein Recht auf Mitbewohnung des Hauses gegen Entgelt im Allgemeinen nicht zu 41. 375. — Die gerichtliche Verbachtung eines Grundstücks im Wege der Exekution ist nur dann zulässig, wenn der Besitzer sich damit einverstanden erklärt 42. 387. — Ob die im Wege der Exekution bewirkte Einleitung der Sequestration eines Grundstücks auch die vor Einleitung derselben fällig gewesenen Miethe- und Pachtzinsen umfaßt 48. 436.
Der Naturalbesitzer eines Grundstücks kann durch die Exekution gegen den Eigenthümer seines Naturalbesitzes nicht entsetzt werden 39. 390.
Anweisen ein gegen den Hauptmiether ergangenes Exmissions-Urtheil ohne Weiteres gegen den Aftermiether vollstreckt werden kann 40. 80.
b. in Civilprozessen.
Vollstreckung der Exekution in die Aktivforderungen des Exekuendus, wenn letztere ein Kapital oder Renten zum Gegenstande haben 39. 260. — Beschlagnahme, Anweisung und Uebereignung ausstehender Aktivforderungen eines Schuldners 51. 55.
Prioritätsverfahren zwischen mehreren Gläubigern, welche aus einem und demselben Vermögens-Objekte ihre Befriedigung verlangen 39. 264. — Auslegung des §. 51 Tit. 51 der Prozeß-Ordnung bei Prioritätsstreitigkeiten über einzelne Exekutions-Objekte, deren Forderungen noch nicht exekutionsfähig sind 47. 54.
Nur der Exekuendus, nicht aber der Schuldner desselben kann zur Ableistung des Manifestationseides über die Höhe der Schuld angehalten werden 40. 65.
Erforderniß eines monitorischen Zahlungsbefehls, wenn aus einem auf kontradiktorische Verhandlung ergangenen Erkenntnisse in Bagatellsachen die Exekution vollstreckt wird 40. 362.
Wiederholtes Exekutionsverfahren gegen einen Gläubiger während des Prozesses stirbt 40. 272.

Digitized by Google

Unzulässigkeit der Exekution aus einem rechtskräftigen Kontumazial-Erkenntnisse, seit dessen Rechtskraft mehr als fünf Jahre verflossen sind **40**. 368.

Befreiung des Arbeitsverdienstes der Sträflinge und Gefangenen von der Beschlagnahme im Wege der Exekution **41**. 87.

Wegen welcher Gerichtskosten das Lohn eines Dienstboten mit Beschlag belegt werden kann **41**. 154.

Verfahren der Obergerichte bei Requisitionen um Exekutionsvollstreckungen gegen Exjuristen, welche in dem Bezirk des Untergerichts eines anderen Departements wohnen **40**. 247. — Welcher Richter die Ueberweisung einer Forderung im Wege der Exekution zu verfügen hat, wenn der Exequendus einer anderen Gerichtsbarkeit, als der des Prozeßrichters unterworfen ist **47**. 12. — Verfahren bei Vollstreckungen von Exekutionen in dem Bereiche des Rheinischen Rechts auf den Antrag altländischer Gerichte **40**. 280; **48**. 448.

Verfahren bei Exekution gegen eine Gemeinde, welche den Betrag der beizutreibenden Schuld durch Beiträge der Mitglieder aufbringen muß **47**. 309. — Unzulässigkeit des gerichtlichen Exekutionsverfahrens wider Gemeinden in der Rheinprovinz **51**. 14.

Erforderniß der Requisitionen an Kaiserlich Oesterreichische Gerichte um Vollstreckung rechtskräftiger Erkenntnisse in Civilprozessen **40**. 360; **56**. 210; **57**. 426; — desgl. bei Requisitionen nach Luxemburg **59**. 242.

Verfahren bei Requisitionen wegen Vollstreckung der Exekution gegen Offiziere und Militairbeamte auf Gehalts- oder Pensionsabzüge **41**. 94; **53**. 303; — desgl. bei Vollstreckung gegen Ehefrauen der Offiziere **41**. 327; — desgl. bei Exekutionen gegen die in Kasernen und anderen ähnlichen Dienstgebäuden wohnenden Militairpersonen, deren Ehefrauen, Kinder und Gesinde **42**. 288; **53**. 350. — Zulässigkeit der exekutivischen Beschlagnahme von Civilkleidern der Kompagnie-Chirurgen für Schulden derselben **44**. 172.

Inwiefern eine Beschlagnahme des Militair-Wartegeldes und Gnadengehalts im Wege der Exekution zulässig ist **39**. 83.

Beschlagnahme des Gehalts eines Civilbeamten **41**. 182; **52**. 391.

Beschlagnahme der Pension **41**. 99.

Die Untergerichte sind zur unmittelbaren Vollstreckung der Exekution gegen Justiz-Kommissarien wegen der für ihre Rechnung entstandenen Gerichtskosten nicht befugt **41**. 116.

Schiedsmännische Vergleiche verlieren dadurch, daß sie in das Protokollbuch des Schiedsmannes nicht aufgenommen worden sind, die exekutorische Kraft nicht **42**. 331.

Verfahren bei Vollstreckung der Mobiliar-Exekution in Civilsachen **44**. 88.

Auf Alimentenforderungen und Erstattung von Entbindungs-, Tauf- und Beerdigungskosten eines unehelichen Kindes finden die gewöhnlichen Einschränkungen des Exekutionsverfahrens keine Anwendung **47**. 84.

Verfahren bei Kündigung geleisteter Bürgschaft im Wege der Exekution **47**. 246.

Exekutivische Beitreibung der Verzugszinsen ohne vorheriges Erkenntniß **48**. 193.

Beschränkung des Zurückbehaltungsrechts des Vermiethers in Betreff solcher seinem Pfandrechte unterworfenen Gegenstände, welche keinen Gegenstand der Exekution abgeben **48**. 325.

Freilassung der zum Heizen und Kochen dienenden eisernen Oefen und der für den Schuldner und seine Familie nothwendigen Bettstellen von der Pfändung bei Exekutionsvollstreckungen **56**. 334. — Befreiung des Bettwerks bei den von den Dorfgerichten zu vollstreckenden Exekutionen **54**. 334.

Exekution aus den von den Auseinandersetzungsbehörden bestätigten Rezessen **39**. 222.

c. Besondere Bestimmungen:

Bestimmung der exekutionsfreien Saat- und Erndtezeit im Departement des O. L. G. zu Münster **39**. 68; — desgl. im Departement des O. L. G. zu Arnsberg **39**. 204.

Zuziehung einer zweiten Gerichtsperson oder zweier Zeugen bei allen Exekutionen, bei welchen es zur Ausbfändung kommt **39**. 331.

Befugniß der vormundschaftlichen Gerichte, aus rechtskräftigen Erkenntnissen wider Schuldner ihrer Pflegebefohlenen bei dem betreffenden Prozeßrichter Exekutionsdoverträge unmittelbar einzureichen **42**. 222.

Inwiefern während des Laufes der Appellations- und Revisionsfristen die Exekution zuzulassen ist **43**. 72.

Bei Exekutionen, wenn die beizutreibende Summe 50 Thaler nicht übersteigt, bedarf es der besonderen Taxirung der ausgepfändeten Mobilien nicht **43**. 158.

Vollstreckung der Exekution in Gegenstände des Vermögens, welche sich in einem gerichtlichen Depositorium oder bei Privatpersonen rc. niedergelegt befinden **43**. 202.

Die von dem Schlesischen Vereine der Freiwilligen aus den Jahren 1813—1815 verliehenen Unterstützungen können von keinem Gläubiger mit Beschlag belegt werden **43**. 226.

Beschwerden, welche das Exekutionsverfahren zum Gegenstande haben, sind in der Regel an die vorgesetzte Aufsichtsbehörde zu richten **47**. 333.

Verfahren der Dorfgerichte bei Exekutionsvollstreckungen **54**. 206, 334.

Bestrafung des Mißbrauchs eines Postscheins in der Absicht, eine verhängte Exekution dadurch abzuwenden **59**. 98.

Personal-Arrest im Wege der Exekution, s. Personal-Arrest.

II. Vollstreckung der Exekution im administrativen Wege.

Inwieweit den Regierungen die Exekutionsbefugniß auf Leistungen aus solchen Lieferungsverträgen, welche bei der Verwaltung von Instituten, Kirchen und Schulen abgeschlossen sind, zustehen **36**. 70.

Befugniß der Regierungen zur Einziehung der in Disziplinar-Untersuchungen wider Verwaltungsbeamte entstandenen Kosten **58**. 5, 207.

Unzulässigkeit des Rechtsweges darüber, ob die administrative Exekution während der Verhandlungen über den Kompetenz-Konflikt fortgesetzt werden darf **58**. 109.

Kompetenz der General-Kommissionen zur exekutivischen Beitreibung rückständiger Abgaben und Lasten in den bei ihnen anhängigen Auseinandersetzungen **59**. 85.

Zulässigkeit des Rechtsweges gegen exekutivische Anordnungen der Verwaltungsbehörden **48**. 232, 323; **53**. 31; **58**. 250.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen exekutivische Anordnungen der Verwaltungsbehörden **48**. 329; **51**. 36; **53**. 342; **58**. 327; — desgl. gegen die polizeiliche Androhung, Festsetzung und Beitreibung von Geldbußen als polizeiliches Exekutionsmittel **51**. 68; **53**. 227; **56**. 206; **57**. 21.

Digitized by Google

III. Kosten für die Vollstreckung der Exekution.

a) Aeltere Bestimmungen. Gerichtskosten für die Vollstreckung der Exekution im Bezirk des O. L. G. zu Glogau 39. 96. — Bloße Gebühren bei Auktionen in der Exekutions-Instanz in Bagatellsachen zum Ansatze kommen 40. 353. — Kostenansatz für die Exekutions-Instanz in Bagatellprozessen 41. 55, 91. — Gebühren der Dorfgerichte für die Exekutionen in Bagatellsachen 43. 272. — Gebühren der Kreis-Justizräthe bei Vollstreckung der ihnen von einem Obergericht übertragenen Exekution wegen eines Bagatellobjekts 45. 106.

Behandlung der Kosten, welche in Requisitions- und Auftragssachen wegen Exekutionsvollstreckung bei den aus Staatsfonds unterhaltenen Gerichten entstehen 41. 340; 42. 251, 267.

Verfahren bei dem Ansatze und Verbrauch der Stempel in der Exekutions-Instanz 41. 246.

Vorschriften über die Führung des Einnahme-Journals und der Einnahme-Kontrolle in Betreff der bei der Exekution eingezogenen Kosten 42. 30, 100, 310.

b) Kostenansatz nach dem Gerichtskosten-Gesetze vom 10. Mai 1851.

Verfahren bei Einziehung der Kosten (Instr. zu §. 10 des Ges.) 52. 114; — desgl. im Falle einer Requisition (zu §. 14 Nr. 2 b. ebend.) 52. 114. — Vollstreckung der Exekution in Civilprozessen (Instr. zu §. 14 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 126; — desgl. in Untersuchungssachen (zu §. 59 des Tarifs) 52. 126; — desgl. für die Ueberweisung einer Forderung im Wege der Exekution (zu §. 14 des Tarifs) 52. 126.

IV. Gebühren der Rechtsanwalte für die Exekutions-Instanz.

a) Aeltere Bestimmungen. Gebühren der Justiz-Kommissarien für die Exekutions-Instanz in Bagatell-Prozessen von 20 Thalern oder weniger 40. 240.

b) Neuere Bestimmungen nach dem Gesetze vom 12. Mai 1851. Für die in der Exekutions-Instanz besorgten Geschäfte dürfen keine Schreibgebühren angesetzt werden (Instr. zu §. 2 des Tarifs) 52. 135. — Gebühren der Rechtsanwalte in Prozessen (Instr. zu §. 5 Nr. 1 und §. 6 des Tarifs) 52. 145.

Exekutions-Kommission für Berlin, Reglement v. 16. Januar 1847 für die Exekutions-Kommission des Stadtgerichts in Berlin 47. 63.

Exekutions-Ordnung, Empfehlung der Preußischen Exekutions- und Subhastations-Ordnung von Schulz 42. 316.

Exekutoren, Zulässigkeit der Anstellung von Exekutoren in etatsmäßigen Stellen auf Kündigung 41. 363. — Pensionsabzüge derselben 42. 207.

Verfahren der Salarien-Kassen bei Abrechnung mit den Exekutoren über eingezogene Kosten 42. 30. — Nachträgliche Bestimmungen hierzu 42. 100, 310.

Instruktion des Ober-Landesgerichts in Marienwerder für die Exekutoren seines Departements 42. 54.

Erforderniß der förmlichen Vereidigung der Hülfs-Exekutoren 43. 143.

Unentgeltliche Aufnahme öffentlicher Aufgebote von Dienstkautionen der Gerichtsboten und Exekutoren in den Anzeiger der Amtsblätter 48. 241.

Die Anstellung von Boten und Exekutoren auf Meilengelder und Exekutionsgebühren findet ferner nicht statt (Instr. zu §. 18 des Ges. vom 10. Mai 1851) 52. 114.

Wegfall des Ansatzes von Reise- und Zehrungskosten der Exekutoren beim Kostenansatze nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 (Einleitung zur Instruktion zu diesem Gesetze) 52. 114.

Führung des Tagebuchs der Exekutoren zur Liquidation der Zehrungsgelder (Instr. zu §. 10 des Ges. v. 9. Mai 1851) 52. 137.

s. auch Kassenwesen.

Exerzitienmeister, s. Studentenschulden.

Eximirte, Verpflichtung der Kreis-Justizräthe, von den Todesfällen eximirter Personen dem ihnen vorgesetzten Obergericht Anzeige zu erstatten 43. 213.

s. auch Gerichtsstand.

Exmission, inwieweit ein gegen den Hauptmiether ergangenes Exmissions-Urtel ohne Weiteres gegen den Aftermiether vollstreckt werden kann 40. 80.

Expeditionen, Benutzung der leeren Seiten des Vortragstückes, um die Expeditionen darauf zu schreiben 39. 199. — s. auch Gerichte.

Expeditions-Eleven, Erforderniß der förmlichen Vereidigung derselben 43. 143.

Expromission, Erforderniß der Einwilligung des Gläubigers in die Entlassung des ersten Schuldners im Falle einer Expromission 59. 299.

Expropriationen, Stempel- und Sportelfreiheit der Eisenbahngesellschaften in Entschädigungsprozessen, welche das Expropriationsverfahren hervorgerufen haben 43. 276. — Ausdehnung dieser Bestimmung 45. 137. — Sportelfreiheit nach dem Ges. v. 10. Mai 1851 beim Expropriationsverfahren (Instr. zu § 3 des Gesetzes) 52. 114.

Unzulässigkeit des Rechtsweges über Expropriationen beim Bergbau 49. 454.

Unzulässigkeit der Possessorienklage beim Expropriationsverfahren 51. 67; 59. 46.

Unzulässigkeit von Eindikationsklagen gegen Expropriationen, welche zu öffentlichen Zwecken ausgeführt worden sind 54. 270.

Zulässigkeit des Rechtsweges über die Höhe der Entschädigung für die zu Eisenbahnbauten abgetretenen Grundstücke 53. 402.

Anweisung der Rechtsweg über die Rückgabe oder Entschädigung für den durch eine von der Regierung festgesetzte Alignementslinie abgeschnittenen Grund und Boden zulässig ist 56. 50.

Expropriation der zu Chausseebauten in der Rheinprovinz erforderlichen Grundstücke 56. 275.

Verfahren bei Expropriationen in der Rheinprovinz 58. 2.

Umfang des Expropriationsrechts einer Eisenbahn-Gesellschaft 58. 387.

Extrapostpferde, Kosten für Extrapostpferde 55. 182.

Exzesse, Verpflichtung der Gerichtsbehörden, mit aller Energie gegen vorkommende Exzesse einzuschreiten 48. 120.

Digitized by Google

F.

Fabrikarbeiter, Gerichtsstand minderjähriger, oder großjähriger noch unter väterlicher Gewalt stehender Fabrikarbeiter **43**. 255.

Fabrikat, Begriff des Wortes „Fabrikat" im Sinne der §§. 50, 52, 75 der Verordnung v. 9. Februar 1849. **59**. 438.

Fabrikations-Anstalten, Entschädigungs-Ansprüche, wenn aus einer Fabrikations-Anstalt Dämpfe und Dünste sich entwickeln, welche nachtheilig auf die benachbarten Grundstücke einwirken **52**. 259.

Fabriken, was unter dem „mit Vollmacht versehenen Vertreter des Fabrikherrn" im §. 8 des Regulativs v. 9. März 1839 über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den Fabriken zu verstehen ist **55**. 27.

Fabrikengerichte, Regulativ v. 31. Oktober 1840 über die Errichtung und Verwaltung des Fabrikengerichts für die Gemeinde zu Elberfeld **40**. 388.

Fabrikzeichen, Verfahren bei Untersuchungen wegen unerlaubter Nachahmung von Fabrikzeichen **54**. 99; **55**. 4.

Fährgeld, Verfahren bei Verpachtung von ausgelegtem Fährgeld bei Dienstreisen **45**. 72.

Unter Zollbefreiung im Sinne des §. 101 Tit. 15 Thl. II. A. L. R. ist eine Befreiung von Fährgeld nicht zu verstehen **57**. 2.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Entschädigungs-Ansprüche an den Staat wegen aufgehobener Brücken- oder Fährgeld-Berechtigung **57**. 126.

Fährgerechtigkeit, Aufhebung der privativen Fährgerechtsame durch das Französische Gesetz v. 28. August 1792 in der Rheinprovinz **57**. 53.

Fahrzeuge, s. Schiffe.

Falsche Anschuldigung im Sinne des §. 133 des Strafgesetzbuchs **58**. 143.

Falsche Münzen, Verfahren der Gerichte bei Beschlagnahme falscher Münzen **44**. 51; **46**. 208; **55**. 310; **58**. 338. — Mittheilung der Akten nach ergangenem Erkenntnisse in Untersuchungen wegen Münzverbrechen und Münzvergehen **51**. 230; **59**. 194, 314.

Auslegung des §. 4 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs **56**. 46, 343.

Falsche Namen, in welchen Fällen die Annahme eines falschen Namens strafbar ist **56**. 130.

Falsche Schlüssel, Thatbestand des durch falsche Schlüssel verübten Diebstahls **52**. 287.

Falsches Papiergeld, s. Werthpapiere.

Fälschung, Begriff und Bestrafung der Fälschung von Urkunden **52**. 278; **53**. 41; **55**. 377; **56**. 339. — Fragestellung an die Geschworenen bei dem Verbrechen der Urkundenfälschung **58**. 316.

Bestrafung der Fälschung von Militair-Entlassungsscheinen **54**. 149.

Feststellung der gewinnsüchtigen Absicht bei dem Verbrechen der Fälschung **56**. 122.

Bestrafung der Fälschung von Postfreimarken **57**. 115.

s. auch Urkundenfälschung.

Familien-Fideikommisse, s. Fideikommisse.

Familienschlüsse, Verfahren bei Aufnahme von Familienschlüssen **42**. 151.

Kostenansatz bei Aufnahme von Familienschlüssen nach dem Ges. v. 10. Mai 1851 (Instr. zu §. 47) **52**. 114.

Familienstiftungen, Kompetenz der Vormundschaftsbehörden zur unmittelbaren Beaufsichtigung und Verwaltung von Familienstiftungen **41**. 117. — Feststellung der Grenzen der Aufsicht und Einwirkung auf Familienstiftungen **41**. 241. — Ausübung der Oberaufsicht über Familienstiftungen **45**. 31.

Rechte einer in vorschriftsmäßiger Form errichteten Familienstiftung **45**. 179.

Inwiefern Streitigkeiten über Familienstiftungen, welche neben dem Interesse einer bestimmten Familie zugleich einen öffentlichen Zweck im Auge haben, von den Gerichten zu entscheiden sind **57**. 298.

Ermittelung des Betrages der Bestätigungsstempel zu Familienstiftungen in den Jahren 1831—1840. **41**. 195. — Auffstellung jährlicher Nachweisungen der Bestätigungsstempel **42**. 314.

Einziehung der Kosten nach dem Ges. v. 10. Mai 1851 in den bei den Appellationsgerichten anhängigen Stiftungen (Instr. zu §. 14 des Ges.) **52**. 114. — Kostenansatz bei Bestellung von Kuratoren (Instr. zu §. 41 des Tarifs) **52**. 126. — Einziehung der Kostendebräge für die bei der gerichtlichen Verwaltung des Stiftungsvermögens vorkommenden Geschäfte aus den Nebenlisten (Instr. zu §. 47 des Tarifs) **52**. 126.

Fatale, die Insinuation der ergangenen Urtheile der General-Kommissionen an Deputirte der Litiskonsorten genügt zur Feststellung des fatale **41**. 84.

Feiertage, Vermeidung des Transports der Gefangenen an Sonn- und Feiertagen **46**. 126; **56**. 318.

Vermeidung der gesetzlich nicht gebotenen Feiertage der Katholiken bei dem Ansatze von Terminen für die Schwurgerichtsverhandlungen **50**. 127.

s. auch Sonntagsfeier.

Felddiebstahl, Bestrafung der Entwendung von Feldfrüchten **52**. 262. — Anwendbarkeit des §. 43 Nr. 2 der Feldpolizei-Ordnung v. 1. November 1847. **53**. 172; **54**. 92.

In welchen Fällen die allgemeinen Strafbestimmungen über Diebstahl zur Anwendung kommen **54**. 151.

Bestrafung der Entwendung geeradteter Bodenerzeugnisse in geringer Quantität oder von unbedeutendem Werthe von Feldern oder Wiesen oder aus Gärten **48**. 45.

Feldfrüchte, Verbot des Verkaufs der Früchte auf dem Halm in Westphalen **40**. 341.

Bestrafung der Entwendung von Feldfrüchten, s. Felddiebstahl.

Feldgerichte (Feldgeschworene), die Sportelgesetze finden auf die Feldgerichte und die Geschäfte der Feldgeschworenen keine Anwendung (Instr. zu §. 2 des Ges. v. 10 Mai 1851) **52**. 114.

Feldhüterlohn, Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Verpflichtung zur Zahlung von Feldhüterlohn **54**. 423.

Feldmesser, Kompetenz der Gerichtsbehörden zur Entscheidung von Streitigkeiten über die Erfüllung oder Auslegung von Verträgen, wodurch die Entschädigung der Feldmesser für ihre Dienstleistungen festgestellt worden ist **41**. 115.

Digitized by Google

Verfahren bei Einleitung der Untersuchung gegen vereidete Feldmesser wegen Verbrechen oder Vergehen 51. 230.

Beamten-Qualität der Feldmesser und Feststellung der Gebühren und Auslagen der von ihnen im amtlichen Auftrage geleisteten Arbeiten 54. 355.

Gebühren, Diäten und Reisekosten der Vermessungsbeamten in gerichtlichen Angelegenheiten 49. 383.

Gebühren der Feldmesser bei kleinen häuslichen Arbeiten 59. 58.

Feldpolizei-Ordnung v. 1. November 1847, Anwendung des §. 43 Nr. 2 derselben 53 172; 54 192. — Fortdauernde Gültigkeit der Feldpolizei-Ordnung bei Bestimmung des Strafminimums 54. 286.

Bei Streitigkeiten über das geforderte Pfandgeld gebührt die Entscheidung dem Civilrichter 55. 375.

Instruktion v. 1. Juli 1856, betreffend die Erläuterung und Anwendung einiger Bestimmungen der Feldpolizei-Ordnung 56. 198.

Anzeige von dem Erscheinen einer amtlichen Ausgabe der Feldpolizei-Ordnung mit Nachträgen 56. 200.

Feldrügesachen, Kostenansatz in Feldrügesachen nach §. 49 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851 (Instr. zum Tarif) 52. 126.

Gebühren der Rechtsanwalte als Vertheidiger in Feldrügesachen (Instr. zu §§. 22 und 26 des Tarifs zu dem Ges. v. 12. Mai 1851) 52. 145. — s. auch Rechtsanwalte.

Feldwebel, Verzeichniß derjenigen Grade der Militairpersonen, welche den Feldwebelrang besitzen und gegen welche in den geeigneten Fällen auf Degradation zu erkennen ist 42. 216; 46. 63.

Berechnung der den Feldwebeln bei ihrer Anstellung im Civildienste zu machenden Gehaltsverbesserungs-Abzüge 54. 27.

Ferien, Anberaumung und Abhaltung von Terminen in Bagatell-Prozessen während der Gerichtsferien und Erndtezeit 40. 4. — Berechnung der Frist zur Einführung und Rechtfertigung eingelegter Rechtsmittel, wenn der Endpunkt der Frist in die Erndteferien fällt 56. 327.

Eintritt der Ferien bei der Immediat-Justiz-Examinations-Kommission 51. 251.

Verfahren bei Beurlaubung der Rechtsanwalte und Notare für die Dauer der Ferienzeit 53. 378.

Ferienordnung vom 16. April 1850, für die Gerichte erster und zweiter Instanz 50. 129.

Oeffentliche Bekanntmachung des Anfangs- und des Endtermins der Gerichtsferien 54. 50.

Festnahme, s. Ergreifung, Haft, Verhaftung.

Festtage, s. Feiertage.

Festungen, in welche Festungen diejenigen zum Festungsarrest verurtheilten Individuen, welche verdächtig sind, daß sie einen unerlaubten Verkehr nach Außen zu unterhalten suchen werden, unterzubringen sind 43. 26.

Die zur Beschäftigung der Festungs-Baugefangenen bestimmten Räumlichkeiten einer Festung sind als Gefangenanstalt im Sinne des §. 96 des Strafgesetzbuchs zu erachten 55. 74.

Festungsarbeit, inwiefern die Vollstreckung der Festungsarbeitsstrafe durch ein Begnadigungsgesuch aufgehalten wird 39. 27.

Festungsarbeit, welche drei Monat nicht übersteigt, ist niemals gegen beurlaubte Ersatzmannschaften, auf unbestimmte Zeit beurlaubte Reservisten, Landwehrmänner und Trainsoldaten, sondern nur auf Gefängnißstrafe zu erkennen 39. 284.

Bekleidung der zu den Festungen abzuliefernden Landwehrsträflinge 50. 376.

Festungsarrest, Aberkennung der Nationalkokarde bei Verurtheilungen zum Festungsarrest auf Lebenszeit 44. 132.

Untersuchung des Gesundheitszustandes derjenigen Personen, welche mittelst Transports zur Abbüßung von Festungsarreststrafen an die Festungs-Kommandanturen abgeliefert werden 46. 222.

Verpflegungskosten unbemittelter, zum Festungsarrest verurtheilter Personen 47. 367.

s. auch Festungen.

Festungs-Baugefangen-Anstalten, Meuterei der Festungs-Baugefangenen in den zu ihrer Beschäftigung bestimmten Räumlichkeiten einer Festung 55. 74.

Verrechnung der Diäten und Reisekosten für die gerichtlichen Mitglieder der Baugefangen-Anstalten 58. 162.

Festungsbaufachen, Vertretung des Militair-Fiskus bei Prozessen in Festungsbausachen wegen Abtretung von Grundeigenthum an die Festungs-Baukommissionen 40. 336.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die von den Militairbehörden zum Schutze der Festungswerke angeordneten Maaßregeln 54. 318.

Feudal-Obervanz, durch die Feudal-Obervanz kann die Laudemialpflichtigkeit eines Grundstücks nicht beseitigt werden 46. 110.

Feuersbrünste, Mittheilung der von den Polizeibehörden aufgenommenen Verhandlungen über stattgefundene Feuersbrünste an die Beamten der Staatsanwaltschaft 50. 300.

Feuer-Sozietäten, Stempel- und Sportelfreiheit der Land-Feuer-Sozietäten der Kurmark und der Niederlausitz, sowie der Neumark 40. 251.

Unzulässigkeit des Rechtsweges über Anträge auf Ernennung eines Schiedsgerichts zur Ausmittelung eines Brandschadens nach dem Reglement für die Provinzial-Feuer-Sozietät der Provinz Posen 53. 338.

Streitigkeiten über die Höhe einer Versicherungs-Summe bei der Feuerversicherungs-Sozietät des Regierungsbezirks Gumbinnen sind im Rechtswege zu entscheiden 56. 250.

Feuer-Sozietätsgelder, Anmeldung des Rechts auf Feuer-Sozietätsgelder im Konkurse und erbschaftlichen Liquidationsprozesse und Liquidation rückständiger und laufender Beiträge 44. 234.

Feuerversicherungs-Gesellschaft Colonia, s. Colonia.

Feuerversicherungswesen, Entschädigung der Eigenthümer nicht versicherter Gebäude, welche während des Brandes zur Hemmung des Feuers niedergerissen werden 39. 130.

Die Eintragung der Versicherungs-Summe in das Hypothekenbuch erfolgt nur auf den Antrag des Interessenten 40. 262.

Folgen der unterlassenen schriftlichen Abfassung von Feuerversicherungs-Verträgen und deren Prolongationen 51. 349.

Digitized by Google

Ansprüche der Hypothekengläubiger auf die Feuerversicherungs-Gelder der zur Hypothek bestellten abgebrannten Gebäude 54. 63; 55. 312.

Wer als Agent die Feuerversicherung eines Immobile vermitteln will, muß dazu die Konzession derjenigen Regierung haben, wo das Immobile liegt 59. 50.

Feuerwerker, Berechnung der denselben bei ihrer Anstellung im Civildienste zu machenden Gehaltsverbesserungs-Abzüge 54. 27.

Fideikommiß (Familien-Fideikommisse), Vertretung der zu einem Familien-Fideikommiß-Kuratorium berufenen minderjährigen Anwärter 39. 181.

Aufforderung an die Obergerichte zum gutachtlichen Bericht über die bei Erbverpachtungen von Fideikommißgütern im Interesse der berechtigten Familien zu treffenden Sicherheitsmaaßregeln 40. 102.

Inwiefern die Konkurrenz der Fideikommiß-Anwärter eintritt, wenn die einem Fideikommißgut zustehenden Naturaldienste in eine Geldrente verwandelt sind 40. 148.

Inwieweit der Fideikommißbesitzer und Fideikommißnachfolger befugt sind, die Nutzungen des Fideikommisses während der Dauer ihrer Besitzzeit für andere, als nothwendige Schulden zu verpfänden 40. 393.

Ermittelung des Betrags der Bestätigungsstempel in den Jahren 1831—1840. 41. 195. — Aufstellung jährlicher Nachweisungen der Bestätigungsstempel zu Familien-Fideikommissen 42. 314.

Aufforderung an die Obergerichte zur Mittheilung von Vorschlägen über die Behandlung der Familien-Fideikommisse im Sinne des Art. 40 der Verfassungs-Urkunde 50. 44 ff.

Einziehung der Kosten für die bei den Appellationsgerichten noch schwebenden Fideikommißsachen (Instr. zu §. 14 des Gesetzes v. 10. Mai 1851) 52. 114. — Kostenansatz für die Verwaltung der Fideikommisse (Instr. zu §. 47 des Tarifs zum Gesetze v. 10. Mai 1851) 52. 126.

Bei welchem Gerichte Beschwerden über die Gebührenliquidation der Rechtsanwalte für Geschäfte in Fideikommißsachen anzubringen sind (Instr. zu § 4 zum Ges. v. 12. Mai 1851) 52. 142.

Gebühren der Rechtsanwalte in Familien-Fideikommißsachen, s. Rechtsanwalte.

s. auch Familienschlüsse.

Fideikommissarische Substitution, Verfahren bei Sicherstellung der mit fideikommissarischer Substitution belasteten Vermächtnisse 40. 107.

Berichtigung des Besitztitels für den heres fiduciarius 53. 234.

Finalabschlüsse, Darstellung der Einnahmereste der gerichtlichen Salarienkassen in den an die Regierungs-Hauptkasse einzusendenden Finalabschlüssen 52. 394; 54. 191; 58. 394.

Finanzbehörden, s. Steuerbehörden.

Firma, s. Handlungsfirma.

Fischerei, zum Schutze der Fischerei findet die Passesorientiage gegen strompolizeiliche Anordnungen nicht statt 57. 47.

Bestrafung des unberechtigten Fischfangs aus geschlossenen Gewässern 58. 98.

Fiskalische Ansprüche, Verfahren bei Berichterstattungen über Immediatgesuche, welche die Aufgabe fiskalischer Ansprüche an konfiszirtem Vermögen zum Gegenstande haben 41. 326

Fiskalischer Civilprozeß, Verfahren bei Insinuation von Erkenntnissen im fiskalischen Civilprozesse 39. 104; — desgl. an die Regierungen 41. 194; — desgl. an die Provinzial-Steuer-Direktionen 41. 339.

Gebühren der Anwalte des Fiskus im fiskalischen Civilprozesse 50. 166; 54. 426.

Fiskalische Untersuchungen. 1) Allgemeine Bestimmungen. Anwendung des summarischen Verfahrens auf solche Vergehen, welche im Wege des fiskalischen Untersuchungs-Prozesses zu ahnden sind 41. 195; 42. 291.

Unzulässigkeit der Einleitung einer fiskalischen Untersuchung wegen verletzender Aeußerungen über Behörden und Beamte in Immediat-Bittschriften und Beschwerden ohne Allerhöchste Genehmigung 42. 53.

Anweisung an die Gerichtsbehörden zur Anschaffung des Schulzischen Werks über die Lehre von den Rechtsmitteln gegen Erkenntnisse im Civilprozesse, in Injuriensachen und in fiskalischen Untersuchungen 42. 104.

Verfahren bei Publikation der Erkenntnisse in fiskalischen Untersuchungen wegen Injurien 43. 234.

Führung der minder wichtigen fiskalischen Untersuchungen durch dazjenige Mitglied des Inquisitoriats, welches die summarischen Untersuchungen zu führen hat 44. 31.

Abhandlung über die Anwendung des Ges. v. 11. August 1848 über die Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes in fiskalischen Untersuchungen 48. 331.

Einführung der das Verfahren in fiskalischen Untersuchungen enthaltenen Bestimmungen in den Ostpreußischen Theil des Regierungsbezirks Coblenz 39. 364. — Instanzenzug in fiskalischen Untersuchungen wegen Injurien im Bezirk des Justiz-Senats zu Coblenz 40. 112. — Anwendung des §. 221 des Anhangs zur A. G. O. 41. 292.

2) Kompetenz der Untergerichte zur Führung von fiskalischen Untersuchungen und Abfassung der Erkenntnisse erster Instanz 39. 43. — Verfahren, wenn ein Untergericht mit Ueberschreitung seiner Kompetenz in erster Instanz erkannt hat 42. 167. — Kompetenz der Untergerichte im Departement des O. L. G. zu Halberstadt zur Führung von fiskalischen Untersuchungen 40. 227.

Patrimonialgerichte, welche nur mit der Civilgerichtsbarkeit beliehen worden sind, sind zur Führung von fiskalischen Untersuchungen nicht kompetent 41. 55.

3) Verfahren bei fiskalischen Untersuchungen: wegen Steuer-Kontraventionen 39. 216; 47. 279; — desgl. wegen Forst- und Jagdverbrechen 39. 312; — desgl. wegen Nachdrucks 41. 68; — desgl. wegen Vergehen gegen die Abgabengesetze 47. 334; — desgl. wegen Injurien 47. 334; — desgl. gegen Beamte, s. Beamte.

4) Kostenansatz. Kostenansatz für fiskalische Untersuchungen in den höheren Instanzen 39. 166; — desgl. wegen Steuervergehen 40. 236. — Der Kostenansatz in fiskalischen Untersuchungen wegen Injurien muß nach der Gebührentaxe v. 9. Oktober 1833 erfolgen 41. 125. — Fernere Bestimmung darüber 42. 368. — Die in unvermögenden fiskalischen Untersuchungen erwachsenen baaren Auslagen müssen von demjenigen Gericht getragen werden, bei welchem sie erwachsen sind 43. 204. — Für das Gutachten des Inquirenten in fiskalischen Untersuchungen sind keine besonderen Gebühren zum Ansatze zu bringen 43. 210.

5) Gebühren der Justiz-Kommissarien bei den im Wege einer fiskalischen Untersuchung eingeleiteten Injuriensachen 40. 31.

Digitized by Google

Fiskus, Aufgebot von Nachlaßmassen zu Gunsten des Fiskus **40**. 252.

Verfahren in Subhastationssachen, wobei eine fiskalische oder eine andere von der Regierung zu vertretende Station betheiligt ist **40**. 254.

Zeitpunkt des Eintritts der Verpflichtung des Fiskus zur Zahlung von Verzugszinsen **40**. 341. — Verzugszinsen des Fiskus bei der condictio indebiti **40**. 366. — Inwieweit Fiskus zur Zahlung solcher Zinsen, welche in Folge besonderer gesetzlicher Vorschriften bei gewissen Geschäften eintreten, befreit gewesen ist **52**. 276.

Verfahren bei Processen, welche Ansprüche an den Fiskus zum Gegenstand haben **40**. 386.

Legitimation der Domainen-Rentämter zu selbstständigen Anträgen auf Eintragungen, Löschungen ꝛc. bei den Hypothekenbehörden Namens des Fiskus **41**. 83.

Inwiefern eine von einem eximirten Landgute des Fiskus veräußerte Parzele den eximirten dinglichen Gerichtsstand verliert und in die Real-Jurisdiktion der Ortsgerichte übergeht **41**. 184.

Unzulässigkeit von Klagen gegen den Fiskus wegen Anerkennung der Nützbarkeit von Gewerbeberechtigungen **42**. 260.

Autorisation der Minister der Justiz und des Königlichen Hauses in allen Fällen, in welchen dem Fiskus Grundstücke zum vollen Eigenthum unter dem Beding der Konsens-Einholung bei Veräußerungen verliehen worden sind, den Besitzern diese Befugniß zu erlassen **43**. 258.

Erfordernisse zur Berichtigung des Besitztitels von den durch den Fiskus angekauften Grundstücken **45**. 70.

Gerichtsstand des Fiskus im Civilprozesse **45**. 229.

Einzelne fiskalische Stationen können gegeneinander keine Rechte in Bezug auf das Staatsvermögen durch Verjährung erwerben **50**. 435.

Vertretung des Fiskus bei Interventions-Ansprüchen, welche von dritten Personen bei exekutivischer Beitreibung gerichtlich erkannter Geldstrafen wegen Zoll- und Steuervergehen erhoben werden **52**. 354.

Klagen über die Verbindlichkeit des Fiskus zur Unterhaltung einer Brücke und Streitigkeiten darüber, ob ein bestehender Weg noch den gesetzlichen Kriterien eine Landstraße und deshalb dem Fiskus zu unterhalten sei, sind dem Rechtswege nicht ausgeschlossen **55**. 89.

Wenn ein Grundbesitzer, welcher dem Fiskus ein Grundstück gegen einen vertragsmäßig festgestellten Grundzins erworben hat, unter Berufung auf kontraktliche Stipulationen Remissition deanspricht, so ist darüber im Ressortwege zu entscheiden **55**. 222.

Inwiefern eine fiskalische Behörde durch den Anschluß an das Verfahren der Staatsanwaltschaft bei Einlegung der Nichtigkeitsbeschwerde die Stellung einer Partei im Prozesse erlangt **56**. 350.

Der Umstand, daß bei Abschließung eines Vertrages ein fiskalischer Beamter nicht als Kontrahent, sondern nur in Ausübung des landesherrlichen Oberaufsichtsrechts mitgewirkt hat, ist nicht geeignet, um ausnahmsweise ein Klagerecht gegen den Fiskus zu begründen **57**. 78.

Zulässigkeit des Rechtsweges gegen den Fiskus, wenn derselbe das Mitpatronat eines Gymnasiums oder einer höheren Unterrichtsanstalt erworben hat, und das Vermögen derselben nicht ausreicht, die Pensionen für die Lehrer und Beamten der Anstalt zu berichtigen **59**. 34.

Militair-Fiskus. Vertretung des Militair-Fiskus bei Prozessen in Festungsbausachen wegen Vertretung von Grundeigenthum durch die Festungsbau-Kommission **40**. 336.

Justiz-Fiskus. Verfahren bei Veräußerung eines dem Justiz-Fiskus zugehörigen Grundstücks **42**. 359; **52**. 426.

Stempel bei zweiseitigen Verträgen zwischen einer fiskalischen Behörde und einem an sich zur Entrichtung des Stempels verpflichteten Kontrahenten **43**. 292.

Kosten. Umfang der Gebührenfreiheit des Fiskus bei erbloser Verlassenschaften **42**. 159. — Kostenfreiheit des Fiskus nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 (§. 4 Nr. 1) **52**. 114. — Sollen die Kosten dem Fiskus zur Last, so kann der von einer Partei eingezahlte Kostenvorschuß selbst nicht auf die entstandenen baaren Auslagen verrechnet werden (Instr. zu §. 8) **52**. 114. — Die Befreiung des Fiskus von dem Beitrage zu den Kommunnkosten im Konkurse ist aufgehoben (§. 4 des Ges.) **52**. 114. — Kostenfreiheit bei Zahlungen aus einer fiskalischen Kasse an die andere (Instr. zu §. 6 des Ges.) **52**. 114. — Der Fiskus ist nicht verpflichtet, Kalkulatur-Gebühren ꝛc. als baare Auslagen zu zahlen (Instr. zu §. 18 des Ges.) **52**. 114.

Fleck (Wirkl. Geh. Kriegsrath), Erläuterungen der Kriegsartikel **39** 128; — Strafverfahren der Preuß. Militairgerichte **40**. 200.

Flüchtige Verbrecher, s. Verbrecher.

Flurbücher, Beschaffung der Abschriften von Flurbüchern in Westphalen zur Regulirung des Hypothekenwesens **40**. 250.

Flußbauten, s. Wasserbauten.

Flüsse, Auslegung des Gesetzes v. 28. Februar 1843 wegen Benutzung der Privatflüsse **43**. 298.

Verpflichtung der Ufereigner zur Zurückleitung des Wassers bei Benutzung von Privatflüssen **54**. 74.

Inwiefern gegen Anordnungen der Polizeibehörde, welche die Räumung eines Privatflusses betreffen, der Rechtsweg zulässig ist **57**. 175.

Unzulässigkeit der Possessorienklage gegen die von den Schaukommissionen und Schauämtern in der Rheinprovinz getroffenen Anordnungen zur Räumung und Instandhaltung der nicht schiffbaren Flüsse und Abzugsgräben **58**. 259.

Unter Gräben und Kanälen im §. 100 Tit. 8 Thl. I. A. L. R. sind Privatflüsse nicht zu verstehen, deren Eigenthümer den Ablauf des Wassers zu unterhalten nicht verbunden sind **44**. 199.

Forensen (d. h. Personen, welche Grundstücke in dem Gemeindebezirk besitzen, ohne in demselben zu wohnen) können eine Befreiung von der Verbindlichkeit zur Beitragspflicht zu den Schulabgaben im Wege Rechtens nicht geltend machen **56**. 383; **59**. 7.

Formulare, Format der bei den Akten bleibenden Formulare zu Vorladungen und Verfügungen **39**. 199.

Inwiefern die portofreie Versendung der gedruckten oder lithographirten gerichtlichen Geschäfts-Formulare an die aus Staatsfonds unterhaltenen Gerichte zulässig ist **52**. 111; **53**. 83; **58**. 50, 322.

Aufnahme der Rubrik „Gegenstand des Rechtsstreits und Bestimmung des Werths desselben" in die gedruckten oder lithographirten Formulare zum Audienzprotokoll **49**. 344.

Benutzung von Formularen zu den Verhandlungen bei den Schwurgerichten und die über die Schwurgerichtssitzungen zu erstattenden Berichte **51**. 158. — Aufnahme der wörtli-

Digitized by Google

chen Fragestellung an die Geschworenen in die Formulare **51.** 342. — Abänderung der Formulare **52.** 294.

Formular zu den Liquidationen der Rechtsanwalte (Instr. zu §. 3 des Ges. v. 12. Mai 1851) **52.** 142.

s. auch Kassenwesen, Repertorien, Tabellen.

Forstangelegenheiten, Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die Heranziehung der Gemeinde-Eingesessenen zur Aufforstung von Oedland in der Rheinprovinz **56.** 287.

Forstarbeiten, Zwangsmittel gegen Holzdiebe zur Verrichtung der ihnen auferlegten Forstarbeiten **39.** 5. — Abändernde Bestimmungen darüber **41.** 282.

Bestrafung des Holzdiebstahls durch Forstarbeit **49.** 279. Kompetenz der Verwaltungsbehörden zur Vollstreckung der Zwangshaft gegen Forstfrevler, welche die Forstarbeit verweigern **39.** 108.

Sätze, nach welchen die zu leistende Forst-Strafarbeit pro Tag festzustellen ist **54.** 29.

Forstaufseher, s. Forstbeamte.

Forstbeamte, Vereidung der Forstbeamten in Betreff der Untersuchungen wegen Entwendung von Waldprodukten **40.** 398. — Vereidung der auf Lebenszeit angestellten Privat-Forstbeamten **45.** 199. — Glaubwürdigkeit und Vereidigung der im Staats-, Kommunal- und Privatdienste angestellten Forstbeamten **48.** 27.

Rechte der auf Lebenszeit angestellten Privat-Forstbeamten gegen den dritten Erwerber des Guts **48.** 179.

Reisekosten und Tagegelder der Forstschutzbeamten in den Untersuchungen wegen vierten Holzdiebstahls **51.** 2; **57.** 214.

Ernennung der verwalteten Forstbeamten zu Polizeianwalten für alle in ihrem Amtsbezirk vorkommenden Uebertretungen **53.** 167.

Befugniß der Forstbeamten zum Waffengebrauch **53.** 351; **56.** 134; **57.** 384.

Beschränkung der amtlichen Befugnisse der Forstbeamten zur Ueberwachung von Jagd-Kontraventionen auf das ihnen angewiesene Revier **56.** 59.

s. auch Konflikte.

Forsten, Ertheilung des gerichtlichen Konsenses bei Veräußerung von Domainen und Forsten, und Fortführung der gerichtlichen Kontrole über Domanial- und Forstgrundstücke, welche den Bestimmungen des Hausgesetzes v. 6. November 1809 unterworfen sind **49.** 345.

Verrechnung der einzuziehenden Holzersatzgelder, s. Holz-Ersatzgelder.

Bürgstücke (Erdstücke) sind als geschlagenes Holz im Sinne des §. 217 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs anzusehen **57.** 135.

Inwiefern gegen Anordnungen und Verbote der Regierung, welche sich auf eine fiskalische Forst beziehen, von einem Servitutberechtigten der Possessorien-Prozeß angestellt werden kann **58.** 318.

Remunerationen der Forstrichter in Forstdefraudationssachen **39.** 214. — Aufhebung der Remuneration **48.** 228; **51.** 327.

s. auch Waldungen.

Förster, s. Forstbeamte.

Forstfrevel (Forstdefraudation, Forstkontravention, Forstrügesachen, Forstverbrechen).

Zwangsmittel gegen renitente Forstfrevler zur Verrichtung der ihnen auferlegten Forstarbeiten **39.** 5. — Abändernde Bestimmungen **41.** 282.

Remuneration der Forstrichter in Forstdefraudationssachen **39.** 214. — Aufhebung der Remuneration **48.** 228; **51.** 327.

Zulässigkeit einer fiskalischen Untersuchung wegen Widersetzlichkeiten bei Forst- und Jagdverbrechen **39.** 312. — Begriff und Bestrafung derselben **42.** 109; — desgl. nach dem Strafgesetzbuche **52.** 166.

Abfuhrung der Strafgelder für Forstfrevel in der Rheinprovinz — mit Ausschluß der gesetzlichen Ausnahmen — an den Polizei-Strafgelder-Kommunalfond **39.** 351.

Ausdehnung der Amnestie-Order v. 11. November 1839 auf Forstpolizei-Kontraventionen **39.** 429. — Amnestie für Holzdiebstähle und Forstfrevel, soweit dieselben den Strafbestimmungen des Gesetzes v. 7. Juni 1821 und der Erlasse v. 5. August 1838 und 4. Mai 1839 unterliegen **48.** 231; — durch diese Amnestie ist das Pfandgeld nicht erlassen **48.** 282.

Das Beschälen der Bäume ist nicht als Entwendung von Waldprodukten, sondern als Forstfrevel zu bestrafen **40.** 64.

Vorschriften über die Einziehung rückständiger Holzersatz- und Strafgelder von Forstfrevlern **40.** 226; **53.** 198, 370; **54.** 275, 306; **59.** 250.

Verfahren bei Einziehung der gegen diesseitige Unterthanen erkannten Geldstrafen wegen der in den benachbarten fremdherrlichen Waldungen begangenen Forstfrevel **44.** 231.

Inwieweit das Publikandum der Kriegs- und Domainen-Kammer zu Posen vom 1. März 1794 bei Bestrafung der Forst- und Jagdvergehen in der Provinz Posen zur Anwendung kommt **41.** 290; **46.** 82.

Bestrafung des Mißbrauchs der Schußwaffe gegen Forst-Kontravenienten **56.** 131.

Auseinandersetzungsbehörden sind nicht befugt, wegen Uebertretungen, welche in einem dem Auseinandersetzungs-Verfahren unterliegenden Feld- oder Waldbezirke begangen werden, Strafen festzusetzen **59.** 110.

Zulässigkeit der Bestellung von Gerichts-Assessoren mit beschränktem Stimmrechte als Untersuchungsrichter in Forstrügesachen **59.** 338.

s. auch Holzdiebstahl, Waldprodukte, Waldstreu.

Forstkultur, Anwendung des Forst-Organisations-Dekrets v. 22. Juni 1811 (Art. 11) in Betreff der Theilungen auf alle dem Staate mit angebörigen Markenwaldungen im Herzogthum Berg **42.** 226.

Forst-Ordnungen, rechtliche Natur des nach den Provinzial-Forst-Ordnungen zu zahlenden Pfandgeldes für das verbotswidrige Hüten in Schonungen und über das bei dergleichen Kontraventionen einzuleitende Verfahren **53.** 372.

Forstpolizei-Kontraventionen, Verfahren bei Einziehung und Vereinnahmung der wegen Forstpolizei-Kontraventionen gerichtlich erkannten Geldstrafen **51.** 258; — desgl. der Pfandgelder **52.** 303.

Forstrichter, Remuneration der Forstrichter in Forstdefraudationssachen **39.** 214. — Aufhebung der Remuneration **48.** 228; **51.** 327.

Formelles Verfahren zwischen dem Oberförster und dem Forstrichter in Betreff des Untersuchungsverfahrens gegen die schon dreimal bestraften Holzdiebe **42.** 27. — Modifikation dieser Vorschrift **49.** 332.

s. auch Forstfrevel.

Forstschutz-Gesetz v. 31. Mai 1837, Anwendung desselben auf Verbrechen und Vergehen, welche von Inländern gegen die in Ausübung ihres Amtes befindlichen ausländischen Beamten im Auslande begangen werden **55.** 184.

Digitized by Google

Forst-Strafgelder, s. Geldstrafen.

Forst-Strafta bellen, die Entwendung von Gras, Kräutern, Haide, Moos, Laub und sonstigem Streuwerk aus den Waldungen ist von den Forstbeamten in die Forst-Strafta bellen aufzunehmen und gleich den Holzdiebstählen von den Forstgerichten anzuzeigen 39. 250.

Fracht, Berechtigung der Stromschiffer, die Fracht nach Ablieferung sämmtlicher Waaren von dem im Konnoissement bestimmten Empfänger zu fordern 39. 315.

Frachtbriefe, Frachtbriefe, welche mit Adressen versehen sind, und bei welchen eine Stelle mit Oblate verschlossen ist, die eine Notiz für den Adressaten enthält, sind als verschlossene Briefe im Sinne des Postgesetzes v. 5. Juni 1852 §. 5 Nr. 1 zu betrachten 54. 260.

Frachtführer, welcher von den einen Eisenbahnzug begleitenden Beamten als Frachtführer im Sinne der Zollgesetze angesehen ist 57. 435.

Frachtfuhrwerk, s. Lastfuhrwerk.

Fragen an die Geschworenen, s. Geschworene.

Fragerecht des Richters, mit besonderer Rücksicht auf die Verordnungen v. 1. Juni 1833 und 21. Juli 1846. 49. 272.

Frankfurt a. d. Oder (Reg. Bez.), Empfehlung der statistischen Uebersicht des Reg. Bez. Frankfurt 44. 44.

(Oberlandesgericht.) Ueberweisung der Rekurse in Bagatellsachen an den ersten Senat des O. L. G. 39. 340. — Kompetenz des Ober-Appellations-Senats des Kammergerichts zur Entscheidung dritter Instanz in Injurien und Untersuchungssachen, wenn das O. L. G. zu Frankfurt in zweiter Instanz erkannt hat 43. 294.

Aufforderung zur Berichtserstattung über das bei dem O. L. G. in Frankfurt befolgte Verfahren in Betreff der Volljährigkeit der Juden 41. 252.

Kompetenz der Gerichts-Kommissionen im Bezirk des O. L. G. zu Frankfurt 42. 379.

Bekanntmachung der Statuten des Pensionsvereins der im Bezirk des O. L. G. zu Frankfurt angestellten Justiz-Kommissarien 43. 162; — Nachtrag zu den Statuten 55. 10. — Nachweisung der Zahl der Mitglieder und des Vermögensbestandes des Pensionsvereins 45. 87; 53. 90; 55. 124; 56. 56; 57. 80; 58. 104; 59. 64.

Anweisung des O. L. G. zur Verwaltung der Salarienkassen bei den nach der Verordnung v. 2. Januar 1849 organisirten Kreisgerichten seines Departements 49. 228.

Frankfurt a. M. (freie Stadt), Verfahren bei Requisitionen dahin 44. 207.

Frankirung, Verpflichtung der Parteien, ihre Eingaben an die Gerichte zu frankiren (Instr. zu §. 67 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 126. — Verfahren, wenn dies unterlassen ist 54. 267.

Frankreich, Form der Requisitionen auf Auslieferung der nach Frankreich entflohenen Verbrecher 40. 318.

Verfahren bei Auslieferung von Verbrechern nach Frankreich 44. 207.

Die Beilagen zu den an Französische Gerichtsbehörden gerichteten Requisitionen sind, sofern im Inlande noch davon Gebrauch gemacht werden soll, in beglaubigter Abschrift beizufügen 44. 207. — Verfahren bei Requisitionen nach Frankreich behufs Vernehmung von Zeugen oder Abnahme von Eiden 44. 207; 52. 275; 56. 146. — Kostenfreiheit für sämmtliche Requisitionen nach Frankreich 44. 212.

Verfahren bei Insinuation gerichtlicher Erlasse nach Frankreich 41. 256; 44. 36, 207; 50. 204.

Empfehlung des Advokaten Porcher de Lafontaine bei der Cour royal in Paris als Beistand zu Rechtsgeschäften in Frankreich 41. 16.

Fränkischer Kourier, amtliche Erklärung des Justiz-Ministers Mühler über einen Aufsatz im Fränkischen Kourier 40. 87.

Französisches Recht, Verfahren bei Requisitionen nach denjenigen Ländern, in welchen Französisches Recht gilt, behufs Vernehmung von Zeugen oder Abnahme von Eiden 44. 207; 52. 275.

Ansprüche aus einer Schwängerung, welche an einem Orte, wo Französisches Recht gilt, stattgefunden hat 50. 30.

s. auch Fremdherrschaft.

Frauen, Aufforderung an die Obergerichte zur gutachtlichen Berichtserstattung über die Certioration bei den Bürgschaften der Frauen 40. 344. — Erforderniß der Verwarnung einer unverheiratheten Frauensperson nach §§. 221 ff. Tit. 14 Thl. I. A. L. R. zur rechtlichen Gültigkeit der aus einem zweiseitigen Vertrage nach §. 232 Tit. 14 Thl. I. A. L. R. vermutheten Bürgschaft derselben 45. 95.

Frauenspersonen können im Strafverfahren weder als Vertheidiger noch als Vertreter zugelassen werden 56. 377.

s. auch Ehefrauen.

Freiheitsstrafe, Berechnung der Dauer erkannter Freiheitsstrafen in der Rheinprovinz 39. 107.

Zeitpunkt, von welchem ab die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe zu rechnen ist 40. 190.

Verfahren bei Vollstreckung der gegen Militairpersonen und Personen des Beurlaubtenstandes erkannten Freiheitsstrafen 47. 51.

Die Einberrung in einem Arbeitshause nach ausgestandener Strafe ist für eine Freiheitsstrafe im engeren Sinne des Gesetzes nicht zu achten 55. 65.

Verfahren, wenn ein Angeklagter, welcher bereits zum höchsten Maaße zeitiger Freiheitsstrafe verurtheilt ist, wegen einer strafbaren Handlung verfolgt wird, über welche in jener Untersuchung zugleich hätte entschieden werden können 56. 66.

Verwandlung erkannter Geldstrafen in Freiheitsstrafe, s. Geldstrafe, Gefängnißstrafe.

Freiherrn, Nachweis zur Führung des Polnischen Freiherrn-Titels 40. 362.

Freiholz, s. Holz.

Freisprechung, Aufforderung an die Obergerichte zur Berichtserstattung über die Auslegung des §. 619 der Kriminal-Ordnung in Beziehung auf vorläufig Freigesprochene 41. 58. — Bei Verbrechen, deren Mehrere beschuldigt sind, müssen auch die von der Anschuldigung vorläufig Freigesprochenen solidarisch diejenigen Kosten der Untersuchung tragen, welche das Verbrechen betrifft, dessen sie angeschuldigt sind 41. 165. — Abhandlung über die außerordentliche Strafe und vorläufige Freisprechung in Injuriensachen 49. 500.

Gegen einen freigesprochenen Angeklagten kann wegen desselben Verbrechens eine neue Untersuchung nicht eingeleitet werden 53. 376.

Freiufer, s. Ufer.

Freiwillige Gerichtsbarkeit, s. Gerichtsbarkeit.

Digitized by Google

Freiwillige Jäger, welches Militair-Einkommen den ehemaligen freiwilligen Jägern bei ihrer ersten Anstellung im Civil behufs der Berechnung des Zwölftelabzuges zu Gute zu rechnen ist **40**. 293.

Zulässigkeit der Kautionsbestellung derselben im gerichtlichen Botendienst durch Gehaltsabzüge **41**. 153.

Civilversorgungs-Ansprüche der freiwilligen Jäger, wenn sie nachher in der Armee als Offiziere angestellt worden sind **42**. 388.

Bestätigung des Statuts des Schlesischen Vereins der Freiwilligen aus den Jahren 1813 bis 1815. **43**. 222.

Fremde Sprachen; daß in dem Bezirk einer Gerichtsbehörde eine andere Sprache als die Deutsche gebräuchlich sei, ist alsdann anzunehmen, wenn an einem oder mehreren Orten desselben der Gottesdienst oder Schulunterricht in jener anderen Sprache gehalten wird **46**. 207.

Gebühren der Notare für die Aufnahme eines Instruments in fremder Sprache (Instr. zu §. 6 des Ges. v. **11**. Mai 1851) **52**. 152.

s. auch Polnische Sprache.

Fremdherrschaft, Berechnung der Verjährungsfrist der Servituten in denjenigen Landestheilen, in welchen das Französische Gesetzbuch eine Zeit lang gegolten hat **41**. 160.

Bestellung eines Anerbenrechts während der Zeit, da in Westphalen die Münsterische und die Minden-Ravensbergsche Eigenthums-Ordnung durch die fremdherrliche Gesetzgebung außer Kraft gesetzt war **46**. 30.

Die vor Einführung der Französischen Gesetzgebung in denjenigen Theilen der Provinz Westphalen, welche vorübergehend das Ober-Ems-Departement gebildet haben, in Betreff der Wegedaulast bestandenen Provinzialgesetze, sind für aufgehoben nicht zu erachten **48**. 239.

Suspension der gutsherrlich-bäuerlichen Prozesse in den mit Preußen wieder vereinigten und neuen Provinzen **52**. 298.

Ansprüche an den Staat aus vertragsmäßigen Verbindlichkeiten des früheren Gouvernements sind dem Rechtswege nicht unterworfen **55**. 18.

Unzulässigkeit des Rechtswegs über Ansprüche an den Staat aus dem zur Zeit der Fremdherrschaft in der Rheinprovinz vorgenommenen Verkauf von Fruchtantheilsrente **55**. 310.

Fortdauer der Verordnung der Oesterreichisch-Bayerischen Landes-Administrations-Kommission zu Worms in Betreff des Verkaufs von Gab- oder Losholz **57**. 43.

Aufhebung der privativen Fährgerechtsame durch das Französische Gesetz v. 28. August 1792 in der Rheinprovinz **57**. 53.

s. auch Französisches Recht, Rheinprovinz, Westphalen.

Friccius (General-Auditeur), Preisermäßigung der Militair-Gesetz-Sammlung **47**. 172.

Friedensgerichte, Territorial-Eintheilung der Friedensgerichte in der Rheinprovinz **52**. 413.

Inwiefern der Kompetenz-Konflikt gegen Friedensgerichts-Urtheile letzter Instanz zulässig ist **55**. 71.

Friedensgerichtsschreiber in der Rheinprovinz, Gebühren derselben für Atteste, die Ueberweisung von Kriminalkosten betreffend **42**. 386.

Verfahren bei Beurlaubung der Friedensgerichtsschreiber **58**. 350.

Friedensrichter in der Rheinprovinz, Verfahren bei Beurlaubung derselben **39**. 218.

In welchen Fällen die Friedensrichter dem öffentlichen Ministerium des Landgerichts Anzeige von den gegen Regierungsbeamte angebrachten Klagen zu machen haben **42**. 9.

Verhältniß der Verwaltungsbehörden zu den Friedensrichtern und Verfahren bei Requisitionen der Friedensrichter in Disziplinar-Untersuchungssachen **50**. 119.

Befähigung der Friedensrichter zur Funktion als Mitglied eines Landgerichts **59**. 427.

Friedrichsd'ors, Annahme derselben zu 5⅓ Thalern bei allen Kouranzahlungen an die Bank **43**. 100.

Fruchtantheils-Rente, s. Rente.

Früchte, Verbot des Verkaufs von Früchten auf dem Halm in Westphalen **40**. 341.

Auslegung des Ausdrucks „Früchte" im §. 349 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs **56**. 198, 346; **57**. 63.

Früchte auf dem Halm, s. Feldfrüchte.

Fuhrkosten, s. Reisekosten.

Fuhrwerk, die Verpflichtung der Parteien zur Gestellung eines Fuhrwerks ist aufgehoben (Instr. zu §. 61 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126.

Besorgung des Fuhrwerks bei gemeinschaftlichen Reisen mehrerer Beamten (Instr. zu §. 7 des Ges. v. 9. Mai 1851) **52**. 137.

s. auch Lastfuhrwerk.

Fund, s. Gefundene Sachen.

Fundiebstahl, s. Diebstahl.

Fünftelabzug, Anspruch auf den Fünftelabzug in denjenigen Landestheilen, welche vormals zum Königreich Westphalen gehört haben **40**. 295.

Fürsten, Nachweis zur Führung des Fürsten-Titels im Königreich Polen **40**. 362.

Eidesleistung Fürstlicher Personen **46**. 75.

s. auch Hohenzollern.

Fürstenthal (O. P. G. Rath). Haupt-Register zur Gesetz-Sammlung von 1806—1841. **41**. 352.

Fußsteig, s. Weg.

Futterdiebstahl, Bestrafung des Futterdiebstahls der Dienstboten **53**. 267.

G.

Gabholz, Fortdauer der Verordnung der Oesterreichisch-Bayerischen Landes-Administrations-Kommission zu Worms in Betreff des Verkaufs von Gab- oder Losholz **57**. 43.

Gartenfrüchte, Bestrafung der Entwendung geerndteter Bodenerzeugnisse in geringer Quantität oder von unbedeutendem Werth aus Gärten **48**. 45.

Gastwirthe, Bestrafung der Gastwirthe, welche Gäste über den Eintritt der Polizeistunde hinaus in ihrem Lokale dulden **57**. 335.

Gastwirthschaft, inwieweit der Rechtsweg bei Streitigkeiten über den Betrieb der Gastwirthschaft zulässig ist **51**. 154.

s. auch Schankwirthschaft.

Digitized by Google

Gattenmord, s. Mord.

Gauner, s. Jüdische Gauner.

Gebäude, Entschädigung der Eigenthümer nicht versicherter Gebäude, welche während des Brandes zur Hemmung des Feuers niedergerissen werden 39. 130.

Zwischenraum der Gebäude, Ausnahme der §§. 142, 143 Tit. 8 Thl. I. A. L. R. 39. 432; 47. 74.

Uebergang der Lasten und Schulden der alten Hausplätze auf die neuen Grundstücke bei Ausführung der Retablissementspläne ganz oder theilweise abgebrannter Ortschaften 44. 119.

Begriff neu errichteter Gebäude im Sinne der §§. 139, 140 Tit. 8 Thl. I. A. L. R. 47. 74.

Strafe der Brandstiftung an Wohngebäuden, s. Brandstiftung.

Begriff des Diebstahls in einem bewohnten Gebäude, s. Diebstahl.

Der Diebstahl in Schäferhütten ist nicht als Diebstahl in einem bewohnten Gebäude anzusehen 53. 367.

Gebühren (Sporteln), Gebühren bei Requisitionen der Gerichte 39. 392.

Gebühren der bei den Eidesleistungen der Juden mitwirkenden Personen 41. 304.

Gebühren der Beamten für die Bearbeitung solcher Sachen, welche ihnen für ihre Person übertragen werden 43. 11; — desgl. für sachverständige Gutachten 55. 242.

Gebühren der Magistrate für die von denselben auf Requisition der Gerichtsbehörden in deren Vertretung vorgenommenen Handlungen 43. 141.

Gebühren für die Atteste über die in den Gesetzen vom 30. März und 23. Juli 1847 vorgeschriebenen Eintragungen der Geburts-, Heirathe- und Sterbefälle 48. 314, 336; 51. 42, 190.

Die Anstellung von Beamten auf Gebühren statt der Besoldung findet ferner nicht statt (Justr. zu §. 18 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.

s. auch Abtragungsgebühren, Assistenzgebühren, Aufwartungsgebühren, Ausschreibegebühren, Depositalgebühren, Einschreibegebühren, Examinationsgebühren, Gerichtsschreibereigebühren, Heftgebühren, Homagialgebühren, Introduktionsgebühren, Leichengebühren, Sitzgebühren.

s. ferner:

Abwesende, Advokatanwalte, Atteste, Aufgebot, Auktion, Auktions-Kommissarien, Auseinandersetzungsbehörden, Ausfertigungen, Beglaubigung, Bestallungen, Bürgermeister, Bürgschaften, Dolmetscher, Feldmesser, Friedensgerichtsschreiber, Gefangenwärter, Geistliche, Gerichtsschreiber, Gerichtsvollzieher, Insertion, Insinuation, Justiz-Kommissarien (Rechtsanwalte), Lehnwesen, Notare, Sachverständige, Sachverständigen-Vereine, Vertheidiger, Zeugen.

Gebührenfreiheit (Sportelfreiheit).

I. Allgemeine Bestimmungen.

Verfahren bei Kompensation der Gerichtskosten, wenn die eine Partei die Gebührenfreiheit genießt 43. 149.

Gebührenfreiheit bei Bestätigung von Justitiariats-Kontrakten 39. 264.

Gebührenfreiheit der Kommunikation zwischen den Land- und Stadtgerichten und den von ihnen ressortirenden Gerichts-Kommissionen und Gerichts-Aemtern 41. 355.

Kostenfreiheit für die auf den Antrag fiskalischer Behörden erfolgte Eintragung von Domanial-Abgaben, welche bereits bei Anlegung des Hypothekenbuchs bestanden 41. 366. — Gebührenfreiheit der auf Antrag der General-Kommissionen erfolgenden hypothekarischen Eintragungen rückständiger Kosten in Auseinandersetzungssachen auf den Grundstücken der Debenten 42. 217; — desgl. der Verhandlungen über die Großjährigkeits-Verhandlungen solcher Minorennen, deren Vermögen während der Minorennität absorbirt worden ist 43. 151; — desgl. für die in gutsherrlich-bäuerlichen Auseinandersetzungen, Gemeinheitstheilungen und Ablösungen erfolgte gerichtliche Deposition von Geldern und Dokumenten 44. 62; — desgl. der Instruktion von Kriegesentschädigungs-Forderungen 44. 142. — Kostenfreiheit bei der ersten Anlegung von Hypothekenbüchern (Justr. zu §. 3 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114; — desgl. für die hierdurch veranlaßten Insertionen (zu §. 3 c. ebend.) 52. 114.

Umfang der dem Fiskus bei erblosen Verlassenschaften bewilligten Gebührenfreiheit 42. 159. — Inwieweit dem Fiskus die Kostenfreiheit zusteht (Justr. zu §§. 4. Nr. 1, §. 6, §. 8 Nr. 5 des Ges. vom 10. Mai 1851) 52. 114.; (Justr. zu §. 18 des Tarifs) 52. 126.

Gebühren- und Kostenfreiheit für Insinuationen und Requisitionen nach den Kaiserlich Oesterreichischen Staaten und dem Königreich Ungarn 44. 207; — desgl. nach Frankreich 44. 207; — desgl. nach den Deutschen Bundesstaaten 44. 207. — Inwiew it Kostenfreiheit bei Requisitionen ausländischer Behörden stattfindet (Justr. zu §. 60 des Tarifs zum Gesetz vom 10. Mai 1851) 52. 126. — Kostenfreiheit bei Requisitionen der Verwaltungsbehörden (Justr. zu §. 3 des Gesetzes v. 10. Mai 1851) 52. 114.

Inwiefern Kostenfreiheit bei Justiz-Visitationen und Geschäfts-Revisionen stattfindet (Justr. zu §. 3 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.

Kostenfreiheit der im Interesse der Justizaufsicht vorgenommenen Geschäfte (Justr. zu §. 3 des Gesetzes v. 10. Mai 1851) 52. 114.

In welchen Fällen Beschwerden kostenfrei zu behandeln sind (Justr. zu §. 3 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.

Kostenfreiheit für die Ermittelung des Erbschaftsstempels (Justr. zu §. 3 a. des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.

Die nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 bewilligte Kostenfreiheit entbindet nicht von der Erstattung der baaren Auslagen (Justr. zu §. 6 zum Gesetz) 52. 114; s. auch 43. 149.

Sportelfreiheit für die mit den einzelnen Städten wegen deren Befreiung von den Lasten der Kriminalgerichtsbarkeit und der Gefängnißunterhaltung zu errichtenden Verträge 47. 293; — s. auch Gefängnisse.

II. Besondere Bestimmungen.

a) Eisenbahn-Angelegenheiten. Umfang der den Eisenbahn-Unternehmungen bewilligten Gebührenfreiheit 39. 165. — Sportelfreiheit der Eisenbahn-Gesellschaften für alle Verhandlungen und Prozesse, welche durch die Unzufriedenheit der Grundeigenthümer mit der im Wege des Expropriationsverfahrens ihnen festgesetzten Entschädigung hervor-

Digitized by Google

gerufen werden 43. 276. — Auslegung dieser Vorschrift 45. 137. — Kostenfreiheit beim Expropriationsverfahren nach dem Ges. v. 10. Mai 1851 (Justr. zu §. 3 d.) 52. 114.

b) Feuersocietäten, Sportelfreiheit der Land-Feuersocietät der Kurmark, der Nieder-Lausitz und der Neumark 40. 251.

c) Arbeitsanstalten, Armenanstalten, Bürgerrettungs-Institute, Kleinkinderbewahr-Anstalten, Krankenanstalten, milde Stiftungen, Waisenanstalten, Wohlthätigkeitsanstalten.

1) Gebührenfreiheit der Bürgerrettungs-Institute und der von denselben unterstützten Personen in Beziehung auf die bewilligten Unterstützungen und die hierüber auszustellenden Schuld- und Verpfändungs-Urkunden, sowie deren Eintragung in das Hypothekenbuch 41. 87. — Sportelfreiheit des Steinbeckschen Bürgerrettungs-Instituts in Brandenburg 41. 342; — desgl. für das Bürgerrettungs-Institut in Merseburg 42. 9. — Sportelfreiheit für alle Bürgerrettungs-Institute (Justr. zu §. 4 Nr. 6 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.
2) Gebühren- und Sportelfreiheit der Kleinkinder-Bewahranstalten 42. 95.
3) Gebührenfreiheit der Duckschen Armenstiftung 42. 359. — Kostenfreiheit der Armenanstalten und der Gemeinden in den die Verwaltung und Mittel der Armenpflege betreffenden Angelegenheiten (Justr. zu §. 4 Nr. 2 des Ges. v. 10 Mai 1851) 52. 114.
4) Gebührenfreiheit des Schlesischen Vereins der Freiwilligen aus den Jahren 1813 bis 1815. 43. 226.
5) Sportelfreiheit der Gottmannschen Waisen-Unterstützungs-Anstalt in Pleß 43. 87.
6) Sportelfreiheit für den Verein zur Gründung einer Bürgerversorgungs-Anstalt in Breslau 45. 111.
7) Kostenfreiheit der Arbeitsanstalten (Justr. zu §. 4 Nr. 2 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.
8) Kostenfreiheit der Krankenanstalten (Justr. zu §. 4 zum Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.
9) Kostenfreiheit milder Stiftungen (Justr. zu §. 4 Nr. 2 zum Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.

d) Pensions-Vereine und Versicherungsanstalten, Sportelfreiheit des Pensionsvereins der im Departement des O. L. G. zu Frankfurt angestellten Justiz-Kommissarien 43. 162. — Kostenfreiheit der Pensionsanstalten nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 (Justr. zu §. 4 des Gesetzes) 52. 114. — Kostenfreiheit der Versicherungsanstalten (Justr. zu §. 4 Nr. 6 des Ges.) 52. 114.

e) Sterbekassen-Vereine, Sportelfreiheit des Sterbekassen-Vereins für die Justizbeamten im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Breslau 43. 248; — desgl. für den Sterbekassen-Verein der Justizbeamten im Bezirk des O. L. G. zu Königsberg 45. 132.

f) Kirchen-, Unterrichts- und geistliche Anstalten, Sportelfreiheit unbemittelter Kirchen und Pfarreien in gerichtlichen Geschäften 44. 35; (Instruktion zu §. 4 des Gesetzes v. 10. Mai 1851.) 52. 114. — Kostenfreiheit der Gymnasien und Schulen (Justr. zu §. 4 Nr. 4) 52. 114; — desgl. der Kaplaneien und der Kirchen (ebend. zu §. 4) 52. 114. — Inwieweit den Küstereien die Kostenfreiheit zustehe (ebend. zu §. 4 Nr. 4) 52. 114. — Kostenfreiheit der Vikarien (ebend. zu §. 4 Nr. 4) 52. 114; — desgl. der Universitäten (ebend.) 52. 114.

g) Wittwenkassen, Sportelfreiheit der in den Kreisen Wolkenhain und Landshut bestehenden Prediger-Wittwen-Societät 44. 145. — Sportelfreiheit der Allgemeinen Wittwenverpflegungs- und Offizier-Wittwenverpflegungs-Anstalt (Justr. zu §. 3 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.

h) Chaussee-, Fluß- und Kanalbauten, Sportelfreiheit für die Verhandlungen und Atteste hinsichtlich der Geldentschädigungen für die zur Anlegung von Kanälen und Flußbauten abgetretenen Ländereien 44. 120; — desgl. für die von dem Rosenberger Chausseebau-Aktienverein zur Betreibung der rückständigen Aktiengelder bereits angefertigten und noch anzufertigenden Prozesse, soweit diese nicht vor besonders verwalteten Patrimonialgerichten anhängig sind 46. 102. — Gebührenfreiheit für Verhandlungen in Angelegenheiten des Verbandes zur Regulirung der Schwarzen Elster 52. 199.

i) Schulden-Regulirungswesen, Sportelfreiheit, bis zum Schlusse des Jahres 1816 für alle Darlehnsgeschäfte welche von dem Verein zur Regulirung des Kapital-Schuldenwesens der südlichen und bäuerlichen Grundbesitzer im Kreise Warburg vermittelt worden 44. 136.

k) Arbeitsverdienst der Gefangenen, Sportelfreiheit für die Verfehlung des Arbeitsverdienstes der Gefangenen an die Ortsbehörden 46. 115.

l) Kreis-Sparkassen, inwieweit der Kreis-Sparkasse in Brakel die Sportelfreiheit bewilligt worden ist 48. 75.

m) Militairpersonen, in welchen Fällen Militairpersonen die Kostenfreiheit zusteht (Justr. zu §. 4 Nr. 5 zum Gesetze v. 10. Mai 1851) 52. 114. — Kostenfreiheit der Testamente von Militairpersonen bei der Mobilmachung (ebend.)

n) Kredit-Institute, Kostenfreiheit der Kredit-Institute (Justr. zu §. 4 des Gesetzes v. 10. Mai 1851) 52. 114.

o) Besitz-Veränderungen zum allgemeinen Besten, Kostenfreiheit derselben (Justr. zu §. 3 d. des Gesetzes v. 10. Mai 1851) 52. 114.

p) Besserungs-Anstalten, Kostenfreiheit der Besserungs-Anstalten (Justr. zu §. 4 Nr. 2 des Gesetzes v. 10. Mai 1851) 52. 114.

q) Johanniter-Orden, Sportelfreiheit der Ballei Brandenburg des St. Johanniter-Ordens 57. 134.

r) Waisenhäuser, Kostenfreiheit der Waisenhäuser (Justr. zu §. 4 Nr. 2 des Gesetzes v. 10. Mai 1851) 52. 114.

s) Wasserstand, Kostenfreiheit des Verfahrens bei Setzung von Merkpfählen 56. 314.

Gebühren-Taxen, Auslegung der Gebühren-Taxe v. 23. August 1815. 39. 344; 40. 355; 43. 206. — Erwägung der Heize- und Lehrungskosten der Parteien und Zeugen und Festsetzung der Versäumnißkosten (Allsch. IV. Nr. 28 und 46) 39. 345. — Anwendung der Gebühren-Taxe für die Auf- oder Annahme von Testamenten und letztwilliger Verordnungen 40. 279.

Gebühren-Taxe für die in den Regierungsbezirken Merseburg und Erfurt befindlichen Dorfgerichte und Einführung derselben für die Dorfgerichte im Departement des Kammergerichts 42. 133. — Allgemeine Gebühren-Taxe für die Dorfgerichte in gerichtlichen Angelegenheiten 54. 226.

Geburten, Instruktion v. 10. Mai 1847 über das bei Beglaubigung von Geburten auf Grund der Verordnung v. 30. März 1847 zu beobachtende Verfahren 47. 135. — Gebühren für die darüber auszufertigenden Atteste 48. 314; 51. 190.

Digitized by Google

Instruktion v. 29. Juli 1847 über das bei Beglaubigung der unter den Juden vorkommenden Geburtsfälle zu beobachtende Verfahren 47. 233. — Gebühren für die darüber auszufertigenden Atteste 48. 314, 336; 51. 190.
Entwurf einer Verordnung über die Beurkundung des Personenstandes 49. 19.
Mittheilung von Extrakten aus den Registern über die Geburten bei den Juden und Dissidenten 51. 42.
Instruktion über die Beurkundung des Personenstandes Preußischer Unterthanen in außereuropäischen Ländern 54. 350.

Gefahr, Unzulässigkeit des Rechtsweges über Ansprüche, welche aus Anordnungen der Polizei zur Abwendung gemeiner Gefahr hergeleitet werden 51. 259; 52. 277.

Gefälle, s. Abgaben.

Gefangenanstalten, s. Gefängnisse.

Gefangenaufseher, Zulässigkeit der Anstellung von Gefangenaufsehern in etatsmäßige Stellen auf Kündigung 41. 363. — Pensionsbeiträge derselben 42. 207.

Gefangene (Schuldgefangene).

I. Allgemeine Bestimmungen.

Befugniß der Gefängnißbeamten zum Gebrauch der Waffen gegen Gefangene 39. 114. — Diese Bestimmung ist nur für die unter Aufsicht der Gerichtsbehörden gestellten Gefangenanstalten gültig 39. 157.
Bestrafung der Disziplinarvergehen der Untersuchungs-Gefangenen in der Rheinprovinz 40. 138.
Verfahren bei den von Strafgefangenen beabsichtigten Begnadigungsgesuchen 41. 31. — Verfahren der Strafanstalts-Direktionen bei Begnadigungsanträgen in solchen Fällen, wo vor Ablauf einer gewissen Reihe von Jahren auf die Begnadigung nicht angetragen werden darf 45. 42.
Vermeidung des Transports der Gefangenen an Sonn- und Feiertagen 46. 126; 56. 318.
Selbstbefreiung eines Gefangenen mit Beschädigung des Gefängnisses 50. 96.
Begriff der Meuterei unter Gefangenen 53. 414; 55. 64; 57. 224. — Meuterei der Festungs-Baugefangenen in den zu ihrer Beschäftigung bestimmten Räumlichkeiten einer Festung 55. 74.
Verfahren bei Behändigung von Briefen und anderen Schriftstücken an Untersuchungs- und Strafgefangene in den gerichtlichen Gefängnissen 57. 278.
Verfahren bei Insinuation gerichtlicher Straferkenntnisse an verhaftete Angeklagte in Bezug auf die von ihnen etwa anzumeldenden Rechtsmittel 58. 40.
Einrechnung von Nachweisungen der in den Gefängnissen der Gerichtsbehörden verhafteten Gefangenen 56. 34, 382.
s. auch Personalarrest.

II. Beschäftigung der Gefangenen und Arbeitsverdienst derselben.

Instruktion über die Beschäftigung der Gefangenen und der darüber zu führenden Kontrole und Rechnung 39. 295; 54. 158.
Instruktion über die Beschäftigung der gerichtlichen Strafgefangenen außerhalb der Anstalt 54. 251; 56. 382.
Befreiung des Arbeitsverdienstes der Sträflinge und Gefangenen von der Beschlagnahme im Wege des Arrestes oder der Exekution 41. 87.
Verrechnung des Arbeitsverdienstes der Gefangenen 39. 270; 46. 115; 54. 158; 59. 386.
Entschädigung der Gefangenen für die in den Gefängnissen verrichteten Hausarbeiten 56. 158.
Sporteifreiheit für die Versendung des Arbeitsverdienstes der Gefangenen an die Ortsbehörden 46. 115.

III. Verpflegungs-, Bekleidungs- und Kurkosten der Gefangenen.

1) Ermächtigung der Obergerichte zur Genehmigung von Verträgen wegen Verpflegung und Beköstigung der gerichtlichen Gefangenen 44. 97. — Verrechnung der Verpflegungskosten 45. 148; 58. 266, 374. — Darstellung der Verpflegungskosten in den Jahresrechnungen der gerichtlichen Salarienkassen nach Maaßgabe des § 20 der Instruktion v. 1. März 1852. 52. 266. — Anwendung des neuen Landesgewichts bei Abmessung der Verpflegung gerichtlicher Gefangenen 58. 358. — Wiedereinziehung der Haft- und Verpflegungskosten der gerichtlichen Gefangenen 58. 266, 374.
Alimentationskosten unvermögender Festungs-Civil- und Studengefangenen 47. 367; 57. 410.
Erstattung der Verpflegungs- und Transportkosten und Zehrgelder für Verhaftete in Untersuchungen bei Requisitionen der Gerichtsbehörden unter einander 41. 346.
2) Bestätigung der Verträge über Lieferung und Besorgung der Leibwäsche für die Gefangenen 44. 97.
Verrechnung der Bekleidungskosten der Gefangenen 45. 148; 58. 266, 374.
Darstellung der Bekleidungskosten in den Jahresrechnungen der gerichtlichen Salarienkassen 52. 266.
Bekleidung der aus den Gerichtsgefängnissen an die Strafanstalten abzuliefernden Zuchthaussträflinge 56. 274.
3) Remuneration der Medizinalpersonen für die Behandlung der Gefangenen 41. 255.
Aufbringung der Kur- und Verpflegungskosten für die wegen Krankheit oder Schwangerschaft aus der Haft entlassenen Untersuchungs-Gefangenen 48. 110.

IV. Transportkosten der Gefangenen.

Erstattung der Transportkosten für Untersuchungs-Gefangene bei Requisitionen und Aufträgen der Gerichtsbehörden unter einander 41. 346.
Darstellung der Transportkosten in den Jahresrechnungen der gerichtlichen Salarienkassen nach Maaßgabe des § 20 der Instruktion v. 1. März 1852. 52. 266.
Verrechnung der Transportkosten für gerichtliche Gefangene 58. 376; — desgl. wenn Gefangene aus einem unter der Verwaltung eines Gerichts stehenden Gefängnisse in ein anderes gerichtliches Gefängniß transportirt werden 59. 138.
s. auch Transport.

V. Besondere Bestimmungen.

Ansatz von Heizungs-, Reinigungs- und Verpflegungskosten für die Aufnahme städtischer Polizeigefangenen in die gerichtlichen Gefängnisse 56. 182.
Gottesdienstliche und seelsorgerische Pflege der gerichtlichen Gefangenen 59. 346.

Gefangenwärter (Gefangenaufseher), Sitzgebühren der Gefangenwärter 41. 193; 56. 182.
Zulässigkeit der Anstellung von Gefangenwärtern in etatsmäßige Stellen auf Kündigung nach Abzug der Pensions-Beiträge 42. 207.

Gefangenaufseher, inwiefern gegen einen Gefangenaufseher wegen Ueberschreitung seiner amtlichen Befugnisse die gerichtliche Verfolgung zulässig ist 59. 254.

Digitized by Google

Gefängnisse (Gefangen-Anstalten).

1) Vollstreckung der Zuchthausstrafen unter sechs Monaten in den Gefängnissen **39**. 150. — Vorschriften über die Vollstreckung der durch das Strafgesetzbuch bestimmten Freiheitsstrafen **51**. 367. — Einrichtung von Nachweisungen der in den Gefängnissen der Gerichtsbehörden verhafteten Gefangenen **56**. 34.

Vollstreckung der bis zum Nachweis des ehrlichen Erwerbs erkannten Detention in Pelizei-Gefangenanstalten **39**. 261.

Begriff einer Gefangenanstalt im Sinne des §. 96 des Strafgesetzbuchs **55**. 74.

Bestrafung des Ausbruchs aus dem Gefängnisse **55**. 64; **57**. 224.

2) Verpflichtung der Stadtgemeinden zur Anlegung und Unterhaltung der Justizgefängnisse und der dazu gehörigen Hofräume **44**. 47.

Abkommen mit den Städten zu deren Befreiung von der subsidiarischen Verhaftung für die Lasten der Kriminalgerichtsbarkeit, sowie der Last der Gefängnis-Unterhaltung **46**. 222. — Zulässigkeit der Abtretung der von den Städten für die Befreiung von der Last der Gefängnis-Unterhaltung übernommenen Renten **47**. 135. — Stempel- und Sportelfreiheit der darüber zu schließenden Verträge **47**. 293. — Ausführung des Gesetzes v. 1. August 1855, betreffend die Entlastung der Städte von der Verpflichtung zur Unterhaltung und Verwaltung der Gefängnisse ꝛc. **55**. 250, 318, 354; **56**. 182.

3) Verwendung und Verrechnung der Baugelder für Gefängnißbauten **39**. 57; **50**. 2, 335; — desgl. der Baugelderzinsen **42**. 314. — Einschränkung der Gefängnißbauten **48**. 215.

4) Aus welchem Fond die Kosten für Reparaturen der aus Staatsfonds unterhaltenen gerichtlichen Gefängnisse zu bestreiten sind **41**. 70, 145; **42**. 292; **43**. 67, 187; **45**. 90; **50**. 2, 335. — Einschränkung der Reparaturen an den gerichtlichen Gefängnissen **48**. 215. — Verfahren, wenn die für Gerichtsbehörden ausgeführten Reparaturen den Betrag von 20 Thalern nicht erreichen **43**. 67. — Befugniß der Gerichte erster Instanz zur Anordnung den Gebäude-Reparaturen bis zum Betrage von 10 Thalern **52**. 310.

5) Aus welchem Fond die Kosten für Utensilien der aus Staatsfonds unterhaltenen gerichtlichen Gefängnisse zu bestreiten sind **41**. 70; **45**. 90; **50**. 2, 335.

Verrechnung der Ausgaben zur Unterhaltung der Gefängniß-Utensilien **45**. 148. — Darstellung der Ausgaben für die Instandhaltung der Gefängniß-Utensilien in den Jahresrechnungen der gerichtlichen Salarienkassen nach Maaßgabe des §. 20 der Instruktion vom 1. März 1852. **52**. 266.

Verrechnung der Kosten für die Heizung und Beleuchtung **57**. 310.

6) Gottesdienst und Seelsorge in den gerichtlichen Gefängnissen **59**. 346.

Gefängnißstrafe. 1) Ob in Strafsachen, worin auf eine Geldstrafe, zugleich aber auch alternativ oder subsidiarisch auf Gefängnißstrafe erkannt ist, der von dem Verurtheilten eingezahlte Geldbetrag wider dessen Willen zunächst auf die Untersuchungskosten und dann erst auf die Strafe angerechnet werden kann **40**. 81. — Verwandlung der bei Exekutionen auf Unterlassungen eventuell dem Exzeguendus angedrohten Geldstrafen im Falle seines Unvermögens in verhältnißmäßige Gefängnißstrafen **40**. 107. — Geldbußen, welche auf Grund der Verordnung vom 11. Juli 1849 einem Beamten als Ordnungsstrafen auferlegt werden, dürfen im Falle des Unvermögens nicht in Gefängnißstrafen verwandelt werden **50**. 111.

2) Zulässigkeit der Vollstreckung einfacher Gefängnißstrafen während der Dauer des wegen eines anderen Vergehens verhängten Untersuchungsarrestes **39**. 362.

Personen, welche in dem Gefängnisse wahnsinnig geworden sind, ist die Zeit, während welcher sie in einer Irrenanstalt aufbewahrt werden müssen, auf die Strafzeit anzurechnen **40**. 190.

Gefängnißstrafen wegen Vergehen sind in der Regel in den gerichtlichen Gefängnissen abzubüßen, doch können auch Gefängnißstrafen von längerer Dauer als sechs Monaten in den von dem Ministerium des Innern reffortirenden Strafanstalten vollstreckt werden **51**. 367.

Gebrauch des Ausdrucks „Gefängniß“ in Berichten und Erlassen der Behörden **43**. 31.

3) Verfahren bei Umwandlung der Gefängnißstrafe in eine militairische Freiheitsstrafe **52**. 218.

s. auch Geldstrafe, Strafumwandlung.

Gefängnißwesen, Empfehlung der Zeitschrift „Jahrbücher der Gefängnißkunde und Besserungsanstalten“ **42**. 372.

Gefreite, Berechnung der den Gefreiten bei ihrer ersten Anstellung im Civildienste zu machenden Gehaltsverbesserungs-Abzüge **54**. 27.

Gefundene Sachen, Verfahren beim Zuschlag gefundener Sachen **39**. 61.

Annahme eine verlorene und demnächst von einem Anderen gefundene Sache in das Eigenthum des Finders übergeht **59**. 139.

Funddiebstahl, s. Diebstahl.

Kostenansatz beim Aufgebot gefundener Sachen (Instr. zu §. 9 des Tarifs zum Gesetz v. 10. Mai 1851) **52**. 126.

Gehalt, s. Besoldung.

Gehaltsabzüge, s. Besoldung.

Gehaltsverbesserungs-Abzüge, s. Zwölftelabzug.

Gehaltszulage, Erhöhung der Amtskautien kautionspflichtiger Beamten aus Veranlassung einer Gehaltszulage **40**. 225. — Unzulässigkeit des Rechnenzugs bei Ansprüchen der Staatsbeamten auf Gewährung einer Gehaltszulage **59**. 188.

s. auch Amtskaution

Geheime Verbindungen, Bestrafung derselben **44**. 38.

Geisteskranke (Gemüthskranke, Blödsinnige, Schwachsinnige, Wahnsinnige).

Verfahren bei Aufnahme gemüthskranker Personen in Irrenanstalten **39**. 102; **40**. 69.

Personen, welche in dem Gefängnisse wahnsinnig geworden sind, ist die Zeit, während welcher sie in einer Irrenanstalt aufbewahrt werden müssen, auf die Strafzeit mit anzurechnen **40**. 190.

Zurufen der Patrimonial-Gerichtsherrn zur Tragung der baaren Auslagen in den bei den Patrimonialgerichten anhängigen Blödsinnigkeits-Erklärungs-Prozessen beizupflichten ist **40**. 260.

Untersuchungsverfahren gegen schwachsinnige Personen **51**. 37.

Kostenansatz für die Vormundschaft über blödsinnige Personen (Instr. zu §. 7 des Gesetzes v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Verfahren bei Anträgen auf Wahnsinnigkeits- und Blödsinnigkeits-Erklärung **59**. 280.

s. auch Gemüthszustand.

Digitized by Google

Geistliche (Pfarrer), Verfahren der Pfarrer bei Führung und Ablieferung der Duplikate den Kirchenbüchern **41.** 87.

Unzulässigkeit der Vernehmung von Geistlichen als Zeugen über die ihnen von den Parteien beim Sühneversuch in Ehescheidungssachen eröffneten Mittheilungen **41.** 220. — Geistliche können nicht gezwungen werden, über das, was ihnen außer der Beichte als Amtsgeheimniß mitgetheilt worden, Zeugniß abzulegen **53.** 356; **59.** 351.

Verfahren bei Einleitung gerichtlicher Untersuchungen wider Geistliche wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der §§. 214 und 277 Th. 2 Tit. II. des Allg. Landrechts **47.** 136. — Gerichtliches Verfahren gegen Geistliche wegen Verletzung bestehender Landesgesetze bei geistlichen Amtshandlungen **51.** 3. — Verfahren bei Einleitung der Untersuchung gegen einen Geistlichen wegen eines Verbrechens oder Vergehens **51.** 230. — Einwirken gegen Geistliche wegen Ueberschreitung des Züchtigungsrechts die gerichtliche Verfolgung nach §. 3 des Gesetzes vom 13. Februar 1854 zulässig ist **58.** 68, 71. — Zulässigkeit des Rechtsweges gegen Geistliche, wenn Geistliche in Verhaltungen oder Verbindungen durch beleidigende Aeußerungen die Grenzen ihrer Amtsbefugnisse überschreiten **59.** 237, 262, 271.

s. auch Konflikte.

Anweisung für die bei den gerichtlichen Gelöbnissen mit der gottesdienstlichen und seelsorgerischen Pflege der Angenommen beauftragten evangelischen Geistlichen **59.** 346.

Verfahren bei Gehaltsabzügen solcher evangelischen Pfarrer, denen ein aus dem Einkommen der Pfarre zu remunerirender Amtsgehülfe bestellt worden ist **45.** 6.

Wegfall der Gebühren der Geistlichen für die Sühneversuche in Ehescheidungs-Prozessen **46.** 178. — Gebühren der Geistlichen nach §. 67 des Tarifs zum Gesetze vom 10. Mai 1851. **52.** 126. — Gebühren der bei Eidesabnahmen zugegogenen Geistlichen **53.** 382.

Inwiefern bei Streitigkeiten über Zusatzgehalt der Geistlichen der Rechtsweg zulässig ist **55.** 238; — desgl. über Natural- und Geldprästationen, welche an Geistliche zu entrichten sind und auf altem Herkommen beruhen, z. B. Mahlzeitgelder ꝛc. **57.** 119; **58.** 195.

Katholische Geistliche, ein im Wege der Kriminal-Untersuchung durch rechtskräftiges Erkenntniß seines Amts entsetzter katholischer Geistlicher verliert dadurch den ihm durch die Priesterweihe verliehenen geistlichen Karakter nicht und macht sich durch das Lesen einer einfachen oder sogenannten stillen Messe nicht strafbar **41.** 159. — Anwendung des Gesetzes vom 13. Februar 1854 auch auf katholische Geistliche **59.** 237.

Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über die Festsetzung der Kompetenz für Geistliche in Folge der Säkularisation der Klostergüter **48.** 191.

Geistliche Stellen, Zulässigkeit des Rechtsweges bei Zurückbehaltung des Gehalts erledigter geistlicher Stellen **48.** 184.

Geld, Gebühren der Rechtsanwalte für die Erhebung und Ablieferung von Geldern s. Rechtsanwalte.

Berechnung fremden Geldes bei dem Kostenansatze nach dem Gesetze vom 10. Mai 1851 (Zusatz. zu §. 11) **52.** 114.

Falsches Geld, s. falsche Münzen, Münzverbrechen.

Geldsendungen, Form der den Postämtern auszustellenden Quittungen über die durch die Post bei den Gerichten eingehenden Gelder **39.** 207. — Kontrolirung der Postscheine über Beträge von mehr als 5 Thalern bis zum Eingange der Quittungen der auswärtigen Empfänger **40.** 91; **41.** 355. — Verfahren bei Geldsendungen mit der Post und bei deren etwa erforderlicher Zurücknahme vor dem wirklichen Abgange derselben **41.** 355; **42** 80, 234; **45** 210. — Verfahren bei Geldsendungen nach dem Gesetze vom 10. Mai 1851 (Zusatz. zu §. 67 des Tarifs) **52.** 126; **54.** 411.

Vermeidung von Geldsendungen durch Abrechnung der Behörden unter einander (Regulativ v. 3. Januar 1858 §. 8) **58.** 53.

Die Ausstellung von Quittungen bei Geldsendungen zwischen Königlichen Kassen vor Absendung der Gelder ist nicht erforderlich **40.** 115; — desgl. bei Geldsendungen zwischen den gerichtlichen Salarienkassen und den Kassen der General-Kommissionen **41.** 120. — Bei Geldsendungen aus den Salarien- und Sportelkassen an andere Königliche Kassen ist ohne Rücksicht auf die Höhe des Betrages Quittung der empfangenden Kasse den Belägen beizufügen **50.** 171.

Welche Gebühren in unvermögenden Untersuchungen bei ihrer Versendung portopflichtig sind **40.** 83.

Portopflichtigkeit der Geldsendungen an den Münzrath Loos für die Lieferung von Dienstsiegeln **42** 259.

Portopflichtigkeit der von den Preußischen Gerichten an die Königlich Sächsischen Justizbehörden durch die Post versandten Gelder **51.** 311.

Portofreiheit der Geldsendungen in armen Vormundschaftssachen bei Kommunikation zwischen den Land- und Stadtgerichten und den von ihnen ressortirenden Gerichts-Kommissionen und Gerichtsämtern **41.** 355. — Zusammenstellung der nach dem Erscheinen des Gesetzes vom 10. Mai 1851 gültigen Bestimmungen über die Portofreiheit der gerichtlichen Geldsendungen **52.** 287. — Anwendung des §. 7 derselben **54.** 411. — Uebergang der Kontrole der Portofreiheit bei geldsendungen auf die Ober-Post-Direktionen **53.** 187. — Portofreiheit bei Uebersendung der Gebühren für die Gutachten der Sachverständigen-Vereine zum Schutze gegen Nachdruck **58.** 231.

Bei Versendung von Depositalgeldern bis zu 10 Thalern genügt der Postschein als Rechnungsbeleg **59.** 206.

Geldstrafen. I. Allgemeine Bestimmungen.

Ob in Strafsachen, worin auf eine Geldstrafe, zugleich aber auch alternativ oder subsidiarisch auf Gefängnißstrafe erkannt ist, der von dem Verurtheilten eingezahlte Geldbetrag zunächst auf die Untersuchungskosten und dann erst auf die Strafe angerechnet werden kann **40.** 84.

Verwandlung der bei Exekutionen auf Unterlassungen eventuell dem Frequendus angedrohten Geldstrafen im Falle seines Unvermögens in verhältnißmäßige Gefängnißstrafen **40.** 107. — Maaßstab, nach welchem Geldstrafen im Unvermögensfalle in Freiheitsstrafen umzuwandeln sind **54.** 2. — Befugniß des Justiz Ministers, einer nicht beitreibbaren Freiheitsstrafe eine Geldstrafe zu substituiren; bei dieser Umwandlung ist der §. 17 des Strafgesetzbuchs nicht maaßgebend **54.** 81.

Abhandlung über die Geldstrafen und die bestehenden Grundsätze über die Vereechtigung zu deren Erhebung, sowie über ihre Einziehung und Verrechnung bei den Gerichten **52.** 363; **56.** 191.

Festsetzung und Zahlung der Denunziantenantheile von Geldstrafen und die Verrechnung der Geldstrafen bei den gerichtlichen Salarienkassen **52.** 358; **57.** 386.

Digitized by Google

Verfahren bei Gesuchen um Stundung oder Bewilligung von Theilzahlungen rechtskräftig erkannter Geldstrafen **53.** 410.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die polizeiliche Androhung, Festsetzung und Beitreibung von Geldbußen als polizeiliches Exekutionsmittel **53.** 227.

II. Besondere Bestimmungen über Geldstrafen:

1) in Zoll- und Steuersachen. In welchen Fällen die Untergerichte die von den Steuerbehörden festgesetzten Geldstrafen in Freiheitsstrafen umzuwandeln befugt sind **39.** 107.

Vertretung des Fiskus bei Interventions-Ansprüchen, welche bei exekutivischer Beitreibung gerichtlich erkannter Geldstrafen wegen Zoll- und Steuervergehen erhoben werden **52.** 354.

Zusammenstellung der Bestimmungen über die Verwendung von Strafgeldern und Konfiskats-Erlösen in Untersuchungen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Steuergesetze **52.** 360.

Zahlung der von den Verwaltungsbehörden in Steuerkontraventionssachen festgesetzten Geldstrafen **53.** 442.

Verhaftung der Eisenbahn-Direktionen für die von den betreffenden Eisenbahnbeamten durch unrichtige Deklaration verwirkten Steuerstrafen **57.** 435.

2) in Holzdiebstahls-, Forst- und Waldfrevelsachen. Verfahren bei Festsetzung von Geldstrafen wegen Entwendung von Gras, Kräutern, Haide, Moos, Laub und sonstigem Streuwerk aus den Waldungen **39.** 250. — Abführung der Geldstrafen **54.** 29, 275; **59.** 250.

Verfahren bei exekutivischer Einziehung der Entschädigungen und Geldstrafen bei Holzdiebstählen, welche in städtischen Kommunal- und Privatforsten verübt worden sind **42.** 207.

Verfahren in Holzdiebstahlssachen, wenn die Geldstrafe nicht beigetrieben werden kann **49.** 280; **53.** 10.

Verfahren bei Einziehung und Vereinnahmung gerichtlich erkannter Forstpolizei-Geldstrafen **51.** 258; **54.** 275.

Abführung der Strafgelder für Forstfrevel in der Rheinprovinz mit Ausschluß der gesetzlich bestimmten Ausnahmen an den Polizei-Strafgelder-Kommunalfond zur Verpflegung und Erziehung verlassener Kinder **39.** 351.

Verfahren bei Einziehung der gegen diesseitige Unterthanen wegen begangener Forstfrevel in den benachbarten fremdherrlichen Waldungen erkannten Geldstrafen **44.** 231.

3) in Rheinzoll-Defraudationssachen. Geldstrafen wegen Defraudirung des Rheinzolls auf gemeinschaftlichen Stromstrecken stehen ausschließlich derjenigen Landesherrschaft zu, in deren Namen die Strafe auferlegt wird **40.** 327.

4) wegen Polizeivergehen. Verfahren bei Einziehung von Geldstrafen in gerichtlichen Untersuchungen wegen Polizeivergehen **49.** 272; **50.** 160.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen polizeilich angedrohte, resp. exekutivisch eingezogene Geldstrafen **51.** 68; **56.** 206; **57.** 21.

Ob einer Kommune oder einer Armenkasse die Polizei-Geldstrafe gebührt, ist von dem Polizeirichter sogleich im Erkenntnisse auszusprechen **51.** 74.

5) wegen Chaussee-Kontraventionen. Verrechnung der für Chausseepolizei- und Chaussee-Kontraventionen eingehenden Strafgelder **50.** 171.

6) wegen Gewerbe-Kontraventionen. Haftung des Brennereibesitzers für die von seinen Brenner in Gewerbe-Kontraventionsfällen verwirkten Geldbußen **57.** 275.

7) wegen unterlassener An- und Abmeldung der Reserve- und Landwehrmannschaften. Verwendung der hierfürhalb erkannten Geldstrafen **50.** 227; **52.** 358.

8) gegen ausgetretene Militairpflichtige. Einziehung und Verrechnung der gegen ausgetretene Militairpflichtige erkannten Geldstrafen **53.** 54.

9) Geldstrafen als Ordnungsstrafe. Befugniß der vorgesetzten Dienstbehörden, die ihnen untergeordneten Richter und Gerichte zur Befolgung der denselben ertheilten dienstlichen Aufträge durch Geldstrafen anzuhalten **50.** 74. — Geldbußen, welche einem Beamten als Ordnungsstrafe auferlegt werden, dürfen nicht in Gefängnißstrafen verwandelt werden **50.** 111. — Verwendung des einem richterlichen Beamten wegen Ueberschreitung des Urlaubs im Wege des Disziplinarverfahrens entzogenen Theils seines Diensteinkommens **55.** 102.

Gemeinde (Gemeindemitglieder, Gemeindeverband, Kommunalverband), von wem nach Sächsischen, resp. gemeinen Deutschen Rechten Sachen und Rechte, die zur Benutzung von Seiten einzelner Gemeindemitglieder, als solcher, bestimmt sind, mit der Wirkung der Erwerbung des Besitzes für die Gemeinde in Besitz genommen werden können **42.** 99.

Vertretung einer Landgemeinde im Westphalen in Prozessen durch den Amtmann, resp. Vorsteher **46.** 14.

Verfahren bei Exekution gegen eine Gemeinde, welche kein besonderes Vermögen besitzt **47.** 309.

Verjährung von Holz- und Waldgerechtsamen durch Gemeindemitglieder **48.** 104.

Gegen Verfügungen der Regierung, wodurch einer Gemeinde die Verpflichtung auferlegt wird, die von ihr ausgewanderten und zurückgekehrten Familien wieder aufzunehmen, ist der Rechtsweg unzulässig **48.** 216.

Das im §. 1 des Gesetzes v. 21. Januar 1845 gestattete Einzugsgeld hat die Natur einer Gemeinde und findet gegen sie Verbindlichkeit zur Zahlung desselben der Rechtsweg nicht statt **48.** 299.

In welchen Fällen die Transportkosten der von den Polizeibehörden verhafteten verdächtigen Personen von den Gemeinden zu tragen sind **50.** 188; **57.** 114; **59.** 298.

Unzulässigkeit des gerichtlichen Exekutionsverfahrens wider Gemeinden in der Rheinprovinz **51.** 14.

Erwerbung eines Hütungsrechts für eine Gemeinde durch Verjährung nach gemeinem Recht **52.** 182.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Anordnungen der Verwaltungsbehörden über die Aufnahme neu anziehender Personen in den Gemeindeverband **53.** 192.

Die Rechtsgültigkeit der von den Polizeibehörden erlassenen ortspolizeilichen Vorschriften ist von der Zustimmung des Gemeindevorstandes nicht abhängig **54.** 268.

Die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen einer Gemeinde und einem Gemeindebeamten über das demselben vertragsmäßig gebührende Gehalt gehört zur Kompetenz der ordentlichen Gerichte **55.** 81.

Kompetenz der Gerichte zur Entscheidung der Frage: ob eine Civilgemeinde in den Theilen des linken Rheinufers zum Bau einer den Bevölkerungsverhältnissen entsprechenden katholischen Kirche verpflichtet sei **55.** 121.

Digitized by Google

Streitigkeiten zwischen einer Gutsherrschaft und einer Gemeinde über die Bildung eines gemeinschaftlichen Armenverbandes sind im Rechtswege zu entscheiden 55. 384.

Streitigkeiten über die Berechtigung des Staats, von einer Gemeinde Hand- und Spanndienste zu fordern, sind im Rechtswege zu entscheiden 56. 11.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die Heranziehung der Gemeinde-Eingesessenen zur Aufforstung von Waldland in der Rheinprovinz 56. 287.

Streitigkeiten darüber, zu welchem Gemeindeverbande ein bestimmtes Grundstück gehört, sind von den Verwaltungsbehörden zu entscheiden 52. 69; 54. 423; 57. 22; 58. 275.

Zulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten zwischen verschiedenen, zu einem Kommunalverbande gehörenden Gemeinden über die Unterhaltung eines Ortsarmen 52. 69; 54. 430; 57. 22; 58. 430.

Erfordernisse zur Erwerbung des Wohnsitzes in einer Gemeinde 59. 2.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die Anordnung der Regierung, wodurch einer Stadtgemeinde aufgegeben wird, der katholischen Schule denselben Zuschuß aus der Kämmereikasse zu gewähren wie der evangelischen Schule 59. 77.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die von einer Polizeibehörde ergangene Verfügung, durch welche einem Ortsarmen eine höhere, als die von der Ortsgemeinde bewilligte Unterstützung angewiesen wird 59. 154. — s. auch Armenpflege.

s. ferner Civilgemeinde, Dorfgemeinde, Kirchengemeinde, Schulgemeinde, Stadtgemeinde.

Gemeinde-Abgaben, (Gemeindelasten, Braugerechtigkeits-Amortisationsfond, Brunnenkassengelder, Einkommensteuer, Einzugsgeld, Hafengelder, Kommunallasten, Klassensteuer).

Welche Abgaben unter den im §. 655 Tit. 9 Thl. I. A. L. R. erwähnten Abgaben und Lasten zu verstehen sind 46. 135.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die von den Verwaltungsbehörden im Wege der Oberaufsicht erfolgte Regulirung der von den Gemeindemitgliedern zu entrichtenden Beiträge zu den Gemeindelasten und anderen Steuerbeiträgen, als:

Beiträge zur Armenpflege 48. 127.

Beiträge der Büdner zu den Gemeindelasten nach Maaßgabe der von ihnen entrichteten Grundsteuer 48. 128, 129; 49. 7.

Beiträge zu einem städtischen Braugerechtigkeits-Amortisationsfond 48. 283.

Anderweitige Vertheilung der Gemeinde-Abgaben 50. 287.

Einziehung des Einzugsgeldes 48. 299; 51. 171; 54. 451. — Die Behauptung, daß die Forderung des Einzugsgeldes mit einem alten Herkommen im Widerspruch steht, ist nicht geeignet, den Rechtsweg zu begründen 57. 173.

Beiträge zu einem Gemeinde-Wegebau 52. 183.

Beiträge zu Kreisbedürfnissen 52. 183.

Beiträge zu Grund-Entschädigungsgeldern zum Straßenbau 52. 339.

Erhebung städtischer Steuern und Abgaben 54. 387, 428; 55. 13.

Beiträge zur Deckung eines von dem Gemeinde-Steuer-Einnehmer gemachten Defekts nach Maaßgabe der veranlagten Klassensteuer 57. 157.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die von den Kommunalbehörden erfolgten Steuerveranlagungen, als:

Beiträge zu Leistungen an Kirchen- und Schulbeamte 52. 321.

Einziehung der Klassensteuer 52. 383.

Einziehung von Kommunal-Einkommensteuer 53. 42, 379; 54. 179; 58. 275.

Einziehung von Rauchfangsteuer 53. 200.

Entrichtung von Miethssteuer 53. 443; 58. 193.

Beiträge zum Gehalt der Gemeindevorsteher in der Rheinprovinz 54. 316.

Beiträge zum Feldhüterlohn 54. 423.

Inwiefern der Rechtsweg bei Streitigkeiten über die Regulirung und Einziehung von Gemeindelasten und Abgaben zulässig ist, und zwar über

Erhebung der Kommunalabgaben, familien- und nicht hausweise 48. 113.

Vertheilung der Gemeindelasten nach Verhältniß der landesherrlichen Steuern 48. 114.

das Verfahren bei Berechnung der Miethssteuer 53. 178.

die Vertheilung allgemeiner Lasten und Abgaben, wenn Jemand über die Gebühr belastet zu sein behauptet und deshalb Vergütigung von dem Verpflichteten verlangt 54. 347; 58. 246.

die gegenseitige Beitragspflicht zu den Gemeinde- und Societätslasten 50. 287; 54. 361, 428; 57. 22; 58. 246.

Entschädigungs-Ansprüche für die zur Ungebühr erfolgte Einziehung von Gemeinde-Abgaben 54. 371.

Befreiung der Staatsbeamten von Gemeindebeiträgen 51. 253; 54. 379; 55. 411, 427; 57. 202.

Weidegangsabgaben in der Rheinprovinz 56. 54.

Befreiung der Rheinschiffer von städtischer Einkommensteuer und Gewerbesteuer 58. 210.

Gegen landesherrlich genehmigte Beschlüsse der Kreisstände, durch welche Gemeinden zu gewissen Lasten verpflichtet werden, kann ein Einspruch im Wege Rechtens nur aus solchen Gründen erhoben werden, aus welchen der Rechtsweg gegen die Einziehung allgemeiner Staats- und Kommunal-Abgaben zulässig ist 53. 67; 56. 29.

Streitigkeiten über solche zur Kommunalkasse fließende Einnahmen, als: Hafengelder, Brunnenkassengelder ꝛc., welche auf Grund eines geschlossenen Vergleichs erhoben worden, sind im Rechtswege zu entscheiden; es macht dabei keinen Unterschied, wenn der Vergleich im Aufsichtswege von der vorgesetzten landesherrlichen Behörde bestätigt worden ist 56. 4.

Rechtsanwalte als solche haben auf eine Befreiung von den Kommunal-Abgaben keinen Anspruch 57. 225.

Inwiefern Streitigkeiten über die Befreiung von Kommunallasten zur richterlichen Erörterung und Entscheidung geeignet sind 57. 343.

Anwendung der Gemeinde-Ordnung v. 11. März 1850 §. 1. 52. 69; §. 3. 55. 305, 56. 363; §. 46. 54. 451, 59. 231; §. 47. 54. 387, 55. 43; §. 53. 55. 43; §. 60. 55. 81; §. 106 56. 54; §. 107. 52. 339; §. 122. 56. 54; §§. 138 ff. 52. 321, 55. 13; §§. 139 ff. 54. 387, 55. 13; §§. 141 ff. 57. 242; §. 146. 52. 69; §. 147. 52. 69; §. 152. 54. 387; §. 156. 55. 13, 81.

s. auch Einzugsgeld.

Gemeinde-Aemter, die Annahme von besoldeten und unbesoldeten Gemeinde-Aemtern Seitens der Staatsbeamten darf nur mit Genehmigung der vorgesetzten Dienstbehörde erfolgen 51. 151.

Digitized by Google

Gemeindebeamte (Kommunalbeamte), Frist zur Einlegung und Rechtfertigung des Rechtsmittels der Aggravation in Kriminal- und fiskalischen Untersuchungen gegen Kommunalbeamte **40**. 392.

Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Anstellung und Entlassung von Kommunalbeamten **51**. 308.

Zulässigkeit des Rechtsweges über Forderungen der Gemeindebeamten wegen entzogener Diensteinkünfte **53**. 83; **55**. 401; — desgl. bei Streitigkeiten über das einem Gemeindebeamten vertragsmäßig zugesicherte Gehalt **55**. 81; — desgl. bei Klagen suspendirter Gemeindebeamten wegen zu viel entzogenen Diensteinkommens **55**. 115; — desgl. bei Ansprüchen der Gemeindebeamten auf Dienstgehalt und Emolumente **55**. 301; — desgl. bei Entschädigungs-Ansprüchen der Gemeindebeamten für entzogene Dienstemkünfte, wenn sie vom Magistrat gewährt, demnächst aber in ihr Amt nicht eingewiesen worden sind **57**. 146.

Zulässigkeit des Rechtsweges bei streitigen Pensions-Ansprüchen der Kommunalbeamten **53**. 246.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Anordnungen der Regierung, wodurch einem Gemeindebeamten im öffentlichen Interesse eine höhere, als die vom Magistrat kontrahirte Besoldung angewiesen wird **59**. 149.

s. auch **Städtische Beamte**.

Gemeindegericht, Einrichtung von Gemeindegerichten **50**. 94.

Gemeindegrundstücke (Gemeindegründe), Verfahren bei Veräußerung von Gemeindegrundstücken, woran Minderjährige ein Miteigenthum haben **41**. 80.

Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Frage, zu welcher Gemeinde ein Grundstück gehört **52**. 69; **54**. 423; **57**. 22.

s. auch **Anbauer**.

Gemeindeloos, Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über den Genuß eines Gemeindeloses in der Rheinprovinz **51**. 281.

Gemeindenutzungen, Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über die Theilnahme an Gemeindenutzungen in der Rheinprovinz **52**. 72; **53**. 99, 124; **54**. 418.

Inwiefern der Rechtsweg dabei zulässig ist **57**. 350.

Inwiefern Nutzungsrechte der Gemeindemitglieder zum Gemeindevermögen gehören **59**. 367.

Gemeindeverband, Zulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über Eigenthumsrechte, welche mit dem Gemeindeverbande in Verbindung stehen **53**. 423.

Gemeindeverfassung, Fortdauer der bisherigen Kommunalverfassung in Westphalen bis zur Einführung der neuen Kommunalbehörden **42**. 214, 215.

Gemeindevermögen, Unzulässigkeit des Rechtsweges, wenn durch Beschluß der städtischen Behörden Gemeindevermögen in Kämmereivermögen verwandelt wird **58**. 161.

Inwiefern gegen Verfügungen der Gemeinde-Versammlungen in Westphalen über die Benutzung des Gemeindevermögens der Rechtsweg unzulässig ist **59**. 367, 448.

Streitigkeiten über die Verwaltung und Beaufsichtigung eines zum Gemeindevermögen gehörenden Armenfonds sind im administrativen Wege zu entscheiden **58**. 216.

s. auch **Bürgervermögen**.

Gemeindevertretung, Unzulässigkeit des Rechtsweges, wenn die Gemeindevertretung selbst die Anordnung der Aufsichtsbehörde, welche einen von der ersteren geschlossenen Jagdverpachtungsvertrag mißbilligt, und die Abschließung eines neuen veranlaßt hat, anfechten will **54**. 21, 399.

Gemeindewaldungen, s. **Waldungen**.

Gemeindeweg, s. **Wege**.

Gemeindeweide, Theilnahmerecht der unangesessenen Bürger an der Gemeindeweide **44**. 48.

Gemeine Gefahr, s. **Gefahr**.

Gemeines Recht, dem Minderjährigen, welcher nach Einführung des A. L. R. in Westphalen die Großjährigkeit oder veniam aetatis erlangt hat, steht hinsichts eines während der Herrschaft des früheren Gemeinen Rechts geschlossenen Vertrages die Restitution zu **42**. 156.

Erwerbende Verjährung der rerum universitatis in specie nach den Grundsätzen des Sächsischen und resp. Gemeinen Rechts **42**. 99.

Nach den Grundsätzen des Gemeinen und Sächsischen Rechts wird durch die von dem Besitzer der Hypothek geleistete Zahlung der Zinsen die Klageverjährung gegen den Gläubiger, auch in Beziehung auf den persönlichen Schuldner des Kapitals gehemmt und unterbrochen **42**. 372.

Gemeinheitstheilungen, Anwendung des §. 164 der Gemeinheitstheilungs-Ordnung v. 7. Juni 1821; — desgl. der §§. 168—170. **39**. 432. **56**. 378; — desgl. der §§. 1, 2, 16, 108—110 **59**. 91.

Feststellung des Theilnehmungsrechts **41**. 128.

Zusammenwirken der Regulirungs- und Hypothekenbehörden bei Feststellung der Besitzverhältnisse von Grundstücken, insbesondere sogenannter Wandelacker, welche durch Gemeinheitstheilungen betroffen werden **42**. 184.

Theilnahmerecht der unangesessenen Bürger an der Gemeindeweide **44**. 48.

Kompetenz der Spezial- und Regierungs-Kommissarien zur Aufnahme von Kauf-, Abtretungs- und Pachtverträgen in Theilungs-, Ablösungs- und Regulirungssachen **48**. 139.

Kompetenz der Auseinandersetzungsbehörden bei Gemeinheitstheilungen und Ablösungen in den zum ehemaligen Großherzogthum Berg gehörigen Landestheilen **54**. 338; — desgl. bei Streitigkeiten über die Theilung eines von mehreren Gemeindemitgliedern besessenen Waldes **59**. 94.

Gebühren- und Stempelfreiheit für die erfolgte gerichtliche Deposition von Geldern und Dokumenten **44**. 62.

Ansatz von Kopialien als baare Auslagen in Gemeinheitstheilungssachen **52**. 378.

Gebühren der Justiz-Kommissarien bei Gemeinheitstheilungen **39**. 282.

Gemüthskranke, s. **Geisteskranke**.

Gemüthszustand, Mittheilung von Abschriften der Protokolle und Gutachten bei gerichtlichen Untersuchungen über den Gemüthszustand eines Menschen an die Regierungen **40**. 23; **47**. 321.

Nur promovirte Medizinalpersonen sind als Sachverständige in gerichtlichen Gemüthszustands-Untersuchungen qualifizirt **40**. 391. — Verfahren bei zwei sich widersprechenden ärztlichen Attesten wegen Wiederaufhebung einer wegen Blödsinns eingeleiteten Kuratel **40**. 338.

Verfahren bei gerichtlichen Untersuchungen und Begutachtungen zweifelhaften Gemüthszustandes **41**. 358.

s. auch **Geisteskranke**.

Gensdarmen (Gensdarmerie), welches Militairreskommen den Gensdarmen-Wachtmeistern, Unteroffizieren und Gemeinen bei ihrer ersten Anstellung in Civil Behufs der Berechnung des Zwölftelabzuges zu Gute zu rechnen ist **40**. 293.

Digitized by Google

Verfahren bei Widersetzlichkeiten gegen Gensdarmen und deren Beleidigung im Dienste 43. 279. — Verfahren der Gensdarmen bei den dieserhalb zu erstattenden Anzeigen 45. 107.

Glaubwürdigkeit der Gensdarmen als Zeugen im Sinne des Gesetzes v. 8. April 1847. 48. 32. — Verfahren bei Vorladung der Gensdarmen zu ihrer gerichtlichen Vernehmung als Zeugen 51. 2.

Reisekosten-Vergütigung in den Gehalts- und Pensions-Angelegenheiten der Offiziere der Land-Gensdarmerie 49. 4.

Gerichtsstand der Gensdarmen in Injurienfachen 51. 30.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die von Gensdarmen in ihrer amtlichen Eigenschaft vorgenommenen Handlungen 53. 222; 54. 394; 58. 91.

Befugniß der Regierungen resp. des Ministers des Innern zur Erhebung des Kompetenz-Konflikts und des Konflikts nach dem Gesetze v. 13. Februar 1854 in Prozessen wider Gensdarmen wegen solcher Handlungen, welche ihre polizeiliche Wirksamkeit betreffen 58. 91.

Reisekosten und Diäten der Gensdarmen in gerichtlichen Angelegenheiten, insbesondere in Untersuchungssachen 50. 195; — desgl. bei Dienstreisen in unvermögenden gerichtlichen Angelegenheiten 52. 170; 53. 250; 54. 370. — Abänderung der Diätensätze 52. 258; 53. 250. — Diäten der Gensdarmen bei den von ihnen auf der Eisenbahn bewirkten Transporten verurtheilter Verbrecher 54. 366; 57. 434.

Unzulässigkeit eines Denunzianten-Antheils der Gensdarmen bei Gewerbe-Polizei-Uebertretungen 59. 446.

General-Depositorien, s. Deposital-Angelegenheiten, Depositalgebühren, Depositalgelder.

Generalfragen, s. Eid.

General-Kommissionen, s. Auseinandersetzungs-Behörden.

General-Landschafts-Direktionen, Befugniß derselben zur Ertheilung von beglaubigten Abschriften behufs Löschung amortisirter Pfandbriefe 39. 131; — General-Landschafts-Direktionen gehören nicht zu denjenigen Verwaltungsbehörden, welche zur Erhebung des Kompetenz-Konflikts in Rechtsstreitigkeiten befugt sind 58. 293.

General-Mandatare, Substitutions-Befugnisse derselben zur Führung von Prozessen 39. 39.

General-Moratorien, Bescheinigung der in der Provokation auf die Rechtswohlthat des General-Moratoriums von dem Provokanten angebotenen Sicherheit 39. 308.

— Zulässigkeit der Einziehung von Gerichtskosten während der Instruktion und Dauer des General-Moratoriums 40. 136.

General-Prokurator in der Rheinprovinz, Befugniß desselben zur Einlegung des Kompetenz-Konflikts 56. 323.

Generalvollmacht, Gebühren der Rechtsanwalte, s. diese.

Gerechtsame, s. Holz, Innungen.

Gerichte (Gerichtsbehörden), Verpflichtung der Gerichte zur Anschaffung des Justiz-Ministerial-Blatts 39. 1; 47. 106; — desgl. zur Haltung des Amtsblatts der betreffenden Regierung 41. 164.

— Führung von Protokollen über die Sprechstunden bei den kollegialisch formirten Gerichten 39. 142; — desgl. auch über alle Entscheidungen in Strafsachen 39. 326.

— Form und Gebrauch der Dienstsiegel bei den Gerichtsbehörden 39. 156, 374.

— s. auch Siegel.

— Befugniß der Gerichte zur selbstständigen Entscheidung nach den Gesetzen und den allgemeinen Auslegungsregeln 40. 147.

— Welches Gericht unter dem „Ortsgericht“, bei welchem die Duplikate der Kirchenbücher aufbewahrt werden sollen, zu verstehen ist 40. 344.

— Verfahren der Gerichte bei Differenzen mit den Provinzial-Steuerbehörden über die Auslegung der Steuergesetze 46. 103.

— Einführung des Geschäfts-Reglements für die Subalternen-Büreaus der Königl. Gerichte 41. 292. — Anwendung desselben bei den Gerichten erster und zweiter Instanz 51. 306. — Abänderungen desselben für den Bezirk der O. L. G. zu Paderborn und Münster 41. 367; 42. 143; — fernere Abänderungen durch das Regulativ v. 18. Juli 1850. 50. 233; 54. 198; 55. 206, 214; 59. 374.

— Geschäfts-Regulativ für die Gerichte erster Instanz v. 18. Juli 1850 50. 232. — Erläuterungen und Abänderungen desselben 51. 306, 347; 54. 190, 402; 55. 206, 214, 259, 337; 56. 3, 283; 57. 42; 59. 26.

— s. auch Geschäfts-Revisionen, Justiz-Visitationen.

— Organisation der Gerichtsbehörden in Folge der Verordnung vom 2. Januar 1849. 49. 31. — Uebersicht der bisherigen Resultate derselben 50. 352.

— Verpflichtung der Gerichtsbehörden, mit aller Energie gegen die in neuerer Zeit in manchen Gegenden vorkommenden Exzesse einzuschreiten 48. 120.

— Unentgeltliche Verabfolgung der Regierungs-Amtsblätter an die neu gebildeten Gerichtsbehörden, sowie an die Staats- und Polizeianwalte 49. 407; — desgl. des öffentlichen Anzeigers zu den Frei-Exemplaren des Amtsblatte 50. 323.

— Befugniß der vorgesetzten Dienstbehörden, die ihnen untergebenen Gerichte zur Befolgung der denselben ertheilten dienstlichen Aufträge durch Geldstrafen anzuhalten 50. 74. — Befugniß der Gerichte zur Festsetzung von Ordnungsstrafen gegen Rechtsanwalte (Justr. zu §§. 3, 4 des Ges. v. 12. Mai 1851) 52. 142; — desgl. gegen Notare (Justr. zu §. 3 des Ges. v. 11. Mai 1851) 52. 152.

— Verfahren der Gerichte bei Kommunikation mit dem Ober-Tribunal, s. Ober-Tribunal.

— Verzeichniß derjenigen Gerichtsorte, an denen sich Gymnasien, Realschulen oder andere höhere und mittlere Bildungs-Anstalten befinden 52. 326; 53. 52; 58. 150.

— Geschäftsbetrieb bei den Gerichten. Die eingehenden Sachen müssen täglich und möglichst am Tage des Einganges journalisirt werden 39. 423.

— Verfahren bei Präsentation der eingehenden Vorstellungen und Schriftsätze 40. 114.

— Erledigung der Geschäfte in den gerichtlichen Amtslokalien 54. 402.

— Geschäftsgang und Formen des Geschäftsverkehrs bei den Gerichten in ihrer Beziehung zu den Beamten der Staats-anwaltschaft 53. 166.

— Kompetenz der Gerichte. Feststellung der Kompetenz-Verhältnisse des Tribunals zu Königsberg und der O. L. G. zu Königsberg, Insterburg und Marienwerder 39. 38; — desgl. der Untergerichte zur Führung von Kriminal- und fiskalischen Untersuchungen und zur Abfassung der Erkenntnisse erster Instanz 39. 43.

— Kompetenz des Ober-Appellations-Senats des Kammergerichts zur Abfassung des Erkenntnisses dritter Instanz auf das von einem Civilbeamten in der wider ihn eingeleiteten fiskalischen Untersuchung gegen ein in zweiter Instanz verschärftes Urtheil eingelegte Rechtsmittel 39. 294;

Digitized by Google

— desgl. in dritter Instanz in Injurien- und Untersuchungssachen, wenn die O. L. G. in Stettin und Frankfurt in zweiter Instanz erkannt haben 43. 294.

Kompetenz des Ober-Appellationsgerichts in Posen zur Abfassung des Erkenntnisses in zweiter Instanz in einer Kriminalsache, wenn statt des Ober-Landesgerichts ein Untergericht in der Provinz Posen mit Ueberschreitung seiner Kompetenz in erster Instanz erkannt hat 41. 371.

Kompetenz-Erweiterung einzelner Untergerichte in Untersuchungssachen 43. 24, 180; 46. 11.

Verfahren, wenn ein Untergericht mit Ueberschreitung seiner Kompetenz in erster Instanz in Kriminal- und fiskalischen Untersuchungen erkannt hat 42. 167.

Kompetenz des zweiten Senats eines Obergerichts als höhere Instanz für die von dem ersten Senat abgefaßten Erkenntnisse bei Einlegung der Revisionsgesuche gegen Erkenntnisse des ersten Senats 42. 307.

Kompetenz der Civilgerichte in Untersuchungssachen 47. 51; — desgl. der Einzelrichter in Untersuchungssachen 49. 380; 53. 62, 209; — desgl. der Gerichts-Abtheilungen 52. 36. — Verfahren, wenn sich die Gerichts-Abtheilung für inkompetent erklärt 55. 246. — Kompetenz der Gerichts-Abtheilungen bei Preßvergehen 54. 78. — Kompetenz der kollegialischen Gerichts-Deputationen 47. 2; 55. 334.

Kompetenz der Gerichte in Untersuchungssachen wegen politischer Vergehen 53. 442.

Die Kompetenz und das Verfahren in Untersuchungssachen richtet sich nach der Qualität des Verbrechens, nicht nach der Person des Verbrechers 51. 37. — Bei einer nach der Feld-Polizei-Ordnung vom 1. November 1847 zur Forderung von Pfandgeld berechtigten Uebertretung gebührt die Entscheidung des Streits über das geforderte Pfandgeld dem Civilrichter 55. 375.

Auslegung der Vorschriften der Art. 2 bis 10 des Gesetzes vom 3. Mai 1852. 57. 194.

Inwieweit die Besetzung der Gerichte mit unbesoldeten Richtern zulässig ist 59. 338.

s. auch Appellationsgerichte, Berggerichte, Ehegerichte, Ehrengerichte, Friedensgerichte, Gerichtsämter, Gerichts-Deputationen, Gerichts-Kommissionen, Gewerbegerichte, Handelsgerichte, Justizbehörden, Kammergericht, Landgerichte, Militairgerichte, Obergerichte, Ober-Tribunal, Patrimonialgerichte, Polizeigerichte, Reichsgerichte, Schwurgerichte, Stadtgerichte, Standesherrliche Gerichte, Tribunal.
s. auch Gerichtsstand.

Gerichtliche Gefangen-Anstalten, s. Gefängnisse.

Gerichtsämter, gebühren- und portofreie Kommunikation zwischen den Untergerichten und den von ihnen ressortirenden Gerichtsämtern 41. 355.

Gerichtsbarkeit, Gerichtsbarkeit über die Königlichen Beamten niederen Ranges 41. 91.

Welcher Richter die Ueberweisung einer Forderung im Wege der Exekution zu verfügen hat, wenn der Exequendus einer anderen Gerichtsbarkeit, als der des Prozeßrichters unterworfen ist 47. 12.

Kriminalgerichtsbarkeit, Ermächtigung zur Abschließung von Verträgen mit einzelnen Städten wegen deren Befreiung von den Kosten der Kriminalgerichtsbarkeit gegen bestimmte jährliche Beiträge 42. 208. — Auslegung dieser Bestimmung in Betreff der Bestellungsgebühren, der Kassen-Quote und der Emballage-Gebühren 42. 229; — fernere Auslegung derselben 42. 248; — dergleichen Abkommen ist eine Fraktionsberechnung von sechs Jahren zum Grunde zu legen 42. 326. — weitere Bestimmungen 46. 222. — Zulässigkeit der Ablösung der von den Städten für die Befreiung von der Last der Gefängniß-Unterhaltung übernommenen Renten 47. 135. — Stempel- und Sportelfreiheit für die mit den Städten abzuschließenden Verträge 47. 293.

Ausführung des Gesetzes vom 1. August 1855. 55. 250, 318, 354; 56. 182.

Katholisch-geistliche Ehegerichtsbarkeit in Preußen nach ihrer geschichtlichen Entwickelung 56. 252.

Freiwillige Gerichtsbarkeit, Befugniß der Inquisitoriate zur Aufnahme von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit in Bezug auf die von ihnen geführten Untersuchungen 39. 63. — Zulässigkeit der Einrichtung beständiger Kommissarien zur Aufnahme und Annahme von Testamenten in volkreichen Städten 43. 189. — Anwendung des §. 70 des Anh. zur Allg. Ger. Ordn. auch auf Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit 47. 51. — Beförderung der Aufnahme von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit durch die Gerichte 51. 328.

Auskultatoren sind zur Aufnahme von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit nicht befugt 40. 235.

Inwieweit ein Patrimonialrichter zur Aufnahme von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit außerhalb seines Gerichtssprengels befugt ist 43. 195.

Ausdehnung der Befugnisse der Notare zur Ausübung von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, welche bisher den Gerichten ausschließlich vorbehalten waren 42. 111.

Empfehlung der „systematischen Darstellung der Vorschriften über die freiwillige Gerichtsbarkeit“ 43. 48.

Inwiefern Dorfgerichte befugt sind, Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit aufzunehmen 54. 206.

Befugniß der Bergämter zur Aufnahme von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit 56. 202.

Inwiefern gerichtliche Kommissarien in Requisitions- und Auftragssachen, welche Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit betreffen, für sich Gebühren zu liquidiren befugt sind 40. 353. — Kommissionsgebühren der Unterrichter in Requisitions- und Auftragssachen bei Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit 43. 212. — Welche Beamte zum Bezuge von Kommissionsgebühren bei baraliechen Geschäften berechtigt sind 43. 255. — Berechnung des Werths des Objekts beim Kostenansatz nach dem Gesetz v. 10. Mai 1851 (Justr. zu §. 11 Nr. 5) 52. 114. — Kostenansatz für Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit nach dem Tarif zum Ges. v. 10. Mai 1851 (Justr. zu §. 16) 52. 126. — Reisekosten zur Vornahme von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit (§§. 61, 62 ebend.).

Gerichtsboten (Gerichtsdiener), Zulässigkeit der Anstellung von Gerichtsboten und Gerichtsdienern in etatsmäßigen Stellen auf Kündigung 41. 163. — Pensionsbeiträge derselben 42. 207. — Erforderniß der förmlichen Vereidung der Hülfsboten 43. 143. — Zulässigkeit der Beiordnung der Gerichtsdiener-Geschäfte bei den Patrimonialgerichten durch ein Mitglied der Dorfgerichte 45. 2.

Verfahren der Salarien-Kassen bei Abrechnung mit den Boten über eingezogene Kosten 42. 30. — nachträgliche Bestimmungen dazu 42. 100, 310; s. auch Kassenwesen

Unentgeltliche Aufnahme öffentlicher Aufgebote von Dienst-Kautionen der Gerichtsboten und Exekutoren in den öffentlichen Anzeiger der Amtsblätter 48. 241.

Digitized by Google

Diäten, Reise- und Zehrungskosten der Gerichtsboten bei Abhaltung der Gerichtstage **52**. 108; **53**. 175. — Zehrungskosten der Boten nach dem Gesetze v. 9. Mai 1851 (Instr. zu §. 10) **52**. 137.

Anwiefern der §. 325 des Strafgesetzbuchs bei Unterschlagungen durch Gerichtsboten Anwendung findet **55**. 335.

Gerichts-Deputationen, Kompetenz der Gerichts-Deputationen **47**. 2; **55**. 334.

Die Gehaltszahlungen an die etatsmäßig angestellten richterlichen Subaltern- und Unterbeamten der Gerichts-Deputationen erfolgt vierteljährlich im Voraus **49**. 324.

Uebersicht der nach erfolgter Ausführung der Verordnung vom 2. Januar 1849 bestehenden Gerichts-Deputationen **49**. 350. — Zusammenstellung der in den Jahren 1853 bis 1855 neu eingerichteten Gerichts-Deputationen **55**. 422.

Verfahren der Gerichts-Deputationen bei Anfertigung der Erbschafts-Stempeltabellen **50**. 39.

Geschäfts-Regulativ für die Gerichts-Deputationen v. 18. Juli 1850. **50**. 243. — Abänderungen desselben **51**. 347; **54**. 190, 402; **55**. 206, 214, 259, 337; **56**. 3, 283; **57**. 42.

Anweisung zur Einrichtung des Rechnungswesens bei den Sportel-Rezepturen der Gerichts-Deputationen **50**. 251. — Vorschriften zur Vermeidung von Verwaltungs-Vorschüssen bei denselben **55**. 425.

Anmeldung von Rechtsmitteln in Civil-Prozeßsachen bei den Gerichts-Deputationen **51**. 279; — desgl. in Untersuchungen **58**. 11.

Befugniß der Gerichts-Deputationen zur Anschaffung von Utensilien und zur Vornahme von Gebäude-Reparaturen bis zum Betrage von fünf Thalern **52**. 310.

s. auch Geschäfts-Revisionen, Kassenwesen.

Gerichtsgebäude, Führung von Gebäude-Inventarien bei den Gerichtsbehörden **52**. 19. — s. auch Bauten.

Gerichts-Kommissionen.

I. Aeltere Bestimmungen.

Befugniß der Mitglieder beständiger Gerichts-Kommissionen, den Sitzungen des Kollegiums, zu dem sie gehören, beizuwohnen **40**. 364.

Gebühren- und portofreie Kommunikation zwischen den Land- und Stadtgerichten und den von ihnen ressortirenden Gerichts-Kommissionen **41**. 355.

Befugniß der Obergerichte zur Entbindung der stark beschäftigten Gerichts-Kommissionen von der Einreichung der monatlichen Geschäfts-Uebersichten **42**. 24.

Verfahren der Gerichts-Kommissionen bei Erlaß von Mandaten an die Depositorien der Land- und Stadtgerichte **42**. 227.

Kompetenz der Gerichts-Kommissionen im Bezirk des O. L. G. zu Frankfurt **42**. 379.

Verfahren bei Vereinnahmung derjenigen Kosten, welche bei den Gerichts-Kommissionen eingezahlt werden **43**. 260.

Gebühren der Justiz-Kommissarien in solchen Prozessen, welche das größere Untergericht der Gerichts-Kommission zur Instruktion überträgt **44**. 58.

Instruktion für die Gerichts-Kommissionen im Departement des O. L. G. zu Paderborn v. 24. April 1846. **46**. 90. — Einführung derselben in die Departements der O. L. G. zu Arnsberg und Insterburg **47**. 2.

Kaution der Sekretaire und Aktuarien bei den auf Grund des Organisations-Plans v. 11. November 1846 gebildeten Gerichts-Kommissionen **48**. 144.

II. Neuere Bestimmungen in Ausführung der Verordnung v. 2. Januar 1849.

Instruktion des A. G. zu Ratibor für die Gerichts-Kommissionen seines Departements wegen der Aufbewahrung von Dokumenten **49**. 231.

Wegfall der Reisen der Einzelrichter zu den Sitzungen des Hauptgerichts **49**. 251.

Kaution der Kassenbeamten bei den Gerichts-Kommissionen **49**. 296.

Vergütung der Reisekosten für Dienstreisen der Subalternen der Gerichts-Kommissionen **49**. 296. — Anderweite Bestimmungen durch das Ges. v. 9. Mai 1851 (Instr. v. 9. Septbr. 1851) **52**. 137.

Die Gehaltszahlungen an die etatsmäßig angestellten Richter und Subaltern- und Unterbeamten der Gerichts-Kommissionen erfolgt vierteljährlich im Voraus **49**. 324.

Uebersicht der nach erfolgter Ausführung der Verordnung vom 2. Januar 1849 bestehenden Gerichts-Kommissionen **49**. 350. — Zusammenstellung der in den Jahren 1853 bis 1855 neu eingerichteten Gerichts-Kommissionen **55**. 422.

Verfahren der Gerichts-Kommissionen bei Anfertigung der Erbschaftsstempel-Tabellen **50**. 39.

Geschäfts-Regulativ für die Gerichts-Kommissionen v. 18. Juli 1850. **50**. 244; — Abänderungen desselben **51**. 347; **54**. 190, 402; **55**. 206, 214, 259, 337; **56**. 3, 283; **57**. 42; **59**. 26.

Anweisung zur Einrichtung des Rechnungswesens bei den Sportel-Rezepturen **50**. 251; — Erweiterung desselben **56**. 3. — Vorschriften zur Vermeidung von Verwaltungs-Vorschüssen bei den Sportel-Rezepturen der Gerichts-Kommissionen **55**. 425.

Zulässigkeit der Anmeldung von Rechtsmitteln in Civil-Prozeßsachen bei den Gerichts-Kommissionen **51**. 279; — desgl. in Untersuchungssachen **58**. 11.

Befugniß der Gerichts-Kommissionen zur Anschaffung von Utensilien und zur Vornahme von Gebäude-Reparaturen bis zum Betrage von fünf Thalern **52**. 310.

Revisionsfestsetzung der Gerichts-Kommissionen **52**. 382.

Verfahren der Gerichts-Kommissionen bei Gesuchen um Aussetzung oder Unterbrechung rechtskräftig erkannter Strafen **53**. 410.

Verfahren der Gerichts-Kommissionen bei Auszahlung von Depositalgeldern **54**. 190.

Kompetenz der Gerichts-Kommissionen in Civil-Prozessen **57**. 42.

s. auch Geschäfts-Revisionen, Asservatenwesen, Kassenwesen.

Gerichtskosten (Gerichtsgebühren, Gerichtssporteln).

A. Aeltere Bestimmungen.

Liquidation, Buchung und Verrechnung der Gerichtskosten in den Fällen, wo ein Obergericht in dem bei einem anderen Gericht instruirten Prozesse nur als Spruchbehörde fungirt **39**. 4. — Anwendung dieser Vorschriften auf Kriminal- und fiskalische Untersuchungskosten **39**. 53, 54. — Verrechnung der gerichtlichen Kosten der Spruchbehörden bei den Gerichten, vor welchen die Instruktion geschwebt hat **39**. 81; **42**. 229. — Verrechnung der zu den Ausfertigungen der Erkenntnisse in Ansatz kommenden Stempel **42**. 334; **43**. 149. — Anderweitige Vorschriften über die in der Appellations-Instanz entstehenden Prozeßkosten **50**. 5.

Digitized by Google

Verrechnung der Gerichtskosten bei den von Königlichen Gerichten interimistisch verwalteten Patrimonialgerichten **39**. 38.

Einziehung der Gerichtskosten in Sachen, welche durch eine Verfügung beendigt worden **39**. 66. — Einziehung der Kosten durch Postvorschuß bis zum Betrage von fünf Thalern **39**. 392. — Zulässigkeit der Einziehung von Gerichtskosten während der Instruktion und Dauer eines General-Moratoriums **40**. 136. — Verfahren bei Einziehung rückständiger Gerichtskosten von den Justiz-Kommissarien **41**. 116. — Verfahren bei Einziehung gerichtlicher Kosten von Bewohnern der Rheinprovinz **41**. 294.

Befugniß der Obergerichte, die Niederschlagung und Erstattung gerichtlicher Kosten im Wege der Beschwerde anzuordnen **39**. 111. — Niederschlagung geringfügiger Kostenbeträge **43**. 250. — Kontrolirung der vorläufig niedergeschlagenen Gerichtskosten **39**. 194; **46**. 20.

Kontrolirung der außer Ansatz gebliebenen Kosten **39**. 194; **46**. 20.

Verfahren bei Nachliquidirung von Gerichtskosten **39**. 303.

Verfahren bei Kassation der Akten in Betreff bereits gebuchter Kosten **41**. 219.

Verfahren bei Behandlung der Kosten und Auslagen in Requisitions- und Auftragssachen der Gerichtsbehörden untereinander **39**. 392; **41**. 346; **42**. 251; **42** 67; **43**. 53; **44**. 207.

In welchen Fällen die Frau im Ehescheidungs-Prozeß die Kosten vorzuschießen verpflichtet ist **40**. 67.

s. auch Kostenvorschuß.

Wegen welcher Gerichtskosten das Lohn eines Dienstboten mit Beschlag belegt werden kann **41**. 155.

Verfahren zur Berichtigung der Kommunkosten bei dem Tode eines Beamten oder Pensionairs, über dessen Gehalt oder Pension ein Abzugsverfahren geschwebt hat **41**. 345.

In allen Fällen, wo ein Pauschquantum zu liquidiren ist, dürfen Schreibgebühren nicht liquidirt werden **43**. 271.

Verfahren bei Eintragung rückständiger Gerichtskosten in das Hypothekenbuch **44**. 142.

Kosten für die Ertheilung besonderer Rekognitions-Atteste über die vor dem 1. Januar 1815 und innerhalb des feststehenden Präklusions-Termins angemeldeten Realrechte in Westphalen **41**. 26.

Verjährung von Sporteln bei denjenigen Gerichten, in deren Jurisdiktionsbezirk das Preuß. Landrecht von 1721 gilt **43**. 174. — Anwendung der Gesetze wegen der kürzeren Verjährungsfristen auf alte Sportelreste **44**. 18. — Verjährung der Gerichtskosten in Hypothekensachen **48**. 147; Kostenansatz bei Exekutionsvollstreckungen **39**. 96; — desgl. für die Exekutions-Instanz in Bagatell-Prozessen **41**. 55.

Ansatz der Gerichtskosten in Mandats-Prozessen für die an den Kläger zu erlassende Mittheilung von der geschehenen Mittheilung des Mandats **39**. 94; — desgl. für den Klagebeantwortungs-Termin in Mandats-Prozessachen **40**. 197. — Vorschriften über den Kostenansatz in Mandats-Prozessen **43**. 97.

Kostenansatz für den Klagebeantwortungs-Termin in summarischen Prozeßsachen **40**. 197. — Kostenansatz in Prozessen, welche theilweise im summarischen oder gewöhnlichen, theils im Bagatell-Prozeß verhandelt worden **43**. 62.

Pauschquantum in Bagatell-Prozessen bei Litiscrassumtionen **41**. 201. — Vorschriften über den Ansatz von Kosten in Bagatell-Prozessen **43**. 97. — Kostenansatz in Prozessen, welche theilweise im summarischen oder gewöhnlichen, theils im Bagatell-Prozeß verhandelt worden sind **43**. 62.

Kostenansatz bei Veränderung des Klageobjekts **39**. 154.

Kostenansatz in fiskalischen Untersuchungen wegen Injurien **39**. 156; — desgl. für die Publikation der Erkenntnisse in Injuriensachen **43**. 40. 92.

Gebühren für die Immission eines Gläubigers in die Gehaltsabzüge seines Schuldners bei Bagatellobjekten **39**. 144.

Kostenansatz für die zur Einleitung von Sequestrationen erlassenen Verfügungen **39**. 145.

Kostenansatz bei Nachlaßregulirungen **39**. 312.

Gebührenansatz in Rekurssachen **39**. 351; **43**. 234.

Ansatz der Gerichtskosten in Provokationssachen auf cessio bonorum **39**. 416.

Verfahren bei dem Kostenansatz in solchen Vormundschaftssachen, in welchen der Theil der Revenuen-Ueberschüsse, welcher gesetzlich zur Berichtigung von Kosten für vormundschaftliche Geschäfte verwendet werden darf, zur Deckung der sämmtlichen entstandenen Kosten unzureichend ist **40**. 393; **41**. 14.

Kosten für die gerichtliche Vollziehung der Ablösungs-Rezesse bei den vor der Regierung geleiteten Auseinandersetzungen **40**. 171.

Gebührenansatz in der Appellations-Instanz **43**. 67.

Kostenansatz bei Streitigkeiten über Grundgerechtigkeiten **44**. 120.

Gebühren für die Beglaubigung von Geburten, Heirathen und Sterbefällen auf Grund der Vererdnung vom 30. März 1847. **47**. 135. — Ermäßigung der Gerichtskosten für die Verhandlungen über den Austritt aus der Kirche **48**. 120.

Aufforderung an die Obergerichte zum gutachtlichen Bericht über Vorschläge zur Vereinfachung des Sportelansatzes **41**. 214. — Entwurf eines Kostentarifs für die bei den Gerichten verbandelten Rechtsangelegenheiten **49**. 113. — Motive dazu **49**. 161.

Anwendung des §. 107. des Gesetzes vom 2. März 1850 in Betreff der Kosten in noch anhängigen Auseinandersetzungen über Berechtigungen, Abgaben und Leistungen, welche unentgeltlich wegfallen **50**. 431.

Einziehung und Verrechnung der bei dem Ober-Tribunal angesetzten Gebühren **51**. 188.

B. Kostenansatz nach dem Gerichtskosten-Gesetze vom 10. Mai 1851. und dem dazu erlassenen Tarif.

Benachrichtigung der Gerichte von dem Erscheinen des Gesetzes v. 10. Mai 1851, betreffend den Ansatz und die Erhebung der Gerichtskosten und von der Veranstaltung einer amtlichen Ausgabe derselben nebst der dazu erlassenen Instruktion **51**. 326. — Instr. v. 10. September 1851. **52**. 113 ff. — Aufhebung der Instruktion zu §§. 48–59 des Tarifs durch das Gesetz v. 3. Mai 1853. **53**. 187. — Anzeige von dem Erscheinen einer amtlichen Ausgabe der Sportelgesetze und der dazu erlassenen Instruktionen **54**. 260.

Digitized by Google

C. Bestimmungen der Instruktion vom 10. September 1851. zum Tarif.

a) Zum Ersten Abschnitt. Kosten für Handlungen der streitigen Gerichtsbarkeit:

I. zurückgewiesene Klagen und Rechtsmittel, Beschwerden ꝛc.
zu §§. 1 und 2.
Erläuterung zu §. 1. 53. 318; — desgl. in Folge des Gesetzes v. 3. Mai 1853. 53. 182;

II. im Mandatsverfahren
zu §. 3.
Erläuterung dazu 52. 378; 53. 318;

III. in Prozessen mit Ausschluß gewisser Prozeßarten
zu §§. 4, 5, 6, 7, 8.
Erläuterung zu §. 4 Nr. 2. 57. 134; zu §. 6 52. 378; zu §. 8. 55. 126, 426,

IV. bei besonderen Prozeßarten
zu §§. 9, 0, 11, 12, 13.
Erläuterung des §. 9. Kostenansatz in Prozessen gegen ausgetretene Militärpflichtige 55. 110. — Erläuterung zu §. 10. 55. 126, 426; 57. 134; zu §. 11. 55. 110.

V. in der Exekutions-Instanz
zu §. 14.
Erläuterung dazu 52. 158.

b) Zum Zweiten Abschnitt. Kosten für Geschäfte nicht streitiger Gerichtsbarkeit:

I. zurückgewiesene oder zurückgenommene Gesuche, Beschwerden ꝛc.
zu §. 15.
Erläuterung dazu 53. 318.

II. einzelne Akte freiwilliger Gerichtsbarkeit
zu §§. 16, 19, 20, 24.
Erläuterung zu §. 16. 52. 275; 53. 318, 434; 58. 122; zu §. 17. 53. 318; zu §. 19. 52. 302; 53. 318. — Erläuterung zu §. 20. Kostenansatz bei Auseinandersetzungen zwischen dem überlebenden Ehegatten und seinen Kindern 55. 126. — Erläut. zu §. 24. 54. 114.

III. Hypothekensachen
zu §§. 25—32.
Erläuterung zu §. 30. Kostenansatz für die Erneuerung von Pfandbriefen 53. 318; 57. 130;

IV. Nachlaßregulirungen
zu §§. 33—40.
Erläuterung zu §§. 33 ff. Kostenansatz bei Auseinandersetzungen zwischen dem überlebenden Ehegatten und seinen Kindern 55. 126; 53. 434;

V. Vormundschaften, Kuratelen und andere Fälle einer Vermögens-Verwaltung
zu §§. 41, 42, 43, 44, 46, 47.
Anwendung des §. 43. 53. 318. — §. 47. 53. 318.

c) Zum Dritten Abschnitt. Kosten in Untersuchungssachen:
zu §§. 48, 49, 54, 57, 59.
Aufhebung dieser Bestimmungen durch das Gesetz v. 3. Mai 1853 und Aufstellung von Tabellen zum Ansatz der Gerichtskosten in Untersuchungssachen 53. 182.

d) Zum Vierten Abschnitt. Besondere Kosten in Requisitionssachen:
zu §. 60.

e) Zum Fünften Abschnitt. Nebenkosten in gewissen Fällen:
zu §§ 61, 62, 63, 65, 66, 67.
Erläuterung zu §. 63. 57. 238; zu §. 67. Gebühren der bei Eisenbahnbaue zugezogenen Geistlichen 52. 287; 53. 382; 54. 267. 411; 55. 150; 57. 18.

D. Besondere Bestimmungen.

Kostenansatz für die Verhandlung und Entscheidung über Präjudizial-Einreden 53. 259.

Verfahren bei Einziehung gerichtlicher Kosten von Bewohnern der Rheinprovinz 54. 446.

Kontrolirung der vorläufig niedergeschlagenen Kosten 55. 142.

Die Kosten-Einziehungslisten der Gerichtsboten sind nicht als Rechnungen, Register ꝛc. im Sinne des §. 325 des Strafgesetzbuchs anzusehen 55. 335.

Vorschriften über die Einziehung der Gerichtskosten von den Parteien in Civil-Prozessen nach der Instr. v. 1. Juni 1854 (Nr. 17 zu 5 und Nr. 20) 55. 426.

Kostenansatz für die Deposition von Rentenbriefen 57. 18.

Bestimmungen über die im Konkurse und erbschaftlichen Liquidationsverfahren zu erhebenden Gerichtskosten 58. 106.

Zulässigkeit des Rechtswegs, wenn eine Salarien-Kasse die von einem Rechtsanwalt verauslagten und unterwendet gebliebenen Alimententvorschusse auf die von seinem Mandanten schuldigen Gerichtskosten verrechnet hat 59. 343.

Gerichtslokalien, aus welchem Fond die Kosten für Reparaturen in den Geschäftslokalien der Gerichte zu bestreiten sind 45. 99; 50. 2.

s. auch Bauten, Reparaturen.

Erledigung der laufenden Geschäfte in den gerichtlichen Amtslokalien 54. 402.

Aufhebung des Gesetzes v. 1. August 1855, betreffend die Entschädigung der Städte von der Verpflichtung zur Fortgewährung der Gerichtslokalien gegen Erlegung einer festen Rente 55. 250, 318, 351.

Gerichts-Ordnung, Autorisation der kollegialisch formirten Gerichte zur Anschaffung der Beiträge zur Kenntniß der Motive der Preußischen Gesetzgebung 43. 124. — Anzeige von dem Erscheinen einer neuen Ausgabe der Allg. Ger.-Ordn. mit Nachträgen 55. 390.

Berichtigung eines Druckfehlers in den neuen Ausgaben (von 1842 ab) im Thl. III. Tit. 3. § 6. 57. 176; — desgl. im §. 437 des Anh. zu §. 13 Tit. 6 Thl. II. 57. 282.

Auslegung und Erläuterung einzelner Paragraphen der Allg. Gerichts-Ordnung.

Einleitung.

§. 58. 39. 148.

Theil I.

Titel 2 §§ 143 ff. 50. 378.
„ 3 §. 22. 48. 175; §. 25. 50. 97; §. 30. 39. 16.
„ 6 §§. 14—18. 47. 368.
„ 7 (§. 19, Anh. §§. 54, 55. 50. 228.
„ 9 (§. 38) Anh. §§. 64. 65. 59. 134.

Digitized by Google

Titel 10 (§. 19) Anh. §§. 68 bis 72. 47. 51. 48. 461; 55. 176, 302; §. 38. 59. 134; §. 63. 45 196; §. 79. 45. 196; §. 97. 43. 113; §. 159. 44. 52; §. 230. Nr. 11. 53. 353; §. 251. 45. 88; §. 252. 45. 88; §. 276. 42. 363; §§. 309 ff. 44. 220.
„ 13 §. 28. 49. 220.
„ 14 §. 2. 41. 263. (§. 3) Anh. §. 109. 45. 205. §. 19. 50. 391; §. 26. 56. 94; §. 49. 50. 391; §. 60. 59. 134; (§. 63) Anh. §. 123. 43. 228; 50. 391; §. 69. 51. 242.
„ 16 §. 1. 56. 94; §. 16. 51. 328.
„ 17 §. 10. 53. 310.
„ 20 §. 12. 50. 228; §. 21. 52. 211.
„ 22 §. 33. 54. 87.
„ 23 §. 58. 45. 206.
„ 24 §. 22. 48. 193; §§. 101—105. 48. 315. 53. 353. 54. 55; (§. 108) Anh. §§. 168, 169. 45. 11. 47. 84; (§. 141) Anh. §. 173. 51. 328.
„ 26 §. 2. 41. 8.
„ 29 §§. 31—37. 50. 78; §. 35. 54. 55; §. 53. 54. 55; §. 54. 54. 55; §§. 81—86. 54. 55.
„ 31 §. 1. 47. 285; §. 3. 47 285 48. 452; §. 12. 48. 452; §. 14. 47. 285.
„ 35 §. 34. 42. 291.
„ 37 §. 14. 56. 234; §. 15. 56. 234.
„ 38 §. 2. 59. 290.
„ 40 (§. 56) Anh. §. 294. 42. 295.
„ 42 §§. 34—41. 42. 364.
„ 50 §§. 53—55. 43. 220; §. 74. 40. 328; §. 269. 56. 151; §. 270. 44. 234; §. 357. 41. 155; 42. 138. §. 418. 42 264. §§. 672—689. 52. 199.
„ 51 §. 51. 47. 54. §. 171a) Anh. §. 393. 50. 90. Abschnitt 3 und 4. 57. 418.
„ 52 (§. 35) Anh. §. 401. 54. 288. 55. 54; §. 37 39. 188. 43. 175; §. 48. 51. 343.

Theil II.

Titel 2 (§. 17) Anh. §. 421. 48. 461. 55. 176, 302.

Theil III.

Titel 1 §. 30. 52. 180; §. 31. 52. 180.
„ 7 (§. 3) Anh. §. 462. 53. 320, §. 7. 48. 175; 49. 420; §. 23 53. 353; §. 26 51. 215; §. 44 51 215; §. 45. 49. 420; §. 57. 50. 83; §. 67. 50. 83; §. 74. 49. 420; §. 82. 49. 420; §. 89. 49 420; §. 116. 45. 141.

Gerichtsschreiber, Ausbildung der Civil-Supernumerarien als Gerichtsschreiber 52. 386.

Unterzeichnung des Wahrspruchs der Geschworenen durch den Vorsitzenden und den Gerichtsschreiber 57. 66.

(Gerichtsschreiber in der Rheinprovinz). Verfahren bei Disziplinarvergehen derselben 39. 148. — Gebühren derselben in Untersuchungen wegen einfacher Holzdiebstähle und wegen Entwendung von Waldprodukten 41. 328. — Die Einziehung der Gerichtsschreiberei-Gebühren von einem Anderen als dem Extrahenten kann nur auf Grund richterlicher Entscheidung erfolgen 54. 446.

Gerichtssitzungen, die Sitzungen der Gerichtsbehörden müssen wöchentlich zweimal stattfinden und um 8 Uhr Morgens beginnen 39. 423.

Befugniß der Mitglieder beständiger Gerichts-Kommissionen, den Sitzungen des Kollegiums, zu dem sie gehören, mit vollem Stimmrecht in den von ihnen selbst bearbeiteten Sachen beizuwohnen, resp. die ihnen bedenklich scheinenden Sachen der Gerichts-Kommission im Kollegium selbst vorzutragen 40. 364.

Maaßregeln gegen einen Ruhestörer bei der mündlichen Verhandlung im Bagatell-Prozeß 39. 355.

Verfahren bei Dienstvergehen der Rechtsanwalte und Advokaten in den Gerichtssitzungen 51. 250.

Gerichtsstand. 1) Gerichtsstand der sogenannten Königlichen Mediatstädte 39. 204.

2) Verfahren bei Anträgen auf Bestellung eines gemeinschaftlichen Gerichtsstandes in den Fällen, wenn mehrere Verklagte bei verschiedenen Ober- oder privilegirten Gerichten oder bei Untergerichten verschiedener Provinzen belangt werden sollen 39. 364. — Befugniß des Justiz-Ministers zur Bestimmung eines gemeinschaftlichen Gerichtsstandes für nothwendige und freiwillige Subhastationen unter verschiedenen Gerichtsbarkeiten gelegener Güter oder einzelner Grundstücke desselben Besitzers 40. 166. — Anträge auf Bestimmung eines gemeinschaftlichen Gerichtsstandes sind an das Ober-Tribunal zu richten 52. 193.

3) Gerichtsstand bei Negatorienklagen 40. 146.

4) Verfahren der Obergerichte bei Requisitionen um Insinuation gerichtlicher Verfügungen und Exekutions-Vollstreckungen gegen Eximirte, welche in dem Bezirke eines Untergerichts eines anderen Departements wohnen 40. 247. — Instanzenzug in Injurien-Prozessen gegen Personen vom Adel und andere Eximirte im Bezirk des Kammergerichts 40. 306. Kreis-Justizräthe dürfen sich mit der Instruktion und Entscheidung von Injurien-Prozessen gegen Eximirte nicht befassen 41. 211. — Gerichtsstand der im Bezirk des Fürstlichen Obergerichts zu Braunfels wohnenden Eximirten mit Ausnahme der Preußischen Beamten und der besonders privilegirten Personen 42. 318. — Verhandlung und Entscheidung der Bagatell-Prozesse gegen nicht am Sitze des Obergerichts wohnende Eximirte durch kommissarische Unterrichter 48. 112.

Abhandlung über die Anwendung des Gesetzes v. 11. August 1848, die Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes in Kriminal- und fiskalischen Untersuchungen und in Injuriensachen betreffend 48. 331.

Ausführung der Verordnung vom 2. Januar 1849 in Betreff des eximirten Gerichtsstandes 49. 31.

Wiederherstellung des privilegirten Gerichtsstandes für die mittelbar gewordenen deutschen Reichsgrafen und Reichsfürsten 55. 415.

5) Gerichtsstand des Fiskus in Civilprozessen 45. 229.

6) Gerichtsstand der Kirchen-Gemeinden 41. 222.

7) Gerichtsstand in den deutschen Unionsstaaten 50. 366.

8) Gerichtsstand der Beamten. Gerichtsstand der Bürgermeister in der Provinz Westphalen 40. 230; — desgl. der Civil-Supernumerarien 41. 63; — desgl. der Königlichen Beamten niederen Ranges 41. 91; — desgl. der Justitiarien 41. 143; — desgl. der Mitglieder und Beamten der Militair-Intendanturen in Kriminal- und Injuriensachen 42. 367; — desgl. der Telegraphen-Beamten 43. 11; — desgl. der Konsuln auswärtiger Staaten 55. 320.

9) Gerichtsstand minderjähriger oder großjähriger, noch unter väterlicher Gewalt stehender Personen, welche sich im Dienste Anderer befinden, sowie dergleichen Lehrlinge, Gesellen, Handlungsdiener, Kunstgehülfen, Hand- und Fabrikarbeiter 43. 253; — desgl. unehelicher Kinder 47. 283; — desgl. minorenner unter Vormundschaft stehender Ehefrauen 48. 7.

Digitized by Google

10) Gerichtsstand der Militairpersonen in Injuriensachen **51**. 30; — desgl. der in Friedenszeiten zusammengezogenen Bundestruppen in Strafsachen **52**. 320; — desgl. der Militairpersonen des Beurlaubtenstandes in Strafsachen während der Dauer ihrer Einberufung **57**. 420. — Gerichtsstand bei gemeinschaftlich von Militair- und Civilpersonen begangenen Verbrechen **58**. 186.

11) Gerichtsstand der unter unmittelbarer Verwaltung einer fiskalischen Behörde stehenden Grundstücke **41**. 184. — Gerichtsstand eines zu einem Rittergute gehörenden Pertinenzstücks, welches außer dem Jurisdiktionsbezirk des Hauptgutes liegt **41**. 306.

12) Einwirkung der Konnexität des Verbrechens auf den Gerichtsstand in Untersuchungssachen in der Rheinprovinz **51**. 318. — Inwiefern der Gerichtsstand in Untersuchungssachen durch Prävention begründet wird **57**. 19. — Inwiefern die Kompetenz des Gerichts durch den Aufenthaltsort des Angeschuldigten begründet wird **57**. 201.

Gerichtstage, Patrimonialgerichtsherren sind nicht befugt, den Ort, wo die Gerichtstage abgehalten werden, innerhalb des Gerichtssprengels willkührlich zu verlegen **41**. 167.

Inwieweit die Dispensation von der Abhaltung der Gerichtstage bei den Patrimonialgerichten zulässig ist **42**. 19.

Zusammenstellung der in den Jahren 1853—1855 angeordneten Veränderungen bei den Gerichtstagen **55**. 422.

Diäten, Reise- und Zehrungskosten der Gerichtsboten bei Abhaltung der Gerichtstage **52**. 108; **53**. 175.

Reisekosten der Gerichtstags-Kommissarien (Justr. zu §. 12 des Ges. v. 9. Mai 1851) **52**. 137.

Gerichtsverfahren, Vorschriften über das gerichtliche Verfahren treten mit dem Tage ihrer Publikation in Vollzug **40**. 72.

Gerichtsverfassung, Empfehlung der Schrift: „Gerichtsverfassung und Civil-Prozeß in Preußen" **42**. 328.

Gerichtsvollzieher in der Rheinprovinz, Verfahren bei Disziplinarvergehen der Gerichtsvollzieher **39**. 148.

Verfahren bei Anstellung derselben **41**. 278.

Gebühren der Gerichtsvollzieher in Untersuchungssachen wegen einfacher Holzdiebstähle und wegen Entwendung von Bodenprodukten **41**. 328; — desgl. für Wechselproteste, welche mit Interventionen verbunden sind **42**. 155.

Portofreiheit bei der Korrespondenz der Gerichtsvollzieher in Armensachen **56**. 319.

Gesammthänder, Lehnserneuerung in Folge des Thronwechsels **42**. 195.

Ob bei adligen Lehnen der Ober-Landjäger Personen des Bürgerstandes als Gesammthänder zuzulassen sind **47**. 175.

Gesandte, welche Urkunden diplomatische Gesandte an auswärtigen Höfen in Privatangelegenheiten aufzunehmen und zu beglaubigen berechtigt sind **42**. 195.

Gesangbuch, die Entscheidung von Privatstreitigkeiten über den Nachdruck eines zum kirchlichen Gebrauch bestimmten Gesangbuchs gehört nicht den Kirchenbehörden, sondern den Gerichten **56**. 138.

Geschäfts-Reglements, s. Büreau-Reglement, Gerichte.

Geschäfts-Revisionen, Verfahren bei Geschäfts-Revisionen der Gerichte erster Instanz **50**. 233, 307. — Kostenfreiheit der Geschäfts-Revisionen (Justr. zu §. 3 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114. — Reisekosten bei Geschäfts-Revisionen (Justr. zu §. 13 des Ges. v. 9. Mai 1851) **52**. 137.

Geschäftssprache, in Erlassen und Entscheidungen der Gerichtsbehörden sollen alle Fremdwörter vermieden werden **41**. 118.

Geschäfts-Uebersichten, s. Tabellen.

Geschoß-Abgaben, Streitigkeiten über die Erhebung der in den ehemals Kurfächsischen Landestheilen zu entrichtenden Geschoß-Abgaben sind, soweit sie zu den Grundsteuern gehören, vom Rechtswege ausgeschlossen **59**. 361.

s. auch Braugeschoß, Giebelgeschoß, Hufengeschoß.

Geschworene, Vereidung der Geschworenen **50**. 102.

s. auch Bekräftigungsformel.

Mittheilung des Verzeichnisses der bei den Schwurgerichten in Funktion getretenen Geschworenen an die Präsidenten der Regierungen **50**. 128.

Auslosung der Geschworenen **50**. 423.

Aufnahme der wörtlichen Fragestellung an die Geschworenen in die von den Vorsitzenden der Schwurgerichtshöfe zu erstattenden Berichte **51**. 342.

Befugniß der Geschworenen, eine anfänglich bejahte Frage bei nochmaliger Berathung zu verneinen **54**. 119; — desgl. eine anfänglich verneinte zu bejahen **59**. 306.

Unzulässigkeit der Zustellung einer Abschrift oder lithographirten Kopie der Anklageschrift an die Geschworenen beim Beginn der Verhandlung **54**. 177.

Die Geschworenen haben nur diejenigen Thatsachen festzustellen, welche zu dem im Strafgesetze bezeichneten Thatbestande gehören **54**. 182.

Ersatz-Geschworene, deren Eintritt an Stelle eines Haupt-Geschworenen nicht nothwendig geworden ist, dürfen bei der Berathung der Geschworenen in ihrem Berathungszimmer nicht anwesend sein **54**. 201.

Inwiefern bei Zustellung einer unrichtigen Dienstliste der Geschworenen an den Angeklagten die Richtigkeit des Verfahrens eintritt **56**. 190.

Unterzeichnung des Wahrspruchs der Geschworenen durch den Vorsitzenden und den Gerichtsschreiber **57**. 66.

In welcher Weise der Ausspruch der Geschworenen zu fassen ist, wenn das Strafgesetz mehrere von einander verschiedene Thätigkeiten zusammenfaßt und mit Strafe bedroht. **56**. 18.

Feststellung der gewinnsüchtigen Absicht bei dem Verbrechen der Fälschung durch den Ausspruch der Geschworenen **56**. 122.

Der im zweiten Absatz des Art. 109 des Ges. v. 3. Mai 1852 gebrauchte Ausdruck „Schwurgericht" bezieht sich auf die Geschworenen **59**. 446.

Fragestellung an die Geschworenen **49**. 415; **50**. 407; **52**. 53, 186; **53**. 15, 223, 427; — desgl. wenn der Anstifter nicht der Thäter gewesen ist **56**. 46; — desgl. bei dem Verbrechen der Urkundenfälschung **58**. 316; — desgl. bei dem Verbrechen der Theilnahme an einem Meineide **59**. 71.

Beantwortung eventueller Fragen an die Geschworenen **53**. 339.

Der Begriff der Brandstiftung ist ein allgemein bekannter und kann daher unaufgelöst in die Schuldfrage aufgenommen werden **56**. 124.

Dem Staatsanwalt steht die Nichtigkeitsbeschwerde zu, wenn ein von ihm gestellter, auf Abänderung der Frage an die Geschworenen gerichteter Antrag abgelehnt worden ist **57**. 267.

Digitized by Google

Fragestellung bei Ausdehnung der in der Anklage enthaltenen thatsächlichen Momente auf andere Momente, welche den Karakter der Handlung nicht ändern **57**. 267.

Dem Antrage auf Stellung einer besondern Frage an die Geschworenen nach der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten muß bei Strafe der Nichtigkeit stattgegeben werden **57**. 387.

Fragen, welche sich nicht zur Entscheidung durch die Geschworenen eignen:

ob der Angeklagte durch die von ihm gethane Aeußerung einen Mangel patriotischer Gesinnungen an den Tag gelegt hat **49**. 416;

ob der Angeklagte schon früher ein Verbrechen begangen und dafür Strafe erlitten habe **50**. 27;

ob der Angeklagte schon einmal wegen desselben Verbrechens bestraft worden sei **50**. 161;

ob eine Schrift eine Urkunde sei **54**. 67;

ob eine von einem Preußen im Auslande begangene That nach den Gesetzen des Auslandes strafbar sei **56**. 46, 124.

ob ein Schriftstück als ein Wechsel anzusehen sei **59**. 58.

Mildernde Umstände, die Geschworenen müssen sich auf die Beantwortung der ihnen vorgelegten Fragen beschränken; ein von ihnen zugefügter Zusatz, daß die That unter mildernden Umständen begangen sei, muß unberücksichtigt bleiben **50**. 113.

Abhandlung über die Vorlegung von Fragen an die Geschworenen über das Vorhandensein mildernder Umstände **52**. 46; **57**. 195.

Zuziehung der Geschworenen, wenn bei dem Geständnisse des Angeklagten mildernde Umstände in Frage kommen **53**. 195.

Verfahren bei Abstimmung der Geschworenen über die Frage, ob der Angeklagte die That unter mildernden Umständen begangen habe **54**. 183.

Nachdem das Verdikt der Geschworenen durch deren Vorsteher verkündet worden ist, können denselben nicht noch nachträglich Fragen wegen mildernder Umstände vorgelegt werden **57**. 223.

Erschwerende Umstände, Abhandlung über die Stellung zulässlicher Fragen an die Geschworenen über erschwerende Umstände **52**. 38; **53**. 134; **55**. 398; **56**. 2, 27; **57**. 44.

Gesellen, s. Handwerksgesellen.

Gesellschaften, s. Eisenbahn-Gesellschaften, Korporationen.

Gesetze, auswärtige, die Reziprozität begründenden Gesetze brauchen zur Anwendung des §. 269 des Strafgesetzbuchs in Preußen nicht publizirt zu sein **55**. 4.

Gesetzkommission, Errichtung einer Gesetzkommission als besondere Behörde neben dem Justiz-Ministerium, für Gesetzrevision **42**. 183. — Auflösung und Uebergang der Geschäfte derselben an das Justiz-Ministerium **48**. 329.

Gesetzrevision, formelle Behandlung der Revision der Gesetzbücher **42**. 183. — Auflösung des Ministeriums für Gesetzrevision und Uebergang der Geschäfte derselben an das Justiz-Ministerium **48**. 329.

Gesetz-Sammlung, Empfehlung des dreifachen Hauptregisters zur Gesetz-Sammlung von 1806—1841; **41**, 352. — desgl. der Ergänzung zur Gesetz-Sammlung **42**. 64. — Verkauf des Registers zur Gesetz-Sammlung für die Jahre 1806—1830 **42**. 148. — Anzeige von dem Erscheinen eines Hauptregisters zur Gesetz-Sammlung von 1806—1853. **54**. 378.

Preisermäßigung früherer Jahrgänge der Gesetz-Sammlung **43**. 8; **45**. 7.

Kontrole über die Haltung der Gesetz-Sammlung Seitens der dazu verpflichteten Justizbeamten **54**. 10; **55**. 86.

Gesinde (Dienstboten).

Gleichstellung der Hausoffizianten mit dem Gesinde **39** 15.

Wegen welcher Gerichtskosten der Lohn eines Dienstboten mit Beschlag belegt werden kann **41**. 155.

Abänderung der im §. 12 des Polizei-Reglements für Berlin v. 18. September 1822 enthaltenen Kompetenzbestimmungen wegen Bestrafung der von dem Gesinde begangenen Vergehen **42** 258.

Verfahren bei Vollstreckung der Exekution gegen das Gesinde der in den Kasernen und anderen ähnlichen Dienstgebäuden wohnenden Militairpersonen **42**. 298.

Gerichtsstand minderjähriger oder großjährigen, noch unter väterlicher Gewalt stehender Personen, welche sich im Dienste Anderer befinden **43**. 255.

Erleichterung der Dienstboten in der Versteuerung ihres erbschaftlichen Erwerbes aus dem Nachlasse ihrer Dienstherrschaften **44**. 145.

Inwiefern das Gesinde bei seiner Entlassung vor Ablauf der Dienstzeit zur Anstellung der Entschädigungsklage gegen die Herrschaft zuzulassen ist **47**. 94.

Kompetenz der Polizeigerichte und der administrativen Polizeibehörden in Gesindesachen **49**. 396.

Befugniß der Requirungen zur Ertheilung des Konsenses zur Annahme ausländischer Inden als Dienstboten **51** 50.

Bestrafung des Futterdiebstahls der Dienstboten **53**. 267.

Befugniß der Handwerksgesellen zur selbstständigen Verrichtung von Handwerksarbeiten für ihren Dienstherrn, wenn sie bei demselben als Gesinde in Lohn und Brod stehen **54**. 277.

Haftung des Brennereibesitzers für die von seinem Brenner in Gewerbe-Kontraventionsfällen verwirkten Geldbußen **57**. 275.

Begriff des Diebstahls gegen die Dienstherrschaft im Sinne des §. 247 Nr. 4 des Strafgesetzbuchs **57**. 410.

Gesinde-Ordnung, Anwendung der Gesinde-Ordnung bei Streitigkeiten zwischen der Herrschaft und den Hausoffizianten **39**. 15, 304.

Erläuterung und Auslegung der Gesinde-Ordnung vom 8. Novbr 1810 §§. 160, 161. **47**. 94. — zu §. 114. **47**. 336. — zu §§. 33, 47, 83, 160, 167, 172. **49**. 396.

Geständniß, formelle Feststellung der von dem Angeklagten im Laufe der mündlichen Verhandlung gemachten Geständnisse oder der Aussage der Zeugen in gewissen Fällen **52**. 307.

Aufnahme der Geständnisse des Angeklagten in das Audienz-Protokoll **53**. 346, 411; **54**. 98.

Wenn der Richter die Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten aus dessen Bekenntniß schöpft, bedarf es der Feststellung des objektiven Thatbestandes durch die Beweisaufnahme nicht **55**. 113.

Ob die Thatsache durch das Bekenntniß des Angeklagten als festgestellt zu erachten ist, darüber muß der Vertheidiger gehört werden **56**. 83.

Digitized by Google

Gestohlene Sachen, unentgeltliche Bekanntmachung präsumtiv gestohlener oder als verdächtig angehaltener Sachen durch die Amtsblätter oder deren Anzeiger **43**. 71.

Gesuche (Eingaben, Vorstellungen).

Einziehung des Porto für unfrankirte Vorstellungen und Eingaben an Gerichtsbehörden **39**. 128.

Gesuche um Ehedispensationen zu Ehen in den durch die Gesetze schlechterdings verbotenen Graden sind als gesetzwidrig zu betrachten **44**. 224.

Verwendung des vorschriftsmäßigen Stempels zu Gesuchen **49**. 395. — Wegfall des Gesuchstempels in Angelegenheiten der freiwilligen und streitigen Gerichtsbarkeit **52**. 107. (Instr. zu §. 15 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126.

Schriftliche Gesuche um Unterstützung sind unter Umständen als strafbare Bettelei zu erachten **50**. 6.

Gebühren der Rechtsanwalte für Gesuche, s. Rechtsanwalte.

Getränke, die Ertheilung der erforderlichen Erlaubniß für die zwangsverpflichteten, ihre Getränke sich anderweit zu beschaffen, gehört zum Ressort der Polizei **41**. 170.

Kleinhandel mit Getränken und Schankwirthschaft sind nicht gleichbesteuert **55**. 96. — Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Beschwerden über die Beschränkung des Kleinhandels mit Getränken **59**. 216.

Strafe für die Entwendung von Getränken **57**. 63.

Inwiefern derjenige, welcher das Recht zu brauen und zu brennen hat, der polizeilichen Erlaubniß zum Kleinhandel mit selbstfabrizirten Getränken bedarf **59**. 322.

Gewährsmängel, Berechtigung des Käufers, beim Eintritt von Gewährsmängeln einen Theil des Kaufgeldes zurückzuhalten und gerichtlich zu deponiren **54**. 342.

Gewalt, Begriff der §§. 89, 91 und 92 des Strafgesetzbuchs **57**. 231.

Gewerbe, Aufhebung des nach Lübischem Recht zulässigen Widerspruchs des Nachbarn gegen den Betrieb gewisser Gewerbe **41**. 48.

Begriff des Untersagungsrechts im Sinne des §. 1 der Deklaration vom 11. Juli 1822 **41**. 282.

Nachweis der Befähigung zum selbstständigen Betriebe eines Gewerbes und über die Ausstellung von Prüfungszeugnissen **53**. 260.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die Untersagung des Gewerbebetriebes und der darauf begründeten Entschädigungsansprüche **59**. 216.

Der Begriff eines Fabrikats wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß die betreffende Waare rein handwerksmäßig ohne Arbeitstheilung und ohne Hülfe mechanischer Vorrichtungen gefertigt worden ist **59**. 438.

Inwiefern Handwerksgesellen für ihren Dienstherrn Handwerksarbeiten verrichten dürfen, s. Gesinde.

s. auch Hausirgewerbe, Gewerksgehülfen.

Gewerbe-Abgaben, Verfahren bei Rechtsstreitigkeiten wegen Gewerbe-Abgaben in denjenigen Landestheilen, in welchen jene Abgaben erst durch die Gewerbe-Ordnung v. 17. Januar 1845 aufgehoben worden sind **46**. 120.

Gewerbeberechtigung, inwiefern Klagen auf Anerkennung der Ablösbarkeit von Gewerbeberechtigungen angestellt werden können **42**. 260.

Gewerbefreiheit, Auslegung der §§. 52 und 53 des Ges. v. 7. September 1811 und des §. 30 des Edikts v. 2. November 1810. **40**. 296.

Die Gewerbefreiheit hat das Recht der Rittergüter und der Dorfschmieden auf das sogenannte Schärfgetreide nicht aufgehoben **42**. 231.

Die vor Publikation des Edikts v. 2. November 1810 errichteten Verträge, wodurch die Gewerbefreiheit beschränkt oder gehindert wird, sind als aufgehoben nicht zu erachten **43**. 84.

Gewerbegerichte, Abfassung der Entscheidungen zweiter Instanz in den vor Gewerbegerichten anhängigen Rechtsstreitigkeiten **51**. 77.

Auf die Geschäfte der Gewerbegerichte finden die Sportelgesetze keine Anwendung (Instr. zu §. 2 des Ges. v. 10 Mai 1851) **52**. 114.

Verfahren bei Untersuchungen wegen unerlaubter Nachahmung von Fabrikzeichen in der Rheinprovinz und Westphalen **54**. 99.

Gewerbe-Ordnung. Auslegung und Erläuterung einzelner Paragraphen der Gewerbe-Ordnung v. 17. Januar 1845:

§. 15. **54**. 262. — §. 22. **54**. 269. — §. 25. **59**. 216. — §. 26. **54** 269; **58**. 359. — §. 27. **58** 359. — §§. 42 ff. **54**. 269. — §. 48. **55**. 350. — §. 49. **54**. 262; **56**. 368; **59**. 83. — §. 55. **58**. 124. — §§. 75—87. **59**. 354. — §. 176. **54**. 269. — §. 177. **54**. 269. 411; **55**. 96, 134, 322, 350; **56**. 42, 368; **58**. 124; **59**. 83. — §. 180. **55**. 355; **58**. 359.

Auslegung der Verordnung v. 9. Februar 1849 §. 47. **51**. 322; — §. 50. **59**. 438; — §. 52. **59**. 438; — §. 74. **51**. 322; — §. 75. **59**. 438.

Gewerbepolizei-Kontravention, Kompetenz der Polizeibehörden zur Festsetzung der im §. 177 der Gewerbe-Ordnung v. 17. Januar 1845 angedrohten Strafen **46**. 67.

Oekonomen einer Ressource bedürfen der polizeilichen Genehmigung zur Verabreichung von Speisen und Getränken an die Mitglieder derselben **53**. 176.

Verjährung von Gewerbe-Kontraventionen bei solchen Gewerben, zu deren Beginn eine besondere polizeiliche Genehmigung erforderlich ist **54**. 269.

Steuerstrafe im Falle des zweiten Absatzes des §. 177 der Gewerbe-Ordnung v. 17. Januar 1845. **54**. 111.

Bestrafung des Hausirens ohne Gewerbeschein **55**. 134.

Ueber Gewerbepolizei-Kontraventionen ist im Wege der gerichtlichen Untersuchung zu entscheiden **56**. 368.

Bestrafung mehrerer Einzelhandlungen, durch welche ein Gewerbe unbefugterweise betrieben wird **57**. 274.

Anwendung des §. 83 der Steuer-Ordnung v. 8. Februar 1819, wonach der Gewerbetreibende für die von seinem Gesinde ꝛc. verwirkten Geldstrafen zu haften hat, auf Gewerbe-Kontraventionsstrafen **57**. 275.

Beginn der Strafbarkeit, wenn die Betriebsstätte eines Gewerbes ohne polizeiliche Genehmigung verändert wird **58**. 359.

Unzulässigkeit eines Denunzianten-Antheils der Gensdarmen bei Gewerbepolizei-Kontraventionen **59**. 446.

Gewerbeschein, Bestrafung der Kaufleute und ihrer Handlungsgehülfen, welche im Umherziehen Waarenbestellungen suchen, ohne sich über die Befugniß dazu mittelst Gewerbescheins für das laufende Jahr ausweisen zu können **39**. 315.

s. auch Gewerbepolizei-Kontravention.

Digitized by Google

Gewerbesteuer, Höhe der wegen wiederholter Gewerbesteuer-Defraudation zu erkennenden Strafe **39**. 388.

Die vor Publikation des Edikts vom 2. November 1810 errichteten Verträge, wodurch die Gewerbefreiheit beschränkt oder gehindert wird, sind als aufgehoben nicht zu betrachten **42**. 84.

Steuerstrafe eines Gewerbesteuer-Defraudanten bei längerer Dauer der Defraude **55**. 96.

Zulässigkeit des Rechtswegs bei Streitigkeiten darüber, ob die den Rheinschiffern zugesicherte Befreiung von gewissen Abgaben sich auch auf die Gewerbesteuer erstrecke **58**. 210.

Der Verkauf von Gegenständen des Wochenmarktverkehrs (z. B. Mühlenfabrikate) ist weder als gewerbesteuerpflichtiger Handel im Sinne des Gewerbesteuer-Gesetzes, noch als Hausirhandel anzusehen **59**. 354.

Erläuterung des §. 2 des Gewerbesteuer-Gesetzes v. 30. Mai 1820, betreffend den Ausdruck „Gebülfen" **59**. 358.

Gewerbetreibende, Remuneration der aus der Zahl der Gewerbetreibenden gewählten Depositai-Kuratoren **39**. 12.

Berechnung der Appellations- und Revisions-Summe bei Schuldklagen eines Gewerbetreibenden aus seinem gewerblichen Verkehr **45**. 206.

Inwiefern es Gewerbetreibenden gestattet ist, Gesellen eines anderen Gewerks in Arbeit zu nehmen **51**. 322.

Begriff des Ausdrucks „Gebülfen" im §. 2 des Gewerbesteuer-Gesetzes v. 30. Mai 1820. **59**. 358.

Gewerkschaft, Abhandlung über die rechtliche Natur der Gewerkschaft **49**. 60.

Gewerksgehülfen, Befugniß der Regierungen zur Ertheilung des Konsenses zur Annahme ausländischer Juden als Gewerksgehülfen **51**. 50.

s. auch Gewerbetreibende.

Gewichte, Verpflichtung zur Haltung gehörig geaichter Gewichte bei den gerichtlichen Depositai- und Salarien-Kassen **41**. 54.

Verfahren der Behörden bei der mit dem 1. Juli 1858 eintretenden Gewichtsveränderung in Bezug auf gewichtmäßige Naturalien und Materialien **58**. 178. — Inventarisirung der neuen Münzgewichtstücke **58**. 280. — Anwendung des neuen Landesgewichts bei Abmessung der Verpflegung gerichtlicher Gefangenen **58**. 358. — Bestrafung des Verkaufs mit nicht geaichtem Gewicht **59**. 178.

Giebelgeschoß, Anmeldung des Rechts auf Giebelgeschoß im Konkurse und erbschaftlichen Liquidations-Prozesse und Liquidation rückständiger und laufender Beträge **44**. 234.

Gift, die Beibringung relativ untauglicher Mittel zum Zweck einer beabsichtigten Verletzung ist als thatsächliches Merkmal eines strafbaren Versuchs anzusehen **55**. 34.

Glatz (Festung), Unterbringung solcher zum Festungsarrest verurtheilter Personen in die Festung Glatz, welche eines unerlaubten Verkehrs nach außen verdächtig sind **46**. 26.

Glockenbrod, gegen die von den Verwaltungsbehörden angeordnete exekutivische Beitreibung rückständiger Küstergebühren (z. B. Glockenbrod) ist der Rechtsweg unzulässig **55**. 186.

Glockengeläut, Anwendung desselben bei Vollstreckung von Todesurtheilen **58**. 19.

Glogau (Fürstenthum), Aufhören der bisherigen Provinzial-Observanz im Bezirk des bisherigen Konsistoriums in Glogau, in Betreff der Beitragspflichtigkeit des Patrons und der Eingepfarrten zu Kirchenbauten **40**. 22.

Glogau (Oberlandesgericht), Anweisung desselben an die Untergerichte seines Departements, die gerichtlichen Kosten bei Exekutionen betreffend **39**. 96.

Bekanntmachung desselben, die portopflichtige Versendung von Akten betreffend **43**. 127.

Ueberweisung der Rekurse in Bagatellsachen an den ersten Senat des Oberlandesgerichts **39**. 340.

Welcher Bezeichnung sich das O. L. G. in Glogau bei seinen Ausfertigungen zu bedienen hat **40**. 31.

Aufforderung zur Berichtserstattung über das bei dem O. L. G. in Glogau beobachtende Verfahren in Betreff der Volljährigkeit der Juden **41**. 252.

Erweiterung der Jurisdiktion des Berggerichts in Waldenburg auf den Bezirk des O. L. G. zu Glogau **44**. 50.

Beitritt der Justizbeamten des O. L. G. Bezirks zu Glogau zu dem Sterbekassen-Verein für die Justizbeamten im Departement des O. L. G. zu Breslau **45**. 94.

Gnadenbewilligung, Unzulässigkeit des Rechtsweges in Prozeßsachen über die Erhöhung einer als Gnadenbewilligung gewährten Entschädigung **49**. 5.

Gnadengehalt, s. Militair-Gnadengehalt.

Gnaden-Kompetenz (Gnaden-Monat, Gnaden-Quartal).

Welches Einkommen einen Beamten, der während der Amtssuspension verstirbt, den Hinterbliebenen zu gewähren ist **41**. 187.

Anspruch der Hinterbliebenen eines gegen Abzug eines Theiles seines Diensteinkommens vertretenen gewesenen Beamten auf das Gehalt für den Sterbemonat und die Gnadenmonate **43**. 214. — Auslegung und Anwendung der dieserhalb ergangenen Bestimmungen **44**. 165.

Bewilligung von Gnaden-Kompetenzen für die Hinterbliebenen der dauernd beschäftigten und durch fixirte Beträge remunerirten Hülfsarbeiter **55**. 166.

Goldberg (Stadt), Statut über die Schlichtung von Injurien-sachen unter den Mitgliedern der Bürger-Schützen-Kompagnie in Goldberg **42**. 177.

Goldmünzen, s. Münzen.

Gotha, Erwerbsfähigkeit der Lebensversicherungs-Bank in Gotha auf Hypotheken-Kapitalien im Inlande **42**. 308.

Gottesdienst, Zulässigkeit des Rechtsweges über den Antrag auf Räumung eines zu gottesdienstlichen Zwecken benutzten Lokals **49**. 280.

Gottesdienst in den gerichtlichen Gefängnissen **59**. 316.

Gottmannsche Waisen-Unterstützungs-Anstalt in Pleß, Bewilligung der Sportelfreiheit an dieselbe **43**. 87.

Gräben, Kompetenz der Gerichte bei Streitigkeiten über die Räumung eines Grabens **40**. 128.

Inwiefern das Vide-Spruchsrecht gegen die Anlage von Wassermühlen und der dazu gehörigen Gräben verlustig werden kann **41**. 300.

Unter Gräben im §. 100 Tit. 8 Thl. I. A. L. R. sind Privatflüsse nicht zu verstehen **44**. 199.

Verpflichtung der Grundbesitzer in Westpreußen zur Unterhaltung der Abzugsgräben **48**. 95.

Bestrafung der Entwendung von geerndteten Bodenerzeugnissen von unbedeutendem Werth oder geringer Quantität aus Gräben **48**. 45.

s. auch Entsumpfung.

Digitized by Google

Grafen, Nachweis zur Führung des Polnischen Grafentitels **40**. 362.

s. auch Erlaucht.

Gras, Untersuchung und Bestrafung der Entwendung von Gras **39**. 250.

Gratifikationen, Wegfall der Gratifikationen an Beamte, mit Ausnahme derjenigen Beamten-Kategorien, für welche in den Etats besondere Gratifikations-Fonds ausgesetzt sind **50**. 299; **51**. 259.

Graudenz (Festung), Unterbringung solcher zum Festungsarrest verurtheilter Individuen in die Festung Graudenz, welche verdächtig sind, daß sie einen unerlaubten Verkehr nach außen unterhalten werden **43**. 26.

Greifenstein (Grafschaft), Regulativ d. 24. November 1838 wegen Errichtung der Fürstlichen Regierung zu Braunfels als Obergericht für die Grafschaften Braunfels und Greifenstein **42**. 174.

Greifswald, Entwurf einer Verordnung für die Bezirke des Ober-App.-Ger. zu Greifswald behufs Einführung eines gleichmäßigen auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit beruhenden Verfahrens in Civil-Prozessen **49**. 69.

Befugniß des Präsidenten des Appellationsgerichts in Greifswald zur Anstellung der Subalternen und Unterbeamten bei den Gerichten seines Departements **59**. 472.

Grenzbeamte, Verfahren in Untersuchungen wegen Waffengebrauchs der Grenzbeamten **51**. 4.

Grenzbewohner, Paßpflichtigkeit der inländischen und ausländischen, des Schleichhandels verdächtigen Grenzbewohner und polizeiliche Aufsicht über dieselben **39**. 318. — Erläuterung dieser Vorschrift in Betreff der Rheinprovinz **39**. 426.

Grenze (Grenzlinie, Grenzsteine), was unter dem Ausdruck der „wahren Grenzlinie" im §. 342 Tit. 9 Thl. I. A. L. R. zu verstehen ist **43**. 192.

Befugniß der Regierungen in der Rheinprovinz zur Feststellung der Breite eines Gemeindeweges durch Setzung von Grenzsteinen **56**. 74.

Zulässigkeit des Rechtsweges über den Antrag auf Regulirung der verdunkelten Grenze einer Fahrstraße **56**. 78.

Grenzlinie, s. Grenze.

Grenzsteine, s. Grenze.

Grenzstreitigkeiten, Kompetenz der Auseinandersetzungsbehörden bei Grenzstreitigkeiten **53**. 194.

Grenz-Zollbehörden, Befugniß der Grenz-Zollbehörden zur Auferlegung der im §. 9 des Gesetzes v. 12. Februar 1850 erwähnten Beschränkungen gegen die wegen Konterbande oder Zollhinterziehung unter Polizeiaufsicht gestellten Personen **54**. 136.

Großeltern, Höhe der von dem Vater eines Soldaten für das uneheliche Kind seines Sohnes zu zahlenden Alimente **39**. 360. — Die Verpflichtung des Vaters, sich der unehelichen Kinder seiner Tochter anzunehmen, hört mit der Großjährigkeit der letzteren auf **41**. 59. — Subsidiarische Verpflichtung der Großeltern zur Alimentirung der von ihren Söhnen erzeugten unehelichen Kinder **50**. 175.

Inwieweit Großeltern eines ehelich geborenen Kindes zur Alimentation des Enkels verpflichtet sind **51**. 11.

Großjährige Söhne, Rechtsbeständigkeit der von einem unter väterlicher Gewalt stehenden großjährigen Sohne geschlossenen lästigen Verträge in der Mark **52**. 159.

Grund-Abgaben, s. Grundsteuer.

Grund-Akten, s. Hypotheken-Akten.

Grundbesitzer, Rechte der Grundbesitzer in den Städten auf dem Bürgersteig **39**. 279.

Grundgerechtigkeiten, inwiefern die Anmeldung von Grundgerechtigkeiten zur Erhaltung des Realrechts nicht für nothwendig zu erachten ist **40**. 35.

Rechte des Ehemanns nach dem Allg. Landrecht bei bestehender ehelicher Gütergemeinschaft an dem gemeinschaftlichen Vermögen, besonders in Beziehung auf Grundgerechtigkeiten **40**. 369.

Eintragung der auf einem Grundstücke haftenden Real-Servituten in das Hypothekenbuch **40**. 399.

Berechnung der Verjährungsfrist der Servituten in denjenigen Landestheilen, in welchen das Französische Gesetzbuch eine Zeit lang gegolten hat **41**. 160.

Die Einführung der allgemeinen Gewerbefreiheit hat das Recht der Rittergüter und Dorfschmieden auf das sogenannte Schärfgetreide nicht aufgehoben **42**. 231. — s. auch Güter.

Derjenige, dem als Grundgerechtigkeit ein Anspruch auf Brennholz ohne weitere Modifikation zusteht, ist nicht verbunden, sich seinen Bedarf auf Kraff- und Leseholz vorzugsweise anweisen zu lassen **44**. 109.

Auslegung des §. 8 der Verordnung vom 21. Juli 1843 in Betreff des Kostensatzes bei Grundgerechtigkeiten **44**. 120. — Berechnung des Werths von Grundgerechtigkeiten nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 (Justr. zu §. 11) **52**. 114.

Zur Erwerbung von Grundgerechtigkeiten durch Verjährung wird auch seit Einführung des Allg. Landr. im Herzogthum Magdeburg gegen den Fiskus die 44jährige Verjährungsfrist erfordert **50**. 383.

Verlust einer Grundgerechtigkeit durch stillschweigende Einwilligung **51**. 186.

Grundsteuer (Grundzins, Grund-Abgaben).

Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Verbindlichkeit zur Entrichtung der Grundsteuer **49**. 11; — desgl. über die Beitreibung derselben **50**. 33.

Ausführung des Gesetzes v. 24. Februar 1850 über die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen **50**. 103.

Inwiefern der Rechtsweg gegen die Einforderung von Grundsins Seitens einer städtischen Verwaltungsbehörde zulässig ist **57**. 22.

s. auch Urbede, Geschoß-Abgaben, Landbede.

Grundsteuer-Kataster, Stempelpflichtigkeit der Auszüge aus dem Grundsteuer-Kataster der Rheinprovinz und der Provinz Westphalen **39**. 125.

Kostenfreie Benachrichtigung der bei dem Kataster in der Provinz Westphalen und in der Rheinprovinz angestellten Beamten von einem eingetragenen Güterwechsel **39**. 306.

Verfahren bei Fortschreibung der Besitzveränderungen im Grundsteuer-Kataster für Westphalen und die Rheinprovinz **40**. 34; **50**. 422.

Herbeiführung einer möglichsten Uebereinstimmung zwischen dem Hypothekenbuch und dem Grundsteuer-Kataster in Westphalen **40**. 184.

Verbindung des Hypothekenbuchs mit dem Kataster **40**. 250; **42**. 67.

Beschaffung von Abschriften der Flurbücher für die Hypothekenbehörden in der Provinz Westphalen **40**. 250.

Digitized by Google

Grundstücke. 1) **Hypotheken-Verhältnisse**; der Eigenthümer eines Grundstücks, welcher eine auf dasselbe eingetragene Forderung berichtigt hat, ist auch nach Veräußerung des Grundstücks über die Forderung zu verfügen befugt **39.** 240. — Rechte des Eigenthümers in Ansehung der auf einem Grundstücke eingetragenen, bereits bezahlten, aber noch ungelöschten Hypothekenforderungen **39.** 344.

Nähere Bezeichnung der zu einer Besitzung gehörenden einzelnen Grundstücke auf dem Titelblatte der Hypothekentabelle **39.** 352.

Erfordernisse zur Löschung der nach dem längst erfolgten Tode der Berechtigten auf Grundstücken noch haftenden Ausgedinge (Altentheile) **40.** 38; **41.** 343.

2) **Parzellirung** (Dismembration). Verfahren bei Parzellirungen von Grundstücken in Berlin **39.** 339; — desgl. bei Parzellirung von Grundstücken im Departement des O. L. G. zu Insterburg **39.** 365. — Abhandlung über das Verfahren bei Dismembrationen **48.** 208, 218.

3) **Besondere Bestimmungen.** Der Naturalbesitzer eines Grundstücks kann durch die Exekution gegen den Eigenthümer seines Naturalbesitzes nicht entsetzt werden **39.** 390.

Rechte des Ehemannes bei bestehender ehelicher Gütergemeinschaft an dem gemeinschaftlichen Vermögen, insbesondere in Beziehung auf Grundstücke **40.** 369.

Die gerichtliche Verpachtung eines Grundstücks im Wege der Exekution ist nur dann zulässig, wenn der Besitzer selbst sich damit einverstanden erklärt **42.** 387.

Entschädigung des Grundeigenthümers für die Entziehung des Wassers durch den Bergbau **49.** 484.

Streitigkeiten darüber, zu welchem Gemeindeverbande ein bestimmtes Grundstück gehört, sind von den Verwaltungsbehörden zu entscheiden **52.** 69; **54.** 423; **57.** 22.

Befugniß der Chausseebau-Gesellschaften zum Aufsuchen von Chausseebau-Material auf den benachbarten Grundstücken **55.** 178.

Zulässigkeit des Rechtsweges, wenn ein Grundbesitzer, welcher vom Fiskus ein Grundstück gegen einen vertragsmäßig festgestellten Grundzins erworben hat, Remission beansprucht **55.** 222.

Vertretungs-Verbindlichkeit des Verkäufers für die auf dem verkauften Grundstücke haftenden Privatdienstbarkeiten, Lasten und Abgaben **52.** 162; **57.** 239.

s. auch Abgaben.

4) **Grundstücke geringen Werths.** Zuwiefern Subalternbeamte die Aufnahme einer gerichtlichen Taxe von Grundstücken geringen Werths zu dirigiren befugt sind **40.** 71. — Zuziehung von Dorfschulzen und Gerichtsleuten bei der Abschätzung von Grundstücken geringen Werths **41.** 152. — Die Dorfgerichte sind befugt, die Taxen unter der Versicherung an Eidesstatt schriftlich einzureichen **41.** 152. — Taxverfahren für Grundstücke von geringem Werth **57.** 246.

Ermächtigung des Finanz-Ministers zum Verkaufe herrenloser Grundstücke von geringem Werth **53.** 266.

5) **Ländliche Grundstücke.** Verfahren bei Parzellirungs-Verträgen über ländliche Grundstücke in Betreff der Vertheilung und Ablösung der Abgaben **42.** 103.

6) **Städtische Grundstücke**, städtische, zur Landwirthschaft bestimmte Grundstücke sind als Rustikalstellen im Sinne der Kab. Ord. v. 14. April 1832 nicht anzusehen **41.** 182.

s. auch Kämmerei-Grundstücke, Hauberge, Hütung.

Grund und Boden, Auslegung des §. 187 Tit. 8 Thl. I. A. L. R. **51.** 172.

Grundzins, s. Grundsteuer.

Guhrau (Kreis), Regulativ zur Verwaltung der Patrimonialgerichte des Guhrauer Kreises **47.** 359.

Gumbinnen (Reg. Bez.), Ermächtigung der Gerichte zur Anschaffung der topographisch-statistischen Uebersicht des Reg. Bez. Gumbinnen **41.** 104; — desgl. der Spezialkarte des Reg. Bez. Gumbinnen **41.** 188.

Streitigkeiten über die Höhe einer bei der ländlichen Feuerversicherungs-Societät des Reg. Bez. Gumbinnen versicherten Summe sind im Rechtswege zu entscheiden **56.** 250.

Gutachten, Verfahren bei Anträgen der Gerichtsbehörden wegen der von der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen zu erstattenden Gutachten **39.** 267. — Die Nothwendigkeit der Einholung eines Superarbitriums des Medizinal-Kollegiums ist der Prüfung der Instanzgerichte überlassen **55.** 152.

Gebühren der Rechtsanwalte für Gutachten, s. Rechtsanwalte.

Güter, Unzulässigkeit der Verpfändung des Hauptguts zur Bestreitung der Einrichtungskosten nach erfolgter Gemeinheitstheilung und Dienstablösung **39.** 320.

Verfahren bei Abschreibung einer ursprünglichen Domanial-Parzele von dem Hypothekenfolium des inmittelst mehrfach veräußerten Hauptguts **40.** 46; — desgl. bei Abschreibung eines mit einem im Hypothekenbuche eingetragenen Gute in Verbindung stehenden Pertinenzstücks **40.** 57; — desgl. bei Abschreibung einer in Erbpacht ausgethanen Parzele von dem Hauptgute **40.** 237. — Formelles Verfahren bei Parzelen-Abschreibungen **40.** 127, 278; — Erläuterungen hierzu **40.** 352; **41.** 29. — Verfahren bei Abschreibung der von dem Areal eines eximirten Landguts durch Veräußerung zu vollem Eigenthum oder Erbzins oder Erbdachtsrechten abgetrennten Bestandtheile **40.** 262. — Erläuterungen hierzu **40.** 354; **41.** 37.

Ein zu einem Rittergute gehöriges Pertinenz, welches außer dem Jurisdiktionsbezirke des Hauptguts liegt, theilt die Exemtion des Ritterguts **41.** 306.

Empfehlung der Register-, Buch- und Kassenführung bei den Landgüter-Verwaltungen **40.** 208. — Begriff des Ausdrucks „Landgüter" im Sinne des §. 17 Tit. 47 Thl. I. A. G. O. **40.** 224.

Dinglichkeit des dem Besitzer einer Dorfschmiede eingeräumten Rechts auf sogenannten Schürkorn **40.** 295. — s. auch Grundgerechtigkeiten.

Befugniß des Hypothekengläubigers bei erheblicher Verringerung der Substanz des verpfändeten Guts, namentlich bei außerordentlichen Holzschlägen **41.** 99.

Löschung der auf dem Hauptgute zur Sicherung von Parzelenkäufern eingetragenen Protestationen **41.** 119.

Befugniß der Regierungen zur Ertheilung des Konsenses bei Austauschungen einzelner Parzelen nicht bepfandbriefter Güter in den von ihnen geleiteten Auseinandersetzungs-Angelegenheiten **41.** 332; **44.** 152.

Beweiskraft Schlesischer konfirmirter Urbarien in Betreff des Rechts der Gutsherrschaft, von Rustikal-Grundstücken Laudemien zu fordern **44.** 52; — Motive dazu **44.** 84.

Stempelfreiheit der bei dem Verkauf von Rustikalstellen ausgesetzten Altentheile **41.** 182.

Digitized by Google

s. auch Bauergüter, Büdnerstellen, Kämmereigüter, Köllmische Güter, Meiergüter, Rittergüter.

Güterabtretung (Rechtswohlthat), inwiefern die Rechtswohlthat der Güterabtretung pensionirten Militairpersonen zu Theil werden kann **46**. 134.

Gütergemeinschaft, Zeitpunkt der Entstehung der ehelichen Gütergemeinschaft nach Lübischem Recht **39**. 108. — Verfahren, wenn der überlebende Ehegatte mit den Kindern die Lübische Gütergemeinschaft fortsetzt **39**. 350. — Aufhebung der Lübischen Gütergemeinschaft bei Trennung der Ehe durch richterlichen Spruch **41**. 12. — Bei der in Pommern nach Lübischem Recht stattfindenden ehelichen Gütergemeinschaft ist der Ehemann nicht befugt, ohne Zuziehung und Bewilligung seiner Ehefrau die von ihm vor Eingehung der Ehe besessenen, oder während der Ehe von ihm erworbenen Grundstücke zu veräußern **43**. 128.

Zulässigkeit der Eintragung einer Hypothek auf den ideellen Antheil eines Ehegatten an einem Grundstücke, von welchem der Besitztitel auf den Grund der ehelichen Gütergemeinschaft für beide Theile berichtigt ist **40**. 106.

Rechte des Ehemannes nach dem A. L. R. bei bestehender ehelicher Gütergemeinschaft an dem gemeinschaftlichen Vermögen, besonders in Beziehung auf Grundstücke und die denselben gleichstehenden Gerechtigkeiten **40**. 369.

Verfahren bei Ausschließung der ehelichen Gütergemeinschaft **41**. 374.

Erbrecht abgeschichteter Kinder in denjenigen Landestheilen, in welchen eine allgemeine Gütergemeinschaft gilt **42**. 192.

An Orten, wo die Gütergemeinschaft unter Eheleuten aus dem Gesetze entspringt, bedarf es der Eintragung des Miteigenthums des anderen Ehegatten nicht **42**. 318.

Wirksamkeit des Verbots eines offenen Inventariums bei Fortsetzung der ehelichen Gütergemeinschaft zwischen dem überlebenden Ehegatten und den Kindern **43**. 30.

Dispositionsbefugnisse des überlebenden Ehegatten hinsichtlich der zum gemeinschaftlichen Vermögen dem Gesetze über die bäuerliche Erbfolge in Westphalen unterliegenden Bauergüter **43**. 73.

Beurtheilung der Verträge der in statutarischer Gütergemeinschaft lebenden Ehegatten in dem städtischen Weichbilde von Duisburg **43**. 251.

Abhandlung über die eheliche Gütergemeinschaft, wie sie in den Fürstenthümern Paderborn und Minden, sowie in der Grafschaft Ravensberg gilt **44**. hinter Seite 176.

Nach den Grundsätzen der Münster (Minden-Ravensbergschen) ehelichen Gütergemeinschaft ist der überlebende Ehegatte, welcher mit den Kindern in Gütergemeinschaft bleibt, befugt, auch Grundstücke, welche dazu gehören, unter Lebendigen einseitig, ohne Zustimmung der Kinder, zu veräußern **45**. 52, 170.

Erforderniß der schriftlichen Form bei der von der Ehefrau zu ertheilenden Einwilligung in die von dem Ehemanne vorzunehmende Veräußerung oder Verpfändung von Grundstücken **47**. 308. 316.

Ob ein Vertrag über die Veräußerung eines zur Gütergemeinschaft gehörenden Grundstücks, welches der Ehemann eingebracht hat, wenn die Ehefrau minderjährig ist, der Genehmigung des vormundschaftlichen Gerichts zu seiner Gültigkeit bedarf **51**. 284.

Abhandlung über das Erbrecht der Ehegatten nach Märkischem Provinzialrecht **58**. 180; — desgl. über die eheliche Gütergemeinschaft in den Hohenzollernschen Landen **58**. 224.

Wegfall des Werthstempels für die Uebernahme von Gegenständen Seitens des überlebenden Ehegatten bei der Theilung des gütergemeinschaftlichen Vermögens **45**. 213; **55**. 126.

Kostenpflichtigkeit solcher Vormundschaften, wo die überlebende Wittwe in Münsterscher statutarischer Gütergemeinschaft bis zu ihrem Ableben oder anderweiten Verheirathung lebt **43**. 152.

Kostenansatz bei Auseinandersetzungen zwischen dem überlebenden Ehegatten und seinen Kindern bei bestandener Gütergemeinschaft **45**. 213. (Jnstr. zum Ges. v. 10. Mai 1851 §. 10 Nr. 4) **52**. 114; (Jnstr. zu §§. 20, 33. ff. des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126; **55**. 126.

Gutsbesitzer, Gutsbesitzer, denen die örtliche Polizeiverwaltung zusteht, sind in dieser Beziehung als öffentliche Behörde zu betrachten **56**. 40.

Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse, Belastung bäuerlicher Besitzungen mit Hypothekenschulden **39**. 103.

Zuschreibung der von einem Gute in Folge der gutsherrlichen und bäuerlichen Regulirung abgeschriebenen und demnächst von dem Gutsherrn eigenthümlich erworbenen bäuerlichen Grundstücke im Hypothekenbuche des Guts **39**. 399.

Kompetenz der Gerichte zur Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten aus gutsherrlich-bäuerlichen Regulirungen **40**. 134.

Verpflichtung der Schlesischen Gutsbesitzer zur Vertretung der auf einzugezogenen wüsten Bauergütern haftenden herrschaftlichen Dienste **40**. 176.

Die Beschränkung der Baudienste in Westphalen auf das Bedürfniß der Wirthschafts- und unentbehrlichen Wohngebäude des Guts ist allein nicht hinreichend, um die Baudienste den gemessenen Diensten beizuzählen **41**. 92.

Kompetenz der Spezial- und Regierungs-Kommissarien zur Aufnahme von Kauf-, Abtretungs- und Pachtverträgen in Theilungs-, Ablösungs- und Regulirungssachen **48**. 139.

Suspension der gutsherrlich-bäuerlichen Prozesse in den mit Preußen wieder vereinigten und neuen Provinzen **52**. 298.

Dauer der Kompetenz der General-Kommissionen in gutsherrlich-bäuerlichen Regulirungen **54**. 186.

s. auch Ablösung.

Gutsherrschaft, Streitigkeiten zwischen einer Gutsherrschaft und einer Gemeinde über die Bildung eines gemeinschaftlichen Armenverbandes sind im Rechtswege zu entscheiden **55**. 384.

Gutsüberlassungen, Stempelansatz bei Gutsüberlassungen an Descendenten **41**. 182; **55**. 190; **58**. 202, 258.

Verfahren, wenn ein Vater in einem mit dem einen seiner Kinder geschlossenen Gutsüberlassungsvertrage einem anderen Kinde eine Abfindung ausgesetzt hat **46**. 268.

Gymnasien, inwieweit denselben Kostenfreiheit gewährt ist (Jnstr. zum Ges. v. 10. Mai 1851 zu §. 4) **52**. 114.

Verzeichniß derjenigen Gerichtsorte, an welchen sich Gymnasien befinden **52**. 326.

Verfahren, wenn das Verzichten eines Gymnasiums nicht ausreicht, um die Pensionen für die Lehrer und Beamten desselben zu berichtigen **59**. 34.

Gymnasiallehrer, s. Schullehrer.

Digitized by Google

H.

Haasenschleifen, Verbot des Verkaufs von Haasenschleifen **39**. 147.

Hafengelder, s. Gemeinde-Abgaben.

Haft (Verhaftung), Beginn der Strafzeit eines sich bereits in Haft befindenden Verurtheilten **40**. 190.

Verfahren bei vorläufigen Festnehmungen **50**. 415.

Inwieweit die Anrechnung der Untersuchungshaft auf die zu verhängende Strafe stattfindet ist **54**. 163.

Verfahren bei Verhaftung angeschuldigter und verdächtiger Personen **50**. 389; **54**. 147, 287; **57**. 201.

Beschlüsse des Gerichts über die Verhaftung eines Beamten oder die Entlassung desselben aus der Haft sind der vorgesetzten Dienstbehörde desselben mitzutheilen **57**. 56.

Dem Beschlusse des Gerichts über die Entlassung eines Angeklagten aus der Haft muß der Antrag der Staatsanwaltschaft vorhergehen **57**. 84.

s. auch Ergreifung.

Haftkosten, Verpflichtung der ländlichen Polizeibehörden zur Tragung der durch Feststellung verübter Vergehen oder Verbrechen entstandenen Haftkosten **50**. 188; **57**. 114.

Wiedereinziehung der Haft- und Verpflegungskosten der gerichtlichen Gefangenen **58**. 266.

Ansatz und Erhebung der Haftkosten **58**. 374.

s. auch Kassenwesen.

Halberstadt (Fürstenthum), Aufhebung der für das fürstenthum Halberstadt ergangenen provinzialrechtlichen Strafbestimmungen vom 18. September 1784 und 30. April 1787 hinsichts des Hütens in Schonungen **58**. 299.

Halberstadt (Oberlandesgericht), Anweisung zur Anfertigung der Kriminal-Geschäfts-Tabellen **39**. 157.

Ueberweisung der Rekurse in Bagatellsachen an den ersten Senat des O. L. G. **39**. 330.

Kompetenz der Untergerichte des Departements in Strafsachen **40**. 277.

Befugniß der Königl. Untergerichte des Departements zur Festsetzung der Gebühren der am Sitze des Gerichts wohnenden Notare **41**. 209.

Instruktion für die Dorfgerichte im Bezirk des O. L. G. zu Halberstadt **42**. 115.

Verfahren bei Feststellung der Besitzverhältnisse von Grundstücken, insbesondere der sogenannten Wandeläcker, nach erfolgter Gemeinheitstheilung im Bezirk des O. L. G. zu Halberstadt **42**. 184.

Instruktion über das bei Beaufsichtigung der Vormünder und Pflegebefohlenen, sowie bei Erforderung der Erziehungsberichte zu beobachtende Verfahren **45**. 63.

Halle a. d. S., Form der bei Bewerbung um Stipendien der Universität zu Halle a. d. S. beizubringenden Bedürftigkeitszeugnisse **50**. 167.

Halm, s. Feldfrüchte.

Hamburg, Verfahren bei dem erkannten Verlust der Hamburger Erinnerungs-Medaille **44**. 187.

Hypothekenwesen der Stadt Hamburg **48**. 33, 39, 53.

Anwendung der §§. 292 ff. der Konkurs-Ordnung auf die in Konkurs gerathenen Unterthanen der Stadt Hamburg, welche in Preußen Vermögen besitzen **58**. 190.

Hamm, (Oberlandesgericht) Ueberweisung der Rekurse in Bagatellsachen an den Civil-Senat des O. L. G **39**. 330.

Instruktion zur Verbindung des Hypothekenbuchs mit dem Kataster **42**. 67.

Pensionsordnung der Rechtsanwalte und Notare im Bezirk des A. G. zu Hamm **55**. 46.

Handarbeiter, Gerichtsstand minorennen, oder großjähriger, noch unter väterlicher Gewalt stehender Handarbeiter **43**. 255.

Handdienste, Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über die Verpflichtung zur Leistung von Hand- und Spanndiensten behufs des Baues eines Straßendammes **53**. 211.

Streitigkeiten über die Berechtigung des Staats, als Beihülfe zu der ihm obliegenden Unterhaltung der Kunststraßen Hand- und Spanndienste zu fordern, sind im Rechtswege zu entscheiden **56**. 11.

Handelsbillets, Kostenansatz bei Streitigkeiten aus Handelsbillets (Instr. zu §. 5 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126.

Handelsgerichte, Aufforderung an die Obergerichte zum Gutachten über die allgemeine Einführung von Handelsgerichten **40**. 347.

Gebühren der bei den Handelsgerichten in der Rheinprovinz für die prozeßführenden Parteien auftretenden Anwalte **39**. 322.

Kostenansatz für die Geschäfte der mit einzelnen Kreisgerichten verbundenen See- und Handelsgerichte (Instr. zu §. 2 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Handelssachen, Verfahren bei Requisitionen diesseitiger Gerichte an die Belgischen Behörden in Civil- und Handelssachen **48**. 151.

Handlungsdiener (Handlungsgehülfen), Einleitung der Klagen bei Streitigkeiten zwischen dem Prinzipal und den Handlungsdienern **39**. 303.

Bestrafung der Handlungsgehülfen wegen unbefugter Aufsuchung von Waarenbestellungen **39**. 315.

Gerichtsstand der Handlungsdiener **43**. 255.

s. auch Haus-Offizianten.

Handlungs-Firma, ob Handlungs-Firmen ohne Angabe der Handlungs-Eigenthümer als Kläger oder Beklagte zugelassen werden können **45**. 180.

Was als eine rechtsgültige Unterschrift bei der Unterzeichnung eines kaufmännischen Wechsels zu erachten ist **48**. 419.

Entwurf eines Gesetzes über das Firmen- und Prokuraweſen **55**. 226.

Handlungslehrlinge, Einleitung der Klagen bei Streitigkeiten zwischen dem Prinzipal und den Handlungslehrlingen **39**. 303.

Gerichtsstand der Handlungslehrlinge **43**. 255.

s. auch Haus-Offizianten.

Handwerker, s. Gewerbetreibende.

Handwerks-Gesellen, Gerichtsstand derselben **43**. 255.

Befugniß der Aeltervorsteher zur Ertheilung des Konsenses zur Annahme ausländischer Juden als Gesellen **51**. 50.

Befugniß der Gesellen zur selbstständigen Verrichtung von Handwerker-Arbeiten für ihren Dienstherrn, wenn sie bei demselben als Gesinde in Lohn und Brod stehen **54**. 277.

Handzeichen, s. Analphabeten, Notariats-Urkunden.

Digitized by Google

Hannover (Königreich), Instruktion gerichtlicher Zusendungen an die in Hannover wohnenden Parteien **40**. 57, 207; **56**. 242.

Portofreiheit der amtlichen Korrespondenz zwischen den diesseitigen und den Hannoverschen Behörden **44**. 176.

Mittheilungen über das Hannoversche Strafverfahren in Vergleichung mit dem Preußischen **51**. 220.

Uebersicht der Gerichtsbehörden im Königreich Hannover **59**. 181.

Harzdiebstahl, Bestrafung der Begünstigung des Harzdiebstahls **57**. 131.

Harzscharren, Kostenansatz in Untersuchungssachen wegen Harzscharrens (Instr. zu §. 49 des Tarifs zum Ges. vom 10. Mai 1851) **52**. 176.

Hauberge, Zulässigkeit des Rechtswegs bei Streitigkeiten darüber, ob ein bestimmtes Holzgrundstück zu der Gemeinschaft gehöre **58**. 13.

Hauptgut, s. Güter.

Haus-Archiv (Königl.), s. Archive.

Hausdiener, deren Anstellung auf Kündigung **41**. 363. — Pensionsbeiträge derselben **42**. 207.

Häuser (baufällige), s. Baufachen.

Hausirgewerbe, Auslegung des Schlußsatzes im §. 6 des Regulativs v. 28. April 1824. **39**. 108. — Auslegung des §. 26. **55**. 134.

Bestrafung der Kaufleute und ihrer Handlungsgehülfen, welche im Umherziehen Waarenbestellungen suchen, ohne sich über die Befugniß dazu mittelst Gewerbescheins für das laufende Jahr ausweisen zu können **39**. 315.

Bestrafung des Hausirens ohne Gewerbeschein **55**. 134. Strafe für das Umhertragen selbstverfertigter Waaren zum Verkauf in dem Wohnorte des Gewerbetreibenden **57**. 131.

Zuwiderlaufen der Rechtskraft gegen die Beschlagnahme von Gegenständen wegen unbefugten Hausirens zulässig ist **58**. 361.

Der Verkauf von Gegenständen des Wochenmarktverkehrs (z. B. Mühlenfabrikate) ist weder als gewerbesteuerpflichtiger Handel im Sinne des Gewerbesteuer-Gesetzes, noch als Hausirhandel anzusehen **39**. 354.

Haus-Offizianten, Gleichstellung der Haus-Offizianten in ihren Rechten und Pflichten mit dem gemeinen Gesinde **39**. 15. 303. — Auf Handlungsdiener oder Handlungslehrlinge findet diese Bestimmung keine Anwendung **39**. 303.

Inwiefern Haus-Offizianten als Substituten eines General-Mandatars zur Führung den Prozessen zuzulassen sind **39**. 39.

Gerichtsstand minderjähriger oder großjähriger, noch unter väterlicher Gewalt stehender Haus-Offizianten **43**. 255.

Zulässigkeit der stillschweigenden Verlängerung eines mit einem Haus-Offizianten geschlossenen schriftlichen Dienstvertrages **47**. 336.

Hautboisten, Berechnung der denselben bei ihrer ersten Anstellung im Civildienste zu machenden Gehaltsverbesserungs-Abzüge **54**. 27.

Hahnau (Land- u. Stadtger.), Anzeige von der Einsendung eines wilden Weibes desselben zur Justiz-Offizianten-Wittwenkasse **42**. 154.

Hazardspiel, Begriff des Bankhaltens beim Hazardspiel **56**. 68.

Hecken, gegen die Verfügung der Polizeibehörde, wegen Wegräumung einer auf der Dorfstraße gepflanzten Hecke, ist der Rechtsweg unzulässig **55**. 187.

Heerstraße, s. Straße.

Heftgebühren, Wegfall der Heftgebühren bei dem Kostenansatze nach dem Gesetze vom 10. Mai 1851 (Instr. zur Einleit. zum Gesetze) **52**. 114.

Hehlerei, Unzulässigkeit von Entschädigungsklagen gegen Polizeibeamte wegen Beschlagnahme von Waaren und anderen Gegenständen bei einer der Hehlerei verdächtigen Person **56**. 354.

Hehlerei liegt auch dann vor, wenn der Angeschuldigte irrig angenommen hat, daß die von ihm bewerkstelligte Sache durch ein anderes bestimmtes Verbrechen, als wirklich der Fall war, erlangt sei **57**. 172.

Begriff der straflosen Hehlerei (Strafgesetzbuch §§. 237, 238) **58**. 4, 26.

Heide, Untersuchung und Bestrafung der Entwendung von Heide **39**. 250.

Heimfallrecht, Anwendung des Heimfallrechts auf die Pabstbornschen Meiergüter **39**. 146.

Fortdauernde Wirkung der in der Osnabrückschen Eigenthums-Ordnung aufgeführten Fälle der Ausschließung der Erben von der Succession im Kolonat in Bezug auf das Heimfallrecht des Gutsherrn **39**. 248.

Heirathen, Instruktion über die Beglaubigung von Heirathen auf Grund der Verordnung d. 30. März 1847. **47**. 135. — Gebühren der darüber ausgefertigten Atteste **48**. 314.

Instruktion über das bei Beglaubigung der unter den Juden vorkommenden Heirathsfälle zu beobachtende Verfahren **47**. 233. — Gebühren der darüber ausgefertigten Atteste **48**. 314. 336.

Form der Atteste für Niederländische Unterthanen bei deren Verheirathung mit diesseitigen Inländerinnen **48**. 456.

Entwurf einer Verordnung über die Beurkundung des Personenstandes **49**. 19.

Mittheilung von Extrakten aus den Registern über die Trauungen der Juden und Dissidenten an die Polizeibehörden **51**. 42.

Instruktion über die Eheschließung und Beurkundung des Personenstandes Preußischer Unterthanen in außereuropäischen Ländern **54**. 350.

s. auch Eheschließung, Trauscheine.

Heirathskonsens, nur die bei der Allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt rezeptionsfähigen Civilbeamten sind zur Einholung des Ehekonsenses von ihrem Chef im Sinne des §. 70 des Anh. zum Allg. Landr. verpflichtet **39**. 302.

Nothwendigkeit des väterlichen Konsenses zur Verheirathung großjähriger Kinder **48**. 75.

Heizungskosten, Ansatz von Heizungskosten für die Aufnahme südischer Polizeigefangenen in die gerichtlichen Gefängnisse **56**. 182.

Verrechnung der Heizungskosten der Gefängnisse **57**. 310.

Hermes, lithographisches Handbuch vom Reg. Bez. Magdeburg **42**. 91.

Heroldsamt, Geschäftsverkehr der Gerichtsbehörden mit dem Heroldsamte **55**. 175.

Herrenlose Grundstücke, Ermächtigung des Finanz-Ministers zum Verkaufe herrenloser Grundstücke von geringem Werth **53**. 266.

Herrenlose Massen, Verfahren beim Aufgebot derselben **56**. 234.

Hessen (Kurhessen), Vorschriften über die Vollstreckung civilrechtlicher Erkenntnisse ausländischer Gerichte im Kurfürstenthum Hessen **41**. 107.

Digitized by Google

Hessen (Großherzogthum), Ausführung des Art. 1 der Uebereinkunft v. 10. April 1841 wegen gegenseitiger Verfolgung der Verbrecher über die Landesgrenze **41**. 263.

Wechselseitige Vollstreckung der im Bezirk des Appellationsgerichtshofes in Cöln und in der Provinz Rhein-Hessen ergehenden Civil-Erkenntnisse **41**. 279.

Verfahren bei Requisitionen nach dem Großherzogthum Hessen **44**. 207.

Hessen-Homburg (Landgrafenthum), Modifikation des Art. 14 des in dem Landgräflich Hessischen Oberamte Meisenheim geltenden Französischen Civil-Gesetzbuchs **40**. 284.

Verfahren bei Requisitionen nach dem Landgrafenthum Hessen-Homburg **44**. 207.

Hintervommersche Lehne, s. Lehnwesen.

Hitzig, Annalen der Deutschen und ausländischen Kriminalrechtspflege **42**. 91.

Höxter, Statut der für den Kreis Höxter ins Leben getretenen Kreis-Sparkasse in Brakel **48**. 71.

Hofkammer, Benennung der früheren Domainenkammer des Prinzen August von Preußen als Hofkammer der Königlichen Familiengüter **43**. 232.

Hof- und Staats-Handbuch, s. Staats-Handbuch.

Hoheitsrechte, Streitigkeiten über Majestäts- und Hoheitsrechte sind auch in Ressorverpunkten vom Rechtswege ausgeschlossen **55**. 401.

Hohenzollern (Hohenzollern-Hechingen, Hohenzollern-Sigmaringen, Hohenzollernsche Lande).

Beilegung des Prädikats „Hoheit" an die Herren Fürsten zu Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen **50**. 145. — Stempelfreiheit der beiden fürstlichen Häuser bei ihren Rechtsangelegenheiten **53**. 90.

Amtliche Bezeichnung der Fürstenthümer Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen als „Hohenzollernsche Lande" **51**. 242.

Ermächtigung des Justiz-Ministers zur Genehmigung von Arrogationen und Adoptionen in den Hohenzollernschen Landen **52**. 2.

In den Hohenzollernschen Landen bleiben die Sportelgesetze vorläufig außer Anwendung (Justr. zum Ges. v. 10. Mai 1851 zu §. 1) **52**. 114.

Ermächtigung des A. G. in Arnsberg zur Ertheilung von Majorennitäts-Erklärungen in den Hohenzollernschen Landen **53**. 382.

Instruktion zum Gesetze über die Verbesserung des Unterpfandwesens in den Hohenzollernschen Landen **54**. 310.

Ermächtigung des Kreisgerichts in Hechingen zur Gestattung der Wiederverehelichung von Wittwen vor Ablauf des gesetzlichen Trauerjahres **55**. 347.

Anwendung des Gesetzes v. 8. April 1847 über das Verfahren bei Konflikten in den Hohenzollernschen Landen **58**. 143.

Abhandlung über die Güterrechte der Ehcleute in den Hohenzollernschen Landen **58**. 224.

Anwendung des Gesetzes v. 13. Februar 1854 auch auf katholische Geistliche in den Hohenzollernschen Landen **59**. 237.

Holstein-Oldenburg, s. Oldenburg.

Holz (Holzberechtigung, Holzgerechtsame, Freiholz).

Gleichmäßige Behandlung der Ausgaben für Holz in den Rechnungen der gerichtlichen Salarienkassen **43**. 34.

Derjenige, dem als Grundgerechtigkeit ein Anspruch auf Brennholz ohne weitere Modifikation zusteht, ist nicht verbunden, sich seinen Bedarf auf Raff- und Leseholz vorzugsweise anweisen zu lassen **44**. 109.

Verjährung von Holzgerechtsamen durch Gemeindemitglieder **48**. 104.

Wegfall der Verabfolgung des freien Bauholzes aus den Staatswaldungen bei Staatsbauten **46**. 192; **48**. 314.

Zulässigkeit des Rechtsweges, wenn Besitzer vormals bauberechtigter Häuser behaupten, das das Recht der unentgeltlichen Gewährung von Holz auf ihren Häusern hafte **53**. 31. — Inwiefern Streitigkeiten über eine Holzberechtigung dem Rechtswege unterworfen sind **57**. 287. 290; **59**. 367.

Zuständigkeit der General-Kommissionen zur Erörterung und Entscheidung von Streitigkeiten über Holzrückstände in den bei ihnen schwebenden Auseinandersetzungen **53**. 253; — desgl. über Holzgerechtigkeiten **53**. 331; **54**. 7.

s. auch Deputatholz.

Welche Holzkeile als geschlagenes Holz im Sinne des §. 217 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs anzusehen sind **57**. 135.

Holzdiebe, Zwangsmittel gegen Holzdiebe zur Verrichtung der ihnen auferlegten Forstarbeiten **39**. 5; — abändernde Bestimmungen **41**. 282. — Kompetenz der Verwaltungsbehörden zur Vollstreckung der Zwangshaft gegen Forstfrevler, welche die Forstarbeit verweigern **39**. 108.

Befugniß der Forstbeamten zum Waffengebrauch gegen Holzdiebe **53**. 351; **56**. 131; **57**. 381.

Holzdiebstahl, welche Entwendungen nach dem Gesetze vom 7. Juni 1821 zu untersuchen und zu bestrafen sind **39**. 250.

Anmerkung aller bis zum 26. Juni 1848 begangenen Holzdiebstähle, soweit dieselben den Strafbestimmungen des Gesetzes v. 7. Juni 1821 und den Erlassen vom 5. August 1838 und 4. Mai 1839 unterliegen **48**. 231; — durch diese Amnestie ist jedoch das Pfandgeld nicht erlassen **48**. 282; — ebenso die Verpflichtung des Schuldigen zum Ersatze des verursachten Schadens **48**. 231.

Vollstreckung der Gefängnißstrafen nach §. 5 des Gesetzes v. 7. Juni 1821. **49**. 279. — Verfahren der Staatsanwaltschaft, wenn durch Erkenntniß auf Grund der §§. 30 — 32 des Gesetzes v. 7. Juni 1821 Geldbußen ausgesprochen worden **51**. 232.

Erforderniß der Unterschrift der Denunziaten unter dem Protokoll an denjenigen Stellen desselben, wo mit ihnen verhandelt wird **39**. 423. — Verfahren, wenn der am Gerichtstage anwesende, auf Grund des von dem Forstbeamten aufgestellten Verzeichnisses vorgeladene Angeschuldigte die That leugnet **40**. 331. — Welchen Forstbeamten in Holzdiebstahlssachen die volle Glaubwürdigkeit der Gerichtsbeizuziehen ist **48**. 27.

Vermeidung des Subhastationsverfahrens zum Zweck der Beitreibung von Holzdiebstahlsstrafen **40**. 226. — Verfahren, wenn in amnestirten Holzdiebstahlssachen der Angeschuldigte die Schadensersatzpflicht nicht leistet **41**. 150. — Exekutivische Einziehung der Entschädigungen und Geldstrafen bei Holzdiebstählen, welche in städtischen Kommunalforsten und Privatforsten verübt worden sind **42**. 207.

Bestrafung des Holzdiebstahls in der Provinz Posen **41**. 290.

Kompetenz der Braunschweigschen Gerichte zur Untersuchung und Bestrafung von Holzdiebstählen, welche in ihrem Bezirk von diesseitigen Unterthanen verübt worden sind **41**. 371.

Verfahren, wenn der Angeschuldigte die Civil-Einrede anbringt **42**. 228.

Erläuterung und Auslegung des Gesetzes vom 2. Juni 1852 zu §§. 1. 3. 55. 79; zu §§. 5. 8. 57. 134; zu §. 10. 53. 421; zu §. 12. 54. 2; zu §. 54. 57. 43.

Digitized by Google

Strafe des Holzdiebstahls bei Rückfällen nach dem Erscheinen des neuen Strafgesetzbuchs **52**. 30.

Verfahren der Polizeianwalte bei Verfolgung der Diebstähle an Holz und anderen Waldprodukten **53**. 10, 243.

Verrechnung der einzuziehenden Holzerfaßgelder bei Holzdiebstählen, welche in Staatsforsten begangen worden sind **53**. 198, 370; **54**. 29, 306.

Maaßstab, nach welchen Geldstrafen im Unvermögensfalle des Verurtheilten in Freiheitsstrafen zu verwandeln sind **54**. 2.

Verfahren bei Vollstreckung der wegen Diebstahls an Holz und anderen Waldprodukten erkannten Strafen nach dem Gesetze v. 2. Juni 1852. **54**. 29.

Inwiefern der Diebstahl an Borke nach dem Holzdiebstahlsgesetze zu beurtheilen ist **55**. 79.

Bestrafung der Begünstigung des Holzdiebstahls **57**. 134.

Vierter Holzdiebstahl, bei Anwendung des §. 30 des Gesetzes v. 7. Juni 1821 kommt es nur darauf an, ob der Angeschuldigte überhaupt schon dreimal wegen Holzdiebstahls bestraft worden ist **40**. 143; **44**. 33.

Formelles Verfahren zwischen dem Oberförster und dem Forstrichter in Betreff des Untersuchungsverfahrens gegen die schon dreimal bestraften Holzdiebe **42**. 27. — Modifikation dieser Bestimmung **49**. 332.

Ob beim rückfälligen Diebstahl die früheren Bestrafungen wegen vierten Holzdiebstahls mit in Anrechnung kommen **52**. 207.

Reisekosten und Tagegelder der Königlichen Forstschutzbeamten bei Untersuchungen wegen vierten Holzdiebstahls **51**. 2; **57**. 214.

Remuneration der Forstrichter in Forstdefraudationssachen **39**. 214. — Wegfall derselben **48**. 228; **51**. 327.

Gebühren der Gerichtsschreiber und Gerichtsvollzieher in Untersuchungen wegen einfachen Holzdiebstahls **41**. 328.

Kostenansatz in einfachen Holzdiebstahlssachen nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 (Instr. zum Tarif §. 49) **52**. 126.

Gebühren der Rechtsanwalte als Vertheidiger in Holzdiebstahlssachen, s. Rechtsanwalte.

Holzgrundstücke, s. Hauberge.

Holznutzung. Befugniß des Hypothekengläubigers zur Anlegung des Arrestes bei erheblicher Verringerung der Substanz des verpfändeten Guts, namentlich bei außerordentlichen Holzschlägen **41**. 99.

Homagialeid, s. Huldigungseid.

Homagialgebühren. Erlaß der Homagialgebühren an die Besitzer allodifizirter Lehne in Hinterpommern aus Veranlassung des Thronwechsels **42**. 195.

Honorar, Annahme desselben Seitens eines Rechtsanwalts, s. Rechtsanwalte.

Huldigungseid (Homagialeid).

Ableistung des Huldigungseides von Seiten der Justizbeamten **40**. 303.

Zeitpunkt, wann an die neuen Erwerber von Rittergütern die Aufforderung zur Ableistung des Homagialeides zu erlassen ist **42**. 79.

Stempelpflichtigkeit der Verhandlungen über die Ableistung des Homagialeides **39**. 311.

Hufenschoß, Anmeldung des Rechts auf Hufenschoß im Konkurse und erbschaftlichen Liquidations-Prozeß und Liquidation rückständiger und laufender Beträge **44**. 234.

Hülfeleistung, in welcher Weise der Ausspruch der Geschworenen zu fassen ist, wenn das Strafgesetz mehrere von einander verschiedene Thätigkeiten zusammenfaßt und mit Strafe bedroht, z. B. die Anleitung und Hülfeleistung bei Verbrechen **56**. 18.

Inwiefern die Hülfeleistung bei einer von einem Preußen im Auslande begangenen That strafbar ist **56**. 343.

Strafbarkeit der Hülfeleistung bei solchen Probearbeiten, bei welchen der Prüfungs-Kandidat eidesstattlich versichern muß, daß er sie ohne fremde Hülfe angefertigt habe **57**. 51.

Bestrafung der Hülfeleistung beim Morde, wenn der Thäter sich bei Ausführung des Verbrechens irrt, und einen Andern tödtet, als er zu tödten beabsichtigte **59**. 223.

Hülfsarbeiter, Stimmrecht der bei den Untergerichten beschäftigten richterlichen Hülfsarbeiter **39**. 390.

Einschränkung der Anträge auf Gewährung von Hülfsarbeitern **50**. 394.

Bewilligung von Gnaden-Kompetenzen für die Hinterbliebenen der dauernd beschäftigten und durch fixirte Beträge remunerirten Hülfsarbeiter **55**. 166.

Zahlung der Remunerationen an die im Staatsdienste beschäftigten Hülfsarbeiter **59**. 244.

Inwieweit die Besetzung der Gerichte mit unbesoldeten Richtern zulässig ist **59**. 338.

Hüttersdorf (Herrschaft), Empfehlung der Sammlung der für die Herrschaft Hüttersdorf erlassenen Verordnungen **42**. 382.

Hütung, Auslegung des §. 155 Tit. 22 Thl. I. A. L. R. in Betreff der Schäfereigerechtigkeit **42**. 231; — desgl. des §. 186 ibd. **58**. 289.

Theilnahmerecht eines Neuanbauers bei der Hütung in Dorfgemeinden, welcher schon vor dem Erscheinen des Gesetzes v. 3. Januar 1845 den Anbau vollendet hatte **45**. 229.

Possess.-rienklage des Hütungsberechtigten gegen den Eigenthümer des Grundstücks **51**. 383.

Erwerbung eines Hütungsrechts für eine Gemeinde durch Verjährung nach gemeinem Recht **52**. 183.

Pfandgeld für das verbotswidrige Hüten in den Schonungen, und das bei derartigen Kontraventionen zu beobachtende Verfahren **53**. 372.

Streitigkeiten über den Umfang des Hütungsrechts gehören zur Kompetenz der Auseinandersetzungsbehörden **57**. 12.

Hypotheken-Akten (Grund-Akten), Verfahren bei Einforderung von Grund- und Testaments-Akten zur Verifikation von Stempel-Retinitions-Liquidationen **39**. 140.

Verfahren der Notare bei Einreichung beglaubigter Abschriften von stempelpflichtigen Verhandlungen zu den Hypotheken-Akten eines Grundstücks **42**. 26.

Verfahren bei Benutzung fremder Grund-Akten in Prozessen **47**. 188.

Hypothekenbank, Hypothekenschulden-Zustand der Stadt Berlin mit Hinblick auf eine zu errichtende Hypothekenbank **48**. 422.

Hypothekensachen. 1) Eintragung. Verfahren der Hypothekenbehörden bei Eintragung von Prioritätsbewilligungen zu Gunsten postlocirter Gläubiger **39**. 6, 402. — Eintragung einer förmlichen Hypothek an die Stelle einer Protestation **39**. 19.

Inwiefern aus Urkunden, welche vor ausländischen Gerichten oder Notaren aufgenommen worden sind, Eintragungen in das Hypothekenbuch erfolgen können **39**. 82. — Aufforderung an die Obergerichte zur Berichtserstattung über die

Digitized by Google

Eintragungsfähigkeit von Verträgen über inländische unbewegliche Güter, welche vor ausländischen Gerichten oder Notaren aufgenommen worden sind **39**. 243.

Verfahren bei Eintragung eines Altentheils, einer Leibzucht und des sogenannten Ein- und Ausgangerechts der abgefundenen Kinder, bei bäuerlichen Kolonaten **39**. 283.

Rang-Ordnung der vor der Berichtigung des Besitztitels angemeldeten Hypothekenforderungen bei der nach geschehener Berichtigung derselben wirklich erfolgten Eintragung **40**. 66.

Zulässigkeit der Eintragung einer Hypothek auf den ideellen Antheil eines Ehegatten an einem Grundstücke, von welchem der Besitztitel auf den Grund der ehelichen Gütergemeinschaft für beide Theile berichtigt ist **40**. 106.

Inwiefern Apotheker-Privilegien sich zur Eintragung in das Hypothekenbuch eignen und rechtsgültig verpfändet werden können **40**. 113.

Zulässigkeit der Eintragung einer rückständigen Forderung von sogenannten Marktgroschen auf Grund einer Exekutionsverfügung der Verwaltungsbehörde **40**. 327.

Eintragung der zur Ablösung von Domanial-Abgaben vorgeliehenen Kapitalien **40**. 330.

Eintragung der auf einem Grundstücke haftenden Real-Servituten in das Hypothekenbuch **40**. 399.

Befugniß des Eigenthümers, bei dem ihm gehörigen Grundstücke eine Hypothek auf seinen Namen eintragen zu lassen **41**. 27.

Legitimation der Domainen-Rentämter zu selbstständigen Anträgen auf Eintragungen, Löschungen ꝛc. bei den Hypothekenbehörden Namens des Fiskus **41**. 83.

Unterschiedung bei der Eintragung von Realberechtigungen auf dem verpflichteten Grundstücke, ob die Berechtigung Zubehör eines anderen Grundstücks sei oder nicht **42**. 18.

Verfahren bei Eintragung von Cessionen **40**. 96; **42**. 42.

Verfahren, wenn derjenige, welcher den von der Generalkommission bestätigten Rezeß vollzogen hat, zur Zeit der Eintragung desselben nicht mehr der im Hypothekenbuche eingetragene Besitzer ist **41**. 153.

Ein zur Eintragung präsentirtes, aber verloren gegangenes Dokument ist, so lange die Eintragung nicht erfolgt ist, kein Hypotheken-Dokument, und bedarf daher des öffentlichen Aufgebots nicht **41**. 299.

Unzulässigkeit der Eintragung einer Bestimmung dahin: daß der Schuldner ohne Konsens seines Gläubigers Realansprüche dritter Personen auf das verpfändete Grundstück sub Rubr. II. des Hypothekenbuchs nicht eintragen lassen dürfe **42**. 331.

Zulässigkeit der Eintragung von Beschränkungen der Dispositionsbefugniß, welche ein Hausteigenthümer von Baupolizeibehörde gegenüber übernommen hat **42**. 374.

Verfahren bei Eintragung rückständiger Gerichtskosten in das Hypothekenbuch **44**. 142.

Trennung des für das Grundstück selbst ausgesetzten Kaufpreises von dem Betrage des Mobiliars und der Inventarienstücke bei Eintragung in das Hypothekenbuch und Berichtigung des Besitztitels **44**. 146.

Ob ein Zubikat auch nach Eröffnung des Konkurses gegen den Schuldner auf die Grundstücke desselben eingetragen werden kann, wenn vorher eine Protestation eingetragen war **47**. 99; **48**. 233. — Wo und wie ist eine Forderung im Wege der Exekution nach §. 22 der Verordnung v. 4. März 1834 einzutragen, wenn wegen derselben Forderung vorher ein Arrest eingetragen worden ist **47**. 289.

Ob aus schiedsmännischen Vergleichen ohne Weiteres eine Eintragung in das Hypothekenbuch erfolgen kann **48**. 26.

Ob im Wege der Exekution mehr als 5 Prozent Zinsen auf das Grundstück des Schuldners eingetragen werden dürfen **48**. 32.

2) Löschung. Wirkung des Adjudikationsbescheides in Beziehung auf die Löschung der ausgefallenen Hypotheken **39**. 32.

Form der Vollmacht einer Zunung zur Bewilligung der Löschung eingetragener Gerechtsame **40**. 391.

Form der Erklärung einer Ehefrau zur Löschung ihrer auf dem Grundstücke ihres Ehemannes eingetragenen Illaten **40**. 396.

Unzulässigkeit des Personal-Arrestes als Exekutionsmittel behufs der zu bewirkenden Löschung einer im Hypothekenbuch eingetragenen Dispositionsbeschränkung **40**. 171.

Erforderniß aller zur Löschung einer im Wege der Exekution eingetragenen Post erforderlichen Formalitäten, wenn die Forderung bereits definitiv eingetragen ist **41**. 43.

Legitimation der Domainen-Rentämter zu selbstständigen Anträgen auf Löschungen bei den Hypothekenbehörden Namens des Fiskus **41**. 83.

Löschung der auf dem Hauptgut zur Sicherung von Parzellenkäufern eingetragenen Protestationen **41**. 119.

Löschung der im Hypothekenbuche eingetragenen Altentheile (Ausgedinge) nach dem Tode des Berechtigten **40**. 38; **41**. 343.

Kostenfreie Löschung der in den Hypothekenbüchern eingetragenen Beschränkungen der Benefizial-Erben **41**. 30.

Wer den Manifestationseid zu leisten hat, wenn der Besitzer eines Grundstücks zum Zweck der Löschung einer bereits bezahlten Hypothekenforderung auf Amortisation des bei dem Gläubiger verloren gegangenen Schuld-Dokuments anträgt **42**. 254.

Löschung der auf Grund der Reskripte v. 19. Dezember 1796 und 24. Februar 1800 eingetragenen Verwerke, nach welchen die von der Krone Preußen verschenkten Güter in Südpreußen nicht an Eingeborene des ehemaligen Polens veräußert werden sollen **43**. 27.

Aufgebot einer Hypothekarischen Post, den welcher der Grundbesitzer behauptet, daß sie getilgt sei, ohne sich darüber ausweisen zu können **44**. 257.

3) Abschreibung. Verfahren der Hypothekenbehörden bei Abschreibung von Parzellen im Hypothekenbuch **39**. 6; — desgl. bei Abschreibung von Parzelen eines Ritterguts **39**. 41, 42; — desgl. bei Abschreibung einer ursprünglichen Dominal-Parzele von dem Hypothekenfolium des immittelst mehrfach veräußerten Hauptguts **40**. 46; Erläuterung dieser Vorschrift **40**. 363; — desgl. bei Abschreibung eines mit einem im Hypothekenbuche eingetragenen Gute in Verbindung stehenden Pertinenzstücks **40**. 57. — Formelles Verfahren bei Parzellen-Abschreibungen **40**. 127, 278, 352, 363; **41**. 29; **44**. 113. — Verfahren bei Abschreibung einer in Erbpacht ausgethanen Parzele von dem Hauptgute **40**. 237. — Verfahren bei Abschreibung der von dem Areal eines eximirten Landguts durch Veräußerung zu vollem Eigenthum oder Erbzins oder Erbpachtsrechten abgetrennten Bestandtheile **40**. 262, 351; **41**. 37. — Verfahren bei Abschreibungen vertauschter Guts-Parzelen im Hypothekenbuch hinsichtlich der darauf haftenden Abgaben und öffentlichen Lasten **48**. 337.

4) Zuschreibung. Verfahren bei Zuschreibung der von einem Gute in Folge der gutsherrlichen und bäuerlichen

Digitized by Google

Regulirung abgeschriebenen und demnächst von dem Gutsherrn eigenthümlich erworbenen bäuerlichen Grundstücke im Hypothekenbuche des Guts **39**. 399.

Auslegung des §. 731 Tit. 18 Thl. I. A. L. R. in Betreff der Zuschreibung von Lehngütern **43**. 307.

Verfahren bei Zuschreibung vertauschter Guts-Parzelen im Hypothekenbuche hinsichtlich der darauf haftenden Abgaben und öffentlichen Lasten **48**. 337.

5) Besitztitel-Berichtigung. Berichtigung des Besitztitels auf Grund des Adjudikationsbescheides **39**. 6; — desgl. auf Grund der Verjährung **40**. 188.

Besitztitel-Berichtigung bei Kämmerei-Grundstücken auf Grund des von dem Magistrat ausgestellten Attestes über den 44jährigen ungestörten Besitz des Grundstücks **39**. 29; — desgl. von Erbpachts-Grundstücken bei der ersten Regulirung des Hypothekenwesens auf Grund eines 10jährigen titulirten Besitzes **40**. 189.

Bedingungen des Zwanges zur Berichtigung des Besitztitels **40**. 284.

Verfahren, wenn in Auseinandersetzungssachen von Seiten der General-Kommission oder eines Spezial-Kommissarius auf Berichtigung des Besitztitels angetragen worden ist **40**. 303.

Unzulässigkeit der ersten Besitztitel-Berichtigung auf Grund von Privat-Dokumenten **40**. 307.

Nachweis der Besitzfähigkeit des neuen Erwerbers eines Erbzins- oder Erbpachts-Grundstücks durch Beibringung des fehlenden Konsenses des Ober-Eigenthümers oder Erbverpachters vor Berichtigung des Besitztitels **40**. 344.

Verfahren bei Berichtigung des Besitztitels der Synagoge für eine Judengemeinde **41**. 34.

Trennung des für das Grundstück selbst ausgesetzten Kaufpreises von dem Betrage des Mobiliars und der Inventarienstücke bei Eintragung in das Hypothekenbuch und Berichtigung des Besitztitels **44**. 146.

Erfordernisse zur Berichtigung des Besitztitels von den durch den Fiskus angekauften Grundstücken **45**. 70.

Berichtigung des Besitztitels für den heres fiduciarius bei fideikommissarischer Substitution **53**. 234.

Kostenansatz bei Berichtigung des Besitztitels (Instr. zu §. 25 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126.

f. auch Besitztitel.

6) Hypotheken-Folien. Unzulässigkeit der Anlegung eines gemeinschaftlichen Foliums im Hypothekenbuche für die Miteigenthümer eines gemeinschaftlichen, zu ideellen Antheilen besessenen Eigenthums **39**. 289.

Nähere Bezeichnung der zu einer Besitzung gehörenden einzelnen Grundstücke auf dem Titelblatt der Hypotheken-Tabelle **39**. 352.

Mehrere auf ein und dasselbe Folium des Hypothekenbuchs gehörige Grundstücke sind im Sinne des §. 23 der Verordnung v. 4. März 1834 nur für ein Immobile zu erachten **41**. 39.

7) Protestationen. Verfahren bei Umschreibung von Protestationen in wirkliche Hypotheken **40**. 126; **44**. 268. — Umschreibung einer im Wege des Arrestes eingetragenen protestatio de non amplius intabulando in eine Hypothek **47**. 107; **48**. 233.

Die Eintragung einer Protestation wegen nicht erhaltener Valuta erfolgt nicht auf eine bloße Anzeige des Schuldners, sondern auf den hinzutretenden ausdrücklichen Antrag desselben **40**. 224.

Rechtliche Wirkung einer zur Sicherstellung einer persönlichen Forderung im Wege des bloßen Arrestschlages eingetragenen protestatio de non amplius intabulando **42**. 300.

Ob ein Zubikat auch nach Eröffnung des Konkurses gegen den Schuldner auf die Grundstücke desselben eingetragen werden kann, wenn vorher eine Protestation nach §. 22 des Gesetzes über die Exekution in Civilsachen v. 4. März 1834 eingetragen war **47**. 99; **48**. 233.

Eintragung einer Protestation und Hypothek nach §. 22 des Gesetzes v. 4. März 1834 bei eingetretener Besitzveränderung **47**. 118.

Abhandlung über die Erfordernisse hypothekarischer Protestationen zur Erhaltung der Einreden **47**. 205.

8) Subhastationen. Verfahren der Hypothekenbehörden bei Subhastationen in Betreff der zur Hebung kommenden oder leer ausgehenden Gläubiger **39**. 35.

Verfahren bei der nothwendigen Subhastation eines Grundstücks, für welches ein Hypotheken-Folium zwar schon angelegt, der Besitztitel aber noch nicht berichtigt ist **40**. 263.

f. auch Subhastation.

9) Kaufgelder. Zulässigkeit der Exekution wegen rückständiger Kaufgelder in das Mobiliar-Vermögen des Adjudikators **39**. 151.

Erlaß eines Mandats an den Adjudikator vor der wegen nicht belegter Kaufgelder zu verhängenden Resubhastation des Grundstücks **39**. 285.

Durch die bloße Uebernahme hypothekarischer Schulden in partem pretii (auf Abrechnung des Kaufgeldes) von Seiten des Käufers wird derselbe gegen den Käufer persönlich verpflichtet, Zahlung der übernommenen Post zu leisten, oder die Befreiung des Verkäufers von seiner Verbindlichkeit gegen den Hypothekengläubiger zu bewirken **40**. 212.

In gerichtlich nothwendigen Subhastationen haben sich die Bevollmächtigten bei Belegung der Kaufgelder zur Empfangnahme des Pretiumbetrages ihrer Machtgeber durch gerichtliche Vollmacht zu legitimiren **40**. 381.

Aussetzung der Ausfertigung einer im Kaufgelder-Belegungstermin angelegten Spezialmasse bis zur Entscheidung der gegen die erlassenen Erkenntnisse eingelegten Nichtigkeitsbeschwerde **41**. 43.

Stempelpflichtigkeit der Quittungen über Kaufgelder **43**. 79.

f. auch Kaufgelder-Belegungsverfahren.

10) Verjährung. Berichtigung des Besitztitels auf Grund der Verjährung **40**. 188.

Nach den Grundsätzen des Gemeinen und Sächsischen Rechts wird durch die von dem Besitzer der Hypothek geleistete Zahlung der Zinsen die Klageverjährung gegen den Gläubiger auch in Beziehung auf den persönlichen Schuldner des Kapitals gehemmt und resp. unterbrochen **42**. 372.

Verjährung der Gerichtskosten in Hypothekensachen **48**. 147.

11) Arrest auf Grundstücken, f. Arrest.

12) Hypothekenrechte. Der Eigenthümer eines Grundstücks, welcher eine auf dasselbe eingetragene Forderung berichtigt hat, ist auch nach Veräußerung des Grundstücks über die Forderung zu verfügen befugt **39**. 240.

Rechte des Eigenthümers in Ansehung der auf seinem Grundstück eingetragenen, bereits bezahlten, aber noch ungelöschten Hypothekenforderungen **39**. 344.

Dem Eigenthümer eines Grundstücks steht die Dispposition über eine auf dasselbe eingetragene Kaution nach dem Erlöschen derselben nicht zu **40**. 275.

Digitized by Google

Es ist nicht Sache der Hypothekenbehörden, sich der näheren Prüfung der Förmlichkeiten einer Verhandlung zu unterziehen, deren Mängel durch die Bestätigung des Rezesses gedeckt sind **40.** 192.

Durch Erlaß oder Entsagung des Gläubigers wird eine dadurch offen gewordene Hypothekenstelle von dem Schuldner nicht erworben **40.** 309.

Ausleaung des §. 4 der Declaration vom 21. März 1835. **40.** 350.

Einer Schiffsmühle, welche im Hypothekenbuche eingetragen und von einem Besitzer auf den Anderen übergegangen ist, liegt nicht nur eine Gewerbe-Konzession, sondern ein wirkliches Recht zum Grunde **42.** 303.

Verfahren bei Kollision zwischen dem Hypothekengläubiger und einem Eigenthums-Prätendenten, wenn der Eine oder der Andere von dem früher entstandenen persönlichen Rechte seines Gegners unterrichtet gewesen ist **43.** 268; **44.** 64.

Inwieweit einem nachstehenden Gläubiger das Recht zustedt, die Gültigkeit einer vorstehenden Hypothek anzufechten **45.** 193.

Kollision der Rechte eines nicht eingetragenen Eigenthümers eines Grundstücks mit den Ansprüchen auf Eintragung des Gläubigers von Vorbehörgern **50.** 180.

Auf welche Forderungen sich das Vorzugsrecht eines eingetragenen dinglichen Rechts beschränkt **51.** 6.

Welche Einwendungen und Gegenforderungen dem Dritten, welcher eine hypothekarische Forderung nach deren Eintragung durch einen lästigen Vertrag erworben hat, entgegengesetzt werden können **55.** 126.

13) Besondere Vorschriften. Unzulässigkeit der Verpfändung des Hauptguts behufs der Bestreitung der in Folge der Regulirungen entstandenen Einrichtungskosten **39.** 320.

Verfahren der Hypothekenbehörden bei den außer dem Geschäftskreise der General-Kommissionen vorkommenden Dismembrationen **39.** 328. — Erläuterungen dazu **44.** 35.

Verfahren der Hypothekenbehörden bei Parzellirung von Grundstücken **39.** 365; **48.** 208.

Beglaubigung der Erklärungen, welche Vorsteher von Kirchen, Schulen und Armen-Anstalten auf Grund der dazu von ihrer oberen Behörde erhaltenen Autorisation rücksichtlich der diesen Instituten zustehenden Realansprüche und Forderungen bei dem Hypothekenbuche abgeben **40.** 261.

Zulässigkeit der exekutionsweisen Uebereignung einer hypothekarischen Forderung, welche der Schuldner an den Gläubiger besitzt **40.** 290; **55.** 166. — Abhandlung über die Assignation einer Hypothekenforderung im Wege der Exekution **47.** 325.

Anwendung des § 439 Tit. 20 Thl. I. A. L. R. auf Erbpachts-Gerechtigkeiten **41.** 280.

Verfahren bei Bekanntmachung der erfolgten Veräußerung von Grundstücken an die betheiligten Hypothekengläubiger **41.** 350.

Regulirung des Hypothekenbuchs von Amtswegen in Betreff einzutragender Veräußerungs-Beschränkungen **41.** 296. — Autorisation der Minister der Justiz und des Königlichen Hauses, die Konsens-Einholung bei Veräußerungen löschen zu lassen **43.** 258. — Befugniß der Regierungen zur Ertheilung des Konsenses bei Austauschung einzelner Parzellen nicht bepfandbriefter Güter **41.** 332; **44.** 152. — Ertheilung des gerichtlichen Konsenses bei Veräußerung von Domainen und Forsten ꝛc. und Fortführung der gerichtlichen Kontrole über Domanial- und Forst-Grundstücke **49.** 345.

Uebergang der Lasten und Schulden der alten Hausplätze auf die neuen Grundstücke bei Ausführung der Retablissements-Pläne ganz oder theilweise abgebrannter Ortschaften **44.** 119.

Verfahren bei Abschätzung von Grundstücken, s. Taxe.

Verfahren bei Eintragung von Cessionen in das Hypothekenbuch, s. Cessionen.

In welchen Fällen der Vermerk über die Ablösung eines mit einer Reallast belasteten Grundstücks nöthig und nothwendig ist, wenn die abgelöste Abgabe aus dem Hypothekenbuche nicht hervorgeht **42.** 166.

Statuten des Vereins zur Regulirung des Kapital-Schuldenwesens der städtischen und bäuerlichen Grundbesitzer im Kreise Warburg **44.** 136; **48.** 67.

Vollziehung der Hypothekenscheine bei den nach dem Organisations-Plan für das Land- und Stadtgericht in Wanzleben eingerichteten Gerichten **48.** 308. — Ertheilung von Hypothekenscheinen pro informatione **51.** 259.

Rückgabe der mit einem Hypothekenschein-Instrument eingereichten Schriftstücke an die Parteien **54.** 422.

Vor der Theilung des Nachlasses kann der einzelne Erbe mit dem seiner Erb-Quote entsprechenden Antheil an dem Nachlaß-Grundstücke seinem Gläubiger für dessen Forderung an ihn eine gültige Hypothek nicht bestellen **57.** 162.

Inwiefern die Gerichte befugt sind, auf Grundstücke, welche außerhalb ihres Jurisdiktions-Bezirks liegen, Darlehne aus dem General-Depositorium zu bewilligen **58.** 35. — Nachweisung der am Schlusse des Rechnungsjahres 1856/57 in Hypotheken angelegten Bestände der General-Depositorien der Gerichte **58.** 36.

14) Gebühren und Kosten in Hypothekensachen.

a) Aeltere Bestimmungen.

Kosten für die Eintragung von Ablösungs-Rezessen in das Hypothekenbuch **39.** 73. — Gebührenansatz für mehrere in derselben Verfügung angeordnete Eintragungen und Löschungen **39.** 344; **42.** 80. — Kostenfreie Eintragung von Schuld- und Verpfändungs-Urkunden für die von Bürger-Rettungs-Instituten bewilligten Unterstützungen **41.** 87. — Kosten der hypothekarischen Eintragung von Domanial-Abgaben auf den Antrag fiskalischer Behörden **41.** 366. — Ausdehnung der kleinen Sportel-Kontrole auf die Kosten in geringeren Hypotheken-Angelegenheiten **42.** 30.

b) Bestimmungen nach dem Gerichtskostengesetze vom 10. Mai 1851.

Fortfall der Gebühren für das Aufschlagen des Hypothekenbuchs (Instr. zur Einleitung des Gesetzes) **52.** 114.

Kostenansatz für Eintragungen in das Hypothekenbuch im Subhastations-Prozeß (Instr. zu §. 11 des Tarifs) **52.** 126.

Kostenansatz für Eintragungen im Wege der Exekution (Instr. zu §. 14 des Tarifs) **52.** 126.

Kostenansatz bei Eintragungen in nicht streitigen Angelegenheiten (Instr. zu §§. 25—32 des Tarifs) **52.** 126.

Sportelfreiheit bei der ersten Anlegung von Hypothekenbüchern (Instr. zu §. 3 des Gesetzes) **52.** 114.

Auf die Hypothekengeschäfte bei den Gerichtsämtern findet der Tarif zum Sportelgesetze vom 10. Mai 1851 keine Anwendung (Instr. zu §. 2 des Gesetzes) **52.** 114.

Digitized by Google

Gebühren für die Ertheilung eines Hypothekenscheines (Instr. zu §. 30 des Tarifs) **52**. 126.

Gebühren für die Löschung im Hypothekenbuche (Instr. zu §§. 28, 29 des Tarifs) **52**. 116.

Gebühren für Subinskriptionen (Instr. zu §. 27 des Tarifs) **52**. 126.

Kostenfreie Löschung prioritätisch eingetragener Kapitalien bei Befriedigung der Gläubiger durch Rentenbriefe **54**. 230.

Hypothekenwesen, 1) in der Provinz Westphalen. Bezeichnung der einzelnen Gutsbestandtheile auf dem Titelblatt der einzelnen Hypothekenfolien nach dem neuen Grundsteuer-Kataster **40**. 183.

Verbindung des Hypothekenbuchs mit dem Kataster und Beschaffung von Abschriften der Flurbücher für die Hypothekenbehörden **40**. 250; **42**. 67.

Regulirung des Hypothekenwesens in Westphalen **40**. 261.

Ertheilung besonderer Rekognitions-Atteste über die vor dem 1. Januar 1815 und innerhalb des gesetzlichen Präklusiv-Termins angemeldeten Realrechte **41**. 26; **42**. 44.

Instruktion vom 30. Januar 1842 für die Hypotheken-Behörden **42**. 67.

2) in der Provinz Posen. Nachtrag zur Instruktion vom 27. April 1818, betreffend die Wiederherstellung des Hypothekenwesens im Großherzogthum Posen **40**. 300.

3) in der Provinz Sachsen. Zusammenwirken der Regulirungs- und Hypothekenbehörden bei Feststellung der Besitzverhältnisse von Grundstücken, insbesondere der sogenannten Wandelacker, welche durch Gemeinheitstheilungen betroffen werden **42**. 184.

4) in den Hohenzollernschen Landen. Instruktion zum Gesetze über die Verbesserung des Unterpfandwesens in den Hohenzollernschen Landen **54**. 310.

5) Hypothekenwesen der Stadt Hamburg **48**. 33; **39**. 53.

6) Hypothekenschulden-Zustand der Stadt Berlin **48**. 422; **54**. 141; **57**. 69; **59**. 324.

7) Besondere Bestimmungen über das Hypothekenwesen.

Auslegung der Kab. Ord. v. 9. Mai 1839 über das Verfahren bei Einrichtung des Hypothekenwesens **39**. 226. 329; **40**. 68.

Aufforderung an die Obergerichte zur Berichtserstattung über die Eintragungsfähigkeit von Verträgen über inländische unbewegliche Güter, welche vor ausländischen Gerichten oder Notaren aufgenommen worden sind **39**. 243.

Inwiefern die Anmeldung von Grundgerechtigkeiten zur Erhaltung des Realrechts nicht für nothwendig zu erachten ist **40**. 35.

Zulässigkeit der Registrirung der stattgefundenen Eintragung auf einem Instrumente, nachdem die durch dasselbe begründete Forderung in dem Hypothekenbuche eingetragen worden ist, ohne Ertheilung eines Hypothekenscheins **40**. 320.

Gerichtsstand der unter unmittelbarer Verwaltung einer fiskalischen Behörde stehenden Grundstücke **41**. 184. — Ein zu einem Rittergute gehöriges Pertinenz, welches außer dem Jurisdiktionsbezirke des Hauptguts liegt, theilt die Exemtion des Ritterguts **41**. 306.

Rechtsbeständigkeit der den zeitempfyteutischen Grundbesitzern ertheilten Eigenthums-Verleihungs-Urkunden **42**. 223.

An Orten, wo die Gütergemeinschaft unter den Eheleuten aus dem Gesetze entspringt, bedarf es der Eintragung des Miteigenthums des anderen Ehegatten ohne den Antrag desselben oder eines sonst dazu Berechtigten von Amtswegen nicht **42**. 318.

Verfahren bei Ausführung des Gesetzes v. 3. Januar 1845 wegen Zertheilung von Grundstücken **46**. 123.

Schutz des Hypothekengläubigers gegen unzeitige Subhastationen **48**. 339.

Abhandlung über unsere Hypotheken-Ordnung in der Gegenwart und Zukunft **48**. 360.

Verfahren zur Ausführung des Gesetzes v. 24. Februar 1850 über die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen **50**. 103.

Verpflichtung des Verkäufers eines Grundstücks, dasselbe von den darauf eingetragenen Hypothekenschulden zu befreien **52**. 82.

Instruktion v. 3. August 1853 zu dem Ges. v. 24. Mai 1853, betreffend einige Abänderungen der Hypotheken-Ordnung v. 20. Dezember 1783. **53** 275. — Abhandlung über die Hypotheken-Novelle v. 24. Mai 1853. **55**. 193.

Vermuthung der gezahlten Valuta bei hypothekarischen Schuld-Instrumenten **54**. 38.

Inwiefern der Käufer eines Grundstücks gegen den wahren Eigenthümer desselben gesichert ist **54**. 171.

Ansprüche der Hypothekengläubiger auf die Feuerversicherungsgelder der zur Hypothek bestellten abgebrannten Gebäude **54**. 63; **55**. 312.

Inwieweit das dingliche Recht eines Hypothekengläubigers sich auf solche Theile des verpfändeten Grundstücks erstreckt, welche schon vor Eintragung der Hypothek an einen Dritten veräußert, aber nicht abgeschrieben worden sind **55**. 119.

Befugniß der Bergämter zur Führung des Berggegenund Hypothekenbuchs und zur Aufnahme von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit **56**. 202.

Beweiskraft hypothekarischer Schuldverschreibungen **57**. 123.

Aufforderung an die Obergerichte zur Berichtserstattung über vorgeschlagene Reformen im Hypothekenwesen.

J.

Jacoby, Dr., verweigerte Mittheilung der Entscheidungsgründe des denselben freisprechenden Erkenntnisses **44**. 25.

Jacobson, Geschichte der Quellen des provinziellen Kirchenrechts **39**. 184. — desgl. der Quellen des Kirchenrechts der Rheinprovinzen und Westphalen **40**. 132; **44**. 2.

Jagd, inwiefern Schwarz-, Roth- und Damm-Wildpret auch in der Schonzeit erlegt werden darf **39**. 12.

Verbot des Verkaufs von Haasenschleifen **39**. 147.

Ausübung der Jagd auf dem linken Rheinufer **39**. 383.

Feststellung des Termins für die Eröffnung und den Schluß der niederen Jagd **42**. 79.

Fortdauernde Gültigkeit der bisherigen Strafbestimmungen gegen das unbefugte Jagen **49**. 446.

Verpflichtung des Jagdberechtigten zum Ersatze des Wildschadens in dem Herzogthum Westphalen **52**. 11.

Zulässigkeit des Rechtsweges über die Ausübung der von einer Kommunalbehörde in Westphalen verpachteten Jagdgerechtigkeit **53**. 11.

Digitized by Google

Streitigkeiten darüber: ob der Besitzer eines See's, welcher innerhalb des Jagdbezirks einer Gemeinde liegt, zur eigenen Ausübung des Jagdrechts auf dem See berechtigt sei, sind dem Rechtswege unterworfen **56**. 137.

Inwiefern Streitigkeiten darüber, ob die eigene Ausübung des Jagdrechts mit Rücksicht auf den Flächenraum und die Beschaffenheit des betreffenden Grundstücks zulässig ist, dem Rechtswege unterworfen sind **59**. 141.

Jagdgeräthschaften, Ablieferung der in Untersuchungen wegen unbefugter Ausübung der Jagd konfiszirten Jagdgeräthschaften **54**. 294. — Verfahren, wenn in Jagdkontraventionssachen das Eigenthumsrecht an den konfiszirten Jagdgeräthschaften von einem Dritten behauptet wird **58**. 15.

Jagdgewehre, Ablieferung der in Untersuchungen wegen unbefugter Ausübung der Jagd konfiszirten Gewehre **54**. 294.

Jagd-Kontravention (Jagdverbrechen, Jagdvergehen).

Zulässigkeit einer fiskalischen Untersuchung wegen Widersetzlichkeiten bei Forst- und Jagdverbrechen **39**. 312. — Begriff der Widersetzlichkeit **42**. 109; **52**. 166.

Ausdehnung der Amnestie-Order d. 19. November 1839 auf Jagdpolizei-Kontraventionen **39**. 429.

Inwieweit das Publikandum der Kriegs- und Domainen-Kammer in Posen v. 1. März 1794 bei Bestrafung der Forst- und Jagdverbrechen in der Provinz Posen zur Anwendung kommt **41**. 290; **46**. 82.

Beschränkung der amtlichen Befugnisse der Forstbeamten zur Ueberwachung von Jagd-Kontraventionen auf das ihnen angewiesene Revier **56**. 59.

Konfiskation von Jagdgeräthschaften, s. Jagdgeräthschaften, Jagdgewehre.

Jagd-Pachtverträge, Unzulässigkeit des Rechtsweges, wenn die Gemeindevertretung selbst die Anordnung der Aufsichtsbehörde, welche einen von der ersteren geschlossenen Jagdverpachtungs-Vertrag mißbilligt und die Abschließung eines neuen veranlaßt hat, anfechten will **54**. 21. 309.

Jägerndorf (Ehrenlehn), Erneuerung des Thronlehns Jägerndorf und Dispensation des Inhabers vom persönlichen Erscheinen **42**. 195.

Jahrbücher, 1) von Kamptz Jahrbücher für die Preußische Gesetzgebung, Rechtswissenschaft und Rechtsverwaltung. Fortsetzung derselben neben dem Justiz-Ministerial-Blatt **39**. 1. — Fernerer Debit derselben **39**. 311.

Ankündigung eines vollständigen Sachregisters zu den Jahrbüchern **40**. 20. — Autorisation zur Anschaffung desselben **40**. 232. — Aufforderung zur Anzeige darüber, welche Gerichte das Register zu besitzen wünschen **42**. 200. — Anzeige von dem Erscheinen eines Haupt-Registers zu den letzten 14 Bänden der Jahrbücher **46**. 146.

Portofreiheit für die Versendung der Jahrbücher und für die Einsendung der dafür zu zahlenden Pränumerationsgelder **43**. 263.

2) Jahrbücher für die Kriminal-Rechtspflege in den Preußischen Staaten von Mannkopff. — Autorisation der Gerichtsbehörden zur Anschaffung derselben **40**. 104.

s. auch Gefängnißwesen.

Jahresberichte, Auszug aus dem Jahresberichte des Ober-Präsidenten von Frankenberg-Ludwigsdorff über die Justizverwaltung in dem Departement Posen für das Jahr 1838 **39**. 228.

Abdruck des Jahresberichts des Justiz-Ministers Mühler für die Jahre 1840 und 1841. **43**. 138.

Vorschriften zur Anfertigung der Beilagen zu dem dem Justiz-Minister einzureichenden Jahresberichte **39**. 157, 314; **40**. 357. — Abänderung zu Nr. 5. dieser Bestimmungen **40**. 382. — Vereinfachung der einzureichenden Tabellen und Geschäfts-Uebersichten **42**. 97. — Zusammenstellung aller künftig einzureichenden Tabellen und Geschäfts-Uebersichten **42**. 338. — Erläuterungen dazu **44**. 59. — Aufführung der Untersuchungen gegen Landstreicher, Bettler und Arbeitsscheue in die einzureichenden Listen **44**. 129. — Beschränkung der einzureichenden Listen **45**. 75. — Anfertigung der Haupt-Uebersichten der Geschäfte und der Civil- und Kriminal-Referat-Tabelle **46**. 215.

Anderweitige Bestimmungen über sämmtliche einzureichende Tabellen **49**. 307, 471; **50**. 211. — Abänderung dieser Vorschriften in Folge der Einführung des neuen Strafgesetzbuchs **51**. 333. — Abänderung des Schema I. **53**. 346. — Vereinfachung der Geschäfts-Uebersichten und Tabellen über den Zustand der Justiz-Verwaltung **54**. 231; **55**. 208, 358, 375; **56**. 283; **59**. 374.

s. auch Tabellen.

Jahresrechnungen, s. Kassenwesen.

Jauersche Lehne, s. Schweidnitz-Jauersche Lehne.

Illaten, Form der Erklärung einer Ehefrau zur Löschung ihrer auf dem Grundstücke ihres Ehemannes eingetragenen Illaten **40**. 396.

Illingen (Herrschaft), Empfehlung der Sammlung der für die Herrschaft Illingen erlassenen Verordnungen **42**. 332.

Immediat-Gesuche, Verfahren bei Berichtserstattungen über Immediat-Gesuche, welche die Aufgabe fiskalischer Ansprüche an konfiszirtem Vermögen zum Gegenstande haben **41**. 326.

Inwiefern Seine Majestät der König im weiteren Sinne als Behörde zu betrachten ist **45**. 151.

s. auch Begnadigungsgesuche, Beschwerden, Gesuche.

Immediat-Justiz-Examinations-Kommission, Bestimmungen über die Vorbereitung und Prüfung der Justiz-Referendarien vor der Immediat-Justiz-Examinations-Kommission, s. Prüfungen.

Verfahren der Immediat-Justiz-Examinations-Kommission bei Einziehung rückständiger Examinations-Gebühren **50**. 377.

Festsetzung der Ferien der Immediat-Justiz-Examinations-Kommission **51**. 251.

Uebersicht der Geschäfte der Immediat-Justiz-Examinations-Kommission **51**. 45; **52**. 87; **53**. 70; **54**. 167; **55**. 66; **56**. 29; **57**. 39; **58**. 95; **59**. 55.

Incest, das Verhältniß zwischen Schwiegereltern und Schwiegerkindern bleibt im Sinne des §. 141 des Strafgesetzbuchs auch dann noch bestehen, wenn die Ehe, durch welche dasselbe entstanden war, durch den Tod oder Ehescheidung getrennt worden ist **54**. 127.

Indossatar, s. Wechselsachen.

Information, s. Rechtsanwalte.

Injurien, s. Beleidigungen.

Digitized by Google

Inkoursetzung, Verfahren bei Wiederinkoursetzung der unter öffentlicher Autorität auf jeden Inhaber ausgefertigten Papiere 43. 170. — Raumerspartniß bei den Inkoursetzungs-Vermerken 46. 235.

Notare sind nicht befugt, die Privatvermerke über die Wiederinkoursetzung eines Werthpapiers zu beglaubigen 43. 206.

Innungen, Form der Vollmacht einer Innung zur Bewilligung der Löschung eingetragener Gerechtsame 40. 391.

Inquisitoriate, Befugniß derselben zur Aufnahme von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit in Bezug auf die von ihnen geführten Untersuchungen 39. 63.

Geschäftsverkehr der Inquisitoriate im Bezirk des O. L. G. zu Paderborn mit den Untergerichten seines Departements 41. 107.

Diäten und Reisekosten der bei den Inquisitoriaten angestellten O. L. G. Assessoren 42. 283.

Insertionen, Verfahren bei gerichtlichen Insertionen in den Anzeiger der Amtsblätter 41. 103; 53. 98; 54. 191, 342; 59. 330.

Gemeinschaftliche Bekanntmachung von Erlassen, welche von verschiedenen Centralbehörden an die ihnen untergebenen Behörden ergangen sind, durch die Amtsblätter 41. 295.

Insinkation der unentgeltlichen Insertion von Steckbriefen in die Regierungs-Amtsblätter 42. 11.

Verfahren bei Insertionen in die Wiener Zeitung 43. 96.

Aufhebung der Insertions-Gebühren für das öffentliche Aufgebot von Dienstkautionen pensionirter oder versetzter Deposital-Rendanten in den öffentlichen Anzeiger der Amtsblätter 47. 358; — desgl. der Kautionen der Gerichtsboten und Exekutoren 48. 241.

Kostenfreiheit für Insertionen bei der ersten Anlegung von Hypothekenbüchern (Instr. zu §. 3 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.

Insertionszwang, s. Intelligenzblätter.

Insinuation, 1) Verfahren bei Insinuation der Klage an mehrere Beklagte im Mandatsverfahren, im Bagatell-Prozesse und in den übrigen Prozeßarten 39. 94.

2) Insinuation der Vorladungen und Erkenntnisse.

Verfahren bei Insinuation der Erkenntnisse an Litiskonsorten 39. 154; 40. 314; 41. 67. — Insinuation der Präklusions-Erkenntnisse in Konkursen 40. 91.

Verfahren der Obergerichte bei Requisitionen um Insinuation gerichtlicher Verfügungen an Eximirte, welche in dem Bezirk des Untergerichts eines anderen Departements wohnen 40. 247.

Die Insinuation der ergangenen Urtheile der General-Kommissionen an Deputirte der Litiskonsorten genügt zur Feststellung des Faktale 42. 84.

Insinuation der Vorladungen und Erkenntnisse in Klagesachen der Dorfgemeinden 41. 72.

Folgen der nach §§. 20 und 21 Tit. 7 Thl. I. A. G. O. bewirkten Insinuation bei Abwesenheit der Partei 40. 271; 42. 296.

Insinuation der Erkenntnisse zweiter Instanz in summarischen Prozeßsachen 43. 15.

Verfahren bei Insinuation gerichtlicher Vorladungen und Verfügungen an solche Militairpersonen, welche ihre gewöhnlichen Standquartiere oder Wohnorte verlassen haben 50. 228. — Insinuation gerichtlicher Verfügungen an Offiziere, welche in Kasernen einquartiert sind 57. 334, 362.

Insinuation gerichtlicher Verfügungen durch die Dorfgerichte 54. 206.

Insinuation von Erkenntnissen im fiskalischen Civil-Prozesse 39. 104; — desgl. der in fiskalischen Prozessen ergangenen Erkenntnisse an die Königlichen Regierungen 41. 194; — desgl. an die Provinzial-Steuer-Direktionen 41. 339.

Verfahren bei Insinuation von Erkenntnissen an Untersuchungs- und Strafgefangene in den gerichtlichen Gefängnissen 57. 278; 58. 40.

3) Insinuation durch die Post.

Insinuation der Erkenntnisse und Verfügungen an Parteien durch die Post 39. 326. — Aufforderung an die Obergerichte zur Anzeige über den Umfang der in ihrem Departement stattgefundenen Insinuationen gerichtlicher Verfügungen und Erkenntnisse durch die Post 40. 385. — Ausdehnung der postamtlichen Insinuationen und Ermäßigung der Post-Insinuationsgebühren 42. 198. — Verfahren der Post bei Insinuation gerichtlicher Verfügungen 42. 200.

Berichtigung des Porto's, Bestellgeldes, Botenlohns und die etwa zur Einziehung von den Empfängern angerechneten Insinuationsgebühren, wenn die zu insinuirende Verfügung an die Stuben- oder Hausthür hat angeheftet werden müssen 39. 417.

Verfahren, wenn gerichtliche Verfügungen, welche mit Behändigungsscheinen versehen sind, wegen verweigerter Annahme zurückgehen 43. 175.

In allen Fällen, in welchen die Aufgabe einer Sendung zur Post zu den gerichtlichen Akten Seitens der Postbehörde zu bescheinigen ist, tritt die Rekommandation ein 52. 266.

Instruktion über die postamtliche Insinuation gerichtlicher Verfügungen 52. 398. — Erläuterung zu §. 7 derselben 54. 282. — Fernere Modifikation 55. 150, 366; 57. 378.

4) Insinuationen nach dem Auslande.

Verzeichniß derjenigen Preußischen Postanstalten im Auslande, durch welche die Insinuation gerichtlicher Verfügungen gültig bewirkt werden kann 42. 203. — Berichtigung dieses Verzeichnisses 52. 338. — Verzeichniß sämmtlicher im Auslande belegener Preußischen Postanstalten mit Preußischer Briefbestellung 52. 403.

Wo sich im Auslande Preußische Postanstalten befinden, ist die Insinuation gerichtlicher Verfügungen durch die Post zu bewirken 44. 207.

Verfahren, wenn die Insinuation einer diesseitigen gerichtlichen Verfügung in einem der Deutschen Bundesstaaten verweigert wird 44. 207.

Mit Rücksicht auf die veränderte Stellung der Gerichte erster Instanz bedarf es bei der Beförderung von Insinuationen nach dem Auslande ferner nicht mehr der Vermittelung der Appellationsgerichte 49. 287.

Form der in Frankreich zu bewirkenden Insinuation von Vorladungen und Verfügungen 44. 36. — Nach Frankreich sind alle Insinuationen kostenfrei zu befördern 44. 207. — Insinuationen, welche aus den links der Elbe belegenen Provinzen nach Frankreich befördert werden sollen, sind unmittelbar dem Preußischen Gesandten zu übersenden 44. 207. — Verfahren bei den in Frankreich zu insinuirenden Vorladungen und Verfügungen Preußischer Gerichte 50. 204.

Insinuationen, welche aus den links der Elbe belegenen Provinzen nach England, den Niederlanden und Belgien befördert werden sollen, sind von den betreffenden Obergerichten unmittelbar an die Preußischen Gesandten in London, dem Haag und Brüssel zu übersenden 44. 207.

Digitized by Google

Gebühren und Kostenfreiheit für Insinuationen nach den Kaiserlich Oesterreichischen Staaten und dem Königreich Ungarn 44. 207. — Verfahren bei Insinuation gerichtlicher Verfügungen an Personen, welche im Oesterreichischen Militairdienste stehen 57. 107.

Verfahren bei Erstattung der Insinuationskosten an Polnische Behörden resp. an den General-Konsul in Warschau 47. 2. — Anberaumung geräumiger Termine bei Insinuationen in den Fällen, wo Personen aus dem Königreich Polen von den diesseitigen Gerichten vorauladen sind 54. 98.

Verfahren bei Insinuation gerichtlicher Verfügungen an ausgewanderte Militairpflichtige, welche sich in Nord-Amerika oder England befinden 52. 227.

5) Kosten der Insinuation.

Berichtigung der Insinuationsgebühren durch die Gerichtsbehörden an die Post, wenn die Insinuation durch Anbesten an die Studen- oder Hausthür hat erfolgen müssen 39. 47.

Wer die Kosten bei verweigerter Annahme einer durch die Post beförderten gerichtlichen Verfügung zu tragen hat 39. 116.

Herabsetzung der Gebühren für die Insinuation der Erkenntnisse an Parteien, welche nicht am Orte des Gerichts wohnen 39. 326.

Führung des Einnahme-Journals und der Einnahme-Kontrole in Betreff der bei der Insinuation eingezogenen Kosten 42. 30. — Nachträgliche Bestimmungen 42. 100. 310.

Behandlung der in nicht zahlbaren Sachen erwachsenen Auslagen an Botenlohn und Bestellgeld 45. 185.

Wegfall der Insinuationsgebühren bei dem Kostenansatze nach dem Ges. v. 10. Mai 1851. 52. 114. — Portofreie Beförderung der Insinuationen (Instr. zu §. 67 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 126.

Insinuations-Dokumente, 1) Formular zu Insinuations-Dokumenten 39. 326. — Prüfung der Insinuations-Dokumente bei den Gerichten 41. 136, 262.

Beifügung eines Empfangscheins (Rezepisse, Rückschein) zu den rekommandirten gerichtlichen Zusendungen an die in Baden, Bayern, Braunschweig, Hannover, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Posen, Rußland, Sachsen und den Fürstlich Thurn und Taxischen Postgebieten wohnenden Parteien mittelst rekommandirter Briefe, welcher die Stelle des Insinuations-Dokuments vertritt 40. 57. — Beifügung eines Insinuations-Dokuments zu der Verfügung, mittelst welcher in schleunigen Prozeßsachen dem Revisor oder Imploraten das Duplikat der Rechtfertigungsschrift zugefertigt worden, bei Einsendung der Akten an das Ober-Tribunal 47. 322.

2) Post-Insinuations-Dokumente. Formular zum Post-Insinuations-Dokument 42. 200. — Angabe des Grundes der verweigerten Annahme in demselben, wenn gerichtliche Verfügungen als unbestellbar zurückgehen 43. 175. — Anderweitiges Formular zum Post-Insinuations-Dokument 52. 404. — Verfahren bei Absendung gerichtlicher Verfügungen mit Insinuations-Dokumenten durch die Post 54. 18, 170, 266, 55. 200, 366; 57. 378.

Insterburg (Ober-Landesgericht), Kompeten-Verhältnisse des Tribunals zu Königsberg und des O. L. G. zu Insterburg in Spruchsachen 39. 38, 385.

Ueberweisung der Rekurse in Bagatellsachen an den Civil-Senat des O. L. G. 39. 340.

Instruktion des O. L. G. zu Insterburg v. 3. Novbr. 1839 an die Untergerichte und Notare seines Departements, betreffend das Verfahren bei Parzelirung von Grundstücken 39. 365.

Einführung der Instruktion des O. L. G. zu Paderborn v. 24. April 1846 über die Kompetenz der Gerichts-Kommissionen nach der Verordnung v. 21. Juli 1846 in das Departement des O. L. G. zu Insterburg 47. 2.

Institute, Institute, welchen durch besondere Privilegien die Gebührenfreiheit in ihren Rechtsangelegenheiten bewilligt worden ist, können von der Entrichtung der unbeweiblich gewesenen baaren Auslagen nicht entbunden werden 43. 149. — Welchen Instituten die Kostenfreiheit nach dem Ges. v. 10. Mai 1851 zugestanden ist (Instr. zu §. 4 des Ges.) 52. 114.

Katholische Institute. Verfahren in Prozeßsachen, bei welchen katholische Institute und Stiftungen betheiligt sind 39. 122.

Instruments-Zeugen, s. Zeugen.

Intelligenzblätter, Insertionszwang derselben 39. 40.

Intendanturen, Mittheilung der in Untersuchungen gegen Militair-Intendanturbeamte ergangenen Erkenntnisse an die betreffenden Intendanturen 42. 52.

Gerichtsstand der Mitglieder und Beamten der Militair-Intendanturen in Kriminal- und Injuriensachen 42. 367.

Benachrichtigung der Militair-Intendanturen von der Anstellung verfassungsberechtigter Militair-Anwärter 59. 50.

Interimistikum, s. Ehescheidung.

Intervention, Vertretung des Fiskus bei Interventions-Ansprüchen, welche von dritten Personen bei exekutivischer Beitreibung gerichtlich erkannter Geldstrafen wegen Zoll- und Steuervergehen erhoben werden 52. 234.

Gebühren der Gerichtsvollzieher in der Rheinprovinz für Wechselproteste, welche mit Interventionen verbunden sind 42. 155.

Für die in Prozessen vorkommenden accessorischen Interventionen werden keine Kosten angesetzt (Instr. zu §. 7 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 126.

Gebühren der Rechts-Anwalte bei Interventions-Prozessen, s. Rechts-Anwalte.

Introduktions-Gebühren, Gebühren für die Introduktion und Verpflichtung der Gerichts-Assessoren 50. 135. — Tarif für die Introduktion der Justizbeamten 52. 302.

Invaliden, s. Militair-Invaliden.

Invaliden-Kompagnieen, Uebernahme der Untersuchungskosten gegen die unbemittelten Frauen und Kinder der den Invaliden-Kompagnieen angehörenden Soldaten auf den Kriminalfond 44. 15.

Inventarium, Verfahren bei Führung der Inventarien über die vorhandenen Utensilien und Bücher bei den Königlichen Gerichten 43. 276. — Inventarisirung der neuen Münzgewichtsstücke 58. 290.

Führung von Gebäude-Inventarien bei den Gerichtsbehörden 52. 19.

Trennung des für das Grundstück selbst ausgesetzten Kaufpreises von dem Betrage des Mobiliars und der Inventarienstücke bei Eintragung in das Hypothekenbuch und Berichtigung des Besitztitels 44. 136.

Gebührent der Justiz-Kommissarien und Notare für die Ausarbeitung eines Inventariums 40. 140.

Kostenansatz bei Inventarisationen (Instr. zu §. 16 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 126.

Digitized by Google

Inventarium (Rechtswohlthat), die bloße Nichtbefolgung der Vorschrift des §. 438 Tit. 9 Thl. I. Allg. Landrechts, wonach auch Privat-Inventarien nach den vorgeschriebenen Formularen einzurichten sind, zieht den im §. 439 das. angedrohten Verlust der Rechtswohlthat des Inventariums nicht nach sich 45. 103.

Johanniter-Orden, Bewilligung der Stempel- und Sportelfreiheit an die Ballei Brandenburg des St. Johanniter-Ordens 57. 131.

Irren-Anstalten, Verfahren bei Aufnahme gemüthskranker Personen in Irren-Anstalten 39. 102; 40. 69.

Irrthum, inwiefern ein Betrug durch Erregung eines Irrthums begangen werden kann 57. 200; 58. 43.

Irrthum bei Ausübung eines Verbrechens 59. 223.

Juden, Verfahren in Betreff der Volljährigkeit der Juden 41. 252.

Zulassung jüdischer Rechtskandidaten zur Auskultator-Prüfung 57. 266.

Welche Subalternstellen an anstellungsberechtigte jüdische Unteroffiziere verliehen werden können 46. 140.

Instruktion vom 29. Juli 1847 über das bei Beglaubigung der unter den Juden vorkommenden Geburts-, Heiraths- und Sterbefälle zu beobachtende Verfahren 47. 233. — Mittheilung von Extrakten aus den Registern über die Trauungen und Geburten der Juden an die Polizeibehörden 51. 42.

Befugniß der Regierungen zur Ertheilung des Konsenses zur Annahme ausländischer Juden als Rabbiner, Synagogenbeamte, Gewerksgehülfen, Gesellen, Lehrlinge und Dienstboten 51. 50.

Zulässigkeit des Rechtsweges über Ansprüche, welche aus den korporativen Verhältnissen der Judenschaft in der Provinz Posen hergeleitet werden 51. 273; 53. 85; 59. 116. — Unzulässigkeit des Rechtsweges über Forderungen, welche auf der erfolgten Aufhebung der schutzherrlichen Rechte in der Provinz Posen beruhen 52. 84.

Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Verpflichtung der Mitglieder der Judenschaft in Berlin, zu den jüdischen Gemeindelasten beizutragen 53. 31.

Inwieweit über die Verpflichtung, Beiträge zum Synagogenbau zu leisten, in der Rheinprovinz der Rechtsweg zulässig ist 54. 71.

Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Einziehung der Gemeindebeiträge zu den Kosten des jüdischen Kultus in Westphalen 54. 131.

Inwiefern Juden, wenn sie nur in jüdischen Schriftzeichen zu schreiben und zu lesen verstehen, als Analphabeten zu erachten sind 55. 302.

Zulässigkeit des Rechtsweges, wenn der jüdische Besitzer eines Grundstücks, dessen früherer Eigenthümer zur evangelischen Gemeinde gehörte, die Zahlung der Pfarr-Abgaben verweigert, weil er als Jude nicht zum Parochialverbande gehört 57. 306.

Unzulässigkeit des Rechtsweges, wenn ein Jude behauptet, als solcher von Beiträgen zu den Patronatslasten für die städtische Kirche befreit zu sein 58. 271.

Gebühren der bei Eidesleistungen der Juden mitwirkenden Personen 41. 304; — desgl. für Atteste, welche die Beglaubigung der unter den Juden vorkommenden Geburts-, Heiraths- und Sterbefälle betreffen 48. 314, 336; — desgl. nach §. 19 des Ges. v. 10. Mai 1851 (Instr. zu §. 19) 52. 114.

s. auch Synagogen.

Judenbeglaubigter, wer im Sinne der Sporteltaxe vom 23. August 1815 unter „Judenbeglaubigter" zu verstehen ist 41. 304.

Jüdische Gauner, Empfehlung des unter dem Titel „Die jüdischen Gauner" herausgegebenen Werks 41. 352.

Judizial-Depositorium, abgesonderte Berechnung der Zinsen von den bei den Judizial-Depositorien der Untergerichte belegten vorläufig entbehrlichen Salarienkassenbeständen der letzteren 42. 247.

Jugendliche Arbeiter, s. Arbeiter, Fabriken.

Jugendliche Verbrecher (Jugendliche Brandstifter).

Aufnahme jugendlicher Verbrecher in die an einigen Orten bestehenden Anstalten zur Erziehung und Besserung verwahrloseter Kinder 47. 28; 53. 38.

Zulässigkeit eines schwurgerichtlichen Verfahrens gegen jugendliche Verbrecher 51. 37.

Verfahren in Untersuchungen gegen jugendliche Brandstifter 51. 378. — Bestrafung jugendlicher Verbrecher wegen Brandstiftung 52. 246.

Feststellung der Zurechnungsfähigkeit jugendlicher Verbrecher, welche mit Unterscheidungsvermögen gehandelt haben 52. 375.

Tragung der Kosten in Untersuchungssachen gegen jugendliche Verbrecher, welche wegen mangelnden Unterscheidungsvermögens freigesprochen werden 52. 304.

Julius Dr., Jahrbücher der Gefängnißkunde und Besserungs-Anstalten 42. 372.

Jurisdiktions-Veränderungen, Zusammenstellung der Jurisdiktions-Veränderungen bei den Gerichten erster Instanz während der Jahre 1853—1855. 55. 422.

Juristische Wochenschrift, Empfehlung derselben 42. 328.

Jus interstitii, das jus interstitii und prospectus coeli sind zwei von einander völlig verschiedene Befugnisse 47. 74.

Justitiare (Justitiariate).

Gebührenfreiheit für die Bestätigung der Justitiariats-Kontrakte 39. 264. — Verfahren bei Uebergabe von Justitiariaten 41. 167, 168.

Gerichtsstand der Justitiare 41. 143. — Inwiefern Justitiare zur gültigen Aufnahme von Testamenten befugt sind 41. 197. — Verfahren bei Vertretung oder Abgang des Justitiars 42. 360.

Justizbeamte, Verfahren bei Ermäßigung oder Niederschlagung der gegen Justizbeamte festgesetzten Ordnungsstrafen 39. 5.

Bekanntmachung der Personalveränderungen bei den Justizbehörden durch die Amtsblätter 39. 168.

Zusammenstellung der zu Anfang des Jahres 1839 vorhandenen Auskultatoren, Referendarien und Assessoren und geringe Aussicht zu deren Versorgung 39. 415; 58. 18, 300.

Verfahren bei Ableistung des Huldigungseides von Seiten der Justizbeamten 40. 303.

Verfahren gegen verschuldete Justizbeamte 43. 22. — Auf die während der Universitätsstudien im Abgangszeugnisse vermerkten Honorar-Rückstände finden diese Vorschriften keine Anwendung 43. 106. — Betragen die Schulden eines mit Gehalt anzustellenden Beamten mehr als das Jahresgehalt, was ihm zu Theil werden könnte, so ist derselbe nicht anzustellen 43. 22. — Bei einem Justiz-Kommissarius ist in dem Falle der ersten Anstellung dieser Betrag auf 500 Thaler anzunehmen 43. 62.

Digitized by Google

Warnung an die Justizbeamten, um sich von Demonstrationen fern zu halten, wie sich solche bei dem sogenannten Festmahle in Düsseldorf am 4. Juli 1843 kundgegeben haben **43**. 186.

Verfahren bei Beurlaubung der Justizbeamten und deren Vertretung **43**. 103. — Vermeidung von Urlaubsgesuchen **48**. 207. — Beschränkung der Urlaubsertheilungen **49**. 244.

Die Justizbeamten sollen in der Zeit der Aufregung ihre Posten nicht verlassen **48**. 120.

Einziehung der Wittwenkassen-Beiträge der Justizbeamten durch Abzug vom Gehalt **50**. 406. — Abführung dieser Beiträge **51**. 310.

Kontrole über die Haltung der Gesetz-Sammlung Seitens der dazu verpflichteten Justizbeamten **54**. 10; **55**. 86.

Verpflichtung der Justizbeamten, bei Erlangung einer anderen Dienststellung das bisherige Prädikat mit einem dem neuen Dienstverhältnisse entsprechenden Titel zu vertauschen **55**. 238.

Zusammenstellung der höheren Stellen in der Justizverwaltung, zu welchen die dritte juristische Prüfung erforderlich ist **58**. 302.

s. auch Beamte.

Justizbehörden, Bekanntmachung der bezeugten Allerhöchsten Zufriedenheit mit den Leistungen der Justizbehörden **43**. 138.

Statistische Mittheilungen über die Geschäftsverwaltung der Justizbehörden in den Jahren 1854—55. **56**. 291; — desgl. im Jahre 1856. **57**. 311; — desgl. im Jahre 1858. **59**. 403.

s. auch Gerichte.

Justiz-Kommissarien, 1) Anstellung und Pflichten derselben. Verpflichtung der Justiz-Kommissarien zur Anschaffung des Justiz-Ministerial-Blatts **39**. 1; **47**. 106. — Form und Gebrauch des Dienstsiegels **39**. 374. — Preis der Dienstsiegel **39**. 429. — Verfahren bei Amtssuspension der Justiz-Kommissarien **43**. 27. — Verfahren zur Verhütung der Anstellung verschuldeter Personen als Justiz-Kommissarien **43**. 62. — Betragen die Schulden des Anzustellenden mehr als 500 Thaler, so ist derselbe nicht als Justiz-Kommissarius anzustellen **43**. 62.

2) Befugnisse der Justiz-Kommissarien. Befugniß der Justiz-Kommissarien zur Ausfertigung und Einreichung von Schriftsätzen in Prozessen bei Gerichten, wo ihnen die Prozespraxis nicht zusteht **39**. 90. — Erläuterungen hierzu **43**. 96.

Verfassung der Obergerichts-Justiz-Kommissarien zur Anfertigung des Appellationsberichts und zur Vertretung des Appellanten in dem zur Rechtfertigung der Appellation von den Untergerichten ihres Wohnorts anberaumten Termin **39**. 302. — Zulassung der im Bezirk des Ober-Landesgerichts bei den Untergerichten desselben angestellten Justizkommissarien zur Prozespraxis bei den Kreis-Justizräthen desjenigen Kreises, in welchem die Justiz-Kommissarien ihren Wohnsitz haben **42**. 66.

Unzulässigkeit der Vertretung der Justiz-Kommissarien durch ihre Privat-Sekretaire als deren Substituten in Prozessen **39**. 423.

Ein Justiz-Kommissarius, welcher Eintragungs- oder Löschungsgesuche einreicht, erscheint durch die beigedrachten gerichtlichen oder notariellen Instrumente hinreichend legitimirt und bedarf dazu keiner Vollmacht **44**. 93.

Justiz-Kommissarien haben sich der Anfertigung schriftlicher Provokationen auf Anstellung des geistlichen Sühneversuchs zu enthalten **46**. 203.

Befugniß der Untergerichts-Justiz-Kommissarien zur Einreichung der Appellations-Einführung und Rechtfertigung **47**. 168. — Diese Schriften müssen mit Datum, Unterschrift und Dienstsiegel versehen sein **48**. 6.

Ob ein Justiz-Kommissarius auch für Analphabeten Prozeßschriften anfertigen kann, wenn er bei dem Gericht, bei welchem die Sache anhängig ist, nicht die Prozeßpraxis hat **48**. 175.

3) Buchführung der Justiz-Kommissarien über Vorschüsse, Auslagen und Gerichtskosten **39**. 210. — Anweisung zur Einrichtung der von den Justiz-Kommissarien zu führenden Depositalbücher **40**. 120. — Empfehlung von Formularen dazu **41**. 40.

4) Ordnungsstrafen gegen Justiz-Kommissarien. Justiz-Kommissarien, welche Rekursgesuche gegen Erkenntnisse eines Untergerichts bei dem letztern, anstatt bei dem Obergericht anbringen, begehen dadurch kein Versehen, wegen dessen sie mit Ordnungsstrafen belegt werden können **41**. 279. — Befugniß der Gerichte, die bei ihnen fungirenden Justiz-Kommissarien zur Einreichung von Klagen, womit dieselben von Parteien beauftragt worden sind, durch Ordnungsstrafen anzuhalten **48**. 365.

5) Reisekosten und Diäten. Reise- und Zehrungskosten der Justiz-Kommissarien bei Geschäften in Parteisachen außerhalb ihres Wohnsitzes **41**. 73. — Gleichstellung der Justiz-Kommissarien mit den Gerichtspersonen in Betreff der Reisekosten und Diäten bei Lokalgeschäften innerhalb einer vierten Meile vom Gerichtssitze **43**. 206.

6) Gebühren. Verfahren im Königreich Württemberg bei Einziehung der Gebühren Preußischer Sachwalter und der Gebühren Württembergischer Sachwalter in Preußen **39**. 23. — Aufforderung an die Obergerichte zur Berichtserstattung über die Verbindlichkeit zur Erstattung der Mandatarien-Gebühren in Prozeßsachen **39**. 136. — Verfahren bei Einziehung rückständiger Gerichtskosten von den Justiz-Kommissarien **41**. 116. — Einziehung gerichtlicher Kosten von Justiz-Kommissarien in Sachen, welche durch eine Verfügung beendigt werden **39**. 66. — Festsetzung der Mandatarien-Gebühren in Sequestrationssachen **39**. 145. — Erstattung der baaren Auslagen des von einem Privatgericht einer armen Partei von Amtswegen zugeordneten Mandatars **39**. 310. — Einziehung der Gebühren und Auslagen der gerichtlichen Anwalte **39**. 380. — Bei welchem Gericht die Gebühren und Auslagen der Justiz-Kommissarien festzusetzen sind **40**. 70, 164. — Unzulässigkeit der Bewilligung von Gebühren für Zuziehung der Justiz-Kommissarien als Unterschriftsbeistand **40**. 251. — Bei welchem Gericht die Justiz-Kommissarien die Mandatsklage wegen ihrer Mandatariengebühren anzubringen haben **40**. 274; **43**. 52. — Unzulässigkeit des Gebührenansatzes für den Appellations-Rechtfertigungstermin **41**. 89. — Inwiefern bei Litisrenuntiation die Erstattung der Mandatariengebühren gefordert werden kann **41**. 340. — Gebühren-Forderungen der Justiz-Kommissarien, wenn ihnen die Vertretung verhinderter oder verstorbener Kollegen von Oberaufsichtswegen übertragen worden ist **43**. 190. — Berechnung der Kopialien der Justiz-Kommissarien für Abschriften, welche stoßweise geschrieben sind **43**. 155; diese Vorschrift findet im Mandats-, summarischen und Bagatell-Prozeß keine Anwendung **43**. 230. — Anwendung der Gebührentaxe vom 9. Ok-

Digitized by Google

tober 1833, wenn ein Justiz-Kommissarius den Erlaß eines Mandats an seinen Machtgeber wegen Zahlung der ihm festgesetzten Gebühren und Auslagen nachsucht 43. 206; — desgl. wegen deren exekutivischer Einziehung 43. 206. — Verfahren bei Festsetzung der Kosten-Liquidationen der Justiz-Kommissarien 43. 206. — Zum Ansatz von Siegelgebühren sind Justiz-Kommissarien nicht befugt 43. 206. — Für die Mittheilung einer Abschrift des Festsetzungs-Dekrets an die Parteien sind keine Kopialien in Rechnung zu stellen 43. 262. — Festsetzung und Einziehung der Gebühren der Justiz-Kommissarien als Offizial-Mandatare in armen Parteisachen 43. 303. — Begriff des strafbaren Abforderns nicht gerechtfertigter Gebührensätze 45. 141. — Festsetzung der Mandatariengebühren für die Appellations-Instanz in Civil-Prozessen 47. 293. — Festsetzung der Gebühren der Justiz-Kommissarien bei dem Ober-Tribunal in schleunigen Sachen 47. 332.

7) Spezielle Bestimmungen über die Gebührensätze der Justiz-Kommissarien.

Gebühren derselben in den zum Ressort der Auseinandersetzungsbehörden gehörigen Prozessen 39. 22, 252; — desgl. für die Erhebung und Ablieferung der zu einem Nachlasse gehörenden Gelder 39. 24; — desgl. für die Appellationsberichte, welche keine neue Thatsachen oder Beweismittel enthalten 39. 31; — desgl. für die Mittheilung der Erkenntnisse an ihre Mandanten 39. 188; — desgl. für die Liquidationsberichte im Kaufgelderbelegungs-Verfahren 39. 224; — desgl. in Rekurssachen 39. 251; — desgl. bei den im Wege einer fiskalischen Untersuchung eingeleiteten Injuriensachen 40. 31; — desgl. für die Ausfertigung eines Inventariums 40. 140; — desgl. für die Einklagung ihrer Deserviten im Wege des Mandats-Prozesses 40. 144; — Auslegung dieser Vorschrift 41. 88; — Gebühren für den Klageberantwortungs-Termin in Mandats- und summarischen Prozeßsachen 40. 197. — Gebühren-Pauschquantum in Bagatell-Prozessen von 20 Thlrn. oder weniger für die Exekutions-Instanz 40. 240. — Gebühren für die Vollziehung eines Kontrakts 40. 353; — desgl. in summarischen Prozessen, bei welchen in der Appellations-Instanz auf die mündliche Verhandlung verzichtet wird 40. 401. — Prokura-Gebühren in summarischen Prozessen zweiter Instanz 43. 61. — Gebühren der Justiz-Kommissarien bei Gerichts-Kommissionen für solche summarische Prozesse, welche zur mündlichen Verhandlung an das Land- und Stadtgericht, welches ein größeres Untergericht ist, gelangen 44. 58; — desgl. für den Termin zur mündlichen Verhandlung 43. 108; — desgl. für das Arrestverfahren in Bagatellsachen 43. 206; — desgl. in Injurien-Prozessen erster Instanz 43. 206; — desgl. für Begnadigungs- und andere Immediatgesuche 43. 206; — desgl. für Briefe, als Vertheidiger in Untersuchungssachen 43. 206; — desgl. für Termine, als Vertheidiger in Kriminalsachen 43. 206. — Pauschquantum in Nichtigkeitsbeschwerde- und Rekurssachen 43. 206. — Gebühren bei einem Objekte von 20 Thlrn. oder weniger 43. 206. — Gebühren in Bagatellsachen 43. 227; — desgl. in Konkurs-Prozessen 44. 12; — desgl. für die Unterzeichnung von Prozeßschriften 47. 88; — desgl. für die schriftliche Klageberantwortung im abgekürzten Verfahren 47. 333; — desgl. für Audienz-Termine in Civil-Prozessen 48. 31.

8) Besondere Bestimmungen. Stellung des Ehrenraths unter den Justiz-Kommissarien zu dem Ober-Landesgericht des Departements 48. 389.

Bekanntmachung der Statuten des Pensions-Vereins der im Departement des O. L. G. zu Frankfurt angestellten Justiz-Kommissarien 43. 162. — Nachtrag zu den Statuten des Vereins 55. 10. — Zahl der Mitglieder und Vermögensbestand des Pensions-Vereins 45. 87; 53. 90; 55. 124; 56. 56; 57. 80; 58. 104; 59. 64.

Fortsetzung s. Rechtsanwalte.

Justiz-Minister. Justiz-Minister von Kamptz. Entbindung desselben von der obersten Leitung der Verwaltung der Justiz-Angelegenheiten in der Rheinprovinz 39. 3; desgl. auch von der Verwaltung des Justiz-Ministeriums für die Gesetz-Revision 42. 77.

Justiz-Minister Mühler, Stellvertretung desselben 39. 268; 40. 300; 41. 244; 42. 252, 266; 43. 184; 44. 170. — Bezeugung der Allerhöchsten Zufriedenheit mit der Leitung des Justiz-Ministeriums 43. 138. — Ausscheiden des Justiz-Ministers Mühler aus seinem bisherigen Wirkungskreise und Ernennung desselben zum Chef-Präsidenten des Geh. Ober-Tribunals 44. 216.

Justiz-Minister von Savigny, Ernennung desselben zum Geh. Staats- und Justiz-Minister für die Gesetzrevision 42. 77; — desgl. zum Vorsitzenden für die Gesetz-Kommission 42. 182. — Ausscheiden desselben aus seiner bisherigen Stellung 48. 107.

Justiz-Minister Uhden, Ernennung desselben zum Staats- und Justiz-Minister 44. 216. — Ausscheiden desselben aus seiner bisherigen Stellung 48. 107.

Justiz-Minister Dr. Bornemann, Ernennung desselben zum Justiz-Minister 48. 107. — Stellvertretung desselben 48. 119. — Ausscheiden desselben aus seiner bisherigen Stellung 48. 213.

Justiz-Minister Märcker, Ernennung desselben zum Justiz-Minister 48. 213. — Vertretung desselben 48. 231. — Ausscheiden desselben aus seiner bisherigen Stellung 48. 319.

Justiz-Minister Kisker, Ernennung desselben zum Justiz-Minister 48. 319. — Rücktritt desselben 48. 389.

Justiz-Minister Rintelen, Ernennung desselben zum Justiz-Minister 48. 389. — Ausscheiden desselben aus seiner bisherigen Stellung 49. 218.

Justiz-Minister Simons, Ernennung desselben zum Justiz-Minister 49. 218.

Befugnisse des Justiz-Ministers.

Erkenntnisse wegen Durchhelfung von Deserteuren behufen der Bestätigung durch den Justiz-Minister nicht 39. 211. — Bestätigung der Kriminal-Erkenntnisse zweiter Instanz in den im §. 529 der Kriminal-Ordnung angegebenen Fällen 40. 415.

Befugniß des Justiz-Ministers zur Bestimmung eines gemeinschaftlichen Gerichtsstandes für nothwendige und freiwillige Subhastationen unter verschiedenen Gerichtsbarkeiten gelegener Güter oder einzelner Grundstücke desselben Besitzers 40. 166; — Befugniß desselben bei Allodifikation von Lehnen 41. 106; — Befugniß zur Anstellung von Justiz-Subaltern-Beamten in Neuvorpommern und Rügen 42. 378; — desgl. zur Anstellung der Salarien- und Deposital-Kassen-Rendanten bei den Obergerichten, sowie zur Beilegung von Titeln jeder Art an Subaltern-Beamte 44. 156; — desgl. zur Genehmigung von Arrogationsgesuchen 42. 10; desgl. zur Genehmigung von Arrogationen und Adoptionen in den Hohenzollernschen Landen 52. 2; — desgl. zur Genehmigung von Verträgen über die Verwaltung der Patrimonialgerichtsbarkeit durch Königliche Gerichte 48. 111; — desgl. zur Entscheidung über Streitigkeiten in Bezug auf Kostenfreiheit (Instr. zu §. 4 Nr. 6 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114; — desgl. zur Entscheidung über Beschwerden in Kostensachen (Instr. zu §. 13) 52. 114; — desgl. zur Substituirung einer Geldstrafe bei nicht vollstreckbaren Freiheitsstrafen

Digitized by Google

54. 81; — desgl. zur Abordnung von Friedensrichtern als Hülfsrichter bei den Landgerichtenin der Rheinprovinz **59.** 427.

Autorisation der Minister der Justiz und des Königlichen Hauses, in allen Fällen, in welchen vom Fiskus Grundstücke zum vollen Eigenthum unter dem Beding der Konsens-Einholung bei Veräußerungen verliehen worden sind, den Besitzern diese Verpflichtung zu erlassen **43.** 258.

f. auch Justiz-Ministerium.

Justiz-Ministerial-Blatt, Herausgabe und Anschaffung desselben **39.** 1; **47.** 106; — desgl. eines Haupt-Registers zu den ersten fünf Jahrgängen des Justiz-Ministerial-Blattes **44.** 106.

Inwiefern diejenigen Erlasse der einzelnen Obergerichte, welche durch das Justiz-Ministerial-Blatt zur Kenntniß und Nachachtung der Untergerichte und Justizbeamten ihres Departements gebracht sind, auch für die Gerichte anderer Departements verbindliche Kraft haben **40.** 118.

Aufnahme von Verhandlungen über interessante oder zweifelhafte Rechtsmaterien ohne Verbindung mit darauf erlassenen Ministerial-Bescheidungen **44.** 245.

Uebergang des Verlags des Justiz-Ministerial-Blattes an die Decker'sche Geheime Ober-Hofbuchdruckerei **52.** 382.

Justiz-Ministerium, Vollziehung der Reinschriften Seitens der im Justiz-Ministerium angestellten Direktoren **45.** 23. — Gegenseitige Vertretung derselben in Behinderungsfällen **46.** 19.

Geschäftsüberlerkr der gerichtlichen Salarien-Kassen mit der Büreau-Kasse des Justiz-Ministeriums **46.** 107. — Anderweitige Bestimmungen **51.** 370; **53.** 2; **54.** 18, 442; **55.** 416; **57.** 434. — Verfahren der Büreau-Kasse des Justiz-Ministeriums bei Geldsendungen mit der Post (Regulativ v. 3. Januar 1858 §§. 3, 10) **58.** 51.

Leitung der Bearbeitung der Beschwerde- und Kriminalsachen aus den altständischen Provinzen bei dem Justiz-Ministerium durch den Wirkl. Geh. Ober-Justizrath von und zur Mühlen **49.** 5.

Aufstellung des Ministeriums für Gesetz-Revision, sowie auch der Gesetz-Kommission, und Uebergang deren Geschäfte an das Justiz-Ministerium **48.** 329.

Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse, Bekanntmachung des Zustandes derselben und Aufforderung an die Gerichte, die Zuwendung von Geschenken und Vermächtnissen an dieselbe zu befördern **39.** 332.

Bekanntmachung der bei der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse eingegangenen milden Beiträge **40.** 116; **42.** 154.

f. auch Colonia.

Wegfall der in den Deposital-Kassen der Berggerichte befindlichen, zum öffentlichen Ausgebot sich qualifizirenden, bisher an die Justiz Offizianten-Wittwen-Kasse abgelieferten Gelder, und Einzahlung derselben zur Knappschafts-Kasse des betreffenden Bergacrichts-Distrikts **40.** 306.

Geschäftsverkehr der Gerichte mit der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse **42.** 141. — Modifikation dieser Bestimmung **42.** 224. — Forderung der bisherigen Bestimmungen nach dem Erscheinen der Verordnung vom 2. Januar 1849, **49.** 349. — Anderweitige Bestimmungen nach dem Erlasse der Instruktion vom 10. November 1851. **51.** 370; **53.** 2; **54.** 18, 442; **55.** 416; **57.** 434.

Verfahren der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse bei Geldsendungen mit der Post (Regul. v. 3. Janr. 1858 §§. 3, 10) **58.** 51.

Justiz-Organisation, Kompetenz der Regierungen bei Organisations-Veränderungen der Untergerichte durch definitive Uebertragung einer Patrimonialgerichtsbarkeit **40.** 115.

Organisationsplan für das Land- u. Stadtgericht zu Groß-Wanzleben **47.** 158. — Vorläufige Sistirung der Organisation anderer Land- u. Stadtgerichte nach diesem Plane **48.** 218. — Vollziehung der Hypothekenscheine bei den nach dem Organisationsplan für das Land- u. Stadtgericht zu Wanzleben eingerichteten Gerichten **48.** 308.

Entwurf eines Gesetzes über die anderweitige Organisation der Gerichte **48.** 374. — Darstellung der hiernach zu errichtenden Justizbehörden und des erforderlichen Beamtenpersonals **48.** 390. — Verfügung zur Ausführung der Verordnung v. 2. Januar 1849. **49.** 31. — Instruktion wegen des Ueberganges der Geschäfte und Akten von den Obergerichten auf die Gerichte erster Instanz und wegen der damit in Verbindung stehenden Anordnungen **49.** 38. — Uebersicht der Resultate der Organisation der Gerichtsbehörden in Gemäßheit der Verordnungen vom 2. und 3. Januar 1849 **50.** 352.

Justizreform, Abhandlung über die Justizreform **48.** 345.

Justiz-Visitationen, Verfahren bei Justiz-Visitationen der Gerichte erster Instanz **50.** 307. — Inwieweit Kostenfreiheit dabei stattfindet (Instr. zu §. 3 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52.** 114. — Reisekosten bei Justiz-Visitationen (Instr. zu §. 13 des Ges. v. 9. Mai 1851) **52.** 137.

Jütland, Anrechnung des Dienstes im Feldzuge von 1849 in Schleswig und Jütland als Kriegsjahr bei Pensionirungen **49.** 483.

K.

Kadujität, Zulässigkeit des Rechtsweges in Streitigkeiten über die Kadujität eines Weinberges **49.** 215.

Kalkgrube, Unzulässigkeit des Rechtsweges wegen polizeilicher Anordnungen, welche die Zuwerfung einer unverzäunten Kalkgrube betreffen **58.** 7.

Kalkulatur (Kalkulatoren), Remunerirung der Kalkulaturarbeiten bei der Deposital-Kassenverwaltung **39.** 10. — Bestimmungen über die Remuneration der Kalkulatoren **39.** 287. — Erläuterung derselben **40.** 19.

Inwieweit Kalkulatoren zum Bezug von Gebühren berechtigt sind (Instr. zu §. 18 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52.** 114. — Nach welchen Grundsätzen die Arbeiten der Kalkulatoren zu remuneriren sind (Instr. zu §. 65 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52.** 126. — Kalkulatur-Gebühren gehören zu den baaren Auslagen (Instr. zu §. 6 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52.** 114. — Inwiefern der Ansatz derselben in Vormundschaftssachen zulässig ist (Instr. zu §. 7 Nr. 1 b. das.) **52.** 114.

Kämmerei-Grundstücke, Berichtigung des Besitztitels bei Kämmerei-Grundstücken auf Grund des dem Magistrat ausgestellten Attestes über den 44jährigen ungestörten Besitz des Grundstücks **39.** 29.

Kämmereigüter, subsidiarische Verpflichtung der Städte zur Uebertragung der Kriminalkosten für die städtischen Kämmereigüter **51.** 311.

Kämmerei-Kassen-Rechnungen, Unzulässigkeit des Rechtsweges für die Legung und Abnahme der Rechnungen über die den einem Kämmerer geführte Kassenverwaltung **39.** 191.

Kammergericht, Bestellung des Kammergerichts als Gerichtshof in gerichtlichen Streitsachen der Berliner Lebensversicherungs-Gesellschaft **39.** 238.

Digitized by Google

Ueberweisung der Rekurse in Bagatellsachen bei dem Kammergericht an den Instruktions-Senat desselben **39**. 340.

Instanzenzug in Injurien-Prozessen gegen Personen von Adel und andere Eximirte im Bezirk des Kammergerichts **40**. 306.

Aufforderung an das Kammergericht und einzelne Ober-Landesgerichte über das bei ihnen befolgte Verfahren in Betreff der Volljährigkeit der Juden **41**. 252.

Einführung der für die Dorfgerichte der Departements Naumburg und Halberstadt erlassenen Instruktion bei den Dorfgerichten im Bezirk des Kammergerichts **42**. 115.

Ober-Appellations-Senat des Kammergerichts, Befugniß des Präsidenten des Ober-Appellations-Senats des Kammergerichts zur Anstellung von Subalternen **39**. 38. — Ressortverhältnisse des Ober-Appellations-Senats des Kammergerichts **39**. 87. — Kompetenz desselben zur Abfassung des Erkenntnisses dritter Instanz auf das von einem Civilbeamten in der wider ihn eingeleiteten fiskalischen Untersuchung gegen ein in zweiter Instanz verschärftes Urtheil eingelegte Rechtsmittel **39**. 294; — desgl. zur Entscheidung in dritter Instanz in Injurien- und Untersuchungssachen, wenn die Ober-Landesgerichte zu Stettin und Frankfurt in zweiter Instanz erkannt haben **43**. 294.

Kammergerichts-Sekretaire, dieselben sind zur Aufnahme von zweistelligen Verträgen, welche die Parzellirung von Grundstücken in Berlin zum Gegenstande haben, nicht befugt **39**. 339.

Kanäle, Gebühren- und Stempelfreiheit bei Verhandlungen, und Atteste hinsichtlich der Geldentschädigungen für die zur Anlegung von Kanälen und Flußbauten abgetretenen Ländereien **44**. 120.

Unter Kanälen im §. 100 Tit. 8 Thl. I. A. L. R. sind Privatflüsse nicht zu verstehen **44**. 199.

Kanon, s. Erbpacht.

Kanzleidiener, Zulässigkeit der Anstellung von Kanzleidienern in etatsmäßigen Stellen auf Kündigung **41**. 363. — Pensionsbeiträge derselben **42**. 207.

Kanzlei-Direktoren, das Amt der Kanzlei-Direktoren bei kollegialisch formirten Untergerichten ist als Nebenamt anzusehen, welches einem der Büreau-Vorstände übertragen und ebenso wieder abgenommen werden kann **42**. 383.

Kanzlei-Taxe, Befreiung der Deszendenten und Eheleute in der Provinz Schlesien von der großen Kanzlei-Taxe auf Grund der sanctio pragmatica **44**. 192.

Kanzleiwesen, Verfahren bei Anstellung resp. Beschäftigung versorgungsberechtigter Militairpersonen als Lohnschreiber **39**. 384, 385; **47**. 93. — Entschädigung der auf Kapitalien angewiesenen Kanzleidemanten in Rekursachen aus dem Gebühren-Pauschquantum **40**. 232. — Erforderniß der förmlichen Bereidung der zur Aushülfe oder zur Probe angenommenen Lohnschreiber **43**. 143. — Aufforderung der Obergerichte zur Berichtserstattung über die Annahme und Remuneration der aus dem Einkommen der Kanzlei- und anderer Subaltern-Beamten zu remunerirenden Lohnschreiber **44**. 42. — Einwirkung der Gerichts-Dirigenten auf die Annahme und Remuneration der Lohnschreiber **44**. 195. — Zulässigkeit der Beschäftigung derjenigen Civil-Pensionaire, welche ihre Anstellung im Civildienste durch frühere Militairdienste erworben haben, als Lohnschreiber **44**. 168. — Beschäftigung versorgungsberechtigter Militairpersonen in dienstfreien Stunden bei den Kanzleien der Gerichte **54**. 146.

s. auch Abschriften, Lohnschreiber.

Verfahren bei Anstellung versorgungsberechtigter Militairpersonen als Diätarien **39**. 384. — Vorzug der Militair-Invaliden vor den 12 Jahre gedienten Unteroffizieren **40**. 100. — Dieser Vorzug gilt nur für den ersten Eintritt in den Dienst **47**. 330.

Beschäftigung und Anstellung im Kanzleidienste überhaupt **41**. 127; **44**. 116; **54**. 258.

Kaplaneien, inwieweit denselben die Kostenfreiheit gewährt ist (Justr. zu §. 4 zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Karlsb'ors, Ausschließung der Karls- und Louisd'ors von der Annahme unter den zum Ausleihen bestimmten Geldern bei den Depositorien **42**. 22.

Kartel-Konvention, Zeitpunkt, von welchem ab die Kartel-Konvention mit Rußland in Wirksamkeit tritt **44**. 170. — 28. August / 27. Juli 1857

Ausführung der Kartel-Konvention vom **58**. 10, 74.

Welche Gerichte im Königreich Polen kompetent sind, Requisitionen wegen Auslieferung flüchtiger Verbrecher zu erlassen, und umgekehrt solchen Requisitionen zu genügen **44**. 186; **58**. 10.

Karten, s. Pläne.

Kasernen, Verfahren bei Exekutionen gegen die in Kasernen und anderen ähnlichen Dienstgebäuden wohnenden Militairpersonen, deren Ehefrauen, Kinder und Gesinde **42**. 298; — desgl gegen Militairbeamte, welche in dergleichen Gebäuden wohnen **53**. 350. — Verfahren bei Zustellung gerichtlicher Verfügungen an Offiziere, welche in Kasernen wohnen **57**. 334, 362.

Kassation, Repertorien und Register über Kriminal- und fiskalische Untersuchungssachen sind von der Kassation ausgeschlossen **39**. 199. — Verfahren bei Kassation der Akten in Betreff bereits gebuchter Kosten, und Restitution niedergeschlagener Stempel **39**. 219; **42**. 196. — Zeitpunkt der von den Obergerichten über den angeordneten Verkauf kassirter Akten alljährlich zu erstattenden Berichte **40**. 302. — Kassation der Stempel-Revisions-Akten bei Gerichtsbehörden und Notaren mit Ablauf von zehn Jahren nach erfolgter Erledigung der Defekte **44**. 273. — Vorschriften über die Kassation unbrauchbarer Akten **48**. 221; — desgl. in der Rheinprovinz **58**. 314. — Verfahren bei Versendung kassirter Akten zum Behuf des Verkaufs **48**. 322.

Vorschriften über die Vernichtung der Belege bereits berichtigter Rechnungen der Salarien- und Sportel-Kassen nach einem zehnjährigen Zeitraum **44**. 133 — Vorschriften über die Kassation unbrauchbarer Belege **52**. 390.

Vorschriften über die Kassation unbrauchbarer Depositalbücher **52**. 390.

Kassationshof, in welchen Fällen der Rheinische Revisions- und Kassationshof Akten und Erkenntnisse in Untersuchungssachen dem Justiz-Minister einzureichen hat **39**. 21.

Kassationsverfahren (Kassations-Rekurs), Beseitigung der Kassations-Rekurs wegen kleiner Unrichtigkeiten in der erkannten Strafe **39**. 54.

Nach Rheinischem Strafverfahren ist jeder von mehreren Kassationsklägern gehaltene, die Suksumbenstrafe zu hinterlegen, wenn sie verschiedene Interessen haben **59**. 430.

Digitized by Google

Kassen, in allen Untersuchungen, bei deren Ausfall Staats- oder Gemeinde-Kassen interessiren, ist den betreffenden Behörden von den ergangenen richterlichen Entscheidungen Seitens der Staatsanwaltschaft Anzeige zu erstatten **50**. 147; **51**. 230.

Zulässigkeit des Rechtsweges über Entschädigungs-Ansprüche für die Bewachung Königlicher Kassen **53**. 3.

s. auch Deposital-Kassen, Salarien-Kassen, Kassenwesen.

Kassen-Anweisungen, Aufhebung der Zwangszahlung von Kassen-Anweisungen bei Uebersendung von Stempelgeldern von einer Königlichen Kasse an die andere **40**. 115.

Umlauf der Kassen-Anweisungen vom 2. Januar 1835 **53**. 435; **54**. 450.

Kassenbeamte, Detention der wegen Veruntreuung verurtheilten Beamten bis zum Ersatze des Schadens **39**. 215.

Konkurrenz der Militair-Ansprucksberechtigten bei Besetzung der Rendanten- und Kontrolleurstellen bei den gerichtlichen Salarienkassen **39**. 307.

Verhaftung der Kassenbeamten für den den Interessenten durch die unterlassene Realisirung ausgelooster Staatsschuldscheine erwachsenen Zinsenverlust **40**. 99. — Regreß an Rendanten wegen subsidiarischer Vertretung der von einem insolvent verstorbenen Beamten überhobenen und von den Rendanten verrechneten Emolumente **43**. 258.

Erhöhung der Amtskaution der Kassenbeamten aus Veranlassung einer Gehaltszulage **40**. 225. — Verfahren in Betreff der Amtskaution eines Kassenbeamten, welcher bei einer aus Staatsfonds unterhaltenen Gerichtsbehörde die Verwaltung mehrerer Kassen übertragen worden **41**. 183. — Kaution derjenigen Beamten, welche bei den aus Staatsfonds unterhaltenen Gerichtsbehörden nur Privatgelder oder Privatgüter verwalten **43**. 238. — Nach welchen Grundsätzen die Höhe der von den Staatskassen-Beamten zu leistenden Kaution zu berechnen ist **52**. 274.

s. auch Amtskaution.

Verfahren der Friedensrichter in der Rheinprovinz, wenn Geldforderungen gegen einen Kassenbeamten der Regierung eingeklagt werden **42**. 9.

Grundsätze bei Wiedereinziehung der Tantieme von eingezogenen, aber später zurückgezahlten Einnahmebeträgen **47**. 92.

Unzulässigkeit des Rechtsweges für die Legung und Abnahme von Rechnungen über die von einem öffentlichen Beamten geführte Kassenverwaltung **50**. 191.

Die Deckung eines Defekts durch die Kaution schließt den Begriff der verübten Unterschlagung nicht aus **55**. 102. — Anwendung des §. 325 des Strafgesetzbuchs bei Unterschlagungen der Beamten **55**. 335. — Anweisen bei Defekten von Kassenbeamten gegen dritte Personen, welche als Bürgen oder Kautionssteller verhaftet sind, der Rechtsweg zulässig ist **56**. 68.

Inwieweit den Erben eines Kassenbeamten gegen die von der vorgesetzten Behörde angeordnete Beschlagnahme von Nachlaßsachen der Rechtsweg gestattet ist **58**. 239.

Benachrichtigung der Ober-Post-Direktionen von den gerichtlichen Klagen gegen Kassenbeamte der Post wegen Geldforderungen **58**. 198.

Kassenverbrechen, Begriff der Kassenverbrechen im Sinne der §§. 418 ff. Tit. 20 Thl. II. A. L. R. **50**. 351.

Kassenwesen bei den Gerichten.

I. Bestimmungen vor dem Erlaß des Gerichtskosten-Gesetzes vom 10. Mai 1851.

1) Verfahren bei Buchung, Liquidation und Einziehung von Kosten und Gebühren.

Vereinfachung der Salarien-Kassenverwaltung in den Fällen, wo ein Obergericht in den bei einem anderen Gericht instruirten Prozessen nur als Sprucksbehörde fungirt **39**. 4. 81; **42**. 229. 334. — Anderweitige Vorschriften über die Liquidation der in der Appellations-Instanz entstehenden Prozeßkosten **50**. 5.

Verfahren bei Einziehung der in Auseinandersetzungssachen von dem Ober-Tribunal angesetzten Gebühren **40**. 319; **51**. 188.

Führung des Einnahme-Journals und der Einnahme-Kontrole in Betreff der bei der Insinuation und Exekution eingezogenen Kosten **42**. 30. — Nachträgliche Bestimmungen **42**. 100.

Ausdehnung der kleinen Sportel-Kontrole auf die Kosten in Bagatellsachen und in geringeren Hypothekensachen **42**. 30. — Nachträgliche Bestimmungen **42**. 100.

2) Zinsbare Belegung der Salarien-Kassenbestände der Untergerichte **39**. 164; **41**. 247.

Anlegung einer besonderen Masse, bei welcher die kleinen Deposital-Unkosten und Vergütungen verausgabt werden **42**. 247. — Aufhebung dieser Bestimmung und Ablieferung der vorläufig entbehrlichen Bestände an die Haupt-Untergerichts-Salarienkasse **50**. 4. — Aufhebung auch dieser letzteren Bestimmung durch §§. 90 ff. der Kassen-Instr. d. 10. Novbr. 1851. **52**. 107.

Verwendung der durch die Verwaltung von Baugeldern gewonnenen Depositalzinsen **39**. 57. — Verrechnung derselben bei den Salarienkassen **42**. 314.

3) Kontrolirung der vorläufig niedergeschlagenen Sportelreste und der außer Ansatz gebliebenen Kosten **39**. 194. — Beschränkung der vorläufigen Niederschlagungen **46**. 20; **55**. 142.

4) Verkehr mit der Post.

a) Form der den Postämtern auszustellenden Quittungen über die durch die Post bei den Gerichten eingehenden Gelder **39**. 207.

b) Kontrolirung der Postscheine **40**. 91; **41**. 355; **42**. 80; **45**. 210.

c) Kontrolirung des bei den gerichtlichen Salarienkassen zu verausgabenden Porto für eingehende Sachen **41**. 361. — Vorläufige Ausfolgung der besonderen Notirung des wirklich den Annahmten Porto **42**. 380.

d) Buchung und Liquidation der bei den Königl. Gerichtsbehörden entstehenden Porto-Auslagen **49**. 288.

5) Verfahren bei Behandlung der Kosten und Auslagen in Requisitions- und Auftragssachen der Gerichtsbehörden untereinander **39**. 391; **41**. 346. — Nähere Festsetzungen darüber **42**. 251, 267; **43**. 53.

6) Verfahren bei Geldsendungen der Königlichen Kassen untereinander.

Die Ausstellung von Quittungen bei Geldsendungen zwischen den Königlichen Kassen der Abfendung der Gelder ist nicht erforderlich **40**. 115. — Verfahren bei Geldsendungen zwischen den gerichtlichen Salarienkassen und den Kassen der General-Kommissionen **41**. 120. — Geschäftsverkehr der Gerichte mit der Justiz-Offizianten-Wittwenkasse **42**. 141. — Modifikation dieser Bestimmung **42**. 224. — Fortdauer der bisherigen Bestimmungen nach dem Erscheinen der Verordnung vom 2. Januar 1849. **49**. 319. — Anderweitige Bestimmungen nach dem Erlasse der Instruktion vom 10. November 1851. **51**. 379; **53**. 2; **54**. 18. 442; **55**. 416; **57**. 434. — Beifügung der Quittung der empfangenden Kasse als Belag **50**. 171. — Welche Geldsendungen die Portofrei-

Digitized by Google

heit genießen (Regul. v. 3. Janr. 1858 §§. 3, 4, 8, 10) **58.** 51.

s. auch Geldsendungen.

Geschäftsverkehr der gerichtlichen Salarienkassen mit der Büreaukasse des Justiz-Ministeriums **46.** 107. — Anderweite Bestimmungen **51.** 370; **53.** 2; **54.** 18, 442; **55.** 416; **57.** 434.

7) Umtausch und Ankauf von Staatspapieren und Einziehung von Münzen; Erhebung von Prämien und Zinsen.

a) Münzen.

Einziehung der noch im Umlauf befindlichen sogenannten Timpfe **39.** 19; — desgl. der ungeränderten ½ Thalerstücke **40.** 355; — desgl. der um mehr als 2 Prozent abgenutzten Einthalerstücke aus der Zeit von 1750—1816. **58.** 170. — Ausfetzung dieser Anordnung **59.** 154.

Ausschließung der Karls- und Louisd'ors von der Annahme unter den zum Ausleihen bestimmten Geldern bei den Depositorien **42.** 22.

Annahme der Friedrichsd'ors zu 5⅓ Rthlr. bei allen Kourantzahlungen an die Bank **43.** 100.

Berechnung fremder Goldmünzen beim Kostenansatze nach dem Gesetze vom 10. Mai 1851 (Justiz. zu §. 11 zum Ges. d. 10. Mai 1851) **52.** 114.

b) Kassen-Anweisungen.

Umtausch der Kassenanweisungen v. 2. Janr. 1835. **53.** 435; **54.** 450.

c) Darlehns-Kassenscheine.

Umtausch der Darlehns-Kassenscheine **53.** 435.

d) Staatsschuldscheine.

Realisirung der ausgelooften Staatsschuldscheine **40.** 99, 270; **41.** 170. — Anmeldung der in den gerichtlichen Depositorien befindlichen Staatsschuldscheine behufs deren Konvertirung **42.** 163.

e) Pfandbriefe.

Verfahren beim Ankauf von Pfandbriefen für die General-Depositorien und Deckung des Pfandbrief-Agio **39.** 126. — Ankauf von Pfandbriefen für die General-Depositorien **39.** 200. — Verfahren bei Konvertirung der Schlesischen Pfandbriefe **39.** 202. — Führung von Listen aller im Depositorium befindlichen Pfandbriefe, deren Zinsen zum General-Depositorium eingezogen werden **39.** 199. — Verfahren bei Inkourssetzung Westpreußischer Pfandbriefe **41.** 282. — Kostenansatz für die Erneuerung von Pfandbriefen (Justiz. zu §. 30 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52.** 126. — Nachweisung der am Schlusse des Rechnungsjahres 1856—57 in Pfandbriefen angelegten Bestände der General-Depositorien der Gerichte **58.** 36.

s. auch Außerkourssetzung, Inkourssetzung.

f) Anweisung an die Gerichte zur rechtzeitigen Erhebung der auf die gezogenen Seehandlungs-Prämienscheine gefallenen Prämien **40.** 95.

g) Geschäftsverkehr mit der Bank, in Betreff der Erhebung der Zinsen von den für die Gerichts- und Vormundschaftsbehörden ausgestellten Bank-Obligationen **42.** 263. — Benutzung der Bank bei dem Anund Verkauf von inländischen Staats- und anderen öffentlichen Papieren **51.** 382.

8) Verfahren bei Abrechnung der Salarienkassen mit den Boten und Exekutoren über einzuziehende Kosten **42.** 30. — Nachträgliche Bestimmungen darüber **42.** 100. 310.

9) Verfahren bei Revisionen der Salarien- und Deposital-Kassen **42.** 235.

10) Sächliche Ausgaben. Vermeidung von Etats-Ueberschreitungen bei den sächlichen Ausgaben und Nachsuchung der Genehmigung außerordentlicher Aufwendungen **42.** 192. — Gleichmäßige Behandlung des Titels der sächlichen Ausgaben in den Rechnungen der gerichtlichen Salarien-Kassen **43.** 34.

11) Ablieferung der Vorschuß-Bestände der gerichtlichen Salarien-Kassen an die zur Unterstützung hülfsbedürftiger Kinder verstorbener Justizbeamten gegründeten Fonds und Niederschlagung geringfügiger Kostenbeträge **43.** 250. — Aufhebung der abgesonderten Verwaltung der Kostenvorschüsse und deren künftige Verrechnung und Kontrolirung **46.** 22.

12) Besondere Bestimmungen. Verfahren der gerichtlichen Salarien-Kassen bei Vereinnahmung derjenigen Kosten, welche bei den Gerichts-Kommissionen eingezahlt werden **43.** 260.

Unzulässigkeit des Ansatzes von Zahlgeldern **43.** 262.

Verfahren bei Aufstellung der Jahres-Rechnungsübersichten bei den gerichtlichen Salarienkassen **44.** 159. — Erläuternde Vorschriften darüber **44.** 262.

Uebergang der Verwaltung des Kriminalkosten-Fonds bei den Obergerichten auf die mit Salarien-Kassen-Etats versehenen, aus Staatsfonds unterhaltenen Untergerichte **45.** 148.

Justifikation der Sportel-Einnahmereste in den Rechnungen der gerichtlichen Salarien-Kassen **46.** 16.

Verrechnung des Arbeitsverdienstes der Gefangenen **46.** 115; **51.** 158; **59.** 386.

Verfahren bei Kassendefekten **47.** 197; **53.** 362.

Unzulässigkeit des Rechtsweges für die Leugung und Abnahme der Rechnungen über die von einem öffentlichen Beamten geführte Kassenverwaltung **50.** 191.

Anweisung zur Einrichtung des Rechnungswesens bei den Sportel-Rezeptoren der Gerichts-Deputationen und Kommissionen **50.** 251.

Kontrolirung und Einziehung der an die Allgemeine Wittwen-Verpflegungs-Anstalt abzuführenden Wittwen-Kassenbeiträge **50.** 260, 406; **51.** 311; **53.** 65; **55.** 347; **57.** 402.

Empfehlung mehrerer das Kassenwesen betreffenden Schriften, Instruktionen und Formulare **42.** 300, 328.

Verpflichtung der ländlichen Polizeibehörden zur Tragung der durch verübte Verbrechen und Vergehen entstandenen Transportkosten **50.** 188; **57.** 114. — Verfahren bei Anweisung derselben **59.** 298.

II. Bestimmungen nach Erlaß des Gerichtskosten-Gesetzes vom 10. Mai 1851.

Grundsätze über die Berechtigung zur Erhebung von Geldstrafen und deren Einziehung und Verrechnung, sowie bei Festsetzung des Denunzianten-Antheils bei den Gerichten **51.** 258; **52.** 358. 363; **56.** 191; **57.** 386.

Anzeige von dem Erscheinen amtlicher Ausgaben der neuen Sportelgesetze und der dazu erlassenen Instruktionen **51.** 326, 366; **52.** 90.

Umleitung der bisherigen Buch- und Rechnungsführung der gerichtlichen Salarienkassen in die Vorschriften der

Digitized by Google

Kassen-Instruktion vom 10. November 1851 und Auflösung der Haupt-Untergerichts-Salarienkassen und der Salarien-Kassen der Appellationsgerichte **51**. 335.

Wegfall der Kassenquote bei dem Kostenansatze nach dem Gesetze vom 10. Mai 1851 (Instr. v. 10. Septbr. 1851) **52**. 114.

Kostenfreiheit bei Zahlungen aus einer Kasse an die andere (Instr. zu §. 6 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Buchung der den Postbehörden aus den Salarienkassen der Gerichte erstatteten Postvorschüsse **52**. 206.

Darstellung der Ausgaben an Kriminalkosten in den Jahresrechnungen der gerichtlichen Salarienkassen nach Maaßgabe des §. 20 der Instruktion vom 1. März 1852. **52**. 266.

Vertretung des Fiskus, wenn bei exekutivischer Beitreibung gerichtlich erkannter Geldstrafen wegen Zoll- und Steuervergehen von dritten Personen intervenirt wird **52**. 354.

Aufhebung der Vorschriften des, Tit. III. Nr. 3 S. 88, 89 der Kassen-Instruktion aufgestellten Schema's **52**. 358. — Abänderung des §. 6. **52**. 394; **58**. 394.

Verrechnung verschiedener bei den gerichtlichen Salarienkassen durchlaufender Gelder **53**. 30.

Einziehung und Verrechnung der gegen ausgetretene Militairpflichtige erkannten Geldstrafen **53**. 54.

Verrechnung und Einziehung der Insertionskosten **53**. 98; **54**. 191, 312; **59**. 330.

Verrechnung der bei Holzdiebstählen, welche in Staatsforsten begangen worden sind, einzuziehenden Holzersatzgelder **53**. 198, 370; **54**. 275, 306; **59**. 250.

Zahlung der in Steuerkontraventionssachen von den Verwaltungsbehörden erkannten Geldstrafen **53**. 412. — Verfahren bei Stundung derselben **57**. 302.

Abrechnungsverfahren zwischen den Salarienkassen der Kreisgerichte und den Regierungs-Hauptkassen **53**. 230; **56**. 326.

Anfertigung monatlicher Abschlüsse der gerichtlichen Salarienkassen **59**. 19.

Beifügung der Gründe zur Annahme eines nicht versorgungsberechtigten Diätarius zu den Rechnungsbelägen (§. 19) **53**. 238.

Verfahren bei Verrechnung der Ausgaben bei dem Kanzleifond (§. 31 Nr. 4) **54**. 192.

Verfahren bei Anfertigung der Quartalabschlüsse (§. 46) **54**. 193.

Form der zu den Rechnungen der gerichtlichen Salarienkassen beizubringenden Anerkenntnisse der Regierungs-Hauptkassen (§. 25) **54**. 414.

Verminderung der Ausgabereste und Reservirung von Ausgabe-Restfonds zur Vermeidung nachträglicher Etats-Ueberschreitungen **54**. 426; **55**. 30; **56**. 174.

Behandlung der bei den Justizkassen zur Verausgabung kommenden Rechnungsvergütungen **55**. 30; **56**. 174.

Verwendung der etatsmäßigen Fonds für sächliche Ausgaben der Gerichte zu Anschaffungen für die Bibliotheken (§ 21) **55**. 118.

Quittungsstempel in den Fällen, wo ein Beamter im Laufe des Kalenderjahres sein Einkommen theils als Gehalt, theils als Pension aus verschiedenen Kassen bezogen hat **55**. 258.

Vorschriften über die Vermeidung von Verwaltungsvorschüssen bei den Salarienkassen der Kreisgerichte **55**. 425.

Verrechnung der Heizungs- und Beleuchtungskosten der Gefängnisse **57**. 310.

Verrechnung der Kosten des Transports der zu Zuchthausstrafen verurtheilten Verbrecher in den Strafanstalten **57**. 386; — desgl. für den Transport eines Gefangenen aus einem gerichtlichen Gefängnisse in ein anderes **59**. 138.

Erhebung und Verrechnung der Stempel zu Punktationen als Gerichtskosten **58**. 122.

Verrechnung der Diäten und Reisekosten für die gerichtlichen Mitglieder der Kommissionen zur Revision der Festungs-Baugefangen-Anstalten **58**. 162.

Berichtigung der Gebühren für die Gutachten der Sachverständigen-Vereine zum Schutze gegen Nachdruck **58**. 234.

Abänderung der Vorschriften über die Behandlung der Alimentenvorschüsse zur Verpflegung der Schuldgefangenen **58**. 374. — Verrechnung der unverwendet gebliebenen Vorschüsse zur Alimentation der Schuldgefangenen **59**. 10, 343.

Verbindung der Restverwaltung mit der laufenden Verwaltung bei den gerichtlichen Salarienkassen und Aufstellung der Final-Abschlüsse **58**. 394.

Zahlung der Remunerationen an die im Staatsdienst beschäftigten Hülfsarbeiter **59**. 234.

f. auch Afferdatenwesen, Deposital-Angelegenheiten.

f. ferner Baut, Diäten, Finalabschlüsse, Haftkosten, Insertionen, Porto, Quartalabschlüsse, Reisekosten, Transportkosten, Verpflegungskosten, Zwölftelabzug.

III. Kassenwesen bei den Truppen **41**. 286; **53**. 150. — Verfahren hinsichtlich der vorgekommenen Defekte **44**. 276; **58**. 306. — Oeffentliches Aufgebot unbekannter Militairkassengläubiger **50**. 91.

IV. Erläuterungen und Abänderungen erlassener Kassen-Instruktionen.

1) der Kassen-Instruktion vom 1. Januar 1835: §. 13. **42**. 30; Berichtigung **42**. 100. — §. 15. **42**. 30, 310. — §§. 30 bis 35. **46**. 22. — §. 41. **42**. 30. — §. 43. **42**. 30; Berichtigung **42**. 100. — §§. 79 bis 81. **50**. 251. — §§. 83, 84. **46**. 22; **50**. 251. — §§. 85 bis 88. **50**. 251. — §§. 91 bis 93. **50**. 251.

2) der Kassen-Instruktion v. 10. November 1851: §. 7. **52**. 358, 363; **54**. 275; **56**. 191; **57**. 386; **58**. 374. — §. 13. **55**. 426. — §. 31. **55**. 206. — §§. 50 ff. **54**. 191; **56**. 150; **59**. 330. — §. 54. **52**. 206. — §. 55. **52**. 358, 363; **56**. 191; **57**. 386; **58**. 374. — §§. 63 ff. **55**. 425. — §. 70. **56**. 326. — §. 77. **52**. 158, 363. — §. 78. **52**. 363. — §. 79. **54**. 191. — §§. 90 ff. **54**. 414. — §. 91. **56**. 326. — §. 92. **52**. 394. — §. 93. **53**. 230; **56**. 326.

3) der Instruktion zur Anfertigung der Jahresrechnungen und Quartalabschlüsse v. 1. März 1852: §. 6. **52**. 394; **58**. 394. — §. 19. **53**. 238. — §. 20. **52**. 266. — §. 21. **55**. 118. — §. 25. **54**. 414. — §. 31. **53**. 218; **54**. 192. — §. 44. **54**. 191; **58**. 394. — §. 46. **54**. 191; §. 48. **54**. 191; **58**. 394. — §. 49. **54**. 191; **58**. 394.

Katasterf. Grundsteuer-Kataster.

Katholische Festtage, f. Feiertage.

Katholische Geistliche, f. Bischöfe, Geistliche.

Digitized by Google

Katholische Institute, s. Institute.

Katholische Kirchen, s. Kirchenbauten.

Katholische Militair-Waisenmädchen, s. Militair-Waisenhäuser.

Katholische Stiftungen, s. Stiftungen.

Kauf, Berechtigung des Käufers, beim Eintritt von Gewährsmängeln einen Theil des Kaufgeldes zurück zu halten und zu deponiren **54**. 342. — Vertretungsverbindlichkeit des Verkäufers für die auf dem verkauften Grundstücke haftenden Privatdienstbarkeiten, Lasten und Abgaben **57**. 239.

Kaufgelder, s. Hypothekensachen.

Kaufgelderbelegungs-Verfahren, Verfahren nach erfolgter Subhastation in Bezug auf die zur Hebung kommenden aber leer ausgehenden Gläubiger **39**. 35.

Erörterung der bei dem Kaufgelderbelegungs-Verfahren streitig gebliebenen Punkte **39**. 111.

Verfahren bei Subhastation von Grundstücken, auf welchen beständige Lasten und Abgaben haften **39**. 163.

Befugniß der nachfolgenden Gläubiger bei dem Kaufgelderbelegungs-Verfahren, die vom Schuldner nicht bestrittene Forderung eines vorstehenden Gläubigers anzufechten **39**. 169. 239.

Zulässigkeit schriftlicher Liquidationsberichte der Justiz-Kommissarien im Kaufgelderbelegungs-Verfahren **39**. 224.

Verfahren bei Ausschüttung der im Subhastations-Prozesse angelegten Spezialmassen **41**. 342.

Kostenansatz im Kaufgelderbelegungs-Verfahren im Falle einer Vormundschaft (Instr. zu §. 7 Nr. 1c. zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126. — desgl. bei der Kaufgelderbelegung im Subhastations-Prozesse (Instr. zu §. 11 des Tarifs) **52**. 126.

s. auch Hypothekensachen, Rechtsanwalte.

Kaufleute, Bestrafung der Kaufleute wegen unbefugten Aufsuchens von Waarenbestellungen **39**. 315.

s. auch Handlungs-Firma, Kommissionaire.

Kaufverträge, Betrag des Stempels für Schlußscheine über ein abgeschlossenes Kaufgeschäft von Staatspapieren **39**. 316.

Inwiefern Rechte aus einem Kaufvertrage mit der Wirkung an einen Dritten cedirt werden können, daß derselbe auf Erfüllung zu klagen befugt ist **46**. 38.

Kompetenz der Spezial- und Regierungs-Kommissarien zur Aufnahme von Kaufverträgen in Ablösungs- und Regulirungssachen **48**. 139.

Cession von Rechten aus einem Kaufvertrage **51**. 287.

Form der Uebergabe des Besitzes durch bloße Willenserklärung **55**. 23.

Kaution, Fortsetzung der Instruktion des Prozesses eines Ausländers gegen einen Inländer in Bezug auf den Kautionspunkt **40**. 322.

Erfordernisse, wenn ein Gläubiger mit der auf dem subhastirten Grundstücke für ihn eingetragenen Forderung im Bietungstermin Kaution bestellen will **42**. 263.

Kautionsbestellung mit einer Forderung, welche nach Einbringung des im §. 3 der Subhastations-Ordnung v. 4. März 1834 vorgeschriebenen Subhastationsvermerks intabulirt worden **51**. 387.

Kautionspflicht periodischer Blätter belletristischen Inhalts und Berücksichtigung früherer Bestrafungen beim Rückfalle **52**. 44.

Kautionsbestellung der Ausländer für die Gerichtskosten in Prozeßsachen (Instr. zu §. 8 Nr. 4 zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Kaution der Beamten, s. Amtskaution.

Kautionszinsen, Verfahren bei Berichtigung der Kautionszinsen an die berechtigten Empfänger **51**. 10.

Kellerhals, inwiefern der Rechtsweg gegen polizeiliche Verfügungen, durch welche die Wegschaffung eines Kellerhalses angeordnet wird, zulässig ist **59**. 382.

Kempen (Land- u. Stadtgericht), Anzeige von der Einsendung milder Beiträge zur Justiz-Offizianten-Wittwenkasse durch dasselbe **42**. 154.

Kies, Befugniß der Chausseebau-Gesellschaften zum Aufsuchen von Kies auf den benachbarten Grundstücken **55**. 178.

Kinder (verwahrlosete Kinder, uneheliche Kinder, abgefundene Kinder).

Verfahren bei Auswanderungen in Ansehung des Vermögens der in väterlicher Gewalt befindlichen Kinder **39**. 56.

Verfahren bei Eintragung des sogenannten Ein- und Ausgangsrechts der abgefundenen Kinder bei bäuerlichen Kolonaten **39**. 283. — Erbrecht der Absendenten an dem Vermögen abgefundener Kinder in der Provinz Westphalen **40**. 291.

Auslegung des §. 169 Tit. 2 Thl. II. A. L. R., betreffend die väterliche Dispositon über das nicht freie Vermögen der Kinder **40**. 71.

Inwiefern eine gerichtliche Taxe der Immobilien bei Auseinandersetzungen des überlebenden Ehegatten mit minderjährigen Kindern erforderlich ist **40**. 71.

Inwieweit die Vormunschaftsbehörde bei anderweiter Verheirathung des Vaters für die Sicherstellung des Vermögens der Kinder zu sorgen hat **41**. 10.

Verfahren bei Verjichtleistung auf Bestrafung der criminell zu verfolgenden Injurien der Kinder gegen ihre Eltern in der Rheinprovinz **41**. 166.

Erbrecht abgeschichteter Kinder in denjenigen Landestheilen, in welchen allgemeine Gütergemeinschaft gilt **42**. 192.

Auf Schuldforderungen an den Gemeinschuldner, welche durch Erbgangsrecht Eigenthum seiner Kinder geworden sind, findet der §. 418 Tit. 50 Thl. I. A. G. O. keine Anwendung **42**. 264.

Vollstreckung der Exekution gegen die Kinder der in Kasernen und anderen ähnlichen Dienstgebäuden wohnenden Militairpersonen **42**. 298.

Auslegung der §§. 1 bis 4 Tit. 2 Thl. II. A. L. R., wenn ein Ehemann die Legitimität eines von seiner Ehefrau geborenen Kindes bestreitet **43**. 16. — Zulässigkeit eines definitiven Erkenntnisses vor Ableistung eines beantragten Eides in Streitsachen wegen ehelicher Geburt eines Kindes **44**. 220

Suspension des §. 7 Tit. 2 Thl. II. A. L. R. in der Mark **44**. 102.

Nothwendigkeit des väterlichen Konsenses zur Verheirathung großjähriger Kinder **48**. 75.

Inwieweit Großeltern eines ehelich geborenen Kindes zur Alimentation des Enkels verpflichtet sind **51**. 11.

Taufe und konfessionelle Erziehung bei Kindern aus gemischten Ehen **55**. 354.

Wie derjenige zu bestrafen ist, welcher sich von einem Kinde unter zwölf Jahren eine Sache übergeben läßt und sich dieselbe rechtswidrig aneignet **56**. 331.

Bestrafung der Eltern wegen Betteln ihrer Kinder **57**. 350.

Digitized by Google

Verwahrloſete Kinder, Aufnahme jugendlicher Verbrecher in die an einigen Orten beſtehenden Anſtalten zur Erziehung und Beſſerung verwahrloſeter Kinder 47. 28; 53. 38.

Uneheliche Kinder, Erziehung unehelicher Kinder nach zurückgelegtem vierzehnten Jahre 39. 118.

Feſtſtellung der Vaterſchaft ſolcher unehelichen Kinder, deren Mütter ſich ſpäter verheirathen 39. 119.

Ob der natürliche Vater, welcher die Verpflegung und Erziehung des Kindes ſelbſt übernehmen will, das Kind von der Mutter abzuholen oder ſich von derſelben überbringen zu laſſen hat 40. 148.

Gebühren für die Legitimation unehelicher, nicht adlicher Kinder 40. 155.

Väterliche Gewalt des Vaters über die unehelichen Kinder ſeiner Tochter 41. 59.

Auf Erſtattung von Entbindungs-, Tauf- und Beerdigungskoſten eines unehelichen Kindes finden die gewöhnlichen Einſchränkungen des Exekutionsverfahrens keine Anwendung 47. 84.

Abhandlung über die Bevormundung unehelicher Kinder 47. 281.

Erbrecht unehelicher Kinder in den Nachlaß des vorgeblichen Vaters 49. 252. — Erbrecht bei einer Legitimation durch Reſkript 53. 168. — Anſprüche aus einer Schwängerung, welche an einem Orte, wo Franzöſiſches Recht gilt, ſtattgefunden hat 50. 30. — Nach welchen Geſetzen die Rechte eines unehelichen Kindes zu beurtheilen ſind, wenn die Mutter nach der Schwängerung ihren Wohnſitz verändert 58. 115.

Ein unter dem Verſprechen der Ehe geſchwächtes Frauenzimmer kann nach dem Tode des Schwängerers nicht auf Anerkennung ihres Kindes als eines ehelichen, Klage erheben 52. 22.

Die Strafandrohung im §. 141 des Strafgeſetzbuchs gegen Unzucht zwiſchen Stiefeltern und Stiefkindern iſt auch auf den Fall zu beziehen, wo die Unzucht zwiſchen dem einen Ehegatten und dem unehelichen Kinde des anderen begangen iſt 54. 193.

Inwiefern es zu dem von dem mütterlichen Großvater eines unehelichen Kindes über deſſen künftige Alimentation geſchloſſenen Vergleiche der obervormundſchaftlichen Genehmigung bedarf 51. 435.

Begriff von unehelichen Kindern mit Bezug auf §§. 180 oder 186 des Strafgeſetzbuchs 57. 442.

ſ. auch Alimente.

Kinder geſchiedener Ehegatten, ſ. Eheſcheidung.

Kinder-Bewahranſtalten, Bewilligung der Korporationsrechte für die Kleinkinder-Bewahranſtalten in Brandenburg und Gewährung der Gebührenfreiheit für alle Kleinkinder-Bewahranſtalten in dem Umfange, wie ſie den öffentlichen Schulen zuſteht 42. 95.

Welchen Kleinkinder-Bewahranſtalten in Berlin Korporationsrechte verliehen worden ſind 42. 295.

Kirche, Verfahren in Prozeſſen, bei welchen katholiſche Stiftungen und Inſtitute betheiligt ſind 39. 122; — desgl. bei Kirchen und anderen denſelben hinſichtlich der Vermögensbeaufſichtigung gleichſtehenden Stiftungen und Inſtituten 55. 178.

Inwiefern den Kirchen eine Dispoſition über Erbbegräbniſſe nach dem Abgange der an denſelben berechtigten Perſonen zuſteht 42. 7.

Kirchen, welchen durch beſondere Privilegien die Gebührenfreiheit in ihren Rechtsangelegenheiten bewilligt worden iſt, können von der Entrichtung der unbemeidlich geweſenen baaren Auslagen nicht entbunden werden 43. 149.

Sportelfreiheit unbemeglicher Kirchen in gerichtlichen Angelegenheiten 44. 33. — Inwieweit Kirchen Koſtenfreiheit genießen (Inſtr. zu §. 4 Nr. 4 des Geſetzes v. 10. Mai 1851) 52. 114.

Inwieweit den Regierungen die Exekutionsbefugniſſe auf Leiſtungen aus ſolchen Lieferungsverträgen, welche bei der Verwaltung von Inſtituten, Kirchen und Schulen abgeſchloſſen ſind, zuſtehen 46. 70.

Zuläſſigkeit eines Poſſeſſorien-Prozeſſes über die Ausübung des Konſiſtorialrechts 48. 285.

Recht der Kirche im Herzogthum Weſtphalen, nach Ablöſung des Zehnten die Sicherſtellung des Ablöſungskapitals zu verlangen 50. 285.

Zuläſſigkeit des Rechtsweges über die Forderungen der Kirche, welche die Sorge für den Unterhalt derſelben zum Gegenſtande haben 52. 171.

Katholiſche Kirchen, ſ. auch Kirchenbauten.

Austritt aus der Kirche, Inſtruktion v. 10. Mai 1847 über das Verfahren bei dem Austritt aus der Kirche und die Beglaubigung von Geburten, Heirathen und Sterbefällen 47. 155.

Ermäßigung der Stempel und Gerichtsgebühren für die Verhandlungen über den Austritt aus der Kirche 48. 120; Erläuterungen hierzu 51. 190. — Koſtenanſatz für die gerichtlichen Verhandlungen über den Austritt aus der Kirche und das darüber zu ertheilende Atteſt 51. 190. — (Inſtr. zu §. 19 des Geſetzes v. 10. Mai 1851) 52. 114.

Kirchen-Abgaben (Kirchen-Gebühren, Kultuskoſten, Kirchenbeſitzſteuer).

Anmeldung des Rechts auf Kirchen-Gebühren im Konkurſe und erbſchaftlichen Liquidations-Prozeſſe und Liquidation der laufenden und rückſtändigen Beträge 44. 234.

Streitigkeiten über die Verbindlichkeit, zu den Kultuskoſten einer Kirchengemeinde beizutragen, ſind im Allgemeinen vom Rechtswege ausgeſchloſſen 54. 45, 94, 95, 443; 55. 135; 56. 383, 386; 57. 302; 58. 267; 59. 7, 219; — desgl. Streitigkeiten über die Frage: welche Abgaben die Mitglieder einer Gemeinde an Kirchen, Schulen und deren Beamte nach notoriſcher Ortsverfaſſung zu entrichten haben 58. 334.

ſ. Kirchengemeinde, Parochialverband, Pfarr-Abgaben, Schul-Abgaben.

Zuläſſigkeit des Rechtswegs bei Streitigkeiten über Leiſtungen der Gemeindemitglieder an Kirche und Schule, welche nicht auf allgemeinen geſetzlichen Beſtimmungen oder Ortsobſervanzen, ſondern auf rezeßmäßigem Uebereinkommen beruhen 54. 438; — desgl. wenn die Partei behauptet, vermöge ihrer Eigenſchaft als Staatsbeamte von Entrichtung der Kirchenbeſitzſteuer oder des Kirchendezem befreit zu ſein 55. 115; 56. 43.

Inwiefern Streitigkeiten über Abgaben, welche vermöge notoriſcher Orts- oder Bezirksverfaſſung an einen Kirchenbeamten zu entrichten ſind, dem Rechtswege unterliegen 56. 7.

Kompetenz der Auseinanderſetzungsbehörden zur Entſcheidung von Streitigkeiten über die Fortgewährung der an Kirchen zu entrichtenden Reallaſten 56. 371; 58. 339.

Anwendbarkeit der Kab. Ord. v. 19. Juni 1836 auf Kirchen-Abgaben in der Rheinprovinz 58. 47.

Digitized by Google

Kirchenbauten, Aufhören der bisherigen Provinzial-Observanz im Bezirk des ehemaligen Ober-Konsistoriums in Glogau in Betreff der Beitragspflicht des Patrons und der Eingepfarrten zu Kirchenbauten **40**. 22. — Beitragspflicht der Kirchenpatrone zu Kirchen- und Pfarrbauten in der Niederlausitz **53**. 38.

Verpflichtung der Pfarrer zum Bau und zur Unterhaltung der Pfarr- und Kirchengebäude **46**. 187.

Verpflichtung zu Beiträgen für Kirchen- und Pfarrbauten in Pommern **53**. 207.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Verfügungen der Regierung, welche den Wiederaufbau eines Kirchthurms nach Zeichnung und Anschlag zum Gegenstande haben **45**. 183.

Zulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über die Verbindlichkeit zu Beitragsleistungen für Kirchenbauten **54**. 94; **55**. 135; **58**. 267. — Kompetenz der Gerichte zur Entscheidung der Frage: ob eine Civil-Gemeinde in den Landestheilen des linken Rheinufers zum Bau einer den Bevölkerungsverhältnissen entsprechenden katholischen Kirche verpflichtet ist **55**. 121. — Inwiefern der Einwand der Befreiung von Beiträgen zu den Baukosten einer städtischen Kirche im Rechtswege geltend gemacht werden kann **57**. 225; **58**. 271.

Kirchenbeamte, Form der Erklärungen, welche Vorsteher von Kirchen auf Grund der dazu von ihrer oberen Behörde ertheilten Autorisation rücksichtlich der der Kirche zustehenden Realansprüche und Forderungen bei dem Hypothekenbuche abgeben **40**. 261.

Verfahren bei Einleitung der Untersuchung gegen einen Kirchenbeamten wegen eines Verbrechens oder Vergehens **51**. 230.

Inwiefern Streitigkeiten über Natural- und Geldprästationen, welche an Geistliche oder Kirchenbeamte zu entrichten sind, und auf altem Herkommen beruhen, zum Rechtswege verstattet werden können **57**. 119; **58**. 195.

s. auch Kirchen-Abgaben.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die von einem Landrathe gegen den Rendanten einer Kirchenkasse verhängten Ordnungsstrafen wegen verweigerter Ausgabelung von Auslagen **58**. 199.

Anstellung von Ausländern als Kirchenbeamte, s. Naturalisation.

Kirchenbehörden, s. Konsistorien.

Kirchenbücher, Aufbewahrung der Duplikate von Kirchenbüchern **39**. 43. — Welches Gericht als Ortsgericht, bei welchem die Aufbewahrung der Kirchenbücher erfolgen soll, zu verstehen ist **40**. 344; **41**. 87; **50**. 103.

Vorlegung und Verabfolgung der Duplikate von Kirchenbüchern an die Departements-Ersatz-Kommissionen **57**. 34.

Kirchendefizitsteuer, s. Kirchen-Abgaben.

Kirchendezem, s. Dezem, Kirchen-Abgaben, Pfarreinkünfte.

Kirchengemeinde (Kirchliche Gemeinde).

Gerichtsstand der Kirchengemeinden **41**. 222.

Ueber die Fragen, was nach althergebrachten Gewohnheiten eine Civilgemeinde der kirchlichen Gemeinde zu leisten hat, ist der Rechtsweg zulässig **48**. 289.

s. auch Kirchen-Abgaben, Kirchenbauten.

Streitigkeiten über die Verbindlichkeit, zu den Kultuskosten einer Kirchengemeinde beizutragen, s. Kirchen-Abgaben.

Die Entscheidung darüber, ob Jemand zur Parochie einer bestimmten kirchlichen Gemeinde gehöre, steht den Verwaltungsbehörden zu **58**. 267.

Kirchen-Gesellschaften, Berichtigung des Besitztitels gebuldeter Kirchen-Gesellschaften von den zu ihren gottesdienstlichen Zusammenkünften bestimmten Gebäuden **41**. 34.

Kirchen-Kollekte, Erforderniß der polizeilichen Genehmigung zu Kollekten für kirchliche Zwecke **51**. 255.

Kirchen-Patrone, Beitragspflicht derselben zu Kirchen- und Pfarrbauten, s. Kirchenbauten.

Kirchenrecht, Empfehlung der Geschichte der Quellen des provinziellen Kirchenrechts von Jacobson **39**. 184; — desgl. der Quellen des Kirchenrechts der Rheinprovinz und Westphalen **40**. 132; **44**. 2.

Kirchenthüren, Untersagung des Anschlags gerichtlicher Bekanntmachungen an die Kirchenthüren **46**. 10.

Kirchenthürme, s. Kirchenbauten.

Kirchen-Vermögen, Streitigkeiten über die Verwaltung und Beaufsichtigung eines zum kirchlichen Vermögen gehörigen Armenfonds sind im administrativen Wege zu entscheiden **58**. 216.

Klage, Abhandlung über die Abweisung unzulässiger Klagen durch Dekret **49**. 42.

Abhandlung über die unmittelbare Einbringung der Klage bei dem Gericht und deren Abweisung ohne Vorladung des Verklagten **49**. 338.

Für die Aufnahme von Klagen werden keine besonderen Kosten angesetzt (Instr. zu §. 1 des Tarifs) **52**. 126.

Benachrichtigung der Militair-Vorgesetzten von den gegen Offiziere eingehenden Klagen **57**. 334.

s. Prozeß, Rechtsanwalte.

Klageanmeldung, Kostenansatz nach §. 1 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851. **52**. 126.

Klagebeantwortung, Auslegung des §. 11 Tit. 9 Thl. 1. A. G. O. **42**. 155.

Zulässigkeit einer schriftlichen Klagebeantwortung im abgekürzten Verfahren und Gebühren der Justiz-Kommissarien dafür **47**. 333.

Rechtsnachtheile, welche im abgekürzten Verfahren den Kläger treffen, wenn er im Termin zur Klagebeantwortung und weiteren mündlichen Verhandlung nicht erscheint **47**. 368.

Klassensteuer, s. Gemeinde-Abgaben.

Klassifikatorio im Konkurse, s. Rechtsanwalte.

Klee, Bestrafung der Entwendung von Klee **57**. 63.

Kleidergelder, Bewilligung von Kleidergeldern an Unterbeamte **42**. 238.

Kleidungsstücke, Zulässigkeit der exekutivischen Beschlagnahme von Civilkleidern der Kompagnie-Chirurgen für Schulden derselben **44**. 172.

Kleinkinder-Bewahranstalten, s. Kinder-Bewahranstalten.

Klostergüter, s. Säkularisation.

Knappschafts-Reglement, inwieweit der Rechtsweg gegen die exekutivische Einziehung der nach dem Bleiberg-Knappschafts-Reglement v. 10. September 1842 zu zahlenden Beiträge zulässig ist **48**. 323.

Koch (Geh. Reg.-Rath). Zusammenstellung der Agrar-Gesetze des Preuß. Staates nebst Ergänzungen und Erläuterungen **43**. 124.

Kodizille, s. Testamente.

Kokarde, s. Deutsche Kokarde, Nationalkokarde.

Kollektiren, Befugniß der Regierungen, das unbefugte Kollektiren bei Strafe zu untersagen **53**. 251.

s. auch Kirchen-Kollekte, Lotterie.

Digitized by Google

Köllmische Güter, Abschreibung der Zins-Ablösungskapitalien, welche von den Besitzern köllmischer oder chatoull-köllmischer Güter in der Provinz Preußen eingezahlt werden, von dem Staatsschulden-Tilgungs-Etatsquantum **42**. 211.

Kolonate (bäuerliche Kolonate). Eigenthumsverhältnisse eines vormals eigenbehörigen Kolonats **39**. 16.

Fortdauernde Wirksamkeit der in der Osnabrückischen Eigenthums-Ordnung aufgeführten Fälle der Ausschließung der Erben von der Succession im Kolonat, in Bezug auf das Heimfallsrecht des Gutsherrn **39**. 248.

Verfahren bei Eintragung eines Altentheils, einer Leibzucht und des sogenannten Ein- und Ausgangsrechts bei bäuerlichen Kolonaten **39**. 283.

Verfahren bei Aufnahme der Taxe vormals eigenbehöriger Kolonate zum Zweck einer Brautschatz-Verschreibung **40**. 71.

Kolonisten, Eigenthumsverhältnisse der Pommerschen Meliorations-Kolonistenhöfe **57**. 394.

Kommissarische Geschäfte, s. Kommissions-Gebühren.

Kommissionaire, Rechte der kaufmännischen Kommissionaire hinsichtlich der in ihrem Gewahrsam befindlichen Kommissionsgüter **53**. 142.

Kommissions-Gebühren. a. Aeltere Bestimmungen. Kommissionsgebühren für die Ausarbeitung eines Tax-Instruments **40**. 51; — desgl. für die Auf- oder Annahme von Testamenten und anderen letztwilligen Verordnungen **40**. 279. — Gebühren für die Bearbeitung solcher Sachen, welche einzelnen Beamten für ihre Person übertragen werden **40**. 356; **43**. 15.

Kommissions-Gebühren der Referendarien **42**. 336; **44**. 218; — desgl. der Unterrichter in Requisitions- und Auftragssachen bei Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit **43**. 212; — desgl. der Auskultatoren bei den Untergerichten in mittleren und kleinen Städten **44**. 218; — desgl. der unbesoldeten Assessoren in den mittleren und kleinen Städten **44**. 218. — Welche Beamte zum Bezuge von Kommissions-Gebühren berechtigt sind **43**. 255.

Portopflichtigkeit der Gebühren für kommissarische Geschäfte in unvermögenden Untersuchungen **40**. 83.

Form des Attestes unter den Liquidationen von Kommissionsgebühren **43**. 277.

b. Neuere Bestimmungen. Anzeige von dem Erscheinen des Gesetzes v. 9. Mai 1851 über die an Justizbeamte für die Besorgung gerichtlicher Geschäfte außerhalb der Gerichtsstelle zu bewilligenden Diäten und Reisekosten und Kommissions-Gebühren, sowie von der Veranstaltung eines amtlichen Abdrucks desselben nebst der dazu erlassenen Instruktion **51**. 326. — Instruktion vom 9. September 1851 zum Gesetze vom 9. Mai 1851. **52**. 137.

Erläuterungen des Gesetzes v. 9. Mai 1851. §. 2. **54**. 330. — §. 4. **54**. 114. — §. 9. **53**. 318; **54**. 322. — §. 10. **52**. 108; **53**. 175. — §. 12. **54**. 330; **55**. 18. — §. 13. **55**. 18.

Wegfall des Ansatzes von Kommissions-Gebühren bei dem Kostenansatze nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 (Instr. v. 10. September 1851) **52**. 114.

Kommissions-Gebühren für die Auf- oder Annahme letztwilliger Dispositionen, wenn nicht Diäten und Reisekosten liquidirt werden können (Instr. zu §. 9 des Ges. v. 9. Mai 1851) **52**. 137.

Kommunal-Abgaben, s. Gemeinde-Abgaben.

Kommunalbeamte, s. Gemeindebeamte.

Kommunal-Einkommensteuer, s. Gemeinde-Abgaben.

Kommunalverfassung, s. Gemeindeverfassung.

Kommune, s. Gemeinde.

Kommunications-Abgaben, Unzulässigkeit des Mandatsverfahrens bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung von Kommunikations-Abgaben **58**. 90.

Kompagnie-Chirurgen, Zulässigkeit der exekutivischen Beschlagnahme von Civilkleidern der Kompagnie-Chirurgen für Schulden derselben **44**. 172.

Kassation und Dienstentlassung der im Reserve- oder Landwehr-Verhältniß sich befindenden Kompagnie-Chirurgen **47**. 51.

Kompensation, Zulässigkeit des Einwandes der Kompensation in der Appellations-Instanz **39**. 148. — Wenn die Einrede der Kompensation in zweiter Instanz blos deshalb verworfen wird, weil der erste Richter darüber keinen Ausspruch gethan hat, so ist dies zwar unrichtig, enthält aber nur die Verletzung einer Prozeßvorschrift, nicht die eines Rechtsgrundsatzes **50**. 391.

Verfahren bei Kompensation der Gerichtskosten, wenn die eine Partei die Gebührenfreiheit genießt **43**. 149 (Instr. zu § 8 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Die Vorschriften der §§. 317—327 Tit. 16 Th. I. A. L. R. über die Kompensation in Konkursen beschränken sich auf den Fall des wirklichen Konkurses und sind auf den erbschaftlichen Liquidations-Prozeß nicht auszudehnen **46**. 44.

Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Kompensation von Ansprüchen mit solchen Forderungen, deren Einziehung im Wege der administrativen Exekution verfügt worden ist **53**. 342.

Kompetenz, Kompetenzbestimmungen des Gesetzes v. 28. Februar 1843 wegen Benutzung der Privatflüsse **43**. 298.

Kompetenz der Braunschweigschen Gerichte zur Untersuchung und Bestrafung von Holzdiebstählen, welche von diesseitigen Unterthanen in den jenseitigen Forsten verübt worden sind **41**. 371.

Kompetenz der Gerichte, s. Gerichte, Konnexität.

Kompetenz in Untersuchungen, s. Strafverfahren, Schwurgerichte.

Kompetenz der Justizbehörden in der Rheinprovinz, s. Rheinprovinz.

Kompetenz der Polizeibehörden, s. Polizei.

Kompetenz der Militairgerichte, der Ober-Prokuratoren, der Polizeigerichte, der Regierungen, s. diese.

Kompetenz (Rechtswohlthat), Begründung des Anspruchs auf Aufsetzung einer Kompetenz **39**. 33.

Anwendung des §. 27 Tit. 49 der Prozeß-Ordnung auch außer dem Falle des Konkurses **43**. 11.

Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über eine Kompetenz für Geistliche in Folge der Säkularisation der Klostergüter **48**. 194.

Kompetenz-Konflikt, Verfahren bei der in Folge des erhobenen Kompetenz-Konflikts erfolgenden definitiven Einstellung des Rechtsverfahrens **42**. 17.

Verfahren bei Kompetenz-Konflikten zwischen den Gerichten und Verwaltungsbehörden **47**. 344; **51**. 58; **56**. 86. — Anwendung der Vorschriften über das Verfahren bei Kompetenz-Konflikten auf Untersuchungssachen **56**. 138. —

Digitized by Google

Unzulässigkeit des Kompetenz-Konflikts in rechtskräftig entschiedenen Sachen 48. 158. 53. 178. — Das Anerkenntniß der gerichtlichen Kompetenz von Seiten der Regierung steht der Erhebung des Kompetenz-Konflikts nicht entgegen 48. 199. — Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die von einem Verwaltungschef verhängte Amtssuspension eines zu seinem Ressort gehörigen Beamten 51. 44. — Einlegung des Kompetenz-Konflikts in solchen Prozessen, in welchen in erster Instanz erkannt und eine Berufung dagegen zur Zeit nicht eingelegt ist 52. 92. — Zuwiderlaufen der Kompetenz-Konflikt gegen Friedensgerichts-Urtheile letzter Instanz zulässig ist 55. 74. — Negatorisch gefaßte Anträge entscheiden bei Kompetenz-Streitigkeiten über die Prozeßfähigkeit einer Klage nicht 55. 323. — Zuwiderlaufen die Erhebung des Kompetenz-Konflikts zulässig ist, wenn gegen eine polizeiliche Strafverfügung auf gerichtliche Entscheidung provozirt wird 57. 5. — Verfahren, wenn ein Polizeibeamter wegen Amtshandlungen im Wege des Prozesses belangt und der dagegen erhobene Kompetenz-Konflikt für begründet erachtet wird 57. 363. — Unzulässigkeit des Rechtsweges darüber, ob die administrative Exekution während der Verhandlungen über den Kompetenz-Konflikt fortgesetzt werden darf 58. 109. — Anwendung des Gesetzes v. 8. April 1847 über das Verfahren bei Kompetenz-Konflikten in den Hohenzollernschen Landen 58. 143. — Das Rechtsverfahren ist einzustellen, sobald der Konflikts-Beschluß der Gerichtsbehörde zugekertigt worden ist 58. 339. — Die Erhebung des Kompetenz-Konflikts ist auch gegen solche Erkenntnisse in der Rheinprovinz zulässig, welche zwar in letzter Instanz ergangen, hinsichtlich der Kompetenzfrage aber der Berufung unterworfen sind 58. 339. — Die Befugniß der Behörden zur Einlegung des Kompetenz-Konflikts ist unabhängig von dem Willen der Parteien 58. 339.

Befugniß der landwirthschaftlichen Spruchbehörden zur Einlegung des Kompetenz-Konflikts 52. 98; — desgl. der Ober-Staatsanwalte 54. 16; — desgl. der Provinzial-Regierungen 55. 18; — desgl. des General-Prokurators in der Rheinprovinz 56. 323. — General-Landschaftsdirektionen gehören nicht zu denjenigen Verwaltungsbehörden, welche zur Erhebung des Kompetenz-Konflikts in Rechtsstreitigkeiten befugt sind 58. 293.

Unterschied zwischen Kompetenz-Konflikten nach dem Gesetze v. 8. April 1847 und den Konflikten, welche auf Grund des Gesetzes v. 13. Februar 1854 erhoben werden 55. 407. s. Konflikte.

Zuständigkeit der Gerichte zur Entscheidung von Streitigkeiten unter den Mitgliedern eines Kreditvereins oder einer anderen Privatgesellschaft 59. 294.

Negativer Kompetenz-Konflikt.

Verfahren bei negativen Kompetenz-Konflikten 48. 272. — Zulässigkeit des negativen Kompetenz-Konflikts gegen rechtskräftige Erkenntnisse der Gerichte 48. 419. — Zuwiderlaufen ein negativer Kompetenz-Konflikt vorliegt, wenn die Gerichts-Abtheilung sich für kompetent erklärt 55. 143.

Konduitenlisten, Einreichung einer vollständigen Konduitenliste der Subalternbeamten alle drei Jahre vom Jahre 1845 ab 44. 156. — Abänderung dieser Vorschrift 45. 75. — Verzichtleistung auf Einreichung der Konduitenlisten 48. 208.

Konferenzen, Gebühren der Rechtsanwalte für Konferenzen, s. Rechtsanwalte.

Konfiskation, Berücksichtigung des Werths des Konfiskats bei dem Kostenansatz in fiskalischen Untersuchungen wegen Steuervergehen 40. 236.

Verpflichtung der Civilgerichte zur Genügung von Requisitionen der Militairbehörden wegen Sicherstellung des Vermögens eines Deserteurs 41. 192.

Verfahren der Berichtserstattung über Immediatgesuche, welche die Aufgabe des fiskalischen Anspruchs auf konfiszirtes Vermögen zum Gegenstande haben 41. 326.

Verfahren der Gerichtsbehörden bei Ablieferung der Vermögens-Konfiskate an die Regierungs-Hauptkassen 56. 54.

Unzulässigkeit des öffentlichen gerichtlichen Verkaufs verbotener Waffen und anderer Sachen, mit denen gesetzlich kein Handel getrieben werden darf 53. 48.

Kostenansatz in Konfiskations-Prozessen gegen ausgetretene Militairpflichtige 55. 110.

Verfahren in Konfiskations-Prozessen gegen ausgewanderte Militairpflichtige und beurlaubte Landwehrmänner 57. 215.

Ungestempelte Waagen, welche im Besitze der Gewerbetreibenden gefunden werden, sind der Konfiskation unterworfen 58. 60.

Zollbetrugsdefraudationen ziehen die Konfiskation der Transportmittel als Strafe nicht nach sich 59. 82.

Konflikte, Unterschied zwischen Kompetenz-Konflikten nach dem Gesetze vom 8. April 1847 und Konflikten, welche auf Grund des Gesetzes v. 13. Februar 1854 erhoben werden 55. 407. — Zulässigkeit des Konflikts, wenn ein Beamter von der Polizeibehörde durch ein vorläufiges Strafmandat einer Uebertretung für schuldig erklärt worden ist und gegen diese Straffestsetzung auf gerichtliche Entscheidung provozirt 57. 108.

Befugniß der Regierungen resp. des Ministeriums des Innern zur Erhebung des Konflikts in Prozessen wider Gensdarmen wegen solcher Handlungen, welche ihre polizeiliche Wirksamkeit betreffen 58. 91.

Anwendung des Gesetzes v. 13. Februar 1854 auch auf katholische Geistliche 59. 237. — Befugniß der katholischen Bischöfe und Erzbischöfe zur Erhebung des Konflikts 59. 237.

Ernennung der Mitglieder des Gerichtshofes zur Entscheidung der Konflikte in den Fällen, wenn Personen des Soldatenstandes aus Veranlassung ihres dienstlichen Verhaltens bei den Civilgerichten belangt werden 57. 442.

Entscheidungen bei erhobenem Konflikt wegen Amtshandlungen 57. 397 ff.; 59. 244 ff.;

insbesondere: gegen einen Amtmann 59. 282.
- „ Bürgermeister 57. 397, 405, 428; 59. 259, 269, 276, 287;
- „ Distrikts-Kommissarien 59. 252;
- „ Forstbeamte 59. 269;
- „ Gefangenaufseher 59. 255;
- „ Geistliche 57. 430; 58. 67 ff., 75 ff., 282 ff.; 59. 237, 262, 274;
- „ Gemeindevorsteher 57. 422;
- „ Lehrer 58. 67 ff., 75 ff., 282 ff.; 59. 442;
- „ Nachtwachtmeister 59. 248;
- „ Oberförster 57. 400;
- „ Pförtner eines Krankenhauses 57. 406;
- „ Polizeibeamte 57. 413, 423, 431; 59. 244, 254, 268;
- „ Regierungsbeamte 59. 251;
- „ Schulzen (Dorfschulzen, Gerichtsschulzen) 57. 408, 412, 415, 437; 59. 245, 261, 266, 271, 278, 279, 283.
- „ Zollbeamte 59. 286.

Digitized by Google

Königsberg in der Neumark, Einrichtung eines neuen Kreisgerichts daselbst **55**. 422.

Königsberg in Preußen, Kompetenz des Tribunals zu Königsberg in Pr. in Sprachsachen **39**. 38, 385. — Geschäfts-Instruktion für das Tribunal **40**. 323.

Kompetenz des Ober-Landesgerichts zu Königsberg in Pr. in Sprachsachen **39**. 38, 385. — Ueberweisung der Rekurse in Bagatellsachen an den Civil-Senat des O. L. G. **39**. 340. — Anweisung des O. L. G. an die Untergerichte seines Departements über die Anwendbarkeit der Allerhöchsten Deklaration v. 6. April und der Instruktion v. 7. April 1839 über das Rechtsmittel der Revision und der Nichtigkeitsbeschwerde **39**. 227. — Berichtigung dieser Anweisung **39**. 401. — Bezeichnung des Appellationsgerichts zu Königsberg als Ostpreußisches Tribunal **56**. 342.

Statut des Sterbekassen-Vereins für die Justizbeamten im Departement des O. L. G. zu Königsberg und Nachtrag zu demselben **45**. 125.

Konkubinat, Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Strafandrohungen eines Bürgermeisters zum Zweck der Aufhebung eines Konkubinats **57**. 21.

Konkurs. 1) Aeltere Bestimmungen. Benachrichtigung und Vorladung der Gläubiger, deren Namen und Aufenthalt aus dem Inventarium oder sonst aus den Akten bekannt ist **39**. 75, 165.

Auslegung des §. 512 der Konkurs-Ordnung **39**. 360; — desgl. des §. 418 Tit. 50 Thl. I. A. G. O. **42**. 264; — desgl. der §§. 53—55 desl. **43**. 120.

Verfahren bei Publikation des Präklusions-Erkenntnisses **40**. 91.

Befugniß des Konkurs-Kurators zum Widerruf der Schenkungen und lästigen Verträge **40**. 328.

Verfahren, wenn nachträglich Dokumente über Aktiv-Forderungen, welche einem Gläubiger des ursprünglichen Eigenthümers, über dessen Vermögen der Konkurs ausbricht, im Wege der Exekution, in Kraft einer Cession überwiesen worden sind, aufgefunden werden **41**. 52.

Anwendung des §. 1 der Verordnung v. 2. Dezember 1837 auf den §. 633 Tit. 50 Thl. I. der A. G. O. **41**. 84.

Verfahren, wenn die der Gemeinmasse zur Last fallenden Kommunkosten aus der Gemeinmasse nicht gedeckt werden können **41**. 138.

Werthstempel der Immobiliar-Masse in Konkurs-Prozessen **41**. 142.

Fixirten bestündigen Abgaben gebührt die zweite Klasse im Konkurse; auf indirekte Steuern findet diese Vorschrift keine Anwendung **42**. 138.

Welche Personen zu dem Termine zur Publikation der Erkenntnisse vorzuladen sind, welchen Personen die Ausfertigung der Urkets-Extrakte zu übersenden, und an weil die Vorladung zur Regulirung der Appellation zu richten ist **42**. 218.

Bewilligung des Vorzugsrechts der ersten Klasse im Konkurse an den Bürgerrettungs- und Unterstützungs-Verein in Liegnitz **42**. 330.

Gebühren der Justiz-Kommissarien in Konkurs-Prozessen **44**. 12.

Aufforderung an die Obergerichte zur gutachtlichen Aeußerung darüber, in welchem Maaße das Bedürfniß zu einer den §. 24 Tit. 50 Thl. I. A. G. O. abändernden Bestimmung vorhanden ist **44**. 13.

Anmeldung des Rechts auf die im §. 48 der Hypotheken-Ordnung erwähnten Lasten und Abgaben im Konkurse, und Liquidation rückständiger und laufender Prästationen **44**. 234.

Hypothekenforderungen des Gemeinschuldners, welche derselbe bis zur Eröffnung des Konkurses nicht hat löschen lassen, fallen der Gemeinmasse zu und können in der dritten Klasse liquidirt werden **46**. 32.

Die Vorschriften der §§. 317—327 Tit. 16 Thl. I. A. L. R. über die Kompensation im Konkurse beschränken sich auf den Fall des wirklichen Konkurses und sind auf den erfahrlichen Liquidations-Prozeß nicht auszudehnen **46**. 44.

Ob ein Zwidkat auch nach Eröffnung des Konkurses gegen den Schuldner auf die Grundstücke desselben eingetragen werden kann, wenn vorher eine Protestation nach §. 22 des Gesetzes über die Exekution in Civilsachen v. 1. März 1834 eingetragen war **47**. 99.

Beschwerden über die erfolgte Einleitung eines Konkursverfahrens gehören zur Kognition der Instanzgerichte **48**. 130.

Eröffnung eines Spezial-Konkurses über das Bergwerksvermögen eines Gemeinschuldners **52**. 199.

2) Bestimmungen nach dem Erlasse der Konkurs-Ordnung v. 8. Mai 1855.

Anzeige von dem Erscheinen einer amtlichen Ausgabe derselben nebst den darauf bezüglichen Gesetzen und Verordnungen **55**. 174. — Neue amtliche Ausgabe der Konkurs-Ordnung mit Nachträgen **58**. 142.

Instruktion zur Ausführung der Konkurs-Ordnung **55**. 259. Auslegung der Art. II. und III. des Einführungsgesetzes zur Konkurs-Ordnung **57**. 418.

Anwendung der §§. 292 ff. auf die in Konkurs geratheuen Unterthanen der Stadt Hamburg, welche in Preußen Vermögen besitzen **58**. 190.

Anwendung des §. 261 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs bei unterlassener Ziehung der Bilanz **59**. 331.

Bekanntmachung der Konkurs-Eröffnung ꝛc. in Konkursen über das Vermögen der Buch-, Musikalien- und Kunsthändler durch das Leipziger Börsenblatt **59**. 366.

3) Kostenansatz für das Klassifikations-Erkenntniß im Konkurse (Instr. zu §. 12 des Tarifs zum Gesetze v. 10. Mai 1851) **52**. 126. — Befreiung des Fiskus vom Beitrage zu den Kommunkosten (Instr. zu §. 4 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114. — Kostenvorschuß in Konkurs-Prozessen (Instr. zu §. 8 Nr. 2 des Ges.) **52**. 114. — Einziehung der Kosten aus der Masse (Instr. zu §. 10 Nr. 2 des Ges.) **52**. 114. — Kostensätze im Konkurs-Prozesse (Instr. zu §. 12 des Tarifs **52**. 126.

Bestimmungen über die im Konkurse zu erhebenden Gerichtskosten **58**. 106.

4) Gebühren der Rechtsanwalte. Gebühren für die Feststellung einzelner Liquidate (Instr. zum Tarif §. 5 Nr. 4 und §. 77 zum Ges. v. 12. Mai 1851) **52**. 145. — Gebühren bei Vertretung mehrerer Personen (Instr. zu §. 5 Nr. 5 des Tarifs) **52**. 145. — Gebühren für die Konstituirung der Passiv- und Aktivmasse (Instr. zu §. 21 des Tarifs) **52**. 145. — Gebühren für Prozesse über Eröffnung eines Konkurses (Instr. zu §. 8 des Tarifs) **52**. 145.

Nach welchen Normen die Gebühren der Rechtsanwalte als Vertreter der Gläubiger in dem nach der Konkurs-Ordnung v. 8. Mai 1855 eingeführten Verfahren zu liquidiren sind **57**. 198.

Konnexität, fortdauernde Wirkung der Konnexität in dem Falle, wo derjenige außer Verfolgung gesetzt wird, durch dessen That die Kompetenz des höheren Gerichts begründet wurde **54**. 115.

Digitized by Google

Inwiefern und unter welchen Formen eine Vergehensſache auf Grund der Konnexität vor das Schwurgericht gebracht werden kann 59. 100.

Konſilium, Studirende der Rechte, welche im letzten Semeſter des akademiſchen Studiums mit der Strafe des Konſils belegt ſind, dürfen zur erſten juriſtiſchen Prüfung nicht zugelaſſen werden 44. 129.

Konſiſtorialrecht, Zuläſſigkeit eines Poſſeſſorien-Prozeſſes über die Ausübung des Konſiſtorialrechts 48. 285.

Konſiſtorien (Kirchenbehörden), Zuläſſigkeit des Rechtsweges, wenn ſich eine Prediger-Wittwenkaſſe in ihren ſtatutenmäßigen Rechten auf die Revenüen vakanter Stellen durch die Dispoſitionen des Konſiſtoriums und der Regierung über die Verwaltung einer Stelle verletzt findet 48. 305.

Die Entſcheidung von Privatſtreitigkeiten über den Nachdruck eines zum kirchlichen Gebrauch beſtimmten Geſangbuchs gebührt nicht den Kirchenbehörden, ſondern den Gerichten 56. 138.

Konſulenten, Gebühren derſelben, ſ. Rechtsanwalte.

Konſuln (Konſulate, Konſularbeamte).

Befugniß der Großherzoglich Oldenburgiſchen Konſularbeamten, die Verhaftung und Auslieferung der von den Schiffen ihrer Nation deſertirten Matroſen, welche nicht Preußiſche Unterthanen ſind, zu verlangen 45. 217.

Glaubwürdigkeit der Verhandlungen, welche von den Preußiſchen Konſulaten in der Türkei und in den Fürſtenthümern der Moldau und der Wallachei in ihrer Eigenſchaft als richterliche Behörden aufgenommen werden 46. 141.

Befugniß der Konſularbeamten in außereuropäiſchen Ländern zur Abſchließung von Ehen zwiſchen Preußiſchen Konſeſſionsverwandten, ſowie zur Beurkundung der Geburts- und Sterbefälle 54. 350.

Gerichtsſtand der Konſuln 55. 320.

Mitwirkung der Konſularbeamten der Preußiſchen und Ruſſiſchen Staaten bei Sicherſtellung und Regulirung der Verlaſſenſchaften ihrer Nationalen 57. 75.

Kontrakte, Gebührenfreiheit für die Beſtätigung der Juſtitiariats-Kontrakte, ſ. Juſtitiare.

Kontraventionen, Zuläſſigkeit der Zurücknahme einer Provokation auf richterliches Gehör bei Kontraventionen gegen Polizei-, Finanz- und andere Verwaltungsgeſetze 46. 160.

ſ. auch Chauſſeegeld-Defraudation, Forſtpolizei-Kontraventionen, Gewerbepolizei-Kontraventionen, Jagd-Kontraventionen, Polizei-Kontraventionen, Poſt-Kontraventionen, Stempel-Kontraventionen, Steuer-Kontraventionen, Zoll-Kontraventionen.

Kontribution, Anmeldung des Rechts auf Kontribution im Konkurſe und erbſchaftlichen Liquidations-Prozeſſe und Liquidation rückſtändiger und laufender Beträge 44. 234.

Unzuläſſigkeit des Rechtsweges, wenn Mühlen-Abgaben als Kontribution erhoben werden 48. 192, 270, 294.

Kontroleure, Konkurrenz der Militair-Anſtellungsberechtigten bei Beſetzung der Kontroleurſtellen bei den gerichtlichen Salarien-Kaſſen 39. 307.

Kontumazial-Erkenntniſſe (Kontumazial-Beſcheide).

Einziehung des Werthſtempels bei Kontumazial-Erkenntniſſen in den nach der Rheiniſchen Civilprozeß-Ordnung verhandelten Sachen 39. 34.

Gegen Kontumazial-Entſcheidungen in Bagatellſachen findet nur das Rechtsmittel der Reſtitution, nicht aber das Rechtsmittel des Rekurſes ſtatt 39. 354.

Unzuläſſigkeit der Exekution aus einem rechtskräftigen Kontumazial-Erkenntniſſe, ſeit deſſen Rechtskraft mehr als fünf Jahre verfloſſen ſind 40. 368.

Zuläſſigkeit der Nichtigkeitsbeſchwerde gegen Kontumazial-Erkenntniſſe bei ſchweren Verbrechen 49. 503.

Ob der gegen ein ſchwurgerichtliches Kontumazial-Urtheil nach §. 81 der Verordnung v. 3. Januar 1849 erhobene Einſpruch von dem Verurtheilten wieder zurückgenommen werden kann 51. 375.

Verfahren bei Abfaſſung von Kontumazial-Erkenntniſſen gegen Königlich Sächſiſche Unterthanen 54. 266.

Koſtenanſatz für den Kontumazialbeſcheid in Proceſſen (Inſtr. zu §. 4 des Tarifs zum Geſ. v. 10. Mai 1851) 52. 126; — desgl. bei Kontumazialbeſcheiden in Injurienſachen (zu §. 5 des Tarifs) 52. 126; — desgl. bei Kontumazialbeſcheiden in Unterſuchungsſachen (zu §. 57 des Tarifs) 52. 126.

Kontumazialverfahren, Vorſchriften zur Vermeidung von Härten beim Kontumazialverfahren in Bagatellſachen 40. 179.

Die nach §§. 20 und 21 Tit. 7 Thl. I. A. G. O. erfolgte Inſinuation der erſten in einem Prozeſſe an den Verklagten erlaſſenen Vorladung bei Abweſenheit der Partei zieht das Kontumazialverfahren nach ſich 42. 196.

Die Reſtitutionsklage ex capite minorennitatis gegen einen rechtskräftig gewordenen Kontumazialbeſcheid in Civil-Prozeſſen iſt nicht aufgehoben 51. 242.

Kontumazialverfahren in Disziplinar-Unterſuchungen gegen Rheiniſche Beamte 39. 154; — desgl. gegen Beamte überhaupt 42. 198.

Kontumazialverfahren bei ſchweren Verbrechen 49. 503.

Konzeſſion, Erforderniß der Konzeſſion zur Abſchließung von Verträgen, welche die Beförderung von Auswanderern zum Gegenſtande haben 58. 107.

ſ. auch Buchhandel.

Konventionalſtrafe, wenn der auf Zahlung einer Konventionalſtrafe in Anſpruch Genommene die Behauptung aufſtellt, daß die Konventionalſtrafe den doppelten Betrag des Intereſſe des Berechtigten überſteige, ſo iſt dies eine Einrede, welche der Erſtere zu beweiſen hat 46. 52.

Kopialien, ſ. Abſchriften, Kanzleiweſen, Schreibgebühren.

Körperverletzung, Verfolgung von leichten Körperverletzungen auch ohne den Antrag des Beſchädigten 53. 245. — Auslegung des §. 193 des Strafgeſetzbuchs 54. 119. — Auslegung des §. 194 auf den Fall mehrerer Thäter 55. 152. — Begriff der Körperverletzung und Theilnahme an derſelben 56. 159. — Auslegung der §§. 194, 196 des Strafgeſetzbuchs 58. 101. — Die im §. 195 erwähnten ſpeitellen oder anderen mildernden Umſtände finden auf den im §. 195 Abſatz 1 gedachten Fall keine Anwendung 58. 123. — Auslegung des §. 195 Abſatz 1 des Strafgeſetzbuchs in dem Falle, wenn bei einer Schlägerei nur Einem Betheiligten eine Körperverletzung zugefügt worden iſt 59. 187.

Korporationen, Korporationen, welchen durch beſondere Privilegien die Gebührenfreiheit in ihren Rechtsangelegenheiten bewilligt worden iſt, können von der Entrichtung der unvermeidlich geweſenen baaren Auslagen nicht entbunden werden 43. 149.

Einwendungen der Mitglieder einer Korporation gegen die Gültigkeit der Wahl eines Vorſtandsbeamten, und Beweiskraft einer gerichtlichen Verhandlung, worin die Wähler ſelbſt in der Sache zu der Wahl befähigenden Eigenſchaft anerkannt ſind 45. 169.

Digitized by Google

Abhandlung darüber, welche Gesellschaften die Eigenschaften der Korporationen haben 48. 309. — Inwiefern Schulgemeinden die Eigenschaft einer Korporation besitzen 53. 299.

Korporationsrechte, Verleihung derselben an das Steinbeckische Bürgerrettungs-Institut in Brandenburg 41. 342; — desgl. an die Kleinkinder-Bewahranstalten 42. 95; — desgl. an die Duckasche Armenstiftung 42. 359; — desgl. an den Pensionsverein der im Departement des O. L. G. in Frankfurt angestellten Justiz-Kommissarien 43. 162; — desgl. an den Schlesischen Verein der Freiwilligen aus den Jahren 1813—1815. 43. 226; — desgl. an den Verein zur Regulirung des Kapital-Schuldenwesens der städtischen und bäuerlichen Grundbesitzer im Kreise Warburg 44. 136; — desgl. an die in den Kreisen Bolkenhayn und Landshut bestehende Predigerwittwen-Sozietät 44. 145; — desgl. an den Verein zur Gründung einer Bürgerversorgungs-Anstalt in Breslau 45. 111; — desgl. an die Rheinische Pastoralgehülfen-Anstalt in Duisburg 46. 166; — desgl. an den Pensionsverein der Rechtsanwalte und Notare im Bezirk des A. G. zu Hamm 55. 46.

Korrealverpflichtete, Befugniß einzelner Korrealberechtigter, von dem Verpflichteten Rechnungslegung zu verlangen 52. 3.

Korrespondenz, s. Rechtsanwalte.

Korrespondenz-Mandatar, s. Rechtsanwalte.

Kosel, (Festung) Unterbringung solcher zum Festungsarrest verurtheilter Individuen in die Festung Kosel, welche eines unerlaubten Verkehres nach außen verdächtig sind 43. 26.

Kosthäuschenstellen, Kosthäuschenstellen, wenn damit auch nur Gartenbau verbunden ist, sind als Auszugsstellen anzusehen, bei deren Verkauf für die etwa ausgesetzten Altentheile die Stempelfreiheit eintritt 41. 182.

Kosten, Kosten für die Aufgreifung der Bettler und Vagabonden 39. 13.

Aufbringung der durch die Feststellung verübter Vergehen und Verbrechen, sowie durch die Verfolgung und Verhaftung der Thäter entstehenden unzieh baren Kosten 50. 188; 57. 114.

Inwiefern Streitigkeiten über die Verbindlichkeit zur Zahlung von Kosten in Auseinandersetzungssachen im Rechtswege zu entscheiden sind 57. 336.

Kompetenz der Auseinandersetzungsbehörden zur Entscheidung von Streitigkeiten, welche unter den Interessenten einer Auseinandersetzung über den Kostenpunkt entstehen. 58. 382.

s. auch Bekleidungskosten, Gebühren, Gefangene, Gerichtskosten, Haftkosten, Transportkosten, Untersuchungskosten.

Kostenfreiheit, s. Gebührenfreiheit.

Kostenvorschuß, inwieweit der Einzahler eines Kostenvorschusses die Zurückzahlung desselben von dem Gericht zu fordern berechtigt ist 43. 150.

Ablieferung der Vorschußbestände an die zur Unterstützung hülfsbedürftiger Kinder verstorbener Justizbeamten gegründeten Fonds 43. 250.

Aufhebung der abgesonderten Verwaltung der Kostenvorschüsse und deren künftige Verrechnung und Kontrolirung 46. 22.

Vorschriften über die Verpflichtung der Parteien zur Zahlung von Kostenvorschüssen (Instr. zu §. 8 zum Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.

Inwieweit Rechtsanwalte einen angemessenen Vorschuß fordern können (Instr. zu §. 6 zum Ges. v. 12. Mai 1851) 52. 112; — desgl. Notare (Instr. zu §. 17 zum Ges. v. 11. Mai 1851) 52. 152.

s. auch Gerichtskosten.

Kourant, Annahme der Friedrichsd'ors zu 5⅓ Thalern bei aller Kourantzahlungen an die Bank 43. 100.

Begriff der Bezeichnung „Preuß. Kourant oder Werth" bei Wechseln in den westlichen Theilen der Monarchie 47. 345.

Kourierpferde, Kosten bei Benutzung derselben 55. 182.

Kourshabende Papiere, rechtliche Folgen der verweigerten Erfüllung bei Zeitkaufgeschäften in Eisenbahn-Aktien, Staatsschuldscheinen und anderen kourshabenden Papieren 48. 97.

Kouvert, s. Briefcouvert.

Krakau, Insinuation gerichtlicher Verfügungen nach Krakau durch die Post 44. 207.

Gegenseitige Vergütung der Kosten in Kriminal-, Civil- und Vormundschaftssachen und kostenfreie Erledigung gerichtlicher Requisitionen in Armensachen 44. 207.

Krank, Aufnahme kranker und arbeitsunfähiger Verbrecher in die Strafanstalten 39. 209.

Kranken-Anstalten, Kostenfreiheit derselben (Instr. zu §. 4 Nr. 2 zum Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.

Krankenkassen, Behandlung der Kranken-, Sterbe- und ähnlichen Kassen bei gerichtlichen Geschäften 44. 206.

Krankheiten, Verfahren in Krankheitsfällen der auf Kündigung oder Probe beschäftigten Beamten und diätarischen Hülfsarbeiter im Subalterndienste 41. 364.

Begriff der Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit im Sinne des §. 193 des Strafgesetzbuchs 53. 48.

Das Regulativ über die sanitätspolizeilichen Vorschriften bei ansteckenden Krankheiten und die darin enthaltenen Strafbestimmungen haben durch das Strafgesetzbuch keine Aenderung erlitten 55. 128.

Beginn der Strafzeit des verhafteten Angeklagten, wenn derselbe wegen Krankheit nicht zum Zuchthause eingeliefert werden kann 59. 303.

Krankheitsatteste, s. Atteste.

Kratzsch (O. L. G. Registrator), topographisch-justitiarisches Handbuch der sämmtlichen deutschen Bundesstaaten 42. 320; 43. 159.

Kräuter, Untersuchung und Bestrafung der Entwendung von Kräutern 39. 250.

Kredit-Institute (Kreditverein), Kostenfreiheit derselben (Instr. zu §. 4 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.

Unzulässigkeit der Erhebung des Kompetenz-Konflikts bei Streitigkeiten unter den Mitgliedern eines Kreditvereins 59. 294.

s. auch General-Landschafts-Direktionen.

Kreisgerichte, Geschäfts-Regulatiu für die Kreisgerichte im Departement des O. L. G. zu Natibor 49. 180. — Geschäfts-Regulatiu für die Gerichte erster Instanz 50. 232. — Erläuterungen und Abänderungen desselben 51. 306, 347; 54. 190, 402; 55. 206, 214, 259, 337; 56. 3, 283; 57. 42.

Wegfall der Berufung der Einzelrichter zu den Sitzungen des Hauptgerichts 49. 251.

Uebersicht der nach erfolgter Ausführung der Verordnung v. 2. Januar 1849 bestehenden Kreisgerichte 49. 350.

Einrichtung eines neuen Kreisgerichts zu Königsberg i. d. Neum. 55. 422.

Verfahren der Kreisgerichte bei Aufstellung der Erbschaftsstempel-Tabellen 50. 39.

Digitized by Google

Befugniß der Kreisgerichte zur Anschaffung von Utensilien und Vornahme von Gebäude-Reparaturen bis zum Betrage von 10 Thalern 52. 310.
Kreisgerichte sind nicht befugt, über Beschlüsse des vorgesetzten Appellationsgerichts in Untersuchungssachen Beschwerde bei dem Ober-Tribunal zu führen 58. 216.
Berechnung der Frist, innerhalb welcher gegen die Verfügung der Kreisgerichte, durch welche die Nichtigkeitsbeschwerde in Untersuchungssachen zurückgewiesen wird, der Rekurs an das Ober-Tribunal zulässig ist 59. 243.
Kreisgerichts-Deputationen, s. Gerichts-Deputationen.
Kreisgerichts-Direktoren, s. Direktoren.
Kreisgerichts-Kommissionen, s. Gerichts-Kommissionen.
Kreisgerichts-Räthe, Vergütung für Dienstreisen derselben 49. 206. — Diäten und Reisekosten derselben bei Dienstreisen 55. 18.
Gebühren für die Introduktion und Verpflichtung derselben 52. 302.
Kreis-Justizräthe, Kompetenz derselben 39. 378; 40. 365; 41. 103; 43. 215. — Zur Instruktion und Entscheidung von Injurienklagen gegen Exmittirte sind dieselben nicht befugt 41. 211. — Den Kreis-Justizräthen ist die Verwaltung von Patrimonialgerichten innerhalb ihres Kreises nicht gestattet 42. 370. — Behandlung und Aufbewahrung der Aktenbote bei den Kreis-Justizräthen 43. 292. — Wirksamkeit der Kreis-Justizräthe bei Exekutions-Vollstreckungen 44. 121. — Ausfertigung der von den Kreis-Justizräthen aufgenommenen Dismembrationsverträge durch die Obergerichte 46. 114. — Zulassung der bei den Untergerichten des O. L. G. Departements Breslau angestellten Justiz-Kommissarien zur Praxis bei den vor den Kreis-Justizräthen desjenigen Kreises, in welchen die Justiz-Kommissarien ihren Wohnsitz haben, schwebenden Prozessen 42. 66. — Gebühren der Kreis-Justizräthe 39. 15, 74; 45. 106.
Kreis-Physiker, Reisekosten und Diäten derselben in gerichtlichen Partei- und Untersuchungssachen 53. 158.
Kreisrichter, Gebühren für die Introduktion und Verpflichtung derselben 52. 302.
Diäten und Reisekosten der Kreisrichter bei Dienstreisen 55. 18.
Kreis-Sparkassen, s. Sparkassen.
Kreisstände, Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die von den Verwaltungsbehörden über die Kreis-Korporationen und über die Ausübung des ihnen eingeräumten Besteuerungsrechts ergehenden Anordnungen 52. 183; — desgl. gegen landesherrlich genehmigte Beschlüsse der Kreisstände über Beiträge zu Wegebauten 53. 67. — Inwiefern gegen Beschlüsse der Kreisstände über Beiträge zu Wegebauten ein Einspruch im Wege Rechtens zulässig ist 56. 29.
Kreis-Thierärzte, Reisekosten und Diäten derselben in gerichtlichen Partei- und Untersuchungssachen 53. 158.
Kreis-Wundärzte, Reisekosten und Diäten derselben in gerichtlichen Partei- und Untersuchungssachen 53. 158.
Kreuzband, Versendung von Druckschriften mit der Post unter Kreuzband 52. 7.
Kriegsartikel, Empfehlung der Erläuterungen der Kriegsartikel für die Unteroffiziere und Soldaten der Preußischen Armee von Fleck 39. 128.
Kriegsbereitschaft, Anwendung des Staats-Ministerial-Beschlusses d. d. 19. Juli 1850 auf die in Folge der angeordneten Kriegsbereitschaft zu den Fahnen einberufenen Civilbeamten 59. 222. s. auch Beamte.
Kriegsdenkmünze, s. Denkmünzen.
Kriegs-Entschädigungsforderungen (Kriegsschäden).
Gebührenfreiheit der Instruktion von Kriegs-Entschädigungsforderungen 44. 192.
Unzulässigkeit des Rechtsweges über Ansprüche auf Schadensersatz bei Kriegsschäden 52. 18.
s. auch Kriegslieferungen.
Kriegsjahre, Anrechnung des Feldzugs in Schleswig-Holstein bei den an Gefechten betheiligt gewesenen Personen als Kriegsjahr bei Pensionirungen 48. 456; — desgl. des Dienstes bei dem Kampfe des Jahres 1848 im Großherzogthum Posen 49. 133; — desgl. im Feldzuge des Jahres 1849 in Schleswig und Jütland, sowie bei dem Kampfe des Jahres 1849 in der Pfalz und im Großherzogthum Baden 49. 483; — desgl. der Theilnahme an dem Gefechte des Dampfschiffs „Adler" mit der Dänischen Kriegsbrigg „St. Croix" 50. 146; — desgl. des im Jahre 1849 zur Unterdrückung des Aufstandes im Königreich Sachsen stattgefundenen Kampfes 58. 210.
Kriegslieferungen, inwiefern der Rechtsweg auf Erstattung von Kriegslieferungen aus dem Jahre 1813 unzulässig ist 50. 215. s. auch Kriegs-Entschädigungsforderungen.
Kriegsreservisten, s. Beurlaubte des Soldatenstandes.
Kriegsschäden, s. Kriegs-Entschädigungsforderungen.
Kriegssteuer (Kriegsschuldensteuer). Inwiefern der Verkäufer eines Grundstücks für Kriegssteuern, Brandschatzungen und andere außerordentliche Lasten aufzukommen verpflichtet ist 52. 162.
Zulässigkeit des Rechtsweges über den Ersatz von Kriegsschuldensteuer 52. 406.
Kriminalgericht in Berlin, s. Berlin.
Kriminalgerichtsbarkeit, s. Gerichtsbarkeit.
Kriminalkosten, s. Untersuchungskosten.
Kriminalkosten-Fonds, Uebergang der Kriminalkosten-Fonds bei den Obergerichten auf die mit Salarien-Kassen-Etats versehenen, aus Staats-Fonds unterhaltenen Untergerichte 45. 148.
Kriminal-Ordnung. Anzeige von dem Erscheinen einer neuen Auflage der Kriminal-Ordnung in Verbindung mit der Verordnung d. 3. Januar 1849 und den dieselbe ergänzenden späteren Gesetzen 52. 272.
Auslegung und Erläuterung einzelner Paragraphen der Kriminal-Ordnung: §. 7. 53. 437. §. 17. 47. 214. §. 19. 46. 155; 47. 214. §§. 47—49. 50. 378. §. 79. 58. 186. §§. 123 ff. 54. 138. §. 136. 55. 113. §. 173. 55. 152. §§. 173 ff. 56. 375. §. 200. 50. 148. §§. 205 ff. 50. 389. §§. 206 ff. 54. 287. §§. 208—211. 44. 163. §. 252. 55. 320. §. 311. 53. 437. §. 312. 53. 437. §. 313. 53. 353. §. 318. 54. 404. §. 337. 53. 437. §. 391. 49. 453. §. 405. 49. 453. §. 414. 53. 376. §. 433. 51. 215. §. 463. 51. 215. §. 464. 51. 215. §. 513. 47. 214. §. 562. 43. 68. 111. 194. §. 566. 59. 303. §. 590. 54. 81. §. 619. 41. 58, 165.

Digitized by Google

Kriminal-Prozeß, Empfehlung des Handbuchs zum Preußischen Kriminal-Prozeßverfahren **42**. 64.
s. auch Strafverfahren.

Kriminal-Rechtspflege, Ankündigung von dem Erscheinen einer von Mannkopff herausgegebenen Zeitschrift für die Kriminal-Rechtspflege in den Preußischen Staaten und Anweisung zur Unterstützung derselben durch Mittheilungen aus der strafrechtlichen Praxis **39**. 286.
Herabsetzung des Preises der Annalen der Deutschen und ausländischen Kriminal-Rechtspflege von Hitzig **43**. 76.

Kriminalsachen, Leitung der Bearbeitung der Kriminalsachen der altländischen Provinzen bei dem Justiz-Ministerium durch den Geheimen Ober-Justizrath von und zur Mühlen **49**. 5. s. Strafverfahren.

Kriminal-Untersuchungen, s. Strafverfahren.

Krotosyn (Thronlehn), Erneuerung des Thronlehns Krotosyn und Dispensation des Inhabers vom persönlichen Erscheinen **42**. 195.

Krugverlagsrecht, ob das Krugverlagsrecht durch die neuere Gesetzgebung aufgehoben oder als fortbestehend zu betrachten sei **53**. 394.

Krüppel, auch Krüppel dürfen in die Strafanstalten aufgenommen werden **39**. 209.

Kultuskosten, s. Kirchen-Abgaben.

Kumulation. Kumulation von Strafen in der Rheinprovinz **39**. 362.
Verfahren bei Kumulation der Appellation und des Rekurses **40**. 385.
Zulässigkeit der Kumulation einer Alimentationsklage gegen den Schwängerer und den subsidiarisch Verpflichteten **41**. 115.
Bei der subsidiarischen Klagekumulation ist die Zulässigkeit der Prozeßart zu beurtheilen **44**. 22.
Die Anmeldung des Rechtsmittels der Appellation darf mit der Rechtfertigung in einer und derselben Schrift nicht kumulirt werden **48**. 24, 187.
Kostenansatz in kumulirten Bagatell-Prozessen **40**. 174.
Gebühren der Rechtsanwalte, s. Rechtsanwalte.
Stempelansatz in kumulirten Bagatell-Prozessen **40**. 253; **43**. 142.

Kündigung, Zulässigkeit der Kündigungsklage bei Schuldforderungen **39**. 105; — desgl. auf den ganzen Inbegriff zu bestimmten Zeiten wiederkehrender Leistungen vor der Verfallzeit der einzelnen Termine **39**. 323.
Zulässigkeit der Anstellung von Unterbeamten in etatsmäßige Stellen auf Kündigung und Verfahren bei Entlassung derselben **41**. 363.
Kostenansatz für die gerichtliche Kündigung von Kapitalien, Miethe ꝛc. (Instr. zu §. 1 des Tarifs zum Ges. vom 10. Mai 1851) **52**. 126.

Kündigungsrecht des Verpächters und Vermiethers **47**. 241.
Verlust der Einwendungen gegen die Aufkündigung einer Pacht oder Miethe **48**. 145.

Kunstgehülfen, Gerichtsstand minderjähriger oder großjähriger, noch unter väterlicher Gewalt stehender Personen, welche sich im Dienste Anderer befinden **43**. 255.

Kunsthändler, Bekanntmachung der Konkurs-Eröffnung ꝛc. in Konkursen über das Vermögen der Buch-, Musikalien- und Kunsthändler durch das Leipziger Börsenblatt **59**. 366.

Kunststraßen, s. Chausseen.

Kupferstiche, die Platte eines Kupferstichs behält ihre Nutzbarkeit im Sinne des §. 29 des Gesetzes vom 11. Juni 1837 auch dann, wenn einzelne von ihr auf galvanischem Wege entnommene Tochterplatten diese Nutzbarkeit bereits eingebüßt haben sollten **57**. 291.

Kuppelei, Begriff derselben **58**. 330.

Kurator, Verfahren gegen einen Nachlaß-Kurator, welcher nach erfolgtem Aufgebot der unbekannten Erben den Diligenzeid zu leisten sich weigert **39**. 58.

Kurialien, der Erlaß von Mandaten der Gerichts-Kommissionen an die Depositorien der Land- und Stadtgerichte erfolgt im Reskriptenstyl **42**. 227.
Abschaffung der Kurialien in der Geschäfts-Korrespondenz zwischen den Behörden **49**. 50.

Kurmark, Stempel- und Sportelfreiheit der Land-Feuersozietäten der Kurmark und der Nieder-Lausitz, sowie der Neumark **40**. 251.
Bearbeitung der Scharfrichter- und Abdecker-Angelegenheiten in der Kur- und Neumark durch die Regierungen **43**. 139.
Verwaltung der bei einer Königlichen Behörde ein- für allemal mit dem Sachverständigen-Eide belegten Boniteure der Kur- und Neumark **46**. 170.

Kurmärkisches Pupillen-Kollegium, Instruktion desselben an die Untergerichte seines Departements in Betreff der Bestellung der Vormünder und Einsendung der Vormundschaftsberichte **45**. 201.

Küster, Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über die Vergütung für das von einem Küster bewirkte Orgelspielen in der Kirche **50**. 35.

Küster-Abgaben, Zulässigkeit des Rechtsweges über den Umfang und das Maaß der an den Küster zu entrichtenden Getreide-Abgaben **53**. 344. s. auch Glockenbrod.

Küsterbauten, die Vorschrift des §. 37 Tit. 12 Thl. II. des Allg. Landrechts findet auch auf einen nur der Schulzwecke wegen nothwendig gewordenen Erweiterungsbau des Küster- und Schulbaues Anwendung **42**. 259.
Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über die Nothwendigkeit der Erbauung von Appartements auf einem Küster- und Schulgebäude **48**. 169.

Küstereien, inwieweit Küstereien die Kostenfreiheit genießen (Instr. zu §. 4 Nr. 2 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Küstergebühren, Anmeldung des Rechts auf Küstergebühren im Konkurse und erbschaftlichen Liquidations-Prozesse und Anmeldung rückständiger und laufender Beiträge **44**. 234.
Gegen die von den Verwaltungsbehörden angeordnete exekutivische Beitreibung rückständiger Küstergebühren ist der Rechtsweg unzulässig **55**. 186.

Küstergehalt (Küsterlohn), Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die Einziehung herkömmlicher Beiträge zum Küstergehalt **53**. 215; — desgl. gegen Beiträge zum Küsterlohn in der Rheinprovinz **54**. 307.

Digitized by Google

L.

Labach (Herrschaft), Empfehlung der Sammlung der für die Herrschaft Labach erlassenen Verordnungen 42. 332.

Lafontaine, s. Porcher de Lafontaine.

Landbethe, Streitigkeiten über die Entrichtung der in den ehemals kurfächsischen Landestheilen zu entrichtenden Landbethe sind, soweit sie zu den Grundsteuern gehören, vom Rechtswege ausgeschlossen 59. 361.

Landeskultur, Ankündigung einer Zeitschrift für die Landeskulturgesetzgebung 47. 103.

Landestrauer, Bestimmungen über die nach dem Ableben Sr. Majestät des Königs Friedrich Wilhelm III. stattfindende Landestrauer 40. 185.

Landesverweisung, Bestrafung der des Landes verwiesenen Ausländer, welche ohne Erlaubniß in die Preußischen Staaten zurückkehren 43. 274; 52. 379; 58. 222.
Kosten des Transports ausländischer zur Landesverweisung verurtheilter Landstreicher, Bettler und Arbeitsscheuer 53. 310.

Landgemeinde-Ordnung in Westphalen, Zeitpunkt der Anwendung der neuen Landgemeinde-Ordnung in Westphalen in den einzelnen Orten der Provinz 42. 214, 215.

Landgerichte in der Rheinprovinz, Einrichtung eines Landgerichts in Bonn 50. 198.
Befähigung der Friedensrichter zur Funktion als Mitglied eines Landgerichts 59. 427.

Landgüter, s. Güter.

Landräthe, Streitigkeiten über die Theilnahme an Gemeindenutzungen in der Rheinprovinz werden, soweit sie sich nicht auf einen speziellen Rechtstitel gründen, im Verwaltungswege durch den Landrath entschieden 52. 92.
Landräthe sind nicht befugt, Polizei-Strafandrohungen zu erlassen 58. 366.

Landrecht I. Allgemeines Landrecht. Druckfehler-Berichtigung im Thl. II. Tit. 8 S. 1825. 39. 184.
Empfehlung der Beiträge zur Kenntniß der Motive der Preußischen Gesetzgebung 43. 124.
Neue Ausgabe des Allg. Landrechts mit Nachträgen 55. 159. — Bemerkungen über die neue Ausgabe des Allg. Landrechts 55. 163. — Nachträgliche Bemerkungen dazu 55. 236. — Berichtigung eines Druckfehlers in der neuesten Ausgabe von 1855 im Thl. I. Tit. 12 §. 514. 57. 176.
Auslegung und Erläuterung einzelner Stellen des Allg. Landrechts:
Publikations-Patent vom 5. Februar 1794.
Art. II. 53. 328. — Art. III. 39. 356. — Art. VI. 53. 328. — Art. XIV. 40. 296.
Einleitung zum Allg. Landrecht.
§. 14. 50. 173. §. 18. 49. 389, 407, 432; 51. 23. §. 23 58. 115. §. 74. 50. 303; 56. 171. §. 75. 50. 303. §. 94 52. 259. §. 97. 52. 259.
Theil I.
Titel 2 §. 135. 48. 79. §. 136. 40. 295; 48. 179.
„ 3 §§. 1 bis 13. 52. 259. §. 33. 52. 259. §. 35. 41. 356.
„ 4 §§. 75 ff. 41. 356. §§. 84 ff. 41. 356. §. 92. 55. 327.
Titel 5 §§. 11 bis 13. 46. 211. §§. 74, 75. 46. 208. §§. 127 bis 129. 45. 35. §. 116. 55. 30. §. 133. 47. 155, 316; 55. 23. §. 135. 47. 316. §. 154. 51. 349. §§. 155 ff. 51. 251. §. 165. 45. 232. §§. 172 bis 178. 50. 83; 55. 302. §. 178. 55. 176. Anh. §. 5. 55. 176. 302. §. 179. 55. 302. §. 185. 48. 97. §§. 185 bis 189. 55. 30. §§. 185 bis 191. 50. 205. §. 285. 48. 97. §. 301. 46. 50. §§. 318 bis 331. 48. 97. §§. 325 bis 328. 52. 82. §. 334. 52. 82. §. 344. 39. 220; 48. 50. §. 315. 39. 220. §§. 360 bis 369. 48. 97. §§. 450 bis 453. 52. 3.
„ 6 §§. 1 bis 13. 52. 259. §. 16. 52. 259. §§. 36 bis 38. 50. 303; 52. 259. §. 54. 46. 131; 50. 189; 52. 354. §. 137. 50. 78.
„ 7 §. 26. 42. 299. §§. 43 ff. 52. 183. §. 45. 38. 368. §. 48. 50. 22. §. 49. 50. 22. §. 58. 48. 368. §. 70. 55. 23. §§. 80 ff. 50. 435. §. 96. 50. 22. §. 113. 48. 452. §. 130. 48. 452. §§. 146 bis 150. 50. 19. §. 147. 51. 208. §. 150. 51. 208. §. 151. 48. 452.
„ 8 §§. 25 bis 28. 52. 259. §§. 26 bis 28. 50. 303. §. 33. 52. 259. §. 100. 44. 199. §. 102. 52. 259. §. 139. 43. 192; 47. 74. §. 140. 47. 74. §. 142. 39. 432; 47. 74. §. 143. 39. 432. §. 144. 47. 74. §. 187. 51. 172. §. 189. 52. 259.
„ 9. Abschnitt 9. 45. 15. §. 11. 42. 155. §§. 141 bis 148. 52. 11. §. 342. 43. 192. §. 384. 51. 51. §. 438. 45. 103. §. 439. 45. 103. §§. 501 ff. 49. 208. §. 505. 49. 208. §. 528. 52. 298. §. 529. 52. 298. §. 545. 42. 372. §§. 551 ff. 53. 310. §. 562. 42. 372. §. 579. 41. 160. §. 580. 55. 62. §. 629. 40. 295; 50. 383, 335. §. 655. 46. 135. §. 656. 46. 135. §. 666. 48. 104.
„ 10 §§. 7 bis 9. 54. 171. §. 8. 50. 180. §§. 15 bis 17. 47. 316. §. 16. 50. 180. §. 17. 50. 180.
„ 11 §§. 1 ff. 48. 97. §. 180. 52. 162. §. 183. 52. 239. §§. 188 bis 190. 52. 82. §. 192. 48. 97. §. 193. 48. 97. §. 222. 54. 342. §. 342. 44. 234. §. 348. 39. 188. §. 382. 46. 34. §. 407. 55. 126. §. 412. 48. 121. §. 684. 56. 102. §. 732. 54. 38. §. 738. 54. 38; 55. 126; 57. 123. §. 739. 54. 38; 55. 126, 166. §. 821. 48. 193. §. 827. Anh. §. 26. 52. 176. §. 843. 55. 38. §. 849. 39. 128; 46. 131. §. 981. 46. 227; 53. 142. §§. 984 bis 986. 45. 196. §. 1020. 52. 310. §. 1029. 52. 310. §. 1030. 40. 328; 52. 310. §. 1031. 40. 328. §. 1048. 45. 232.
„ 12 §§. 93 ff. 47. 220.
„ 13 §§. 5, 6. 53. 142. §. 8. 50. 205. §§. 62, 63. 48. 368. §§. 65, 66. 53. 142. §. 70. 53. 142. §. 82. 53. 142. §§. 142 bis 146. 50. 205; 55. 30. §. 152. 50. 19. §. 210. 52. 3.
„ 14 §. 158. 59. 27. §. 174. 51. 242. §. 232. 45. 95; 47. 249, 257, 265, 284, 313. §. 233. 47. 249, 257, 265, 284, 313. §. 254. 56. 102. §. 298. 50. 175. §. 359. 47. 246. §. 361. 47. 246. §§. 399, 400. 59. 299.

Digitized by Google

Titel 16 §. 52. 40. 254. §. 153. 42. 380. §. 178. 41. 48. §. 195. 40. 366. §§. 317 bis 327. 46. 44. §§. 368, 369. 50. 435. §. 393. 40. 295. §. 413. Anh. §. 51. 51. 54; 54. 342, 435. §. 484. Anh. §. 52. 39. 240; 46. 32.

„ 17 §. 115. 57. 162. §. 151. 52. 3. §. 170. 43. 75. §§. 230 ff. 43. 75. §. 239. 43. 75.

„ 18 §. 19. 44. 52. 84. §. 421. 43. 75. §. 717. 42. 155. §. 719. 55. 2. §§. 720, 721. 48. 122. §. 731. 43. 307.

„ 19 §§. 4, 5. 43. 267.

„ 20 §§. 16. 17. 50. 180. §. 54. 42. 212. §§. 281 bis 285. 42. 296. §§. 401 bis 410. 50. 180. §. 408. 51. 6. §. 410. 55. 119. §. 413. 55. 119. §. 422. 55. 119. §. 423. 55. 166. §. 426. 55. 119, 166. §. 443. 39. 212; 54. 63. §. 515, 516. 42. 296. §. 511. Anh. §. 53. 42. 296; 55. 166. §§. 520 bis 522. 42. 296. §§. 522, 523. 55. 166.

„ 21 §. 70. 47. 275. §. 233. 47. 316. §. 349. 48. 145. §§. 366 bis 369. 47. 241. §. 371. 47. 241. §. 373. 47. 241. §. 623. 44. 187.

„ 22 §. 43. 51. 186. §. 155. 42. 230. §. 186. 58. 299. §. 213. 44. 109.

„ 23 §§. 8, 9. 39. 316. §. 56. 53. 394. §. 58. 53. 394. §§. 71, 72. 39. 316.

Theil II.

Titel 1 §. 6. 54. 127. §. 10. 44. 223. §. 18. 43. 156. §. 25. 40. 402. §. 27. 40. 402. §. 46. 48. 75. §. 58. 48. 75. §. 184. 50. 389. §. 146. Anh. §. 70. 39. 302. §. 320. 47. 155, 316. §. 329. 47. 155, 316. §. 378. 43. 128; 47. 308, 316. §. 345. 39. 108. §. 684. 51. 212. §. 687. 51. 212. §. 718. 40. 32; 44. 199. §. 736. 40. 402; 41. 140. §. 737. 41. 140. §§. 997, 998. 48. 75. §. 1017. 52. 267. §. 1089. 52. 22.

„ „ 2 §§. 1 bis 4. 43. 16. §. 2. 44. 220. §. 7. 44. 102. §. 76. 55. 311. §. 78. 55. 311. §. 169. 47. 78. §. 125. 52. 159. §. 131. 52. 159. §. 171. 45. 52. §§. 201, 202. 52. 159. §. 229. 43. 181. §§. 413, 414. 54. 435. §§. 612 ff. 50. 30. §. 614. Anh. §. 95. 54. 435. §. 628. 50. 175. §§. 629, 630. 51. 11. §. 640. 58. 115. §§. 651. Anh. §. 98. 49. 252. §. 667. Anh. §. 100. 43. 306.

„ 3 §. 19. 51. 11.

„ 5 §. 186. 47. 336.

„ 6 §§. 11 bis 25. 48. 309.

„ 7 §. 28. 41. 412. §. 137. 44. 52, 84. §. 484. 59. 85.

„ 8 §§. 617 ff. 43. 75. §. 647. 43. 75. §§. 698, 699. 53. 142. §. 726. 46. 111. §§. 776 bis 778. 46. 38. §. 778. 48. 449. §. 983. 46. 38. §. 993. 44. 105. §. 1075. 40. 158. §§. 1085 bis 1087. 40. 158. §§. 1094 ff. 45. 218. §. 1105. 46. 171. §§. 1132, 1133. 43. 263. §§. 1134 bis 1136. 46. 171. §§. 1184 bis 1186. 46. 111. §§. 1241 bis 1247. 46. 111. §§. 1303. 48. 449. §. 1359. 44. 104. §. 1722. 39. 315. §§. 2064, 2065. 51. 349.

Titel 9 §§. 91, 92. 51. 152.

„ 10 §§. 94, 95. 56. 162.

„ 11 §§. 229, 230. 41. 155. §. 261. 53. 207. §. 431. 55. 354. §§. 446 ff. 55. 354. §§. 710 ff. 40. 22.

„ 12 §§. 12 ff. 53. 299. §. 37. 42. 259. §§. 50 bis 53. 59. 442. §. 103. Anh. §. 141. 41. 334.

„ 13 §. 6. 45. 34. §. 15. 55. 62.

„ 14 §§. 1 ff. 50. 435. §. 65. 41. 155. §§. 78, 79. 55. 58; 59. 7, 53, 107, 219, 231, 361.

„ 15 §. 11. 48. 82, 357. §§. 13 ff. 48. 82, 357. §. 14. 48. 357. §. 15. 48. 95, 239; 53. 328. §. 80. 53. 445. §. 101. 57. 2. §§. 138, 139. 47. 301. §. 247. 39. 315; 49. 260.

„ 16 §. 112. 43. 219; 49. 484. §. 154. 43. 227. §§. 201 ff. 51. 15. §. 255. 51. 280. §§. 258, 259. 56. 202. §§. 266, 267. 51. 280. §. 341. 52. 199.

„ 17 §§. 90 ff. 46. 131.

„ 18 §. 33. Anh. §. 153. 43. 156. §§. 85, 86. 41. 100. §. 302. 39. 432. §§. 236 bis 239. 46. 211. §. 521. 54. 435. §§. 578, 579. 43. 54.

„ 20 §. 17. 51. 37. §§. 91 ff. 50. 407. §. 157. 50. 95. §. 161. 50. 95. §. 200. 51. 23. §§. 418 ff. 50. 351. §. 806. 50. 86. §. 815. 50. 86. §. 944. 51. 34. §. 1124. 49. 376. §§. 1133 bis 1136. 50. 389. §. 1159. 49. 376, 453. §. 1160. 49. 453. §. 1161. 49. 376. §. 1167. 50. 161. §. 1183. 50. 27, 161. §. 1349. 51. 43. §. 1492. 50. 95.

II. Preußisches Landrecht von 1721.

Eigenschaft des Preußischen Landrechts als eines Provinzialgesetzes 39. 356.

Was unter dem im Buch 3 Tit. 4 Art. 2 §. 7 gebrauchten Ausdruck „res publica“ zu verstehen ist 40. 295.

Zeitpunkt des Eintritts der Verjährung der ausstehenden Gerichtsporteln derjenigen Gerichte, in deren Jurisdictionsbezirk das Preußische Landrecht von 1721 gilt 43. 174.

Landsassiat, Aufforderung der Obergerichte zur Berichterstattung darüber, ob und mit welcher Wirkung der Landsassiat in ihrem Departement besteht 39. 65.

Landschaften, Grundsätze der Schlesischen Landschaften bei Ausführung des §. 6 des Regulativs vom 11. Mai 1849. 52. 220.

Unzulässigkeit der Erhebung des Kompetenz-Konflikts bei Streitigkeiten unter den Mitgliedern einer Landschaft 59. 294.

s. auch General-Landschafts-Direktionen.

Landschreiber, Kostenansatz für die Geschäfte der Landschreiber am Ostrehn (Instr. zu §. 2 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.

Landshut (Kreis), Verleihung der Korporationsrechte und Bewilligung der Sportelfreiheit an die in dem Kreisen Belitzhahn und Landshut bestehende Prediger-Wittwen-Societät 44. 145.

Landstraße, s. Straße.

Digitized by Google

Landstreicher (Vagabonden). Erstattung der Kosten für die Aufbewahrung und Einsperrung von Bettlern und Vagabonden 39. 13.

Mittheilungen an die Verwaltungsbehörden in Untersuchungen wegen Bettelei, Landstreichens und Arbeitsscheu 39. 261; 51. 230; 53. 124; 56. 286; 57. 194.

Kompetenz der Polizeibehörden zur Bestrafung von Landstreichern im Falle des §. 2 des Gesetzes vom 6. Januar 1843. 43. 107. — Uebernahme der Untersuchung von den Gerichtsbehörden, wenn die Polizeibehörden, weil sie sich nicht für kompetent halten, die Untersuchung an sie abgeben 43. 211.

Ausführung des Gesetzes vom 6. Januar 1843. 43. 274; 44. 13; — insbesondere wenn die Landstreicher dem Militairverbande noch angehören 43. 275. — Auslegung und Anwendung des Gesetzes vom 6. Januar 1843. 43. 303. 46. 43. — Modifikation des Gesetzes in Folge der Verordnung vom 3. Januar 1849. 49. 431.

Aufführung der Untersuchungen gegen Landstreicher in der jährlich einzureichenden Liste E. 44. 129.

Vermeidung des Transports von Verbrechern und Vagabonden an Sonn- und Festtagen 46. 126; 56. 318.

Abhandlung über die Einsperrung der Landstreicher in eine Korrektionsanstalt 50. 163.

Kosten des Transports ausländischer, zur Landesverweisung verurtheilter Landstreicher 53. 310; 56. 286; 57. 106.

Bei Konkurrenz der Landstreicherei mit dem Verbrechen des Diebstahls ist neben der Strafe des letzteren auf Einsperrung in ein Arbeitshaus nach ausgestandener Strafe zu erkennen 55. 65.

Inwiefern Streitigkeiten über die Verpflegung und Heilung eines fremden Vagabonden der Rechtsweg zulässig ist 54. 326; 59. 102.

Landtag (Provinzial-Landtag), Empfehlung der Ergänzungen zur Gesetzsammlung, enthaltend die ausschließlich durch Amtsblätter verkündeten Gesetze und Landtagsabschiede 42. 64.

Sammlung der Verhandlungen der Provinzial-Landtage unter der Regierung Friedrich Wilhelm IV. 42. 232.

Landwehr, 1) Vereidigung derjenigen Justizbeamten auf die Verfassung, welche zugleich in einem militairischen Dienstverhältnisse bei der Landwehr stehen 50. 110.

2) Gegen Landwehrmänner ist wegen verübten dritten Diebstahls gleichzeitig auf Ausstoßung aus dem Soldatenstande zu erkennen 39. 135. — Zeitpunkt, von welchem ab die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe gegen beurlaubte Landwehrmänner zu rechnen ist, wenn gleichzeitig auf Ausstoßung aus dem Soldatenstande erkannt worden ist 40. 190. — Landwehrmänner, deren Entlassung aus dem Militairverhältnisse und die gegen sie zu verhängende civilrechtliche Freiheitsstrafe nicht rechtskräftig feststeht, sind im Untersuchungsarrest zu behalten und weder nach dem Zuchthause, noch nach der Festungs-Strafanstalt zur vorläufigen Antretung der Strafe abzuführen 41. 207.

Wenn gegen Landwehrmänner auf Freiheitsstrafe zu erkennen ist, deren Dauer drei Monat nicht übersteigt, so ist niemals auf Festungs- oder Zuchthausarbeit, sondern nur auf Gefängnißstrafe zu erkennen 39. 284; 44. 130.

Mittheilung der Straferkenntnisse gegen beurlaubte Landwehrmänner an die vorgesetzte Militairbehörde derselben 41. 283; 42. 211, 247; 50. 147, 227.

Bestrafung der Landwehrmänner bei unterlassener Abund Anmeldung der Aufenthalts-Veränderung 43. 278. — Festsetzung der Strafen durch die Polizeigerichte 50. 126. — Verwendung der deshalb erkannten Geldstrafen und Benachrichtigung der Bataillons-Kommandeure von der erfolgten Strafvollstreckung 50. 227. — Anderweitige Bestimmungen 51. 230; 52. 318, 358. — Verjährung der Strafe wegen unterlassener Abmeldung 52. 164.

Strafbefugniß der Landwehr-Bataillons-Kommandeure bei vorschriftswidrig eingereichten Gesuchen und Beschwerden beurlaubter Landwehrmänner 44. 190.

Insinuation gerichtlicher Vorladungen und Verfügungen an Landwehrmänner, welche der Armee gefolgt und ihre gewöhnlichen Wohnorte verlassen haben 50. 228.

Verfahren in Konfiskations-Prozessen gegen ausgewanderte beurlaubte Landwehrmänner 57. 215; 59. 66.

3) Landwehr-Unteroffiziere, die in gewissen Fällen zu erkennende Strafe der Degradation gegen Landwehr-Unteroffiziere muß auch dann ausgesprochen werden, wenn dieselben das 39. Lebensjahr zurückgelegt haben 41. 354.

4) Landwehr-Offiziere, in Fällen des Verlustes der Nationalkokarde ist bei Offizieren gleichzeitig auf den Verlust der Offiziercharge zu erkennen 39. 127.

Vorschriften über die Benachrichtigung der Zivilbehörde von der disziplinarischen Bestrafung eines Beamten in seiner gleichzeitigen Eigenschaft als Landwehr-Offizier 40. 183; — desgl. von ehrengerichtlichen Erkenntnissen 46. 143.

Vollstreckung der von den Zivilgerichten gegen Landwehr-Offiziere erkannten Gefängnißstrafen 42. 40.

Mittheilung der gegen Landwehr-Offiziere ergehenden Straferkenntnisse mit den Entscheidungsgründen an die betreffende Militairbehörde 42. 214. — Die Entscheidungsgründe sind nur auf besonderen Antrag der Militairbehörden beizufügen 42. 247. — Diese Mittheilungen erfolgen in Zukunft von der Staatsanwaltschaft 50. 147. — Zusammenstellung der Vorschriften über das Verfahren bei Untersuchungen gegen Landwehr-Offiziere 47. 51; 50. 414; — anderweitige Bestimmungen 51. 230.

Verfahren, wenn gegen einen Offizier des beurlaubten Standes auf zeitige Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte oder auf eine härtere Strafe erkannt worden ist 52. 218.

Anrechnung des den beurlaubten Landwehr-Offizieren gemachten Gehaltsverbesserungs-Abzuges bei ihrer ersten Anstellung im Staatsdienste 56. 10.

5) Landwehr-Sträflinge, Erstattung der Bekleidungskosten für die auf neun oder weniger Monate in eine Strafanstalt eingestellten Landwehrleute 39. 22.

Feststellung des Gesundheitszustandes der zu den Strafsektionen abzuliefernden Militair-Sträflinge 41. 227; 47. 127.

Bekleidung der zu den Festungen abzuliefernden Landwehr-Sträflinge 50. 376.

Landwehr-Auszeichnung, Verfahren bei der durch den Tod des Besitzers oder durch Aberkennung erfolgten Erledigung von Landwehr-Auszeichnungen 42. 66; — desgl. wenn Landwehr-Offiziere der Landwehr-Auszeichnung verlustig gehen 45. 4; 47. 51; 50. 414.

Landwehr-Büreau, Verfahren bei Requisitionen des Büreaus des 1. und 3. Bataillons des 20. Landwehr-Regiments 51. 374.

Landwehr-Pferdegelder, s. Gemeinde-Abgaben.

Digitized by Google

Landwehr-Uebungen, Gesuche und Verhandlungen wegen Befreiung von der Landwehr-Uebung sind stempelpflichtig **39**. 243.

Fortgenuß des Einkommens der diätarischen Hülfsarbeiter während der Dauer der Militair-Dienstübungen **41**. 363.

Gerichtsstand der Militairpersonen des Beurlaubtenstandes in Strafsachen während der Dauer ihrer Einberufung zu den Landwehr-Uebungen **57**. 420.

Lassitische Bauergüter, s. Bauergüter.

Lasten, s. Abgaben.

Lastfuhrwerk, Unterscheidung zwischen gewerbsmäßig betriebenem Frachtfuhrwerk und anderem Fuhrwerk bei Strafffestsetzungen wegen Gebrauchs schmaler Radfelgen **42**. 82. — Radfelgenbreite der Frachtfuhrwerke auf den Kunststraßen **53**. 160.

Laub, Untersuchung und Bestrafung der Entwendung von Laub **39**. 250.

s. auch Waldprodukte.

Laudemien, Gewerbsfrage Schlesischer konfirmirter Urbarien in Betreff des Rechts der Gutsherrschaft, von Rustikal-Grundstücken Laudemien zu fordern **44**. 52, 84.

Durch Feudal-Observanz kann die Laudemialpflichtigkeit eines Grundstücks nicht begründet werden **46**. 110.

Zuwiefern der Werth der auf einem Erbzins-Grundstücke von dem Erbzinsmann neu errichteten Gebäude bei Berechnung des Laudemiums in Abzug zu bringen ist **48**. 122.

Lausitz, Stempel- und Sportelfreiheit der Land-Feuer-Sozietäten der Niederlausitz **40**. 251.

Lehnserneuerung der Niederlausitzischen Lehne aus Veranlassung des Thronwechsels **42**. 195.

Ob Personen des Bürgerstandes bei adlichen Lehnen der Oberlausitz als Mitbelehnte zuzulassen sind **47**. 175.

Beitragspflicht der Kirchenpatrone zu Kirchen- und Pfarrbauten in der Niederlausitz **53**. 38.

Lebach (Herrschaft), Empfehlung der Sammlung der für die Herrschaft Lebach erlassenen Verfügungen **42**. 332.

Lebens-Versicherungs-Gesellschaften, s. Berlin, Gotha.

Legalisation. 1) Legalisation von Schriftsätzen.

Bei Nichtigkeitsbeschwerden der städtischen Deputationen und Kommissionen bedarf es der Legalisation der Nichtigkeitsbeschwerde durch einen Justiz-Kommissarius nicht **39**. 240.

Der schriftliche Widerspruch gegen ein Mandat braucht nicht von einem Justiz-Kommissarius unterzeichnet zu sein **47**. 340.

Legalisation der Schriftsätze im Civil-Prozeß nach §. 3 der Verordnung vom 21. Juli 1846. **49**. 325.

Abhandlung über die Befugniß der Rechtsanwalte zur Anfertigung und Legalisirung von Rechtsschriften **55**. 392.

2) Legalisation von Urkunden.

Legalisation Kaiserlich Russischer Dokumente **39**. 94; — desgl. von Urkunden, welche von einem Notar der St. Petersburger Börse aufgenommen worden sind **41**. 240.

Welche Urkunden diejenige Gelandte und Residenten an auswärtigen Höfen in Privat-Angelegenheiten aufzunehmen und zu beglaubigen befugt sind **42**. 95.

Konkurrenz der Appellationsgerichte bei Legalisation von Urkunden **49**. 287.

Einziehung der Kosten für die Legalisation von Urkunden (Instr. zu §. 14 Nr. 6 zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Portopflichtigkeit der Korrespondenz wegen Legalisation von Urkunden zum Gebrauche im Auslande (Regulativ v. 3. Januar 1858 §. 5) **58**. 52.

Legat, Exnzenation der durch Legat abgefundenen Pflichttheilsberechtigten gegen die Ansprüche der Erschaftsgläubiger **40**. 155.

Legitimation, Gebühren für die Legitimation unehelicher nicht adlicher Kinder **40**. 155.

Erbrecht bei einer Legitimation durch Reskript **53**. 168.

Lehnwesen (adliche Lehne, Allodifikation, amtsfässige Lehne, Homagialgebühren, Lehnbriefe, Lehnguts-Besitzer, Lehnskanon, Lehnskonsensgebühren, Lehnwaare).

Depositalmäßige Verwahrung der Ablösungsgelder minorennen Lehngutsbesitzer **39**. 291.

Befugniß zur Verwendung der Ablösungskapitalien für abgelöste gewerbliche und persönliche Abgaben und Leistungen eines Lehns ohne Zustimmung des Lehnsherrn **41**. 28. — Erläuterung hierzu in Beziehung auf die Regulirungskosten **41**. 110.

Zulässigkeit der Revokationsklage eines auf die Seitens des Lehnsbesitzers exhibirte Provokation zur Ausübung des Revokationsrechts sich meldenden Agnaten nach Pommerschem Lehnrecht **39**. 432.

Aufforderung an die Obergerichte zum gutachtlichen Bericht über die bei Erbverpachtung von Lehngütern im Interesse der berechtigten Familien zu treffenden Sicherheitsmaaßregeln **40**. 102.

Verfahren bei Allodifikations-Anträgen **41**. 39. — Inwieweit der Justiz-Minister befugt ist, die Allodifikation von Lehnen, bei denen das Bezeigungsquantum observanz- oder gesetzmäßig feststeht, ohne Allerhöchste Genehmigung zu bewilligen **41**. 106.

Befreiung der Descendenten von Entrichtung der Lehnwaare **42**. 155.

Bestimmungen über die Lehnserneuerung in Folge des Thronveränderungsfalles **42**. 195; — desgl. über den Erlaß der Gebühren für die Lehnserneuerung resp. Konfirmation der Allodifikations-Urkunden **42**. 195; — desgl. über die Lehnserneuerung amtsfähiger Lehne **42**. 195; — desgl. über die Ausfertigung von Lehnbriefen **42**. 195; — desgl. über den Erlaß der Homagialgebühren an die Besitzer allodifizirter Lehngüter in Hinterpommern **42**. 195. — Bekanntmachung dieser Bestimmungen durch die Amtsblätter **42**. 335.

Inwiefern den Lehnsfehlern aus Veranlassung des Thronwechsels Verzehrung gewährt ist **42**. 195.

Lehnsberechtigte, deren Vorfahren unterlassen haben, ihr Succeßionsrecht in Gemäßheit des Edikts v. 4. August 1763 bei den betreffenden Land- und Hypothekenbüchern anzumelden und eintragen zu lassen, gehen dadurch ihres eigenen Succeßionsrechts nicht verlustig **43**. 75.

Qualität des von den Besitzern allodifizirter Lehngüter in dem ehemaligen Königreich Westphalen und in dem ehemaligen Großherzogthum Berg gesetzlich an den frühern Lehnsherrn zu entrichtenden Allodifikationszinses **43**. 119.

Die Lehnwaare ist der neue Besitzer erst nach erfolgter gerichtlicher Zuschreibung des Guts zu entrichten schuldig; unter „gerichtlicher Zuschreibung" ist die Berichtigung des Besitztitels zu verstehen **43**. 307.

Anmeldung des Rechts auf Lehnskanon im Konkurse und erbschaftlichen Liquidations-Prozesse sowie der rückständigen und laufenden Beträge **44**. 234.

Ob Personen des Bürgerstandes bei adlichen Lehnen der Oberlausitz als Mitbelehnte zuzulassen sind **47**. 175.

Lieferbaren, wenn die Allodifikation des Lehns bereits vor dem Erscheinen des Gesetzes v. 2. März 1850 eingeleitet war **50**. 306.

Digitized by Google

Zulässigkeit des Rechtsweges über die Verpflichtung zur Zahlung von Lehnskonsens-Gebühren 52. 323.
Behandlung der Pommerschen Lehne bei deren Umgestaltung in freies Eigenthum 50. 338.
Verfahren bei Einziehung der Kosten in Lehnssachen (Instr. zu §. 14 Nr. 6 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.
Durch den §. 2 Nr. 6 in Verbindung mit §. 4 des Ges. v. 2. März 1850 ist das den Agnaten zustehende Vorkaufs- und Retraktrecht allgemein und ohne Rücksicht auf provinzielle Rechtsnormen ohne Entschädigung aufgehoben 54. 390.
s. auch Erbämterlehne, Ermländische Lehne.
Lehrer, s. Schullehrer.
Lehrlinge, Gerichtsstand minorenner Lehrlinge 43. 255. — Befugniß der Regierungen zur Ertheilung des Konsenses zur Annahme ausländischer Juden als Lehrlinge 51. 50.
s. auch Handlungslehrlinge.
Leibesfrucht, Abtreibung der Leibesfrucht; Auslegung des §. 181 des Strafgesetzbuche 57. 170.
Leibzucht, Verfahren bei Eintragung einer Leibzucht bei bäuerlichen Kolonaten 39. 283.
Leichengebühren, Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über die Zahlung von Leichengebühren 49. 369.
Leichname, Regulativ für das Verfahren bei den medizinisch-gerichtlichen Untersuchungen menschlicher Leichname 45. 54. — Abgeändertes Regulativ v. 1. Dezember 1858. 59. 11.
s. auch Obduktion.
Leinpfad, Ergänzung der Bestimmungen wegen der Breite des Freiufers und des Leinpfades für die Landestheile des linken Rheinufers 40. 318.
Leipziger Allgemeine Zeitung, Verbot derselben 43. 7.
Leipziger Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Bekanntmachung der Konkurs-Eröffnung in Konkursen über das Vermögen der Buch-, Musikalien- und Kunsthändler durch das Leipziger Börsenblatt 59. 366.
Leistungen, deren Werth, s. Werth, s. auch Rechtsanwalte.
Lesebolz, s. Holz.
Leitner (Hofrath), Sachregister zu den ersten 52 Bänden der von Kamptz'schen Jahrbücher 40 232.
Letztwillige Verfügungen, Dispositionen, s. Testamente.
Leugnen, Unzulässigkeit der Aufnahme einer Strafbestimmung wegen freveslhaften Leugnens in die im Civilprozesse ergehenden Erkenntnisse zweiter und dritter Instanz 40. 304.
Licht, das Recht des Zwischenraums nachbarlicher Gebäude und das Recht auf Licht und Aussicht sind zwei von einander völlig verschiedene Befugnisse 47. 74.
Lichte, gleichmäßige Behandlung der Ausgaben für Lichte bei Verrechnung derselben in den gerichtlichen Salarien-Kassen 43. 34.
Licitations-Termin, s. Subhastation.
Lieferungen, Berechnung der Revisions- und Revisions-Summe bei Schuldklagen eines Gewerbetreibenden aus zu verschiedenen Zeiten erfolgten Lieferungen 45. 205.
s. auch Kriegslieferungen.
Lieferungs-Verträge, Betrag des Stempels für Schlußscheine über ein abgeschlossenes Staatspapier-Kauf- oder Lieferungsgeschäft 39. 316.
Verfahren bei Festsetzung und Verwendung des Stempels zu solchen Lieferungs-Verträgen, bei deren Abschluß der Umfang der Lieferung und der Betrag der im Ganzen zu leistenden Zahlung sich nicht übersehen läßt 40. 202.
Auslegung der §§. 984—986 Tit. 11 Thl. I. A. L. R. 45. 196.
Inwiefern Rechte aus einem Lieferungs-Vertrage mit der Wirkung an einen Dritten cedirt werden können, daß derselbe auf Erfüllung zu klagen befugt ist 46. 38.
Inwieweit den Regierungen die Exekutions-Befugnisse auf Leistungen aus solchen Lieferungs-Verträgen, welche bei der Verwaltung von Institutien, Kirchen und Schulen abgeschlossen sind, zustehen 46. 70.
Wesentliche Erfordernisse eines Lieferungs-Vertrags im Sinne des §. 981 Tit. 11 Thl. I. A. L. R. 46. 227.
Verfahren bei Einziehung der Kosten für Lieferungs-Verträge (Instr. zu §. 10 Nr. 4 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.
Liegnitz (Regierungs-Bezirk), Strafbestimmungen gegen das Spielen in auswärtigen Lotterieen und gegen die im Inlande, insbesondere in den Regierungs-Bezirken Breslau und Liegnitz errichteten Lotto-Banken 39. 89.
(Fürstenthum), Provinzial-Observanz des ehemaligen Ober-Konsistoriums in Glogau, in Betreff der Beitragspflichtigkeit des Patrons und der Eingepfarrten zu Kirchenbauten 40. 22.
(Stadt), Bewilligung der Korporationsrechte, der Stempelpflichtigkeit und des Vorzugsrechts der ersten Klasse im Konkurse an den Bürgerrettungs- und Unterstützungs-Verein in Liegnitz 42. 330.
Liquidations-Prozeß, Verfahren bei gerichtlicher Vertheilung der Masse im erbschaftlichen Liquidations-Prozesse 39. 338.
Auslegung des §. 512 der Konkurs-Ordnung 39. 360.
Verfahren bei Einleitung des erbschaftlichen Liquidations-Prozesses, wenn nicht alle, sondern nur einer oder einige der Benefizial-Erben auf Eröffnung des erbschaftlichen Liquidations-Prozesses antragen 40. 59, 123. — Erfordernisse, wenn die Benefizial-Erben nach Einleitung des erbschaftlichen Liquidations-Prozesses erklären, die Erbschaft ohne Vorbehalt antreten zu wollen 40. 152.
Gesetzliche Erfordernisse zur Aufhebung des erbschaftlichen Liquidations-Prozesses 40. 135; 41. 171.
Rechte des Geschenknehmers, wenn über den Nachlaß des inzwischen verstorbenen Geschenkgebers der erbschaftliche Liquidations-Prozeß eröffnet worden ist 40. 397.
Dasjenige, was einem Gläubiger aus einer erbschaftlichen Liquidationsmasse irrthümlich zu viel gezahlt worden, kann gegen denselben mittelst der condictio indebiti wieder eingeklagt werden 41. 18.
Welche Personen zu dem Termine zur Publikation der Erkenntnisse vorzuladen sind, welchen Personen die Ausfertigung der Urkels-Extrakte zu übersenden und an wen die Vorladung zur Regulirung der Appellation zu richten ist 42. 218.
Aufforderung an die Obergerichte zur gutachtlichen Aeußerung darüber, in welchem Maße das Bedürfniß zu einer den §. 24 Tit. 50 Thl. I. Allg. Ger. Ord. abändernden Bestimmung vorhanden ist 44. 13.
Anmeldung des Rechts auf die im §. 48 der Hypotheken-Ordnung erwähnten Lasten im erbschaftlichen Liquidations-Prozesse und Liquidation rückständiger und laufender Prästationen 44. 234.
Die Vorschriften der §§. 317—327 Tit. 16 Thl. I. A. L. R. über die Kompensation im Konkurse sind auf den erbschaftlichen Liquidations-Prozeß nicht auszudehnen 46. 44.
Inwiefern der §. 269 Thl. I. Tit. 50 Allg. Ger. Ord. beim erbschaftlichen Liquidations-Prozesse Anwendung findet 56. 51.
s. auch Benefizialerben.

Digitized by Google

Kosten, Verfahren, wenn die der Gemeinmasse zur Last fallenden Kommunkosten aus der Gemeinmasse nicht gedeckt werden können **41**. 138, 202.

Kostenansatz im Falle einer Vormundschaft (Instr. zu §. 7 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114; — desgl. im erbschaftlichen Liquidations-Prozesse (Instr. zu §. 12 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126.

Bestimmungen über die im erbschaftlichen Liquidations-Verfahren zu erhebenden Gerichtskosten **58**. 106.

Stempel, Werthstempel der Immobiliarmasse im erbschaftlichen Liquidations-Prozesse **41**. 142.

Litisdenunciation, Abhandlung über die Lehre von der Litisdenunciation und Adcitation **48**. 261.

Für die in Prozessen vorkommenden Litisdenunciationen sind keine besondere Kosten zu erheben (Instr. zu §. 7 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126.

Unterbrechung der Klage-Verjährung durch Litisdenunciation **53**. 310.

Litiskonsorten, Insinuation der Erkenntnisse an Litiskonsorten und Berechnung der Frist zur Einlegung der Rechtsmittel **39**. 154.

Zur Kurrende, durch welche mehrere Litiskonsorten von der an einen unter ihnen erfolgten Aushändigung eines Erkenntnisses benachrichtigt werden, bedarf es nur einer Abschrift der Urtelsformel **40**. 314; **41**. 67.

Verhaftung der Litiskonsorten für die Kosten (Instr. zu §. 10. Nr. 5 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Litiskuratoren, Kostenansatz bei Ernennung derselben (Instr. zu §. 41 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126.

Litisreassumtion im Bagatell-Prozeß, Kosten-Pauschquantum bei demselben **41**. 201.

Abhandlung über Litisrenunciation und Reassumtion **48**. 160, 201.

Litisrenunciation, inwiefern bei derselben die Erstattung der Mandatarien-Gebühren gefordert werden kann **41**. 340.

Abhandlung über die Litisrenunciation und Reassumtion **48**. 160, 201.

Wirkungen der Litisrenunciation **52**. 211.

Inwiefern die Litisrenunciation in den bei Auseinandersetzungsbehörden schwebenden Streitigkeiten zulässig ist **57**. 207.

Lohnfuhrwerk, Unterscheidung zwischen gewerbsmäßig betriebenem Frachtfuhrwerk und anderem Fuhrwerk bei Straffestsetzungen wegen Gebrauchs schmaler Radfelgen **42**. 82.

Lohnschreiber, Unzulässigkeit des Personal-Arrestes im Wege der Exekution gegen Lohnschreiber **40**. 384. — Inwieweit von dem Diensteinkommen der Diätarien und Lohnschreiber Schulden halber ein Abzug stattfindet **40**. 384.

Inwiefern die Annahme junger Leute, welche das achtzehnte Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, als Lohnschreiber gestattet ist **43**. 143.

Anstellung und Annahme der Lohnschreiber, s. Kanzleiwesen.

Lokaltermine, s. Termine.

Loos (General-Wardein und Münzrath), Entnahme der Dienstsiegel von demselben **39**. 374. — Derselbe trägt das Porto für die Korrespondenz und Geldsendung **42**. 259.

Loosholz, Zulässigkeit des Rechtsweges über Streitigkeiten, welche das Eigenthum einzelner Gemeindemitglieder an den ihnen zugetheilten Loosholze, oder die Gewährung einer Entschädigung dafür zum Gegenstande haben **54**. 405.

Fortdauer der Verordnung der Oesterreichisch-Bayerische n Landes-Administrations-Kommission zu Worms in Betreff des Verkaufs von Gab- oder Loosholz **57**. 42.

Loosholztaxe, Zulässigkeit des Rechtsweges gegen die exekutivische Beitreibung rückständiger Loosholztaxe im Falle des Einwandes bereits erfolgter Zahlung **48**. 232.

Loosen, Ersatz des von einem Loosen bei Führung eines Schiffes durch An- oder Ueberlegen zugefügten Schadens **43**. 130.

Löschung, s. Hypothekensachen.

Lothringen (Herzogthum), Sammlung der für das Herzogthum Lothringen erlassenen Verordnungen **42**. 332.

Lotterie, Strafbestimmungen gegen das Spielen in auswärtigen Lotterien und gegen die im Inlande, insbesondere in den Regierungsbezirken Breslau und Liegnitz errichteten Lotto-Banken **39**. 89.

Anwendung der Amnestie-Order v. 10. Septbr. 1840 auf das Vergehen des Spielens in ausländischen Lotterieen und des Verbreitens ausländischer Lotterie-Loose **41**. 34.

Das Spielen in ausländischen Lotterieen ist auch nach Publikation des Strafgesetzbuchs v. 14. April 1851 noch strafbar **52**. 103, 314.

Inwiefern das öffentliche Ausgebot von Loosen zu der Prämien-Verlosung eines auswärtigen Staats-Anlehns als strafbare Aufforderung zu einer auswärtigen Lotterie anzusehen ist **58**. 351; **59**. 91.

Louisd'ors, Ausschließung derselben von der Annahme unter den zum Ausleihen bestimmten Geldern bei den Depositorien **42**. 22.

Löwenberg, Dr. (Ober-Landesgerichts-Rath), Beiträge zur Kenntniß der Motive der Preußischen Gesetzgebung **43**. 124.

Lübisches Recht, Zeitpunkt der Entstehung der ehelichen Gütergemeinschaft nach Lübischem Recht **39**. 108. — Aufhebung derselben bei Trennung der Ehe durch richterlichen Spruch **40**. 12. — Bei der in Pommern nach Lübischem Recht stattfindenden ehelichen Gütergemeinschaft ist der Ehemann nicht befugt, ohne Zuziehung und Einwilligung seiner Ehefrau die von ihm der Eingehung der Ehe besessenen oder während der Ehe von ihm erworbenen Grundstücke zu veräußern **43**. 128.

Aufhebung des nach Lübischem Recht zulässigen Widerspruchsrechts des Nachbarn gegen den Betrieb gewisser Gewerbe **41**. 48.

Verlust von Grundgerechtigkeiten durch stillschweigende Einwilligung **51**. 186.

Lutheraner, s. Alt-Lutheraner.

Luxemburg (Großherzogthum), Verfahren bei unmittelbaren Requisitionen zwischen den diesseitigen und den Luxemburgischen Behörden **40**. 288; **44**. 207; **59**. 242.

Abänderung des Art. 6 des Vertrags v. 11. März 1844 wegen Auslieferung flüchtiger Verbrecher **48**. 32.

M.

Maaß, Bestrafung des Verkaufs mit nicht gestempeltem Maaße **59**. 178.

Magazin-Beamte, nach welchen Grundsätzen die Höhe der von den Magazin-Beamten zu leistenden Kaution zu berechnen ist **52**. 274.

Digitized by Google

Magdeburg (Herzogthum), zur Erwerbung von Grundgerechtigkeiten durch Verjährung wird auch seit Einführung des Allgemeinen Landrechts im Herzogthum Magdeburg gegen den Fiskus die 44jährige Verjährungsfrist erfordert 50. 383.

(Festung), Unterbringung solcher zum Festungsarrest verurtheilter Personen in die Festung Magdeburg, welche eines unerlaubten Verkehrs nach Außen verdächtig sind 43. 28.

(Ober-Landesgericht), Ueberweisung der Rekurse in Bagatellsachen an den Ersten Senat des Ober-Landesgerichts 39. 340.

Verfahren bei Feststellung der Besitzverhältnisse von Grundstücken, insbesondere der sogenannten Wandelacker, nach erfolgter Gemeinheitstheilung 42. 184.

(Regierungsbezirk), Autorisation zur Subskription auf das Handbuch für den Regierungsbezirk Magdeburg 42. 91.

Verfahren bei Aufnahme von Parzelirungs-Verträgen über Bauergüter und andere ländliche Grundstücke im Regierungs-Bezirk Magdeburg 42. 103.

Magistrat, Gültigkeit der Magistrats-Atteste über den 44jährigen ungestörten Besitz eines Grundstücks bei Berichtigung des Besitztitels von Kämmereigütern 39. 29.

Gebühren der Magistrate für die von denselben auf Requisition der Gerichtsbehörden in deren Vertretung vorgenommenen Handlungen 43. 141.

Unzulässigkeit der gerichtlichen Klagen auf Erstattung der von einem Magistrat im Aufsichtswege verhängten und eingezogenen Ordnungsstrafen 54. 165.

Mahljährige Wirthe, Recht der Anerben in den Fürstenthümern Münster und Minden und in der Grafschaft Ravensberg auf das von den mahljährigen Wirthen nach Aufhebung des Leibeigenthums erworbene Pekulium 39. 16; 45. 92.

Eigenthums-Verhältnisse eines vormals eigenbehörigen Kolonats, welches bei Publikation des Bergischen Dekrets v. 12. Dezember 1808 von einem mahljährigen Wirthe besessen wurde 39. 16.

Mahlsteuer (Mahl- und Schlachtsteuer), inwiefern die unterlassene Deklaration steuerpflichtiger Gegenstände in mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten bei dem Durchgange durch die Stadt der Steuerstrafe unterliegt 56. 360.

Rechte und Pflichten des Packmeisters, welcher einen Eisenbahnzug in den im Stadtbezirk belegenen Bahnhof einführt, in Bezug auf die Anmeldung und Versteuerung der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Gegenstände 57. 247.

s. auch Mehl, Schlachtsteuer.

Mahlzeitgelder, s. Geistliche.

Mahlzwang, die vertragsmäßige Verpflichtung des Verkäufers einer Mühle, auf dieser Mühle mahlen zu lassen, ist aufgehoben 39. 356. — Der Anspruch auf Entschädigung für die Aufhebung des Mahlzwanges ist auf den Singular-Succession des im Jahre 1810 berechtigten Besitzers des Mühlengrundstücks ohne besondere Verabredung nicht übergegangen 48. 131.

Mainz, Form der dienstlichen Korrespondenz der Gerichtsbehörden mit der Preußischen Militairbehörde in Mainz 39. 396.

Majestätsrechte, Streitigkeiten über Majestäts- und Hoheitsrechte sind auch in Neuvorpommern vom Rechtswege ausgeschlossen 55. 401.

Majorennetät, Aufforderung an die Obergerichte zur gutachtlichen Aeußerung über eine etwaige Abkürzung des Majorennetäts-Termins 52. 190.

Majorennetäts-Erklärungen, Stempelpflichtigkeit derselben 42. 51.

Ermächtigung des Appellationsgerichts in Arnsberg zur Ertheilung von Majorennetäts-Erklärungen in den Hohenzollernschen Landen 53. 382.

Mäkler, Erfordernisse bei Eintragung der Mäkler-Geschäfte in die Taschenbücher der Mäkler 44. 105.

Malzschroot, inwiefern eine beabsichtigte Defraude vorliegt, wenn bei einem Brauer sich mehr als das zur Einmaischung deklarirte und versteuerte Quantum Malzschroot vorfindet 57. 154.

Mandatare, s. Justiz-Kommissarien, Rechtsanwalte.

Mandatarien-Gebühren, s. Justiz-Kommissarien, Rechtsanwalte.

Mandats-Prozeß, 1) Verfahren. Verfahren bei Insinuation der Klage an mehrere Verklagte 39. 94. — Das Notifikatorium an den Extrahenten muß sofort nach bewirkter Insinuation des Mandats erlassen werden 39. 423.

Zulässigkeit des Mandats-Prozesses auf den ganzen Inbegriff zu bestimmten Zeiten wiederkehrender Leistungen vor der Verfallzeit der einzelnen Termine 39. 323.

Verfahren bei Abwesenheit der Partei 40. 271.

Anwendung des §. 8 der Instr. v. 24. Juli 1833. 40. 274.

Rekurs im Mandats-Prozesse 39. 104; 43. 112.

Die zur Begründung von Einwendungen im Mandats-Prozesse in Bezug genommenen Urkunden müssen sofort vorgelegt werden 40. 292.

Welche Erklärungen der Partei in das Protokoll über die mündliche Verhandlung aufzunehmen sind 41. 154. — Verfahren bei der mündlichen Verhandlung 43. 196.

Unzulässigkeit des Mandats-Prozesses bei Kündigung einer Bürgschaft 47. 246; — desgl. bei Uebertretungen gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle 58. 90.

Anlegung der Akten in Mandats-Prozeßsachen 44. 3.

Der schriftliche Widerspruch gegen ein Mandat braucht nicht von einem Justiz-Kommissarius unterzeichnet zu sein 47. 340.

Wegfall der Prozeßlisten über die Mandats-Prozesse bei den Gerichten erster Instanz 50. 395.

2) Gebühren der Rechtsanwalte. Bei welchem Richter Justiz-Kommissarien die Mandatsklage wegen ihrer Mandatarien-Gebühren anzubringen haben 40. 275; 43. 52. — Zulässigkeit des Mandats-Prozesses bei Gebührenforderungen von Justiz-Kommissarien, welchen die Vertretung verhinderter oder verstorbener Kollegen von Oberauffichtswegen übertragen worden ist 43. 110.

Festsetzung der Gebühren und Auslagen in der Appellations-Instanz durch den Richter erster Instanz 40. 164; — desgl. für den Klagedeantwortungs-Termin 40. 197. — Ansatz der Kopialien der Justiz-Kommissarien im Mandats-Prozesse 43. 230. — Gebühren der Rechtsanwalte für die Beweisaufnahme, wenn dieselbe nicht im Termin zur mündlichen Verhandlung erfolgt ist 52. 34. — Gebühren für die münd-

Digitized by Google

liche Verhandlung (Instr. zu §. 2 des Tarifs zum Ges. v. 12. Mai 1851) **52**. 145. — s. Rechtsanwalte.

3) Kostenansatz. Ansatz von Kosten für die an den Kläger zu erfassende Mittheilung von der geschehenen Insinuation des Mandats **39**. 94; — desgl. für den Klagebeantwortungs-Termin **40**. 197. — Vorschriften über den Kostenansatz **43**. 97.

Kostenansatz bei Einwendungen im Mandatsverfahren (Instr. zu §. 3 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126. — Vorschriften über die Verpflichtung der Parteien zur Zahlung eines Kostenvorschusses (Instr. zu §. 8 Nr. 3 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114. — Verfahren bei Einziehung der Kosten (Instr. zu §. 10 Nr. 1 das.) **52**. 114. — Kostenansatz beim Mandatsverfahren (Instr. zu §. 3 des Tarifs) **52**. 126.

Manifestationseid, wer den Manifestationseid in Prozessen zu leisten hat **40**. 65; **42**. 254.

Verpflichtung des Gläubigers zur Zahlung eines Alimentenvorschusses, wenn der Schuldner nach fruchtlos vollstreckter Exekution die Ableistung des Manifestationseides verweigert und durch Personal-Arrest dazu angehalten werden soll **46**. 58.

Ableistung des Manifestationseides beim Unvermögen zur Zahlung von Gerichtskosten (Instr. zu §. 5 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Kostenansatz für die Ableistung des Manifestationseides im Wege der Exekution (Instr. zu §. 14 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126.

Der §. 132 des Strafgesetzbuchs findet auf Manifestationseide, welche nach der Allg. Ger. Ordn. abgeleistet worden sind, keine Anwendung **54**. 87.

Manfopff (Kammerg.-Rath), Zeitschrift für die Kriminalrechtspflege in Preußen **39**. 286; **40**. 104.

Manual-Akten, s. Rechtsanwalte.

Marienwerder (Ober-Landesgericht), Kompetenz-Verhältnisse des Tribunals des Königreichs Preußen und des O. L. G. zu Marienwerder **39**. 38, 385.

Ueberweisung der Rekurse in Bagatellsachen an den Civil-Senat des O. L. G. **39**. 310.

Aufforderung des O. L. G. zur Berichterstattung über das bei demselben befolgte Verfahren in Betreff der Volljährigkeit der Juden **41**. 252.

Instruktion für die Exekutoren im Bezirk des O. L. G. zu Marienwerder **42**. 54.

Kompetenzerweiterung verschiedener Untergerichte im Departement des O. L. G. zu Marienwerder in fiskalischen und Kriminal-Untersuchungen **43**. 24.

Mark (Grafschaft), Stempelsteuer des §. 7 Tit. 2 Thl. II. Allg. Landrechts in der Mark **44**. 102.

Bergwerksrecht in der Grafschaft Mark **49**. 478.

Rechtsbeständigkeit der von einem unter väterlicher Gewalt stehenden großjährigen Sohne geschlossenen Verträge in der Mark **52**. 159.

Abhandlung über das Erbrecht der Ehegatten nach Märkischem Provinzialrecht **58**. 180.

Marken-Waldungen, s. Waldungen.

Markgroschen, Zulässigkeit der Eintragung einer rückständigen Forderung von sogenannten Markgroschen auf Grund einer Exekutions-Verfügung der Verwaltungsbehörden **40**. 327.

Märkische Statuten, Aussetzung einer Prämie für die Wiederauffindung der beiden verloren gegangenen Sammlungen Märkischer Statuten aus den Jahren 1728 und 1749. **40**. 85.

Markt, der Verkauf von Gegenständen des Wochenmarktverkehrs (z. B. Mühlenfabrikate) ist weder als gewerbesteuerpflichtiger Handel im Sinne des Gewerbesteuer-Gesetzes, noch als Hausirhandel anzusehen **59**. 354.

Matrosen, Befugniß der Oldenburgischen Konsulatbeamten, die Verhaftung und Auslieferung der von den Schiffen ihrer Nation desertirten Matrosen, welche nicht Preußische Unterthanen sind, zu verlangen **45**. 217.

Mecklenburg, Insinuation gerichtlicher Zusendungen an die in Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz wohnenden Parteien mittelst rekommandirter Briefe, welchen ein Empfangsschein zur Unterzeichnung durch den Adressaten beizufügen ist **40**. 57.

Medaillen, s. Denkmünzen, Rettungsmedaille.

Mediatstädte, Gerichtsstand der sogenannten Königlichen Mediatstädte **39**. 204.

Medizinalpersonen (Aerzte).

1) Nur promovirte Medizinalpersonen sind als Sachverständige in gerichtlichen Gemüthsstand-Untersuchungen qualifizirt **40**. 391.

Verfahren der Staatsanwaltschaft in Untersuchungssachen gegen Medizinalpersonen aller Kategorieen **50**. 399; — desgl. gegen die nicht zu den Medizinalbeamten gehörenden Medizinalpersonen **51**. 230.

Aerzte sind ohne besondere polizeiliche Erlaubniß nicht befugt, Arzneien zu dispensiren **54**. 278.

Inwiefern nicht approbirte Aerzte befugt sind, Wasserkuren anzuwenden **56**. 42.

Inwiefern die von einem Regierungs- und Medizinalrath bei Revision einer Apotheke verübten Injurien als Amtsüberschreitung im Rechtswege zu verfolgen sind **59**. 250.

2) Remuneration der Medizinalpersonen für gerichtsärztliche Geschäfte und Behandlung der Gefangenen **41**. 255; — desgl. für Begutachtungen zweifelhafter Gemüthszustände **41**. 358.

Gebühren der Aerzte **52**. 126. — insbes. in Untersuchungen wider vermögende Personen **56**. 246.

3) Aerztliche Atteste, Form und Beweiskraft derselben in gerichtlichen Angelegenheiten **53**. 65; **56**. 58.

Krankheits-Atteste der Beamten, s. Atteste.

4) Reisekosten und Diäten. Aufhebung der Bestimmung, daß sich die gerichtlichen Aerzte in Untersuchungen mit den Gerichtsbeamten eines gemeinschaftlichen Fuhrwerks zu bedienen haben (§. 8 des Ges. v. 9. Mai 1851). Reisekosten und Diäten der Kreis-Medizinalbeamten in gerichtlichen Partei- und Untersuchungssachen **53**. 158.

Medizinalwesen, Anträge der Gerichtsbehörden wegen der von der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen zu erstattenden Gutachten find in allen Fällen an das Ministerium der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten zu richten **39**. 267; **52**. 406.

Fortdauer der Bestimmungen über die Einholung eines Gutachtens des Provinzial-Medizinal-Kollegiums in Strafsachen **56**. 375.

Regulativ v. 21. Okt. 1844 über das Verfahren bei den medizinisch-gerichtlichen Untersuchungen menschlicher Leichname **45**. 54; — abgeändertes Regulativ vom 1. Dezember 1858. **59**. 11.

Digitized by Google

Aufhebung des Gutachtens der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen b. 28. August 1824 über die Zurechnungsfähigkeit jugendlicher Brandstifter 51. 378.
f. auch Arzneien.
Meerkatz (Ober-Landesg.-Assessor), systematische Darstellung der Vorschriften über die freiwillige Gerichtsbarkeit 43. 48.
Mehl, Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen den Steueransatz für eingebrachtes gewischtes Mehl 55. 201; 59. 432.
Der Verkauf von Gegenständen des Wochenmarktverkehrs (z. B. Mühlenfabrikate, Mehl) ist weder als gewerbesteuerpflichtiger Handel im Sinne des Gewerbesteuer-Gesetzes, noch als Hausirhandel anzusehen 59. 354.
Meiergüter, Anwendung des Heimfallrechts auf die Paderbornschen Meiergüter 39. 146.
Meilen, Berechnung der Meilenzahl bei Vergütung der Reisekosten der Justizbeamten 40. 198. — Verfahren bei Berechnung der Meilenzahl nach dem Tarif zum Ges. v. 10. Mai 1851 (Instr. zu §. 60) 52. 126.
Meilengelder, Meilengelder der Kreis-Justizräthe 39. 15. Wegfall der Meilengelder bei dem Kostenansatze nach dem Gesetze vom 10. Mai 1851. 52. 114.
Berechnung der Meilengelder als baare Auslagen bei Requisitionen ausländischer Behörden (Instr. zu §. 60 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 126.
Meineid, Bestrafung des Versuchs der Verleitung zum Meineide 54. 20. — Thatbestand der strafbaren Verleitung zum Meineide 54. 88.
Inwiefern die amtseidliche Versicherung eines Beamten die Natur eines falschen Zeugnisses in einer Strafsache annimmt 57. 380.
Progeellung an die Geschworenen bei dem Verbrechen der Theilnahme an einem Meineide 59. 71.
Meisenheim (Oberamt in Hessen-Homburg), Modifikation des Art. 14 des daselbst geltenden Französischen Civil-Gesetzbuchs 40. 284.
Meliorationen, inwiefern Streitigkeiten über die Vertheilung und Einziehung von Meliorationsbeiträgen im Rechtswege zu entscheiden sind 57. 388.
Meliorationsgüter, Eigenthums-Verhältnisse der Pommerschen Meliorationsgüter 57. 394.
Mennoniten, Rechtsverhältnisse der im Gebiete des ehemaligen Freistaats Danzig und im Culm-Michelauschen Kreise wohnhaften Mennoniten 43. 302; 303.
Merker (Polizei-Rath), Register zu den Merkerschen Mittheilungen 41. 119.
Merkpfahl, Bestrafung der Müller wegen des Aufstauens des Wassers über den Merkpfahl 55. 355.
Kostenfreiheit des Verfahrens bei Setzung von Merkpfählen 56. 314.
Merseburg, Bewilligung der Korporationsrechte und der Sportel- und Stempelfreiheit für das Bürgerrettungs-Institut in Merseburg 42. 9.
Gebühren-Taxe für die im Regierungsbezirk Merseburg befindlichen Dorfgerichte 42. 133.
Metallographische Umdruck-Maschine, Empfehlung derselben 51. 306.
Meuterei, Begriff und Bestrafung der Meuterei 53. 414; 55. 64, 71; 57. 224.
Meyer (Ober-Landesg.-Ref.), topographisch-statistische Uebersicht des Reg.-Bez. Gumbinnen 41. 104.
Michelau, s. Mennoniten.
Miether (Miethe, Mieths-Prozesse, Miethszins, Vermiether). Verfahren zum Schutze der Vermiether bei Ausübung ihres Retentionsrechts an die Mobilien der Miether 39. 76. — Inwiefern sich der Vermiether den Verkauf der von ihm wegen rückständiger Miethe zurückbehaltenen Sachen des Miethers gefallen lassen muß 40. 104. — Beschränkung des Zurückbehaltungsrechts des Vermiethers in Betreff solcher seinem Pfandrecht unterworfener Gegenstände, welche keinen Gegenstand der Exekution abgeben 48. 325.
Prioritätsverfahren zwischen mehreren Gläubigern, welche aus einem und demselben Verwögens-Objekte des Schuldners, das einer von ihnen als Pfand im Besitz hat, ihre Befriedigung im Wege der Exekution verlangen 39. 264.
Inwiefern ein gegen den Hauptmiether ergangenes Exmissions-Urtheil ohne Weiteres gegen den Aftermiether vollstreckt werden kann 40. 74.
Einem Schuldner, gegen welchen im Wege der Exekution die Sequestration seines Wohnhauses eingeleitet ist, steht ein Recht auf Mitbewohnung des Hauses gegen Entgelt im Allgemeinen nicht zu; derselbe kann daher nach Ablauf des Miths-Kontrakts mit einem Dritten den Miether durch Mitbewohnung nicht beschränken 41. 375.
Rücktritts- und Kündigungsrecht des Verpächters und Vermiethers 47. 241.
Verlust der Einwendungen gegen die Aufkündigung einer Pacht oder Miethe 48. 145.
Ob die im Wege der Exekution bewirkte Einleitung der Sequestration eines Grundstücks in ihren Wirkungen auch die der Einleitung derselben zufällig gewesenen Miths- und Pachtzinsen umfaßt 48. 436.
Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die Exmission eines Miethers, wenn dem Eigenthümer eines Hauses wegen der Baufälligkeit und Feuergefahr desselben die Aufnahme von Miethern polizeilich untersagt worden ist, und die Aufnahme dennoch stattgefunden hat 59. 132.
Stempelansatz in Miths-Prozessen wegen Immission oder Exmission des Miethers 43. 74.
Kostenansatz in Miths-Prozessen (Instr. zu §. 5 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 126.
Miethsteuer, s. Gemeinde-Abgaben.
Milderе Strafgesetze, Verfahren bei Anwendung neuer milderer Strafgesetze auf frühere rechtskräftige Entscheidungen 49. 389, 407, 432.
Mildernde Umstände, Strafe des schweren Diebstahls (Strafgesetzbuch §. 218), wenn mildernde Umstände vorhanden sind 52. 195. — Stellung unter polizeiliche Aufsicht beim schweren Diebstahl, auch wenn mildernde Umstände festgestellt werden 53. 226.
Wenn der erste Richter mildernde Umstände nicht festgestellt hat, so ist der Appellationsrichter nicht befugt, ohne neue oder wiederholte Beweisaufnahme mildernde Umstände anzunehmen 53. 416.
Nachdem in Schwurgerichtssachen das Verdikt der Geschworenen durch deren Vorsteher verkündet worden ist, können demselben nicht noch nachträglich Fragen wegen mildernder Umstände vorgelegt werden 57. 223.
Die Nichtberücksichtigung eines als mildernden Umstandes geltend gemachten thatsächlichen Moments (z. B. der Angetrunkenheit) macht das Erkenntniß nichtig 58. 101.
Vorlegung von Fragen an die Geschworenen über das Vorhandensein mildernder Umstände, s. Geschworene.
Milderungs-Gesuche, Verfahren in Injuriensachen gegen Kontumazial-Erkenntnisse, Auslegung des §. 230 des Anh. zur Allg. Ger. Ordnung 40. 13. — Abhandlung über die Milderungs-Gesuche in Injuriensachen 48. 333.
Militair, s. Militairpersonen.

Digitized by Google

Militair-Angelegenheiten, Vorlegung und Verabfolgung der Duplikate der Kirchenbücher an die Departements-Erfatz-Kommissionen zur Kontrolirung der persönlichen Verhältnisse der Erfatzpflichtigen 57. 34.

Militairverhältnisse der Beamten, ſ. Beamte.

Militair-Arrest-Anſtalten, in welchen Städten ſich dergleichen Anſtalten befinden, die ſich zur Aufnahme von Landwehr-Offizieren eignen 42. 40.

Militairbeamte, Reſſortverhältniſſe der Militairbehörden bei einer gerichtlichen Beſchlagnahme von Gehalt oder Penſion der Militairbeamten 41. 94; 53. 303.

Berückſichtigung der Rechte und Verhältniſſe geweſener Militairbeamten beim Strafverfahren gegen dieſelben 47. 51.

Exekutionsvollſtreckung gegen Militairbeamte in Civilſachen 53. 350.

Vorſchriften über die Wiedereinziehung oder Belaſſung von Penſionen und Wartegeldern der im Civildienſte wieder angeſtellten oder beſchäftigten verſorgungsberechtigten Offiziere und Militairbeamten 58. 66.

ſ. auch Intendanturen.

Militairbehörden, Verfahren bei Requiſitionen der Militairbehörden wegen Ermittelung und Feſtſtellung der Todesart von Militairperſonen 49. 465; 59. 258.

Militairdienſt, Befreiung der Berliner Schutzmannſchaft von der Verpflichtung zu ferneren Militairdienſten 55. 158.

Militair-Dienſtauszeichnung, ſ. Dienſtauszeichnung.

Militair-Dienſtauszeichnungskreuz, ſ. Dienſtauszeichnungskreuz.

Militair-Ehrenzeichen, ſ. Ehrenzeichen.

Militair-Entlaſſungsſcheine, ſ. Atteſte.

Militair-Fiskus, ſ. Fiskus.

Militairgerichte, koſtenfreie Erledigung der wechſelſeitigen Requiſitionen der Civil- und Militairgerichte in der Rheinprovinz in Strafſachen 39. 56.

Kompetenz der Militairgerichte in Unterſuchungsſachen 47. 51.

Empfehlung des über das Strafverfahren der Preußiſchen Militairgerichte herausgegebenen Werks von Fleck 40. 222.

Militair-Geſetz-Sammlung, Herabſetzung des Preiſes derſelben 47. 172.

Militair-Gnadengehalt, Verfahren zur Vermeidung von Ueberhebungen des Militair-Gnadengehalts 39. 46; 42. 144; 44. 179; 56. 90.

Inwiefern eine Beſchlagnahme des Militair-Gnadengehalts im Wege der Exekution zuläſſig iſt 39. 83.

Grundſätze und Beſtimmungen über das Penſions- und Verſorgungsweſen der Militair-Invaliden vom Oberfeuerwerker, Feldwebel und Wachtmeiſter abwärts 49. 335.

Vorſchriften bei Anſtellung und Entlaſſung von Militair-Invaliden in Betreff des Militair-Gnadengehalts.

Wiedergewährung des Militair-Gnadengehalts an Militair-Invaliden welche ihre Civilverſorgung freiwillig aufgeben 39. 13; — desgl. an die auf Kündigung angeſtellten und demnächſt entlaſſenen Beamten 41. 363. — Fortgenuß des Gnadengehalts nicht etatsmäßig angeſtellter Invaliden während der erſten ſechs Monate ihrer Beſchäftigung 39. 218. — Gewährung eines Gnadengehalts an die auf Kündigung im Civildienſte angeſtellten Militairperſonen bei ihrem Ausſcheiden aus der Civilſtelle 48. 373.

Verfahren in Strafſachen gegen Militair-Invaliden, welche ein Militair-Gnadengehalt beziehen.

Zuſammenſtellung der Vorſchriften über das Verfahren bei Unterſuchungen gegen Militairperſonen, welche ein Militair-Gnadengehalt beziehen 47. 51. — In Straferkenntniſſen gegen Civilbeamte, welche früher als Militair-Invaliden ein Gnadengehalt bezogen haben, und gegen alle nicht im Civildienſte angeſtellten Gnadengehalts-Empfänger iſt ausdrücklich auszuſprechen, ob ſie des Gnadengehalts oder des Anſpruchs darauf verluſtig zu erklären ſeien oder nicht 50. 334.

Verfahren der Staatsanwaltſchaft, wenn ein Strafererkenntniß den Verluſt des Gnadengehalts zur Folge hat 51. 230; 52. 2.

Verluſt und Wiedergewährung des Militair-Gnadengehalts.

Anſpruch eines mittelſt rechtskräftigen Civil-Erkenntniſſes außer der Entfernung aus ſeinem Civilamte degradirten Invaliden auf Militair-Gnadengehalt 43. 266.

Vorſchriften über die Belaſſung, Einziehung und Wiedergewährung des Gnadengehalts der im Civildienſte angeſtellten oder beſchäftigten Militair-Invaliden 44. 179. — Inſtruktion zur Ausführung derſelben 44. 227; 45. 186. — Modifikation dieſer Vorſchriften 51. 278. — Verfahren bei Wiedergewährung von Invaliden-Penſionen 52. 183.

Faſſung der Straferkenntniſſe bei Degradation von Militair-Invaliden unter Belaſſung des Militair-Gnadengehalts 46. 234.

ſ. auch Militair-Invaliden, Militair-Penſion.

Militair-Intendanturbeamte, ſ. Intendanturen.

Militair-Invaliden, Anſtellung der Militair-Invaliden im Civildienſte 39. 46; 42. 144. — Vorzug der verſorgungsberechtigten Militair-Invaliden bei der Anſtellung im Staats-Subalterndienſte 40. 100. — Dieſer Vorzug gilt nur für den erſten Eintritt in den Dienſt 47. 330. — Berückſichtigung der verſorgungsberechtigten Militairperſonen bei Beſetzung der etatsmäßigen und diätariſchen Subalternſtellen 44. 116.

Zuläſſigkeit der Uebertragung von Beamtenſtellen, welche grundſätzlich für die Militair-Invaliden reſervirt ſind, auch an ſolche Beamte, welche in anderen Stellen dienſtunfähig geworden ſind, ſofern deren frühere Anſtellung ſich auf geleiſtete Militairdienſte überhaupt gründet 43. 242.

Beſchäftigung und Anſtellung der Militair-Invaliden in den Kanzleien, ſ. Kanzleiweſen.

Verluſt und Wiedergewährung des Militair-Gnadengehalts an Invaliden, ſ. Militair-Gnadengehalt.

Militairkaſſen, Kaſſenweſen bei den Truppen 41. 286; 53. 150.

Verfahren hinſichtlich der bei Militairkaſſen vorkommenden Defekte 44. 276; 58. 306.

Oeffentliches Aufgebot unbekannter Militairkaſſen-Gläubiger 50. 91.

Militair-Magazine, Verfahren hinſichtlich der bei Militair-Magazinen vorkommenden Defekte 44. 276. — ſ. auch Militairverwaltung.

Militairpenſion, Reſſortverhältniſſe der Militairbehörden bei einer gerichtlichen Beſchlagnahme von Penſionen der Militairbeamten 41. 94; 53. 303.

Wiedergewährung der Militairpenſion an die auf Kündigung angeſtellten und demnächſt entlaſſenen Beamten 41. 363.

Digitized by Google

Zusammenstellung der Vorschriften über das Verfahren bei Untersuchungen gegen Militairpersonen, welche eine Militairpension beziehen 47. 51.

Verfahren der Staatsanwaltschaft, wenn ein Straferkenntniß den Verlust der Pension zur Folge hat 51. 230.

Verlust der Pension aus Staatskassen, wenn gegen einen mit Pension aus dem aktiven Dienste entlassenen Offizier auf Verlust der bürgerlichen Ehre oder auf Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Zeit erkannt worden ist 52. 218.

Ressortveränderung in den Pensions-Angelegenheiten der Offiziere der Land-Gensdarmerie 49. 4.

Grundsätze und Bestimmungen über das Pensionswesen der Militair-Invaliden 49. 335. — Bestimmungen über den Verlust und die Wiedergewährung der Invalidenpension 54. 358. 434.

Unzulässigkeit des Rechtswegs bei Ansprüchen von Militairpersonen wegen entzogener Pension als Mitglied der Französischen Ehrenlegion 51. 78.

Militairpersonen, Zeugengebühren der Militairpersonen in der Rheinprovinz in Kriminalsachen 40. 275.

Anrechnung der Dienstzeit im Militair bei der Pensionirung von Beamten 42. 215. — s. auch Kriegsjahre.

Gegen welche Militairpersonen vom Feldwebel- und Unteroffizierrange in den geeigneten Fällen auf Degradation zu erkennen ist 42. 216; 46. 63.

Verfahren bei Untersuchungen wegen Beleidigung oder Widersetzlichkeit gegen Militairpersonen in Betreff der Frage, ob eine Militairperson im Dienste begriffen gewesen sei 43. 218.

Verfahren bei Exekutionen gegen die in Kasernen oder anderen ähnlichen Dienstgebäuden wohnenden Militairpersonen, deren Ehefrauen, Kinder und Gesinde 42. 298.

Zulässigkeit der exekutivischen Beschlagnahme von Civilkleidern der Kompagnie-Chirurgen für Schulden derselben 44. 172.

Zulässigkeit des Personal-Arrestes gegen pensionirte Militairpersonen 43. 19.

Ausführung des Gesetzes v. 6. Januar 1843 wegen Bestrafung von Bettlern, Landstreichern und Arbeitsscheuen, insbesondere wenn dieselben dem Militairstande noch angehören 43. 275.

Inwiefern die Rechtswohlthat der Güterabtretung pensionirten Militairpersonen zu Theil werden kann 46. 134.

Folgen des Verlustes der Nationalkokarde und des Nationa l-Militairabzeichens bei Militairpersonen und Personen des Beurlaubtenstandes 47. 51.

Zusammenstellung der in Untersuchungssachen mit Rücksicht auf die bestehenden Militairverhältnisse zu beobachtenden Bestimmungen 47. 51; 50. 414.

Glaubwürdigkeit der zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung kommandirten Militairpersonen 48. 32.

Unzulässigkeit der Entschädigungsklage gegen Militairpersonen wegen Amtshandlungen, welche dieselben bei einem Tumulte innerhalb der Grenzen ihrer Dienstbefugnisse vorgenommen haben 49. 412.

Gerichtsstand der Militairpersonen in Injuriensachen 51. 30.

In welchen Fällen Militairpersonen die Kostenfreiheit genießen (Instr. zu §. 4 Nr. 5 zum Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.

Verfahren, wenn gegen Personen des Soldatenstandes auf zeitige Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt ist 52. 218; 57. 2.

Berechnung der den Militairpersonen bei ihrer Anstellung im Civildienste zu machenden Gehaltsverbesserungs-Abzüge 54. 27.

Vollstreckung der von den Civilgerichten erkannten Strafen an Militairpersonen 56. 138.

Insinuation gerichtlicher Verfügungen an Militairpersonen, welche im Oesterreichischen Militairdienste stehen 57. 107.

s. auch Deutsche Bundestruppen.

Ernennung der Mitglieder des Gerichtshofes zur Entscheidung der Konflikte in den Fällen, wenn Personen des Soldatenstandes aus Veranlassung ihres dienstlichen Verhaltens bei den Civilgerichten belangt werden 57. 442.

Gerichtsstand bei gemeinschaftlich von Militair- und Civilpersonen begangenen Verbrechen 58. 186.

Versorgungsansprüche. Verpflichtung der Gerichte zur Genügung den Requisitionen wegen Vereidung der zur Feststellung von Invaliden-Versorgungsansprüchen ehemaliger Militairpersonen abgehörten Zeugen 53. 110.

Versorgungsberechtigte Militairpersonen. Konkurrenz der Militair-Anstellungsberechtigten bei Besetzung höherer Justiz-Subalternstellen, namentlich der Rendanten- und Kontrolleurstellen bei den gerichtlichen Salarienkassen 39. 307; 54. 258.

Verfahren bei Anstellung versorgungsberechtigter Militairpersonen als Wohnschreiber 39. 381, 385; 40. 100; 47. 93, 330.

Zulässigkeit der Beschäftigung von Civil-Pensionairen, welche ihre Anstellung im Civildienste durch frühere Militairdienste erworben haben, als Lohnschreiber 44. 168.

Pensions-Zwölftelabzug bei Anstellung ehemaliger Militairs 40. 293.

Berücksichtigung der versorgungsberechtigten Militairpersonen bei Besetzung der etatsmäßigen und diätarischen Subalternstellen 44. 116; 54. 258.

Entschädigungskosten der anstellungsberechtigten Militairpersonen für die Hin- und Rückreise nach und von dem Orte ihrer kommissarischen Beschäftigung 44. 117.

Gewährung eines Gnadengehalts an die auf Kündigung im Civildienste angestellten versorgungsberechtigten Militairpersonen bei ihrem Ausscheiden aus der Civilstelle 48. 373.

Beschäftigung versorgungsberechtigter Militairpersonen in dienstfreien Stunden bei den Kanzleien der Gerichte 54. 146.

Ermittelung und Ueberweisung der versorgungsberechtigten Militairpersonen 55. 183.

Nachweisung der im Justizdienste versorgten Militairpersonen 45. 186; 49. 307; 55. 183; 57. 342; 59. 50.

s. auch Soldaten.

Militairpersonen des Beurlaubtenstandes, s. Beurlaubte.

Militairpferde, gegen Anordnungen der Behörden über die Gewährung von Naturalquartier für Militairpferde ist der Rechtsweg nicht gestattet 55. 99. — s. auch Mobilmachung.

Militairpflicht, Zulassung der Civil-Supernumerarien zur Aktuariatsprüfung vor beigebrachtem Nachweise über die Erfüllung der Militairpflicht oder über die Befreiung vom Militairdienste 56. 82.

Digitized by Google

Militairpflichtige, Benachrichtigung von der Einleitung und dem Ausfall der Untersuchungen gegen die zum Kriegsdienste im stehenden Heere verpflichteten Individuen **40**. 18; **41**. 207. — Anderweitige Bestimmungen **50**. 147; **51**. 230.

Kompetenz der Polizeirichter zur Festsetzung der Strafen gegen die bei den Militair-Ersatz-Aushebungen ausgebliebenen Militairpflichtigen **51**. 226. — Bestrafung des ungehorsamen Ausbleibens bei der Musterung durch die Kreis-Ersatz-Kommission **56**. 153.

Prozeßverfahren gegen Desertеure und ausgetretene Militairpflichtige **49**. 452; **52**. 229; **53**. 214; **57**. 215. — Verfahren bei Einziehung und Verrechnung der gegen ausgetretene Militairpflichtige erkannten Geldstrafen **53**. 54. — Verfahren bei Einziehung der an die fiskalischen Anwalte gezahlten Mandatariengebühren **54**. 426. — Kostenansatz in Prozessen gegen ausgetretene Militairpflichtige **55**. 10.

Verfahren bei Beschlagnahme des Vermögens ausgetretener Militairpflichtiger im Bezirk des Appellationsgerichtshofes zu Cöln **59**. 66.

Begriff des Verlassens der Königlichen Lande resp. des Auswanderns ohne Erlaubniß im Sinne des §. 110 des Strafgesetzbuchs **59**. 146, 422; — desgl. des §. 3 des Gesetzes v. 10. März 1856, **59**. 422.

Insinuation von Vorladungen an ausgewanderte Militairpflichtige, welche sich in Nordamerika oder England befinden **52**. 227.

Militair-Strafgesetze, Verordnung vom 18. Mai 1852, betreffend die Ausführung des Gesetzes v. 15. April 1852 (Ges.-Samml. S. 115) wegen Abänderung mehrerer Bestimmungen in den Militair-Strafgesetzen **52**. 218; **57**. 2.

Die §§. 52 und 53 der Militair-Strafprozeß-Ordnung sind durch Art. 147 des Gesetzes v. 3. Mai 1852 nicht aufgehoben **58**. 186.

Militair-Sträflinge, Zufertigung des Erkenntnisses mit den Entscheidungsgründen an die Kommandanturen behufs Publikation des Erkenntnisses an vorläufig eingestellte Militair-Sträflinge **42**. 215.

Militairverwaltung, Verfahren hinsichtlich der bei den Militairverwaltungen vorkommenden Defekte **44**. 276; **58**. 306.

Militair-Waisenhäuser, Sicherstellung des gesetzlichen Erbrechts der Militair-Waisenhausanstalten zu Potsdam und Pretsch auf den etwaigen Nachlaß ihrer Zöglinge **50**. 434.

Fürsorge für die katholischen Waisenmädchen von Seiten der Vormundschaftsbehörden **50**. 220.

Erforderniß zum Genusse der Wohlthaten des Potsdamschen großen Militair-Waisenhauses **59**. 214. — Erhöhung der von demselben bewilligten Pflegegelder **59**. 438.

Minden (Fürstenthum), Recht der Anerben auf das von den mahlpflichtigen Wirthen nach Aufhebung des Leibeigenthums erworbene Pekulium **39**. 16.

Eheliche Gütergemeinschaft, wie sie in dem ehemaligen Fürstenthum Minden gilt **44**. hinter Seite 176.

Inwiefern der überlebende Ehegatte bäuerlichen Standes zur einseitigen Veräußerung von Bauergütern, die zur Gütergemeinschaftsmasse gehören, ohne Zuziehung der Kinder befugt ist **45**. 170.

Bestellung eines Anerbenrechts während der Zeit, da in Westphalen die Münstersche und die Minden-Ravensbergsche Eigenthums-Ordnung durch die fremdherrliche Gesetzgebung außer Kraft gesetzt war **46**. 30.

Minderjährige, Vertretung der zu einem Familien-Fideikommiß-Kuratorium berufenen minderjährigen Anverwandten **39**. 181.

Depositalmäßige Verwahrung der Ablösungsgelder minorennen Lehngutsbesitzer **39**. 291.

Ein Vater bedarf weder zur Entlassung einer seinem minderjährigen Kinde angefallenen Erbschaft, noch zu deren Antretung ohne Vorbehalt einer Autorisation des vormundschaftlichen Gerichts **39**. 334.

Erforderniß der gerichtlichen Taxe bei Auseinandersetzungen von zum Theil minderjährigen Interessenten **40**. 71.

Zulässigkeit des Einkaufs Minderjähriger bei der Preußischen Renten-Versicherungsanstalt in Berlin **40**. 194.

Verfahren, wenn die überlebende Wittwe mit Uebergebung minderjähriger Kinder von ihrem Ehemanne zur Universalerbin berufen ist **41**. 71.

Verfahren bei Veräußerung von Gemeindegrundstücken, woran Minderjährige ein Miteigenthum haben **41**. 90.

Frist zur Einlegung eines Rechtsmittels, wenn der Minderjährige innerhalb der gesetzlichen Anmeldefrist seine Großjährigkeit erreicht **47**. 331.

Unterschungsverfahren gegen unmündige und schwachsinnige Personen **51**. 37.

Druck über die Abkürzung des Majorennetätstermins **51**. 339.

Inwiefern gegen einen Minderjährigen, welcher bei Schließung eines Vertrages erklärt, daß er großjährig sei, eine Verfolgung wegen Betruge stattfindet **57**. 165.

Zulassung der Vormünder als Vertreter in Untersuchungssachen gegen ihre Mündel **59**. 290.

Kostenansatz in Angelegenheiten minderjähriger unter Vormundschaft stehender Personen (Instr. zu §§. 7 und 42 ff. zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114, 126.

f. auch **Vormundschaftssachen**.

Ministerien (Minister).

Autorisation der Minister des Königlichen Hauses und der Justiz, in allen Fällen, in welchen vom Fiskus Grundstücke zum vollen Eigenthum unter dem Beding der Konsenseinholung bei Veräußerungen verliehen worden sind, den Besitzern diese Verpflichtung zu erlassen **43**. 258.

Uebergang der Gehalts- und Pensions-Angelegenheiten der Offiziere der Land-Gensdarmerie an das Ministerium des Innern **49**. 4. — Mitheilung der Akten nach ergangenem Erkenntniß und verfügter Strafvollstreckung in Untersuchungen wegen Münzverbrechen und Münzvergehen an das Ministerium des Innern **51**. 230. — Befugniß des Ministers des Innern zur Erhebung des Kompetenz-Konflikts resp. des Konflikts in Prozessen wider Gensdarmen wegen solcher Handlungen, welche ihre polizeiliche Wirksamkeit betreffen **58**. 91.

Benachrichtigung des Ministers für landwirthschaftliche Angelegenheiten durch die Staatsanwaltschaft von den Vergehen und Verbrechen der bei Auseinandersetzungsbehörden fungirenden richterlichen Beamten **51**. 230.

Inwieweit der Finanz-Minister befugt ist, im Einverständnisse mit den Ressort-Ministern Gebührenfreiheit zu bewilligen (Instr. zu §. 4 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114. — Ermächtigung des Finanz-Ministers zum Verkaufe herrenloser Grundstücke geringen Werths **53**. 266. — Einrichtung einer Hauptbuchhalterei bei dem Finanz-Ministerium **59**. 19. — Mittheilung der Untersuchungs-Akten bei Münzverbrechen an das Finanz-Ministerium **51**. 230; **59**. 194, 314.

Digitized by Google

Ministerium der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten. Requisitionen wegen gerichtsärztlicher oder veterinärärztlicher Gutachten sind in allen Fällen an das Ministerium der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten zu richten 52. 406.

Ministerium für Handel ꝛc. Unzulässigkeit der Prüfungsbeschwerde gegen die von dem Minister für Handel ꝛc. im Oberaufsichtswege getroffenen Anordnungen in Bezug auf Eisenbahn-Angelegenheiten 52. 410.

Staats-Ministerium. Verfahren der Staatsanwaltschaft bei Verfolgung der gegen das Staats-Ministerium oder gegen einzelne Staats-Minister verübten Beleidigungen 49. 376; 51. 228.

Justiz-Minister und Justiz-Ministerium, s. diese.

Mission unter den Heiden, Bewilligung der Erbschaftsstempelfreiheit für die evangelische Mission unter den Heiden in Berlin 44. 92.

Mißhandlung, s. Körperverletzung.

Mitbehnte, Lehnserneuerung in Folge des Thronwechsels 42. 195.

Miteigenthümer, Unzulässigkeit der Anlegung eines gemeinschaftlichen Foliums im Hypothekenbuche für den Miteigenthümer eines gemeinschaftlichen zu ideellen Antheilen besessenen Eigenthums 39. 288.

Mobiliar, Trennung des für das Grundstück selbst ausgesetzten Kaufpreises von dem Betrage des Mobiliars und der Inventarienstücke bei Eintragung in das Hypothekenbuch und Berichtigung des Besitztitels 44. 146.

Mobiliar-Auktion, s. Auktion.

Mobilmachung, Behandlung der militairpflichtigen Civilbeamten im Falle ihrer Einberufung zum Kriegsdienste bei einer Mobilmachung der Armee, s. Beamte.

Amnestie aus Veranlassung der Mobilmachung der Armee 50. 430.

Ansprüche der bei Abschätzung der Mobilmachungspferde zugezogenen Taxatoren an die Diäten und Reisekosten sind vom Rechtswege nicht ausgeschlossen 53. 7.

Moldau, Glaubwürdigkeit der Verhandlungen, welche von den Preußischen Konsulaten in der Türkei und in den Fürstenthümern der Moldau und Wallachei in ihrer Eigenschaft als richterliche Behörden aufgenommen werden 46. 144.

Moos, Untersuchung und Bestrafung der Entwendung von Moos 39. 250. — s. auch Waldprodukte.

Moratorienfachen, Verpflichtung zur Leistung eines Kostenvorschusses (Instr. zu §. 8 Nr. 2 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 113. — Kostenansatz nach dem Tarif zum Ges. v. 10. Mai 1851 (Instr. zum Tarif §. 10) 52. 126.

Mord, Kriterien des Mordes nach Preußischem Recht 50. 86.

Begriff des Mordes und des Todtschlags 50. 361.

Bestrafung der Theilnahme am Gattenmord 57. 83.

Bestrafung der mit überlegtem Vorsatze ausgeführten Tödtung eines Menschen, wenn der Thäter sich bei der Ausführung in der Person irrt und einen Anderen tödtet, als er zu tödten beabsichtigte 59. 223.

Mortifikation, s. Amortisation.

Mühlen (Windmühlen, Wassermühlen, Schiffsmühlen).

Windmühlen. In den Vorschriften des Allg. Landrechts, insbesondere des §. 247 Tit. 15 Thl. II., ist die Berechtigung des Besitzers einer vor Verkündung der Verordnung v. 18. November 1819 entstandenen Windmühle, den Nachbarn die Errichtung von Gebäuden, welche der Mühle den nöthigen Wind benehmen, zu untersagen, nicht begründet 39. 315. — Zur Anwendung des §. 247 ist es nicht erforderlich, daß die Bäume sofort bei ihrer Anpflanzung der Mühle den nöthigen Wind benehmen 49. 260. — Ueber die Behauptung, daß durch Anpflanzung hoher Bäume der Mühle der nöthige Wind benommen werde, ist im Rechtswege zu entscheiden 57. 271.

Wassermühlen. Verlust des Widerspruchsrechts gegen die Anlage von Wassermühlen und der dazu gehörigen Gräben, Schleusen und Wehre, wenn nach vorangegangener öffentlicher Bekanntmachung ein Widerspruch nicht erhoben, und die Konzession ertheilt ist 41. 300.

Zulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten wegen Beeinträchtigung einer Mühle im Gebrauch des Wassers 48. 301.

Zulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über die Erniedrigung eines Wehrs 48. 439.

Auslegung des §. 5 des Gesetzes v. 15. November 1811 wegen des Wasserstaues bei Mühlen und Verschaffung von Vorfluth 49. 211. — Inwiefern der Rechtsweg gegen Anordnungen der Behörden über die Höhe des Wasserstaues einer Mühle zulässig ist 56. 119.

Zulässigkeit des Rechtsweges über den Widerspruch gegen neue Bewässerungsanlagen, durch welche einer Mühle das Wasser entzogen wird 49. 488.

Verantwortlichkeit der Mühlenbesitzer für Kontraventionen gegen die Vorfluthsgesetze 55. 243.

Bestrafung der Müller wegen des Aufthauens des Wassers über den Merkpfahl 55. 355.

Kostenfreiheit des Verfahrens bei Setzung von Merkpfählen 56. 314.

Schiffsmühlen. Einer Schiffsmühle, welche im Hypothekenbuche eingetragen ist, liegt nicht nur eine Gewerbekonzession, sondern ein wirkliches Recht zum Grunde 42. 303.

s. auch Mahlzwang, Vorfluth.

Mühlen-Abgaben, Unzulässigkeit des Rechtsweges, wenn Mühlen-Abgaben als Kontribution erhoben werden 48. 192, 270, 294.

Abgabe der Akten in den von den Gerichten über Reallasten auf Mühlengrundstücken anhängigen Prozessen an die Auseinandersetzungsbehörden 50. 196.

Kompetenz der General-Kommissionen bei Streitigkeiten über die Zahlung rückständiger auf Mühlen haftender Real-Abgaben 52. 5; 54. 121.

Kompetenz der Auseinandersetzungsbehörden zur Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten über die Frage, ob die auf einem Mühlengrundstücke haftenden Abgaben gewerblicher Natur sind 56. 371.

In welchen Fällen Streitigkeiten über rückständige Mühlen-Abgaben von dem Revisions-Kollegium resp. von den Gerichtsbehörden zu entscheiden sind 57. 279.

Mühlenfabrikate, s. Mehl.

Munition, Bestrafung der widerrechtlichen Zueignung der Munition der Artillerie 39. 39.

Münster (Fürstenthum), Recht der Anerben auf das von den mahljährigen Wirthen nach Aufhebung des Leibeigenthums erworbene Peculium 39. 16; 45. 92.

Zeitpunkt des Erlöschens der Kompetenz der Reichsgerichte im Erbfürstenthum Münster 39. 330.

Erbschaftsstempel bei kinderloser Ehe nach Münsterschen Gütergemeinschaftsrechten 39. 65.

Nach den Grundsätzen der Münsterschen ehelichen Güter-

Digitized by Google

gemeinschaft ist der überlebende Ehegatte, der in Gütergemeinschaft mit den Kindern bleibt, befugt, auch Grundstücke, welche dazu gehören, unter Lebenden einseitig, ohne Zustimmung der Kinder, zu veräußern 45. 52, 170.

Bestellung eines Anerbenrechts während der Zeit, da in Westphalen die Münstersche und die Minden-Ravensbergsche Eigenthums-Ordnung durch die fremdherrliche Gesetzgebung außer Kraft gesetzt war 46. 30.

(Ober-Landesgericht). Bestimmung der exekutionsfreien Saat- und Erndtezeit im Departement des O. L. G. zu Münster 39. 68.

Ueberweisung der Rekurse in Bagatellsachen an den Ersten Senat des O. L. G. 39. 340.

Instruktion des O. L. G. zu Münster über die Verbindung des Hypothekenbuchs mit dem Kataster 42. 67.

Abänderung der §§. 6, 7, 9, 14. 17, 18 und 21 des Büreau-Reglements d. 3. August 1841 bei Bearbeitung der Subalterngeschäfte in den Büreaus des O. L. G. zu Münster 42. 143.

Instruktion des O. L. G. zu Münster für die Auktions-Kommissarien seines Departements 43. 2.

Muntder (Rechnungs-Rath), Theorie der Register-, Buch- und Kassenführung bei Landgüter-Verwaltungen ꝛc. 40. 208.

Münzen, Einziehung der in Preußen, Pommern und Posen noch im Umlauf befindlichen sogenannten Timpfe (½ und ⅙ Thalerstücke) 39. 119; — desgl der noch zirkulirenden ungeränderten ¼ Thalerstücke 40. 355; — desgl. der um mehr als zwei Prozent abgenutzten Einthalerstücke aus der Zeit von 1750 bis 1816. 58. 170; — Auslegung der Einziehung 59. 154.

Ausschließung der Karls- und Louisdors von der Annahme unter den zum Ausleihen bestimmten Geldern bei den Depositorien 42. 22.

Berechnung fremder Goldmünzen beim Kostenansatz nach dem Gesetze d. 10. Mai 1851 (Instr. zu §. 11) 52. 114.

s. auch Falsche Münzen.

Münzverbrechen (Münzvergehen).

Verfahren der Gerichte bei Beschlagnahme falscher Münzen 44. 51; 46. 208; 55. 310; 58. 338.

Mittheilung der Akten nach ergangenem Erkenntnisse und verfügter Strafvollstreckung an das Ministerium des Innern 51. 230; — Abänderung dieser Vorschrift 59. 194; — Aufhebung dieser Bestimmung 59. 314.

Begriff des §. 4 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs 56. 46, 343.

Musikalienhändler, Bekanntmachung der Konkurseröffnung in Konkursen über das Vermögen der Buch-, Musikalien- und Kunsthändler durch das Leipziger Börsenblatt 59. 366.

Musiklehrer, s. Studentenschulden.

Muthung, der Schürfschein deckt für die Dauer seiner Gültigkeit das Feld dergestalt, daß dadurch die Muthung eines zufällig Findenden ausgeschlossen wird 43. 227.

N.

Nachbar, Aufhebung des nach Lübischem Recht zulässigen Widerspruchsrechts des Nachbarn gegen den Betrieb gewisser Gewerbe 41. 48.

Nachbildung, s. Nachdruck.

Nachdruck, Bekanntmachung von dem Erscheinen eines Gesetzes der Großherzoglich Weimarschen Regierung d. 11. Januar 1839 zum Schutz des Eigenthums an Werken der Wissenschaft und Kunst gegen Nachdruck und Nachbildung 39. 88.

Verfahren bei Einholung von Gutachten der Sachverständigen-Vereine bei Untersuchungen wegen strafbaren Nachdrucks 42. 106; 58. 298. — Berichtigung der Gebühren für diese Gutachten 58. 234.

Begriff des strafbaren Nachdrucks. Abhandlung hinter Seite 90 des Jahrganges 1845.

Untersuchungen wegen verbotenen Nachdrucks sind als fiskalische Untersuchungen zu behandeln 41. 68.

Nachdruck der Körnerschen Werke 52. 310; — desgl. der Kompositionen von Karl Maria v. Weber 59. 430.

Die Entscheidung von Privatstreitigkeiten über den Nachdruck eines zum kirchlichen Gebrauch bestimmten Gesangbuchs gebührt nicht den Kirchenbehörden, sondern den Gerichten 56. 138.

Inwiefern der Herausgeber eines Kunstwerks, welcher in einem Deutschen Bundesstaate den Schutz gegen Nachdruck erwirkt hat, auch in den anderen Deutschen Bundesstaaten zu schützen ist 57. 294. — Fortdauer der älteren Preußischen Gesetze neben den zum Schutze gegen den Nachdruck ergangenen neueren Bundesbeschlüssen 59. 430. — Anwendung der §§. 17, 31. des Ges. d. 11. Juni 1837 58. 298, 430; — desgl. der §§. 6, 13. 59. 430.

s. auch Kupferstiche.

Nachlaß (herrenloser), Umfang der Gebührenfreiheit des Fiskus bei erblosen Verlassenschaften 42. 159.

Verfahren beim Aufgebot herrenloser Massen 56. 234.

s. auch Aufgebot.

Nachlaßsachen, Verfahren gegen einen Nachlaß-Kurator, welcher nach erfolgtem Aufgebot der unbekannten Erben den Diligenzeid zu leisten sich weigert 39. 58.

Verpflichtung der Gerichte zur Einleitung von gerichtlichen Nachlaß-Regulirungen 39. 201. — Verfahren bei Einleitung der Erbregulirung zur Entscheidung des Streites über die Gültigkeit eines Erbvertrags und Versiegelung des Nachlasses bei dem Vorhandensein eines Erbvertrages, in welchem auf Auseinandersetzung und offene Verwahrung desselben bei den Akten angetragen ist 40. 282.

In welchen Fällen Streitigkeiten bei Erbregulirungen im Bagatell-Prozesse zu entscheiden sind 39. 386.

Inventarium, Aufforderung an die Obergerichte zum Bericht über die Aufhebung der Vorschrift des §. 427 Tit. 9 Thl. I. A. L. R. 40. 3. — Die Wirksamkeit des Verbots der Einreichung eines offenen Inventariums an und für sich ist nicht nothwendig an die Verordnung einer Fortsetzung der ehelichen allgemeinen Gütergemeinschaft zwischen den überlebenden Ehegatten und den Kindern gebunden 43. 30. — Form der Privat-Inventarien 45. 103.

Auslegung des §. 169 Tit. 2 Thl. II. A. L. R., betreffend die väterliche Dispositionen über das nicht freie Vermögen der Kinder 40. 71.

Verfahren bei Sicherstellung der mit fideikommissarischer Substitution belasteten Vermächtnisse 40. 107.

Befugniß des Pflichttheils-Berechtigten, von dem eingesetzten Erben die Manifestation des Nachlasses zu fordern, und Exhibition der durch Legat abgefundenen Pflichttheils-Berechtigten gegen die Ansprüche der Erbschaftsgläubiger 40. 155.

Zu einer Erbesentsagung bedarf es der Legitimation des Entsagenden nicht 40. 239.

Digitized by Google

Oeffentliches Aufgebot von Nachlaßmassen zu Gunsten des Fiskus 40. 252.

Ertheilung des Erbeslegitimations-Attestes an Seitenverwandte bei der Konkurrenz mit hinterbliebenen Ehegatten 40. 325. — Verfahren, wenn zum Nachlasse eines Ausländers Grundstücke im Inlande gehören und die Ausstellung des Legitimations-Attestes der inländischen Erben bei dem auswärtigen Gerichtsstande Schwierigkeit findet 41. 71.

Verpflichtung des Richters, auch dem Legatar des Erblassers auf sein Verlangen und seine Kosten Abschrift des Testaments zu ertheilen 42. 96.

Inwiefern einem Testaments-Exekutor die Verwaltung des Nachlasses gebührt 42. 138.

Erbrecht abgeschichteter Kinder in denjenigen Landestheilen, in welchen eine allgemeine Gütergemeinschaft gilt 42. 192.

Förmlichkeiten bei Geltendmachung von Ansprüchen Preußischer Unterthanen auf die Verlassenschaft eines im Holländischen Seebienste verstorbenen Erblassers 42. 227.

Befugniß der Benefizial-Erben, die nothwendige Subhastation eines zum Nachlasse seines Erblassers gehörigen Grundstücks in Antrag zu bringen 42. 322. — Verfahren bei der Subhastation eines zum Nachlasse gehörigen Grundstücks 42. 370. — Aufhebung des erbschaftlichen Liquidations-Prozesses auf den Antrag der im Besitze und in der Administration der Masse verbliebenen Benefizial-Erben, wenn sie die Masse zur Befriedigung der nicht präkludirten Ansprüche als zulänglich anerkennen und sich zu deren Tilgung verpflichten 43. 171.

Auslegung der §§. 578, 579 Tit. 18 Thl. II. A. L. R. 43. 54.

Verfahren bei Veräußerung und Verpfändung von Grundstücken an Orten, wo Lübisches Recht gilt, wenn der überlebende Ehegatte mit den Kindern die Lübische Gütergemeinschaft fortsetzt 39. 350.

Dispositions-Befugnisse des überlebenden Ehegatten bei bestehender Gütergemeinschaft hinsichtlich der zum gemeinschaftlichen Vermögen gehörenden, dem Gesetze über die bäuerliche Erbfolge in der Provinz Westphalen unterliegenden Bauergüter 43. 73.

Nach den Grundsätzen der Münsterschen (Münster-Ravensberg) ehelichen Gütergemeinschaft ist der überlebende Ehegatte, der mit den Kindern in Gütergemeinschaft bleibt, befugt, auch Grundstücke, welche dazu gehören, unter Lebendigen einseitig, ohne Zustimmung der Kinder, zu veräußern 45. 170.

Ob nach Märkischem Provinzialrecht der überlebende Ehegatte, welcher die statutarische Hälfte wählt, bei der Erbtheilung das Altertheil einzunehmen hat 43. 282.

Mitwirkung der Vormundschaftsgerichte bei Erbauseinandersetzungen der Pflegebefohlenen, für welche der Erblasser befreite Vormünder ernannt hat 44. 108.

Ob früher lassitische Grundstücke schon vor der Bestätigung des in dem Eigenthums-Verleihungs-Verfahren abgeschlossenen Rezesses bei Erbregulirungen über den Nachlaß der Besitzer als freies Eigenthum zu behandeln sind 44. 262.

Erbrecht unehelicher Kinder in den Nachlaß des vergeblichen Vaters 49. 452.

Der Erbe hat nicht die possessorische Klage auf Wiederherstellung oder Schutz des Besitzes von Erbschaftssachen, wenn die Störung seines Rechts zum Besitze zwar nach dem Anfall, aber vor der Besitznahme der Erbschaft vorgekommen ist 50. 22.

Sicherstellung des gesetzlichen Erbrechts der Militair-Waisenhaus-Anstalten zu Potsdam und Prenzlau auf den etwaigen Nachlaß ihrer Zöglinge 50. 136.

Berechnung der Frist zur Erklärung über den Antritt der Erbschaft 51. 51.

Befugniß einzelner Korrealberechtigten, von dem Verpflichteten Rechnungslegung zu verlangen 52. 3.

Ermächtigung des Preußischen Konsuls in Bremen zur Einleitung in direkte Verbindungen mit auswärtigen Behörden und Privatpersonen, wenn ihm Nachlaß-Effekten im Auslande verstorbener Preußischer Unterthanen überwiesen werden 53. 231.

Verfahren der Dorfgerichte in Nachlaßsachen 54. 206.

Verfahren bei Regulirung des Nachlasses Preußischer in Rußland verstorbener Unterthanen 57. 75.

Inwiefern den Erben ein Dispositionsrecht über einzelne Nachlaßgegenstände vor der Erbtheilung zusteht 57. 162.

Abhandlung über den Gerichtshof für Nachlaßsachen in England 58. 153.

Inwieweit den Erben eines Kassenbeamten gegen die von der vorgesetzten Behörde angeordnete Beschlagnahme von Nachlaßsachen der Rechtsweg gestattet ist 58. 239.

Auslegung des §. 2 der Verordnung v. 4. März 1834 über die Vollstreckung der Exekution in den Nachlaß des Schuldners 39. 255. — Verfahren in der Exekutions-Instanz, wenn der Gläubiger während des Prozesses stirbt 40. 272.

Stempelansatz, Stempelpflichtigkeit der Verhandlungen über Nachlaß-Regulirungen, bei welchen majorenne Erben mit unvermögenden Pupillen konkurriren 39. 55; — desgl. der zu Schicht und Theilungen benutzten Inventarien in unvermögenden Vormundschaften 41. 327; — desgl. der Verhandlungen über den Ankauf von erbschaftlichen Grundstücken durch Theilnehmer der Erbschaft im Wege der freiwilligen Subhastation 46. 123; — desgl. der außergerichtlich aufgenommenen Nachlaß-Inventarien 53. 434.

Stempelansatz bei Erbschaftskäufen 42. 52.

Stempelfreiheit. Stempelfreiheit der Ausfertigungen von Erbrezessen in unvermögenden Vormundschaften, wenn sie blos für die unvermögenden Kuranden bestimmt sind 41. 327. — Wegfall des Werthstempels für die Uebernahme von Gegenständen Seitens des überlebenden Ehegatten bei der Theilung des gütergemeinschaftlichen Vermögens 45. 213.

Kostenansatz. Kostenansatz bei Nachlaß-Regulirungen 39. 312; — desgl. bei Erbregulirungen, bei welchen Kuranden betheiligt sind 49. 305. — Befreiung der Descendenten und Ebeleute in der Provinz Schlesien von der großen Kanzlei-Taxe auf Grund der sanctio pragmatica 44. 192.

Kostenansatz nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 (Instr. zu §§. 33—40 des Tarifs) 52. 126. — Verpflichtung zur Leistung eines Kostenvorschusses (Instr. zu §. 8 Nr. 2 des Ges.) 52. 114. — Einziehung der Kosten aus der Masse (Instr. zu §. 10 Nr. 2 des Ges.) 52. 114. — Gebühren für Nachlaß-Regulirungen (Instr. zu §§. 33—40, 45—46 des Tarifs) 52. 126. — Kostenansatz für ein Erbes-Legitimationsverfahren (Instr. zu §. 10 des Tarifs) 52. 126.

Digitized by Google

Gebühren der Justiz-Kommissarien für die Erhebung und Ablieferung der zu einem Nachlasse gehörenden Gelder 39. 24.

s. auch Depositalgelder.

Nachtwächter, Anstellung der Nachtwächter auf Kündigung 41. 363. — Pensionsbeiträge der auf Kündigung angestellten Nachtwächter 42. 207.

Nachtzeit, Begriff des Diebstahls zur Nachtzeit 52. 110. Gebühren für Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, welche zur Nachtzeit aufgenommen werden (Instr. zu §. 13 B. zum Ges. v. 11. Mai 1851) 52. 152.

Nalbacherthal, Empfehlung der Sammlung der für die Herrschaft Nalbacherthal erlassenen Verordnungen 42. 332.

Namen, die Justizbeamten sollen ihren Namen unter Vorstellungen, Berichten, Urkunden ꝛc. deutlich und leserlich schreiben 39. 76; 41. 118; 43. 307.

Die falsche Bezeichnung des Namens des Angeklagten macht das gegen denselben ergangene rechtskräftige Erkenntniß nicht ungültig 55. 192.

s. auch Falsche Namen.

Nassau (Großherzogthum), Verfahren bei Requisitionen nach dem Großherzogthum Nassau 44. 207.

Gültigkeit der Herzoglich Nassauischen Verordnung vom 22. April 1839, den Mißbrauch fremder Waarenbezeichnung, bei Beurtheilung der Strafpflichtigkeit der in Preußen begangenen Nachdrucksthaten betreffend 55. 4.

(Grafschaft), Empfehlung der Sammlung der für die Grafschaft Nassau erlassenen Verordnungen 42. 332.

National-Kokarde, zu welchen Ehrenrechten der Besitz der National-Kokarde zu zählen ist 49. 380.

Verlust der National-Kokarde.

In Fällen des Verlustes der National-Kokarde ist bei Offizieren gleichzeitig auf den Verlust der Offizier-Charge zu erkennen 39. 127.

Aberkennung der National-Kokarde bei Verurtheilungen zu Zuchthausstrafe oder Festungsarrest auf Lebenszeit 44. 132.

Folgen des Verlustes der National-Kokarde bei Militairpersonen und Personen des Beurlaubtenstandes 47. 51.

Grundsätze, nach welchen das Recht, die Preußische National-Kokarde zu tragen, verwirkt wird 49. 246.

Wiederverleihung der National-Kokarde.

Ressort-Bestimmungen bei Anträgen auf Wiederverleihung der National-Kokarde 39. 207.

Wiederverleihung der National-Kokarde an diejenigen politischen Verbrecher, welchen durch die Amnestie-Order vom 10. August 1840 die Anstellungsfähigkeit wieder verliehen worden ist 41. 62.

Verfahren bei Rehabilitirung der nicht in Militairverhältnissen stehenden Personen 53. 122.

National-Militairabzeichen, Folgen des Verlustes des National-Militairabzeichens bei Militairpersonen und den Personen des Beurlaubtenstandes 47. 51.

Wiederverleihung des National-Militairabzeichens im Wege der Rehabilitirung 39. 207.

Naturalisation, Ausländer, welche erst durch die Ertheilung einer Naturalisations-Urkunde die Eigenschaft als Preußischer Unterthan erworben haben, sind im Staats-, sowie im Kirchen- und Schuldienste ohne vorgängige ausdrückliche Genehmigung des Departements-Chefs nicht anzustellen 47. 375.

Naturalquartier, s. Einquartierung.

Naumburg a. d. S. (Ober-Landesgericht), Ueberweisung der Rekurse in Bagatellsachen an den ersten Senat des Ober-Landesgerichts 39. 340.

Anweisung des Ober-Landesgerichts an die Untergerichte seines Departements über das Verfahren bei Aufstellung der Verlags-Liquidationen in unvermögenden Untersuchungssachen 39. 402; — Berichtigung derselben 46. 170.

Instruktion für die im Departement des Ober-Landesgerichts zu Naumburg befindlichen Dorfgerichte 42. 115; — Erläuterung der §§. 39 und 54 derselben 43. 20. — Revidirte Instruktion für die Dorfgerichte v. 11. Mai 1854. 54. 206; — Zusatz zu derselben 54. 334.

Verfahren bei Feststellung der Besitzverhältnisse von Grundstücken, insbesondere der sogenannten Blendeläcker, nach erfolgter Gemeinheitstheilung 42. 184.

Anweisung des Appellationsgerichts-Präsidiums an die Kreisgerichte seines Departements über die Referate, Vota und Erkenntnisse in Civil-Prozessen erster und zweiter Instanz 53. 72.

Den bei dem Appellationsgericht in Naumburg fungirenden Rechtsanwalten ist die Praxis bei dem dortigen Kreisgericht, sowie den bei dem dortigen Kreisgericht angestellten Rechtsanwalten die Praxis bei dem Appellationsgericht daselbst gestattet 55. 61.

Nebenabreden, Wirkung mündlicher Nebenabreden bei dem Vorhandensein schriftlicher Verträge 45. 35.

Nebenämter, Verfahren bei Anträgen von unmittelbaren Justizbeamten auf Uebernahme von Nebenämtern oder Nebenbeschäftigungen 40. 287.

Neffe, welche Behörde zur Ertheilung der Dispensation zur Eheheirathung eines Neffen mit seiner an Jahren älteren Tante kompetent ist 46. 99.

Negativer Kompetenz-Konflikt, s. Kompetenz-Konflikte.

Negatorienklage, Gerichtsstand bei Negatorienklagen 40. 146.

Unzulässigkeit der Negatorienklage gegen polizeiliche Anordnungen 48. 298; 57. 78.

Reisse (Festung), Unterbringung solcher zum Festungsarrest verurtheilter Individuen in die Festung Neisse, welche eines unerlaubten Verkehrs nach Außen verdächtig sind 43. 26.

Negbdistrikt, fortdauernde Gültigkeit des für Westpreußen und den Negdistrikt erlassenen Wege-Reglements v. 4. Mai 1796. 48. 95.

Neuchatel, s. Neuenburg.

Neuenburg (Fürstenthum), Bezeichnung des Fürstenthums Neuchatel als Fürstenthum Neuenburg 45. 87.

Neujahrgeld, s. Pfarr-Abgaben.

Neumark, Stempel- und Sportelfreiheit der Land-Feuer-Societäten der Neumark 40. 251.

Bearbeitung der Scharfrichter- und Abdeckerei-Angelegenheiten in der Kur- und Neumark durch die Regierungen 43. 139.

Vereidung der bei einer Königlichen Behörde ein- für allemal mit dem Sachverständigen-Eide belegten Boniteure der Kur- und Neumark 46. 170.

Verpflichtung der Besitzer der an die Landstraßen grenzenden Grundstücke zur Instandsetzung und Unterhaltung der Landstraßen und Chausseen 48. 82.

Neuvorpommern, Beifügung von Entscheidungsgründen zu den von den Gerichten in Neuvorpommern zu erlassenden Erkenntnissen und Beweis-Interlokuten 39. 3.

Digitized by Google

Spezial-Vollmachten zur Erhebung gerichtlich deponirter Gelder durch Notare in Neuvorpommern 39. 183.
Verfahren gegen verhaftete fremde, unbekannte oder der Flucht verdächtige, in die Gerichtsgefängnisse zur Aufbewahrung abgelieferte Steuer-Kontravenienten von Seiten der Gerichte in Neuvorpommern 39. 252.
Aufhebung der Bestellungs-Gebühren bei den Justizbeamten in Neuvorpommern 41. 10. — Anstellung der Justizbeamten in Neuvorpommern 42. 378.
Bearbeitung der vor die Kreisgerichte in Neuvorpommern und Rügen gehörenden Civilsachen 41. 267.
Bezeichnung des Kreises Bergen in Neuvorpommern als Kreis Rügen 42. 212.
Abhandlung über die Richtigkeits- und Restitutionsklage in Neuvorpommern 51. 196.
Streitigkeiten über Majestäts- und Hoheitsrechte sind auch in Neuvorpommern vom Rechtswege ausgeschlossen 55. 401; 59. 53.
Zulässigkeit des Rechtsweges über den Einwand der Beamten in Neuvorpommern, daß sie vermöge eines ihnen zustehenden Privilegiums von den kommunalständischen Abgaben befreit sind 55. 427.
Einziehung der Gerichtskosten in Prozessen (Justr. zu §. 10 Nr. 1 ff. des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114. — Kostenansatz in scheinuigen Prozeßsachen (Justr. zu §. 5 des Tarifs) 52. 126.
Geltung der landrechtlichen Vorschriften, betreffend die Prozeßfähigkeit von Streitigkeiten über die Entrichtung allgemeiner Staats-Abgaben und Steuern in Neuvorpommern 59. 53.
s. auch Greifswald.
New-York, s. Nordamerika.
Nichtigkeit. Nichtigkeit der Erkenntnisse:
a) im Civil-Prozesse.
Wenn der Richter die Vorschriften der allgemeinen Landesgesetze, nach welchen verfahren werden soll, beobachtet hat, und nur darum, weil er der Polnischen Sprache nicht mächtig ist, die Verhandlungen in Deutscher Sprache geführt hat, so ist daraus eine Nichtigkeit der Verhandlungen nicht herzuleiten 40. 67.
Die Vernichtung eines Erkenntnisses darf niemals weiter gehen, als es mit Erfolg angegriffen ist, es mag das Erkenntniß den angegriffenen Theil ausgedrückt haben oder nicht 47. 82.
Bei Vernichtung eines Civil-Erkenntnisses ist nicht mehr die Erstattung des Geleisteten auszusprechen 54. 318.
Die Nichtigkeit eines Urtheils erfolgt allemal alsdann, wenn ein bei freier Beurtheilung der Sache für zulässig zu erachtendes, rechtzeitig angebrachtes Rechtsmittel aus irgend einem Grunde zurückgewiesen, oder umgekehrt ein aus irgend einem Grunde für unzulässig zu erachtendes Rechtsmittel zugelassen worden ist 48. 23.
b) in Strafsachen.
Welche Förmlichkeiten nicht zu denjenigen Vorschriften gehören, deren Verletzung mit der Nichtigkeit des Verfahrens bedroht sind 50. 112.
Durch die Ablehnung des Antrags auf Einholung eines Superarbitriums des Medizinal-Kollegiums wird die Entscheidung nicht nichtig 55. 152.
Die Gegenwart des Gerichtsschreibers bei den Berathungen der Geschworenen macht das Erkenntniß nicht nichtig 56. 124.
Die unterlassene Beifügung der Gründe, auf welchen gerichtliche Verfügungen und Beschlüsse im Strafverfahren beruhen, zieht in der Regel die Nichtigkeit derselben nach sich 56. 382.
Die Behauptung einer stattgefundenen Aktenwidrigkeit ist in Bezug auf die Beweis- oder Schuldfrage kein zur Begründung der Nichtigkeitsbeschwerde geeigneter Vorwurf 59. 380.
Straferkenntnisse unterliegen der Nichtigkeit:
wenn der Staatsanwalt sich aus dem Verhandlungszimmer entfernt, ohne mit seinen Vorträgen und Anträgen gehört zu sein 51. 31;
wenn das Appellationsgericht ohne Erneuerung oder Wiederholung der Beweisaufnahme von der thatsächlichen Feststellung des ersten Richters abweicht 54. 87;
wenn die von dem verurtheilten Angeklagten zur Rechtfertigung seiner Appellation angegebenen neuen Thatsachen nach Ablauf der im §. 129 der Verordnung d. 3. Januar 1849 bestimmten Frist vorgebracht und von dem Appellationsgericht gänzlich ignorirt worden sind 54. 162;
wenn der Angeklagte im Laufe der Verhandlung bei der Vernehmung einzelner Zeugen oder etwaiger Mitangeklagten einstweilen abgetreten war, und die Vereidung der Zeugen ohne Wiederholung deren Aussagen in Gegenwart des Angeklagten erfolgt ist 54. 359; 55. 160;
wenn der verhaftete Angeklagte verhindert wird, seinem Vertheidiger in zweiter Instanz zeitig Information zu ertheilen, zumal wenn demnächst der bestellte Vertheidiger bei der Verhandlung nicht erscheint 55. 200;
wenn der Antrag auf nachträgliche Zulassung eines Entlastungsbeweises ohne thatsächliche Prüfung seiner Angemessenheit zurückgewiesen wird 55. 298;
wenn die Frage erschwerende Umstände umfaßt und bei Beantwortung derselben in dem Ausspruche der Geschworenen der erschwerenden Umstände nicht besondere Erwähnung geschieht 55. 398; 56. 2. 27;
wenn der nicht verhaftete Angeklagte zum Audienztermin zweiter Instanz nicht persönlich vorgeladen worden ist; die Vorladung seines Vertheidigers genügt nicht 56. 42;
wenn ohne Anhörung des Vertheidigers darüber, ob die Thatfrage durch das Bekenntniß des Angeklagten als festgestellt zu erachten, der Gerichtshof ohne Mitwirkung der Geschworenen erkannt hat 56. 83;
wenn dem Angeklagten eine unrichtige Dienstliste der Geschworenen behändigt worden ist 56. 190;
wenn ohne einen förmlichen Beschluß die Oeffentlichkeit des Verfahrens ausgeschlossen worden ist 56. 322;
wenn sich weder in dem Tenor, noch in den Erwägungsgründen des Erkenntnisses findet, welches Vergehen als erwiesen angenommen worden ist 56. 375;
wenn die Unterzeichnung des Wahrspruchs der Geschworenen vor dessen Verkündung an den Angeklagten unterlassen war 57. 66;
wenn die von dem Angeklagten in zweiter Instanz angebrachten Thatsachen und Beweismittel unerörtert geblieben sind 57. 77;
wenn dem Antrage auf Stellung einer besonderen Frage an die Geschworenen nach der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten nicht stattgegeben worden ist 57. 387;
wenn die an dem Erkenntnisse Theil nehmenden Richter nicht der Beweisaufnahme beigewohnt haben 57. 427;
wenn ein als mildernder Umstand geltend gemachtes thatsächliches Moment (z. B. der Angetrunkenheit) nicht berücksichtigt worden ist 58. 101;

Digitized by Google

wenn ein Geschworener sich der Abstimmung enthalten hat und der Ausspruch auf der Abstimmung von nur elf Geschworenen beruht **58**. 170.

Richtigkeitsbeschwerde.

I. Anwendung und Auslegung einzelner Vorschriften:

a) der Verordnung v. **14**. Dezember 1833.

§. **4**. **40**. 32; **46**. 4.
§. 5. **40**. 264; **48**. 83; **50**. 391; **51**. 77; **56**. 166; 57. 403.
§. 6. **44**. 150; **45**. 189.
§. 7. **46**. 4.
§. 10. **39**. 315.
§. 13. **41**. 123.
§. 16. **44**. 8; **47**. 82.
§. 17. **39**. 24. **47**. 82; **54**. 318.
§. 22. **51**. 242.

b) der Deklaration v. 6. April 1839.

Art. 2. **48**. 83; **53**. 102.
„ 3. **44**. 8; **48**. 23; **57**. 403.
„ 4. **40**. 32. 366.
„ 7. **41**. 264; **54**. 322.
„ 11. **39**. 316; **47**. 82.
„ 13. **51**. 242.
„ 14. **42**. 364.
„ 16. **40**. 23.

c) der Instruktion v. 7. April 1839.

Nr. 12. **57**. 403.
„ 17. **56**. 166.
„ 20. **45**. 189; **44**. 150.
„ 21. **46**. 4.
„ 22. **51**. 242.
„ 28. **40**. 366; **41**. 264.
„ 35. **39**. 316; **47**. 82.

II. Richtigkeitsbeschwerde im Civil-Prozesse.

Städtische Deputationen und Kommissionen sind als öffentliche Behörden anzusehen, bei deren Richtigkeitsbeschwerden es der Zuziehung eines Justiz-Kommissarius nicht bedarf **39**. 240.

Vernichtung eines auf mehreren von einander unabhängigen Entscheidungsgründen beruhenden Erkenntnisses **39**. 24. — Diese Vorschrift ist durch die Deklaration v. 6. April 1839 und die Instruktion v. 7. April 1839 nicht abgeändert worden **39**. 316.

Zulässigkeit der Instruktion der Richtigkeitsbeschwerde bei dem Richter zweiter Instanz **39**. 315.

Anwendung der Deklaration v. 6. April 1839 und der Instruktion v. 7. April 1839. **39**. 227; — Berichtigung dieser Vorschrift **39**. 401.

In welchem Falle das Rechtsmittel der Revision bei Streitigkeiten über die Existenz oder Gültigkeit eines Vergleichs ausgeschlossen ist **40**. 32.

Welche Personen zu den rechtsverständigen Privatpersonen, welchen die schriftliche Einreichung der Richtigkeitsbeschwerde ohne Zuziehung eines Justiz-Kommissarius gestattet ist, gehören **40**. 132; **54**. 322.

Ansatz von Sukkumbenzstrafen nach den allgemeinen Grundsätzen **40**. 366.

Anweisung für die Gerichte zur genauen Innehaltung gewisser Vorschriften der Deklaration v. 6. April 1839 und der Instruktion v. 7. April 1839. **41**. 123; **47**. 91.

Eine Richtigkeitsbeschwerde kann deshalb als formwidrig und unstatthaft nicht zurückgewiesen werden, weil sie nicht von einem Justiz-Kommissarius, der in dem Obergerichts-Departement, in welchem der Prozeß schwebt, zur Prozeßpraxis zugelassen ist, angefertigt und legalisirt worden **41**. 264.

Formelle Behandlung der Richtigkeitsbeschwerden bei deren Eintragung in die Geschäftstabellen **42**. 170.

Rothfrist zur Einlegung der Richtigkeitsbeschwerde in schleunigen Bau-Prozessen **42**. 364. — Warnung vor dem Gebrauch der im Buchhandel erschienenen Tabelle zur Auffindung der Ablaufsfristen bei Anmeldung und Einreichung des Rechtsmittels der Richtigkeitsbeschwerde **47**. 131.

Der §. 276 Tit. 10 Thl. I. A. G. O. enthält eine Prozeßvorschrift und keinen materiellen Rechtsgrundsatz **42**. 363.

Verfahren, wenn eine Richtigkeitsbeschwerde auf Art. 3 Nr. 2 der Deklaration v. 6. April 1839 gegründet wird **44**. 8.

Unzulässigkeit der Richtigkeitsbeschwerde bei Besitzstreitigkeiten, wo das Objekt nach Gelde 50 Thaler oder weniger beträgt **46**. 4.

Anfertigung eines vollständigen Aktenrotulus in allen zur Entscheidung des Ober-Tribunals gelangenden Richtigkeitsbeschwerdesachen **44**. 6. — Beifügung des Insinuations-Dokuments zu der Verfügung, mittelst welcher in schleunigen Prozeßsachen dem Revisen oder Imploranten das Duplikat der Rechtfertigungsschrift zugefertigt worden ist, bei Einsendung der Akten an das Ober-Tribunal **47**. 322. — Bei allen Berichten, mit denen Akten in Richtigkeitsbeschwerdesachen an das Ober-Tribunal eingesandt worden, ist jedesmal der Gegenstand des Rechtsstreites und der Werth desselben zur Begründung des Rechtsmittels anzugeben **49**. 344.

Welche Ansprüche das Rechtsmittel der Richtigkeitsbeschwerde in Schwängerungs-Prozessen umfaßt **49**. 257.

Zulässigkeit der Anmeldung des Rechtsmittels der Richtigkeitsbeschwerde bei den Gerichts-Deputationen und Kommissionen **51**. 279.

Anmeldung und Rechtfertigung der Richtigkeitsbeschwerde im Subhastations-Prozeß **54**. 182.

Inwiefern in Civil-Prozessen aus dem unterbliebenen Vermerk der Vorlesung des Audienz-Protokolls ein Nichtigkeitsgrund herzuleiten ist **57**. 403.

III. Richtigkeitsbeschwerde in Straffachen.

Zulässigkeit der Richtigkeitsbeschwerde gegen Kontumazial-Erkenntnisse bei schweren Verbrechen **49**. 503. — Inwiefern in den Fällen, wenn der Angeklagte von den Geschwornen für nichtschuldig erklärt worden, das Rechtsmittel der Richtigkeitsbeschwerde zulässig ist **50**. 113. — Inwiefern der Staatsanwaltschaft die Richtigkeitsbeschwerde gegen den für nichtschuldig erklärten Angeklagten zusteht **57**. 367. — Die Richtigkeitsbeschwerde ist in Untersuchungssachen nur gegen Erkenntnisse, nicht gegen Beschlüsse des Gerichts stattbaft **57**. 367. — Zulässigkeit der Richtigkeitsbeschwerde, wenn das gegen das Erkenntniß des Einzelrichters eingelegte Rechtsmittel statt als Rekurs als Appellation behandelt worden ist. **55**. 367.

Die Feststellung der Instanzrichter, hinsichtlich der thatsächlichen Voraussetzung des Nichtfalls, ist mittelst der Richtigkeitsbeschwerde nicht angreifbar **59**. 376.

Abhandlung über das Rechtsmittel der Richtigkeitsbeschwerde in Straffachen, in seiner Beschränkung auf die Rechtsfrage **59**. 390.

Frist. Berechnung der Frist zur Einlegung der Richtigkeitsbeschwerde in Untersuchungssachen **50**. 95; **59**. 243. — Die bei der Einlegung der Richtigkeitsbeschwerde in Untersuchungen

Digitized by Google

vorgeschriebene Frist zur Angabe der Beschwerdepunkte kann nicht verlängert werden **54.** 20. — Verwerfung der Nichtigkeitsbeschwerde bei versäumter Frist auch dann, wenn dieselbe von dem betreffenden Gericht unrichtig angegeben war **54.** 176. — Wenn der Angeklagte die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt hat, nach Ablauf der Anmeldefrist aber erklärt, sich bei dem Urtheil beruhigen zu wollen, so tritt sofort die Rechtskraft des Urtheils ein **57.** 76. — Berechnung der zehntägigen Frist in den Fällen, wo die Insinuation des Erkenntnisses an den verhafteten Angeklagten erfolgt **57.** 278. — Ein in Rechtskraft übergegangenes Dekret, durch welches das Kreisgericht eine Nichtigkeitsbeschwerde als verspätet zurückgewiesen hat, ist das Kreisgericht zurückzunehmen nicht befugt **59.** 45.

Anmeldung. Die Anmeldung der Nichtigkeitsbeschwerde zum Protokoll eines Strafanstalts-Beamten entspricht den gesetzlichen Vorschriften nicht, und hat deshalb keine Wirkung **54.** 184. — Ausklutatoren sind zur Legalisirung von Schriften, durch welche die Nichtigkeitsbeschwerde angemeldet oder gerechtfertigt werden soll, nicht befugt **55.** 198; **56.** 284. — Erforderniße bei Anmeldung und Rechfertigung der Nichtigkeitsbeschwerde **54.** 391. — Wenn der Verurtheilte die Nichtigkeitsbeschwerde zu Protokoll anmeldet, ohne zugleich die Beschwerdepunkte anzugeben, so muß ihm zu Protokoll eröffnet werden, daß er dieselbe durch Angabe der Beschwerdepunkte zu rechfertigen habe **55.** 159. — Verfahren, wenn der Angeklagte bei Publikation des Appellations-Erkenntnisses erklärt, sich dabei nicht beruhigen zu wollen **58.** 82. — Frauenspersonen können im Strafverfahren für einen Anderen eine Nichtigkeitsbeschwerde weder anmelden, noch rechtfertigen **56.** 377. — Angabe der Beschwerdepunkte im Falle des Art. 107, Nr. 2 des Gesetzes vom 3. Mai 1852. **58.** 246.

Verfahren. Verfahren bei Einlegung der Nichtigkeitsbeschwerde in Untersuchungssachen **52.** 282; **53.** 134, 174, 418; **54.** 98; **55.** 198. — Geschäftsverkehr der Staatsanwaltschaft in Untersuchungssachen bei Entscheidungen in der Nichtigkeitsbeschwerde-Instanz **54.** 74. — Die Ober-Staatsanwalte sind nicht berechtigt, die ihnen zustehende Befugniß, Entscheidungen der Appellationsgerichte durch Einlegung der Nichtigkeitsbeschwerde anzufechten, auf den Staatsanwalt bei dem Gerichte erster Instanz zu übertragen **54.** 293. — Zu wiefern eine fiskalische Behörde durch den Anschluß an das Verfahren der Staatsanwaltschaft bei Einlegung der Nichtigkeitsbeschwerde die Stellung einer Partei im Prozesse erlangt **56.** 350.

IV Nichtigkeitsbeschwerde bei Uebertretungen.

Frist zur Rechtfertigung der Nichtigkeitsbeschwerde in Untersuchungen wegen Uebertretungen **54.** 378.

Verpflichtung der Ober-Staatsanwalte, die Ermächtigung des Justiz-Ministers zur Einlegung der Nichtigkeitsbeschwerde in Untersuchungen wegen Uebertretungen zeitig einzureichen **58.** 58.

Bekanntmachung der Erkenntniße des Ober-Tribunals auf Nichtigkeitsbeschwerden in Untersuchungen wegen Uebertretungen durch das Justiz-Ministerial-Blatt **53.** 151, 160, 176, 260, 372, 439; **54.** 268, 277.

Kosten. Kostenansatz bei der Nichtigkeitsbeschwerde in Untersuchungssachen (Justr. zu §. 54 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52.** 126.

Gebühren der Justiz-Kommissarien. Das den Justiz-Kommissarien in Nichtigkeitsbeschwerdesachen bewilligte Pauschquantum umfaßt die Gebühren für alle und jede dabei vorkommenden Geschäfte und Schreibereien **43.** 206.

s. auch Rechtsanwalte.

Nichtigkeitsklage (Nullitätsquerel), Abhandlung über die Nichtigkeitsklage in den Bezirken des Appellationsgerichts zu Greifswald und des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein **51.** 196.

Niederkunft (verheimlichte), Begriff des Verbrechens der verheimlichten Niederkunft **51.** 34.

Niederlande, Anweisung in Betreff der Insinuation gerichtlicher Erlasse nach den Niederlanden **41.** 256; **44.** 207; **52.** 275.

Förmlichkeiten bei Geltendmachung von Ansprüchen Preußischer Unterthanen auf die Verlassenschaft eines im Holländischen Seedienste verstorbenen Erblassers **42.** 227.

Verfahren bei Erledigung unmittelbarer Requisitionen zwischen den diesseitigen Gerichtsbehörden mit den Königlich Niederländischen Behörden **42.** 330; — desgl. bei Requisitionen an Niederländische Gerichte zu Zeugenvernehmungen und Eidesleistungen in Civilsachen **44.** 19, 275; — desgl. bei Requisitionen wegen Auslieferung von Verbrechern **44.** 207. — Nach den Niederlanden sind alle Requisitionen kostenfrei zu befördern **44.** 207; **52.** 275; **56.** 146.

Abänderung der Konvention vom 7. Juni 1823 wegen Erstattung der Transportkesten von Verbrechern **46.** 242.

Form der Atteste Niederländischer Unterthanen bei deren Verheirathung mit diesseitigen Inländerinnen **48.** 456.

Auslegung des Art. VII. des mit den Niederlanden über die gegenseitige Auslieferung flüchtiger Verbrecher geschlossenen Vertrages vom 17. November 1850. **54.** 386.

Niederlausitz, s. Lausitz.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn, Zulässigkeit des Rechtsweges gegen den Fiskus wegen verweigerter Zustimmung deßelben zur Emission von Eisenbahn-Stammaktien **49.** 266.

Nießbrauch, Verpflichtung des Nießbrauchers zur Entrichtung der Zinsen von den auf der Sache haftenden Schulden **47.** 275.

Nitsche (Geh. Registratur-Rath), Sammlung der Verhandlungen der Provinial-Landtage unter der Regierung König Friedrich Wilhelm IV. **42.** 232.

Nölter (Hofgerichts-Rath), Jahrbücher der Gesängnißkunde, s. Gefängnißwesen.

Nomination, Zulässigkeit der Nomination in Possessorien-Prozessen **50.** 19.

Für die in Prozessen vorkommenden Nominationen werden keine Gerichtskosten angesetzt (Instr. zu §. 7 des Tarifs zum Ges. v. 10 Mai 1851) **52.** 126.

Nordamerika, Angabe der betreffenden Provinz und des Distrikts des Wohnorts auf der Adresse gerichtlicher Erlasse an Bewohner der Nordamerikanischen Freistaaten **42.** 211; **44.** 207.

Verfahren bei Auslieferung von Verbrechern nach New-York **44.** 207.

s. auch Wechselsachen.

Norwegen, Verfahren bei Ausfertigung der Todtenscheine der in den Preußischen Staaten verstorbenen Schwedischen und Norwegischen Unterthanen **48.** 66.

Notare, Verpflichtung der Notare zur Anschaffung des Justiz-Ministerial-Blatts **39.** 1; **47.** 106.

Verfahren bei Ermäßigung oder Niederschlagung der gegen Notare festgesetzten Stempelstrafen **39.** 5. — Festsetzung der Stempelstrafen und Reskursverfahren dabei **46.** 191.

Aufbewahrung der Akten abgehender Notare **39.** 43. — Kassation der Stempelrevisions-Akten bei den Notaren mit

Digitized by Google

Ablauf von zehn Jahren nach erfolgter Erledigung der Defekte 44. 273.

Notare sollen sich der Aufnahme von Erbzinsverträgen enthalten 39. 123; — desgl. der Altentheilsverträge 39. 124; 43. 136.

Die Beglaubigung der Unterschrift eines Notars in Neuvorpommern bei Aufnahme von Spezial-Vollmachten zur Erhebung gerichtlich deponirter Gelder ist nicht erforderlich 39. 183.

Verpflichtung der Notare in der Provinz Westphalen zur kostenfreien Benachrichtigung der bei dem Kataster angestellten Beamten von einem eingetretenen Güterwechsel 39. 306.

Verfahren der Notare bei Parzellirungsverträgen von Grundstücken in Berlin 39. 339; — desgl. im Departement des Ober-Landesgerichts zu Insterburg 39. 365; — desgl. bei Veräußerungsverträgen, welche die Zertheilung eines Grundstücks bezwecken 46. 123.

Erfordernisse bei Aufnahme von Verhandlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit in Betreff der Besitzveränderungen im Grundsteuer-Kataster 40. 34.

Verfahren der Notare bei Einreichung beglaubigter Abschriften von stempelpflichtigen Verhandlungen zu den Hypothekenakten eines Grundstücks 42. 26.

Aufforderung an die Obergerichte zur gutachtlichen Aeußerung über die Ausdehnung der Befugnisse der Notare zur Ausübung von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, welche bisher den Gerichten ausschließlich vorbehalten waren 42. 11.

Notare sind nicht befugt, die Privatvermerke über die Wiedereinlösefrist eines Werthpapiers zu beglaubigen 43. 206.

Verfahren der Notare bei Verhandlungen mit Wenden, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind 43. 206.

Verfahren der Notare bei Differenzen mit den Provinzial-Steuerbehörden über die Auslegung des Stempelgesetzes 46. 103.

Befugniß der Notare zur Abhaltung außergerichtlicher Mobiliarauktionen 49. 240.

Gebühren für die Introduktion und Verpflichtung der Notare 52. 302.

Berechnung der Pension städtischer Beamten, welche nach ihrer Entlassung aus dem Kommunaldienste das Amt eines Rechtsanwalts oder Notars angenommen haben 53. 320.

Anweisung an die Notare, bei Anträgen in Hypothekensachen zu erwähnen, ob die Originalanlagen zu den Grundakten genommen, oder die Rückgabe derselben erfolgen soll 54. 422.

Pensionsverein der Rechtsanwalte und Notare im Bezirk des Appellationsgerichts zu Hamm 55. 46.

Gebühren der Notare bei ihrer Vernehmung als Zeugen außerhalb ihres Wohnorts 56. 342.

Notare haben auf Portofreiheit auch für ihre amtliche Korrespondenz keinen Anspruch (Reskript. v. 3. Januar 1858 §. 7) 58. 53.

Verfahren bei Abfassung von notariellen Protokollen über die Beschlüsse der Generalversammlungen von Aktiengesellschaften 58. 386.

Form und Gebrauch des Dienstsiegels der Notare 39. 374. — Preis der Dienstsiegel 39. 429.

Verfahren bei Amtssuspension der Notare 43. 27. — Wird gegen einen Notar die Disziplinar- oder Kriminal-Untersuchung eingeleitet, so hat der betreffende Staatsanwalt dem Justiz-Minister Anzeige davon zu machen 50. 147; 51. 230. — Verfahren der Staatsanwaltschaft bei Disziplinar-Untersuchungen wider Notare 52. 231. — Die Berufung an das Ober-Tribunal in Disziplinar-Untersuchungen wider Rechtsanwalte und Notare gegen Entscheidungen des Ehrenraths derselben ist an eine vierwöchentliche Anmeldefrist gebunden 56. 4.

Verfahren bei Beurlaubung der Notare 53. 378.

Verfahren in Disziplinar-Untersuchungen wider Notare zum Zweck der Dienstentlassung 59. 130.

Notare in der Rheinprovinz.

Die Beglaubigung der Unterschrift eines Notars in der Rheinprovinz bei Aufnahme von Spezialvollmachten zur Erhebung gerichtlich deponirter Gelder ist nicht erforderlich 39. 183.

Verpflichtung der Notare in der Rheinprovinz zur kostenfreien Benachrichtigung der bei dem Kataster angestellten Beamten von einem eingetretenen Güterwechsel 39. 306.

Kompetenz des Appellationsgerichtshofes in Cöln zur Entscheidung über Rekurse der Notare wider Stempel-Strafexekutionen, welche gegen sie von den Landgerichten erlassen worden sind 39. 251.

Befähigung zu dem Amte eines Notars im Bezirk des Appellationsgerichtshofes zu Cöln 52. 387.

Gebühren der Notare in der Rheinprovinz bei freiwilligen Subhastationen 40. 241.

Gebühren der Notare.

Aeltere Bestimmungen über den Gebührenansatz der Notare 40. 70, 140, 346; 41. 209; 43. 52, 143, 206.

Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung und den Ansatz der Gebühren der Notare 49. 183.

Bei welchem Gericht die Gebühren der Notare nach veränderter Einrichtung der Gerichtsbehörden festzusetzen sind 49. 331.

Anzeige von dem Erscheinen des Gesetzes v. 11. Mai 1851 über den Ansatz und die Erhebung der Gebühren der Notare, sowie von der Veranstaltung einer amtlichen Ausgabe desselben, nebst der dazu erlassenen Instruktion 51. 326.

Gebühren der Notare für die Ertheilung beglaubigter Abschriften 52. 34.

Erläuterungen zu §. 16 des Gesetzes v. 11. Mai 1851 52. 34.

Instruktion vom 11. September 1851. 52. 126.

Ob ein Notar seine Amtsgeschäfte gegen geringere als die taxmäßigen Gebühren verrichten darf 59. 339.

Gebührensätze der Notare nach der Instruktion vom 11. September 1851:

Abschriften, inwiefern Notare für die bei den Hypotheken-Behörden einzureichenden Abschriften von Dokumenten Gebühren liquidiren können (Instr. zu §. 8. des Ges. vom 11. Mai 1851) 52. 152; — desgl. für die von ihnen verlangten einfachen Abschriften (Instr. zu §. 16) 52. 152.

Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Gebühren der Notare (Instr. zu §§. 6 ff.) 52. 152.

Anträge, Gebühren für Anträge bei den Gerichts- und Hypothekenbehörden (Instr. zu §. 8) 52. 152.

Atteste (Instr. zu §. 6) 52. 152.

Aufnahme einseitiger Erklärungen (Instr. zu §§. 6 ff.) 52. 152.

Auktionen (Instr. zu §. 14) 52. 152.

Auseinandersetzungen, Gebühren für die Leitung von Auseinandersetzungen (Instr. zu §. 15) 52. 152.

Digitized by Google

Ausfertigung der einzelnen Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Instr. zu §. 6) 52. 152.

Auslagen (Instr. zu §. 16) 52. 152.

Außerordentlicher Werth, Verfahren, wenn der Werth des Gegenstandes sich nicht aus den instrumentirten Erklärungen der Parteien ergiebt (Instr. zu §. 2) 52. 152.

Beglaubigung einer Unterschrift (Instr. zu §§. 6, 7) 52. 152. — Gebühren für beglaubigte Abschriften (Instr. zu §. 16) 52. 152.

Beschwerden über die Gebühren-Liquidationen der Notare, Verfahren dabei (Instr. zu §. 4) 52. 152.

Bürgschaften, Gebühren für die Aufnahme von Bürgschaften (Instr. zu §. 6) 52. 152.

Cession, Gebühren für die Aufnahme einer Cession (Instr. zu §. 6) 52. 152.

Diäten der Notare (Instr. zu §. 13) 52. 152.

Dolmetscher, Gebühren, wenn ein Dokument in verschiedenen Sprachen aufgenommen werden muß (Instr. zu §§. 6, 16) 52. 152.

Ehevertrag, Gebühren für den Entwurf eines Ehevertrags, s. Tabellen zu dem Gesetze.

Einreden (Einwendungen), Verfahren bei Einwendungen gegen die Gebühren-Liquidationen der Notare (Instr. zu §. 4) 52. 152.

Einziehung der Gebühren der Notare (Instr. zu §. 3) 52. 152.

Entwurf, Gebühren für erforderte Entwürfe von Verträgen, Dispositionen oder andere Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Instr. zu §. 3) 52. 152.

Erbtheilung, Gebühren der Notare für die Leitung von Erbtheilungen (Instr. zu §. 15) 52. 152.

Erklärungen, Gebühren für die Aufnahme und Ausfertigung von Erklärungen (Instr. zu §§. 6, 7) 52. 152.

Familienschlüsse, Gebühren für die Errichtung von Familienschlüssen (Instr. zu §. 6) 52. 152.

Familienstiftungen, desgl.

Festsetzung der Gebühren der Notare (Instr. zu §. 3) 52. 152.

Fremde Sprachen, Gebühren bei Aufnahme eines Instruments in fremder Sprache (Instr. zu §. 6) 52. 152.

Gesuche, Gebühren für die Anfertigung von Gesuchen (Instr. zu §. 8) 52. 152.

Grundgerechtigkeiten, Berechnung des Werths derselben beim Gebührenansatz (Instr. zu §. 2) 52. 152.

Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Gebühren der Notare für dieselben (Instr. zu §§. 6, 7) 52. 152.

Hohenzollern, das Gesetz v. 11. Mai 1851 findet in den Hohenzollernschen Landen vorläufig keine Anwendung (Ges. v. 11. Mai 1851 §. 1) 52. 152.

Honorar der Notare für Erbtheilungen und andere Auseinandersetzungen (Instr. zu §. 15) 52. 152.

Hypotheken-Behörden, Gebühren der Notare für Anträge bei den Hypotheken-Behörden (Instr. zu §. 8) 52. 152.

Instrumente-Zeugen, Gebührenansatz für die Zuziehung derselben (Instr. zu §§. 6, 16) 52. 152.

Inventarisationen (Instr. zu §§. 6 ff., 9, 13, 16) 52. 152.

Krankheit, Gebühren der Notare, wenn sie zu kranken Personen gerufen werden (Instr. zu §. 13 B.) 52. 152.

Leistungen, Berechnung ihres Werths beim Gebührenansatz (Instr. zu §. 2) 52. 152.

Licitationen, Gebühren für die Abhaltung der Licitationen unbeweglicher Sachen (Instr. zu §. 9) 52. 152.

Liquidation der Notare (Instr. zu §. 3) 52. 152.

Minimum der Gebühren der Notare (Instr. zu §§. 6, 8, 12) 52. 152.

Nachtzeit, Gebühren der Notare, wenn sie in der Zeit von Abends 8 Uhr bis Morgens 8 Uhr gerufen werden (Instr. zu §. 13 B.) 52. 152.

Notare, Gebühren für die Zuziehung eines zweiten Notars (Instr. zu §§. 12, 16) 52. 152.

Nutzungen, Berechnung des Werths derselben (Instr. zu §. 2) 52. 152.

Ordnungsstrafen, Aufstellung der Liquidation unter dem Protokoll und jeder Ausfertigung bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe (Instr. zu §. 3) 52. 152.

Pfandverschreibung, Gebühren für die Aufnahme derselben (Instr. zu §. 6) 52. 152.

Reisekosten der Notare (Instr. zu §. 13); desgl. bei Auktionen (Instr. zu §. 14) 52. 152.

Rekognition der Unterschrift (Instr. zu §§. 6, 7) 52. 152.

Reluras in Beschwerdesachen über die Gebühren der Notare (Instr. zu §. 4) 52. 152.

Schreiben, Gebühren der Notare für Schreiben an Gerichts- und Hypotheken-Behörden (Instr. zu §. 8) 52. 152.

Schreibgebühren der Notare (Instr. §§. 8, 16) 52. 152.

Schuldverschreibung, Gebühren für die Aufnahme einer Schuldverschreibung (Instr. zu §. 6) 52. 152.

Servituten, Berechnung des Werths derselben (Instr. zu §. 2) 52. 152.

Stempel zu Notariatsgeschäften (Instr. zu §. 2); exekutivische Einziehung derselben (Instr. zu §. 5) 52. 152.

Taxe, Aufnahme der Taxen (Instr. zu §§. 6, 9) 52. 152.

Testament, Gebühren für die Entwerfung eines Testaments (Instr. zu §§. 6, 11) 52. 152.

Unterschrift, Gebühren für die Rekognition und Beglaubigung von Unterschriften (Instr. zu §§. 6—7) 52. 152.

Verträge, Gebühren für die Entwerfung derselben (Instr. zu §. 11); Verträge über bäuerliche Besitzungen in Westphalen (Instr. zu §. 2); Gebühren für die Aufnahme und Ausfertigung von Verträgen (§. 6) 52. 152.

Vollmacht, Gebühren für die Aufnahme einer Vollmacht (Instr. zu §. 6) 52. 152.

Vorschuß, inwieweit Notare einen Vorschuß fordern können (§. 17 des Ges. d. 11. Mai 1851).

Wechsel-Proteste, Gebühren der Notare für die Aufnahme von Wechsel-Protesten (Instr. zu §§. 6, 16) 52. 152.

Werth des Objekts, Berechnung desselben bei den Geschäften der Notare (Instr. zu §. 2) 52. 152.

Westphalen, Verträge über bäuerliche Besitzungen in Westphalen (Instr. zu §. 2) 52. 152.

Zahlungsaufforderung der Notare wegen ihrer Gebühren und Auslagen (Instr. zu §. 3) 52. 152.

Zustimmung zu einer Erklärung, Gebühren für die Aufnahme derselben (Instr. zu §. 6) 52. 152.

Notariats-Ordnung v. 11. Juli 1845, Anwendung und Auslegung derselben:

§. 5. 51. 204.
§. 6. 47. 294.
§. 7. 47. 294.
§. 9. 47. 294.
§. 10. 47. 43, 294.

Digitized by Google

§. 12. 47. 302.
§. 13. 47. 302, 351; 53. 54.
§. 15. 47. 302.
§. 17. 47. 302.
§. 21. 47. 302.
§. 22. 47. 302.
§. 36. 47. 302.

Notariats-Protokolle, die im §. 10 Nr. 5 der Notariats-Ordnung v. 11. Juli 1845 vorgeschriebene Versicherung in den von den Notaren aufzunehmenden Protokollen ist zur Gültigkeit des Instruments unerläßlich; die Aufnahme dieser Versicherung, daß die Protokolle schließende Attest, kann die in §§. 41, 42 der Notariats-Ordnung ausgedrückten Nachtheile nicht abwenden 47. 43.

Notariats-Urkunden (Notariats-Instrumente).

Aufforderung an die Obergerichte zur Berichtserstattung darüber: ob Privatschreiber der Notare bei Aufnahme von Notariats-Urkunden als gültige Instrumentszeugen auftreten können 43. 63.

Die den Notariats-Instrumenten beizufügende Registratur ist kein besonderes Attest, welches einem besonderen Stempel unterliegt, sondern der Ausfertigungs-Klausel bei gerichtlichen Instrumenten gleich zu achten; daher es zur Ausfertigung einer von einem Notar aufgenommenen Vollmacht nur eines Stempels von 15 Sgr. bedarf 43. 206.

Verfahren bei Aufnahme von Notariats-Instrumenten 47. 294, 302.

Ob der im §. 13 der Verordnung v. 11. Juli 1845 vorgeschriebene Vermerk zu den Handzeichen nothwendig von dem zweiten Notar oder von einem der Zeugen gemacht werden muß 47. 351; 48. 170; 53. 54.

Eine vor dem Erlasse der Notariats-Ordnung v. 11. Juli 1845 mit einer lese- und schreibensunkundigen Person aufgenommene Notariats-Urkunde verliert die Eigenschaft einer solchen darum noch nicht, weil nicht einer der zugezogenen Zeugen oder ein zweiter Notar, sondern der instrumentirende Notar das Dokument vorgelesen hat 50. 83.

Eingangsformel für die in exekutorischer Form zu ertheilenden Ausfertigungen der Notariats-Urkunden in der Rheinprovinz für die Dauer der Regentschaft 58. 323.

Nullitätsquerel, s. Nichtigkeitsklage.

Nutzungen, deren Werth, s. Werth.

Nutzungsrechte der Gemeindeglieder, s. Gemeindenutzungen.

O.

Obduktion, Stempelpflichtigkeit der Obduktions-Verhandlungen 39. 88.

Einreichung der Obduktions-Verhandlungen und Obduktions-Berichte an die Regierungen sofort nach deren Eingang 40. 99. — Die Abschriften derselben müssen korrekt geschrieben sein 47. 334.

Regulativ für das Verfahren bei den medizinisch-gerichtlichen Untersuchungen menschlicher Leichname 45. 54. — Abgeänderte Regulativ v. 1. Dezember 1858. 59. 11.

Oberförster, formelles Verfahren zwischen dem Oberförster und dem Forstrichter in Betreff des Untersuchungsverfahrens gegen die schon dreimal bestraften Holzdiebe 47. 27. — Modifikation dieser Vorschrift 49. 332.

Obergerichte, was unter dem Ausdruck „betreffendes Obergerichts-Departement“ in Nr. 28 der Instruktion v. 7. April 1839 zu verstehen ist 40. 366.

s. auch Appellationsgerichte.

Obermeister, welches jährliche Einkommen bei Anstellung der Obermeister bei den Handwerks-Kompagnieen der Artillerie im Civil behufs Berechnung des Gehaltsverbesserungsabzuges zum Grunde zu legen ist 54. 27.

Ober-Pioniere, Berechnung der denselben bei ihrer Anstellung im Civil zu machenden Gehaltsverbesserungsabzüge 54. 27.

Ober-Präsidenten, Befugniß derselben zum Erlaß allgemeiner Verbote und Strafbestimmungen 57. 378.

Ober-Prokuratoren, Einwirkung der Ober-Prokuratoren auf die nach der Kriminal-Ordnung zu führenden Untersuchungen 39. 190.

Kompetenz der Ober-Prokuratoren zur Einlegung des Rechtsmittels der Aggravation in fiskalischen Untersuchungen gegen Advokaten und Advokat-Anwalte 40. 130; — desgl. gegen Friedensrichter und der gegen dieselben verübten Widersetzlichkeiten und Beleidigungen im Amte 40. 175.

Ober-Rechnungskammer, Verfahren derselben bei Revision der gerichtlichen Salarienkassen-Rechnungen 50. 179.

Ober-Staatsanwalte, Uebersicht der nach erfolgter Ausführung der Verordnung vom 2. Januar 1849 fungirenden Ober-Staatsanwalte 49. 350.

Kontrolirung der Geschäftsverwaltung der Polizeianwalte durch die Ober-Staatsanwalte 50. 211.

Gebühren für die Introduktion und Vereidigung der Ober-Staatsanwalte 52. 302.

Befugniß der Ober-Staatsanwalte zur Einlegung des Kompetenz-Konflikts 54. 16.

Die Ober-Staatsanwalte sind nicht berechtigt, die ihnen zustehende Befugniß, Entscheidungen der Appellationsgerichte durch Einlegung der Nichtigkeitsbeschwerde anzufechten, auf den Staatsanwalt bei dem Gerichte erster Instanz zu übertragen 54. 294.

Vergütung der Reisekosten bei Dienstreisen der Ober-Staatsanwalte 49. 296; 52. 42. (Instr. zum Erl. v. 9. Mai 1851) 52. 137.

Ober-Staatsanwalts-Gehülfen, Vergütung für Dienstreisen derselben 49. 296.

Ober-Tribunal (Geheimes Ober-Tribunal).

Autorisation der Gerichte zur Anschaffung der im amtlichen Auftrage herausgegebenen Entscheidungen des Geheimen Ober-Tribunals 42. 180.

Verhältniß des Geheimen Ober-Tribunals zum Justiz-Ministerium unter Leitung des Staats-Ministers Mühler 44. 216. — Vereinigung des Rheinischen Revisions- und Kassationshofes mit dem Ober-Tribunal 52. 410.

Verfahren, wenn ein Senat des Geheimen Ober-Tribunals in Civil-Prozessen nach der Verordnung v. 21. Juli 1846 einen Konflikt mit einer früheren Entscheidung angenommen hat 47. 220, 332. — Zusammenstellung der bei dem Ober-Tribunal angenommenen Grundsätze über das Subkatations-Verfahren 53. 101, 113, 127. — In welchen Fällen ein Konflikt unter den verschiedenen Senaten des Ober-Tribunals anzunehmen und ein Plenarbeschluß deshalb für nothwendig zu achten ist 55. 327.

Digitized by Google

Gegen Verfügungen des Appellationsrichters, wodurch ein Rechtsmittel zurückgewiesen wird, findet unter Einhaltung der sechswöchentlichen Frist unter allen Umständen die Berufung an das Ober-Tribunal statt 47. 332. — Zulässigkeit des Beschwerdeweges, wenn durch Beschluß des Appellationsgerichts der Antrag des Staatsanwalts auf Verletzung in den Anklagestand zurückgewiesen wird 49. 391. — Kriegsgerichte sind nicht befugt, über Beschlüsse des vorgesetzten Appellationsgerichts in Untersuchungssachen Beschwerde bei dem Ober-Tribunal zu führen 58. 216.

Verfahren der Gerichte bei Einsendung von Akten an das Ober-Tribunal 47. 322; 49. 314; 57. 122. — Verfahren der Gerichte und Beamten der Staatsanwaltschaft bei deren Kommunikation mit dem Ober-Tribunal 51. 167.

Zulassung zum Richteramte nicht qualifizirter Parteien zur eigenen selbstständigen Vertheidigung ihrer Rechtssachen bei dem Ober-Tribunal 47. 334.

Zahlung der in Auseinandersetzungssachen bei dem Ober-Tribunal angesetzten Gebühren 40. 319; 51. 188.

Festsetzung der Gebühren der bei dem Ober-Tribunal fungirenden Justiz-Kommissarien in schleunigen Sachen 47. 332.

Oblaten, Anwendung derselben zum Verschließen der Briefe bei den Gerichten 39. 199.

Frachtbriefe, welche mit einer Adresse versehen sind und bei welchen eine Stelle mit Oblate verschlossen ist, welche eine Notiz für den Adressaten enthält, sind als verschlossene Briefe im Sinne des Portogesetzes v. 5. Juni 1852. §. 5 Nr. 1 zu betrachten 54. 240.

Observation, Unzulässigkeit der Observation, wenn ein Schuldgefangener wegen Krankheit aus dem Personalarrest entlassen werden muß 40. 216.

Oeffentliche Arbeiten, Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten zwischen Unternehmern öffentlicher Arbeiten und den dadurch beeinträchtigten Privatpersonen 49. 12.

Oeffentlichkeit in Strafsachen, inwiefern die Ausschließung der Oeffentlichkeit in Strafsachen das Erkenntniß nichtig macht 56. 322.

Oekonomen einer Aessourte; dieselben bedürfen der politeilichen Genehmigung zur Verabreichung von Speisen und Getränken an die Mitglieder derselben 53. 176.

Oekonomie-Kommissarien, s. **Auseinandersetzungs-Behörden.**

Oels (Thronlehn), Lehnserneuerung und Dispensation vom persönlichen Erscheinen des Inhabers 42. 195.

Oesterreich, Vollstreckung der von Preußischen Gerichtsbehörden ergangenen Erkenntnisse in den Kaiserlich Oesterreichischen Staaten 40. 309; 56. 210; 57. 426.

Insinuationen nach den Oesterreichischen Staaten und nach Ungarn sind gebühren- und postenfrei zu befördern 44. 212.

Geschäftsverkehr zwischen den Oesterreichischen und Preußischen Justizbehörden 56. 210; 57. 107, 426; 58. 282.

Uebersicht der Gerichtsbehörden des Oesterreichischen Kaiserstaats 56. 211.

Ofen, Ausschließung eiserner Oefen von der Pfändung bei Exekutions-Vollstreckungen 56. 334.

Ofenheizer, Anstellung von Ofenheizern auf Kündigung 41. 363. — Pensionsbeiträge der auf Kündigung angestellten Ofenheizer 42. 207.

Offizial-Mandatar, s. **Rechtsanwalte.**

Offiziere, in Fällen des Verlustes der National-Kokarde ist bei Offizieren gleichzeitig auf den Verlust der Offizierscharge zu erkennen 39. 127. — Allerhöchste Bestätigung der auf den Verlust der Offizierscharge lautenden Erkenntnisse 46. 236. — Die Untersuchung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Zeit, bei für Offiziere stets die Entfernung aus dem Offizierstande zur unmittelbaren Folge; sie werden außerdem der ihnen aus der Staatskasse zu zahlenden Pension verlustig 52. 218.

Ressortverhältnisse der Militairbehörden bei einer gerichtlichen Beschlagnahme von Gehalt oder Pension der Offiziere 41. 94; 53. 363. — Gehaltsabzüge der Offiziere wegen laufender Alimente 45. 11.

Verfahren bei Exekutions-Vollstreckungen gegen die Ehefrauen der Offiziere 41. 327.

Civilversorgungs-Ansprüche vormaliger freiwilliger Jäger, welche nachher in der Armee als Offiziere angestellt worden sind 42. 388. — Welches jährliche Einkommen der Offiziere bei ihrer Anstellung im Civil zum Grunde zu legen ist 54. 27. — Vorschriften über die Wiedergewährung oder Belassung von Pensionen und Wartegeldern der im Civildienste wiederangestellten oder beschäftigten versorgungsberechtigten Offiziere und Militairbeamten 58. 66.

Mittheilung ehrengerichtlicher Erkenntnisse gegen die als Beamte im Staatsdienste angestellten verabschiedeten Offiziere an die ihnen vorgesetzte Dienstbehörde 46. 143. — Zusammenstellung der Vorschriften über das Verfahren bei Untersuchungen gegen verabschiedete Offiziere der Linie 47. 51; 50. 414. — Berücksichtigung der Rechte und Verhältnisse gewesener Offiziere beim Steuerverfahren gegen dieselben 47. 51.

Rechtliche Wirkungen einer Räumschaft für nicht konfenzirte Darlehnsverträge der Subaltern-Offiziere 56. 102.

Insinuation gerichtlicher Verfügungen an Offiziere, welche in Kaiserneu einquartiert sind, und Benachrichtigung der Militairvorgesetzten von den gegen aktive Offiziere eingebenden Klagen 57. 324, 362.

s. auch **Urlaubte des Soldatenstandes, Dienstauszeichnungskreuz, Gensdarmen, Landwehr**

Obeim, der Obeim gehört zur Zahl derjenigen Verwandten, welche die gesetzliche Präsumtion einer Vollmacht für sich haben 40. 357.

Oldenburg (Großherzogthum), Verfahren bei Requisitionen dahin 44. 267.

Befugniß der Oldenburgischen Konsularbeamten, die Verhaftung und Auslieferung der von den Schiffen ihrer Nation desertirten Matrosen, welche nicht Preußische Unterthanen sind, zu verlangen 45. 217.

Opfergeld, s. **Pfarr-Abgaben.**

Opposition, s. **Berufung.**

Orden, Auslieferung der Ordens-Insignien bei dem Ableben der Besitzer 40. 195; — bei welchen Ordens-Insignien die Auslieferung nicht erforderlich ist 40. 52.

Verfahren bei erkannten Ordensverluste 41. 186, 159; 50. 414. — Anderweitige Bestimmungen 51. 373. — Die Einsendung der aberkannten Orden muß sofort nach der Rechtskraft des Urtheils bewirkt werden 53. 344.

Auslieferung der Besitzergnisse 41. 186. — Verzichtleistung auf die Auslieferung der Besitzergnisse nach dem Tode des Inhabers 50. 375.

Digitized by Google

Ordens-Patente, welche von des Königs Majestät vollzogen sind, verbleiben nach dem Tode des Besitzers den Erben 41. 186.

Zusammenstellung der Vorschriften über das Verfahren bei Untersuchungen gegen Besitzer von Orden und Ehrenzeichen 47. 51; 51. 230. 373.

s. auch Baden, Dienstauszeichnung, Dienstauszeichnungskreuz, Denkmünzen, Ehrenzeichen, Hamburg, Landwehrauszeichnung, Rettungsmedaille.

Ausländische Orden.

Verfahren bei Nachsuchung der Erlaubniß zur Annahme und Anlegung der von fremden Souverainen verliehenen Orden 46. 191.

Dekorationen Französischer Orden und fremde Verdienst-Medaillen sind bei dem Ableben der Besitzer nicht zurückzugeben 40. 252.

Verlust ausländischer Orden in Folge begangener Verbrechen 45. 71; 50. 414; 51. 230. 373.

s. auch Ehrenlegion.

Ordens-Kommission (General-Ordens-Kommission).

Benachrichtigung derselben durch Mittheilung des Tenors der Erkenntnisse von dem Verluste von Orden und Ehrenzeichen 51. 373.

Ordnungsstrafe, Verfahren bei Ermäßigung oder Niederschlagung der gegen Justizbeamte festgesetzten Ordnungsstrafen in Stempelsach n 39. 5. — Ordnungsstrafen gegen Justiz-Kommissarien 48. 6, 365. — Geldbußen, welche auf Grund der Vereordnung v. 11. Juli 1849 einem Beamten als Ordnungsstrafen auferlegt werden, dürfen im Unvermögensfalle nicht in Gefängnißstrafen verwandelt werden 50. 111.

s. auch Beamte, Rechtsanwalte.

Befugniß der Polizeigerichte in der Rheinprovinz zur Festsetzung von Ordnungsstrafen im Sinne des §. 16 der Verordnung v. 17. März 1839 über den Verkehr auf den Kunststraßen 41. 32.

Unzulässigkeit gerichtlicher Klagen auf Erstattung der von einem Magistrat im Aufsichtswege verhängten und eingezogenen Ordnungsstrafen 54. 165; — desgl. gegen die von der Bau-Polizeibehörde verhängten Ordnungsstrafen 55. 162; — desgl. gegen die von einem Landrathe gegen den Rendanten einer Kirchenkasse verhängten Ordnungsstrafe wegen verweigerter Auszahlung von Auslagen 58. 199.

Organisation der Justizbehörden, s. Justiz-Organisation.

Ortsgerichte, s. Gerichte.

Ortsnamen, nähere Bezeichnung gleichnamiger Orte auf der Adresse bei der Korrespondenz der Gerichtsbehörden 43. 61.

Ortsverzeichnisse, Einreichung eines alphabetischen Verzeichnisses der in jedem Departement belegenen Ortschaften unter Angabe der etwaigen früheren Bezeichnungen 40. 381. — Bekanntmachung dieses Verzeichnisses 41. 112.

Ermächtigung der Gerichte zur Anschaffung der topographisch-statistischen Uebersicht des Reg. Bezirks Gumbinnen 41. 104; — desgl. des vollständigen topographischen Justizinistrativen Handbuchs der sämmtlichen Deutschen Bundesstaaten 42. 320; 43. 159. — Empfehlung der topographisch-statistischen Uebersicht des Reg. Bezirks Frankfurt 44. 44.

Osnabrückische Eigenthums-Ordnung fortdauernde Wirksamkeit der in derselben aufgeführten Fälle der Ausschließung der Erben von der Succession in Kolonat, in Bezug auf das Heimfallsrecht des Gutsherrn 39. 248.

Ostpreußen, s. Preußen.

Ostrhein, Verfahren gegen verhaftete fremde unbekannte oder der Flucht verdächtige, in die Gerichtsgefängnisse zur Aufbewahrung abgeliefernte Steuer-Kontravenienten von Seiten der Ostrheinischen Gerichte 39. 252.

Einführung der das Verfahren in fiskalischen Untersuchungen enthaltenen Bestimmungen in dem Ostrheinischen Theile des Reg. Bezirks Coblenz 39. 364. — Instanzenzug in fiskalischen Untersuchungen wegen Injurien 40. 112.

Aufführung der Richter in den nach gemeinem Deutschen Prozesse ergangenen Erkenntnissen, welche an dem Urtheilsspruche Theil genommen haben 41. 31.

Anwendbarkeit des §. 221 des Anhangs zur Prozeß-Ordnung im Bezirk des Justiz-Senats zu Coblenz 41. 292.

Regulativ v. 24. November 1838 wegen Einrichtung der Fürstlichen Regierung zu Braunfels 42. 174. — Gerichtsstand der in dessen Bezirk wohnenden Eximirten, mit Ausnahme der Königlich Preußischen Beamten und der besonders privilegirten Personen 42. 318.

Entwurf einer Verordnung für den Bezirk des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein behufs Einführung eines gleichmäßigen, auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit beruhenden Verfahrens in Civilsachen 49. 69.

Abhandlung über die Nichtigkeits- und Restitutionsklage in dem Bezirk des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein 51. 196.

Instruktion v. 5. Juni 1852 über die Kompetenz der Voluntairgerichte im Bezirk des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein 52. 234; — ergänzende und abändernde Bestimmungen dazu 54. 51; 57. 206.

Inwiefern der Rechtsweg zulässig ist, wenn zum Bau einer öffentlichen Straße im Ostrheinischen Bezirk Privateigenthum abgetreten werden muß 58. 258.

Kosten, Anwendung des Gerichtskostengesetzes v. 10. Mai 1851 im Bezirk des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein (Instr. zu §. 2 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114. — Einziehung der Kosten (§. 10) 52. 114. — Tarif in schleunigen Prozessen (§. 5 des Tarifs) 52. 126.

Die Gerichtskostengesetze finden zur Zeit auf die Feldgerichte am Ostrhein keine Anwendung (Instr. zu §. 2 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114; — desgl. auf die Geschäfte der Feldgeschworenen, der Schultheißen und der Voluntairgerichte (ebend.), — Kostenansatz für die Geschäfte der Landschreiber (ebend.).

Ottweiler (Grafschaft), Empfehlung der Sammlung der für dieselbe erlassenen Verordnungen 42. 332.

P.

Pacht, die gerichtliche Verpachtung im Wege der Exekution ist nur dann zulässig, wenn der Besitzer selbst sich damit einverstanden erklärt 42. 387.

Pächter, inwiefern dieselben die Rechte des Verpächters auf anderer Betheiligten im Prozesse zu vertreten befugt sind 39. 30.

Folgen, wenn der Pächter die ihm zur Pflicht gemachte Anzeige eines entdeckten Gewährsmangels dem Verpächter nicht im Laufe des Pachtjahres leistet 44. 188.

Rücktritts- und Kündigungsrecht der Verpächters und Vermiethers 47. 241.

Digitized by Google

Verlust der Einwendungen gegen die Aufkündigung einer Pacht oder Miethe 48. 145.
f. auch Erbpacht.
Pachtprozesse, Zulässigkeit des summarischen Prozesses in einfachen Pachtprozessen 39. 112.
Pachtverträge, Form von Pachtverträgen in welchen der Pachtzins als Aequivalent für Darlehnszinsen stipulirt ist 40. 350.
Kompetenz der Spezial- und Regierungs-Kommissarien zur Aufnahme von Pachtverträgen in Theilungs-, Ablösungs- und Regulirungssachen 48. 139.
Die Befugniß der Regierungen, einen Pächter nach abgelaufener Pachtzeit zu exmittiren, setzt ein Zeitpachtverhältniß voraus 55. 108.
Pachtzins, ob die im Wege der Exekution bewirkte Einleitung der Sequestration eines Grundstücks in ihren Wirkungen auch die vor Einleitung derselben fällig gewesenen Miethe- und Pachtzinsen umfaßt 48. 346.
Packmeister, s. Eisenbahnbeamte, Frachtführer.
Paderborn, Anwendung des Heimfallrechts auf die Paderbornschen Meiergüter 39. 146.
Eheliche Gütergemeinschaft, wie sie in dem ehemaligen Fürstenthum Paderborn gilt 44. hinter Seite 176.
(Ober-Landesgericht), Ueberweisung der Rekurse in Bagatellsachen an den ersten Senat des O. L. G. 39. 340. — Anweisung des O. L. G. an die Untergerichte seines Departements wegen richtiger Behandlung der Bagatellsachen 40. 167. — Bestimmung der Kompetenz der Gerichtstags-Kommissarien im Bezirk des O. L. G. zu Paderborn 40. 205. — Geschäftsvertheilung zwischen den Inquisitoriaten und den Untergerichten im Bezirk des O. L. G. zu Paderborn 41. 107.
Instruktion des O. L. G. für die Gerichtstags-Kommissionen im Bezirk seines Departements 41. 130; — desgl. für die Untergerichte seines Departements über das Verfahren in Subhastationssachen 41. 171; — desgl. über die Bearbeitung der Bagatellsachen 41. 311; — desgl. in Betreff der Verbindung des Hypothekenbuchs mit dem Kataster 42. 67; — desgl. über die Einsendung der Erziehungsberichte in Vormundschaftssachen 44. 70; Erläuterungen zu derselben 45. 47. — Instruktion für die Gerichts-Kommissionen des Departements 46. 90; — desgl. über die Ausführung der Verordnung v. 21. Juli 1846. 46. 194; — Modifikation dieser Instruktion 47. 2. — Zusammenstellung der Vorschriften, welche die Civilgerichte in Strafsachen aus Rücksicht auf die Militairverhältnisse zu beobachten haben 47. 51.
(Land- und Stadtgericht), Instruktion über die Ausbildung der bei dem Land- und Stadtgericht in Paderborn beschäftigten Auskultatoren 41. 257.
Pakete, inwiefern die Verwaltung eines Briefes in ein Paket frankirt ist 56. 62. — Gericht der in Dienstangelegenheiten portofrei zu befördernden Paketsendungen 57. 384.
Papier, Format und Verbrauch desselben bei den Gerichten 39. 199; 41. 350. — s. auch Stempelpapier.
Papiergeld, s. Werthpapiere.
Parochiallasten, s. Kirchengemeinde.
Parochialverband, der Austritt aus dem Parochialverbande begründet bei Streitigkeiten über die Beitragsverbindlichkeit zu den Kultuskosten einer Kirchengemeinde die Zulässigkeit des Rechtsweges nicht 54. 413.
Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Beitragspflicht fremder Konfessionsverwandten zu Beiträgen und Leistungen, welche aus dem Parochialverbande fließen 58. 284.
Parochie, die Entscheidung darüber, ob Jemand zur Parochie einer bestimmten kirchlichen Gemeinde gehöre, steht den Verwaltungsbehörden zu 58. 267.
Parzelen, Verfahren der Hypothekenbehörden bei Abschreibung von Parzelen im Hypothekenbuche 39. 6; — desgl. bei Abschreibung von Parzelen eines Ritterguts 39. 41; — desgl. bei Abschreibung einer ursprünglichen Dominial-Parzele von dem Hypothekenfolium des immittelst mehrfach veräußerten Hauptgutes 40. 46. — Formelles Verfahren bei Parzelen-Abschreibungen 40. 127. — Verfahren bei Abschreibung einer in Erbpacht ausgethanen Parzele von dem Hauptgute 40. 237. — Verfahren bei Abschreibung der von dem Areal eines eximirten Landguts durch Veräußerung zu vollem Eigenthum oder Erbzins oder Erbpachtsrechten abgetrennten Bestandtheile 40. 262, 278; Erläuterungen hierzu 40. 352; 41. 37; 44. 113. — Verfahren bei Ab- und Zuschreibung vertauschter Guts-Parzelen im Hypothekenbuche hinsichtlich der darauf haftenden Abgaben und öffentlichen Lasten 48. 307.
Löschung der auf dem Hauptgut zur Sicherung von Parzelenkäufern eingetragenen Protestationen 41. 119.
Inwiefern eine von einem eximirten Landgute des Fiskus veräußerte Parzele den eximirten dinglichen Gerichtsstand verliert und in die Real-Jurisdiktion des Ortsgerichts übergeht 41. 184.
Befugniß der Regierungen zur Ertheilung des Konsenses bei Austauschung einzelner Parzelen nicht verpfandbriefter Güter 41. 332; 44. 152.
Rechte des Hypothekengläubigers an solche Theile des Grundstücks, welche schon vor Eintragung der Hypothek an einen Dritten veräußert, aber nicht abgeschrieben worden sind 55. 119.
Parzelirung, Verfahren bei Parzelirungen von Grundstücken in Berlin 39. 339; — desgl. bei Parzelirungen im Departement des O. L. G. zu Insterburg 39 365; 48. 208, 218.
Parzelirungsbefugniß der Erbzinsleute und Eigenthümer, sowie der Erbpächter in den Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern und Schlesien 42. 10, 387.
Verfahren bei Aufnahme von Parzelirungs-Verträgen über Bauergüter und andere ländliche Grundstücke 42. 103.
Verfahren bei der nothwendigen Subhastation eines mit Renten belasteten parzelirten Bauerguts vor Vertheilung der Abgaben 43. 32.
Verfahren bei Ausführung des Gesetzes v. 3. Januar 1845 wegen Zerstückelung von Grundstücken 46. 123.
Passiv-Masse, Gebühren für die Konstituirung derselben, s. Rechtsanwalte.
Pastoralgehülfen-Anstalt in Duisburg, Bewilligung der Stempel- und Portofreiheit, des Armenrechts und der Rechte einer moralischen Person für dieselbe 46. 106.
Paßwesen, Paßpflichtigkeit der in- und ausländischen Grenzbewohner, welche des Schleichhandels verdächtig sind 39. 318. — Erläuterungen zu dieser Vorschrift in Betreff der Rheinprovinz 39. 426.
Patrimonialgerichte (Patrimonialgerichtsbarkeit).
Verpflichtung der Patrimonialgerichte zur Anschaffung des Justiz-Ministerialblatts 39. 1; 47. 106; — desgl. des Amtsblatts der betreffenden Regierung 41. 264.
Berrechnung der Sporteln bei den von Königlichen Gerichten interimistisch verwalteten Patrimonialgerichten 39. 28. — Regulativ über die Verwaltung der Sportelkassen bei den Patrimonialgerichten 40. 10. — Erhebung der Gerichtssporteln der Patrimonialgerichte und Unzulässigkeit der Be-

Digitized by Google

rechnung von Meilengeldern vom Wohnorte des Patrimonialrichters **40**. 154.

Remuneration für die mit der Verwaltung benachbarter Patrimonialgerichtsbarkeiten widerruflich beauftragten Königlichen Gerichte **39**. 259.

Erstattung der baaren Auslagen des von einem Privatgerichte einer armen Partei von Amtswegen zugeordneten Mandatars **39**. 310. — Zuweisung der Patrimonialgerichtsherr zur Tragung der baaren Auslagen in den bei den Patrimonialgerichten anhängigen Blödsinnigkeitserklärungs-Prozessen verpflichtet ist **40**. 260.

Kompetenz der Regierungen bei Organisations-Veränderungen der Untergerichte durch definitive Uebertragung einer Patrimonialgerichtsbarkeit **40**. 115. — Verfahren bei Anträgen auf widerrufliche Uebertragung der Verwaltung eines Patrimonialgerichts an ein Königliches Untergericht **42**. 322; **43**. 72. — Ermächtigung des Justiz-Ministers zur Genehmigung von Verträgen über die Verwaltung der Patrimonialgerichtsbarkeit durch Königliche Gerichte **48**. 114, 206.

Aufforderung an die Obergerichte zur Berichtserstattung darüber, ob und welche Veränderungen in den Jurisdiktions-Befugnissen einer Patrimonialgerichtsherrn ihres Bezirks eingetreten sind, wenn der Konkurs über sein Vermögen ausgebrochen war **40**. 176.

Patrimonialgerichte, welche nur mit der Civilgerichtsbarkeit beliehen worden, sind zur Führung von fiskalischen Untersuchungen nicht kompetent **41**. 55. — Die Gerichtsbarkeit über Königliche Beamte niederen Ranges kann nicht an Patrimonialgerichte, sondern nur an Königliche Gerichte oder für Rechnung der Staatskasse verwaltete Privatgerichte übertragen werden **41**. 91. — Patrimonialgerichtsherren sind nicht befugt, den Ort, wo die Gerichtstage abgehalten werden, innerhalb des Gerichtssprengels willkürlich zu verlegen **41**. 167. — Verhältniß der Patrimonialgerichte in den Landestheilen, welche vormals zum Königreich Westphalen gehört haben, denen die Verwaltung der Patrimonialgerichtsbarkeit zusteht, zu den Organen der Regierung **41**. 239.

Verfahren bei Uebergabe von Justitiariaten **41**. 167, 168; **42**. 360; — in welchen Fällen die Kosten der Uebergabe den Staatsfonds zur Last fallen **43**. 92. — Kreis-Justizräthen ist die Verwaltung von Patrimonialgerichten innerhalb ihres Kreises nicht gestattet **42**. 370. — Unzulässigkeit der Verwaltung von Patrimonialgerichten durch Subalternen, auch wenn sie die Qualifikation zu einem Richteramte erlangt haben **43**. 206. — Zulässigkeit der Verwaltung der Gerichtsbiener-Geschäfte bei den Patrimonialgerichten durch ein Mitglied der Dorfgerichte **45**. 2.

Erleichterung des Patrimonialgerichtsherrn in Beziehung auf die Einrichtung des Depositalkastens bei den kleinen Patrimonialgerichten **42**. 4. — Anlegung der unter 10 Thaler betragenden Massen der Patrimonialgerichte bei der Bank **45**. 71. — Verhaftung der Nachfolger im Gutsbesitze für die Deposital-Defekte aus der Besitzzeit ihrer Vorgänger **46**. 131.

Inwieweit die Dispensation von Abhaltung der Lokalgerichtstage bei den Patrimonialgerichten zulässig ist **42**. 18.

Der Aushang der Subhastations-Patente bei Patrimonialgerichten muß an der Gerichtsstelle erfolgen; die Wohnung des Richters ist dafür nicht anzusehen **42**. 83. — Verfahren bei Abhaltung des Schlußtermins in den summarischen, von Patrimonialgerichten geführten Untersuchungen **45**. 107.

Aufforderung an die Obergerichte zur Berichtserstattung über die Beschaffenheit der Lokalien der Patrimonialgerichte **42**. 335.

Befreiung der Patrimonialgerichtsherren in der Provinz Preußen von den Kosten der Strafvollstreckung in den Zuchthäusern **44**. 46.

Regulativ zur Verwaltung der Patrimonialgerichte des Guhrauer Kreises **47**. 359.

Ausführung der Verordnung vom 2. Januar 1849 in Betreff der Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit **49**. 31.

Uebernahme der bei den ständigen Patrimonialgerichten lebenslänglich angestellten Subaltern- und Unterbeamten in den Königlichen Staatsdienst **49**. 112.

Patrimonialrichter, Verfahren bei Anträgen der Patrimonialrichter auf Uebernahme von Nebenämtern oder Nebenbeschäftigungen **40**. 287.

Inwieweit ein Patrimonialrichter zur Aufnahme von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit außerhalb seines Gerichtssprengels befugt ist **43**. 195.

Auctionsgebührenverhältnisse der Privatrichter bei ihrer Uebernahme in den Königlichen Justizdienst **50**. 104.

Patronat, Unzulässigkeit des Rechtsweges, wenn ein Beitragspflichtiger behauptet, daß der von der Stadt übernommene Patronats-Antheil mehr als das gesetzliche Quantum beträgt **58**. 271.

Zulässigkeit des Rechtsweges gegen den Fiskus, wenn derselbe das Mitpatronat eines Gymnasiums oder einer höheren Unterrichts-Anstalt erworben hat und das Vermögen derselben nicht ausreicht, die Pensionen für die Lehrer und Beamten der Anstalt zu berichtigen **59**. 34.

Patrouillen, Glaubwürdigkeit der Patrouillen als Zeugen **48**. 32.

Pauschquanta für Büreau-Bedürfnisse, s. Sächliche Ausgaben.

Pekulium, Recht der Anerben in den Fürstenthümern Münster und Minden und in der Grafschaft Rabensberg auf das von den mahlpflichtigen Wirthen nach Aufhebung des Leibeigenthums erworbene Pekulium **39**. 16. — Auslegung dieser Vorschrift **45**. 92.

Pension, Civil-Pension. Unzulässigkeit der Beschlagnahme von Pensions-Rückständen **41**. 39.

Verfahren zur Berichtigung der Kommunkosten bei dem Tode eines Pensionairs, über dessen Pension ein Abzugsverfahren gesetzwidrig hat **41**. 345.

Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Ansprüchen auf Pension als Mitglied der Französischen Ehrenlegion **51**. 78.

Berechnung der Pension städtischer Beamten, welche nach ihrer Entlassung aus dem Kommunaldienste das Amt eines Rechtsanwalts oder Notars angenommen haben **53**. 320.

Verwendung des Quittungsstempels, wenn der Beamte sein Einkommen theils als Gehalt, theils als Pension aus verschiedenen Kassen bezogen hat **55**. 258.

Vorschriften über die Wiedereinziehung oder Belassung von Pensionen der im Civildienste wieder angestellten oder beschäftigten versorgungsberechtigten Offiziere und Militairbeamten **58**. 66.

Verfahren, wenn das Vermögen eines Gymnasiums oder einer anderen höheren Unterrichts-Anstalt nicht ausreicht, um die Pensionen für die Lehrer und Beamten derselben zu berichtigen **59**. 34.

Militair-Pension, s. diese.

Digitized by Google

Pensionaire, Zulässigkeit des Personalarrestes gegen pensionirte Beamte **43**. 19.

Beschäftigung derjenigen Civil-Pensionaire, welche ihre Anstellung im Civildienst durch frühere Militairdienste erworben haben, als Lohnschreiber **44**. 168.

Inwiefern die Rechtswohlthat der Güterabtretung pensionirten Beamten zu Theil werden kann **46**. 134.

Pensionirung, Verfahren bei Pensionirung eines Beamten, welcher Gehaltsabzüge erleidet **42**. 197.

Gnadengehalt für die Hinterbliebenen eines Beamten, dessen Pensionirung zwar schon ausgesprochen, bei seinem Tode aber noch nicht eingetreten war **42**. 206.

Berechnung der Dienstzeit bei der Pensionirung von Beamten, welche im Militair gedient haben **42**. 215.

Anrechnung des Feldzuges in Schleswig-Holstein bei den an Gefechten betheiligt gewesenen Personen als Kriegsjahr bei Pensionirungen **48**. 456; — desgl. des Dienstes bei dem Kampfe des Jahres 1848 im Großherzogthum Posen **49**. 133; — desgl. bei dem Feldzuge von 1849 in Schleswig und Jütland, sowie bei dem Kampfe des Jahres 1849 in der Pfalz und im Großherzogthum Baden **49**. 483; — desgl. bei dem Gefechte des Dampfschiffs „Preußischer Adler" mit der Dänischen Kriegs-Brigg „St. Croix" **50**. 146; — desgl. des im Jahre 1849 zur Unterdrückung des Aufstandes im Königreich Sachsen stattgefundenen Kampfes **58**. 207.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die Pensionirung von Verwaltungsbeamten in den Hohenzollernschen Landen **58**. 143.

Pensions-Abzüge, Stempelpflichtigkeit der Verhandlungen bei Vertheilung von Pensions-Abzügen **43**. 79.

Pensions-Anstalten, Kostenfreiheit der Pensions-Versicherungs-Anstalten (Instr. zu §. 4 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Pensions-Beiträge, Befreiung der in etatsmäßigen Stellen auf Kündigung angestellten Beamten von Pensions-Beiträgen **41**. 363; — auf welche Beamte diese Vorschrift zur Anwendung kommt **42**. 207.

Behandlung der Pensions-Beiträge bei suspendirten Beamten **55**. 347.

Pensions-Kassen, Stempelfreiheit der Tauf-, Trau- und Todtenscheine, welche Beamte der Staatseisenbahnen bei Pensions- und Unterstützungskassen beizubringen haben **59**. 358. s. auch Wittwenkasse.

Pensions-Vereine, Bekanntmachung der Statuten des Pensions-Vereins der im Departement des O. L. G. zu Frankfurt angestellten Justiz-Kommissarien **43**. 162. — Nachtrag zu den Statuten **53**. 10. — Zahl der Mitglieder und Vermögensbestand des Vereins **45**. 87; **53**. 90; **55**. 124; **56**. 56; **57**. 80; **58**. 104; **59**. 64.

Pensions-Verein der Rechtsanwalte und Notare im Bezirk des A. G. zu Hamm **55**. 46.

Perhorrescenz, eine Perhorrescenz ist in dem Falle vorhanden, wenn der Richter an der Einleitung oder dem Betriebe des Prozesses als Mitglied einer Vormundschaftsbehörde Theil genommen hat **40**. 379.

Perrot (Staats-Prokurator), Verfassung, Zuständigkeit und Verfahren der Gerichte der Preuß. Rheinprovinzen in bürgerlichen Rechtssachen **42**. 232.

Personalarrest, Unzulässigkeit des Personalarrestes als Exekutionsmittel behufs der zu bewirkenden Löschung einer im Hypothekenbuch eingetragenen Dispositions-Beschränkung **40**. 171.

Unzulässigkeit der Observation, wenn ein Schuldgefangener wegen Krankheit aus dem Personalarrest entlassen werden muß **40**. 216.

Inwiefern der Antrag auf Personalarrest unzulässig ist, wenn der Gläubiger sich noch an auszustehende Forderungen des Schuldners halten kann **40**. 258.

Unzulässigkeit des Personalarrestes im Wege der Exekution gegen Personen, welche im öffentlichen Dienste beschäftigt sind **40**. 384. — Die Vorschriften über die Befreiung der Staatsbeamten vom Personalarreste finden auf die Polizei-Distrikts-Kommissarien der Provinz Schlesien keine Anwendung **42**. 304.

Zulässigkeit des Personalarrestes gegen pensionirte Militairpersonen und pensionirte Beamte, sobald die Exekution in das Vermögen derselben, wozu nur die schon fälligen Raten gehören, fruchtlos ausgefallen ist **43**. 19.

Verpflichtung des Gläubigers zur Zahlung eines Alimentenvorschusses, wenn der Schuldner nach fruchtlos vollstreckter Exekution die Abgabe des Manifestationseides verweigert und durch Personalarrest dazu angehalten werden soll **46**. 58. — Verrechnung der unverwendet gebliebenen Alimenten-Vorschüsse **59**. 10.

Anwendung des Personalarrestes **46**. 134.

Personalarrest gegen Ehefrauen als Exekutionsmittel **47**. 127.

Beschränkung des „Personalarrestes im Wege der Exekution **48**. 317.

Inwiefern der Personalarrest gegen den Besitzer eines Grundstücks zulässig ist **51**. 328.

Zahl der Schuldgefangenen in Berlin in der Zeit vom Dezember 1852 bis November 1853. **54**. 155.

Kostenansatz für die Vollstreckung des Personalarrestes (Instr. zu §. 14 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126.

Personal-Veränderungen, Bekanntmachung der Personal-Veränderungen bei den Justizbehörden durch die Amtsblätter **39**. 168.

Personenstand, Entwurf einer Verordnung über die Beurkundung des Personenstandes **49**. 19.

Eheschließung und Beurkundung des Personenstandes Preußischer Unterthanen in außereuropäischen Ländern **54**. 350. s. auch Geburten, Heirathen, Todesfälle.

Pertinenzstücke, Gerichtsstand eines zu einem Rittergute gehörenden Pertinenzstücks, welches außer dem Jurisdiktions-Bezirke des Hauptguts liegt **41**. 306.

Peterswalde, Bewilligung der Stempelfreiheit in Angelegenheiten der Provinzial-Irren- und Heil- und Pflege-Anstalt in Peterswalde bei Wehlau **54**. 274.

Pfalz, Anrechnung des Dienstes bei dem Kampfe in der Pfalz im Jahre 1849 als Kriegsjahr bei Pensionirungen **49**. 483.

Pfandbriefe, Verfahren beim Ankauf von Pfandbriefen für die General-Depositorien und Deckung des Pfandbriefs-Agio **39**. 146.

Zulässigkeit der Löschung amortisirter Pfandbriefe auf Grund einer von der landschaftlichen Behörde beglaubigten Abschrift des Amortisations-Erkenntnisses **39**. 131.

Führung von Listen über im Depositum befindliche Pfandbriefe, deren Zinsen zum General-Depositum eingezogen werden **39**. 199.

Ankauf von Pfandbriefen für die General-Depositorien **39**. 200.

Digitized by Google

Verfahren bei Konvertirung der Schlesischen Pfandbriefe 39. 202.

Verfahren bei Inkoursesetzung Westpreußischer Pfandbriefe 41. 282.

Ausgabe neuer 3½prozentiger Posener Pfandbriefe 42. 171.

Grundsätze der Schlesischen Landschaft bei Ausführung des §. 6 des Regulativs v. 11. Mai 1849. 52. 220.

Kostenansatz für die Erneuerung von Pfandbriefen (Instr. zu §. 30 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 126; 57. 130.

Nachweisung der am Schlusse des Rechnungsjahres 1856 bis 1857 in Pfandbriefen angelegten Bestände der General-Depositorien der Gerichte 58. 36.

Pfandbriefs-Aktiva, die den Depositalmassen bei Transferirungen von Privat- und Pfandbriefs-Aktivis anzurechnenden Zinsen 53. 258.

Pfandgeld in Holzdiebstahlssachen; durch die Amnestie-Order v. 26. Juni 1848 ist das Pfandgeld nicht erlassen 48. 282.

Einziehung und Verrechnung der Pfandgelder in Forstpolizei-Kontraventionssachen 52. 303; — desgl. bei Holzdiebställen, welche in Staatsforsten verübt werden 53. 370; 54. 306.

Pfandgeld für das verbotene Hüten in Schonungen 53. 370.

Bei einer nach der Feldpolizei-Ordnung v. 1. November 1847 zur Forderung von Pfandgeld berechtigten Uebertretung gebührt die Entscheidung des Streites über das geforderte Pfandgeld dem Civilrichter 55. 375.

Pfandgläubiger, Prioritätsverfahren zwischen mehreren Gläubigern, welche aus einem und demselben Vermögens-Objekte des Schuldners, das einer von ihnen als Pfand besitzt, ihre Befriedigung im Wege der Exekution verlangen 39. 264.

Inwieweit sich der Pfandgläubiger zu seiner Befriedigung den Verkauf der in seinem Besitze befindlichen Sachen gefallen lassen muß 40. 104.

Rechte der kaufmännischen Kommissionaire hinsichtlich der in ihrem Verwahrsam befindlichen Kommissionsgüter 53. 142.

Pfändung, Zulässigkeit des Rechtsweges über Eigenthums-Ansprüche dritter Personen an Sachen, welche in der Rheinprovinz gegen einen Schuldner administrativ gepfändet sind 51. 267.

Zulässigkeit des Rechtsweges in Bezug auf Streitigkeiten über die Zahlung von Pfandgeld für das widerrechtliche Befahren fremder Aecker 52. 254. — Bei Pfändungen in einer Feldflur wegen erlolgter Beschädigung kann sich die Ortspolizei-Behörde des Dorfgerichts zur Abschätzung des Schadens bedienen 54. 206.

Bestrafung derjenigen, welche ihre eigene Sache dem Pfandgläubiger oder demjenigen, welchem ein Zurückbehaltungsrecht daran zusteht, wegnehmen 52. 284.

Wegen eines polizeilich abgepfändeten Stückes Vieh findet in Betreff dessen Rückgabe oder Erstattung des Schadens der Rechtsweg nicht statt 55. 215.

Inwiefern Jemand wegen Herausgabe ihm abgepfändeter oder in Beschlag genommener fremder Sachen an den Eigenthümer strafbar ist 55. 369.

Kostenansatz bei Pfändungen im Wege der Exekution (Instr. zu §. 14 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 126.

Pfarr-Abgaben, Anmeldung des Rechts auf Pfarrgebühren im Konkurse und erbschaftlichen Liquidations-Prozesse und Liquidation rückständiger und laufender Beträge 44. 234.

Kompetenz der Auseinandersetzungsbehörden zur Entscheidung von Streitigkeiten über Fortgewährung der an Pfarren zu gewährenden Realasten 56. 371; 58. 339.

Anwendung der Kab. Order v. 19. Juni 1836 auf Pfarr-Abgaben in der Rheinprovinz 58. 47.

Unzulässigkeit des Rechtsweges über exekutivische Einziehung von Pfarr-Abgaben (Dezemsteuer, Tischgroschen, Umgangsgelder, Weihnachts-Opfergeld), welche auf notorischer Ortsverfassung beruhen 53. 45; 54. 45, 122; 55. 135; 56. 386; 57. 302; 58. 47, 178; 59. 165; — desgl. gegen die Entrichtung einer Pfarr-Abgabe, welche auf ein anderes Grundstück oder eine Parzele übertragen, diese Uebertragung aber nicht mit Zustimmung des Empfangsberechtigten erfolgt ist 59. 165.

Inwiefern bei Streitigkeiten über Zusatzgehalt der Geistlichen der Rechtsweg zulässig ist 55. 238; — desgl. bei Forderungen einer Pfarre für beständige dingliche Abgaben, z. B. Neujahrsgeld 56. 369; 59. 307; — desgl. wenn der jüdische Besitzer eines Grundstücks, dessen früherer Eigenthümer zur evangelischen Gemeinde gehörte, die Zahlung der Pfarr-Abgabe verweigert, weil er als Jude nicht zum Parochialverbande gehört 57. 306; — desgl. wenn ein Steuerpflichtiger behauptet, daß die von ihm gezahlte Dezemsteuer einem Anderen zur Last falle und sie deshalb von ihm zurückfordert 58. 246.

Pfarrbauten, Verpflichtung der Pfarrer zum Bau und zur Unterhaltung der Pfarr- und Kirchengebäude 46. 87.

Beitragspflicht der Kirchenpatrone zu Kirchen- und Pfarrbauten in der Nieder-Lausitz 53. 38.

Verpflichtung zu Beiträgen für Kirchen- und Pfarrbauten in Pommern 53. 207.

Zulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über die Nothwendigkeit von Pfarrbauten 54. 94.

Pfarreien, Sportelfreiheit unbemittelter Pfarreien und Kirchen in gerichtlichen Geschäften 44. 35; (Instr. zu §. 4 Nr. 4 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.

Pfarreinkünfte, Zulässigkeit des Rechtsweges gegen defektirtes Dezem-Getreide bei dem Ausscheiden eines Geistlichen 58. 110.

Pfarrer, s. Geistliche.

Pfennige, Berechnung der Pfennige beim Kostenansatz nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 (Instr. zu demselben vom 10. Septbr. 1851) 52. 114.

Pferde, s. Einquartierung, Militairpferde, Mobilmachung.

Pferdegelder, Zulässigkeit des Rechtsweges über Streitigkeiten wegen Zahlung von Lauwage- und Pferdegeldern an Königliche Polizeibeamte 53. 87.

Pflegegelder, Bewilligung derselben aus dem Fond des Potsdamschen großen Militair-Waisenhauses 59. 214.

Pflichttheil, Befugniß des Pflichttheilsberechtigten, von dem eingesetzten Erben die Manifestation des Nachlasses zu fordern 40. 155.

Digitized by Google

Inwiefern der Vormund den Pflichttheil für seine Curanden zu wählen hat, wenn die überlebende Wittwe mit Uebergehung minderjähriger Kinder von ihrem Ehemanne zur Universalerbin berufen ist **41.** 71.

Berechnung der Frist zur Erklärung über den Antritt der Erbschaft eines Pflichttheilsberechtigten **51.** 51.

Pläne, Verfahren bei deren Versendung **45.** 2; **56.** 27.

Platt, General-Poststraßen- und Eisenbahn-Karte von Preußen **43.** 56.

Platz, s. Weg.

Plenarbeschlüsse des Ober-Tribunals, s. Ober-Tribunal.

Pleß, Bewilligung der Sportelfreiheit an die Gottmannsche Waisen-Unterstützungsanstalt in Pleß **43.** 87.

Polen (Königreich), Vernehmung von Defensionalzeugen in Zoll- und Steuer-Defraudationssachen von Seiten der Gerichte im Königreich Polen **39.** 206.

Insinuation gerichtlicher Zusendungen an die im Königreich Polen wohnenden Parteien mittelst rekommandirter Briefe, welchen ein Empfangschein zur Unterzeichnung durch den Adressaten beizufügen ist **40.** 57. — Verfahren bei Exekutung der den Polnischen Behörden resp. dem Preußischen General-Konsul in Warschau erwachsenen Insinuationskosten **47.** 2. — Anberaumung gerichtlicher Termine in den Fällen, wo Personen aus dem Königreich Polen von den diesseitigen Gerichten vorzuladen sind **54.** 98.

Nachweis zur Führung der Ehrentitel im Königreich Polen **40.** 362.

Strafgesetze gegen den Diebstahl im Königreich Polen **44.** 124.

Verfahren bei Requisitionen und Insinuationen nach dem Königreich Polen in Civil-Angelegenheiten, in Kriminalsachen und bei dem amtlichen Schriftwechsel **44.** 207. — Welche Gerichtsbehörden des Königreichs Polen kompetent sind, Requisitionen wegen Auslieferung flüchtiger Verbrecher zu erlassen, und umgekehrt solchen Requisitionen zu genügen **44.** 186, 207; **58.** 10.

Bekanntmachung der in den Benennungen der Civil- und Kriminalgerichte des Königreichs Polen eingetretenen Veränderungen **44.** 255.

s. auch Polnische Beamte, Polnische Behörden, Polnische Güter, Polnische Sprache.

Politische Verbrechen und Vergehen, Amnestie für dieselben **40**; Beilage zu Nr. 38; **48.** 107.

Kompetenz der Gerichte in Untersuchungen wegen politischer Vergehen **53.** 442.

s. auch Amnestie.

Polizei. 1) Allgemeine Bestimmungen.

Vollstreckung der Nachhaft gegen Bettler, Landstreicher und Arbeitsscheue **39.** 261; **51.** 230; **53.** 124; **56.** 286. — Kompetenz der Polizeibehörde zur Bestrafung der Bettler, Landstreicher und Arbeitsscheuen im Falle des §. 2 des Ges. v. 6. Januar 1843. **43.** 107. — Uebernahme der Untersuchung von den Gerichtsbehörden, wenn die Polizeibehörden, weil sie sich nicht für kompetent halten, die Untersuchung an sie abgeben **43.** 211.

s. auch Arbeitsscheu, Bettelei, Landstreicher.

Die Beurtheilung der Frage, ob eine polizeiliche Erlaubniß schriftlich zu ertheilen sei, gehört nicht zu den Befugnissen der Gerichte **40.** 62.

Autorisation der Gerichtsbehörden zur Anschaffung des Haupt-Registers zu den Merkerschen Mittheilungen **41.** 119.

Abänderung der im §. 12 des Polizei-Reglements für Berlin d. 18. September 1822 enthaltenen Kompetenz-Bestimmungen wegen Bestrafung der von dem Gesinde begangenen Vergehen **42.** 258. — Kompetenz der administrativen Polizeibehörden in Gesindesachen überhaupt **49.** 396.

Befugniß der Verwaltungsbehörden zum Erlaß allgemeiner Polizeiverordnungen und Strafbestimmungen **45.** 34. — Befugniß der Polizeibehörden, Störungen der Sonntagsfeier nach §. 340 Nr. 8 des Strafgesetzbuchs mit einer Geldbuße von 50 Rthlrn. oder Gefängniß bis zu 6 Wochen zu untersagen **55.** 12. — Befugniß der Polizeibehörde zum Erlaß lokal-polizeilicher Verordnungen **52.** 251. — Die Rechtsgültigkeit der von den Polizeibehörden erlassenen ortspolizeilichen Vorschriften ist von der Zustimmung des Gemeindevorstandes nicht abhängig **54.** 268. — Gültigkeit polizeilicher Strafverordnungen **55.** 106. — Erfordernisse zum Erlasse ortspolizeilicher Verordnungen **58.** 366.

Inwiefern die Polizeibehörde verpflichtet ist, einem Ehemanne zur Wiedererlangung der von seiner Ehefrau, welche sich eigenmächtig von ihm entfernt hat, mitgenommenen Wirthschaftssachen behülflich zu sein **45.** 236.

Stempelpflichtigkeit der Straf-Resolute der Polizeibehörden **50.** 82.

Verpflichtung der ländlichen Polizeibehörden zur Tragung der durch Feststellung verübter Vergehen und Verbrechen, sowie durch die Verfolgung der Thäter bis zu deren Ueberweisung an die Gerichtsbehörden entstandenen Kosten **50.** 188; **57.** 114; **59.** 298.

Mittheilung der von der Polizeibehörde aufgenommenen Verhandlungen über stattgefundene Feuersbrünste an die Beamten der Staatsanwaltschaft **50.** 300.

Rückgabe der polizeilichen Vorverhandlungen an die Polizeibehörde, wenn die Staatsanwaltschaft dieselben zur Erhebung einer Anklage nicht für geeignet befunden hat **50.** 336.

Verfahren bei vorläufigen Festnehmungen nach dem Ges. v. 12. Februar 1850. **50.** 415.

Mittheilung von Extrakten aus den Registern über die Trauungen und Geburten der Juden und Dissidenten an die Polizeibehörden **51.** 42.

Von dem Tenor aller rechtskräftigen Erkenntnisse, welche wegen eines Verbrechens oder Vergehens eine Strafe aussprechen, ist der Polizeibehörde des Wohnsitzes des Angeklagten Mittheilung zu machen **51.** 230.

Erforderniß der polizeilichen Genehmigung zu Kollekten für kirchliche Zwecke **51.** 255.

Verfahren bei Ausführung des Ges. v. 14. Mai 1852 über die vorläufigen Straffestsetzungen bei Uebertretungen **52.** 342.

Befugniß der Polizeibehörden zur Verhängung der Landesverweisung gegen Ausländer **58.** 222.

In welchen Fällen die Bekanntmachung der Steckbriefe durch das Preußische Central-Polizei-Blatt zu bewirken ist **58.** 366.

Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung neu anziehender Personen bei der Orts-Polizeibehörde **59.** 2.

Ob die Kosten für die Verpflegung und Heilung eines fremden Vagabonden der Orts-Polizeibehörde zur Last fallen **59.** 102.

Befugniß der Polizeibehörden zur Erhöhung der von der Ortsgemeinde einem Ortsarmen bewilligten Unterstützung **59.** 154.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Verfügungen der

Digitized by Google

Regierungen als Landes-Polizeibehörde, wodurch einer Gemeinde die Verpflichtung auferlegt wird, die von ihr ausgewanderten und zurückgekehrten Familien wieder aufzunehmen 48. 216. — desgl. gegen eine polizeilich angedrohte, resp. exekutivisch eingezogene Geldstrafe 51. 68; 56. 206. — insbes. gegen die polizeiliche Androhung, Festsetzung und Beitreibung von Geldbußen als polizeiliches Exekutionsmittel 53. 227. — desgl. gegen polizeiliche Anordnungen wegen Ausfüllung eines Steinbruchs zur Abwendung gemeiner Gefahr 51. 259; — desgl. wegen Rückgabe einer im polizeilichen Aufsichtswege abgeforderten Urkunde 52. 396; — desgl. über die Gesetzmäßigkeit oder Nothwendigkeit einer polizeilichen Beschlagnahme 54. 16.

Die polizeiliche Beschlagnahme hindert nicht, Eigenthumsansprüche an Sachen geltend zu machen 55. 51. — Unzulässigkeit der Entschädigungsklage gegen Polizeibeamte wegen Beschlagnahme von Waaren und anderen Gegenständen bei einer der Hehlerei verdächtigen Person 56. 354

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen polizeiliche Strafverbote 54. 161; 58. 30; — desgl. wegen Beseitigung speziell, den Vierteljr belästigenden Mißstände 54. 283; — desgl. wegen Anordnungen, welche im Interesse der Landespolizei ergangen sind 54. 381; — desgl. wegen polizeilich angeordneter Schließung einer Privatschule 54. 424; — desgl. gegen polizeiliche Anordnungen, auch wenn die polizeilichen Beamten sich bei ihren amtlichen Handlungen nicht als solche bemerklich gemacht haben 55. 215; — desgl. gegen polizeiliche Anordnungen, wenngleich der Besitzstand unter den streitenden Parteien durch ein derselbigen richterliches Erkenntniß festgestellt ist 56. 99. — desgl. wegen Aufhebung eines Konkubinats 57. 21.

Unzulässigkeit der Negatorienklage gegen polizeiliche Anordnungen, welche die Leistung von Spanndiensten betreffen 48. 298.

Unzulässigkeit der Possessorienklage gegen polizeiliche Verfügungen 54. 54; — desgl. gegen polizeiliche Verfügungen über die Beerdigung von Leichnamen auf einem Begräbnißplatze 54. 392.

Zulässigkeit des Rechtsweges gegen exekutivische Beitreibung rückständiger Loosbolitzge im Falle des Einwandes bereits erfolgter Zahlung 48. 232; — desgl. gegen polizeiliche Anordnungen, wenn Entschädigungsansprüche gegen polizeiliche Anordnungen, welche von der vorgesetzten Behörde als unzulässig wieder aufgehoben werden, geltend gemacht werden 54. 23; — desgl. wenn eine Stadtgemeinde die Edition der von der Polizeibehörde geführten Jahresrechnung der örtlichen Polizeiverwaltung fordert 55. 304; — desgl. wenn ein Entschädigungsanspruch darauf begründet wird, daß durch die Ausführung einer polizeilichen Verfügung ein Eingriff in das Privateigenthum geschehen sei 58. 173.

Inwiefern gegen Anordnungen der gerichtlichen Polizei in der Rheinprovinz der Rechtsweg zulässig ist 56. 323.

Inwiefern die Erhebung des Kompetenz-Konflikts zulässig ist, wenn gegen eine polizeiliche Strafverfügung auf gerichtliche Entscheidung provozirt wird 57. 5.

2) Bau-Polizei. Polizeiliche Verbandlungen und Gesuche in Bauangelegenheiten und die Baukonsense sind stempelfrei 39. 243.

Verfahren bei Anträgen der Ortsobrigkeit wegen Subhastation baufälliger Häuser, wenn der Eigenthümer die Kosten des Umbaues nicht herbeischaffen kann oder will 39. 377.

Zulässigkeit der Eintragung von Beschränkungen der Dispositionsbefugnisse, welche ein Hauseigenthümer der Bau-Polizeibehörde gegenüber übernommen hat 42. 374.

Inwiefern der Rechtsweg gegen Anordnungen der Polizeibehörde in Baufachen zulässig ist 56. 20.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen polizeiliche Verfügungen, betreffend:
die Beitragspflicht zur Unterhaltung einer Brücke 48. 137; 54. 331;
die Nothwendigkeit der Erbauung von Appartements auf einem Küster- und Schulzehöfte 48. 169;
die Wiederherstellung eines Kirchenthurms nach Zeichnung und Anschlag 48. 183;
die Wiederherstellung eines Zeltes 51. 59;
den Abbruch eines Hauses wegen Abwendung gemeiner Gefahr 52. 277;
baupolizeiliche Anordnungen der Obrigkeit und der Verwaltungsbehörden 53. 92, 262;
die Beitragspflicht zur Unterhaltung von Entwässerungs-Anlagen 53. 348;
die Wiederherstellung eines in Folge polizeilicher Anordnung niedergerissenen Anbaues 54. 35;
Ordnungsstrafen wegen unterlassener Abänderung eines vorgenommenen Baues 55. 35. 162;
Beschaffung eines polizeiwidrig errichteten Gebäudes 55. 74;
Fortschaffung einer Düngerstätte 56. 161;
Wiederherstellung eines kassirten Brunnens 56. 127;
die Exmission eines Miethers, welcher in einem baufälligen und feuergefährlichen Hause dem Verbote der Polizei entgegen aufenommen worden ist 59. 132;
Beseitigung eines Kellerbaues 59. 382.

3) Bergbau-Polizei. Inwiefern die Possessorienklage gegen Verfügungen der Bergbehörden unzulässig ist 56. 70.

4) Deich-Polizei. Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen polizeiliche Anordnungen in Deichsachen 48. 167.

Unzulässigkeit der Negatorienklage gegen Beamte, welche als Organe ihrer vorgesetzten Behörde deichpolizeiliche Maaßregeln zur Ausführung bringen 55. 407.

Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten in Deichangelegenheiten in der Altmark 56. 246.

Inwiefern der Rechtsweg gegen Anordnungen der Deichbehörden wegen Besitzstanzung des Dammes mit Pappeln statt der vorgeschriebenen Kopfweiden zulässig ist 58. 317; — desgl. wegen Anpflanzung von Waldenbäumen auf einem benachbarten Grundstück 59. 292. 387.

5) Feld-Polizei. Kompetenz der Polizeigerichte und der administrativen Polizeibehörden in Feld-Polizeisachen 49. 396.

6) Forst-Polizei. Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen forstpolizeiliche Anordnungen 57. 287.

Inwiefern gegen Anordnungen und Verbote der Regierung, welche sich auf eine fiskalische Forst beziehen, von einem Servitutberechtigten der Possessorien-Prozeß angestellt werden kann 58. 319.

7) Gewerbe-Polizei. Die Ertheilung der erforderlichen Erlaubniß für die zwangsverpflichteten, ihre Getränke sich anderweit zu verschaffen, gehört zum Ressort der Polizei 41. 170.

Kompetenz der Polizeibehörden zur Festsetzung der im §. 177 der Gewerbe-Ordnung v. 17. Januar 1845 angedrohten Strafen 46. 67.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die von der Verwaltungsbehörde verfügte Suspension des Betriebes der Buchdruckerei 52. 237.

Digitized by Google

Erforderniß der polizeilichen Konzession zur Abfassung schriftlicher Aufsätze für Andere in gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten 59. 83.

Inwiefern derjenige, welchem das Recht zu brauen und zu brennen hat, der polizeilichen Erlaubniß zum Kleinhandel mit selbstfabrizirten Getränken bedarf 59. 322.

s. auch Getränke.

8. Militairpolizei. Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die von den Militairbehörden zum Schutze der Festungswerke angeordneten Maaßregeln 54. 318.

9. Sanitätspolizei. Das Regulativ über die sanitätspolizeilichen Vorschriften bei ansteckenden Krankheiten und die darin enthaltenen Strafbestimmungen haben durch das Strafgesetzbuch keine Aenderung erlitten 55. 128.

Unzulässigkeit der Possessorienklage gegen sanitätspolizeiliche Verfügungen der Behörden 55. 168.

10. Strompolizei. Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die exekutivische Einziehung von Beiträgen zur Ausführung der Bleibachs-Ordnung 48. 329; — desgl. gegen Anordnungen der Regierungen hinsichtlich der Anlegung von Buhnenwerken in öffentlichen Strömen 52. 374; — desgl. gegen polizeiliche Anordnungen über die Räumung eines Grabens zur Verschaffung von Vorfluth 53. 220; — desgl. gegen polizeiliche Verfügungen, welche die Nichtbenutzung eines Schleusenkanals und die Wiederherstellung eines durchstochenen Dammes zum Gegenstande haben 54. 381.

Unzulässigkeit der Besitzstörungsklage gegen polizeiliche Verfügungen und darauf basirte Entschädigungsforderungen 49. 265; 54. 375; — desgl. zum Schutze eines behaupteten Fischereirechts gegen strompolizeiliche Anordnungen 57. 47; — gegen die von der Polizeibehörde angeordnete Wegschaffung der am Ufer eines öffentlichen Flusses befindlichen Weidenpflanzung 58. 347.

Die von der Schaukommission und den Schauämtern in der Rheinprovinz getroffenen Anordnungen sind als polizeiliche Verfügungen anzusehen, gegen welche eine Possessorienklage unzulässig ist 58. 250.

Inwiefern der Rechtsweg gegen die von der Polizeibehörde angeordnete Fortschaffung eines Wasserbaues zulässig ist 55. 146.

11. Wegepolizei, Straßenpolizei.

Unzulässigkeit des Rechtsweges resp. der Possessorienklage gegen polizeiliche Maaßregeln, betreffend:

die Zupflasterung von Abzugsrinnen 48. 190;

die Anlegung und Richtung eines Weges 48. 291;

die Leistung von Spanndiensten bei Wegebauten 48. 298; 53. 211;

die Wiederherstellung eines als Kommunikationsweg erachteten Weges durch Verbreiterung desselben 50. 34;

die Erklärung eines Weges für einen öffentlichen 51. 203; 53. 59; 54. 180; 57. 36; 58. 291; 59. 61;

Hand- und Spanndienste behufs des Baues eines Straßendammes 53. 211;

die Räumung und Reinigung eines Grabens 53. 232.

die Fortschaffung der auf einem Kommunalwege angepflanzten Pappeln 54. 295.

die Forträumung einer auf der Dorfstraße gepflanzten Hecke 55. 187;

die Sperrung eines zur Umgehung der Chaussee-Hebestelle geeigneten Weges 56. 117;

die Wegräumung einer Barriere 56. 207;

die Wegräumung einer die öffentliche Sicherheit oder den Verkehr gefährdenden Anlage 58. 7;

die Sperrung eines streitigen Weges 58. 291;

die Einziehung von Straßen-Reparaturkosten im administrativen Wege 53. 96;

die Untersagung des Befahrens eines Platzes mit Fuhrwerk 59. 211.

Inwiefern der Rechtsweg gegen Anordnungen der Polizeibehörde zulässig ist und zwar wegen

Anlegung und Richtung eines öffentlichen Weges 48. 292; 52. 312; 55. 419; 59. 124;

Instandsetzung eines öffentlichen Weges 56. 23. 243;

Verbindlichkeit des Privatbesitzers einer Wegegerechtigkeit zur Unterhaltung eines Weges 57. 78;

Räumung oder Erweiterung eines Abzugsgrabens 57. 110;

Lieferlegung des Dammes bei Umpflasterung einer Straße 58. 192;

Feststellung streitiger Eigenthumsrechte 58. 235;

Anlage eines Fußsteges 58. 332.

Polizei-Anwalte, Vertretung behinderter Polizei-Anwalte bei der mündlichen Verhandlung 49. 228.

Instruktion für die Polizei-Anwalte v. 23. April 1849. 49. 236. — Benachrichtigung von dem Erlasse einer neuen Instruktion in Folge der Gesetze vom 3. und 14. Mai 1852 52. 390. — Instruktion vom 24. November 1852. 53. 10. — Zusätzliche Bestimmungen zu derselben 53. 242. — Erläuterung des §. 18 Nr. 4. 58. 90.

Reisekosten und Diäten der Polizei-Anwalte bei Dienstreisen 49. 372.

Unentgeltliche Verabfolgung der Regierungs-Amtsblätter an die Polizei-Anwalte 49. 407.

Welche Mittheilungen die Polizei-Anwalte über die Eröffnung von Untersuchungen und deren Ausfall an andere Behörden zu machen haben 50. 147. — Abändernde Bestimmungen 51. 230.

Kontrolirung des Geschäftsverkehrs der Polizei-Anwalte durch die Ober-Staatsanwalte 50. 211.

Verfahren der Polizei-Anwalte bei Unterlassung der Anund Abmeldung von Personen des Beurlaubtenstandes 50. 228. — Abändernde Bestimmungen 51. 230; 52. 358.

Verfahren der Polizei-Anwalte bei ausgesprochenen Verluste der Badenschen Gedächtnißmedaille 50. 387. — Abändernde Bestimmungen 51. 230.

Ausstellung der Atteste über Dienstreisen der Polizei-Anwalte 52. 42; 58. 330.

Ernennung der verwaltenden Forstbeamten zu Polizei-Anwalten für alle in ihrem Amtsbezirk vorkommenden Uebertretungen 53. 167.

Polizei-Aufsicht, Polizei-Aufsicht über bestrafte Schleichhändler 39. 318. — Erläuterungen in Betreff der Rheinprovinz 39. 426. — Befugniß der Ortspolizei- und Grenz-Zollbehörden zur Auferlegung der im §. 9 des Gesetzes v. 12. Februar 1850 erwähnten Beschränkungen gegen die wegen Kontrebande oder Zollbetraudation unter Polizeiaufsicht gestellten Personen 54. 136.

Digitized by Google

In allen Fällen, in welchen auf Stellung unter Polizei-Aufsicht erkannt ist, hat die Staatsanwaltschaft beglaubigte Abschrift des Tenors des betreffenden Erkenntnisses der Orts-Polizeibehörde zuzustellen 50. 117.

Rückwirkende Anwendung des Gesetzes v. 12. Februar 1850 über die Stellung unter Polizei-Aufsicht 50. 173.

Bestrafung der unter Polizei-Aufsicht gestellten Personen, wenn sie den ihnen auferlegten Beschränkungen entgegenhandeln 52. 194.

Stellung unter Polizei-Aufsicht beim schweren Diebstahl, auch wenn mildernde Umstände festgestellt werden 53. 226.

Der Umstand, daß der Angeklagte durch ein früheres noch nicht vollstrecktes Erkenntniß auf die Dauer von zehn Jahren unter Polizei-Aufsicht gestellt ist, entbindet den Richter, welcher demnächst über eine andere Beschuldigung zu erkennen hat, nicht von der Verpflichtung, die durch die That verwirkte Stellung unter Polizei-Aufsicht zu verhängen 54. 128.

Polizeibeamte, Zulässigkeit des Rechtsweges über Streitigkeiten wegen Zahlung von Equipage- und Pferdegeldern an Königliche Polizeibeamte 53. 87.

Gutsbesitzer, denen die örtliche Polizeiverwaltung zusteht, sind in dieser Beziehung als öffentliche Behörden zu betrachten und daher Beleidigungen gegen dieselben ebenso wie Beleidigungen gegen Staatsbeamte zu rügen 56. 40.

Verfahren, wenn ein Polizeibeamter wegen Amtshandlungen im Wege des Prozesses belangt und der dagegen erhobene Kompetenz-Konflikt für begründet erachtet wird 57. 363.

s. auch Beamte, desgl. Konflikte.

Polizei-Distrikts-Kommissarien, amtliche Stellung der Polizei-Distrikts-Kommissarien in der Provinz Schlesien 42. 304.

s. auch Konflikte.

Polizeigefängnisse, Vollstreckung der bis zum Nachweise des ehrlichen Erwerbes erkannten Detentionen in Polizei-Gefangen-Anstalten und Deckung der damit verbundenen Kosten 39. 261.

Polizeigerichte, Kompetenz der Polizeigerichte zur Festsetzung von Strafen gegen bestrafte Schleichhändler 39. 426; — desgl. zum Erkennen der in den §§. 1, 2, 3, 6, 7, 9, 10 und 11 der Verordnung v. 17. März 1839, den Verkehr auf den Kunststraßen betreffend, angedrohten Strafen 40. 214; — desgl. von Ordnungsstrafen im Sinne des §. 16 dieser Verordnung 41. 32; — desgl. in Gesinde- und Feldpolizeisachen 49. 396; — desgl. in Steuer-Defraudationssachen 52. 108.

Polizeigerichtliche Urtheile, durch welche mehrere Individuen, jedes zu einer Strafe von 5 Thalern oder weniger verurtheilt werden, unterliegen dem Werthsstempel nicht 40. 238.

Polizeigerichtsbarkeit, Verhältniß derjenigen Patrimonialgerichte, welchen die Polizeigerichtsbarkeit in den vormals zum Königreich Westphalen gehörenden Landestheilen zustand, zu den Regierungen und deren Organen 41. 239.

Gegen Inhaber der Polizeigerichtsbarkeit oder deren Stellvertreter dürfen Untersuchungen der Gerichte wegen der in dieser Eigenschaft begangenen Vergehen nur auf Antrag der betreffenden Landes-Polizeibehörde eingeleitet werden 47. 62. — Dienstvergehen der Dominial-Polizeiverwalter sind im Disziplinarwege zu bestrafen 51. 204.

s. auch Konflikte.

Abhandlung über die Ausübung der Polizeigerichtsbarkeit 47. 243, 253.

Polizei-Kontraventionen (Polizeivergehen, Polizei-Uebertretungen).

Auslegung der Kabinets-Order v. 28. Juli 1836, betreffend die Kosten bei Polizei-Kontraventionen 39. 13.

Inwiefern die Theilnahme, Hülfeleistung und Begünstigung einer Polizei-Kontravention strafbar ist 41. 176.

Verfahren bei den im Wege des Mandatsverfahrens zu behandelnden Untersuchungen wegen Polizei-Uebertretungen 50. 158.

Ob einer Kommune oder Armenkasse die Polizei-Geldstrafe gebührt, ist von dem Polizeirichter im Erkenntnisse sogleich auszusprechen 51. 74.

Das Ausbleiben der Militairpflichtigen bei den Militair-Ersatz-Aushebungen ist als Uebertretung von dem Polizeirichter zu bestrafen 51. 226. — Abändernde Bestimmungen 52. 358.

Verjährung der Polizei-Uebertretungen 53. 239.

Verfahren, wenn der Ober-Staatsanwalt mit Genehmigung des Justiz-Ministers gegen die Verfügung des Appellationsgerichts, durch welche der Rekurs zurückgewiesen ist, Beschwerde erhebt 58. 238.

Kostenansatz in Untersuchungen wegen Polizeivergehen 49. 256. — Verfahren bei Einziehung von Geldstrafen und Kosten in gerichtlichen Untersuchungen wegen Polizeivergehen 49. 272; 50. 160.

s. auch Chaussee-Polizei-Kontraventionen, Gewerbe-Polizei-Kontraventionen.

Polizeirichter, Kompetenz derselben zur Festsetzung der Strafen gegen Soldaten des Beurlaubtenstandes wegen unterbliebener Ab- und Anmeldung 50. 126; — desgl. zur Festsetzung der Strafen gegen die bei den Militair-Ersatz-Aushebungen ausgebliebenen Militairpflichtigen 51. 226. — Abändernde Bestimmungen 52. 358.

Polizeirichter sind nicht befugt, gegen einen freiwillig erschienenen Kontravenienten ohne Antrag des Polizeianwalts zu erkennen 55. 27.

Polizei-Strafgelder-Kommunalfond, s. Rheinprovinz.

Polizeistunde, Bestrafung der Gast- und Schankwirthe, welche Gäste über den Eintritt der Polizeistunde hinaus in ihrem Lokale dulden 57. 335.

Polnische Beamte, im amtlichen Schriftwechsel mit Polnischen Beamten sind dieselben nicht als Kaiserlich Russische, sondern als Königlich Polnische Beamte zu bezeichnen 44. 207.

Polnische Behörden, im amtlichen Schriftwechsel mit Polnischen Behörden sind dieselben nicht als Kaiserlich Russische, sondern als Königlich Polnische Behörden zu bezeichnen 44. 207.

Polnische Güter, Löschung der auf Grund der Restitute vom 19. Dezember 1796 und 24. Februar 1800 eingetragenen Vermerke, nach welchen die von der Krone verschenkten Güter in Südpreußen nicht an Eingeborene des ehemaligen Polens veräußert werden sollen 43. 27.

Polnische Sprache, Gebrauch der Polnischen Sprache bei gerichtlichen Verhandlungen in der Provinz Posen 39. 178; — desgl. auch in Kriminalsachen 40. 67; 41. 114; 48. 67. — In welchen Fällen die Prozeßverhandlungen im Großherzogthum Posen in Polnischer Sprache zu führen sind 41. 47.

s. auch Fremde Sprachen.

Digitized by Google

Pommern, Feier des Reformationsfestes in denjenigen Theilen der Provinz Pommern, welche bei Einführung der Reformation zur Mark Brandenburg gehört haben **39**. 336.

Verfahren, wenn der überlebende Ehegatte mit den Kindern die Lübsche Gütergemeinschaft fortsetzt **39**. 350. — Auflösung der Gütergemeinschaft nach Lübschem Recht und der Pommerschen Bauernordnung vom 30. Dezember 1764 bei Trennung der Ehe durch richterlichen Spruch **41**. 12. — Bei der ehelichen Gütergemeinschaft nach Lübschem Recht ist der Ehemann nicht befugt, ohne Zuziehung und Bewilligung seiner Ehefrau die von ihm vor Eingehung der Ehe besessenen oder während der Ehe von ihm erworbenen Grundstücke zu veräußern **43**. 128.

Zulässigkeit der Revokationsklage eines auf die Seitens des Lehnsherrn extrahirte Provokation zur Ausübung des Revokationsrechts sich meldenden Agnaten nach Pommerschem Lehnrecht **39**. 432. — Erlaß der Hemagialgebühren an die Besitzer allodifizirter Lehne in Hinterpommern aus Veranlassung des Thronwechsels **42**. 195. — Behandlung der Pommerschen Lehne bei deren Umgestaltung in freies Eigenthum **50**. 338. — s. auch **Lehnwesen**.

Aufhebung des nach Lübschem Recht zulässigen Widerspruchsrechts des Nachbarn gegen den Betrieb gewisser Gewerbe **41**. 48.

Instruktion vom 1. Mai 1841 für die Schiedsmänner in der Provinz Pommern **41**. 230. – Zusätzliche Bestimmungen **44**. 222.

Parzelirungsbefugniß der Erbzinsleute und Eigenthümer, sowie der Erbpächter in der Provinz Pommern **42**. 10. — Verfahren bei Aufnahme den Parzelirungsbertrags **42**. 103.

Die Unterhaltung der öffentlichen Land- und Heerstraßen liegt in Pommern provinzialrechtlich denen ob, auf deren Grundstücken solche belegen sind **48**. 357.

Verpflichtung zu Beiträgen für Kirchen- und Pfarrbauten in der Provinz Pommern **53**. 207.

Eigenthumsverhältnisse der Pommerschen Meliorationsgüter **57**. 394.

s. auch **Neuvorpommern**.

Porchet de Lafontaine, Advokat bei der Cour royal in Paris, Empfehlung desselben als Beistand zu Rechtsgeschäften in Frankreich **41**. 16.

Portepee-Fähnriche, Berechnung der denselben bei ihrer Anstellung im Civildienste zu machenden Gehaltsverbesserungs-Abzüge **54**. 27. — s. auch **Unteroffiziere**.

Portiers, Anstellung derselben auf Kündigung **41**. 363. — Pensionsbeiträge der auf Kündigung angestellten Portiers **42**. 207.

Porto, Einziehung des Porto für unfrankirte Vorstellungen an Gerichtsbehörden **39**. 128.

Vermeidung des Ansatzes von Porto bei Requisitionen und Aufträgen der Gerichtsbehörden unter einander **39**. 391; **41**. 346.

Berichtigung des Porto durch die Gerichtsbehörden an die Post, wenn die Insinuation durch Anheften an die Stuben- oder Hausthür hat erfolgen müssen **39**. 417. — Festsetzung der Insinuationsgebühr von 3½ Sgr. und 5 Sgr. auf 4 Sgr. **39**. 326. — Ermäßigung derselben auf 3 Sgr. **42**. 198.

Inwiefern die Niederschlagung von rückständigem Porto bei den durch die Amnestie-Order vom 10. September 1840 Begnadigten eintritt **41**. 2.

Kontrollirung des bei den gerichtlichen Salarienkassen zu verausgabenden Porto für eingehende Sachen **41**. 361.—

Vorläufige Auflegung der besonderen Notirung des wirklich vereinnahmten Porto bei den Gerichtsbehörden **42**. 380. — Verrechnung des Porto in der Appellations-Instanz bei dem Gerichte, vor welchem die Instruktion geschwebt hat **43**. 149. — Buchung und Liquidation der bei den Königlichen Gerichtsbehörden entstehenden Porto-Auslagen **49**. 288. — Verfrankirung und Verrechnung des Porto in Rechtsangelegenheiten **50**. 303. — Wegfall des Ansatzes von Porto für die von den Gerichten abgehenden Sachen und Insinuationen, sowie des bei der Depositalverwaltung durch den Bankverkehr entstehenden Porto bei dem Kostenansatze nach dem Gesetze vom 10. Mai 1851. **52**. 114, 287; **54**. 267. — Erstattung des gezahlten Porto als baare Auslage (Instr. zu §. 67 des Tarifs zum Ges. vom 10. Mai 1851) **52**. 126.

Porto für die Bestellung und Lieferung von Dienstsiegeln **42**. 259; **43**. 268.

Verfahren bei portopflichtiger Versendung der Akten **43**. 127. — Portopflichtigkeit der Sendungen unbrauchbarer Akten zum Zweck des Verkaufs **48**. 322. — Gewicht der in Dienstangelegenheiten portofrei zu befördernden Packetsendungen **57**. 394.

Ansatz von Porto für Requisitionen nach dem Auslande **44**. 207.

Porto für die durch die Post versandten Aufforderungen zur Beantwortung einer Appellations-Rechtfertigung rc. **49**. 257.

Portopflichtigkeit der Beförderung von Eheverkündungen in der Rheinprovinz **52**. 388.

s. auch **Frankirung, Rechtsanwalte**.

Portofreiheit, Portofreiheit in unvermögenden Untersuchungssachen **40**. 83.

Portofreiheit der Schiedsmänner bei amtlichen Anfragen und Berichten **41**. 230; **58**. 51; **59**. 122.

Die Kommunikation zwischen den Land- und Stadtgerichten und den von ihnen ressortirenden Gerichts-Kommissionen und Gerichts-Aemtern ist portofrei **41**. 355.

Inwiefern die portofreie Versendung der gedruckten oder lithographirten gerichtlichen Geschäfts-Formulare an die aus Staatsfonds unterhaltenen Gerichte zulässig ist **42**. 111; **53**. 83; **58**. 50, 322.

Inwieweit dem Pensionsverein der im Departement des O. L. G. zu Frankfurt angestellten Justiz-Kommissarien die Portofreiheit bewilligt worden ist **43**. 162.

Portofreiheit für die Versendung der Jahrbücher und der dafür zu zahlenden Pränumerationsgelder **43**. 263.

Portofreiheit der Korrespondenz zur Regulirung des Kapital-Schuldenwesens der städtischen und bäuerlichen Grundbesitzer im Kreise Warburg **44**. 136; — desgl. für Verhandlungen in Angelegenheiten des Verbandes zur Regulirung der Schwarzen Elster **52**. 199.

Inwieweit die Portofreiheit bei der amtlichen Korrespondenz resp. bei Requisitionen nach dem Auslande eintritt:

mit den Königlich Hannoverschen Behörden **44**. 176;
nach den Niederlanden **44**. 207;
nach Belgien **44**. 212; **50**. 433; **51**. 167;
nach Oesterreich und Ungarn **44**. 207;
nach dem Königreich Polen **44**. 207;
nach den Deutschen Bundesstaaten **44**. 207.

Portofreiheit der Versendungen des Arbeitsverdienstes der Gefangenen an die Ortsbehörden **46**. 115.

Portofreiheit für die Rheinische Pastoralgehülfen-Anstalt in Duisburg **46**. 166.

Digitized by Google

Nur die Generalien und rein fiskalischen Angelegenheiten sind in gutsherrlichen und bäuerlichen Regulirungssachen portofrei zu befördern **51**. 270.

Anwendung der portofreien Rubrik (Instr. zu §. 67 des Tarifs zum Ges. vom 10. Mai 1851) **52**. 126. — Zusammenstellung der nach dem Erscheinen des Gesetzes vom 10. Mai 1851 gültigen Bestimmungen über die Portofreiheit der gerichtlichen Geldsendungen **52**. 287; **53**. 187; **54**. 411. — Regulativ vom 3. Januar 1858 über die Portofreiheit in Justizsachen **58**. 51; — Auslegung der §§. 10. 7. **59**. 122.

Form des portofreien Vermerks auf der äußeren Adresse **52**. 398; **56**. 358; **58**. 51.

Portofreiheit der Armen-Prozeßsachen in der Rheinprovinz **56**. 318.

Beförderung von Briefen unter den Behörden innerhalb des Deutsch-Oesterreichischen-Postvereins **56**. 358.

Portofreiheit der Gebühren für die Gutachten der Sachverständigen-Vereine zum Schutze gegen Nachdruck **58**. 234.

Post-Kontravention, Verfahren bei mißbräuchlicher Anwendung der portofreien Rubrik **54**. 267. — (§. 12 des Regul. vom 3. Januar 1858) **58**. 55.

Posen. 1) (Provinz), Geschäftssprache bei den Behörden der Provinz Posen **39**. 178. — Anwendung derselben auf die Kriminalsachen **40**. 167; **41**. 47. 114; **48**. 67.

Auslegung des §. 11 des Patents vom 9. November 1816 wegen Wiedereinführung der Preußischen Gesetze in das Großherzogthum Posen **40**. 296.

Nachtrag zur Instruktion vom 27. April 1818, betreffend die Wiederherstellung des Hypothekenwesens im Großherzogthum Posen **40**. 298.

Anwendung des Publikandums der Kriegs- und Domainen-Kammer in Posen vom 1. März 1794 bei Bestrafung der Forst- und Jagdvergehen **41**. 290; **46**. 82.

Die Unterlassung der Unterzeichnung der nach §. 30 der Verordnung vom 9. Februar 1817 über die Justiz-Verwaltung in der Provinz Posen aufgenommenen Audienz-Protokolle durch die Parteien oder deren Mandatare ist als eine Verletzung wesentlicher Förmlichkeiten nicht anzusehen **43**. 172.

Vermögensbestand des Sterbekassen-Vereins für die Justiz-Beamten der Provinz Posen **39**. 268. — Statut des Sterbekassen-Vereins für die Unterbeamten der Justizbehörden im Großherzogthum Posen **44**. 78.

Ausgabe neuer 3½prozentiger Posener Pfandbriefe **42**. 271.

Anrechnung des Dienstes bei dem Kampfe des Jahres 1848 im Großherzogthum Posen als Kriegsjahr bei Pensionirungen **49**. 133.

Zulässigkeit des Rechtsweges über Ansprüche, welche aus korporativen Verhältnissen der Judenschaft in der Provinz Posen hergeleitet werden **51**. 273; **53**. 85; **59**. 116.

Unzulässigkeit des Rechtsweges über Forderungen, welche auf der erfolgten Aufhebung der schutzherrlichen Rechte in der Provinz Posen beruhen **52**. 84; — desgl. über Anträge auf Ernennung eines Schiedsgerichts zur Ausmittelung eines Brandschadens nach dem Realement für die Provinzial-Feuersozietät der Provinz Posen **53**. 338.

2) (Oberlandesgericht), Ausug aus dem Jahresberichte des Chef-Präsidenten von Franckenberg über die Justiz-Verwaltung in dem Departement des Ober-Landesgerichts zu Posen für das Jahr 1838. **39**. 228.

Ueberweisung der Rekurse in Bagatellsachen an die zweite Abtheilung des Ober-Landesgerichts **39**. 340.

3) (Ober-Appellationsgericht), Verpflichtung desselben zur Abfassung des Urtheils zweiter Instanz, wenn in einer Kriminalsache statt des Ober-Landesgerichts in Posen, ein Untergericht mit Ueberschreitung seiner Kompetenz in erster Instanz erkannt hat **41**. 372.

Possessorien-Prozeß, der Naturalbesitzer eines Grundstücks kann durch die Exekution gegen den Eigenthümer seines Naturalbesitzes nicht entsetzt werden **39**. 390.

Inwiefern nach Rechtsmittel des Rekurses in Possessoriensachen zulässig ist **42**. 177.

Unzulässigkeit der Nichtigkeitsbeschwerde bei Besitzstreitigkeiten, wo das Objekt nach Gelde 50 Thaler oder weniger beträgt **46**. 4.

Auslegung der §§. 1, 3 und 14 Tit. 31 der Prozeß-Ordnung in Betreff der Bezeichnung „neuerlich" **47**. 225.

Zulässigkeit der Nomination in Possessorien-Prozessen **50**. 19.

Der Erbe hat nicht die possessorische Klage auf Wiederherstellung oder Schutz des Besitzes von Erbschaftssachen, wenn die Störung seines Rechts zum Besitz zwar nach dem Anfall, aber vor der Besitznahme der Erbschaft vorgekommen ist **50**. 22.

Unzulässigkeit der Possessorienklage beim Expropriationsverfahren **51**. 67; **59**. 46.

Inwiefern im Possessorien-Prozeß der Einwand des Mitbesitzes zulässig ist **51**. 208.

Unzulässigkeit des Possessorien-Prozesses von Seiten eines Hütungsberechtigten gegen den Eigenthümer **51**. 383.

Zulässigkeit des Rechtsweges bei Entschädigungs-Ansprüchen aus einer Besitzstörung **52**. 60.

Unzulässigkeit des Possessorien-Prozesses, wenn durch die obrigkeitlich angeordnete Pflasterung der Straße der Bürgersteig geschmälert wird **39**. 279; — desgl. wegen Zupflasterung von Abzugsrinnen **48**. 199; — desgl. wenn ein als Kommunikationsweg erachteter Weg verbreitert worden ist **50**. 34.

Gegen die Vollstreckung polizeilicher Maaßregeln ist die Possessorienklage unzulässig **49**. 265; **54**. 54. — Die Feststellung des Besitzstandes unter den streitenden Parteien durch ein vorläufiges richterliches Erkenntniß steht dem Erlasse und der Vollstreckung polizeilicher Anordnungen nicht entgegen, und ist der Rechtsweg gegen dergleichen Anordnungen unzulässig **56**. 99.

Unzulässigkeit der Possessorienklage gegen die von dem Minister für Handel ꝛc. im Oberaufsichtswege getroffenen Anordnungen in Bezug auf Eisenbahn-Angelegenheiten **52**. 410.

Unzulässigkeit der Besitzklage gegen Anordnungen der Verwaltungsbehörden, durch welche die Sperrung eines öffentlichen Weges beseitigt wird **53**. 179.

Unzulässigkeit der Besitzstörungsklage gegen polizeiliche Anordnungen wegen Räumung und Reinigung eines Grabens **53**. 232; — desgl. gegen wegepolizeiliche Anordnungen **54**. 295; **56**. 161; — desgl. wenn die Benutzung eines streitigen Fußweges im öffentlichen Interesse freigegeben wird **59**. 61; — desgl. gegen strompolizeiliche Anordnungen **54**. 375; **57**. 47; **58**. 250; — desgl. gegen polizeiliche Verfügungen über die Beerdigung von Leichnamen auf einem Begräbnißplatze **54**. 392; — desgl. gegen sanitätspolizeiliche Verfügungen der Behörden **55**. 168; — desgl. gegen Verfügungen der Bergbehörden, durch welche der eigenmächtige Betrieb des Bergbaues auf einem gewissen Punkte Jemanden, dessen Muthung

Digitized by Google

nicht als annehmbar befunden worden ist, untersagt wird **56.** 70; — desgl. gegen die von der Polizeibehörde angeordnete Wegschaffung der am Ufer eines öffentlichen Flusses befindlichen Weidenpflanzung **58.** 347; — desgl. wenn bei vorhandenem Wassermangel das Wasser eines Privatbachs auf Anordnung der Polizeibehörde aufgefangt und der städtischen Wasserleitung zugeführt wird, um die Stadt mit dem nöthigen Wasser zu versehen **58.** 363.

Zulässigkeit des Possessorien-Prozesses über die Ausübung des Konsistorialrechts **48.** 285.

Inwiefern gegen Anordnungen und Verbote der Regierung, welche sich auf eine fiskalische Forst beziehen, von einem Servitutberechtigten der Possessorien-Prozeß angestellt werden kann **58.** 318.

Kostenansatz in Possessoriensachen (Instr. zu §. 5 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52.** 126.

Possessorium summariissimum, die darin ergangenen Erkenntnisse sind auch seit der Verordnung vom 21. Juli 1846 nicht appellabel **47.** 169.

Vermuthung für die Fortdauer eines einmal erlangten Besitzes bei Begründung des possessorii summariissimi **48.** 452.

Zusammenstellung der bei dem Ober-Tribunal über das possessorium summariissimum angenommenen Grundsätze **54.** 101.

Post. 1) Insinuation gerichtlicher Verfügungen und Erkenntnisse durch die Post **39.** 116. 326; **40.** 385; **42.** 198. — Instruktion über die postamtliche Insinuation gerichtlicher Verfügungen **52.** 398; **54.** 18. 170. 266. 282; **55.** 150. 200. 366; **57.** 378.

Verfahren der Postbehörden bei Insinuation von Briefen und anderen Schriftstücken an Untersuchungs- und Strafgefangene in den gerichtlichen Gefängnissen **57.** 278.

Verfahren bei Insinuation gerichtlicher Verfügungen an Offiziere, welche in Kasernen wohnen **57.** 362.

2) Insinuationen nach dem Auslande **40.** 57; **44.** 207. — Verzeichniß der im Auslande befindlichen Preußischen Post-Anstalten, durch welche die Insinuation gerichtlicher Verfügungen gültig bewirkt werden kann **42.** 203. — Berichtigung dieses Verzeichnisses **52.** 398. — Verzeichniß sämmtlicher im Auslande belegenen Preußischen Post-Anstalten mit Preußischer Briefbestellung **52.** 403.

3) Berichtigung des Porto, Bestellgelds, Botenlohns, sowie der etwa zur Einziehung von den Empfängern angerechneten Insinuationsgebühren, wenn die zu insinuirende Verfügung rc. an die Stuben- oder Hausthür dat angeheftet werden müssen **39.** 417. — Festsetzung der Insinuationsgebühren **39.** 326; **42.** 198. — Stundung der bei den Königlichen Gerichtsbehörden entstehenden Postgefälle Seitens der Post-Anstalten **48.** 135.

4) Rekommandation, Verfahren bei Ausgabe rekommandirter Briefe an die Königlichen Gerichte **42.** 378. — In allen Fällen, in welchen die Aufgabe einer Sendung zur Post zu den gerichtlichen Akten Seitens der Postbehörde zu bescheinigen ist, tritt die Rekommandation ein **52.** 266.

5) Drucksachen, Versendung von Drucksachen mit der Post unter Kreuzband **52.** 7.

6) Beförderung von Briefen aus Preußen nach anderen Staaten des Deutsch-Oesterreichischen Postvereins **56.** 358.

Versendung von Geldern, s. Geldsendungen.

Kosten für Extrapost, Estafetten- und Kurierpferde, s. diese.

Postbeamte, Benachrichtigung der Ober-Post-Direktionen von den gerichtlichen Klagen gegen Kassenbeamte der Post wegen Geldforderungen **58.** 198.

Post-Direktionen, Benachrichtigung der Ober-Post-Direktionen in Untersuchungen wegen Post-Kontraventionen, wenn durch Erkenntniß Geldbußen ausgesprochen werden **51.** 232; — desgl. von Klagen gegen Kassenbeamte der Post wegen Geldforderungen **58.** 198.

Uebergang der Kontrole der Portofreiheit gerichtlicher Geldsendungen von dem General-Postamt auf die Ober-Post-Direktionen **53.** 187.

Postfreimarken, Bestrafung der Fälschung von Postfrankostempeln **57.** 115.

Postfreipässe, Verfahren bei Nachsuchung von Postfreipässen **44.** 122.

Postillon, inwiefern ein Postillon als Beamter zu erachten ist **56.** 316; **58.** 74.

Kompetenz der Gerichte zur Festsetzung der Strafe gegen Chaussegeld-Empfänger wegen unterlassener Oeffnung des Schlagbaums auf das Signal des Postillons **58.** 370.

Postkarten, Ankündigung einer Post- und Eisenbahnkarte von Preußen **43.** 56.

Post-Kontraventionen, Fortdauer des administrativen Strafverfahrens nach dem Erscheinen der Verordnung vom 3. Januar 1849. **49.** 347.

Verfahren der Staatsanwaltschaft, wenn in Untersuchungen wegen Post-Kontraventionen Geldbußen durch Erkenntniß ausgesprochen werden **51.** 232.

Inwiefern die Verpackung eines Briefes in ein Packet strafbar ist **56.** 62.

Unzulässigkeit des Mandatsverfahrens bei Post-Kontraventionen **58.** 90.

Postscheine, zur Anwendung des §. 243 Nr. 6 des Strafgesetzbuchs bedarf es nicht der Feststellung der Begriffserfordernisse des Betrugs nach §. 241, wenn Jemand, um die Exekution abzuwenden, einen Postschein vorlegt, obgleich er gewußt, daß der abgesendete Brief die Geldsendung nicht enthalte **57.** 35. — Bestrafung des Mißbrauchs eines Postscheins in der Absicht, eine verhängte Exekution dadurch abzuwenden **59.** 98.

Bei Versendung von Depositalgeldern bis zu 10 Thalern genügt der Postschein als Rechnungsbelag **59.** 206.

s. auch Geldsendungen.

Postvorschüsse, Buchung der den Postbehörden aus den Salarienkassen der Gerichte erstatteten Postvorschüsse **51.** 206.

Bestrafung der betrüglichen Erhebung eines Postvorschusses durch Quittung auf dem Briefcouvert **59.** 67.

Postzwang, in welchem Falle Frachtbriefe dem Postzwange unterliegen **54.** 260.

Potsdamer Waisenhaus-Anstalt, Sicherstellung des gesetzlichen Erbrechts auf den Nachlaß ihrer Zöglinge **50.** 434.

Bedingungen der Aufnahme in die Waisenhaus-Anstalt **59.** 214.

Erhöhung der von derselben bewilligten Pflegegelder **59.** 438.

Prädikate (Titulatur).

Dem Grafen Heinrich Otto Gottlob Ernst v. Schönburg-Glauchau gebührt das Prädikat „Erlaucht" **39.** 242.

Digitized by Google

Titulatur der Mitglieder des Fürstlichen Hauses Carolath **41**. 251.

Amtliche Bezeichnung der vormals unmittelbaren Deutschen Reichsstände **42**. 361.

Verleihung des Prädikats „Erzbischöfliche Gnaden" an die Erzbischöfe von Cöln, sowie von Gnesen und Posen **46**. 42.

Verleihung des Prädikats „Hoheit" an die Fürsten von Hohenzollern-Hechingen u. Hohenzollern-Sigmaringen **50**. 145.

Präjudizial-Einrede, s. Einrede.

Präklusion, Verfahren bei Publikation des Präklusions-Erkenntnisses im Konkurse **40**. 91.

Anwendung des §. 1 der Verordnung vom 2. Dezember 1837 auf den §. 633 Tit. 50 der Prozeß-Ordnung **41**. 84.

Wirkung der Präklusion von Entschädigungs-Ansprüchen bei Bewäfferungs-Anlagen **53**. 312.

Prämienloose, s. Lotterie.

Prämienscheine, Anweisung an die Gerichte zur rechtzeitigen Erhebung der auf die gezogenen Seehandlungs-Prämienscheine gefallenen Prämien **40**. 95.

Präsentation der eingehenden Sachen, s. Gerichte.

Präsidenten, Befugniß der Präsidenten zur Anstellung der Subaltern- und Unterbeamten bei den Ober- und Untergerichten **39**. 38; **44**. 157, 191; **59**. 422; — desgl. zur Uebertragung des Kanzlei-Direktor-Amts bei kollegialisch-formirten Untergerichten als Nebenamt **42**. 383; — desgl. zur Entlassung von Auskultatoren und Referendarien mit dem Vorbehalte des Wiedereintritts in den Justizdienst **43**. 6.

Bestätigung der Wahl der Deposital-Mandatenbuchführer bei den Untergerichten durch die Präsidenten der Obergerichte **44**. 191.

Gebühren für die Introduktion und Verpflichtung eines Appellationsgerichts-Präsidenten (Ersten Präsidenten oder Vize-Präsidenten) **52**. 302.

Prästationen, Werthsermittelung des Prozeßgegenstandes bei jährlichen Prästationen, deren Dauer zwar nicht auf immerwährende Zeit festgesetzt, aber doch unbestimmt ist **41**. 8.

s. auch Bauergüter.

Prävention, inwiefern der Gerichtsstand in Untersuchungssachen durch Prävention begründet wird **57**. 19.

Predigerwahl, Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Bestätigung einer Predigerwahl bei obwaltenden Streitigkeiten über die Ausübung des Stimmrechts **52**. 67.

Predigerwittwen-Societät, Korporationsrechte und Sportelfreiheit der Predigerwittwen-Societät in den Kreisen Bolkenhayn und Landshut **44**. 145.

Predigerwittwen- und Begräbniß-Kasse, wenn sich eine Predigerwittwen-Kasse in ihren statutenmäßigen Rechten auf die Nebenüben dakanter Stellen bei der Dispositionen des Konsistoriums und der Regierung bei der Verwaltung einer Stelle verletzt findet, so ist der Rechtsweg zulässig **48**. 305.

Presse, Amnestie für die durch die Presse verübten Verbrechen und Vergehen **48**. 107.

Anweisung der Gerichte zum Einschreiten gegen den strafbaren Mißbrauch der Presse **48**. 338.

Abhandlung über die Modifikation der §§. 3 und 6 des Gesetzes über die Presse vom 17. März 1848 durch die Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember 1848. **49**. 248.

Kautionspflicht periodischer Blätter belletristischen Inhalts und Berücksichtigung früherer Bestrafungen beim Rückfalle **52**. 44.

Bestrafung derjenigen, welche eine Anklageschrift oder ein anderes Schriftstück eines Kriminal-Prozesses veröffentlichen, bevor die mündliche Verhandlung stattgefunden, oder der Prozeß auf anderem Wege sein Ende erreicht hat **52**. 202.

Erforderniß der Angabe des Druckers und seines Wohnorts auf gedruckten Wahlzetteln **53**. 244.

Beweisaufnahme bei Preßvergehen in der Appellations-Instanz **54**. 42.

Kompetenz der Gerichts-Abtheilungen bei Preßvergehen **54**. 78.

Zu den periodisch erscheinenden Druckschriften sind auch Zeitungen und Zeitschriften aller Art zu zählen **55**. 350.

Inwiefern eine Entschädigungsklage gegen die polizeilich verfügte Vernichtung verbotener Druckschriften, welche sich in dem Besitze einer Privatperson befunden haben, zulässig ist **58**. 389.

Auslegung und Erläuterung einzelner Vorschriften des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851. §. 1. **55**. 350; — §. 5. **53**. 244; — §. 7. **53**. 244; **56**. 114; — §. 11. **55**. 350; — §. 17. **55**. 350; — §. 35. **54**. 78; — §. 37. **57**. 206, 362; **59**. 235; — §. 48. **52**. 202; — §. 50. **54**. 78; **58**. 389; — §. 54. **58**. 214.

s. auch Censurwesen.

Preßzeitung, Autorisation der Gerichte zur Anschaffung der in Leipzig erscheinenden Allgemeinen Preßzeitung **41**. 47.

Preßch, Sicherstellung des gesetzlichen Erbrechts der Militair-Waisenhaus-Anstalt in Preßch auf den etwaigen Nachlaß ihrer Zöglinge **50**. 434.

Preußen (Provinz), Privat-Gerichtsherren in der Provinz Preußen sind nicht befugt, den Ort, wo die Gerichtstage abgehalten werden, innerhalb des Gerichtssprengels willkürlich zu verlegen **41**. 167.

Instruktion für die Schiedsmänner in der Provinz Preußen **41**. 290. — Zulässige Bestimmungen **44**. 222.

Parzelirungsbefugniß der Erbzinsleute und Eigenthümer, sowie der Erbpächter in der Provinz Preußen **42**. 10.

Abschreibung der Zinsablösungs-Kapitalien, welche von den Besitzern Kölmischer Güter in der Provinz Preußen eingezahlt werden, von dem Staatsschuldentilgungs-Etats-Quantum **42**. 211.

Befreiung der Stadtgemeinden und Gerichts-Obrigkeiten in der Provinz Preußen von den Kosten der Strafvollstreckung in den Zuchthäusern **44**. 46.

Ostpreußen. Empfehlung der Zeitschrift „Archiv der Ost- und Westpreußischen Provinzialrechte" **42**. 388.

Bestrafung der Kontraventionen gegen das Bernsteinregal in Ostpreußen **53**. 445. — Fortdauernde Gültigkeit des §. 8 des Zusatzes Nr. 228 des Ostpreußischen Provinzialrechts über das Bernsteinfuchen **59**. 170.

Gesetzeskraft der Ermländischen Landes-Ordnung d. 4. Juli 1766. **51**. 10.

Westpreußen. Empfehlung der Zeitschrift „Archiv der Ost- und Westpreußischen Provinzialrechte" **42**. 388.

Preußische Rentenversicherungs-Anstalt, s. Rentenversicherungs-Anstalt.

Preußische (Adler) Zeitung, s. Zeitungen.

Preußisches Landrecht von 1721, s. Landrecht.

Digitized by Google

Preußisch Kourant, Begriff der Bezeichnung „Preußisch Kourant oder Werth" bei Wechseln in den westlichen Theilen der Monarchie **47**. 345.

Priorität, ob es zur Eintragung einer Prioritätsbewilligung in das Hypothekenbuch der Acceptation des Vorzugsrechts von Seiten der postlocirten Hypothekengläubiger bedarf **39**. 6; **40**. 2.

Auf welche Forderungen sich das Vorzugsrecht eines eingetragenen dinglichen Rechts beschränkt **51**. 6.

Kostenansatz für die Eintragung einer Priorität in das Hypothekenbuch (Instr. zu §. 27 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126.

Prioritäts-Aktien, Unzulässigkeit der Anlegung von Pupillenvermögen in Eisenbahn- und Prioritäts-Aktien **42**. 217.

Prioritätsverfahren. Prioritätsverfahren zwischen mehreren Gläubigern, welche aus einem und demselben Vermögensobjekte des Schuldners, welches einer von ihnen im Besitze hat, ihre Befriedigung im Wege der Exekution verlangen **39**. 264.

Auslegung des §. 51 Tit. 51 der Prozeß-Ordnung, betreffend die Zulassung solcher Gläubiger bei Prioritäts-Streitigkeiten über einzelne Exekutions-Objekte, deren Forderungen noch nicht exekutionsfähig sind **47**. 54.

Kostenansatz beim Prioritätsverfahren (Instr. zu §. 13 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126.

Privatdienstbarkeiten, inwiefern der Verkäufer eines Grundstücks für die darauf haftenden Privatdienstbarkeiten aufzukommen verpflichtet ist **57**. 239.

Privatflüsse, s. Flüsse.

Privatgerichte, s. Patrimonialgerichte.

Privatgesellschaften, das Recht der Theilnahme an Privatgesellschaften ist als ein Ehrenrecht im Sinne des §. 1 der Verordnung v. 14. Dezember 1833 nicht anzusehen **44**. 60.

Privatrichter, s. Patrimonialrichter.

Privatschreiber, Aufforderung an die Obergerichte zur Berichterstattung darüber: ob Privatschreiber der Notare bei Aufnahme von Notariats-Urkunden als gültige Instrumentszeugen auftreten können **43**. 63.

Privilegien, inwiefern Jemand für die im Wege der Gesetzgebung erfolgte Aufhebung eines Zeitungs-Privilegiums Entschädigung fordern kann **56**. 87.

s. auch Apotheker-Privilegium.

Prodigalitäts-Erklärung, ob die Prodigalitäts-Erklärung eines Minderjährigen für zulässig zu erachten ist **45**. 173.

Prokura, Entwurf eines Gesetzes über das Firmen- und Prokurawesen **55**. 226.

Prokuratoren, Verpflichtung derselben zur Anschaffung des Justiz-Ministerial-Blatts **39**. 1; **47**. 106.

Promesse, Begriff des Worts „Promesse" im Sinne der Allerhöchsten Order vom 27. Juni 1837. **59**. 91.

Promissory notes, s. Wechselsachen.

Prorogation, Verfahren bei Prorogationsgesuchen im summarischen Prozesse **39**. 217.

Prospectus coeli und jus interstitii sind zwei von einander völlig verschiedene Befugnisse **47**. 74.

Protestation, Verfahren bei Umschreibung von Protestationen in wirkliche Hypotheken **39**. 19; **40**. 126; **44**. 268.

Die Eintragung einer Protestation wegen nicht erhaltener Valuta erfolgt nicht auf die bloße Anzeige des Schuldners, sondern nur auf den hinzutretenden ausdrücklichen Antrag desselben **40**. 224.

Zulässigkeit der Eintragung von Einwendungen gegen hypothekarische Forderungen, wenn ein Vormund behauptet, daß die Nachlaßgüter dafür nicht verhaftet seien **40**. 326.

Rechtliche Wirkung einer zur Sicherstellung einer persönlichen Forderung im Wege des bloßen Arrestschlages eingetragenen protestatio de non amplius intabulando **42**. 300. — Umschreibung derselben in eine Hypothek **47**. 107; **48**. 233.

Ob ein Judikat auch nach der Eröffnung des Konkurses gegen den Schuldner auf die Grundstücke desselben eingetragen werden kann, wenn vorher eine Protestation nach §. 22 des Gesetzes über die Exekution in Civilsachen vom 4. März 1834 eingetragen war **47**. 99; **48**. 233.

Eintragung einer Protestation und Hypothek nach §. 22 des Ges. vom 4. März 1834 bei eingetretener Besitzveränderung **47**. 118.

Abhandlung über die Erfordernisse der hypothekarischen Protestationen zur Erhaltung der Einreden **47**. 205.

Wirkung einer im Wege des Arrestes eingetragenen Protestation und die Art, wie dieselbe einzutragen ist **48**. 152.

Inwiefern die Eintragung einer Protestation die Beweiskraft einer hypothekarischen Schuldverschreibung aufzuheben geeignet ist **57**. 123.

Löschung der auf dem Hauptgute zur Sicherung von Parzellenkäufern eingetragenen Protestationen **41**. 119.

Kostenansatz für die Eintragung von Protestationen in das Hypothekenbuch (Instr. zu §. 27 des Tarifs zum Ges. vom 10. Mai 1851) **52**. 126.

Proteste, s. Wechselsachen.

Protokollbücher, Aufbewahrung der Protokollbücher abgegangener Schiedsmänner **39**. 43.

Gültigkeit der von den Schiedsmännern aufgenommenen, in das Protokollbuch derselben aber nicht eingetragenen Verhandlungen **42**. 331.

Protokolle. (Audienz-Protokolle, einseitige gerichtliche Verhandlungen).

Führung von Protokollen über die Sprechstunden bei den kollegialisch-organisirten Gerichtshöfen **39**. 142; — desgl. auch in Strafsachen **39**. 326.

Form der Protokolle in der Provinz Posen **39**. 179. — Folgen der Unterlassung der Unterzeichnung der Audienz-Protokolle **43**. 172.

Anwendung der gesetzlichen Vorschriften bei Verhandlungen mit Personen, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, auf einseitige gerichtliche Verhandlungen **40**. 153.

Aufnahme der Rubrik: Gegenstand des Rechtsstreites und Bestimmung des Werthe desselben in die Formulare zu Audienz-Protokollen **49**. 344.

Form, in welcher die Protokolle im öffentlichen und mündlichen Kriminalverfahren abzufassen sind **49**. 459. — Aufnahme der Geständnisse des Angeklagten in das Audienz-Protokoll **53**. 366, 414; **54**. 98. — Erfordernisse der Protokolle bei schwurgerichtlichen Verhandlungen **54**. 7, 201; — desgl. bei Zuziehung von Dolmetschern in Untersuchungssachen **59**. 402. — Die verzögerte Unterzeich-

Digitized by Google

nung des Sitzungs-Protokolls in Schwurgerichtssachen hat keine Nichtigkeit des Verfahrens zur Folge 57. 66.

Erfordernisse eines Protokolls der Dorfgerichte 54. 206.

Subalternen und ungeübte Auskultatoren sind zur Aufnahme von Protokollen, welche die Rechtfertigung der Nichtigkeitsbeschwerde in Untersuchungen enthalten, nicht befugt 55. 198.

Inwiefern in Civil-Prozessen aus dem unterbliebenen Vermerk der Vorlesung des Audienz-Protokolls ein Nichtigkeitsgrund herzuleiten ist 57. 403.

Verfahren bei Abfassung von gerichtlichen oder notariellen Protokollen über die Beschlüsse der General-Versammlungen von Aktien-Gesellschaften 58. 386.

Quittungs-Protokolle, s. Quittungen.

s. auch Obduktion.

Protokollführer, Zulässigkeit der Zuziehung von Expedienten und Schreibern der Patrimonialrichter, welche als Protokollführer nach vorgängiger Prüfung zugelassen sind, zur Aufnahme letztwilliger Dispositionen 39. 307.

Welchen Anspruch auf Reisekosten Protokollführer bei Aufrichtung kommissarischer Geschäfte haben 40. 60. — Welche Fuhrkosten, Verköstigung und Tagegelder denselben bei Dienstreisen zustehen 49. 296. — Diäten, Reisekosten und Kommissionsgebühren der Protokollführer nach dem Gesetze vom 9. Mai 1851 (Instr. zu §§. 2 ff.) 52. 137.

Provinzial-Staatsschulden, s. Staatsschulden.

Provinzial-Steuerdirektionen, Befugniß derselben zur Stiftung schon angetretener Steuerstrafen 45. 32; 57. 302.

Provokation, Bescheinigung der in der Provokation auf die Rechtswohlthat des General-Moratoriums von dem Provokanten angebotenen Sicherheit 39. 308.

Zulässigkeit der Zurücknahme einer Provokation auf richterliches Gebot bei Kontraventionen gegen Finanz- und Polizeigesetze 46. 160.

Die Berufung auf Anstellung einer Klage ist unzulässig, wenn der Anspruch selbst vom Rechtswege ausgeschlossen ist 56. 363.

Ansatz der Gerichtskosten in Provokationssachen auf cessio bonorum 39. 416.

Gebühren der Rechtsanwalte in Provokationssachen, s. Rechtsanwalte.

Prozeß. (Civil-Prozeß, Prozeßverfahren).

Eid in Prozessen. Verpflichtung des Vormundes zur Eidesleistung in Prozessen seiner Pflegebefohlenen 39. 143. — Das im §. 276 Tit. 10 Thl. 1. Allg. Gerichts-Ordnung vorgeschriebene Verfahren enthält eine Prozeßvorschrift und keinen materiellen Rechtsgrundsatz 42. 363. — Zulässigkeit eines definitiven Erkenntnisses vor Ableistung eines beantragten Eides in Streitsachen wegen ehelicher Geburt eines Kindes 44. 220. — Befugniß des Richters, auf einen nothwendigen Eid zu erkennen, wenn eine Partei Beweismittel vorgeschlagen und sich der Eidesdelation bedient hat 45. 88.

Unzulässigkeit der Aufnahme einer Strafbestimmung gegen freveldaften Leugnens in die im Civil-Prozesse ergehenden Erkenntnisse zweiter und dritter Instanz 40. 304.

Eine Verbor[illegible] ist in dem Falle vorhanden, wenn der Richter an der Einleitung oder dem Betriebe des Prozesses als Mitglied einer Vormundschaftsbehörde Theil genommen hat 40. 379.

Die Bestimmung des §. 6 der Verordnung über die Exekution in Civilsachen vom 4. März 1834 ist für eine Prozeßvorschrift zu erachten 41. 60.

Eine Klageanmeldung, wobei sich der Anmeldende jede gerichtliche Verfügung behufs Einleitung des Verfahrens verbittet, unterbricht die Verjährung nicht 41. 65.

Die Zulässigkeit der Rechtsmittel in den einer Schätzung nach Gelde fähigen Sachen ist nach dem Interesse der das Rechtsmittel ergreifenden Partei zu bestimmen 41. 264.

Empfehlung des Werks „Lehre von den Rechtsmitteln gegen Erkenntnisse im Civil-Prozesse" 42. 104; — desgl. „die Gerichtsverfassung und der Civil-Prozeß in Preußen" 42. 328.

Gerichtsstand des Fiskus im Civil-Prozesse 45. 239.

Civil-Prozeß nach der Verordnung vom 21. Juli 1846.

Anweisung des Ober-Landesgerichts zu Paderborn zur Ausführung der Verordnung 46. 194. — Modifikation derselben 47. 2.

Eintritt der Wirksamkeit der Verordnung vom 21. Juli 1846. 47. 342; — desgl. bei Einlegung eines Rechtsmittels 46. 236.

Abhandlung über das Verfahren in Civil-Prozessen nach der Verordnung vom 21. Juli 1846. 47. 18, 19, 34. — Miscellen zu der Verordnung 47. 331, 338. — Aphorismen 49. 289, 299.

Unterzeichnung der Schriftsätze, insbesondere von Seiten der gerichtlich angeordneten Rechtsbeistände 47. 111.

Einführung und Rechtfertigung der Rechtsmittel 47. 148, 163, 331; 53. 191.

Verfahren des Ober-Tribunals, wenn ein Senat in Civil-Prozessen nach der Verordnung vom 21. Juli 1846 einen Konflikt mit einer früheren Entscheidung angenommen hat 47. 220.

Rechtsnachtheile, welche im abgekürzten Verfahren den Kläger treffen, wenn er in dem Termine zur Klagebeantwortung und weiteren mündlichen Verhandlung nicht erscheint 47. 368.

Beschwerden wegen erfolgter Einleitung eines Prozeßverfahrens gehören zur Kompetenz der Instanzgerichte 48. 130.

Verfahren bei Requisitionen diesseitiger Gerichte an Belgische Behörden in Civil- und Handelssachen 48. 151.

Ob der Richter, welcher nach §. 7 der Verordnung vom 21. Juli 1846 die Replik eingefordert hat, nach deren Eingange auch dem Verklagten die Duplik gestatten muß, oder sofort Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumen kann 48. 242.

Abhandlung über die Abweisung unzulässiger Klagen durch Dekret 49. 44.

Legalisation von Schriftsätzen nach der Verordnung vom 21. Juli 1846 49. 325.

Führung von Prozeßlisten bei den Gerichten erster Instanz über Prozesse, deren Gegenstand 50 Thaler übersteigt 50. 395. — Zusammenstellung der neueren Vorschriften über die Einrichtung der Prozeßlisten bei den Gerichten 55. 337.

Restitution wegen versäumter Frist 51. 242.

Zulässigkeit der Anmeldung von Rechtsmitteln bei den Gerichts-Deputationen und Kommissionen 51. 279.

Anfertigung der Referate, Vota und Erkenntnisse in Civil-Prozeßsachen 53. 72.

Folgen der Erklärung einer Partei, sich bei einem ergangenen Erkenntnisse beruhigen zu wollen 56. 94.

Rechtliche Bedeutung civilrechtlicher Entscheidungen für das Strafverfahren 56. 96.

Kompetenz der Gerichts-Kommissionen in Civil-Prozessen 57. 42.

Digitized by Google

Inwiefern der Civilrichter bei Entschädigungsklagen aus strafbaren Handlungen an die Feststellungen des Strafrichters gebunden ist **57.** 59.

Form der Erkenntnisse erster Instanz in Civilsachen **57.** 122.

Inwiefern gegen Verfügungen des Prozeßrichters, welche die Auswahl eines Sachverständigen zum Gegenstande haben, der Beschwerdeweg an die vorgesetzte Instanz zulässig, und ob die Zuziehung ausländischer Sachverständiger in den vor Preußischen Gerichten schwebenden Civil-Prozessen gestattet ist **59.** 134.

Auslegung und Erläuterung einzelner Paragraphen der Verordnung vom 21. Juli 1846:

§. 1. **47.** 18; **49.** 290.
§. 2. **47.** 18; **49.** 299.
§. 3. **47.** 18, 333; **48.** 175; **49.** 323.
§. 4. **47.** 18, 368.
§. 5. **47.** 3.
§. 6. **47.** 3.
§. 7. **48.** 175, 242.
§. 9. **47.** 368.
§. 13. **47.** 29, 34, 56, 333, 368.
§. 15. **47.** 148, 163, 168; **48.** 24; **53.** 191.
§. 16. **47.** 331; **48.** 24; **53.** 191.
§. 17. **47.** 148, 163, 331, 333; **48.** 24; **53.** 191; **56.** 327.
§. 18. **47.** 331, 333; **48.** 24; **53.** 191.
§. 19. **53.** 191.
§. 20. **56.** 327.
§. 21. **47.** 333; **48.** 175.
§. 22. **47.** 338.
§. 23. **47.** 331, 334, 338.
§. 25. **47.** 230.
§. 26. **47.** 332.
§. 28. **47.** 338, 340, 368; **53.** 404, 409.
§. 29. **47.** 332.
§. 30. **47.** 331; **51.** 279.
§. 34. **47.** 332, 333.
§. 35. **47.** 332, 333, 334; **48.** 130.
§. 36. **47.** 333.
§. 37. **47.** 333.
§. 39. **46.** 236; **47.** 338, 342.

Entwurf einer Verordnung für die Bezirke des Ober-Appellationsgerichts zu Greifswald und des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein behufs Einführung eines gleichmäßigen, auf Mündlichkeit und Oeffentlichkeit beruhenden Verfahrens in Civil-Prozessen **49.** 69.

Auslegung und Erläuterung einzelner Paragraphen der Verordnung vom 2. Januar 1849:

§. 1. **49.** 396.
§. 8. **50.** 160, 188.
§. 13. **52.** 199.
§§. 20 — 22. **50.** 232.
§. 33. **50.** 134.
§. 34. **50.** 134.
§. 35. **50.** 136.
§. 36. **50.** 135; **59.** 338.

Kostenansatz nach dem Gerichtskosten-Gesetze vom 10. Mai 1851 und dem dazu gehörigen Tarif, Instruktion dazu vom 10. September 1851. **52.** 114 ff.

Gebühren der Justiz-Kommissarien. Festsetzung der Mandatarien-Gebühren für die Appellations-Instanz **47.** 293. — Gebühren der Justiz-Kommissarien für Audienz-Termine **48.** 31.

Gebühren der Rechtsanwalte in Prozessen nach dem Gesetze vom 12. Mai 1851 und dem dazu gehörigen Tarif, Instruktion vom 12. September 1851. **52.** 142 ff.

s. auch Pacht-Prozesse, Possessorien-Prozeß.

Prozeßlisten, s. Tabellen.

Prozeßschriften, s. Rechtsanwalte, Schriftsätze.

Prozeß-Vollmacht, s. Vollmacht.

Prüfungen.

I. Allgemeine Bestimmungen.

Entbindung der Doktoren der Rechte von der Auskultator-Prüfung **40.** 24.

Personen, welche sich zur Prüfung als Auskultator melden, sind zur Erklärung aufzufordern, ob sie Schulden haben und worin diese bestehen **43.** 23. — Auf die während der Universitätsstudien entstandenen, im Abgangs-Zeugnisse vermerkten Honorar-Rückstände finden die Vorschriften wegen des Schuldenmachens der Beamten keine Anwendung **43.** 106.

Studirende der Rechte, welche im letzten Semester des akademischen Studiums mit der Strafe der Relegation oder des Konsils belegt sind, dürfen zur ersten juristischen Prüfung nicht zugelassen werden **44.** 129.

Verzeichniß derjenigen höheren Bürger- und Realschulen welche zu Entlassungs-Prüfungen nach dem Reglement vom 8. März 1832 berechtigt sind **52.** 335.

Strafbarkeit der Hülfeleistung bei solchen Probearbeiten, bei welchen der Prüfungs-Kandidat eidesstattlich versichern muß, daß er sie ohne fremde Hülfe angefertigt habe **57.** 51.

II. Prüfungen in den alten Provinzen:

a) Auskultator-Prüfung.

Allgemeine Bestimmungen über die Auskultator-Prüfung **40.** 218.

Nachweis der für den praktischen Justizdienst nothwendigen Vorlesungen **44.** 251; **46.** 130; **50.** 350; **58.** 43. — Besondere Berücksichtigung des Römischen Rechts **51.** 202.

Zusammenstellung der die bestehenden Vorschriften über die juristischen Prüfungen abändernden Grundsätze **47.** 183. — Anderweitige Bestimmungen über die Prüfung und Vorbereitung der Auskultatoren **49.** 491. — Erläuterungen derselben **50.** 18; **59.** 162.

b) Referendariats-Prüfung.

Allgemeine Bestimmungen über die Referendariats-Prüfung **40.** 218. — Zusammenstellung der diese Bestimmungen abändernden Grundsätze **47.** 183. — Anderweitige Bestimmungen über die Referendariats-Prüfung und die Beschäftigung der Referendarien **49.** 491. — Erläuterungen derselben **50.** 18. — Besondere Berücksichtigung des Römischen Rechts bei der Referendariats-Prüfung **51.** 202.

Verfahren zur Abwendung der Verzögerung der Berichte über die von den Auskultatoren bestandene Referendariats-Prüfung **46.** 86.

Digitized by Google

c) Assessor-Prüfung (dritte juristische Prüfung).

Zusammenstellung der höheren Stellen in der Justizverwaltung, zu welchen die dritte juristische Prüfung erforderlich ist 58. 302.

Allgemeine Bestimmungen über die Präsentation zur dritten juristischen Prüfung 40. 218. — Zeitpunkt der Anwendbarkeit dieser Bestimmungen 40. 222; 41. 199. — Die Zulassung zur dritten Prüfung ist auch von dem bisherigen Fleiße und Diensteifer abhängig 40. 270. — Die Benachrichtigung von der erfolgten Zulassung fällt künftig fort 46. 79.

Einrichtung der von den Prüfungs-Kandidaten anzufertigenden Instruktionen und Untersuchungs-Verzeichnisse 42. 159.

In den Attesten behufs der Zulassung zur dritten Prüfung ist anzugeben, inwiefern der zur Prüfung Präsentirte als Referendar bei einem Untergericht beschäftigt gewesen ist 42. 360. — Vorschriften über die Ausstellung des Präsidial-Attestes 48. 297; 49. 491; 50. 18.

Abstellung der Verzögerungen bei der dritten juristischen Prüfung 46. 79; 52. 10.

Zusammenstellung der die bestehenden Vorschriften über die Vorbereitung und Prüfung der Justiz-Referendarien abändernden Grundsätze 47. 183. — Anderweitige Bestimmungen 49. 491. — Modifikation derselben 52. 10, 171. — Zurückweisung der Anträge auf Kumulation der von den Referendarien zurückzulegenden Stationen 52. 226.

Während der Zeit vom 15. Juli bis 15. September jeden Jahres finden keine mündliche Prüfungen vor der Immediat-Justiz-Examinations-Kommission statt 51. 251.

d) Subalternen-Prüfungen.

Vorschriften über die Aktuariats-Prüfung 49. 245, 475; 52. 386.

Zulassung der Civil-Supernumerarien zur Aktuariats-Prüfung vor Beibringung des Militair-Attestes 56. 82.

III. Prüfungen in der Rheinprovinz:

a) Auskultator-Prüfung.

Führung des Nachweises der Vorlesungen über das Rheinische Ehliegesetzbuch 39. 398; — desgl. über das Allgemeine Landrecht 40. 60.

Verfahren bei Zulassung zur Prüfung 59. 162.

b) Referendariats-Prüfung.

Verfahren bei der Referendariats-Prüfung, und Zurückweisung der Kandidaten, welche nicht hinreichende Kenntniß des Römischen und gemeinen Rechts bewiesen haben 42. 12.

c) Assessor-Prüfung.

Beschäftigung der Referendarien bei den Advokat-Anwalten als Erforderniß zur dritten Prüfung 40. 212.

Beibringung des Qualifikations-Attestes zur dritten Prüfung 48. 297.

Verfahren bei Prüfung derjenigen Assessoren, welche die dritte Prüfung bei der Immediat-Justiz-Examinations-Kommission für die altländischen Provinzen gut bestanden haben und sich später die Qualifikation für Rheinische höhere Justizstellen erwerben wollen 40. 130.

d) Notariats-Prüfung.

Erforderniß zur Beschäftigung zu dem Amte eines Notars im Bezirk des Rheinischen Appellationsgerichtshofes zu Cöln 52. 387.

Prüfungs-Zeugnisse, Nachweis der Beschäftigung zum selbstständigen Betriebe eines Gewerbes und über die Ausstellung von Prüfungs-Attesten 53. 260.

Publikation fremder Gesetze, Vorschriften über das gerichtliche Verfahren treten mit dem Tage ihrer Bekanntmachung in Vollzug 40. 72.

Zur Anwendung des §. 269 des Strafgesetzbuchs brauchen auswärtige, die Reziprozität begründende Gesetze in Preußen nicht publizirt zu sein 55. 4.

Publikation der Erkenntnisse, s. Erkenntnisse.

Publikation von Testamenten, s. Rechtsanwalte, Testamente.

Punktationen, Einziehung und Berrechnung der Stempel zu Punktationen 58. 122.

Purifikations-Resolution, Behändigung der Purifikations-Resolution in Beziehung auf das gegen das Haupterkenntniß einzulegende Rechtsmittel der Appellation 40. 182. — s. auch Rechtsanwalte.

Pyromanie, s. Brandstiftung.

Q.

Quartal-Abschlüsse, s. Kassenwesen.

Quäruliren, Bestrafung des muthwilligen und boshaften Quärulirens 52. 180.

Quittungen, Form der den Postämtern auszustellenden Quittungen über die durch die Post bei den Gerichten eingehenden Gelder 39. 207. — Kontrolirung der Quittungen bei der Salarien- und Deposital-Kassen-Verwaltung 45. 210.

Stempelpflichtigkeit der Quittungen, insbesondere der Quittungsleistung zum gerichtlichen Protokoll 39. 345; — desgl. über Kaufgelder 43. 79.

Stempelpflichtigkeit der Quittungen über Diäten, und was unter fixirten und unfixirten Diäten zu verstehen ist 39. 360; 53. 218. — Stempel zu Gehalts-Quittungen in Beziehung auf die von neuen Besoldungen und Gehaltszulagen zum Pensionsfonds fließenden Zwölftelabzüge und zu den Quittungen der Hinterbliebenen verstorbener Beamten und Pensionaire 41. 295. — Quittungsstempel, wenn das Einkommen des Beamten theils als Gehalt, theils als Pension aus verschiedenen Kassen bezogen ist 55. 258.

Die Ausstellung von Quittungen bei Geldversendungen zwischen Königlichen Kassen vor Absendung der Gelder ist nicht erforderlich 40. 115; — desgl. auch nicht bei dem Geldverkehr zwischen gerichtlichen Salarien-Kassen und den Kassen der General-Kommissionen 41. 120.

Bei Geldsendungen von einer Königlichen Kasse zur anderen ist ohne Rücksicht auf die Höhe des Betrages Quittung der empfangenden Kasse beizufügen 50. 171.

Quittungsleistung über das Kapital ohne Vorbehalt der Zinsen 51. 294; 55. 38.

Form der von den Gerichten auszustellenden Quittungen über die von der Bank bei Besorgung von Geldgeschäften eingesandten Gelder oder gelderthen Papiere 52. 250.

Ausstellung der Quittung bei Auszahlung von Assignaten 54. 411.

Kostenfreiheit der Quittungen über Pensionen aus der Allgemeinen oder Offizier-Wittwen-Verpflegungs-Anstalt (Instr. zu §. 3b. des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.

Digitized by Google

R.

Rabbiner, Befugniß der Regierungen zur Ertheilung des Konsenses behufs Annahme ausländischer Juden als Rabbiner **51**. 50.

Radfelgen, Unterscheidung zwischen gewerbsmäßig betriebenem Fuhrwerk und anderem Fuhrwerk bei Strafsetzungen wegen des Gebrauchs schmaler Radfelgen **42**. 82. — Radfelgenbreite der Frachtfuhrwerke auf den Kunststraßen **53**. 160.

Raffholz, s. Holz.

Rangverhältnisse, Rangverhältniß der richterlichen Beamten und Beamten der Staatsanwaltschaft **50**. 104.

Rathsertheilung, s. Rechtsanwalte.

Rathskammer-Beschlüsse, s. Beschlüsse.

Ratibor (Ober-Landesgericht), Ueberweisung der Rekurse in Bagatellsachen an den ersten Senat des O. L. G. **39**. 340.

Welcher Bezeichnung sich das O. L. G. in Ratibor bei seinen Ausfertigungen zu bedienen hat **40**. 31.

Geschäfts-Regulativ des O. L. G. in Ratibor für die Kreisgerichte seines Departements **49**. 180.

Instruktion des O. L. G. in Ratibor für die Gerichts-Kommissionen seines Departements wegen der Aufbewahrung solcher Dokumente, deren förmliche Deposition nach den Vorschriften der Deposital-Ordnung nicht nothwendig ist **49**. 231.

Rauchfangsteuer, Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über die Einziehung der Rauchfangsteuer in Westpreußen **53**. 200.

Raum, s. Umschlossener Raum.

Ravensberg (Grafschaft), Recht der Anerben in der Grafschaft Ravensberg auf das von den mahljährigen Wirthen nach Auflösung des Leibeigenthums erworbene Pekulium **39**. 16.

Eheliche Gütergemeinschaft, wie sie in der Grafschaft Ravensberg gilt **44**. hinter Seite 176.

Inwiefern der überlebende Ehegatte bäuerlichen Standes zur einseitigen Veräußerung von Bauergütern, die zur Gütergemeinschaftsmasse gehören, ohne Zuziehung der Kinder befugt ist **45**. 170.

Bestellung eines Anerbenrechtes während der Zeit, da in Westphalen die Münsterische und die Minden-Ravensbergische Eigenthums-Ordnung durch die fremdherrliche Gesetzgebung außer Kraft gesetzt war **46**. 30.

Realberechtigungen, Instruktion wegen des von den Gerichten in der Provinz Westphalen und in den Kreisen Rees und Duisburg bei Subhastationen von Realberechtigungen zu beobachtenden Verfahrens **41**. 339.

Unterscheidung bei Eintragung von Realberechtigungen auf dem verpflichteten Grundstücke, ob die Berechtigung Zubehör eines anderen Grundstücks sei oder nicht **42**. 18.

Realkredit, Abhandlung über den Realkredit ländlicher Grundstücke **58**. 85.

Realschulen, s. Schulen.

Rechnungsbücher, Revision der Rechnungsbücher der Justiz-Kommissarien **39**. 210.

Rechnungslegung, Frist, binnen welcher ein Principal von seinem Verwalter Rechnungslegung zu fordern befugt ist **59**. 27.

Rechnungsvergütungen, Behandlung der bei den Justizstiftskassen zur Verausgabung kommenden Rechnungsvergütungen **54**. 426; **55**. 30; **56**. 174.

Rechtfertigungsschrift, s. Einführungs- und Rechtfertigungsschrift.

Rechtsanwalte (Fortsetzung von Seite 91 Justiz-Kommissarien).

1) Anstellung u. derselben.

Verfahren, wenn gegen einen Rechtsanwalt die Disziplinar- oder Kriminal-Untersuchung eingeleitet wird **50**. 147; **51**. 232; **52**. 231; **59**. 130. — Die Berufung an das Ober-Tribunal in Disziplinar-Untersuchungen wider Rechtsanwalte gegen Entscheidungen des Ehrenraths derselben ist an eine vierwöchentliche Anmeldefrist gebunden **56**. 4.

Verfahren bei Dienstvergehen der Rechtsanwalte und Advokaten in den Gerichtssitzungen **51**. 250.

Gebühren für die Introduktion und Verpflichtung der Rechtsanwalte **52**. 302.

Berechnung der Pension städtischer Beamten, welche nach ihrer Entlassung aus dem Kommunaldienste das Amt eines Rechtsanwalts oder Notars angenommen haben **53**. 320.

Verfahren bei Beurlaubung der Rechtsanwalte **53**. 378.

Pensionsvereine der Rechtsanwalte und Notare im Bezirk des Appellationsgerichts zu Hamm **55**. 46. — s. auch Justiz-Kommissarien.

Prozeßpraxis der bei dem Appellationsgericht und dem Kreisgericht in Naumburg angestellten Rechtsanwalte **55**. 61.

Umfang der Berechtigungen der Rechtsanwalte **55**. 111.

Rechtsanwalte als solche haben auf eine Befreiung von Kommunal-Abgaben keinen Anspruch **57**. 225.

In welchen Fällen dem Ehrenrath der Rechtsanwalte die Portofreiheit zusteht (§. 7 des Regul. v. 3. Januar 1858) **58**. 53.

Rechtsanwalte haben auf Portofreiheit auch für ihre amtliche Korrespondenz keinen Anspruch (Regul. v. 3. Januar 1858 §. 7) **58**. 53.

2) Befugnisse der Rechtsanwalte.

Ob ein Rechtsanwalt befugt ist, die ihm von dem Angeschuldigten angetragene Vertheidigung abzulehnen **51**. 215. — Rechtsanwalte sind nicht verpflichtet, über das, was ihnen in ihrer Eigenschaft als Vertheidiger von dem Angeklagten mitgetheilt worden, Zeugniß abzulegen **53**. 353. — Befugniß der Rechtsanwalte, als Vertheidiger des Angeklagten auch ohne Vollmacht desselben die Appellation anzumelden und zu rechtfertigen **59**. 23.

Anwendung an die Rechtsanwalte, bei Anträgen in Hypothekensachen zu erwähnen, ob die Original-Anlagen zu den Grundakten genommen, oder die Rückgabe derselben erfolgen soll **54**. 422.

Abhandlung über die Befugniß der Rechtsanwalte zur Legalisirung von Rechtsschriften **55**. 392.

3) Gebühren der Rechtsanwalte.

Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung und den Ansatz der Gebühren der Rechtsanwalte **49**. 183.

Bei welchem Gericht die Gebühren der Rechtsanwalte nach der veränderten Einrichtung der Gerichtsbehörden festzusetzen sind **49**. 331.

Gebühren der Rechtsanwalte in fiskalischen Civil-Prozessen **50**. 166.

Benachrichtigung der Gerichte von dem Erscheinen des Gesetzes v. 12. Mai 1851, betreffend den Ansatz und die Erhebung der Gebühren der Rechtsanwalte, und von der Veranstaltung einer amtlichen Ausgabe desselben nebst der dazu erlassenen Instruktion **51**. 326.

Digitized by Google

Instruktion des Justiz-Ministers d. 12. September 1851 zu dem Gesetze v. 12. Mai 1851. 52. 142.

Erläuterung und Auslegung des Gesetzes und des Tarifs zu demselben:

§. 2 des Tarifs 52. 34.
§. 4 des Tarifs 52. 34.
§. 5 Nr. 7 des Tarifs 54. 390; 52. 34.
§. 6. 52. 34.
§§. 22—27 des Tarifs, Aufhebung derselben durch das Gesetz v. 3. Mai 1853. 53. 182.
§§. 12—18a. 52. 51.
§§. 12—20. 57. 198.
§. 28. 52. 51.

Gebührenansätze für die Geschäfte der Rechtsanwalte nach dem Gesetze vom 12. Mai 1851 und der dazu erlassenen Instruktion vom 12. September 1851:

Abschriften, nach welchen Grundsätzen Rechtsanwalte Schreibgebühren für Abschriften zu liquidiren befugt sind (Instr. zum Tarif Allg. Bestimmungen 2). — Gebühren für die Ertheilung beglaubigter Abschriften 52. 34.

Adeitation, Gebühren der Rechtsanwalte (Instr. zu §. 5 des Tarifs).

Administration, Gebühren für den Betrieb derselben (Instr. zu §§. 9, 19 des Tarifs).

Agnitionsresolut, Gebühren, wenn der Prozeß durch Agnitionsresolut beendigt wird (Instr. zu §. 4 des Tarifs); — Erläuterung hiezu 52. 34.

Aktivmasse, Gebühren für die Konstituirung der Aktivmasse in Konkurs- und Liquidations-Prozessen (Instr. zu §. 21 des Tarifs).

Amortisationssachen, Pauschquantum für das ganze Verfahren, ohne Unterschied, ob dasselbe durch Entscheidung, durch Vergleich ꝛc. beendigt wird, oder ob es mehr oder weniger einfach gewesen ist (Instr. zu §. 8 des Tarifs).

Anmeldung der Rechtsmittel, für dieselbe sind keine besondere Gebühren zu liquidiren (Instr. zu §. 5 Nr. 6 des Tarifs).

Antrag in Prozessen; inwiefern dafür Gebühren zum Ansatz gebracht werden können (Instr. zur Einleitung zu II. des Tarifs); — in nichtstreitigen Angelegenheiten (§. 28 des Tarifs).

Anzeige in Prozessen, Gebühren dafür (Instr. zu §. 16 des Tarifs und Einleitung zu II. desselben); — in nichtstreitigen Angelegenheiten (§. 28 des Tarifs).

Appellation, für die Anmeldung derselben sind keine besondere Gebühren zu liquidiren (Instr. zu §. 5 Nr. 6 des Tarifs); — Gebühren für die Anfertigung der Appellationsschrift in Untersuchungssachen (§. 24 des Tarifs).

Armensachen, Armen-Parteien müssen die Rechtsanwalte unentgeltlich Hülfe leisten (Instr. zu §. 6 des Ges.).

Arrest-Prozeß, Pauschquantum für das ganze Verfahren, ohne Unterschied, ob dasselbe durch Entscheidung, durch Vergleich ꝛc. beendigt wird, oder ob es mehr oder weniger einfach gewesen ist (Instr. zu §. 8 des Tarifs).

Affistenzgebühren der Rechtsanwalte (§. 11 des Tarifs), — desgl. §. 18 daselbst und Instr. zu II. des Tarifs (§. 12); — in nichtstreitigen Angelegenheiten (§. 28. des Tarifs).

Aufforderung, für die Aufforderungen, welche Rechtsanwalte wegen ihrer Gebühren und Auslagen erlassen, können dieselben keine Gebühren liquidiren (§. 7 des Ges.); — s. Zahlungs-Aufforderung.

Aufgebotssachen, Pauschquantum für das ganze Verfahren, ohne Unterschied, ob dasselbe durch Entscheidung, durch Vergleich ꝛc. beendigt wird, oder ob es mehr oder weniger einfach gewesen ist (Instr. zu §. 8 des Tarifs).

Auseinandersetzung in Prozessen, Gebühren für rechtliche Ausführungen oder materielle Auseinandersetzungen (Instr. zu §. 16 des Tarifs und zu II. desselben); — in nichtstreitigen Angelegenheiten (§. 28 des Tarifs). — Gebühren der Rechtsanwalte in Auseinandersetzungssachen bei den General-Kommissionen 52. 51.

Ausführungen in Prozessen, desgl.

Auslagen, Erstattung nothwendiger baarer Auslagen (Instr. zum Tarif Allg. Bestimmungen).

Außerordentlicher Werth, Liquidation der Gebühren nach Maaßgabe desselben (Instr. zu §. 2 des Ges.); — s. Werth.

Bagatellsachen, Erstattung der Mandatarien-Gebühren von Seiten des unterliegenden Gegners (Instr. zu §. 8 des Ges.). — Schreibgebühren der Rechtsanwalte in Bagatellsachen (Instr. zu den allg. Bestimmungen zum Tarif ad 2). — Gebühren im Bagatell-Prozesse (Instr. zu §. 3 des Tarifs).

Beamte, inwiefern Beamte Erstattung ihrer Mandatarien-Gebühren von dem unterliegenden Gegner verlangen können (Instr. zu §. 8 des Ges.).

Begnadigungsgesuche, Gebühren für Anfertigung derselben (§. 24 des Tarifs).

Beistände, Affistenz-Gebühren der Rechtsanwalte (§. 11, §. 18 des Tarifs und Instr. zum Tarif ad II. §. 12).

Berichtigungen in Prozessen, Gebühren für dieselben (Instr. zu §. 16 des Tarifs und Einleitung zu II. des Tarifs); — in nichtstreitigen Angelegenheiten (§. 28 des Tarifs).

Bergwerksantheil, Gebührenansatz in Prozessen darüber (Instr. zu §. 2 des Ges.).

Beschlagnahme von Einkünften, Verfahren auf Aufstellung der Liquidation (Instr. zu §. 10 des Tarifs).

Beschleunigungs-Gesuche in Prozessen; für dieselben sind keine besondere Gebühren zu liquidiren (Instr. zu §. 6 des Tarifs); — für die von der Partei ausdrücklich geforderten Beschleunigungs-Gesuche können nur Schreibgebühren liquidirt werden (Instr. zu §. 16 des Tarifs); — in nichtstreitigen Angelegenheiten (§. 28 des Tarifs).

Beschwerden in Prozessen, Gebühren dafür (§. 15 des Tarifs); — desgl. in Untersuchungssachen (§. 25 des Tarifs); — in nichtstreitigen Angelegenheiten (§. 28 des Tarifs).

Beweisaufnahme im Mandats-Prozesse, Gebührenansatz in dem Falle, wenn dieselbe nicht im Termine zur mündlichen Verhandlung selbst erfolgt (Instr. zu §. 2 des Tarifs); — Erläuterung des §. 2 D. des Tarifs 52. 34; — im Bagatell-Prozesse (Instr. zu §. 3 des Tarifs); — in den übrigen Prozessen (Instr. zu §. 4 des Tarifs). — Pauschquantum für die Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtniß (Instr. zu §. 8 des Tarifs).

Briefträgerlohn dürfen Rechtsanwalte nicht liquidiren (Instr. zum Tarif, Allg. Best. zu 1).

Cessio bonorum, Gebührenansatz (Instr. zu §. 8 des Tarifs).

Depositionsantrag, Gebühren bei Verhandlung von Depositionsanträgen (Instr. zu §. 8 zum Tarif).

Diäten der Rechtsanwalte in Civil-Prozessen (Instr. zum Tarif, Allg. Bestimmungen ad 3 und 4); — desgl. in Untersuchungssachen (Instr. zu §. 27 des Tarifs).

Digitized by Google

Diffamations-Prozeß, Pauschquantum für denselben (Instr. zu §. 8 des Tarifs).

Distributionsplan im Konkurse, Gebühren für denselben (Instr. zu §. 21 des Tarifs).

Disziplinarsachen, Gebühren der Rechtsanwalte als Vertheidiger in Disziplinarsachen (Instr. zu §. 22 des Tarifs).

Einführung des Rechtsmittels, Gebühren dafür (Instr. zu §§. 1, 4 des Tarifs).

Einreden (Einwendungen) im Mandats-Prozesse, Gebühren für den die Einwendungen aufstellenden und begründenden Schriftsatz, einschließlich der Informations-Einziehung und etwaiger Nebengeschäfte (Instr. zu §. 2 des Tarifs).

Einzelrichter, Verbindlichkeit des unterliegenden Gegners zur Erstattung der Mandatarien-Gebühren in den vor den Einzelrichtern verhandelten Sachen (Instr. zu §. 8 des Ges.)

Einziehung der Gebühren der Rechtsanwalte (Instr. zu §. 7 des Ges.).

Emballage, Wegfall der Emballagekosten bei dem Gebührenansatze der Rechtsanwalte (Instr. zum Tarif; Allg. Bestimmungen sub 1).

Entsagung der Klage oder des Rechtsmittels (Instr. zum Tarif §§. 1, 3—5); — Erläuterung zu §. 5 Nr. 6 52. 34; — desgl. im Konkurs- und Liquidations-Prozesse (Instr. zu §. 21 des Tarifs).

Entwürfe zu Verträgen, Testamenten ꝛc. Liquidation der Gebühren nach §. 11 des Ges. vom 11. Mai 1851 (Instr. zu §. 30 des Tarifs).

Exekutions-Instanz, Kopialien sind unzulässig (Instr. zum Tarif, Allg. Bestimmungen sub 2). — Gebühren der Rechtsanwalte (Instr. zum Tarif §. 5 Nr. 1). — Erläuterung zu §. 6. 52. 34.

Feldrügesachen, Gebühren der Rechtsanwalte als Vertheidiger (Instr. zu §§. 22, 26 des Tarifs).

Fideikommißsachen, Gebühren für Beschwerden in Fideikommißsachen (Instr. zu §. 4 des Ges.).

Gefundene Sachen, Gebühren für das Verfahren (Instr. zu §. 8 des Tarifs).

Geld, Gebühren der Rechtsanwalte für Erhebung und Ablieferung von Geldern (Instr. zu §. 20 des Tarifs); — desgl. in der Exekutions-Instanz (Instr. zu §. 6 des Tarifs); — desgl. im Konkurs-Prozesse (Instr. zu §. 21 des Tarifs).

General-Vollmacht, Gebühren und Honorar für dieselbe (Instr. zu §. 29 des Tarifs).

Gesuche, Gebühren der Rechtsanwalte für Gesuche in Prozessen (Instr. zum Tarif §. 16 und zu Abschnitt II. des Tarifs).

Grundgerechtigkeiten, Berechnung des Werths derselben (Instr. zu §. 2 des Ges.).

Gutachten, Gebühren für Gutachten (Instr. zum Tarif §§. 12, 19).

Hohenzollern, die Gesetze vom 11. und 12. Mai 1851 finden dort vorläufig keine Anwendung (Instr. zu §. 1 des Ges.).

Holzdiebstahlssachen, Gebühren der Rechtsanwalte als Vertheidiger in Holzdiebstahlssachen (Instr. zu §§. 22 und 26 des Tarifs).

Honorar, Annahme eines Honorars von Seiten der Rechtsanwalte (§. 9 des Ges.); — desgl. für schwierige Informations-Einziehungen vor Einleitung eines Prozesses (Instr. zu §. 13 des Tarifs); — desgl. für ihre Mühwaltungen als Kuratoren in Konkurs- und Liquidations-Prozessen (Instr. zu §. 21 des Tarifs); — desgl. für Nachlaß-Kuratelen, Testaments-Vollstreckungen, Verwögens-Verwaltungen, Güter- und Häuser-Administrationen, Syndikate ꝛc (Instr. zu §. 29 des Tarifs).

Information, über Interventions-Ansprüche (Instr. zu §. 6 des Tarifs). — Informations-Einziehung vor Einleitung eines Prozesses (Instr. zu §§. 12, 13 des Tarifs); — desgl. zur Wahrnehmung eines einzelnen Termins (Instr. zu §. 14 des Tarifs). — Gebühren für die Informationsertheilung durch einen Korrespondenz-Mandatar (Instr. zu §. 19 des Tarifs).

Injuriensachen, Erstattung der Mandatariengebühren von Seiten des unterliegenden Gegners (Instr. zu §. 8 des Ges.).

Intermistikum, Gebühren für die Regulirung desselben (Instr. zu §. 8 des Tarifs).

Intervention, Gebühren für die Vertretung von Intervenienten (Instr. zu §. 5 Nr. 5 des Tarifs); — desgl. in der Exekutions-Instanz (Instr. zu §. 6 des Tarifs).

Kaufgelderbelegung, Gebühren für die Wahrnehmung des Kaufgelderbelegungs- und Vertheilungsverfahrens (Tarif §. 7).

Klageschrift, Gebühren für die Klageschrift (Instr. zu §§. 1, 2 des Tarifs).

Klassifikatoria im Konkurse (Instr. zu §. 21 des Tarifs).

Konferenzen; Gebühren für die Konferenz in Prozessen (Instr. zu §§. 12, 14 des Tarifs); — desgl. bei Wahrnehmung eines einzelnen Termins (Instr. zu §. 17).

Konkurs-Prozeß, Gebühren für die Feststellung einzelner Liquidate (Instr. zu §. 5 Nr. 4 des Tarifs); Erläuterungen hierzu 57. 198; — desgl. bei Vertretung mehrerer Personen (Instr. zu §. 5 Nr. 5); — desgl. für die Konstituirung der Passiv- und Aktiv-Masse (Instr. zu §. 21); — desgl. für Prozesse über die Eröffnung eines Konkurses (Instr. zu §. 8 des Tarifs).

Konsulenten, Gebühren derselben (Instr. zu §§. 12 ff. des Tarifs).

Kontumazialbescheid, Gebühren, wenn der Prozeß durch Kontumazialbescheid beendet wird (Instr. zu §. 4 des Tarifs). — Erläuterung hierzu 52. 34.

Korrespondenz, Gebühren für die Korrespondenz in Prozessen (Instr. zu §§. 12, 15, 16 des Tarifs); — desgl. in Konkurs-Prozessen (Instr. zu §. 21 des Tarifs).

Korrespondenz-Mandatar, Erstattung der Gebühren des Korrespondenz-Mandatars von Seiten des unterliegenden Gegners (Instr. zu §. 8 des Ges.). — Gebühren des Korrespondenz-Mandatars (Instr. zu §. 19 des Tarifs).

Krankheit, Erstattung der Mandatariengebühren an kranke Parteien von Seiten des unterliegenden Gegners (Instr. zu §. 8 des Ges.). — Gebühren der Rechtsanwalte, wenn sie zu kranken Personen gerufen werden (Instr. zu Nr. 3 der Allg. Bestimmungen zum Tarif).

Kumulation, Gebühren bei Kumulation von Forderungen (Instr. zu §. 5 Nr. 5 des Tarifs).

Kündigung des Mandats, Gebühren des Rechtsanwalts bei Kündigung des Mandats (Instr. zu §. 5 Nr. 7 des Tarifs); — Erläuterung dazu 54. 330.

Kurator, Gebühren des Kurators beim Aufgebot von Spezialmassen (Instr. zu §. 8 des Tarifs); — desgl. für die Wahrnehmung einzelner Termine (Instr. zu §. 17 des Tarifs). — Gebühren der Kuratoren im Konkurs- und Liquidations-Prozesse (Instr. zu §. 5 Nr. 4 des Tarifs). — Gebühren für eine Nachlaß-Kuratel (Instr. zu §. 29 des Tarifs).

Digitized by Google

Legalisation einer Prozeßschrift, Gebühren dafür (§. 14 der Instr.).

Lehnssachen, Beschwerden über den Gebührenansatz der Rechtsanwalte in Lehnssachen (Instr. zu §. 4 des Ges.).

Leistungen, Berechnung des Werths derselben beim Gebührenansatze in Prozessen über Leistungen (Instr. zu §. 2 des Ges.).

Liquidation, Form der Gebühren-Liquidation der Rechtsanwalte (Instr. zu §. 3 des Ges.). — Anfertigung und Zustellung derselben (§. 7 des Ges.). — In Prozessen erfolgt die Zustellung erst nach Beendigung einer Instanz, oder wenn der ertheilte Auftrag aufgehört hat (§. 9 des Ges.).

Litisdenunziation, Gebühren in Prozessen, wenn ein Rechtsanwalt mehrere Personen vertritt, die ein und dasselbe Interesse verfolgen (Instr. zu §. 5 Nr. 5 des Tarifs).

Litiskonsorten, desgl.

Litiskuratoren, Erstattung ihrer Gebühren von Seiten des unterliegenden Gegners (Instr. zu §. 8 des Ges.) — Gebühren der Litiskuratoren (§. 11 des Tarifs).

Mandatarien-Gebühren, Erstattung derselben von Seiten des unterliegenden Gegners (Instr. zu §. 8 des Ges.) — Gebühren der Offizial-Mandatare (§. 11 des Tarifs).

Mandatsklage, Gebühren der Rechtsanwalte im Mandats-Prozesse (Instr. zu §. 2 des Tarifs); Erläuterung zu §. 2 des Tarifs 52. 34; — desgl. für das Mandatsverfahren in Bagatellsachen (Instr. zu §. 3 des Tarifs); — desgl. in Untersuchungssachen (Instr. zu §§. 22 und 26 des Tarifs). — Zulässigkeit des Mandats-Prozesses wegen der Gebühren der Rechtsanwalte (Instr. zu §. 5 des Ges.)

Manifestations-Eid, Gebühren in der Exekutions-Instanz, wenn der Manifestations-Eid abgefordert wird (Instr. zu §. 6 des Tarifs).

Manual-Akten, für die Absendung der Manual-Akten an den Bevollmächtigten der höheren Instanz sind keine Gebühren zu liquidiren (Instr. zu §. 5 Nr. 6 und §. 19 des Tarifs).

Maximum, Gebühren-Maximum eines Rechtsanwalts in Prozessen (Instr. zu §. 5 Nr. 1 des Tarifs).

Minimum, Gebühren-Minimum eines Rechtsanwalts in Prozessen (Allg. Bestimmungen zum Tarif sub 5.).

Moratorien-Prozeß. Gebühren der Rechtsanwalte (Instr. zu §. 8 des Tarifs). — Gebühren für die Vertretung mehrerer Gläubiger (Instr. zu §. 5 Nr. 5 des Tarifs).

Mündliche Verhandlung im Mandats-Prozesse, Gebühren für dieselbe (Instr. zu §. 2 des Tarifs). — Erläuterung des §. 2 D. des Tarifs 52. 34. — Gebühren für die mündliche Verhandlung in anderen Prozessen (§§. 3—5, 17 des Tarifs).

Nachlaß-Kuratel, Gebühren für eine Nachlaß-Kuratel (Instr. zu §. 29 des Tarifs).

Nachtzeit, Gebühren der Rechtsanwalte, welche in der Zeit von Abends 8 Uhr bis Morgens 8 Uhr zu Parteien gerufen werden (Instr. zu Nr. 3 der Allg. Bestimmungen des Tarifs).

Neuvorpommern, Gebühren der Rechtsanwalte im Bagatell-Prozesse (Instr. zu §. 3 des Tarifs).

Nichtigkeitsbeschwerde, Gebühren für die Anfertigung der Nichtigkeitsbeschwerde in Untersuchungssachen (§. 24 des Tarifs).

Notariats-Geschäfte der Rechtsanwalte, Gebühren für dieselben (Instr. zu §. 30 des Tarifs).

Nutzungen, Berechnung des Werths derselben beim Gebührenansatze in Prozessen über Nutzungen (Instr. zu §. 2 des Ges.).

Ober-Tribunal, Liquidation der Gebühren der Rechtsanwalte bei dem Ober-Tribunal in Sachen aus den Hohenzollernschen Landen (Instr. zu §. 1 des Ges.). — Die Rechtsanwalte bei dem Ober-Tribunal dürfen keine Kopialien liquidiren (Allg. Bestimmungen zum Tarif ad 2, Instr. zu §. 5 Nr. 3 des Tarifs). — Gebühren derselben in Prozessen (Instr. zu §. 5 Nr. 3 des Tarifs); — desgl. in Untersuchungssachen (Instr. zu §§. 22, 23 des Tarifs).

Offizial-Mandatar, Gebühren der Rechtsanwalte in dieser Eigenschaft (Instr. zu §. 11 des Tarifs).

Ordnungsstrafen gegen Rechtsanwalte (Instr. zu §. 3 des Ges.).

Ostrhein, Gebühren der Rechtsanwalte im Bagatell-Prozesse bei den ostrheinischen Gerichten (Instr. zu §. 3 des Tarifs).

Passivmasse, Gebühren für die Konstituirung derselben (Instr. zu §. 17 des Tarifs).

Porto, Befugniß der Rechtsanwalte zur Liquidirung des Porto, jedoch ausschließlich des Briefträgerlohns (Instr. zum Tarif, Allg. Bestimmungen unter 1).

Prioritäts-Streitigkeiten, Gebühren bei Vertretung mehrerer Gläubiger (Instr. zu §. 5 Nr. 5 des Tarifs). — Gebühren für den Betrieb (Instr. zu §§. 9, 10 des Tarifs).

Provokations-Prozeß, Gebühren in demselben (Instr. zu §. 8 des Tarifs).

Prozeß, Gebühren der zum Prozeßbetriebe bevollmächtigten Rechtsanwalte (Instr. zu §§. 1—11 des Tarifs). — Erläuterung zu §. 5 Nr. 7. 54. 390.

Prozeßschrift, Gebühren für eine Prozeßschrift (Instr. zu §. 12 des Tarifs); — desgl. für die Legalisation einer Prozeßschrift (§. 14 des Tarifs). — Gebühren für Anfertigung der Prozeßschriften zweiter Instanz (Instr. zu §. 19 des Tarifs).

Publikation von Testamenten, Assistenz-Gebühren dabei (Instr. zu §. 8 des Ges.).

Purifikatoria, Unzulässigkeit des Gebührenansatzes für die nach beendigter erster Instanz etwa noch nothwendig werdenden Verhandlungen zu der zu erlassenden Purifikatoria (Instr. zu §. 5 des Tarifs).

Rathsertheilung der Rechtsanwalte, Gebühren für dieselbe (Instr. zu §. 2 des Ges.); — desgl. in Bezug auf die Einführung eines Rechtsmittels (Instr. zu §. 12 des Tarifs). — Gebühren für die Ertheilung schriftlichen Raths in Prozessen (§. 14 des Tarifs); — desgl. in nichtstreitigen Angelegenheiten (§. 28 des Tarifs).

Rechtfertigungsschrift, Gebühren für die Anfertigung derselben (Instr. zu §. 1 des Tarifs).

Rechtsanwalte, Gebühren derselben in ihren eigenen Prozeßangelegenheiten (§. 7 des Ges.). — Gebühren der Rechtsanwalte für Notariatsgeschäfte (Instr. zu §. 30 des Tarifs).

Rechtsmittel, Gebühren für die Einlegung des Rechtsmittels (Instr. zu §§. 1, 4 des Tarifs); — desgl. für die Anmeldung und Regulirung des Rechtsmittels (Instr. zu §. 5 Nr. 6). — Erläuterung zu §§. 4 und 5 Nr. 6 52. 34.

Reisekosten der Rechtsanwalte, Ansatz derselben (Instr. zu den Allg. Bestimmungen des Tarifs zu 3 und 4); — desgl. in Untersuchungssachen (§. 27 des Tarifs).

Digitized by Google

Rekursschrift in Prozessen, Gebühren für die Anfertigung derselben (Instr. zu §. 1 des Tarifs).

Restitutionsgesuch in Untersuchungssachen, Gebühren für die Anfertigung desselben (§. 24 des Tarifs).

Rheinprovinz, auf die Rheinprovinz finden die Gesetze vom 11. und 12. Mai 1851 keine Anwendung (Instr. zu §. 1 des Ges.).

Schreibgebühren der Rechtsanwalte (Kopialien) (Instr. zu §. 3 des Ges.). — Allg. Bestimmungen zum Tarif Nr. 1 und 2, — in der Exekutions-Instanz (Instr. zu §. 6 des Tarifs), — im Subhastations-Prozesse (Instr. zu §. 7 des Tarifs), — für Anzeigen, Gesuche und Benachrichtigungen in Prozessen (Instr. zu §. 16 des Tarifs und zu Abschnitt II. derselben), — in nichtstreitigen Angelegenheiten (§. 28 des Tarifs), — in Untersuchungssachen (Instr. zu §. 27 des Tarifs).

Schreiben in Prozessen, Gebühren der Rechtsanwalte für die Anfertigung derselben (Instr. zu §. 16 des Tarifs); — desgl. in nicht streitigen Angelegenheiten (§. 28 des Tarifs).

Schwurgerichtssachen, Gebühren der Rechtsanwalte als Vertheidiger in Schwurgerichtssachen (§§. 22 ff. des Tarifs).

Sequestration, Gebühren für den Betrieb derselben (Instr. zu §. 9 des Tarifs).

Servituten, Berechnung ihres Werths bei Liquidation der Gebühren der Rechtsanwalte (Instr. zu §. 2 des Ges.).

Spezialmassen, Gebühren für das Aufgebot derselben (Instr. zu §. 8 des Tarifs).

Spezial-Prozesse im Konkurs- und Liquidations-Prozesse, Gebühren der Rechtsanwalte (Instr. zu §. 5 Nr. 4 und §. 21 des Tarifs); — desgl. im Subhastations- und Kaufgelderbelegungs-Verfahren (§. 7 des Tarifs); — desgl. beim Aufgebot von Spezialmassen (Instr. zu §. 8 des Tarifs).

Stiftungssachen, Beschwerden über die Liquidationen der Rechtsanwalte in Stiftungssachen (Instr. zu §. 4 des Ges.).

Subhastations-Prozeß, Gebühren in Subhastations-Prozessen (§. 7 des Tarifs).

Syndikat, Gebühren für die Geschäftsführung eines Syndikats (Instr. zu §. 29 des Tarifs).

Tabellen zur leichteren Anwendung des Tarifs (Einl. zur Instr. v. 10. Septbr. 1852) 52. 114.

Termine, Gebühren der Rechtsanwalte für die Wahrnehmung eines einzelnen Termins (Instr. zu §. 5 Nr. 7, §§. 17, 18 und Einleitung zu Abschnitt II. des Tarifs); — desgl. in nichtstreitigen Angelegenheiten (§. 28 des Tarifs).

Testamente, Gebühren eines Rechtsanwalts als Testamentsvollstrecker (Instr. zu §. 29 des Tarifs).

Todeserklärungs-Prozesse, Gebühren der Rechtsanwalte in Todeserklärungs-Prozessen (Instr. zu §. 8 des Tarifs).

Uebertretungen, Gebühren der Rechtsanwalte als Vertheidiger in Untersuchungssachen wegen Uebertretungen (Instr. zu §§. 22 ff. des Tarifs).

Unschätzbare Gegenstände, Verfahren beim Gebührenansatz in Prozessen über unschätzbare Objekte (Instr. zu §. 2 des Ges.).

Untersuchungssachen wegen Verbrechen und Vergehen, Gebühren der Rechtsanwalte als Vertheidiger in Untersuchungssachen (§§. 22—27 des Tarifs); — als solche sind dieselben nicht befugt, Kopialien zu liquidiren (Instr. zu den Allg. Bestimmungen des Tarifs ad 2). — Aufhebung der §§. 22—27 durch das Ges. v. 3. Mai 1853. 53. 182.

Vergleich, Gebühren der Rechtsanwalte, wenn der Mandats-Prozeß durch Vergleich beendigt wird (Instr. zu §. 2 des Tarifs); — in den übrigen Prozeßarten (Instr. zu §. 5 Nr. 2 des Tarifs). — Erläuterung zu §. 5 Nr. 6. 52. 34; — desgl. in Konkurs- und Liquidations-Prozessen (Instr. zu §. 21 des Tarifs).

Vermögensverwaltung, Gebühren der Rechtsanwalte für eine Vermögensverwaltung (Instr. zu §. 29 des Tarifs).

Vorschuß, inwieweit Rechtsanwalte befugt sind, einen Vorschuß von den Parteien zu fordern (Instr. zu §. 6 des Ges.).

Vorstellungen in Prozessen, Gebühren für die Anfertigung derselben (Instr. zu §. 16 und Abschnitt II. des Tarifs); — desgl. in nichtstreitigen Angelegenheiten (§. 28 des Tarifs).

Warte-Gebühren der Rechtsanwalte (Instr. zu den Allg. Bestimmungen des Tarifs ad 3 B.).

Werth des Objekts, Berechnung desselben bei den Geschäften der Rechtsanwalte (Instr. zu §. 2 des Ges.).

Zahlungsaufforderungen der Rechtsanwalte wegen ihrer Gebühren und Auslagen (Instr. zu §. 3 des Ges.).

Zeugen, Gebühren der Rechtsanwalte bei ihrer Vernehmung als Zeugen außerhalb ihres Wohnorts 56. 342.

Rechtsbeistände, welche Rechtsbeistände zur Unterzeichnung von Prozeßschriften nach der Verordnung vom 21. Juli befugt sind 47. 111, 168.

Die den Parteien zu Assistenten bestellten Referendarien sind zu allen, den Justiz-Kommissarien durch die Verordnung vom 23. Juli 1846 beigelegten Funktionen berechtigt 47. 333.

Rechts-Kandidaten, s. Prüfungen, Rechtsstudium, Studentenschulden.

Rechtskraft, Ausstellung des Attestes der Rechtskraft 39. 19.

Verfahren bei Attestirung der Rechtskraft, wenn in erster Instanz vermöge genereller oder spezieller Substitution statt des instruirenden ein anderes Gericht erkannt hat 43. 236.

Inwiefern in solchen Prozessen, in welchen in erster Instanz erkannt und eine Berufung dagegen zur Zeit nicht stattgefunden hat, die Einlegung des Kompetenz-Konflikts zulässig ist 52. 92. — Unzulässigkeit des Kompetenz-Konflikts in rechtskräftig entschiedenen Streitigkeiten 53. 178.

Rechtskraft strafgerichtlicher Erkenntnisse 55. 192. — Wenn der Angeklagte die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt hat, nach Ablauf der Anmeldefrist aber erklärt, sich bei dem Urtheil beruhigen zu wollen, so tritt sofort die Rechtskraft des Urtheils ein 57. 76.

Ein in Rechtskraft übergegangenes Dekret, durch welches das Kreisgericht eine Nichtigkeitsbeschwerde als verspätet zurückgewiesen hat, ist das Kreisgericht zurückzunehmen nicht befugt 59. 45.

s. auch Erkenntnisse.

Digitized by Google

Rechtsmittel. 1) Zulässigkeit eines Rechtsmittels.

Bestimmung, daß allgemein, ohne Unterschied von Ober- und Untergerichten, von einzelnstehenden Richtern und Kollegien, die appellable Summe über 50 Thlr. beträgt, und bei allen nach Gelde zu schätzenden Rechtsstreitigkeiten, wenn der Gegenstand 50 Thlr. oder weniger beträgt, keine Appellation, auch keine Nichtigkeitsbeschwerde, sondern nur das Rechtsmittel des Rekurses statthindet 39. 401.

In allen vor Verkündung der Deklaration vom 6. April 1839 in erster Instanz schon entschiedenen Bagatell-Prozessen ist die Verfolgung des Rechtsmittels der Appellation nach den damals gültigen gesetzlichen Vorschriften zulässig 40. 72. — Rückanwendung der Vorschrift des Art. 16 der Deklaration vom 6. April 1839, wonach eine Partei, welche darüber zweifelhaft ist, welches von mehreren Rechtsmitteln für den vorliegenden Fall statthindet, befugt ist, zur Wahrnehmung ihrer Rechte die mehreren Rechtsmittel gleichzeitig unter Beobachtung der für jedes derselben vorgeschriebenen Förmlichkeiten einzulegen, — auf frühere Fälle 40. 24.

Die Zulässigkeit prozessualischer Rechtsmittel in den einer Schätzung nach Gelde fähigen Sachen ist in jedem einzelnen Falle nach dem Interesse der das Rechtsmittel ergreifenden Partei zu bestimmen 41. 264.

Werthsermittelung des Prozeßgegenstandes bei jährlichen Prästationen behufs Zulässigkeit des Rechtsmittels 41. 8.

Empfehlung eines Werkes über die Lehre von den Rechtsmitteln gegen Erkenntnisse im Civil-Prozesse 42. 104.

Auslegung und Anwendung der Verordnung v. 21. Juli 1843.

§. 1. 43. 236, 240; 44. 254; 51. 279; 55. 392.
§. 2. 43. 231.
§. 11. 45. 205.
§. 13. 45. 170.

Eintritt der Wirksamkeit des Civil-Prozeßverfahrens nach der Verordnung v. 21. Juli 1846 bei Einlegung eines Rechtsmittels 46. 236. — Einführung und Rechtfertigung des Rechtsmittels nach dieser Verordnung 47. 148, 163. — Die Erkenntnisse im possessorium summarissimum sind auch seit der Verordnung v. 21. Juli 1846 nicht appellabel 47. 169. — Die Angabe bestimmter Beschwerdepunkte bei der Anmeldung eines Rechtsmittels nach der Verordnung v. 21. Juli 1846 hindert die Aufnahme noch anderer Beschwerdepunkte in die erst nach Ablauf der zur Einlegung des Rechtsmittels bestimmten Frist eingehende Einführungs- und Rechtfertigungsschrift nicht 47. 331; 53. 191.

2) Frist zur Einlegung der Rechtsmittel.

Berechnung der Frist zur Einlegung der Rechtsmittel bei Litiskonsorten 39. 154.

Warnung vor dem Gebrauch der im Buchhandel erschienenen Tabelle zur Auffindung der Ablaufsfristen bei Anmeldung und Einrechtung des Rechtsmittels der Appellation, der Revision und der Nichtigkeitsbeschwerde; — desgl. zur Einlegung des Rekurses 47. 131.

Wenn die Einführung und Rechtfertigung des Rechtsmittels nicht binnen vier Wochen vom Ablaufe der Anmeldefrist bei dem höheren Richter eingereicht wird, so gelt das Rechtsmittel verloren 47. 333.

Verfahren zur Wahrung der Prozeßfristen bei Insinuation gerichtlicher Vorladungen und Verfügungen an solche Militairpersonen, welche ihre gewöhnlichen Standquartiere oder Wohnorte verlassen haben und der Armee gefolgt sind 50. 298.

Berechnung der Frist zur Einführung und Rechtfertigung eingelegter Rechtsmittel, wenn der Endpunkt der Frist in die Erndteferien fällt 56. 327.

3) Verfahren.

a. in Injurienſachen. Einer Belehrung des Richters über das dem Kläger zustehende Rechtsmittel der Aggravation bedarf es bei Publikation des Erkenntnisses nicht 39. 223. — Empfehlung eines Werkes über die Lehre von den Rechtsmitteln gegen Erkenntnisse in Injurienſachen 42. 104.

b. in Disziplinar-Untersuchungen gegen Beamte in der Rheinprovinz 40. 278.

c. in fiskalischen Untersuchungen wegen Vergehen wider die Vorschriften über die Entrichtung und Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle 39. 216. — Einlegung der Rechtsmittel nach der Verordnung vom 21. Juli 1846 in fiskalischen Untersuchungen wegen Steuervergehen 47. 279. — Empfehlung eines Werkes über die Lehre von den Rechtsmitteln gegen Erkenntnisse in fiskalischen Untersuchungen 42. 104.

d. in Kriminal-Untersuchungen.

Berechtigung der Staatsanwaltschaft, zu Gunsten des Angeschuldigten ein Rechtsmittel einzulegen 50. 122. 150; 53. 188.

Inwiefern die Nichtigkeitsbeschwerde zulässig ist, wenn das gegen das Erkenntniß des Einzelrichters eingelegte Rechtsmittel von dem zweiten Richter statt als Rekurs unrichtig als Appellation behandelt worden ist 55. 367.

Binnen welcher Frist die Finanzbehörde ihren Beitritt zu einem von dem Staatsanwalt eingelegten Rechtsmittel zu erklären hat 56. 112.

Wenn der Angeklagte die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt hat, nach Ablauf der Anmeldefrist aber erklärt, sich bei dem Urtheil beruhigen zu wollen, so tritt sofort die Rechtskraft des Urtheils ein 57. 76.

Inwiefern ein von einer fiskalischen Behörde gegen den Angeklagten ergriffenes Rechtsmittel dem höheren Richter die Abänderung des angegriffenen Erkenntnisses zu Gunsten des Angeklagten gestattet 57. 216.

Anmeldung der Rechtsmittel in Untersuchungen bei den Gerichts-Deputationen und Kommissionen 58. 11.

Verfahren bei Insinuation gerichtlicher Straferkenntnisse an verhaftete Angeklagte in Bezug auf die von ihnen etwa einzulegenden Rechtsmittel 58. 40.

Befugniß des Appellationsrichters, gegen den Antrag der Staatsanwaltschaft auf Freisprechung des Angeklagten zu erkennen 59. 74.

4) Besondere Bestimmungen.

In Streitigkeiten über die Existenz oder Gültigkeit eines Vergleichs wegen solcher Gegenstände, welche nach der Kab.-Ord. vom 13. März 1834 zur Revision oder Nichtigkeitsbeschwerde an sich nicht geeignet sind, ist auch in diesem Falle das Rechtsmittel der Revision oder Nichtigkeitsbeschwerde ausgeschlossen 40. 32.

Gegen die Regulirung eines Interimistikums in Ehescheidungssachen ist weder die Appellation, noch der Rekurs zulässig 42. 295.

Verfahren bei Ausführung des §. 2 der Verordnung über die Einlegung der Rechtsmittel vom 21. Juli 1843. 43. 231; — desgl. bei Einlegung der Rechtsmittel und Attestirung der Rechtskraft, wenn in erster Instanz verwaltende generelle oder spezielle Substitution statt des instruirenden ein

Digitized by Google

anderes Gericht erkannt hat 43. 236; — desgl. wenn sich die durch ein Erkenntniß beschwerte Partei bei einem anderen als dem kompetenten Gericht meldet 43. 240; 44. 254.

Gegen Verfügungen des Appellationsrichters, wodurch ein Rechtsmittel zurückgewiesen wird, findet unter Einhaltung der sechswöchentlichen Frist unter allen Umständen die Berufung an das Ober-Tribunal statt 47. 332.

Wenn ein bei freier Beurtheilung der Sache für zulässig zu erachtendes rechtzeitig angebrachtes Rechtsmittel aus irgend einem Grunde zurückgewiesen oder umgekehrt aus irgend einem Grunde für unzulässig zu erachtendes Rechtsmittel zugelassen worden ist, so unterliegt das Urtheil der Nichtigkeit 48. 23.

Die Anmeldung des Rechtsmittels der Appellation darf mit der Rechtfertigung in einer und derselben Schrift nicht kumulirt werden 48. 24, 187.

Anmeldung und Rechtfertigung der Rechtsmittel in Subhastations-Prozessen 54. 182.

Inwiefern eine Partei, welche die Erklärung, sich bei einem im Civil-Prozesse ergangenen Erkenntnisse beruhigen zu wollen, abgegeben hat, nachher noch ein Rechtsmittel einzulegen befugt ist 56. 94.

5) Kostenansatz:

a) im Civil-Prozesse. Kostenansatz für die Anmeldung und Zurückweisung der Rechtsmittel (Instr. zu §. 1 des Tarifs zum Gesetz vom 10. Mai 1851) 52. 126. — Zusammenrechnung der Objekte bei wechselseitigen Rechtsmitteln (zu §. 7 des Tarifs) 52. 126.

b) im Strafprozesse. Kostenansatz für Rechtsmittel in Untersuchungen (Instr. zu §§. 54, 55 des Tarifs zum Gesetz vom 10. Mai 1851) 52. 126. — Dem Angeklagten fallen die Kosten des von ihm eingelegten Rechtsmittels auch dann zur Last, wenn dasselbe zwar die Herabsetzung der in der früheren Instanz erkannten Strafe, nicht aber die gänzliche Freisprechung des Angeklagten zur Folge hat 55. 144; 57. 248.

6) Gebühren der Rechtsanwalte.

Rechtsanwalte sind nicht befugt, für die Anmeldung von Rechtsmitteln besondere Gebühren zu liquidiren (Instr. zu §. 5 Nr. 6 des Tarifs zum Ges. vom 10. Mai 1851) 52. 142.

s. auch Aggravation, Appellation, Nichtigkeitsbeschwerde, Rekurs, Restitution, Revision, Rechtsanwalte.

Rechtssprüche, s. Erkenntnisse.

Rechtsstudium. Bekanntmachung der geringen Aussicht zu einer künftigen Versorgung für diejenigen, welche sich dem Justizdienste widmen 39. 415; 58. 18. — Statistische Bemerkungen über das juristische Studium 58. 300.

Nachweis der Vorlesungen über das Rheinische Civil-Gesetzbuch bei Prüfungen der Rechtskandidaten in der Rheinprovinz 39. 398; — desgl. über das Allg. Landrecht 40. 60; — desgl. wenigstens eines staatswirthschaftlichen Kollegiums bei Prüfung der Rechtskandidaten 46. 130; — desgl. des Besuchs der Vorlesungen über das vaterländische Recht und das vaterländische Gerichtsverfahren 50. 350. — Besondere Berücksichtigung des Römischen Rechts 51. 202.

Entbindung der Doktoren der Rechte von der Auskultator-Prüfung 40. 24.

Auf die während der Universitätsstudien entstandenen, im Abgangszeugnisse vermerkten Honorar-Rückstände finden die Vorschriften wegen des Schuldenmachens der Beamten keine Anwendung 43. 106.

Studirende der Rechte, welche im letzten Semester des akademischen Studiums mit der Strafe der Relegation oder des Konsili belegt sind, dürfen zur ersten juristischen Prüfung nicht zugelassen werden 44. 129.

Verfahren bei Andringung von Gesuchen um Dispensation vom triennium academicum 51. 239; 58. 42.

s. auch Prüfungen.

Rechtsverständige Privatpersonen, welchen rechtsverständigen Privatpersonen die schriftliche Einreichung der Nichtigkeitsbeschwerde ohne Zuziehung eines Justiz-Kommissarius gestattet ist 40. 132.

Rechtsweg, über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit des Rechtsweges kann von den Gerichten auch durch ein bloßes Dekret entschieden werden 58. 20.

Rees (Kreis), Instruktion wegen des von den Gerichten des Kreises Rees bei Subhastationen von Realberechtigungen zu beobachtenden Verfahrens 41. 329.

Referendarien. 1) Ueberschuß der zu Anfang des Jahres 1839 vorhanden gewesenen Referendarien und deren geringe Aussicht auf Versorgung 39. 415. — Warnung vor dem juristischen Studium 58. 18; 300.

2) Prüfung zum Referendariat, s. Prüfungen.

3) Beschäftigung der Referendarien und Vorbereitung derselben zur dritten Prüfung:

a) in den alten Provinzen.

Referendarien, dürfen sich zum Zweck der dritten Prüfung nicht früher nach Berlin begeben, als sie davon benachrichtigt sind, daß die Immediat-Justiz-Examinations-Kommission den Auftrag zu ihrer Prüfung erhalten hat 40. 270; 52. 10.

Verfahren bei Anträgen der Referendarien auf Uebernahme von Nebenämtern oder Nebenbeschäftigungen 40. 287.

Beschäftigung der Referendarien bei den Untergerichten 42. 360.

Referendarien, welche sich an ein anderes Obergericht haben versetzen lassen, müssen bei demselben mindestens ein Jahr lang arbeiten, ehe sie das zur dritten Prüfung erforderliche Präsidial-Attest verlangen können 43. 23.

Zusammenstellung der die bestehenden Vorschriften über die Vorbereitung und Prüfung der Justiz-Referendarien abändernden Grundsätze 47. 183. — Anderweitige Bestimmungen 49. 491. — Erläuterungen dieser Vorschriften 50. 18; 52. 10, 171.

Zurückweisung der Anträge auf Kumulation der von den Referendarien zurückzulegenden Stationen 52. 226.

b) in der Rheinprovinz.

Beschäftigung der Referendarien in der Rheinprovinz in der Advokatenpraxis als Erforderniß zur dritten juristischen Prüfung 40. 212.

4) Versetzung und Entlassung der Referendarien.

Verfahren beim freiwilligen Ausscheiden der Referendarien in der Rheinprovinz aus dem Justizdienste 42. 369.

Befugniß der Präsidenten der Obergerichte zur Entlassung der Referendarien behufs des Uebergangs an ein anderes Obergericht oder zur Verwaltung, mit dem Vorbehalte des Wiedereintritts in den Justizdienst 43. 6; 54. 267. — Aufhebung der Bestimmung, daß die Versetzung der Referendarien bis zur Beendigung des Referendariats nur mit Genehmigung des Justiz-Ministers erfolgen darf 43. 24. — Welchen Einfluß die Versetzung eines Referendars auf dessen Präsentation zur dritten Prüfung hat 43. 23.

Digitized by Google

5) Besondere Bestimmungen.

Abnahme des Huldigungseides von denjenigen Referendarien, welche zum Zweck der dritten Prüfung in Berlin anwesend sind 40. 303.

Bestellung der Referendarien als Schwurzeugen 41. 16.

Referendarien können nicht im Kanzleidienst angestellt werden 41. 127.

Referendarien, welche in einem Subalternamte angestellt sind, sind zur Verwaltung von Patrimonialgerichten nicht geeignet 43. 206.

Referendarien, welche den Parteien zu Assistenten bestellt sind, sind zu allen den den Justiz-Kommissarien durch die Verordnung vom 23. Juli 1846 beigelegten Funktionen berechtigt 47. 333.

Gebühren für die Introduktion und Verpflichtung der Referendarien 52. 302.

6. Gebühren der Referendarien.

In welchen Fällen Referendarien Anspruch auf Kommissionsgebühren haben 42. 336. — Kommissionsgebühren der Referendarien in mittleren und kleinen Städten 44. 218. — Form des Attestes unter der Liquidation über Kommissionsgebühren 43. 277.

Unzulässigkeit der Bewilligung von Gebühren für die Zuziehung der Referendarien eines Unterschriftsbeistand 40. 251.

Inwiefern Referendarien einen Anspruch auf Gebühren haben, wenn dieselben als Schwurzeugen bei Eidesleistungen zugezogen werden 43. 52.

7. Diäten und Reisekosten der Referendarien.

Vergütung für Dienstreisen der Referendarien 49. 296.

Diäten und Reisekosten der Referendarien nach dem Gesetze v. 9. Mai 1851 (Justr. zu §§. 2, 3 des Ges.) 52. 137.

Reformationsfeier, Bezeichnung der Landestheile, in welchen dieselbe gefeiert werden soll 39. 336. — Amnestie aus Veranlassung des 300jährigen Reformationsfestes 39. Beilage zu Nr. 46. — Nähere Bestimmung derjenigen Landestheile und Bezirke, in welchen die Amnestie eintreten soll 39. 388. — s. auch Amnestie.

Regentschaft, Eingangsformel für die in exekutorischer Form zu ertheilenden Ausfertigungen der Urtheile und der Notariats-Urkunden in der Rheinprovinz für die Dauer der Regentschaft 58. 323.

Regierungen, Einreichung der Obduktions-Verhandlungen und Obduktionsberichte an die Regierungen sofort nach deren Eingang 40. 99. — Die den Regierungen mitzutheilenden Abschriften von den Obduktions- und Gemüthszustand-Untersuchungs-Verhandlungen müssen korrekt geschrieben sein 47. 321.

Kompetenz der Regierungen bei Organisations-Veränderungen der Untergerichte durch definitive Uebertragung einer Patrimonial-Gerichtsbarkeit 40. 115.

Befugniß der Regierungen zur Ertheilung des Konsenses bei Austauschungen einzelner Parzelen nicht verpfandbriefter Güter in den von ihnen geleiteten Auseinandersetzungs-Angelegenheiten 41. 302.

Bearbeitung der Scharfrichter- und Abdecker-Angelegenheiten in der Kur- und Neumark durch die Regierungen 43. 139.

Befugniß der Regierungen und Provinzial-Direktionen zur Sistirung schon angetretener Steuerstrafen 45. 32.

Inwieweit den Regierungen die Exekutionsbefugniß auf Leistungen aus solchen Lieferungsverträgen, welche bei der Verwaltung von Instituten, Kirchen und Schulen abgeschlossen sind, zustehen 46. 70.

Zuziehung der Regierungen bei Rechtsstreitigkeiten wegen Gewerbe-Abgaben in denjenigen Landestheilen, in welchen jene Abgaben erst durch die Gewerbe-Ordnung v. 17. Januar 1845 aufgehoben worden sind 46. 120.

Gegen Verfügungen der Regierungen als Landes-Polizeibehörde, wodurch einer Gemeinde die Verpflichtung auferlegt wird, die von ihr ausgewanderten und zurückgekehrten Familien wiederaufzunehmen, damit denselben einstweilen das nöthige Unterkommen verschafft werde, ist der Rechtsweg unzulässig 48. 216.

Befugniß der Regierungen zur Ertheilung des Konsenses zur Annahme ausländischer Juden als Rabbiner, Synagogenbeamte, Gewerksgehülfen, Gesellen, Lehrlinge und Dienstboten 51. 50.

Anwendung des Tarifs zum Gesetze v. 10. Mai 1851, wenn die vor den General-Kommissionen oder den mit den Geschäften derselben beauftragten Regierungs-Abtheilungen verhandelten Sachen in höchster Instanz an das Ober-Tribunal gelangen (Justr. zu §. 2) 52. 114.

Befugniß der Regierungen, das unbefugte Kollektiren bei Strafe zu untersagen 53. 251.

Befugniß der Provinzial-Regierungen zur Erhebung des Kompetenz-Konflikts resp. des Konflikts nach dem Gesetze v. 13. Februar 1854. 55. 18; 58. 91.

Die Befugniß der Regierungen, einen Pächter nach abgelaufener Pachtzeit zu exmittiren, setzt ein Zeitpachtverhältniß voraus 55. 108.

Befugniß der Regierungen zur Sistirung gerichtlich erkannten Strafen gegen Zoll-Kontravenienten 57. 302.

Befugniß der Regierungen zur Einziehung der in Disziplinar-Untersuchungen wider Verwaltungsbeamte entstandenen Kosten 58. 5. 207.

Regierungen sind nicht ermächtigt, den Landräthen die Befugniß zum Erlaß von Polizei-Strafverordnungen zu übertragen 58. 360.

Befugniß der Regierungen zum Erlasse von Anordnungen, wodurch einem Gemeindebeamten im öffentlichen Interesse eine höhere, als die vom Magistrat kontrahirte Besoldung angewiesen wird 59. 149.

s. auch Konflikte, Verwaltungsbehörden.

Regierungs-Hauptkassen, Abführung der Wittwen-Kassenbeiträge von dem Gehalte der bei der Allgemeinen Wittwen-Verpflegungsanstalt betheiligten Beamten an die betreffenden Regierungs-Hauptkassen 51. 310.

Abrechnungsverfahren mit den Regierungs-Hauptkassen 53. 230; 56. 326.

Regiments-Tambours, Berechnung der denselben bei ihrer Anstellung im Civildienste zu machenden Gehaltsabzüge 54. 27.

Register, Aufbewahrung der Register über Kriminal- und fiskalische Untersuchungen 39. 199.

Regreß, s. Beamte.

Rehabilitirung, Ressortbestimmungen in Betreff der Rehabilitirungs-Gesuche 39. 207; 53. 122.

Reichsfürsten, s. Reichsstände.

Reichsgerichte, Zeitpunkt des Erlöschens der Kompetenz der Reichsgerichte in den verschiedenen Landestheilen 39. 287; — desgl. in Betreff der Reichsgerichte im Erbfürstenthum Münster 39. 330.

Digitized by Google

Reichsgesetze, Auslegung des Deutschen Reichsgesetzes vom 30. September 1848. 49. 427.
Reichsgrafen, s. Reichsstände.
Reichsstände (Reichsgrafen, Reichsfürsten).
Amtliche Bezeichnung der vormals unmittelbaren deutschen Reichsstände 42. 361.
Anwendung der Kabinets-Order v. 3. Januar 1845 (Ges.-Samml. S. 37) wegen der von den vormals reichsständigen Familien in Prozessen über ihre Domainen abzuleistenden Eide 46. 75.
Wiederherstellung des privilegirten Gerichtsstandes für die mittelbar gewordenen Reichsgrafen und Reichsfürsten 55. 414.
Reichsversammlung, Mangel der rechtlichen Existenz der ursprünglich nach Frankfurt a. M. berufenen Reichsversammlung bei deren Zusammentritt in Stuttgart 49. 427.
Reinigungskosten, Ansatz derselben für die Aufnahme städtischer Polizeigefangenen in die gerichtlichen Gefängnisse 56. 182.
Reisekosten. I. Aeltere Bestimmungen.
Verfahren bei Ausstellung der Liquidationen über Reisekosten 39. 115; — desgl. wenn mehrere Kommissarien bei einem Geschäfte konkurriren 40. 123. — Berechnung der Meilenzahl bei Vergütung der Reisekosten der Justizbeamten 40. 198. — Vergütung der Nebenkosten für den Ab- und Zugang auf den Dampfschiffen und Eisenbahnen 49. 296; 51. 83.
Welchen Beamten bei Dienstreisen ein Anspruch auf Stationsgelder zusteht 39. 212; 41. 208.
Reisen in Untersuchungssachen:
a) in undermögenden Untersuchungen 46. 171.
b) in Steuer-Untersuchungen, Reisekosten der Steuer-Untersuchungsrichter 39. 258. — Uebernahme der Reisekosten der als Zeugen oder Sachverständige in gerichtlichen Untersuchungen oder Voruntersuchungen wegen Steuervergehen vernommenen Steuerbeamten auf den Kriminalfond 50. 204.
c) in Untersuchungen wegen vierten Holzdiebstahls 51. 2.
d) Reisekosten der Parteien und Zeugen 39. 345.
e) Reisekosten bei Lokalgeschäften innerhalb ½ Meile vom Gerichtssitze in Hypotheken-Regulirungssachen 40. 197; — desgl. der Justiz-Kommissarien 43. 206.
f) Reisekosten der Obergerichts-Assessoren, welche zur Vertretung oder Hülfeleistung an ein Untergericht deputirt werden 41. 306. — Reisekosten der bei den Inquisitoriaten angestellten Obergerichts-Assessoren 42. 283.
g) Reisekosten der Gerichtspersonen bei Ausrichtung eines kommissarischen Geschäfts 40. 60; — desgl. wenn mehrere Kommissarien bei einem Geschäfte konkurriren 40. 123; 42. 382; — desgl. wenn sie nicht zum Reisen mit Extrapost berechtigt sind 43. 295.
Bewilligung eines Pauschquantums für Nebenausgaben, wenn von den Parteien ein Fuhrwerk gestellt worden ist 46. 3; 49. 59.
h) Reisekosten bei Requisitionen und Aufträgen der Gerichte unter einander 39. 391; 41. 346.
Reisekosten für auswärtige Geschäfte in Parteisachen werden, wenn sie von den Debenten nicht einzuziehen sind, nur nach fiskalischen Sätzen aus der Salarienkasse berichtigt 40. 355.
i) Reisekosten der versorgungsberechtigten Militairpersonen für die Hin- und Rückreise nach und von dem Orte ihrer kommissarischen Beschäftigung 44. 117.
k) Reisekosten der Oekonomie-Kommissarien als Sachverständige in gerichtlichen Angelegenheiten 46. 12.
l) Reisekosten der Wartegeld-Empfänger bei anderweitiger Anstellung derselben 48. 460.
m) Reisekosten der Unterbeamten für Reisen und Hülfeleistungen bei auswärtigen gerichtlichen Geschäften 50. 38; — desgl. bei Abhaltung der Gerichtstage 52. 108.
n) Reisekosten bei Ertheilung eines höheren Ranges. Beibehaltung der bisherigen Sätze bei denjenigen richterlichen Beamten und Beamten der Staatsanwaltschaft, welchen in Ausführung der Verordnung v. 2. Januar 1849 durch die Kabinets-Order v. 19. März 1850 ein höherer Rang beigelegt ist 50. 104.
Vergütung der Chaussee-, Brücken- und Fährgelder bei Dienstreisen 45. 72.
II. Bestimmungen in Folge des Gesetzes vom 9. Mai 1851.
Benachrichtigung der Gerichte von dem Erscheinen des Gesetzes v. 9. Mai 1851 und der dazu erlassenen Instruktion in einem amtlichen Abdrucke 51. 326.
Reisekosten können nur dann liquidirt werden, wenn die Geschäfte nicht am Orte des Gerichts oder innerhalb ½ Meile von diesem Orte vorgenommen werden (§. 4) 52. 137.
Instruktion v. 9. September 1851 zum Gesetze v. 9. Mai 1851, betreffend die den Justizbeamten für die Besorgung gerichtlicher Geschäfte außerhalb der ordentlichen Gerichtsstelle zu bewilligenden Diäten und Reisekosten und Kommissionsgebühren 52. 137.
Auslegung des §. 4 des Gesetzes 54. 114.
Auslegung der §§. 12 und 13. 55. 18; 58. 114.
Bestimmungen des Gesetzes und der dazu erlassenen Instruktion in Betreff der Akten. Die einen Lokaltermin abhaltenden Beamten sind verpflichtet, für den Transport der Akten auf eigene Kosten zu sorgen (§. 3).
Aktuarien. Reisekosten der als Aktuarien fungirenden Beamten bei Lokalgeschäften (§. 2); — desgl., wenn Richter und Aktuar zusammen kommittirt werden (§. 7).
Appellationsgerichts-Räthe. Bei Abordnung der Appellationsgerichts-Räthe zu Lokalgeschäften kommen die in der Verordnung v. 10. Juni 1848 bestimmten Sätze zur Anwendung (§. 13).
Auskultatoren. Reisekosten der als Aktuarien fungirenden Auskultatoren (§. 2).
Boten. Boten und Exekutoren erhalten für jeden Tag, an welchem sie außerhalb des Gerichtsorts und mehr als ½ Meile von diesem entfernt Exekutionsgeschäfte besorgt haben, 5 Sgr. Zehrungsgelder (§. 10).
Exekutoren. Boten und Exekutoren erhalten für jeden Tag, an welchem sie außerhalb des Gerichtsorts und mehr als ½ Meile von diesem entfernt Exekutionsgeschäfte besorgt haben, 5 Sgr. Zehrungsgelder (§. 10).
Gerichts-Deputationen. Die für Reisen der Kreisgerichts-Direktoren zu Geschäfts-Revisionen bei den Gerichts-Deputationen und Kommissionen zu gewährende Entschädigung erfolgt in einem Pauschbetrage nach dem Geschäfts-Regulativ v. 18. Juli 1850 (§. 13).
Gerichts-Kommissionen. Desgl.
Gerichtstags-Kommissarien. Reisekosten für die Kommissarien zur Abhaltung der Gerichtstage, insofern nicht Pauschquanta bestimmt sind (§. 12) 58. 114.
Geschäfts-Revisionen. Die für Reisen der Kreisgerichts-Direktoren zu Geschäftsrevisionen bei den Gerichts-Depu-

Digitized by Google

tationen und Kommissionen zu gewährende Entschädigung erfolgt in einem Pauschbetrage nach dem Geschäfts-Regulativ v. 18. Juli 1850 (§. 13).

Hinreise. Die Reisekosten werden für die Hinreise und Rückreise besonders berechnet (§. 5).

Justiz-Visitationen. Die für Abhaltung von Justiz-Visitationen zu gewährende Entschädigung erfolgt in einem Pauschquantum nach dem Geschäfts-Regulativ v. 18. Juli 1850 (§. 13).

Liquidation der Reisekosten, Prüfung und Feststellung derselben (§. 11).

Medizinal-Beamte. Aufhebung der Bestimmung, daß sich in Untersuchungssachen die gerichtlichen Aerzte mit den Gerichtsbeamten auf gemeinschaftliche Kosten eines Fuhrwerks zu bedienen haben (§. 8).

Meilenzahl. Berechnung derselben (§§. 3, 5).

Ober-Staatsanwälte. Die für Reisen der Ober-Staatsanwälte im Interesse der Justizaufsicht und Verwaltung zu gewährende Entschädigung erfolgt in einem Pausch-Quantum (§. 13).

Referendarien. Reisekosten der als Aktuarien bei Lokalgeschäften fungirenden Referendarien (§. 2). — Referendarien, welche dabei als Richter fungiren, erhalten den für Richter bestimmten Satz (§. 3).

Richter. Reisekosten der als Richter kommittirten Beamten bei Lokalgeschäften (§. 2). — Der im Falle einer Testamentsaufnahme fungirende zweite Richter erhält nur den für den Aktuar bestimmten Satz (§. 3). — Reisekostenvergütung, wenn Richter und Aktuar zusammen kommittirt werden (§. 7).

Rückreise. Die Reisekosten werden für die Hin- und Rückreise besonders berechnet (§. 5).

Schwurgerichte. Die für die Abordnung von Präsidenten der Schwurgerichte zu gewährende Entschädigung erfolgt in einem Pauschquantum (§. 13).

Staatsanwaltschaft. Staatsanwalte und Staatsanwaltsgehülfen erhalten bei ihren Dienstreisen die Sätze der Richter, wenn nicht Pauschquanta bestimmt sind (§. 12).

Weg. Verfahren, wenn mehrere Wege zu dem Orte führen, wo das Geschäft vorgenommen werden soll (§. 6).

cf. auch Assessoren, Auskultatoren, Dolmetscher, Exekutoren, Feldmesser, Gendarmen, Gerichtsboten, Justiz-Kommissarien Rechtsanwalte, Kreisgerichts-Räthe Kreisrichter, Polizei-Anwalte, Staatsanwaltschaft, Subalternbeamte.

III. Besondere Bestimmungen.

Wahlmänner sind nicht berechtigt, für die in dieser Eigenschaft gemachten Reisen von den Gemeinden, von welchen sie gewählt sind, Reisekosten und Diäten zu verlangen **50**. 120.

Vergütung der Nebenkosten für den Ab- und Zugang auf den Eisenbahnen und Dampfschiffen bei Liquidation der Reisekosten der Gerichtsbeamten und Beamten der Staatsanwaltschaft **51**. 83.

Unzulässigkeit des Rechtsweges über Ansprüche der Beamten auf Reisekosten **51**. 191.

Allgemeine Bestimmungen über die Vergütungen für Dienstreisen der Gerichtsbeamten und Beamten der Staatsanwaltschaft zur Beseitigung der Zweifel, welche über die Auslegung des Allerhöchsten Erlasses v. 10. Juni 1848 erhoben worden sind **49**. 296; **51**. 83.

Reisekosten der Gensdarmen **52**. 170, 258; **53**. 250; **54**. 306; **57**. 434.

Ausstellung der Atteste über Dienstreisen der Polizei-Anwalte **52**. 42; **58**. 330.

Wegfall des Ansatzes von Reisekosten der gerichtlichen Beamten bei dem Kostenansatz nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851. **52**. 114.

Reisekosten der Beamten bei ihrer auswärtigen Vernehmung als Zeugen **52**. 283.

Reisekosten der Kreis-Medizinalbeamten in gerichtlichen Partei- und Untersuchungssachen bei Benutzung der Eisenbahn **53**. 158.

Reisekosten der bei Eidesabnahmen zugezogenen Geistlichen **53**. 382.

Reisekosten der bei Abschätzung der Mobilmachungspferde zugezogenen Taxatoren **55**. 7.

Reisekosten der Königlichen Forst-Schutzbeamten in Untersuchungssachen wegen Forstergehen **57**. 214.

Berrechnung der Reisekosten für die gerichtlichen Mitglieder der Kommissionen zur Revision der Festungs-Baugefangen-Anstalten **58**. 162.

Reisepässe, Paßpflichtigkeit der in- und ausländischen, des Schleichhandels verdächtigen Grenzbewohner zu ihren Reisen in die Grenzorte des Auslandes **39**. 318.

Rekognitions-Atteste, die von einer ausländischen Behörde ausgefertigten Rekognitions-Verhandlungen oder Atteste unterliegen dem diesseitigen Stempel nicht **43**. 80.

Rekommandation, in allen Fällen, in denen die Aufgabe einer Sendung zur Post an den gerichtlichen Akten Seitens der Postbehörde zu bescheinigen ist, tritt die Rekommandation ein **52**. 266.

Rekondention, bei eigentlichen Rekondentionen werden die Gerichtskosten nach dem höchsten Objekte angesetzt (Instr. zu §. 7 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126.

Rekurs. 1) Allgemeine Bestimmungen. Bei allen nach Gelde zu schätzenden Rechtsstreitigkeiten, wenn der Gegenstand der Beschwerde 50 Thaler oder weniger beträgt, findet keine Appellation, auch keine Nichtigkeitsbeschwerde, sondern nur das Rechtsmittel des Rekurses statt **39**. 401.

Verfahren bei Kumulation der Appellation und des Rekurses **40**. 385.

Verpflichtung der Untergerichte, in Rekurssachen bei Einsendung der Prozeßakten an das Obergericht einen motivirten Bericht zu erstatten **41**. 153; — desgl. auch bei Rekursen gegen Erkenntnisse in Bagatellsachen **41**. 206.

Rekurs gegen Entscheidungen der Patrimonialgerichte in den Provinzen Sachsen und Westphalen als Polizeibehörde **41**. 239.

Inwieweit das Rechtsmittel des Rekurses in Possessorienſachen zulässig ist **42**. 177.

Unzulässigkeit des Rekurses gegen die Regulirung des Interimistikums in Ehescheidungssachen **42**. 295.

Verfahren, wenn der zweite Senat eines Obergerichts die höhere Instanz für die vom ersten Senate abgefaßten Erkenntnisse bildet **42**. 307.

Verfahren, wenn in dem angesetzten Instruktions-Termine keine der vorgeladenen Parteien erscheint **43**. 90.

Warnung vor dem Gebrauche der im Buchhandel erschienenen Tabelle zur Auffindung der Ablaufsfristen bei Einlegung des Rekurses **47**. 127.

Form der Rekursbescheide **50**. 134.

Digitized by Google

2) Rekurs im Bagatell-Prozesse. Verfügungen, durch welche Klagen in Bagatellsachen zurückgewiesen werden, können im Wege des Rekurses wieder aufgehoben werden 39. 83.

Aufforderung zur Berichtserstattung über die Behandlung des Rekurses im Bagatell-Prozeß 39. 219. — Prüfung und Einleitung des Rekurses 39. 340.

Gegen Kontumazial-Entscheidungen im Bagatell-Prozesse findet das Rechtsmittel des Rekurses nicht statt 39. 354.

Zulässigkeit des Rekurses im Bagatell-Prozesse ohne Unterschied, ob von Obergerichten oder Untergerichten, von einzeln stehenden Richtern oder von Kollegien erkannt ist 41. 42.

Verfahren bei Rekursen gegen Erkenntnisse in Bagatellsachen 41. 206, 218.

Wie der Rekurs in Bagatellsachen angebracht werden muß 43. 139.

3) Rekurs im Mandats-Prozesse 39. 104; 43. 112.

4) Rekurs gegen die wider Notare festgesetzten Stempelstrafen 39. 251; 46. 191.

5) Rekurs im Subhastations-Prozesse, Frist zur Anmeldung desselben 54. 182.

6) Rekurs in Untersuchungssachen Verfahren, wenn der Ober-Staatsanwalt mit Genehmigung des Justiz-Ministers gegen die Verfügung des Appellationsgerichts, durch welche der Rekurs zurückgewiesen ist, Beschwerde erhebt 58. 238.

7) Kosten. Gebührenansatz in Rekurssachen 39. 251. — Einladung und Verrechnung derselben 43. 234.

Entschädigung der auf Kopialien angewiesenen Kanzleibeamten in Rekurssachen aus dem Gebühren-Pauschquantum 40. 232.

Kostenansatz nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 (Instr. zu §§. 12 und 14 des Ges.) 52. 114; — desgl. zu §§. 4, 5, 54 des Tarifs 52. 126.

Rekursschrift, Gebühren für die Anfertigung der Rekursschrift, s. Rechtsanwalte.

Relationen, auch bei den Revisions-Kollegien muß jeder der beiden zu bestellenden Referenten selbstständig referiren; die Mittheilung der ersten Relation an den zweiten Referenten ist unstatthaft 39. 322.

Relegation, Studirende, welche im letzten Semester des akademischen Studiums mit der Strafe der Relegation belegt sind, dürfen zur ersten juristischen Prüfung nicht zugelassen werden 44. 129.

Remission, wenn ein Grundbesitzer, welcher dem Fiskus ein Grundstück gegen einen vertragsmäßig festgestellten Grundzins erworben hat, unter Berufung auf kontraktliche Stipulationen Remission verlangt, so ist darüber im Rechtswege zu entscheiden 55. 222.

Remunerationen, Remuneration für die mit Verwaltung benachbarter Patrimonialgerichtsbarkeiten widerruflich beauftragten Königlichen Gerichte 39. 259; — desgl. der Kalkulatoren für die bei der Deposital-Kassenverwaltung der Gerichte vorkommenden Kalkulaturarbeiten 39. 287.

In welchen Fällen an Beamte extraordinaire Remunerationen gewährt werden können 50. 299; 51. 259.

In welchen Fällen Remunerationen pränumerando zu zahlen sind 59. 234.

Rendanten, Konkurrenz der Militair-Anstellungsberechtigten bei Besetzung der Rendantenstellen bei den gerichtlichen Salarienkassen 39. 307. — Verfahren bei Anstellung derjenigen Beamten, welche bei den aus Staatsfonds unterhaltenen Gerichtsbehörden nur Privatgelder oder Güter verwalten 43. 238. — Regreß an Rendanten wegen subsidiarischer Vertretung der von einem insolvent verstorbenen Beamten überhobenen und von dem Rendanten berrechneten Emolumente 43. 258. — Die Anstellung der Salarien- und Deposital-Kassen-Rendanten bei den Obergerichten bleibt dem Justiz-Minister vorbehalten 44. 156. — Aufhebung der Insertions-Gebühren für das öffentliche Aufgebot von Dienstkautionen pensionirter oder versetzter Deposital-Kassen-Rendanten in den öffentlichen Anzeiger der Amtsblätter 47. 358; 48. 241.

Rente (Fruchtantheils-Rente), Unzulässigkeit des Rechtsweges über Ansprüche an den Staat aus dem zur Zeit der Fremdherrschaft in der Rheinprovinz vorgenommenen Verkauf von Fruchtantheils-Renten 55. 310. — s. auch Domanialrenten.

Rentenbriefe, kostenfreie Löschung prioritätisch eingetragener Kapitalien bei Befriedigung der Gläubiger durch Rentenbriefe 54. 230.

Welche Kosten bei der Deposition von Rentenbriefen zum Ansatz kommen 57. 18.

Nachweisung der am Schlusse des Rechnungsjahres 1856—57 in Rentenbriefen angelegten Bestände der General-Depositen der Gerichte 58. 36.

Renten-Versicherungs-Anstalt, äußere Rechte der Preußischen Renten-Versicherungs-Anstalt in Berlin 40. 38. — Zulässigkeit des Einkaufs der Kuranden bei derselben 40. 194.

Rentmeister, Befugniß derselben, die Vertheidigung gegen Ansprüche auf Holzlieferungen aus den Forsten des Guts zu übernehmen 39. 39.

Reparaturen, Verwendung und Verrechnung der Baugelder 39. 57. — Modifikation dieser Vorschrift 50. 2. 335.

Verrechnung der Baugelderzinsen bei den Salarienkassen 42. 314.

Aus welchem Fond die Kosten für Reparaturen und Utensilien der aus Staatsfonds unterhaltenen gerichtlichen Gefängnisse zu bestreiten sind 41. 70, 136; 42. 292; 43. 67, 187; 45. 99; 50. 2.

Einschränkung der Reparaturen an Gerichtsgebäuden und gerichtlichen Gefängnissen 48. 215.

Befugniß der Gerichte erster Instanz zur Anordnung von Gebäude-Reparaturen bis zum Betrage von 10 Thalern 52. 310; — desgl. der Gerichts-Deputationen und Kommissionen bis zum Betrage von 5 Thalern 52. 310.

Technische Revision der in Königlichen Dienstwohnungen auszuführenden Reparaturen 58. 98.

Repertorien, Führung und Aufbewahrung der Repertorien über Kriminal- und fiskalische Untersuchungen 39. 91, 157. 199; 50. 168. 395; 51. 75. — Abändernde Bestimmungen 51. 233; 55. 206.

Vereinfachung bei Führung der Akten-Repertorien 54. 198; 55. 206. 214.

Abänderung des Formulars zum Repertorium der Konkurs-Akten und der Akten über das erbschaftliche Liquidations- und Prioritäts-Verfahren 55. 259.

Zusammenstellung der neueren Vorschriften über die Einrichtung des Büreauwesens, der Prozeßlisten und der Repertorien bei den Gerichten 55. 337; 59. 374.

Digitized by Google

Repetenten, s. Studentenschulden.

Replik, ob der Richter, welcher im Civil-Prozesse nach der Verordnung v. 21. Juli 1846 die Replik eingefordert hat, nach deren Eingange auch dem Verklagten die Duplik gestatten muß, oder sofort Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumen kann 18. 242.

Replik in der Appellations-Instanz 48. 443.

Requisitionen. 1) Requisitionen der Militairgerichte und Militairbehörden.

Kostenfreie Erledigung von Requisitionen der Militairgerichte in der Rheinprovinz in Strafsachen 39. 56.

Bei Requisitionen der Gerichte ist bestimmt anzugeben, ob Gerichtsgebühren liquidirt werden können 39. 392.

Verpflichtung der Civilgerichte zur Genügung von Requisitionen der Militairbehörden wegen Sicherstellung des Vermögens eines Deserteurs 41. 192.

Verfahren bei Requisitionen der Militairbehörden wegen Ermittelung und Feststellung der Todesart von Militairpersonen 49. 465; 59. 258.

An welche Militairbehörden die Gerichte ihre Requisitionen wegen Vollstreckung der Exekution gegen Offiziere und Militairbeamte auf Gehalts- oder Pensionsabzüge zu richten haben 41. 94.

2) Requisitionen ausländischer Behörden an diesseitige Gerichte:

a) Vernehmung von Defensionalzeugen in Zoll- und Steuer-Defraudationssachen auf Requisition ausländischer Gerichte solcher Staaten, welche nicht zum Deutschen Zollverein gehören 39. 164; — desgl. auf Requisition der Gerichte im Königreich Polen 39. 206.

Verfahren bei Requisitionen des Ober-Polizei-Meisters der Stadt Warschau 42. 28; 44. 207. — Welche Gerichtsbehörden im Königreich Polen kompetent sind, Requisitionen wegen Auslieferung flüchtiger Verbrecher zu erlassen 44. 186; 58. 10, 74.

Verfahren bei Requisitionen Niederländischer Behörden 42. 320.

b) Verfahren bei Requisitionen der Behörden Deutscher Bundesstaaten:

α. des Großherzogthums Baden 40. 286.

β. des Großherzogthums Luxemburg 40. 288.

γ. des Königreichs Sachsen 53. 110.

3) Verfahren diesseitiger Gerichte bei Requisitionen nach dem Auslande. Zusammenstellung der über das Verfahren bei Requisitionen nach dem Auslande und bei Erlassen an Ausländer oder im Auslande sich aufhaltende Preußische Unterthanen ergangenen Vorschriften 44. 207; 52. 275; 56. 210.

Mit Rücksicht auf die veränderte Stellung der Gerichte erster Instanz bedarf es bei der Beförderung von Requisitionen nach dem Auslande ferner nicht mehr der Vermittelung der Appellationsgerichte 49. 287.

Verzeichniß derjenigen Russischen und Polnischen Behörden, welche den Requisitionen diesseitiger Behörden zur Auslieferung flüchtiger Verbrecher zu genügen haben 58. 10, 74.

Verfahren diesseitiger Gerichte bei Requisitionen:

a) nach den Deutschen Bundesstaaten:

nach dem Großherzogthum Luxemburg 40. 288; 44. 207; 59. 242;

nach dem Großherzogthum Hessen 44. 207;

nach dem Königreich Bayern 44. 207;

nach dem Großherzogthum Baden 44. 207;

nach dem Großherzogthum Nassau 44. 207;

nach dem Großherzogthum Oldenburg 44. 207;

nach dem Landgrafenthum Hessen-Homburg 44. 207;

nach der freien Stadt Frankfurt a. M. 44. 207;

nach dem Königreich Würtemberg 44. 207;

nach dem Königreich Sachsen 51. 383; 53. 110;

nach dem Kaiserstaat Oesterreich 44. 207; 56. 210;

nach dem Königreich Hannover 44. 207; 56. 242;

b) nach anderen Staaten des Auslandes:

nach Frankreich 40. 318; 44. 36, 207; 56. 146;

nach den Niederlanden 42. 320; 44. 19, 54, 207; 56. 146;

nach Ungarn und Siebenbürgen 43. 156;

nach dem Königreich Polen 44. 186, 207;

nach Belgien 48. 151; 56. 146.

4) Verfahren bei Requisitionen diesseitiger Gerichtsbehörden untereinander:

a) zwischen den Rheinischen Justizbehörden und den Justizbehörden der übrigen Provinzen:

in öffentlichen und Partei-Angelegenheiten 39. 239; 50. 280;

in Strafsachen 39. 401;

in Kostensachen 41. 293;

in Schwängerungssachen 51. 261; 56. 97;

b) zwischen den Justizbehörden der altländischen Provinzen:

bei Requisitionen und Insinuation gerichtlicher Verfügungen und Exekutionsvollstreckungen gegen Exmirte, welche in dem Bezirk eines Untergerichts eines anderen Departements wohnen 40. 247;

in Vormundschaftssachen 42. 102; 44. 82, 158;

in Kostensachen 39. 391; 41. 346; 42. 251, 267; 43. 53, 212, 255; 59. 250.

5) Verfahren bei Requisition von anderen Behörden und Sachverständigen:

a) von Aerzten zur Untersuchung zweifelhaften Gemüthszustandes 41. 358;

b) von Magistraten zur Vornahme von Handlungen in Vertretung der Gerichte 43. 141;

c) Requisitionen der Gerichtsbehörden an das Central-Büreau des 1. und 3. Bataillons 20. Landwehr-Regiments in Berlin 51. 374.

6) Verfahren der Gerichtsbehörden in Zoll- und Steuer-Defraudations-Untersuchungssachen bei Requisitionen der Zoll- und Steuerbehörden um Einziehung der unberichtigt gebliebenen Gefälle 44. 169.

7) Kostenansatz für Requisitionen nach dem Gesetze vom 10. Mai 1851 und dem dazu erlassenen Tarife:

Requisitionen der Verwaltungsbehörden sind kostenfrei (Justr. zu §. 3 des Ges.) 52. 114.

Bei welchem Gericht die Liquidation der Kosten in Requisitionssachen erfolgt (Justr. zu §. 14 des Ges.) 52. 114.

Verrechnung besonderer Kosten in Requisitionssachen (Justr. zu §. 60 des Tarifs) 52. 126.

Verfahren bei Requisitionen um Aufnahme von gerichtlichen Bekanntmachungen, s. Amtsblätter, Insertionen.

Reserve-Mannschaften, s. Beurlaubte.

Digitized by Google

Residenten, welche Urkunden diesseitige Residenten an auswärtigen Höfen in Privatangelegenheiten aufzunehmen und zu beglaubigen berechtigt sind **42**. 95.

Resolute, s. Strafresolute.

Respittage, die dem Wechsel-Acceptanten gewährten Respittage finden auch bei den domizilirten Wechseln statt **45**. 218.

Res publica, was unter dem im Preußischen Landrecht von 1721 Buch 3 Tit. 4 Art. 2 §. 7 gebrauchten Ausdruck „res publica" zu verstehen ist **40**. 295.

Ressort-Reglement, Gesetzeskraft des Ressort-Reglements v. 20. Juli 1818 für die Regierungen und Gerichte in der Rheinprovinz **52**. 172.

Ressource, Oekonomen einer Ressource bedürfen der polizeilichen Genehmigung zur Verabreichung von Speisen und Getränken an die Mitglieder derselben **53**. 176.

Restitution, gegen Kontumazial-Entscheidungen in Bagatellsachen findet nur das Rechtsmittel der Restitution, nicht aber das Rechtsmittel des Rekurses statt **39**. 354.

Dem Minderjährigen, welcher nach Einführung des Allg. Landrecht in Westphalen die Großjährigkeit oder veniam aetatis erlangt hat, steht hinsichts eines während der Herrschaft des früheren gemeinen Rechts geschlossenen Vertrages die Restitution zu **42**. 156.

In welchen Fällen das Rechtsmittel der Restitution zulässig ist **47**. 340; **53**. 404.

Abhandlung über die Restitutionsklage in Neuvorpommern und am Ostrehn **51**. 196.

Durch Art. 13 der Deklaration v. 6. April 1839 ist die Restitutionsklage ex capite minorennitatis gegen einen durch Verabsäumung des in §§. 69 ff. Tit. 14 der Prozeß-Ordnung gewährten Restitutionsgesuchs rechtskräftig gewordenen Kontumazialbescheid nicht aufgehoben **51**. 242.

Gebühren der Rechtsanwalte für Restitutionsgesuche (Ges. v. 12. Mai 1851 §. 24), s. Rechtsanwalte.

Retubhastation, s. Hypothekensachen.

Retablissements, Verfahren bei Ausführung der Retablissements-Pläne ganz oder theilweise abgebrannter Ortschaften **44**. 119.

Retention, Verfahren zum Schutze der Vermiether bei Ausübung ihres Retentionsrechts an die Mobilien der Miether **39**. 76.

Zulässigkeit des Rechtsweges über Streitigkeiten, welche die Rechtmäßigkeit einer Beschlagnahme und die Ausübung des Retentionsrechts zum Gegenstande haben **53**. 322.

Retraktrecht, s. Lehnwesen.

Rettungsmedaille, Verlust derselben als Folge des Verlustes der National-Kokarde und des National-Militairabzeichens **47**. 51. — Vorschriften über das Verfahren bei dem Verluste derselben **50**. 414.

Revision (Rechtsmittel der dritten Instanz).

Anwendung der Deklaration v. 6. April 1839 und der Instruktion v. 7. April 1839. **39**. 227. — Berichtigung dieser Vorschrift **39**. 401. — Anwendung des Art. 4 der Deklaration **40**. 32. — Auslegung des §. 6 der Verordnung v. 14. Dezember 1833. **45**. 189. — Anweisung für die Gerichte zur genauen Innehaltung gewisser Vorschriften der Deklaration v. 6. April 1839 und der Instruktion v. 7. April 1839. **41**. 123; **47**. 91.

Bei Streitigkeiten über die Existenz oder Gültigkeit eines Vergleichs wegen solcher Gegenstände, welche nach der Kabinets-Order v. 13. März 1834 zur Revision oder Nichtigkeitsbeschwerde an sich nicht geeignet sind, ist auch in diesem Falle das Rechtsmittel der Revision oder Nichtigkeitsbeschwerde ausgeschlossen **40**. 32.

Ansatz von Sukkumbenzgeldern **40**. 366.

Aufforderung an die Obergerichte zur Berichtserstattung über die Frage, inwiefern während des Laufes der Revisionsfristen die Exekution zuzulassen sei **43**. 72.

Verfahren, wenn in zweiter Instanz auf den Grund Einer von mehreren Einreden der Kläger abgewiesen, die übrigen Einreden aber nicht geprüft worden sind, und der Revisionsrichter diese eine Einrede verwirft **43**. 228.

Berechnung der Revisionssumme bei Schuldklagen eines Gewerbetreibenden über seinen gewerblichen Verkehr **45**. 206.

Warnung vor dem Gebrauch der im Buchhandel erschienenen Tabelle zur Auffindung der Ablaufsfristen bei Anmeldung und Einreichung des Rechtsmittels der Revision **47**. 131.

Beifügung des Insinuations-Dokuments zu der Verfügung, mittelst welcher in schleunigen Prozeßsachen dem Revisen oder Imploranten das Duplikat der Rechtfertigungsschrift zugefertigt worden, bei Einsendung der Akten an das Ober-Tribunal **47**. 322.

Die Aufforderung zur Beantwortung einer eingeführten Revisionsbeschwerde kann, wenn dies in einzelnen Fällen angemessen befunden wird, gültig auch zu Händen des seitherigen Prozeßbevollmächtigten des Revisen erfolgen **47**. 331.

Welche Ansprüche das Rechtsmittel der Revision in Schwängerungssachen umfaßt **49**. 257.

Bei allen Berichten, womit Akten in Revisions- oder Nichtigkeitsbeschwerdesachen an das Ober-Tribunal eingesandt werden, ist jedesmal der Gegenstand des Rechtsmittels und der Werth desselben zur Begründung des Rechtsmittels anzugeben **49**. 344.

Zulässigkeit der Anmeldung des Rechtsmittels der Revision bei den Gerichts-Deputationen und Kommissionen **51**. 279.

Liquidation der Kosten in der Revisions-Instanz (Instr. zu §. 14 des Gesetzes v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Revisions-Kollegien, auch bei den Revisions-Kollegien muß jeder der beiden zu bestellenden Referenten selbstständig referiren; die Mittheilung der Relation oder des Votums des ersten Referenten an den zweiten ist unstatthaft **39**. 322. — Verfahren der Revisions-Kollegien bei Verfassung der von ihnen gesprochenen Erkenntnisse **40**. 315.

Auf die Geschäfte der Revisions-Kollegien für LandeskulturSachen findet der Tarif zum Gesetze v. 10. Mai 1851 keine Anwendung **52**. 114.

Revisions- und Kassationshof, Kompetenz desselben zur Entscheidung über die Frage, nach welchen Formen eine in der Rheinprovinz einzuleitende Untersuchung behandelt werden soll **39**. 180.

Vereinigung des Revisions- und Kassationshofes mit dem Ober-Tribunal **52**. 410.

Reuß-Plauen (Fürstenthum), Uebereinkunft wegen gegenseitiger Ausübung der Rechtspflege **44**. 207.

Rezepisse, s. Insinuations-Dokumente.

Rezesse, s. Ablösung, Auseinandersetzung.

Digitized by Google

Rhau, Justiz Kommiss. und Notar in Sensburg, Verwarnung desselben 44. 38.

Rheinprovinz. 1) Justizverwaltung in der Rheinprovinz.

Entbindung des Justiz-Ministers von Kamptz von der obersten Verwaltung der Justiz-Angelegenheiten für die Rheinprovinz und Uebertragung derselben an den Justiz-Minister Mühler 39. 3.

Zeitpunkt des Erlöschens der Reichsgerichte in der Rheinprovinz 39. 287.

Einrichtung eines Landgerichts in Bonn 50. 198.

Gesetzeskraft des Ressorts-Reglements vom 20. Juli 1818 für die Regierungen und die Gerichte in der Rheinprovinz 52. 172.

Territorial-Eintheilung der Friedensgerichte in der Rheinprovinz 52. 413.

Expropriations-Verfahren im Bezirk des Rheinischen Appellationsgerichtshofes in Cöln 55. 2.

Befugniß des Justiz-Ministers zur Abordnung von Friedensrichtern als Hülfsrichter bei den Landgerichten 59. 427.

Kompetenz der Polizeigerichte:

a) zur Festsetzung von Strafen gegen bestrafte Schleichhändler 39. 426;

b) zum Erkennen der in den §§. 1, 2, 3, 6, 7, 9, 10 und 11 der Verordnung vom 17. März 1839, den Verkehr auf den Kunststraßen betreffend, angedrohten Strafen 40. 214;

c) zur Festsetzung von Ordnungsstrafen im Sinne des §. 16 dieser Verordnung 41. 32;

d) in Steuerdefraudationssachen 52. 108.

Polizeirichter sind nicht befugt, gegen einen freiwillig erschienenen Kontravenienten ohne Antrag des Polizei-Anwalts zu erkennen 55. 27.

2) Gerichtsverfahren:

a) in Civilsachen.

Berechnung der Verjährungsfrist der Servituten 41. 160.

Unzulässigkeit des gerichtlichen Exekutionsverfahrens wider Gemeinden in der Rheinprovinz 51. 14.

Unzulässigkeit possessorischer Klagen gegen Anordnungen der Gemeindeverwaltungen in der Rheinprovinz über die Richtung oder Erweiterung eines Gemeindeweges 51. 247; — desgl. gegen die von den Schaukommissionen und Schauämtern getroffenen Anordnungen zur Räumung und Instandhaltung der nicht schiffbaren Flüsse und Abzugsgräben 58. 250.

Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über den Genuß eines Gemeindeloofes in der Rheinprovinz 51. 281; — desgl. über die Verbindlichkeit zur Zahlung von Steuern 52. 52; — desgl. über die Einziehung der nach dem Steuerfuße ausgeschriebenen Beiträge zu den Kultuskosten 54. 307; — desgl. über die Verbindlichkeit zur Entrichtung von Zollgefällen 54. 307; — desgl. über die Entrichtung einer Badetaxe 54. 387.

Zulässigkeit des Rechtsweges über Eigenthums-Ansprüche dritter Personen an Sachen, welche in der Rheinprovinz gegen einen Schuldner administrativ gepfändet sind 51. 267; — desgl. bei Streitigkeiten über das Eigenthum einzelner Gemeindeglieder an dem ihnen zugetheilten Loosholze 54. 405. — Kompetenz der Gerichte zur Entscheidung der Frage, ob eine Civilgemeinde in den Landestheilen des linken Rheinufers zum Bau einer den Bevölkerungsverhältnissen entsprechenden katholischen Kirche verpflichtet sei 55. 121. — Inwiefern Streitigkeiten über Weidegangsgeld dem Rechtswege unterworfen sind 56. 54. — Inwiefern der Anspruch eines Gemeindegliedes auf Theilnahme an den Gemeindenutzungen zur Entscheidung im Rechtswege geeignet ist 57. 350.

Inwiefern der Kompetenz-Konflikt gegen Friedensgerichts-Urtheile letzter Instanz zulässig ist 55. 74. — Die Erhebung des Kompetenz-Konflikts ist auch gegen solche Erkenntnisse zulässig, welche zwar in letzter Instanz ergangen, hinsichtlich der Kompetenzfrage aber der Berufung unterworfen sind 58. 339.

Fortdauer der Verordnung der Oesterreichisch-Bayerischen Landes-Administrations-Kommission zu Worms in Betreff des Verkaufs von Gab- oder Loosholz 57. 43.

b) in Strafsachen.

Berechnung der Dauer erkannter Freiheitsstrafen 39. 107.

Ressortverhältnisse der Rheinischen Gerichte hinsichtlich der Abfassung der Erkenntnisse in den nach Vorschrift der Kriminal-Ordnung geführten Untersuchungen 39. 111. — Einwirkung der Ober-Prokuratoren auf die nach der Kriminal-Ordnung zu führenden Untersuchungen in der Rheinprovinz 39. 190. — Aufhebung der Kontrole durch die Landgerichts-Präsidenten und Wegfall der tabellarischen Uebersichten, welche bisher von den Instruktionsrichtern über dergleichen Untersuchungen zu führen waren 39. 216.

Kompetenz des Rheinischen Revisions- und Kassationshofes zur Entscheidung über die Frage, nach welchen Formen eine in der Rheinprovinz einzuleitende Untersuchung behandelt werden soll 39. 180. — Remission der Akten und Erkenntnisse in Untersuchungssachen durch den Revisions- und Kassationshof an die Ober-Prokuratoren 39. 21.

Verfahren bei Unterschlagung und Bestrafung der Entwendung von Waldprodukten 39. 250.

Verfahren gegen verhaftete unbekannte oder der Flucht verdächtige, in die Gerichtsgefängnisse abgelieferte Steuerkontravenienten von Seiten der Rheinischen Gerichte 39. 252.

Kumulation der Strafen in der Rheinprovinz 39. 362.

Verfahren bei Berichtleistung auf Bestrafung der Trimenci zu verfolgenden Injurien der Kinder gegen ihre Eltern in der Rheinprovinz 41. 166.

Einwirkung der Konnexität des Verbrechens auf den Gerichtsstand in Untersuchungssachen 51. 318.

Verfahren bei Untersuchungen wegen unerlaubter Nachahmung von Fabrikzeichen in der Rheinprovinz und in der Provinz Westphalen 54. 99.

In Uebertretungs- und Zuchtpolizeisachen haben nur Zustellungen an den Beschuldigten in Person oder an seinem Wohnsitze rechtliche Wirkung 55. 86.

Befugniß der Rheinischen Gerichtsbehörden zur Festsetzung der Strafe gegen ausgebliebene Zeugen aus den älteren Provinzen 55. 326.

c) Vollstreckung der Erkenntnisse.

Wechselseitige Vollstreckung der von den Rheinischen Gerichtshöfen ergangenen Erkenntnisse in den Oesterreichischen Staaten 40. 360; — desgl. in der Provinz Rheinhessen 41. 279; — desgl. in den Bezirken der diesseitigen altländischen Gerichte 48. 448.

d) Besondere Bestimmungen.

Abführung der Strafgelder für Forstfrevel in der Rheinprovinz, mit Ausschluß der gesetzlich bestimmten Ausnahmen, an den Poliei-Strafgelder-Kommunalfond 39. 351.

Bestrafung der Disziplinarvergehen der Untersuchungs-Gefangenen in der Rheinprovinz 40. 138.

Digitized by Google

Verfahren bei Beschlagnahme des Vermögens ausgetretener Militairpflichtiger im Bezirk des Appellationsgerichtshofes zu Cöln 59. 66.

Nach dem Rheinischen Strafverfahren ist jeder von mehreren Kassationsklägern gehalten, die Sukkumbenzstrafe zu hinterlegen, wenn sie verschiedene Interessen haben 59. 430.

3) Stempelwesen.

Einziehung des Werthstempels bei Kontumazial-Erkenntnissen 39. 34. — Die Steuerbehörden in der Rheinprovinz sind nicht befugt, von Parteien in gerichtlichen Angelegenheiten einen denselben von dem Gerichte nicht auferlegten Werthstempel unmittelbar ohne Dazwischenkunft des Gerichts einzufordern 39. 386. — Festsetzung des Prozeß-Werthstempels in Rheinischen Civil-Prozessachen über nicht geschätzte, aber an sich schätzbare Gegenstände 41. 198. — Polizeiliche Urtheile, durch welche mehrere Individuen, jedes zu einer Strafe von 5 Thaler oder weniger verurtheilt werden, unterliegen dem Werthstempel nicht 40. 238.

Stempelaufsatz bei Theilungen und gerichtlichen Verkäufen von Immobilien in der Rheinprovinz 55. 374.

Stempelfreiheit der Auszüge aus dem Grundsteuer-Kataster 39. 125. — Wenn bei einem in der Rheinprovinz eintretenden Zwangsverkaufe der unmittelbar vorangegangene Erwerb auf einem Kaufvertrage beruht, zu welchem der tarifmäßige Stempel verwendet worden ist, so ist nur ein Zusatzstempel von dem bei der Versteigerung erzielten Mehrgebot zu erheben 40. 171.

4) Kosten und Gebühren:

a) Kosten. Kontrollirung der vollständigen Ueberweisung der wiedereinzuziehenden Kosten in Strafsachen 40. 181; — Aufhebung dieser Bestimmung 42. 386.

Verfahren bei Einziehung gerichtlicher Kosten von Bewohnern der Rheinprovinz 41. 293; 48. 448.

Tragung von Untersuchungskosten in Untersuchungen gegen jugendliche Verbrecher, welche wegen mangelnden Unterscheidungsvermögens freigesprochen werden 52. 304.

Auf die Gerichte in der Rheinprovinz findet das Gerichtskosten-Gesetz vom 10. Mai 1851 keine Anwendung 52. 114.

Die Einziehung von Gerichtskosten und Gerichtsschreiberei-Gebühren von einem Anderen, als dem Extrahenten, kann nur auf Grund richterlicher Entscheidung erfolgen 54. 446.

b) Gebühren. Gebühren der bei den Handelsgerichten auftretenden Anwalte 39. 322.

Gebühren der Notare bei freiwilligen Subhastationen 40. 241.

Zeugengebühren der Militairpersonen in der Rheinprovinz in Kriminalsachen 40. 275.

Gebühren der Gerichtsschreiber und Gerichtsvollzieher in Untersuchungen wegen einfacher Holzdiebstähle und wegen Entwendung von Waldprodukten 41. 328.

Gebühren der Gerichtsvollzieher für Wechsel-Proteste, welche mit Interventionen verbunden sind 42. 155.

Gebühren der Friedensgerichtsschreiber für Atteste, welche die Ueberweisung von Kriminalkosten betreffen 42. 386.

5) Portofreiheit und Portopflichtigkeit.

Portofreiheit der Armen-Prozeßsachen in der Rheinprovinz 56. 318.

Portopflichtigkeit der Beförderung der Eheverkündungen in der Rheinprovinz 52. 388.

6) Requisitionen.

Kostenfreie Erledigung der wechselseitigen Requisitionen der Civil- und Militairgerichte in der Rheinprovinz in Strafsachen 39. 56.

Verfahren bei Requisitionen und Mittheilungen zwischen den Rheinischen Justizbehörden und denen der übrigen Provinzen in offiziellen und Partei-Angelegenheiten 39. 239, 401; 41. 294; 50. 280; 51. 261; 56. 97.

Inwieweit die Gerichte der Rheinprovinz verpflichtet sind, in Schwängerungs-Prozessen den Requisitionen ausländischer Gerichte zu genügen 51. 261.

7) Vormundschaftswesen.

Zulässigkeit der gegenseitigen Uebertragung von Vormundschaften zwischen den Gerichten in der Rheinprovinz und den Gerichten der älteren Provinzen 41. 100.

8) Kataster.

Verpflichtung der Gerichtsbehörden und Notare in der Rheinprovinz zur kostenfreien Benachrichtigung der bei dem Kataster angestellten Beamten von einem eingetretenen Güterwechsel 39. 306.

Verfahren bei Fortschreibung der Besitzveränderungen im Grundsteuer-Kataster 40. 34.

Mittheilung der Nachweisungen über die in der Rheinprovinz vorgekommenen Besitzveränderungen 50. 422.

9) Civilstands-Register.

Verfahren der Civilstands-Beamten bei Ausstellung von Attesten zum Zweck der kirchlichen Trauung 40. 111.

10) Beamtenwesen in der Rheinprovinz.

General-Prokurator, Befugniß des General-Prokurators in Cöln zur Einlegung des Kompetenz-Konflikts 56. 322.

Friedensrichter, Befugniß der Ober-Prokuratoren zur Beurlaubung der Friedensrichter 39. 218. — Verpflichtung der Friedensrichter, wenn gegen einen der Regierung untergeordneten Beamten eine Regreß- oder Injurienklage aus Veranlassung seines Amtes erhoben wird, oder gegen einen Kassendeamten Gelderforderungen eingeklagt werden, dem öffentlichen Ministerium des Landgerichts sofort Anzeige zu machen 42. 9. — Verhältniß der Verwaltungsbehörden zu den Friedensrichtern in der Rheinprovinz 50. 119. — Abordnung von Friedensrichtern als Hülfsrichter bei den Landgerichten 59. 427.

Referendarien und Auskultatoren, Verfahren beim freiwilligen Ausscheiden der Referendarien und Auskultatoren in der Rheinprovinz aus dem Justizdienste 42. 369 f. auch Prüfungen.

Assessoren, s. Prüfungen.

Notare, Special-Vollmachten zur Erhebung gerichtlich deponirter Gelder durch Notare in der Rheinprovinz 39. 183. — Kompetenz des Appellationsgerichtshofes in Cöln zur Entscheidung über Rekurse der Notare in der Rheinprovinz wider Stempel-Strafresolute, welche gegen Notare von den Landgerichten erlassen sind 39. 251. — Belästigung zu dem Amte eines Notars im Bezirk des Rheinischen Appellationsgerichtshofes zu Cöln 52. 387. — s. auch Prüfungen.

Gerichtsvollzieher, Verfahren bei Anstellung von Gerichtsvollziehern 41. 278.

Friedensgerichtsschreiber, Verfahren bei Beurlaubung derselben 58. 350.

Amts-Kaution, Verfahren bei Rückgabe der Amts-Kautionen in der Rheinprovinz 39. 379.

Digitized by Google

Verwaltungsbeamte, Zulässigkeit des Rechtsweges in Beziehung auf die Beschlagnahme des Diensteinkommens von Verwaltungsbeamten **52**. 391.

Aggravation in Untersuchungssachen gegen Beamte, Kompetenz der Ober-Prokuratoren zur Einlegung des Rechtsmittels der Aggravation in fiskalischen Untersuchungen wider Advokaten und Advokat-Anwalte **40**. 130; — desgl. wider Friedensrichter und der gegen dieselben der übten Widersetzlichkeiten und Beleidigungen im Amte **40**. 175.

Befugniß der Justizbehörden zur selbstständigen Einleitung der Untersuchung und zur Einlegung des Rechtsmittels der Aggravation in Untersuchungssachen wider gerichtliche Polizeibeamte in der Rheinprovinz, welche zugleich Verwaltungsbeamte sind, sich aber in ersterer Eigenschaft ein Vergehen zu Schulden kommen lassen **42**. 323.

Disziplinarverfahren gegen Beamte.

Verfahren in Disziplinar-Untersuchungen gegen Beamte in der Rheinprovinz **40**. 278; **50**. 119.

Befugniß der Rheinischen Landgerichte und des Rheinischen Appellationsgerichtshofes in Cöln zur Einleitung und Entscheidung von Disziplinar-Untersuchungen gegen richterliche Beamte **39**. 180.

Kontumazialverfahren in Disziplinar-Untersuchungen gegen Beamte der Rheinprovinz **39**. 154.

Verfahren bei Disziplinarvergehen der Gerichtsschreiber und Gerichtsvollzieher in der Rheinprovinz **39**. 148.

Befugniß der Regierungen in der Rheinprovinz zur Einziehung der in Disziplinar-Untersuchungen wider Verwaltungsbeamte entstandenen Kosten **58**. 5, 207.

1) Besondere Bestimmungen in Justiz-Verwaltungssachen.

Verfahren bei Einreichung von Begnadigungsgesuchen **39**. 20; **49**. 499.

Verfahren bei Kassation der Akten in der Rheinprovinz **58**. 314.

Eingangsformel für die in exekutorischer Form zu ertheilenden Ausfertigungen der Urtheile und der Notariats-Urkunden für die Dauer der Regentschaft **58**. 323.

Verfahren der Gerichte der altländischen Provinzen bei Auszahlung von Depositalgeldern, wenn die Interessenten im Bezirk des Appellationsgerichtshofes zu Cöln wohnen **59**. 206.

2) Verwaltungs-Angelegenheiten.

Ausübung der Jagd auf dem linken Rheinufer **39**. 383.

Ergänzung der Bestimmungen wegen der Breite des Treidelpfads und des Leinpfades für die Landestheile des linken Rheinufers **40**. 318.

Erforderniß der polizeilichen Genehmigung zu Kollekten für kirchliche Zwecke **51**. 255.

Streitigkeiten über die Theilnahme an Gemeindenutzungen in der Rheinprovinz werden, soweit sie sich nicht auf einen speziellen Rechtstitel gründen, im Verwaltungswege entschieden **52**. 92; **53**. 98, 124; **54**. 418.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die Einziehung von Straßen-Reparaturkosten im administrativen Wege **53**. 95.

Inwieweit der Rechtsweg über die Verpflichtung, Beiträge zum Synagogenbau zu leisten, in der Rheinprovinz zulässig ist **54**. 71.

Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Einziehung von Beiträgen zu dem Gehalt der Gemeindevorsteher in der Rheinprovinz **54**. 316.

Unzulässigkeit des Rechtsweges über Ansprüche an den Staat aus dem zur Zeit der Fremdherrschaft vorgenommenen Verkauf von Domanialrenten **55**. 18; — desgl. von Theilfruchtrente **55**. 310.

Befugniß der Regierungen in der Rheinprovinz zur Feststellung der Breite eines Gemeindeweges durch Setzung von Grenzsteinen **56**. 74.

Expropriation der zu Chausseebauten in der Rheinprovinz erforderlichen Grundstücke **56**. 275.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die Heranziehung der Gemeinde-Eingesessenen zur Aufforstung von Wildland **56**. 287.

Aufhebung der privaten Fährgerechtsame durch das Französische Gesetz vom 28. August 1792 in der Rheinprovinz **57**. 53.

Anwendung der Kabinets-Order vom 19. Juni 1836 über die Einziehung der Kirchen-, Pfarr- und Schul-Abgaben in der Rheinprovinz **58**. 47.

Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über die Entsumpfung einer Wiese **58**. 103.

3) Empfehlung von Schriften.

Geschichte der Quellen des Kirchenrechts der Rheinprovinzen und Westphalen **40**. 132; **44**. 2.

Verfassung, Zuständigkeit und Verfahren der Gerichte der Preußischen Rheinprovinzen in bürgerlichen Rechtssachen **42**. 232.

Rheinschifffahrt, Bestrafung der Ueberladung von Schiffen auf dem Preußischen Rheine **40**. 187.

Reglement v. 16. Januar 1841 über das Vorbeifahren der Dampf- und Segelschiffe auf dem Rheine **41**. 79.

Zulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten darüber, ob die den Rheinschiffern zugesicherte Befreiung von gewissen Abgaben sich auch auf die städtische Einkommensteuer und Gewerbesteuer erstrecke **58**. 210.

Rheinzoll, Theilnahmerecht an den Geldstrafen für Defraudationen des Rheinzolls auf gemeinschaftlichen Stromstrecken **40**. 327.

Richter, Stimmrecht der bei den Untergerichten beschäftigten richterlichen Hülfsarbeiter **39**. 399; **42**. 369; **43**. 19.

s. auch Assessoren.

Regreßpflichtigkeit der Richter wegen wissentlich begangener Ungerechtigkeiten und wegen Fahrlässigkeit **40**. 216. — Aufforderung an die Obergerichte zur Berichtserstattung über Vorschläge, die Regreßpflichtigkeit der Richter betreffend **42**. 172.

Verpflichtung eines jeden Richters, die Aufnahme eines letzten Willens außerhalb seines Gerichtssprengels sofort zu veranlassen, wenn ihm dringliche Umstände auch ohne alle Bescheinigung vorgetragen werden **41**. 147.

Vorschriften über die Auswahl von Bagatell-Kommissarien unter den Richtern **43**. 95; **59**. 338.

Verfahren bei Disziplinar-Untersuchungen gegen richterliche Beamte **46**. 179. — Verfahren der Staatsanwaltschaft dabei **50**. 147; **51**. 232. — Die Staatsanwaltschaft ist nicht berechtigt, vor Eröffnung der Disziplinar-Untersuchung gegen einen richterlichen Beamten zu ihrer Information Zeugen eidlich abhören zu lassen **51**. 294. — Zuziehung der Staatsanwaltschaft bei Einleitung der Disziplinaruntersuchung **51**. 359.

Abhandlung über die Verhandlungs-Maxime und das Fragerecht des Richters mit besonderer Rücksicht auf die Verordnungen v. 1. Juni 1833 und 21. Juli 1846. **49**. 472.

Digitized by Google

Wenn ein Justizbeamter den Justizdienst verläßt, so wird seine Beförderung zum Richteramte dadurch nicht aufgehoben; dagegen geht dieselbe durch die Kassation verloren 49. 326.

Auskultatoren sind als zum Richteramte befähigte Personen im Sinne des §. 34 Thl. III. Tit. 4 der Allg. Gerichts-Ordnung nicht zu rechnen 49. 326.

Befugniß der vorgesetzten Dienstbehörden, die ihnen untergeordneten Richter und Gerichte zur Befolgung der ihnen ertheilten dienstlichen Aufträge durch Geldstrafen anzuhalten 50. 74.

Anciennetäts-Verhältnisse, Gehaltsstufen und Rang der richterlichen Beamten 50. 104.

Aus dem Umstande, daß unter den Richtern des Schwurgerichtshofes sich einige befunden haben, welche nur auf Diäten angestellt sind, läßt sich eine Inkompetenz des Gerichts nicht ableiten 50. 113; 59. 338.

Verfahren, wenn mehrere Mitglieder des Gerichts von dem Beschuldigten als Entlastungszeugen vorgeschlagen werden, so daß kein hinreichendes Richterpersonal zur Verhandlung der Sache übrig bleibt 50. 378.

Ein Richter, welcher in der Voruntersuchung die Staatsanwaltschaft vertreten hat, kann demnächst in derselben Sache nicht Mitglied des Schwurgerichts sein 59. 446.

Gebühren für Kommissionsgeschäfte der Richter, s. Kommissions-Gebühren, Diäten, Reisekosten.
s. auch Rheinprovinz.

Riga, Requisitionen nach Riga sind von den Gerichtsbehörden zu Königsberg in Pr. unmittelbar an den Preußischen Konsul zu übersenden 44. 207.

Rittergüter, Verfahren der Hypothekenbehörden bei Abschreibung von Parzellen eines Rittergutes 39. 41, 42.

Zeitpunkt, wann an die Erwerber von Rittergütern die Aufforderung zur Ableistung des Homagial-Eides zu erlassen ist 42. 79.

Fortdauer des Rechts der Rittergüter auf Schärfsgetreide nach Einführung der allgemeinen Gewerbefreiheit 42. 231.
s. auch Dorfschmiede.

Anleitung für das Verfahren bei Einleitung gerichtlicher Sequestrationen bepfandbriefter Rittergüter 51. 312.

Zuschlag eines subhastirten Rittergutes, auf welches weniger als zwei Drittel der Taxe geboten worden 51. 343.

Aufforderung an die Gerichtsbehörden zur Berichtserstattung über die Zahl der von ihnen im Wege der Exekution eingeleiteten Subhastationen von Rittergütern 57. 354.

Ermittelung des Werths der Rittergüter in der Preußischen Monarchie und der darauf haftenden Schulden 58. 85.

Römisches Recht, besondere Berücksichtigung des Römischen Rechts bei der ersten und zweiten juristischen Prüfung 51. 202.

Rosenberger Chausseebau-Aktien-Verein, Bewilligung der Stempel- und Sportelfreiheit an denselben 46. 102.

Rotulus, Akten, welche dem Ober-Tribunal einzureichen sind, müssen mit einem vollständigen Akten-Rotulus versehen sein 57. 122.

Rückfall, Anrechnung der außerordentlichen Strafe in Diebstahlssachen beim Rückfall 49. 453. — Bestrafung des Diebstahls im Rückfalle 52. 214. 351.

Die Frage, ob der Angeschuldigte schon einmal wegen desselben Vergehens bestraft worden, gehört nicht zur Beurtheilung der Geschwornen, sondern zur Entscheidung des Gerichtshofes 50. 27, 161, 417.

Einfluß der Begnadigung auf die Anwendung der Rückfallstrafe 51. 151.

Strafe des Holzdiebstahls bei Rückfällen nach dem Erscheinen des neuen Strafgesetzbuchs 52. 30.

Bestrafung des Rückfalles im Sinne der §§. 42. und 46 des Preßgesetzes v. 12. Mai 1851. 52. 44.

Anwendung der Rückfallstrafen bei Steuer-Defraudationen 54. 3.

Die Frage, ob ein Rückfall vorliege, ist in Ansehung der vor Erlaß des Strafgesetzbuchs abgeurtheilten Fälle nach der ergangenen Entscheidung zu beurtheilen 54. 116.

Die falsche Bezeichnung des Namens des Angeklagten macht das gegen denselben ergangene rechtskräftige Erkenntniß nicht nichtig, und zwar selbst dann nicht, wenn der Angeschuldigte seinen Namen arglistig verschwiegen und dadurch der Rückfallstrafe entgangen ist 55. 192.

Ein Rückfall ist nicht vorhanden, wenn in erster Instanz erkannt ist und dasselbe Vergehen während der Appellationsfrist wieder begangen wird 56. 359.

Angabe resp. Feststellung des Rückfalles in Strafsachen bei Abfassung der Anklagen und Erkenntnisse 59. 378.

Die Feststellung der Instanzrichter hinsichtlich der thatsächlichen Voraussetzung des Rückfalles ist mittelst der Nichtigkeitsbeschwerde nicht angreifbar 59. 379.

Rückschein, s. Insinuations-Dokumente.

Rücktritt, Bedingungen des Rücktritts von einem blos mündlich geschlossenen Vertrage nach §§. 155 ff. Thl. I. Tit. 5 des A. L. R. 51. 251.

Rücktrittsrecht des Verpächters und Vermiethers nach §§. 366—369, 371 und 373 Tit. 21 Thl. I. des A. L. R. 47. 241.

Rügen, Bezeichnung des Bergenschen Kreises in Neuvorpommern als Kreis Rügen 42. 212.

Anstellung der Justizbeamten in Neuvorpommern und Rügen 42. 378.

Ruhestörer, Maaßregeln gegen einen Ruhestörer bei der mündlichen Verhandlung im Bagatell-Prozesse 39. 355.

Russischer St. Georgen-Orden, s. Orden.

Rußland, Legalisation Kaiserlich Russischer Dokumente 39. 34. — Form der Legalisation der von einem Notar der St. Petersburger Börse aufgenommenen Urkunden 41. 240.

Insinuation gerichtlicher Zusendungen an die in Rußland wohnenden Parteien mittelst rekommandirter Briefe, welchen ein Empfangschein zur Unterzeichnung des Adressaten beizufügen ist 40. 57.

Zeitpunkt, von wann ab die unterm $\frac{20}{8}$ Mai mit Rußland abgeschlossene Kartel-Konvention in Wirksamkeit tritt 44. 170. — Ausführung der Kartel-Konvention mit Rußland v. $\frac{8.\ \text{August}}{27.\ \text{Juli}}$ 1857. 58. 10. 74.

Verfahren der Gerichte bei Beförderung von Dokumenten und Vorladungen an die in Rußland sich aufhaltenden Parteien 44. 207; 49. 287; 54. 374; 57. 82.

Uebereinkunft mit der Russischen Regierung über die Mitwirkung der Konsularbeamten beider Staaten bei Sicherstellung und Regulirung der Verlassenschaften ihrer Nationalen 57. 75.
s. auch Polen, Requisitionen, Orden.

Rustikal-Grundstücke, s. Güter.

Digitized by Google

S.

Saarbrücken (Grafschaft), Sammlung der für die Grafschaft Saarbrücken erlassenen Verordnungen **42**. 332.

Saarwellingen (Herrschaft), Sammlung der für die Herrschaft Saarwellingen erlassenen Verordnungen **42**. 332.

Saatzeit, Bestimmungen der exekutionsfreien Saat- und Erntezeit im Departement des O. L. G. zu Münster **39**. 68; — desgl. im Departement des O. L. G. zu Arnsberg **39**. 204.

Sache, unter „Sachen" im Sinne des §. 272 des Strafgesetzbuchs sind auch Aktivforderungen zu verstehen **56**. 146.

Sächliche Ausgaben, Verfahren bei Anschaffung von Büchern für die gerichtlichen Bibliotheken **40**. 119; **55**. 118.

Verfahren bei Bewilligung von Rauschquantis für Büreau-Bedürfnisse bei Untergerichten **40**. 302.

Vermeidung von Etats-Ueberschreitungen bei den sächlichen Ausgaben **42**. 292.

Vorschriften über die gleichmäßige Behandlung des Titels der sächlichen Ausgaben in den Rechnungen der gerichtlichen Salarienkassen **43**. 34.

Verrechnung der Kosten für die Heizung und Beleuchtung der Gefängnisse bei dem Fonds für sächliche Ausgaben **57**. 310.

Sachsen (Königreich), Insinuation gerichtlicher Zustellungen an die in Sachsen wohnenden Parteien mittelst rekommandirter Briefe **40**. 57.

Uebereinkunft wegen gegenseitiger Ausübung der Rechtspflege **44**. 207. — Auslegung des Art. 18 der Uebereinkunft vom 14. Oktober / 11. Dezember 1839. **52**. 50; — desgl. des Art. **45**. 53. 110.

Portopflichtigkeit der von den Preußischen Gerichten an Königlich Sächsische Justiz-Behörden durch die Post zu versendenden Gelder **51**. 211.

Verfahren bei Requisitionen an Königlich Sächsische Gerichtsbehörden **51**. 383; **53**. 110.

Verfahren bei Abfassung von Kontumazial-Erkenntnissen gegen Königlich Sächsische Unterthanen **54**. 266; **55**. 200.

Uebersicht der Gerichtsbehörden im Königreich Sachsen **57**. 222.

Anrechnung des im Jahre 1849 zur Unterdrückung des Aufstandes im Königreich Sachsen stattgefundenen Kampfes als Kriegsjahr bei Pensionirungen **58**. 210.

Sachsen (Provinz), Feier des Reformationsfestes in denjenigen Theilen der Provinz Sachsen, welche bei Einführung der Reformation zur Mark Brandenburg gehört haben **39**. 336. s. auch Amnestie.

Instruktion für die Schiedsmänner der Provinz Sachsen **41**. 230. — Zusätzliche Bestimmungen zu derselben **41**. 222.

Verhältniß derjenigen Patrimonialgerichte in der Provinz Sachsen, denen die Verwaltung der Polizeigerichtsbarkeit zusteht, zu den Regierungen und Landräthen **41**. 239.

Anweisung für die Obergerichte der Provinz Sachsen in Betreff der Insinuation gerichtlicher Erlasse in Frankreich, Belgien und den Niederlanden durch die betreffenden diesseitigen Gesandtschaften **41**. 256.

Aufforderung an die Obergerichte der Provinz Sachsen über das bei ihnen befolgte Verfahren in Betreff der Volljährigkeit der Juden **41**. 252.

Zusammenwirken der Regulirungs- und Hypothekenbehörden bei Feststellung der Besitzverhältnisse von Grundstücken, insbesondere der sogenannten Wandelsäcker, welche durch Gemeinheitstheilungen betroffen werden **42**. 184.

Erfordernisse der unvordenklichen Verjährung seit der Einführung des allg. Landrechts in die vormals Sächsischen Provinzen **45**. 237.

Streitigkeiten über die Erhebung der in den ehemals Kurfächsischen Landestheilen zu entrichtenden Geschoß-Abgaben und Landbethe sind, soweit sie zu den Grundsteuern gehören, dem Rechtswege ausgeschlossen **59**. 361.

Sachsen-Altenburg, Abkommen über die gegenseitige Ausübung der Rechtspflege **44**. 207.

Sachsen-Koburg-Gotha, Abkommen über die gegenseitige Ausübung der Rechtspflege **44**. 207.

Sachsen-Weimar, Bekanntmachung den dem Erscheinen eines Gesetzes der Großherzoglich Sachsen-Weimarischen Regierung zum Schutze des Eigenthums an Werken der Wissenschaft und Kunst gegen Nachdruck und Nachbildung **39**. 88.

Insinuation gerichtlicher Zustellungen an die im Großherzogthum Sachsen-Weimar wohnenden Parteien mittelst rekommandirter Briefe, welchen ein Empfangschein zur Unterzeichnung durch den Adressaten beigefügen ist **40**. 57.

Abkommen über gegenseitige Ausübung der Rechtspflege **44**. 207. — Auslegung des §. 18 der Uebereinkunft vom 14. Oktober / 11. Dezember 1839. **52**. 50; — desgl. des Art. 36. der Uebereinkunft vom 29. März 1852. **52**. 319.

Sächsisches Recht, erwerbende Verjährung der rerum universitatis in specie nach den Grundsätzen des Sächsischen und resp. des Gemeinen Rechts **42**. 296.

Nach den Grundsätzen des Sächsischen und Gemeinen Rechts wird durch die von dem Besitzer der Hypothek geleistete Zahlung der Zinsen die Klageverjährung gegen den Gläubiger auch in Beziehung auf den persönlichen Schuldner des Kapitals gehemmt und resp. unterbrochen **42**. 372.

Sachverständige, Verfahren, wenn Baubeamte in Prozessen als Sachverständige in Vorschlag gebracht werden **40**. 246.

Nur promovirte Medizinalpersonen sind zur Abgabe eines Gutachtens in gerichtlichen Gemüthszustands-Untersuchungen qualifizirt **40**. 391.

Welche Klasse von Thierärzten bei gerichtlichen Verhandlungen als Sachverständige zuzuziehen ist **43**. 187.

Zuziehung der Sachverständigen bei der Instruktion und Entscheidung von Prozessen überhaupt und insbesondere über kaufmännische Gegenstände **45**. 72.

Vereidung der bei einer Königlichen Behörde ein- für allemal mit dem Sachverständigen-Eide belegten Boniteure der Kur- und Neumark **46**. 170.

Sachverständige dürfen die eidliche Bekräftigung ihrer Aussage nur in den gesetzlichen Ausnahmefällen verweigern **53**. 337.

In Untersuchungen wegen strafbaren Nachdrucks ist der Richter in seiner Entscheidung an das Gutachten des Sachverständigen-Vereins nicht gebunden **57**. 294

Abhandlung über die Frage, ob die Zuziehung ausländischer Sachverständiger in den vor diesseitigen Gerichten schwebenden Civil-Prozessen gestattet ist **59**. 134.

Anweisen die Zuziehung der Sachverständigen zur Feststellung der Entschädigung bei dem Verbrechen des Nachdrucks erforderlich ist **59**. 430.

Digitized by Google

Gebühren der Sachverständigen.

Portopflichtigkeit der Gebühren der Sachverständigen in unvermögenden Untersuchungen **40**. 83.

Gebühren der Feldmesser in gerichtlichen Untersuchungen als Sachverständige **49**. 383. — desgl. der Sachverständigen nach dem Tarif zum Gesetze vom 10. Mai 1851 (Instr. zu §. 67 des Tarifs) **52**. 126. — desgl. der besoldeten Staatsbeamten für sachverständige Gutachten **55**. 242.

Diäten und Reisekosten der Sachverständigen.

Königliche Beamte, welche aus Staatskassen ein fixes Gehalt oder Diäten beziehen, erhalten als Sachverständige bei auswärtigen Geschäften Diäten **43**. 150.

Diäten und Fuhrkosten der Oekonomie-Kommissarien als Sachverständige in gerichtlichen Angelegenheiten **46**. 12.

Uebernahme der Reisekosten und Diäten der als Zeugen oder Sachverständige in gerichtlichen Untersuchungen oder Voruntersuchungen wegen Steuervergehen vernommenen Steuerbeamten auf den Kriminalfond **50**. 204.

Sachverständigen-Vereine, Verfahren bei Einholung der Gutachten der Sachverständigen-Vereine in Untersuchungen wegen Nachdrucks **42**. 106; **58**. 298. — An das Gutachten der Sachverständigen-Vereine ist der Richter in seiner Entscheidung nicht gebunden **57**. 294.

Berichtigung der Gebühren für die Gutachten der Sachverständigen-Vereine **58**. 234.

Sachwalter, s. Justiz-Kommissarien, Rechtsanwalte.

Sagan (Fürstenthum), Aufhören der bisherigen Provinzial-Oberdanz im Bezirk des vormaligen Ober-Konsistoriums zu Glogau, in Betreff der Beitragspflichtigkeit des Patronats und der Eingepfarrten des Fürstenthums Sagan **40**. 22.

(Thronlehn), Lehnserneuerung und Dispensation vom persönlichen Erscheinen des Besitzers des Thronlehns Sagan **42**. 195.

Säkularisation, Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über die Festsetzung der Kompetenz für Geistliche in Folge der Säkularisation der Klostergüter **48**. 191; — desgl. über die Herausgabe säkularisirter Stiftungsgüter **54**. 238.

Eine Anfechtung der im Wege der Säkularisation erfolgten Einziehung von Stiftungs-Kapitalien kann im Rechtswege nicht erfolgen **57**. 231.

Salarien-Kassen, Verfahren bei Einziehung von Geldstücken und Papiergeld, Einziehung der in Preußen, Pommern und Posen noch im Umlauf befindlichen sogenannten Timpfe ($\frac{1}{3}$ und $\frac{1}{4}$ Thalerstücke) **39**. 119; — desgl. der noch cirkulirenden ungeränderten $\frac{1}{4}$ Thalerstücke **40**. 355; — desgl. der um mehr als zwei Prozent abgenutzten Einthalerstücke aus der Zeit von 1750—1816. **58**. 170.

Umtausch der Darlehns-Kassenscheine **53**. 435.

Umtausch der Kassenanweisungen vom 2. Januar 1835 **53**. 435; **54**. 450.

s. auch Kassenwesen.

Kontrolirung der Vorschuß-Zahlungen bei den gerichtlichen Salarien-Kassen **40**. 91. — Vorschriften zur Vermeidung von Verwaltungs-Vorschüssen bei den Salarien-Kassen der Kreisgerichte **55**. 425.

Kontrolirung der Ausgabe-Belege bei den gerichtlichen Salarien-Kassen **40**. 91. — Verfahren bei Vernichtung der Belege bereits berichtigter Rechnungen **44**. 75. — Kalkulatorische Revision der Belege zu den Salarien-Kassen **56**. 150.

Verpflichtung der Salarien-Kassen zur Haltung gehörig geaichter Gewichte **41**. 54. — Verfahren bei der mit dem 1. Juli 1858 eintretenden Gewichtsveränderung **58**. 178. — Inventarisirung der neuen Gewichtsstücke **58**. 290. — Anwendung des neuen Landesgewichts **58**. 358.

Kassen-Revisionen, Verfahren bei den ordentlichen Revisionen der Salarien-Kassen **42**. 235.

Salarien-Kassenbestände, abgesonderte Berechnung der Zinsen von den bei den Judizial-Depositorien der Untergerichte belegten, vorläufig entbehrlichen Salarien-Kassenbeständen der letzteren **42**. 247.

Salarien-Kassen-Etats, Aufstellung des Besoldungsetats in den Etats der Salarien-Kassen **49**. 47.

Salarien-Kassenrechnungen, gleichmäßige Behandlung des Titels der sächlichen Ausgaben in den Rechnungen der gerichtlichen Salarien-Kassen **43**. 34.

Beifügung eines Attestes über das Inventarium der Utensilien und Bücher von Seiten der vorgesetzten Behörde der die Rechnung legenden Kasse **43**. 35.

Beifügung eines Attestes über die Sportel-Einnahmereste statt der Reste-Designation bei Einsendung der Salarien-Kassenrechnungen an die Ober-Rechnungskammer **46**. 16.

Aufstellung des Besoldungs-Titels in den gerichtlichen Salarien-Kassenrechnungen **49**. 47.

Verfahren der Ober-Rechnungskammer bei Revision der gerichtlichen Salarien-Kassenrechnungen **50**. 179.

Salarien-Kassenverwaltung.

Abhandlung über die Kosten der Salarien-Kassenverwaltung **47**. 122.

Entwurf eines Gesetzes über die Trennung der Sportel- und Salarien-Kassenverwaltung von den Gerichten **49**. 113. — Motive dazu **49**. 134.

Auflösung der Salarien-Kassen bei den Obergerichten in Folge der Verordnung vom 2. Januar 1849. **49**. 34; **51**. 355.

Anweisung des Appellationsgerichts in Frankfurt, zur Verwaltung der Salarien-Kassen bei den nach der Verordnung vom 2. Januar 1849 organisirten Kreisgerichten seines Departements **49**. 228.

Umleitung der Buch- und Rechnungsführung der gerichtlichen Salarien-Kassen in die Vorschriften der Kassen-Instruktion vom 10. November 1851 und Auflösung der Haupt-Untergerichts-Salarien-Kassen und der Salarien-Kassen der Appellationsgerichte **51**. 355.

Ankündigung eines besonderen Abdrucks der Instruktion vom 10. November 1851. **51**. 366. — Erläuterungen der Instruktion vom 10. November 1851, s. Kassenwesen.

Anzeige von dem Erlaß der Instruktion vom 1. März 1852 zur Anfertigung der Jahresrechnungen und der Quartalsabschlüsse der gerichtlichen Salarien-Kassen **52**. 90. — Darstellung der Ausgaben an Kriminalkosten, nach Maaßgabe des §. 20 der Instruktion **52**. 266. — Verrechnung durchlaufender Gelder bei den gerichtlichen Salarien-Kassen **53**. 30. — Form der zu den Rechnungen der gerichtlichen Salarien-Kassen beizubringenden Anerkenntnisse der Regierungs-Hauptkassen (§. 25) **54**. 414. — Kalkulatorische Revision der Belege **56**. 150.

Abrechnung der Salarien-Kassen der Kreisgerichte mit den Regierungs-Hauptkassen **53**. 230; **56**. 326. — Anfertigung monatlicher Abschlüsse der Salarien-Kassen **59**. 19.

Behandlung der bei den Justiz-Kassen zur Verausgabung kommenden Rechnungs-Vergütungen **55**. 30; **56**. 174.

Digitized by Google

Geschäftsverkehr der Salarien-Kassen der Stadt- und Kreisgerichte mit der Justiz-Offizianten-Wittwenkasse und der Büreau-Kasse des Justiz-Ministeriums 46. 107; 51. 370; 53. 2; 54. 18, 442; 55. 416; 57. 434.

Verfahren bei den Justiz-Visitationen der Gerichte erster Instanz in Betreff der Salarien-Kassen-Verwaltung 50. 307.

Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten zwischen einem Rechtsanwalt und der Salarien-Kasse eines Gerichts, welche die von dem Rechtsanwalt aus eigenen Mitteln gezahlten, nicht abgebrirten Alimentenvorschüsse auf die von seinen Mandanten schuldigen Gerichtskosten verrechnet hat 59. 343.

Salz, fortdauernde Gültigkeit der Verordnung v. 13. Januar 1830 über die Kontrole des Salzverbrauchs 57. 378.

Salzquellen, Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die Expropriation einer Salzquelle 49. 454.

Sanctio pragmatica, Gültigkeit derselben als ein allgemeines, gehörig publizirtes Schlesisches Provinzialrecht 44. 192.

Sand, Verpflichtung der Chausseebau-Gesellschaften zum Aufsuchen von Sand auf den benachbarten Grundstücken 55. 178.

Schadenersatz, in der Vertheilung des Schuldigen zum Schadenersatze wird durch die Amnestie-Order v. 10. September 1810 nichts geändert (Beiblatt zu Nr. 38 des Just.-Minist.-Blattes pro 1840).

Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Besitzstörungsklagen gegen polizeiliche Verfügungen und der darauf basirten Schadensforderungen 49. 265.

Verjährung einer Schadenersatz-Forderung 50. 189; 52. 354.

s. auch Entschädigungs-Ansprüche.

Schäfereigerechtigkeit, Auslegung des §. 155 Tit. 22 Thl. I. A. L. R. in Betreff der Schäfereigerechtigkeit 42. 231.

Schäferhütten, der Diebstahl in Schäferhütten ist nicht als ein Diebstahl in bewohnten Gebäuden oder umschlossenem Raum anzusehen 53. 367.

Schamhaftigkeit, Thatbestand einer strafbaren Verletzung der Schamhaftigkeit 54. 403.

Schankrecht, Erforderniß des Beweises der Verzichtleistung auf Mitausübung des Schankrechts, wenn ein Schankberechtigter einem Anderen den Ausschank verliehen hat 39. 316.

Kompetenz der Verwaltungsbehörden zur Entscheidung der Frage: ob aus aufgehobener Schankgerechtigkeit dem früher Berechtigten Entschädigung zu gewähren ist 41. 100.

Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Beschwerden über die Beschränkung der auf einer Realberechtigung oder Konsession beruhenden Schankgerechtigkeit 51. 154; 59. 216.

s. auch Branntweinbrennerei, Braugerechtigkeit, Schankwirthschaft.

Schankwirthe, Bestrafung der Schankwirthe, welche Gäste über den Eintritt der Polizeistunde hinaus in ihrem Lokale dulden 57. 335.

Schankwirthschaft, inwiefern der Rechtsweg bei Streitigkeiten wegen Betriebes der Gast- und Schankwirthschaft zulässig ist 51. 154.

Oekonomen einer Ressource bedürfen der polizeilichen Genehmigung zur Verabreichung von Speisen und Getränken an die Mitglieder derselben 53. 176.

Kleinhandel mit Getränken und Schankwirthschaft sind nicht gleichbesteuert 55. 96.

Begriff des Betriebes der Schankwirthschaft 58. 124.

s. auch Schankrecht.

Schärfgetreide (Schärfkorn), s. Dorfschmiede, Rittergüter.

Scharfrichter, Bearbeitung der Scharfrichter- und Abdecker-Angelegenheiten in der Kur- und Neumark durch die Regierungen 43. 139.

Schau-Kommissionen (Schauämter), Unzulässigkeit der Possessorienklage gegen die von den Schau-Kommissionen und Schauämtern in der Rheinprovinz getroffenen Anordnungen zur Räumung und Instandhaltung der nicht schiffbaren Flüsse und Abzugsgräben 58. 250.

Schenkungen, inwiefern unentgeltliche Entsagungen den Schenkungen gleichzuachten sind 40. 295.

Befugniß des Konkurskurators zum Widerruf von Schenkungen 40. 328.

Rechte des Geschenknehmers in dem Falle, wenn über den Nachlaß des inmittelst verstorbenen Geschenkgebers der erbschaftliche Liquidations-Prozeß eröffnet worden ist 40. 397.

Verhältniß zwischen den Schwiegereltern und den Schwiegerkindern in Bezug auf die gesetzliche Vermuthung einer Schenkung 41. 56.

Schiedsgerichte, Abhandlung über die Einführung von Schiedsgerichten 50. 400.

Unzulässigkeit des Rechtsweges über Anträge auf Ernennung eines Schiedsgerichts zur Ausmittelung eines Brandschadens nach dem Reglement für die Provinzial-Feuersozietät der Provinz Posen 53. 338.

Schiedsmänner, Aufbewahrung der Protokollbücher abgegangener Schiedsmänner 39. 43.

Instruktion vom 1. Mai 1841 für die Schiedsmänner in den Provinzen Preußen, Schlesien, Brandenburg, Sachsen und Pommern 41. 230. — Zusätzliche Bestimmungen vom 7. Oktober 1841. 44. 222. — Zusätzliche Bestimmungen für die Schiedsmänner in der Provinz Schlesien in Betreff der Zulassung von Bevollmächtigten der städtischen oder ländlichen Gemeinden und Verfahren bei Einziehung von Geldbußen wegen Ausbleibens im Termine 44. 154, 222.

Einführung der Schiedsmänner im Kreise Teklenburg durch die Verordnung v. 31. Juli 1847. 47. 271.

Bestellung von Stellvertretern für abwesende oder behinderte Schiedsmänner 51. 354; 52. 91.

Portofreiheit der offiziellen Anfragen und Berichte der Schiedsmänner (Regul. v. 3. Januar 1858 §. 7) 58. 53; — welches Rubrum dabei zur Anwendung kommt 59. 122.

Schiedsmännische Vergleiche, Angabe des Fundaments der Forderung bei Aufnahme eines schiedsmännischen Vergleichs 39. 132.

Unzulässigkeit von Bevollmächtigten bei schiedsmännischen Vergleichen 39. 428.

Verwendung von Stempeln zu schiedsmännischen Vergleichen 40. 266.

Unzulässigkeit des Ansatzes von Kopialien und Kassenquote bei Festsetzung und Einziehung der Stempelbeträge 41. 252.

Gültigkeit der von den Schiedsmännern aufgenommenen und in das Protokollbuch nicht eingeschriebenen Verhandlungen 42. 331.

Ob aus schiedsmännischen Vergleichen ohne Weiteres eine Eintragung in das Hypothekenbuch verfügt werden kann 48. 26.

Auf die Geschäfte der Schiedsmänner findet der Tarif zum Gerichtskosten-Gesetze v. 10. Mai 1851 keine Anwendung 52. 114.

Digitized by Google

Schießgewehr, Bekanntmachung der Fälle, in denen wegen Beschädigung eines Menschen durch unvorsichtige Aufbewahrung oder Behandlung eines geladenen Gewehrs auf Strafe erkannt worden ist **45**. 112.

Schießpulver, Bestrafung des unerlaubten Handels mit Schießpulver und der vorschriftswidrigen Aufbewahrung desselben **40**. 62.

Schiffe, Bestrafung der Ueberladung von Schiffen auf dem Deutschen Rheine **40**. 187.

Reglement über das Vorbeifahren der Dampf- und Segelschiffe auf dem Rheine **41**. 79.

Ersatz bei von einem Lootsen bei Führung eines Schiffes durch An- oder Uebersegeln zugefügten Schadens **43**. 130.

Befugniß der Oldenburgischen Konsulardbeamten, die Verhaftung und Auslieferung der von den Schiffen ihrer Nation desertirten Matrosen, welche nicht Preußische Unterthanen sind, zu verlangen **45**. 127.

Beim Diebstahl auf einer Wasserstraße unterscheidet das Gesetz nicht, ob das Schiff, auf welchem sich die zum Transport befindliche Sache befindet, vor Anker liegt, oder im Fahren begriffen ist **51**. 364.

s. auch Dampfschiffe.

Schiffer, Berechtigung der Stromschiffer, die Fracht nach Ablieferung sämmtlicher Waaren von dem im Connoissement bestimmten Empfänger zu verlangen **39**. 315.

Schildberg (Kreis), Bestrafung der Forst- und Jagdvergehen im Schildberger Kreise **46**. 82.

Schildwachen, Glaubwürdigkeit der Schildwachen als Zeugen **48**. 32.

Schlachtsteuer, Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die von der Steuerbehörde erfolgte Beschlagnahme unversteuert eingebrachter Eingeweide von geschlachtetem Vieh **58**. 353.

s. auch Mahlsteuer.

Schlägerei, s. Körperverletzung.

Schleichhändler, Regulativ über die Paßpflichtigkeit der in- und ausländischen Grenzbewohner und die polizeiliche Aufsicht über bereits bestrafte Schleichhändler **39**. 318. — Erläuterung desselben in Betreff der Rheinprovinz **39**. 426.

Schlesien, Verfahren bei Konvertirung Schlesischer Pfandbriefe **39**. 202.

Feier des Reformationsfestes in denjenigen Theilen der Provinz Schlesien, welche bei Einführung der Reformation zur Mark Brandenburg gehört haben **39**. 336.

Aufhören der bisherigen Provinzial-Observanz im Bezirk des vormaligen Ober-Konsistoriums zu Glogau in Betreff der Beitragspflichtigkeit des Patrons und der Eingepfarrten zu Kirchenbauten **40**. 22.

Welcher Bezeichnung sich die drei Ober-Landesgerichte der Provinz Schlesien bei ihren Ausfertigungen und Siegeln zu bedienen haben **40**. 31.

Verpflichtung der Schlesischen Gutsbesitzer zur Vertretung der auf eingezogenen wüsten Bauerngütern haftenden herrschaftlichen Dienste **40**. 176.

Instruktion für die Schiedsmänner v. 1. Mai 1841 in der Provinz Schlesien **41**. 230. — Zusätzliche Bestimmungen **44**. 153, 222.

Parzelirungsbefugnisse der Erbzinsleute und Eigenthümer, sowie der Erbpächter in der Provinz Schlesien **42**. 10. — Verfahren bei Aufnahme von Parzelirungsverträgen **42**. 103.

Amtliche Stellung der Polizeidistrikts-Kommissarien in der Provinz Schlesien **42**. 304.

Bestätigung des Statuts des Schlesischen Vereins der Freiwilligen aus den Jahren 1813/15 **43**. 222.

Beweiskraft Schlesischer konfirmirter Urbarien, in Betreff des Rechts der Gutsherrschaft, von Rustikalgrundstücken Laudemien zu fordern **44**. 52. — Motive dazu **44**. 84.

Die sanctio pragmatica ist für ein allgemeines, gehörig publizirtes Schlesisches Provinzialgesetz zu erachten **44**. 192.

Fortdauernde Anwendung des Vorfluth-Edikts für Schlesien **50**. 91.

Grundsätze der Schlesischen Landschaft bei Ausführung des §. 6 des Regulativs v. 11. Mai 1849. **52**. 220.

Erbfolge der Ehegatten in der Provinz Schlesien **55**. 416.

Verfahren bei Streitigkeiten, welche in der Provinz Schlesien über die zur Regulirung der großen Flüsse oder zum Schutze ihrer Ufer erforderlichen Wasserbauten entstehen **58**. 175.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Beiträge zur Regulirung der Dotation katholischer Schullehrer in Schlesien **58**. 325.

Schleswig, Anrechnung des Feldzuges in Schleswig-Holstein bei den an Gefechten betheiligt gewesenen Personen als Kriegsjahr bei Pensionirungen **48**. 456; — desgl. beim Feldzuge von 1849. **49**. 483.

Schleunige Prozesse, Höhe des Kostenvorschusses in schleunigen Prozeßsachen (Instr. zu §. 8 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114. — Kostensatz in schleunigen Prozeßsachen (Tarif dazu §. 5) **52**. 126.

Schleusen, Verlust des Widerspruchsrechts gegen die Anlage von Wassermühlen und den dazu gehörigen Schleusen, wenn nach vorangegangener öffentlicher Bekanntmachung ein Widerspruch nicht erhoben und die Konzession ertheilt ist **41**. 300.

Schlußschein, s. Lieferungen.

Schmidt, Kommentar zu den Stempelgesetzen **40**. 358; **44**. 52.

Schneider, Empfehlung der von demselben angefertigten Dienstsiegel **49**. 349.

Schöffengerichte, auf die Geschäfte der Schöffengerichte findet der Tarif zum Sportelgesetz v. 10. Mai 1851 keine Anwendung (Instr. zu §. 2 des Ges.) **52**. 114. — Kompetenz der Schöffengerichte **57**. 206.

Graf von Schönburg-Glauchau, Titulatur desselben **39**. 342.

Schonungen, Pfandgeld für das verbotswidrige Hüten in Schonungen und das bei dergleichen Kontraventionen zu beobachtende Verfahren **53**. 372.

Streitigkeiten über den Umfang des Hütungsrechts durch Ausübung der Schonungsbefugniß des Waldeigenthümers gehören zur Kompetenz der Auseinandersetzungsbehörden **57**. 12.

Bestrafung des Hütens in Schonungen **58**. 299.

Schonzeit, inwiefern Schwarz-, Roth- und Damm-Wildprett auch in der Schonzeit erlegt werden darf **39**. 12.

Schöppen, Unterschrift der Schöppen bei dorfgerichtlichen Testamenten **47**. 220. — Bildung der Dorfgerichte durch Schulze und Schöppen **54**. 206.

Schornsteine, Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Erstattung einer für das Reinigen der Schornsteine in der Dienstwohnung eines Beamten geleisteten Zahlung **52**. 244.

Schreiben, s. Rechtsanwalte.

Digitized by Google

Schreibensunkundige, s. Analphabeten.
Schreibezeugen, s. Zeugen.
Schreibgebühren (Sportulen), Wegfall der Schreibgebühren bei dem Kostenansatze nach dem Gesetze vom 10. Mai 1851. 52. 114. — Ansatz von Schreibgebühren nach beendigter Instanz (Instr. zu §. 63 des Tarifs) 52. 126; — desgl. bei der ersten Anlegung von Hypothekenbüchern (Instr. zum Ges. §. 3 c) 52. 114. — Inwieweit Schreibgebühren bei Requisitionen ausländischer Behörden zum Ansatz kommen (Instr. zu §. 60 des Tarifs) 52. 126. — Schreibgebühren für Kalkulatur-Geschäfte (§. 65 des Tarifs) 52. 126. — Ansatz von Schreibgebühren für die von den Gerichten zu fertigenden Abschriften von Prozeßschriften (§. 63 des Tarifs) 57. 238.
Ansatz von Kopialien als baare Auslagen für gerichtliche Geschäfte in den zum Ressort der Auseinandersetzungsbehörden gehörigen Sachen 52. 378.
s. auch Abschriften.
Schreibgebühren der Justiz-Kommissarien, Rechtsanwalte und Notare, s. diese.
Schreibmaterialien, Verfahren zur Verminderung der Ausgaben für Schreibmaterialien 39. 198. 394.
Portopflichtigkeit bei Versendung von Schreibmaterialien (Regul. vom 3. Januar 1858 §. 8) 58. 53.
Schriftjährige Lehne, Lehnserneuerung derselben beim Thronwechsel 42. 195.
Schriftsätze (Rechtsschriften, Prozeßschriften, Eingaben).
Welche Personen zu den rechtsverständigen Privatpersonen, denen die schriftliche Einreichung der Nichtigkeitsbeschwerde ohne Zuziehung eines Justiz-Kommissarius gestattet ist, gehören 40. 132.
Verfahren, wenn bei den Gerichten Eingaben und Schriftsätze eingehen, welche nicht von den Parteien selbst kundbar angefertigt, oder von rezipirten Justiz-Kommissarien unterschrieben und legalisirt sind 40. 206.
Befugniß der Justiz-Kommissarien zur Anfertigung und Einreichung von Schriftsätzen in Prozessen bei Gerichten, wo ihnen die Prozeß-Praxis nicht zusteht 39. 90; — Erläuterung hierzu 43. 96.
Eine schriftliche Eingabe, womit der Mandatar des Imploranten nach Publikation des beschwerenden Urtheils die zur Informations-Einziehung ihm mitgetheilten gerichtlichen Akten zurückreicht, ist als eine Prozeßschrift im Sinne des §. 6 der Deklaration vom 6. April 1839 und der Instruktion vom 7. April 1839 Nr. 20 nicht anzusehen 44. 150.
Ob die schriftliche Eingabe einer Partei oder ihres Bevollmächtigten, wodurch Urkunden ꝛc. nach Bekräftigung des Urtheils zurückgefordert werden, als eine Prozeßschrift im Sinne des §. 6 der Verordnung vom 14. Dezember 1833 anzusehen ist 45. 189.
Unterzeichnung der Schriftsätze nach der Verordnung vom 21. Juli 1846. 47. 111, 168; 49. 325.
Die von den Justiz-Kommissarien der Untergerichte bei den Obergerichten einzureichenden Einführungs- und Rechtfertigungsschriften müssen mit Datum, Unterschrift und Dienstsiegel versehen sein 48. 6.
Ob ein Justiz-Kommissarius auch für Analphabeten Prozeßschriften anfertigen kann, wenn er bei dem Gericht, bei welchem die Sache anhängig ist, nicht die Prozeß-Praxis hat 48. 175.
Befugniß der Rechtsanwalte zur Anfertigung und Legalisirung von Rechtsschriften 55. 392.
Erforderniß der polizeilichen Erlaubniß zur gewerbsmäßigen Anfertigung von Schriftsätzen 54. 462; 59. 83.
Ansatz von Schreibgebühren für die von den Gerichten anzufertigenden Abschriften von Prozeßschriften 57. 238.
Gebühren der Justiz-Kommissarien für die Unterzeichnung von Prozeßschriften 47. 88.
Gebühren der Justiz-Kommissarien für die Anfertigung von Prozeßschriften, s. Justiz-Kommissarien, Rechtsanwalte.
Schul-Abgaben, Kompetenz der Auseinandersetzungsbehörden zur Entscheidung von Streitigkeiten über die Fortgewährung der an Schulen zu entrichtenden Reallasten 56. 371; 58. 339.
Zulässigkeit des Rechtsweges bei Einwendungen der Staatsbeamten wegen Befreiung von Schul-Abgaben 48. 136; — desgl. bei Streitigkeiten über die Befreiung auf Grund von Privilegien 49. 308; 54. 122; — desgl. bei solchen Leistungen der Gemeinde-Mitglieder an Kirche und Schule, welche nicht auf allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen oder Orts-Observanzen, sondern auf rezessmäßigen Abkommen beruhen 54. 438. — Inwiefern bei Streitigkeiten über die Einziehung der Schul-Abgaben der Rechtsweg zulässig ist 55. 411. — Inwiefern der Rechtsweg bei Einforderung rückständiger Schul-Abgaben zulässig ist, wenn der Einwand der Befreiung von dieser Verbindlichkeit erhoben wird 57. 6. — Zulässigkeit des Rechtswegs, wenn der Einwand der Befreiung auf eine durch Privilegium gewährte Immunität gegründet ist 57. 218. — Anwendung der Kabinets-Order vom 19. Juni 1836 auf Schul-Abgaben in der Rheinprovinz 58. 47. — Zulässigkeit des Rechtsweges, wenn ein Schullehrer Entschädigung dafür verlangt, daß die ihm in Naturalien zu berichtigenden Schul-Abgaben nicht zur rechten Zeit entrichtet worden sind 59. 316.
Unzulässigkeit des Rechtsweges bei anderweitiger Festsetzung der Beiträge zur Unterhaltung eines Kommunal-Schullehrers 51. 55; — desgl. über die Vertheilung von Schul-Abgaben 52. 13; — desgl. über die Verbindlichkeit zur Zahlung von Schulbeiträgen 52. 227; — desgl. bei dem Anspruch auf Befreiung, wenn Jemand Grundstücke in einem Gemeindebezirk besitzt, ohne in demselben zu wohnen 56. 383; — desgl. wenn der Einwand erhoben wird, daß Jemand als Gutsherrschaft zu den Schullasten der Gemeinde beizusteuern nicht verpflichtet sei 57. 6; — desgl. bei Streitigkeiten über solche Abgaben, welche nach dem Zeugnisse der betreffenden Regierung vermöge einer auf Observanz beruhenden Verbindlichkeit an öffentliche Schulen zu entrichten sind 57. 251; — desgl. über die Frage, welche Abgaben die Mitglieder einer Gemeinde an Kirchen, Schulen und deren Beamte nach notorischer Ortsverfassung zu entrichten haben 58. 331; — desgl. auch wenn die streitige Schul-Abgabe auf ein anderes Grundstück oder auf eine abgezweigte Parzele übertragen und diese Uebertragung nicht mit Zustimmung des Empfangsberechtigten erfolgt ist 59. 165.
Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Frage, auf welche Personen sich ein Schulverband erstreckt 57. 300.
Schulbauten, Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über die Nothwendigkeit der Erbauung von Appartements auf einem Küster- und Schulgehöfte 48. 169; — desgl. über die interimistische Festsetzung der Baulast bei Schulbauten 53. 198; 55. 135; 57. 6; 59. 171; — desgl. über die Verbindlichkeit zur Entrichtung von Schulbaukosten 57. 202.

Digitized by Google

Schuldenmachen, Bestimmungen über das Schuldenmachen der Justizbeamten **43**. 22. 62. — s. auch Anstellung.

Auf die während der Universitätsstudien im Abgangszeugnisse vermerkten Honorar-Rückstände finden diese Bestimmungen keine Anwendung **41**. 334.

Schuldgefangene, s. Gefangene.

Schuldschein, Folgen der Annahme eines Schuldscheins ohne Vorbehalt von Seiten des Gläubigers **52**. 306.

Schulen, Form der Erklärungen, welche Vorsteher von Schulen auf Grund der von ihrer oberen Behörde ertheilten Autorisation rücksichtlich der der Schule zustehenden Realansprüche und Forderungen bei dem Hypothekenbuche abgeben **40**. 261.

Die Vorschrift des §. 37 Tit. 12 Thl. II. A. L. R. findet auch auf einen nur der Schulzwecke wegen nothwendig gewordenen Erweiterungsbau des Küster- und Schulhauses Anwendung **42**. 259.

Inwieweit den Regierungen die Exekutionsbefugnisse auf Leistungen aus solchen Lieferungsverträgen, welche bei der Verwaltung von Instituten, Kirchen und Schulen abgeschlossen sind, zustehen **46**. 70.

Verzeichniß derjenigen Gerichtsorte, an denen sich Gymnasien, Realschulen oder andere höhere und mittlere Bildungsanstalten befinden **52**. 326. — Nachträge dazu **53**. 52; **58**. 150; — desgl. derjenigen höheren Bürger- und Realschulen, welche zu Entlassungs-Prüfungen berechtigt sind **52**. 335.

Inwieweit Schulen die Postfreiheit genießen (Instr. zu §. 4 des Ges. vom 10. Mai 1851) **52**. 114.

Korporationsrechte der von den Staatsbehörden eingerichteten Elementarschulen **53**. 299.

Zulässigkeit des Rechtsweges über die vertragsmäßige Verpflichtung zur Heizung einer Schulstube **53**. 363; **55**. 370.

Inwiefern der Rechtsweg bei Streitigkeiten über die Benutzung eines Privatweges zur Anfuhr von Holz oder Naturalien für die Schule zulässig ist **56**. 14.

Inwiefern die Possessorienklage gegen den Vorsteher einer Schule, welcher die Leitung derselben einem Andern kontraktlich übertragen hat, zulässig ist, wenn der Letztere in seinen vertragsmäßigen Rechten gestört zu sein behauptet **59**. 162.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Verfügungen der Polizeibehörden, durch welche Jemandem die Haltung einer Privatschule untersagt und die Schließung der Schule angeordnet wird **54**. 424. — desgl. gegen Anordnungen der Regierung, durch welche der ursprünglich festgesetzte Feuerungsbedarf für eine Schule anderweitig normirt wird **56**. 347. — desgl. gegen die Anordnung der Regierung, wodurch einer Stadtgemeinde aufgegeben wird, der katholischen Schule denselben Zuschuß aus der Kämmerei-Kasse zu gewähren, wie der evangelischen Schule **59**. 77.

Verfahren, wenn das Vermögen einer höheren Unterrichts-Anstalt nicht ausreicht, um die Pensionen für die Lehrer und Beamten derselben zu berichtigen **59**. 34.

Schulgeld, Zulässigkeit des Rechtsweges über dokationsmäßige Ansprüche eines katholischen Schullehrers auf Schulgeld **48**. 358.

Unzulässigkeit des Rechtsweges, wenn ein schulpflichtiges Kind in eine andere als die ordentliche Ortsschule gesendet und das Schulgeld für dasselbe auf polizeiliche Anordnung zu Gunsten des Lehrers der Ortsschule eingezogen worden ist **56**. 231; **58**. 187. — desgl. gegen Forderungen städtischer Kassen für rückständiges Schulgeld, wenn die Rückstände älter als zwei Jahre sind **56**. 363.

s. auch Schullehrer.

Schulgemeinde (Schulverband), Eigenschaft einer Schulgemeinde als Korporation **53**. 299.

Wenn mehrere Gemeinden zu einem Schulverbande gehören, und unter den Mitgliedern derselben über die Aufbringung und Vertheilung der Schul-Abgaben Streitigkeiten entstehen, so sind dieselben dem Rechtswege unterworfen **55**. 169.

Streitigkeiten über die Frage, auf welche Personen sich ein Schulverband erstrecke, sind im Verwaltungswege zu entscheiden **57**. 390.

s. auch Schullehrer.

Schullehrer, Ausländer, welche erst durch die Ertheilung einer Naturalisations-Urkunde die Eigenschaft als Preußische Unterthanen erworben haben, sind im Schuldienst ohne vorgängige ausdrückliche Genehmigung des Departements-Chefs nicht anzustellen **47**. 315.

Zulässigkeit des Rechtsweges über dokationsmäßige Ansprüche eines Schullehrers auf Schulgelder **48**. 358; — desgl. über solche Gehaltsforderungen der Schullehrer, welche auf Vertragsverhältnissen beruhen **52**. 176. — desgl. über die Verpflichtung der Elementarschullehrer im Stettiner Regierungsbezirk zum Beitritt bei der dort bestehenden Schullehrer-Wittwen-Kasse **54**. 133. — desgl. wenn ein Schullehrer Entschädigung dafür verlangt, daß die ihm in Naturalien zu entrichtenden Schul-Abgaben nicht zur rechten Zeit entrichtet worden sind **59**. 340.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Anordnungen der Regierung, durch welche die Leistungen der Schulgemeinde zur Heizung der Schulstube und der Schullehrerwohnung geregelt werden **55**. 370. — desgl. bei Streitigkeiten über die Vergütung für das von einem Schullehrer bewirkte Orgelspielen in der Kirche **51**. 35; — desgl. bei anderweitiger Festsetzung der Beiträge zu dem Brennholzbedarf eines Kommunalschullehrers **51**. 55; — desgl. über die Vertheilung der Schullehrer-Abgaben **52**. 13; **55**. 169; — desgl. bei Regelung der Dotation katholischer Schullehrer in Schlesien **58**. 325. — desgl. gegen die Anordnungen der Regierung, durch welche einem im Wege des Disziplinarverfahrens mit einem Theile der gesetzlichen Pension als Unterstützung entlassenen städtischen Gymnasiallehrer diese Unterstützung in Ermangelung geeigneter Fonds auf die Gemeindekasse angewiesen wird **59**. 309.

Inwiefern gegen Schullehrer wegen Ueberschreitung des Züchtigungsrechts die gerichtliche Verfolgung nach §. 3 des Gesetzes v. 13. Februar 1854 zulässig ist **58**. 67 ff., 75 ff., 382; **59**. 442.

Elementarschullehrer an einer städtischen Schule sind zu den besoldeten Gemeindebeamten im Sinne des §. 65 der Städte-Ordnung v. 30. Mai 1853 nicht zu rechnen **58**. 260.

Emeritengehalt eines Schullehrers, s. Emeritengehalt.

Verfahren, wenn das Vermögen eines Gymnasiums oder einer höheren Unterrichtsanstalt nicht ausreicht, um die Pensionen für die Lehrer und Beamten derselben zu berichtigen **59**. 34.

Schulpatronat, s. Patronat.

Schulprüfung, s. Prüfungen.

Schultheißen am Ostrhein, auf die Geschäfte derselben findet das Gerichtskosten-Gesetz v. 10. Mai 1851 keine Anwendung (Instr. zu §. 2 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Digitized by Google

Schulz (Kammerg.-Aff.), Lehre von den Rechtsmitteln **42**. 104. — Preußische Exekutions- und Subhastations-Ordnung **42**. 316.

Schulz (Poliz.-Direkt.), Mittheilungen des Polizei-Präsidiums in Berlin zur Beförderung der Sicherheitspflege **52**. 210.

Schulze, Bildung der Dorfgerichte durch Schulze und Schöppen **54**. 206. — ſ. auch **Dorfſchulzen**.

Schulzenamt, inwiefern darüber, wem die Bestreitung der bei Verwaltung des Schulzenamts erforderlichen Ausgaben zufällt, der Rechtsweg zulässig ist **57**. 54.

Schürffchein, der Schürfſchein deckt für die Dauer ſeiner Gültigkeit das Feld dergeſtalt, daß dadurch die Muthung eines zufällig Findenden ausgeſchloſſen wird **43**. 227.

Schützengilden, Statut der Bürger-Schützen-Kompagnie in Goldberg über die Schlichtung von Injuriensachen unter den Mitgliedern derſelben **42**. 178.

Schutzmannſchaft, Dienſtverhältniſſe der Schutzmänner und Wachtmeiſter der Berliner Schutzmannſchaft **55**. 158.

Schwachſinnige Perſonen, ſ. **Geiſteskranke**.

Schwängerungsſachen, Abhandlung über die Frage, ob der **§**. 169 des Anhangs zur Allgemeinen Gerichts-Ordnung auf Forderungen aus einem unehelichen Beiſchlafe anwendbar iſt **47**. 84.

Ausbringung der Kur- und Verpflegungskoſten für die wegen Krankheit oder Schwangerſchaft aus der Haft entlaſſenen Schuldgefangenen **48**. 110.

Welche Anſprüche das Rechtsmittel der Reviſion und der Nichtigkeitsbeſchwerde in Schwängerungs-Prozeſſen umfaßt **49**. 257.

Anſprüche aus einer Schwängerung, welche an einem Orte, wo Franzöſiſches Recht gilt, ſtattgefunden hat **50**. 30.

Inwieweit die Gerichte der Rheinprovinz verpflichtet ſind, in Schwängerungs-Prozeſſen den Requiſitionen altländiſcher Gerichte zu genügen **51**. 261; **56**. 97.

Ein unter dem Verſprechen der Ehe geſchwächtes Frauenzimmer kann nach dem Tode des Schwängerers gegen deſſen Erben weder auf Beilegung der Rechte einer geſchiedenen, für unſchuldig erklärten Ehefrau, noch auf Anerkennung ihres Kindes als eines ehelichen Klage erheben **52**. 22.

Welche Koſten eine unehelich Geſchwängerte nach ihrer Niederkunft von ihrem Schwängerer erſetzt verlangen darf **52**. 267.

Nach welchen Geſetzen die Rechte eines unehelichen Kindes zu beurtheilen ſind, wenn die Mutter nach der Schwängerung ihren Wohnſitz verändert **58**. 115.

Schwarzburg-Rudolſtadt, Uebereinkunft wegen gegenſeitiger Ausübung der Rechtspflege **44**. 207.

Schwarzburg-Sondershauſen, Uebereinkunft wegen gegenſeitiger Ausübung der Rechtspflege **44**. 207.

Schwarze Elſter, ſ. **Elſter**.

Schwarzenholz (Herrſchaft), Empfehlung der Sammlung der für dieſelbe erlaſſenen Verordnungen **42**. 332.

Schweden, Verfahren bei Ausfertigung von Todtenſcheinen der in den Preußiſchen Staaten verſtorbenen Schwediſchen und Norwegiſchen Unterthanen **48**. 66.

Schweidnitz-Lauerſche Lehne, Lehnserneuerung derſelben in Folge des Thronwechſels **42**. 195.

Schwiegereltern, Verhältniß zwiſchen Schwiegereltern und Schwiegerkindern in Bezug auf die geſetzliche Vermuthung einer Schenkung **41**. 56.

Das Verhältniß zwiſchen Schwiegereltern und Schwiegerkindern bleibt im Sinne des **§**. 141 des Strafgeſetzbuchs auch dann noch beſtehen, wenn die Ehe, durch welche daſſelbe entſtanden war, durch Tod oder Eheſcheidung getrennt worden iſt **54**. 127.

Schwiegerkinder, ſ. **Schwiegereltern**.

Schwurgerichte. 1) Einreichung beſonderer Berichte über die Verhandlungen der Schwurgerichte **49**. 387; **51**. 158, 342. — Innehaltung der dazu feſtgeſetzten vierzehntägigen Friſt **52**. 374; **53**. 302; **57**. 10. — Benutzung von Formularen zu den Verhandlungen bei den Schwurgerichten, und die über die Schwurgerichts-Sitzungen zu erſtattenden Berichte **51**. 158. — Abänderung der Formulare **52**. 94. — Aufnahme der wörtlichen Frageſtellung an die Geſchworenen in die von den Verſitzenden der Schwurgerichte zu erſtattenden Berichte **51**. 342. — Aufnahme der Anträge der Staatsanwaltſchaft nach dem Ausſpruche der Geſchworenen **53**. 302.

Begriff des Ausdrucks „Schwurgericht“ im zweiten Abſatz des Artikel 109 des Geſ. v. 3. Mai 1852. **59**. 446.

2) **Kompetenz**.

Ein ohne geſetzlichen Grund unbefugter Weiſe anderweitig beſtelltes Schwurgericht kann für kompetent nicht erachtet werden, ſein Ausſpruch iſt als gar nicht vorhanden anzuſehen **49**. 416.

Der **§**. 142 der Verordnung vom 3. Januar 1849 ſetzt voraus, daß das Verfahren ein legales, durch Nichtigkeitsgründe nicht anfechtbares geweſen iſt **49**. 416.

Aus dem Umſtande, daß unter den Mitgliedern des Gerichtshofes ſich einige befunden haben, welche nur auf Diäten angeſtellt ſind, läßt ſich die Inkompetenz des Gerichtshofes nicht ableiten **50**. 113; **59**. 338.

Mittheilung des Entwurfes eines Geſetzes über die Bildung der Schwurgerichte **51**. 82, 145 ff.

Verpflichtung der Schwurgerichte zur Beſchleunigung der Strafe und Aufbewahrung der Unterſuchungs-Akten **51**. 66.

Inwiefern und unter welchen Formen eine Vertagenheitsſache auf Grund der Konnexität vor das Schwurgericht gebracht werden kann **59**. 100.

3) **Geſchworene**.

Mittheilung des Verzeichniſſes der bei den Schwurgerichten in Funktion geweſenen Geſchworenen an die Präſidenten der Regierungen **50**. 128.

Verfahren bei Auslooſung der Geſchworenen **50**. 423.

Abhandlung über die Zuziehung ſtellvertretender Geſchworenen **51**. 70.

Die Entſcheidung der Frage, ob das Einkommen eines Beamten, inſoweit davon die Berufung deſſelben als Geſchworener abhängig iſt, mindeſtens 500 Thaler betrage, gebührt nicht dem Schwurgerichtshofe, ſondern der Verwaltungsbehörde **51**. 294.

Fragen, welche ſich nicht zur Entſcheidung der Geſchworenen, ſondern des Schwurgerichtshofes eignen **49**. 416; **50**. 27. 161; **54**. 67; **56**. 46; **59**. 58.

Inwiefern bei Zuſtellung einer unrichtigen Dienſtliſte der Geſchworenen an den Angeklagten die Nichtigkeit des Verfahrens eintritt **56**. 190.

Nichtigkeit des Verfahrens, wenn ein Geſchworener ſich der Abſtimmung enthalten hat **58**. 170.

4) **Verfahren**.

Vermeidung des Anſatzes von Terminen für die Schwurgerichtsverhandlungen auf Feiertage der Katholiken, welche als geſetzliche Feſttage nicht anzuſehen ſind **50**. 127.

Digitized by Google

Wenn der Angeklagte sich schuldig bekennt, und gegen die Richtigkeit des Bekenntnisses kein Bedenken obwaltet, bedarf es der Zuziehung der Geschworenen nicht **50.** 410. — Dagegen genügt es nicht, daß der Angeklagte die Thatsachen blos zugesteht, welche die wesentlichen Merkmale des ihm zur Last gelegten Verbrechens bilden **54.** 202. — Ob die Thatfrage durch das Bekenntniß des Angeklagten als festgestellt zu erachten ist, darüber muß der Vertheidiger gehört werden **56.** 83.

Verpflichtung der Schwurgerichte zur Prüfung der nach geschlossener Beweisaufnahme angebrachten neuen Beweismittel **54.** 195.

Verfahren des Schwurgerichts bei Abfassung des Beschlusses, durch welchen ein angetretener Beweis als unerheblich ausgesetzt wird **54.** 263.

Die verzögerte Unterzeichnung des Sitzungs-Protokolls und des Erkenntnisses in Schwurgerichtssachen hat keine Nichtigkeit des Verfahrens zur Folge **57.** 66.

Die unterlassene Unterzeichnung des Wahrspruchs der Geschworenen vor dessen Verkündung an den Angeklagten macht das Verfahren nichtig **57.** 66.

Nachdem das Verdikt der Geschworenen durch deren Vorsteher verkündet worden ist, können denselben nicht noch Fragen wegen mildernder Umstände nachträglich vorgelegt werden **57.** 223.

Verfahren, wenn die Verfolgung eines Anschuldigungspunktes von einem in der Anklage nicht hervorgehobenen strafrechtlichen Gesichtspunkte aus einem neuen Strafverfahren vorzubehalten beabsichtigt wird **57.** 267.

Alle an dem Erkenntnisse Theil nehmenden Richter müssen den Sitzungen, in welchen die Beweisaufnahme stattgefunden hat, bei Strafe der Nichtigkeit des Erkenntnisses beigewohnt haben **57.** 427.

Anwendung des Art. 97 des Ges. vom 3. Mai 1852 bei einem aus der Gesammtheit mehrerer Sprüche der Geschworenen sich ergebenden Widerspruch **59.** 306.

Inwieweit Gerichts-Assessoren mit beschränktem Stimmrecht zu Mitgliedern der Schwurgerichte bestellt werden können **59.** 338.

5) Audienz-Protokoll.

Aufnahme der Geständnisse des Angeklagten in das Audienz-Protokoll **53.** 366, 414; **54.** 98.

Verpflichtung des Richters, die Entscheidung auf Anträge des Angeklagten wegen Vernehmung von Entlastungszeugen in das Protokoll aufzunehmen **54.** 5.

Erforderniße der Protokolle bei schwurgerichtlichen Verhandlungen **54.** 7. 201; **57.** 66; **59.** 402.

Die Erklärung des Angeklagten, bei Publikation des Erkenntnisses zweiter Instanz sich bei der ergangenen Entscheidung nicht beruhigen zu wollen, ist nicht in das Audienz-Protokoll aufzunehmen **58.** 82.

6) Einstellung des Untersuchungsverfahrens.

Ob die Staatsanwaltschaft die Anklage noch zurücknehmen und das Gericht das weitere Verfahren einstellen darf, wenn die Sache bereits durch Beschluß der Anklagekammer an das Schwurgericht gewiesen ist **49.** 451.

Abhandlung über die Einstellung des Untersuchungsverfahrens in Schwurgerichtssachen **52.** 24.

7) Besondere Bestimmungen.

Befugniß des Ober-Staatsanwalts, gemeinschaftlich mit dem Staatsanwalt die Funktionen der Staatsanwaltschaft in einer und derselben Sache zu übernehmen **49.** 497.

Inwiefern in den Fällen, wenn der Angeklagte von den Geschworenen für nichtschuldig erklärt worden, das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde zulässig ist **50.** 113.

Ein Richter, welcher in der Voruntersuchung die Staatsanwaltschaft vertreten hat, kann demnächst in derselben Sache nicht Mitglied des Schwurgerichts sein **59.** 446.

8) Kostenansatz in Schwurgerichtssachen (Instr. zu §. 52 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52.** 126; — desgl. im Falle des Kontumazialverfahrens (desgl. zu §. 57) **52.** 126.

Schwurgerichts-Präsidenten, Reisekosten derselben (Instr. zu §. 13 des Ges. v. 9. Mai 1851) **52.** 137.

Schwurzeugen, s. Zeugen.

Schwurzimmer, Einrichtung von Schwurzimmern zur Abnahme gerichtlicher Eide **40.** 28.

See, Streitigkeiten darüber, ob der Besitzer eines See's, welcher innerhalb des Jagdbezirks einer Gemeinde gelegen ist, zur eigenen Ausübung des Jagdrechts auf dem See berechtigt sei, sind dem Rechtswege unterworfen **56.** 187.

See- und Handelsgerichte, Anwendung des Tarifs zum Sportelgesetze v. 10. Mai 1851 auf die Gebühren derselben (Instr. zu §. 2 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52.** 114.

Seebandlungs-Prämienscheine, s. Prämienscheine.

Seelsorge in den gerichtlichen Gefängnissen **59.** 346.

Segelschiffe, Reglement vom 16. Januar 1841 über das Vorbeifahren der Segelschiffe auf dem Rheine **41.** 79.

Sekretaire, Höhe der von den Sekretairen der Gerichts-Kommissionen zu bestellenden Kaution **39.** 55. — Kaution der Sekretaire der auf Grund des Organisations-Planes vom 11. November 1846 gebildeten Gerichts-Kommissionen **48.** 144.

Liquidation und Zahlungsanweisung von Kommissions-Gebühren der Sekretaire **43.** 277.

Selbsthülfe, inwiefern die Aneignung einer fremden Sache durch Selbsthülfe sich von einer rechtswidrigen Wegnahme unterscheidet **58.** 323.

Selbstmörder, Verrechnung der Kosten der Obergerichte für die Genehmigung der Akten-Reposition in Untersuchungssachen über die Todesart eines Selbstmörders **44.** 51.

Separation, s. Auseinandersetzungen, Gemeinheitstheilungen, Gutsherrliche rc. Verhältnisse.

Sequestration, einem Schuldner, gegen welchen im Wege der Exekution die Sequestration seines Wohnhauses eingeleitet ist, steht ein Recht auf Mitbewohnung des Hauses gegen Entgelt im Allgemeinen nicht zu **41.** 375.

Stempelpflichtigkeit der Verhandlungen bei Vertheilung der Revenüen sequestrirter Grundstücke **43.** 79.

Anleitung für das Verfahren bei Einleitung gerichtlicher Sequestrationen **50.** 151; — desgl. mit besonderer Berücksichtigung bestandbriefter Rittergüter **51.** 312.

Aeltere Vorschriften über die Liquidation der Gerichtskosten und Mandatarien-Gebühren in Sequestrationssachen **39.** 145.

Kostenansatz bei Sequestrationen nach dem Gesetze vom 10. Mai 1851 und Einziehung der Kosten (Instr. zu §. 10 Nr. 2 des Ges.) **52.** 114; — (Instr. zu §§. 13. 47 des Tarifs) **52.** 126.

Sergeanten, Berechnung der denselben bei ihrer Anstellung im Civildienste zu machenden Gehaltsverbesserungs-Abzüge **54.** 27.

Servis, Anmeldung des Rechts auf Servis im Konkurse und

Digitized by Google

erbschaftlichen Liquidations-Prozesse, und Liquidation rückständiger und laufender Beträge 44. 234.

Servituten, Berechnung der Verjährungsfrist der Servituten in denjenigen Landestheilen, in welchen das Französische Gesetzbuch eine Zeit lang gegolten hat 41. 160.

Vertretungsverbindlichkeit des Verkäufers für die auf dem verkauften Grundstücke haftenden Privatdienstbarkeiten, Lasten und Abgaben 57. 239. — s. Rechtsanwalte.

Kompetenz der Auseinandersetzungsbehörden im ehemaligen Großherzogthum Berg zur Entscheidung über Servitutberechtigungen in den bei ihnen anhängigen Ablösungen 59. 190.

s. auch Grundgerechtigkeiten.

Sevenaer, Insinuation gerichtlicher Verfügungen nach Sevenaer in den Niederlanden durch die Post 44. 207.

Sicherheitspflege, Empfehlung der Mittheilungen zur Beförderung der Sicherheitspflege von Baurath 50. 118; — desgl. der von Schulz und Stieber herausgegebenen Zeitschrift 52. 210.

Siebenbürgen, Verfahren bei Requisitionen an Gerichtsstellen in Siebenbürgen 43. 156; 44. 207.

Siegel (Amtssiegel, Dienstsiegel).

Erneuerung derjenigen Amtssiegel bei den Gerichten und Form der Dienstsiegel 39. 156.

Form und Gebrauch der Dienstsiegel der Gerichtsbehörden, Notare und Justiz-Kommissarien 39. 374; — desgl. der Schiedsmänner, und Rückgabe der Dienstsiegel nach dem Ausscheiden derselben 44. 222.

Anbringung des Siegels bei Außer- und Wiederinkurssetzung geldwerther auf jeden Inhaber lautender Papiere 46. 235.

Die von den Justiz-Kommissarien der Untergerichte bei den Obergerichten einzureichenden Einführungs- und Rechtfertigungsschriften müssen mit dem Dienstsiegel versehen sein 48. 6.

Preis der Dienstsiegel von Loos 39. 374, 429; 42. 259; 43. 268; 54. 276.

Empfehlung der Dienstsiegel aus der galvano-plastischen Anstalt von Schneider in Frankfurt a. d. O. 49. 349.

Porto für die Bestellung und Lieferung der Dienstsiegel 42. 259; 43. 268.

Befugniß der Aeltesten der Kaufmannschaft in Danzig zur Führung eines Siegels, womit sie ihre Ausfertigungen völlig beglaubigen 41. 282.

Siegelgebühren (Siegelgelder).

Justiz-Kommissarien und Notare sind zum Ansatze von Siegelgeldern nicht befugt 43. 206.

Wegfall der Siegelgelder bei dem Kostenansatze nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 (Justr. v. 10. September, Einleitung) 52. 114.

Siegellack, zum Verschließen der Briefe bei den Gerichten soll Siegellack in der Regel nicht gebraucht werden 39. 199.

Siegen, Justr. v. 21. März 1845 über die Einrichtung des Berg-Hüttenwesens in dem Bezirk des Berggerichts zu Siegen 45. 78.

Silberberg (Festung), Unterbringung solcher zum Festungsarrest verurtheilter Individuen in die Festung Silberberg, welche eines unerlaubten Verkehrs nach Außen verdächtig sind 43. 26.

Simon (Geh. Ober-Justizrath), Sammlung von Rechtssprüchen der Preußischen Gerichtsböfe 43. 56.

Sittel (Justizrath), Sammlung von Verordnungen 42. 332.

Sitzgebühren, Sitzgebühren in Civil-Prozessen, welche von dem Schuldner wegen Armuth nicht einzuziehen gewesen sind, und dem Gefangenwärter als pars salarii zufleben, sind auf den Kriminalfond anzuweisen 41. 193.

Ansatz von Sitzgebühren für die Aufnahme städtischer Polizeigefangenen in die gerichtlichen Gefängnisse.

Sitzkosten, s. Untersuchungskosten.

Sitzungen, s. Gerichtssitzungen, Ruhestörer.

Skrutinium, Verpflichtung der Gerichte zur Genügung von Anträgen der Staatsanwaltschaft, welche sich auf ein Skrutinialverfahren beziehen 56. 353.

Soldaten, Höhe der von dem Vater eines Soldaten für das uneheliche Kind seines Sohnes zu zahlenden Alimente 39. 360.

Insinuation gerichtlicher Vorladungen und Verfügungen an solche Militairpersonen, welche ihre gewöhnlichen Standquartiere oder ihren Wohnort verlassen haben 50. 228.

Berechnung der den gemeinen Soldaten bei ihrer Anstellung im Civildienste zu machenden Gehaltsvorbereitungsabzüge 54. 27.

s. auch Militairpersonen, Deutsche Bundestruppen, Invaliden-Kompagnieen, Kasernen.

Soldatenkinder, s. Invaliden-Kompagnieen, Kasernen, Militair-Waisenhäuser.

Soldatenstand, mit der Zurücksetzung in die erste Klasse des Soldatenstandes ist die Wiederanlegung der Nationalkokarde, des Landwehrkreuzes, der Kriegsdenkmünze und der Dienstauszeichnungen verbunden 39. 207.

Gesuche und Verhandlungen wegen Austritts aus dem Soldatenstande sind stempelverpflichtig 39. 243.

Zeitpunkt, von welchem ab die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe gegen beurlaubte Landwehrmänner zu rechnen ist, wenn gleichzeitig auf Ausstoßung aus dem Soldatenstande erkannt worden ist 40. 190.

Auf welche Verbrechen bei Personen des Militair- und Beurlaubtenstandes die Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes erfolgt 47. 51. — Folgen der Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes 47. 51.

Auf welche Verbrechen bei Personen des Militair- und Beurlaubtenstandes die Ausstoßung aus dem Soldatenstande erfolgt 47. 51; 50. 214. — Folgen der Ausstoßung und Entlassung aus dem Soldatenstande 47. 51.

Solms-Braunfels, Einrichtung eines Obergerichts für die Grafschaften Braunfels und Greifenstein unter der Bezeichnung „Fürstlich Solms-Braunfelsche Regierung, Abtheilung für Justizsachen" 42. 174.

Sommer, Dr. (Justizrath), Neues Archiv für Preußisches Recht und Verfahren, sowie für Deutsches Privatrecht 42. 231.

Sonnenburg (Land- und Stadtgericht), Erweiterung der Kompetenz desselben zum Erkennen in Kriminalsachen 46. 11.

Sonntagsfeier, Vermeidung des Transports von Verbrechern und Vagabonden an Sonn- und Feiertagen 46. 126; 56. 318.

Befugniß der Polizeibehörden, Störungen der Sonntagsfeier nach §. 340 Nr. 8 des Strafgesetzbuchs mit einer Geldbuße von 50 Thalern oder Gefängniß bis zu sechs Wochen zu untersagen 55. 12.

Kompetenz der Verwaltungsbehörden zur Entscheidung darüber, ob ein Baubeamter die Sonntagsfeier verletzt hat 57. 108.

Spanndienste, Unzulässigkeit der Negatorienklage gegen polizeiliche Anordnungen, welche die Leistung von Spanndiensten betreffen 48. 298.

Digitized by Google

Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über die Verpflichtung zur Leistung von Hand- und Spanndiensten behufs des Baues eines Straßendammes **53**. 211.

Inwiefern der Rechtsweg über das Rechtsverhältniß unter den Mitgliedern einer Dorfgemeinde in Ansehung der Leistung von Gemeinde-Spanndiensten zulässig ist **54**. 430.

Streitigkeiten über die Berechtigung des Staats, als Beihülfe zu der ihm obliegenden Unterhaltung der Landstraßen Hand- und Spanndienste zu fordern, sind im Rechtswege zu entscheiden **56**. 11.

f. auch Ablösung.

Sparkassen, Belegung kleiner Deposital-Massen bei Sparkassen **39**. 179.

Statut für die Kreis-Sparkasse in Brakel **48**. 71.

Species facti, Abhandlung über die Aufnahme der species facti in den Ausfertigungen der Erkenntnisse in Civil-Prozessen nach der Verordnung vom 21. Juli 1849. **51**. 25.

Spezial-Hypothek, unter den im §. 169 Tit. 2 Thl. II. A. L. R. erwähnten Kapitalien der Kinder, über welche die Verwaltung des Vaters eingeschränkt ist, sind auch solche zu verstehen, für welche von dem Vater den Kindern besondere Sicherheit (Spezial-Hypothek) bestellt worden ist **47**. 78.

Spezial-Massen, f. Rechtskanwalte.

Spezial-Prozesse, f. Rechtsanwalte.

Spezial-Vollmacht, f. Vollmacht.

Spiel, Begriff des Banthaltens beim Hazardspiel **56**. 68. — Bestrafung des Spielens in auswärtigen Lotterieen **39**. 89; **52**. 103, 314; **58**. 351; **59**. 91.

Spielensachen, Kostenanlaß in Spielensachen (Instr. zu §. 5 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126.

Sportelfreiheit, f. Gebührenfreiheit.

Sportel-Kassen (Sportelwesen), Beaufsichtigung und Rechnungslegung über die Sportel-Kassen bei den von Königlichen Gerichten interimistisch verwalteten Patrimonialgerichten **39**. 28.

Regulativ über die Verwaltung der Sportel-Kassen bei den Patrimonialgerichten **40**. 10.

Verfahren bei Vernichtung der Belege bereits berichtigter Rechnungen der Königlichen Salarien- und Sportel-Kassen **44**. 133.

Justifikation der Sportel-Einnahmereste in den Rechnungen der gerichtlichen Salarien-Kassen **46**. 16.

Entwurf eines Gesetzes über die Trennung der Sportel- und Salarien-Kassenverwaltung von den Gerichten **49**. 113. — Motive dazu **49**. 134.

Einrichtung des Rechnungswesens bei den Sportel-Rezepturen der Gerichts-Deputationen und Kommissionen **50**. 251.

Benachrichtigung der Gerichte von dem Erscheinen der neuen Sportel-Gesetze und der Veranstaltung eines amtlichen Abdrucks derselben und der dazu erlassenen Instruktionen **51**. 326. — Anzeige von dem Erscheinen einer neuen Auflage der amtlichen Ausgabe der Gesetze vom 9. und 10. Mai 1851 in Verbindung mit dem Gesetze vom 3. Mai 1853 **54**. 260.

f. Gerichtskosten.

Sprachlehrer, f. Studentenschulden.

Spruchbehörden, Vereinfachung der Salarien-Kassenverwaltung in den Fällen, wo ein Obergericht in dem bei einem andern Gerichte instruirten Prozesse nur als Spruchbehörde fungirt **39**. 4, 81; **42**. 229; **43**. 149. — Verrechnung der dabei in Ansatz kommenden Stempel **42**. 234.

Verrechnung der gerichtlichen Kosten der Spruchbehörden in Kriminal- und fiskalischen Untersuchungssachen **39**. 53; — insbesondere für die auf Ansuchen der Königlichen Untergerichte ertheilte Genehmigung der Alten-Revokation in Untersuchungssachen über die Todesart eines Selbstmörders **44**. 51.

Verrechnung des Porto in der Appellations-Instanz bei dem Gerichte, vor welchem die Instruktion geschwebt hat **43**. 144.

Anfertigung der Kostenrechnungen in den Spruchsachen der höheren Instanzen **52**. 158.

Befugniß der landwirthschaftlichen Spruchbehörden zur Einlegung des Kompetenz-Konflikts und Zulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über die von den Auseinandersetzungsbehörden bestätigten Rezesse **52**. 198.

Staats-Abgaben, f. Abgaben.

Staatsanwalte, Uebersicht der nach erfolgter Ausführung der Verordnung vom 2. Januar 1849 bei den Kreisgerichten fungirenden Staatsanwalte **49**. 350.

Anweisung zur Einschränkung der Reisen der Staatsanwalte **49**. 387. — Vergütung für Dienstreisen der Staatsanwalte **49**. 296; **52**. 42 (Instr. zu §. 61 des Tarifs zum Gesetz vom 10. Mai 1851) **52**. 126; (Instr. zu §. 12 des Gesetzes vom 9. Mai 1851) **52**. 137; **55**. 18; **58**. 114.

Gebühren für die Introduktion und Verhandlung der Staatsanwalte **52**. 302.

f. auch Ober-Staatsanwalte, Staatsanwalts-Gehülfen, desgl. Staatsanwaltschaft.

Staatsanwaltschaft.

1) Einführung der Staatsanwaltschaft in Folge der Verordnung vom 3. Januar 1849. **49**. 31.

Unentgeltliche Verabfolgung der Regierungs-Amtsblätter an die Staats- und Polizeianwalte **49**. 407.

Geschäftsverwaltung und Ressort der Staatsanwaltschaft **49**. 460. — Aufhebung der Bestimmung ad §. 26. **53**. 302; **54**. 74.

Amtsmentals-Verhältnisse, Gehaltsstufen und Rang der Beamten der Staatsanwaltschaft **50**. 101.

Geschäftsgang und Formen des Geschäftsverkehrs bei den Gerichten in ihrer Beziehung zu den Beamten der Staatsanwaltschaft **53**. 166.

2) Befugnisse ꝛc. der Staatsanwaltschaft.

Befugniß der Staatsanwaltschaft zur Erhebung der öffentlichen Anklage **49**. 425. — desgl. zur Zurücknahme der Anklage, wenn die Sache bereits an das Schwurgericht gewiesen ist **49**. 451. — Befugniß zur Einlegung eines Rechtsmittels zu Gunsten des Angeschuldigten **50**. 122, 150; **53**. 188.

Erforderniß der Theilnahme der Staatsanwaltschaft bei der mündlichen Verhandlung in Untersuchungssachen **49**. 228; **51**. 31.

Zuziehung der Staatsanwaltschaft bei Beschlüssen über die Verhaftung oder Freilassung eines Angeklagten **50**. 389; **57**. 84.

Zuziehung der Staatsanwaltschaft bei Einleitung von Disziplinar-Untersuchungen gegen richterliche Beamte **51**. 359. — Vor Eröffnung der Disziplinar-Untersuchung ist der Staatsanwalt nicht berechtigt, Zeugen zu seiner Information eidlich abzuhören **51**. 294.

Unzulässigkeit der Verfezung in den Anklagestand gegen den Antrag der Staatsanwaltschaft **52**. 24.

Digitized by Google

Inwiefern die Staatsanwaltschaft befugt ist, in Ehescheidungssachen Beschwerde zu erheben 52. 64.

Beruf der Staatsanwaltschaft zu Anträgen auf Einleitung der Vormundschaft über die zur Zuchthausstrafe verurtheilten Personen 52. 324.

Befugniß der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung leichter Körperverletzungen auch ohne den Antrag des Beschädigten 53. 245.

Befugniß der Staatsanwaltschaft zur Einsicht derjenigen Briefe zum Zweck der Untersuchung 54. 138.

3) Verfahren der Staatsanwaltschaft.

Verfahren der Staatsanwaltschaft bei Verfolgung der gegen das Staats-Ministerium oder gegen einzelne Staats-Minister verübten Beleidigungen 49. 376; 51. 228. — desgl. in Untersuchung derjenigen Handlungen, auf welche der durch die Verordnung vom 30. Juni 1849 aufgehobene §. 151 Thl. II. Tit. 20 des Allg. Landrechts anwendbar war 49. 379. — desgl. wenn durch Beschluß des Appellationsgerichts der Antrag des Staatsanwalts auf Versetzung in den Anklagestand zurückgewiesen wird 49. 391; 51. 42. — desgl. wenn die polizeilichen Vorverhandlungen zur Erhebung der Anklage nicht geeignet sind 50. 336. — desgl. bei vorläufigen Festnehmungen nach dem Gesetze vom 12. Februar 1850. 50. 445. — desgl. bei dem Verkehr derselben mit den Depositorien der Gerichte 50. 433. — desgl. bei der Kommunikation derselben mit dem Ober-Tribunal 51. 167. — desgl. bei Untersuchungen wegen Uebertretungen 51. 266. — desgl. bei Disziplinar-Untersuchungen wider Rechtsanwalte und Notare 52. 231. — desgl. bei Beschwerden gegen die Inkompetenz-Erklärung eines Gerichts 57. 191.

Dem Staatsanwalt steht die Nichtigkeitsbeschwerde zu, wenn ein von ihm gestellter, auf Abänderung der Frage an die Geschworenen gerichteter Antrag abgelehnt worden ist 57. 267.

Verpflichtung der Ober-Staatsanwalte, die Ermächtigung des Justiz-Ministers zur Einlegung der Nichtigkeitsbeschwerde in Untersuchungen wegen Uebertretungen zeitig einzureichen 58. 58.

Verfahren bei Einlegung von Beschwerden auf Grund des Art. 129 des Gesetzes vom 3. Mai 1852. 58. 238.

4) Mittheilungen der Staatsanwaltschaft.

Verpflichtung der Staatsanwaltschaft zur Erstattung vorläufiger Anzeigen an den Justiz-Minister über erhebliche oder besonderes Aufsehen erregende Verbrechen 49. 460; 53. 302.

Mittheilungen der Staatsanwaltschaft über die Eröffnung von Untersuchungen und deren Ausfall an andere Behörden 50. 147, 148, 227, 387, 399. — Anderweitige Bestimmungen 51. 230; 52. 2, 250, 303, 318; 53. 160; 55. 246; 57. 58; 59. 194, 314.

5) Besondere Bestimmungen.

Vertretung behinderter Staatsanwalte bei der mündlichen Verhandlung in Untersuchungssachen 49. 228. — Befugniß der Ober-Staatsanwalte, gemeinschaftlich mit dem Staatsanwalt die Funktionen der Staatsanwaltschaft in einer und derselben Sache zu übernehmen 49. 497. — Zulässigkeit der Vertretung der Staatsanwaltschaft durch verschiedene Beamte in einer und derselben Sache 54. 129.

Verpflichtung der Polizeibehörden zur Mittheilung der von denselben aufgenommenen Verhandlungen über stattgehabte Feuersbrünste an die Beamten der Staatsanwaltschaft 50. 300.

Anweisung an die Ober-Staatsanwaltschaft zur Verminderung der Untersuchungsfälle 50. 398; 54. 147, 287.

Verfahren der Staatsanwaltschaft bei Vergehen, welche zur Kompetenz des Einzelrichters gehören 57. 12.

Inwiefern die das Verfahren einstellenden Rathskammer-Beschlüsse der Staatsanwaltschaft gegenüber Rechtskraft erlangen 57. 282.

Welche Angelegenheiten der Staatsanwaltschaft die Portofreiheit genießen 58. 81.

Ein Richter, welcher in der Voruntersuchung die Staatsanwaltschaft vertreten hat, kann demnächst in derselben Sache nicht Mitglied des Schwurgerichts sein 59. 446.

Staatsanwalts-Gehülfen, Gebühren für die Introduktion und Verpflichtung der Staatsanwalts-Gehülfen 52. 302. Diäten und Reisekosten der Staatsanwalts-Gehülfen bei Dienstreisen 49. 296; 52. 42; 55. 18.

Staats-Anzeiger, Bekanntmachung von dem Erscheinen des Preußischen Staats-Anzeigers als amtliches Organ, und Autorisation der Gerichte zur Haltung desselben 51. 218.

Staats-Archiv, s. Archive.

Staatsbauten, s. Bauten.

Staats-Handbuch, Verfahren bei Einsendung der Nachrichten für die Redaktion des Hof- und Staats-Handbuchs 42. 362.

Staats-Ministerium, die Berathung des Staats-Ministeriums ist nicht erforderlich, wenn ein durch Urtel und Recht freigesprochener Beamter die Nachzahlung des zu seiner Vertretung innebehaltenen Gehalts verlangt 39. 3.

Programm des Staats-Ministeriums, wie solches in der Sitzung der National-Versammlung am 22. September 1848 durch den Minister-Präsidenten von Pfuel vorgetragen worden 48. 321.

Verfahren der Staatsanwaltschaft bei Verfolgung der gegen das Staats-Ministerium oder gegen einzelne Staats-Minister verübten Beleidigungen 49. 376; 51. 228.

Staatspapiere, welchem Stempel doppelt ausgestellte Schlußscheine über Lieferung von Staatspapieren unterliegen 39. 316.

Rückzahlung erledigter in Effekten bestellter Amtskautionen 48. 459.

s. auch Staatsschuldscheine, Pfandbriefe.

Staats-Prokuratoren, Verpflichtung der Staats-Prokuratoren zur Anschaffung des Justiz-Ministerial-Blatts 39. 1.

s. auch Rheinprovinz.

Staatsschulden (Hauptverwaltung der Staatsschulden. Provinzial-Staatsschulden).

Mittheilungen in Untersuchungen wegen Verfertigung oder Verbreitung falscher Darlehns-Kassenscheine und Noten der Preußischen Bank an die Hauptverwaltung der Staatsschulden 50. 148; — desgl. wegen falschen ausländischen Papiergeldes 50. 400. — Anderweitige Bestimmungen 51. 230.

Unzulässigkeit des Rechtswegs zur Feststellung streitiger Provinzial-Staatsschulden 54. 203.

Staatsschuldentilgungs-Etatsquantum, Abschreibung der Zinsablösungs-Kapitalien, welche von den Besitzern ökonomischer oder ehemaliökonomischer Güter in der Provinz Preußen eingezahlt werden, von dem Staatsschuldentilgungs-Etatsquantum 42. 211.

Staatsschuldscheine, Realisirung der ausgelooseten Staatsschuldscheine 40. 99, 270; 41. 170.

Anmeldung der in den gerichtlichen Depositorien befindlichen Staatsschuldscheine behufs deren Konvertirung 42. 163.

Anlegung von Ablösungsgeldern in Staatsschuldscheinen 44. 63.

Digitized by Google

Rechtliche Folgen verweigerter Erfüllung bei Zeitkaufgeschäften 48. 97.

Staatsverträge, inwiefern Privatpersonen aus einem Staatsvertrage Ansprüche gegen einen der dabei betheiligten Staaten im Rechtswege geltend machen können 59. 155.

Staatswaldungen, s. Waldungen.

Stabshornisten. Berechnung der denselben bei ihrer Anstellung im Civildienste zu machenden Gehaltsverbesserungs-Zulage 54. 27.

Städte, Gerichtsstand der sogenannten Königlichen Mediatstädte 39. 204.

Rechte der Grundeigenthümer in den Städten auf den Bürgersteig 39. 279.

Ermächtigung zur Abschließung von Verträgen mit einigen Städten wegen deren Befreiung von den Kosten der Kriminalgerichtsbarkeit gegen bestimmte jährliche Beiträge 42. 208. — Auslegung derselben 42. 229, 248. — Dem Abkommen muß eine Fraktionsberechnung von sechs Jahren zum Grunde gelegt werden 42. 325. — Fernere Bestimmungen über die Abschließung von dergleichen Verträgen 46. 222. — Zulässigkeit der Ablösung der von den Städten für die Befreiung von der Last der Gefängniß-Unterhaltung übernommenen Renten 47. 135. — Stempel- und Sportelfreiheit für die mit den Städten abzuschließenden Verträge 47. 293. — Subsidiarische Verpflichtung der Städte zur Uebertragung der Kriminalkosten für die städtischen Kämmereigüter 51. 311. — Ausführung des Gesetzes vom 1. August 1835, betreffend die Entdürftung der Städte von der Verpflichtung zur Tragung der Kriminalkosten und zur Unterhaltung und Verwaltung der Gefängnisse, sowie zur Fortgewährung der Gerichtslokalien gegen Erlegung einer festen Rente 55. 250, 318, 354; 56. 182.

Inwieweit der Rechtsweg gegen die von dem Magistrat repartirten Geldbeiträge zur Straßenpflasterung zulässig ist 58. 126.

s. auch Stadtgemeinden.

Stadtgemeinden, Verpflichtung der Stadtgemeinden zur Anlegung und Unterhaltung der Justizgefängnisse und der dazu gehörigen Hofräume 44. 46.

Befreiung der Stadtgemeinden und Gerichtsobrigkeiten in der Provinz Preußen von den Kosten der Strafvollstreckung in den Zuchthäusern 44. 46.

Verpflichtung der Stadtgemeinden zum Schadenersatz aus vermeidlässiger Unterhaltung von Straßen, Brücken und Wegen 47. 301.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Verfügungen der Regierung, durch welche eine Erhöhung der den städtischen Polizeibeamten von Seiten der Stadtgemeinde bewilligten Besoldung angeordnet wird 55. 81; 56. 186; 57. 242.

Inwiefern der Antrag einer Stadtgemeinde auf Edition der von der Polizeibehörde geführten Jahresrechnungen der örtlichen Polizeiverwaltung sich zur richterlichen Entscheidung eignet 55. 304.

s. auch Städte.

Stadtgerichte, Uebergicht der nach erfolgter Ausführung der Verordnung v. 2. Januar 1849 bestehenden Stadtgerichte 49. 350.

Verfahren der Stadtgerichte bei Anfertigung der Erbschaftsstempel-Tabellen 50. 39.

Geschäfts-Regulativ für die Gerichte erster Instanz 50. 233 (die Einrichtung des Stadtgerichts in Berlin ist durch eine besondere Instruktion festgestellt).

Stadtgerichts-Direktoren, s. Direktoren;

Stadtgerichts-Räthe, Gebühren für die Introduktion und Verpflichtung derselben 52. 302. — Diäten und Reisekosten derselben bei Dienstreisen 55. 18.

Städte-Ordnung, Auslegung einzelner Paragraphen derselben:

a) der Städte-Ordnung v. 19. November 1808: §. 59. 43. 8; §. 159. 53. 320; §. 161. 40. 312; 53. 320; §. 185. 47. 301;

b) der revidirten Städte-Ordnung v. 17. März 1831: §. 101. 53. 320; §. 123. 56. 270; §. 139. 56. 270;

c) der Städte-Ordnung v. 30. Mai 1853: §. 3. 57. 225; §. 4. 58. 193; §. 11. 56. 270; §. 17. 58. 260; §. 30. 58. 260; §. 49. 56. 270; §. 53. 57. 22; §. 56. 58. 260; §. 64. 59. 149; §. 65. 58. 260; §§. 76, 77. 58. 126; 59. 149; §. 78. 59. 77.

d) der Städte-Ordnung für die Rheinprovinz vom 15. Mai 1856: §§. 84, 85. 59. 309.

Städtische Beamte, Unzulässigkeit der Verurtheilung städtischer Beamten zur Degradation 39. 95.

Inwiefern ein ausgeschiedener Magistratsbeamter durch verübte Vergehen die Pension verliert 40. 312.

Unzulässigkeit des Rechtsweges für die Legung und Abnahme der Rechnungen über die von einem Kämmerer geführte Kämmereikassen-Rechnung 50. 191.

Berechnung der Pension städtischer Beamten, welche nach ihrer Entlassung aus dem Kommunaldienste das Amt als Rechtsanwalt oder Notar angenommen haben 53. 320.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Verfügungen der Regierung, durch welche die Erhöhung der den städtischen Polizeibeamten von Seiten der Stadtgemeinde bewilligten Besoldung angeordnet wird 51. 81; 56. 186; 57. 242.

Elementarlehrer an einer städtischen Schule sind zu den besoldeten Gemeindebeamten im Sinne des §. 65 der Städte-Ordnung v. 30. Mai 1853 nicht zu rechnen 58. 260.

s. auch Schullehrer.

Städtische Behörden, städtische Deputationen und Kommissionen im Sinne des §. 179 der Städte-Ordnung v. 19. November 1808 und des §. 107 der revidirten Städte-Ordnung v. 17. März 1831 sind als öffentliche Behörden anzusehen, bei deren Nichtigkeitsbeschwerden es der Zuziehung eines Justiz-Kommissarius nicht bedarf 39. 240.

s. auch Magistrat, Stadtverordnete.

Städtische Grundstücke (städtische Häuser), städtische zur Landwirthschaft bestimmte Besitzungen sind als Rustikalstellen im Sinne der Kabinets-Order v. 14. April 1832 nicht anzusehen 41. 182.

Verfahren bei Abschätzung städtischer Grundstücke 41. 256; — desgl. städtischer Häuser 42. 42. — Inwiefern die Aufnahme der gerichtlichen Taxe städtischer Grundstücke durch Sekretaire unzulässig ist 41. 303.

Auslegung des §. 59 der Städte-Ordnung v. 19. November 1808 in Betreff der Befreiung städtischer Privatgrundstücke von städtischen Lasten und Abgaben 43. 8.

Stadtrichter, Gebühren für die Introduktion und Verpflichtung derselben 52. 302. — Diäten und Reisekosten derselben bei Dienstreisen 55. 18.

Digitized by Google

Stadt- und Kreisgerichte, Ueberſicht der nach erfolgter Ausführung der Verordnung v. 2. Januar 1849 beſtehenden Stadt- und Kreisgerichte **49**. 350.

Verfahren derſelben bei Anfertigung der Erbſchafts-ſtempel-Tabellen **50**. 39.

Geſchäfts-Regulativ für die Gerichte erſter Inſtanz **50**. 233.

Stadt- und Kreisgerichts-Direktoren, ſ. Direktoren.

Stadt- und Kreisgerichts-Räthe, Gebühren für die Introduktion und Verpflichtung derſelben **52**. 302. — Diäten und Reiſekoſten derſelben bei Dienſtreiſen **55**. 18.

Stadtverordnete, Stadtverordnete als ſolche ſind zur Führung von Prozeſſen nicht befugt **39**. 255.

Stammdienſte, Anmeldung des Rechts auf Stammdienſte im Konkurſe und derſelbenthalben Liquidations-Prozeſſe und Liquidation rückſtändiger und laufender Präſtationen **44**. 234.

Stand, Abhandlung über die Standesverſchiedenheit in Injuriensachen **48**. 333. — ſ. auch Gerichtsſtand.

Standesherrliche Gerichte, Verfahren bei Uebergabe der ſtandesherrlichen Gerichte zur Ausführung der Verordnung v. 2. Januar 1849. **49**. 31.

Standesſachen, Reſſortverhältniſſe in Standesſachen **55**. 175.

Stationsgelder (Trinkgelder), welchen Beamten bei Dienſtreiſen ein Anſpruch auf Stationsgelder zuſteht **39**. 212; — in welchen Fällen der Anſatz von Stationsgeldern gerechtfertigt iſt **41**. 208.

Bewilligung eines Pauſchquantums zur Deckung der Trinkgelder und anderen Nebenausgaben bei Dienſtreiſen gerichtlicher Kommiſſarien, zu welchen von den Parteien ein Fuhrwerk geſtellt worden iſt **46**. 3; — Auslegung dieſer Beſtimmung **49**. 59.

Statiſtiſche Mittheilungen über die Geſchäftsverwaltung der Juſtizbehörden in den Jahren 1851 und 1855. **56**. 291; — desgl. pro 1856. **57**. 311; — desgl. pro 1858. **59**. 403.

Status, rechtliche Bedeutung civilrechtlicher Entſcheidungen für das Strafverfahren, insbeſondere wenn es ſich um Fragen des status handelt **56**. 96; **57**. 442.

Steckbriefe, Zuläſſigkeit der unentgeltlich erfolgten Inſertion von Steckbriefen in die Regierungs-Amtsblätter **42**. 11. — Vorſchriften über die unentgeltliche Inſertion **43**. 71; **48**. 281.

Benutzung der Staatstelegraphen bei zu erlaſſenden Steckbriefen **55**. 382.

Verfahren bei Bekanntmachung der Steckbriefe **58**. 366.

Stege, Verpflichtung der Grundbeſitzer in Weſtpreußen zur Unterhaltung der Stege **48**. 95. — ſ. auch Wege.

Steinbruch, Unzuläſſigkeit des Rechtsweges gegen Anordnungen der Polizei, welche zur Abwendung gemeiner Gefahr die Ausfüllung eines Steinbruchs zum Gegenſtande haben **51**. 259.

Steine, Befugniß der Chauſſeebau-Geſellſchaften zum Aufſuchen von Steinen auf den benachbarten Grundſtücken **55**. 178. — ſ. auch Chauſſeebau-Angelegenheiten.

Stempel. A. Vorſchriften über den Stempelanſatz:

I. in nichtſtreitigen Angelegenheiten:

1) vor dem Erſcheinen der Gerichtskoſtengeſetze.

a) Vertragsſtempel, Kauf- und Lieferungsſtempel.

Betrag des Stempels für Schlußſcheine über ein abgeſchloſſenes Kauf- oder Lieferungsgeſchäft von Staatspapieren **39**. 316. — Feſtſetzung des Stempels zu ſolchen Lieferungsverträgen, bei deren Abſchluß der Umfang der Lieferung und der Betrag der im Ganzen zu leiſtenden Zahlung ſich nicht überſehen läßt **40**. 202.

Betrag des Stempels bei Erbſchaftskäufen **42**. 52.

Berechnung des Stempels zu einem Vertrage, durch welchen ein bereits vollzogener Kaufvertrag aufgehoben wird **42**. 96.

Hinzurechnung der von dem Käufer eines Grundſtücks übernommenen, darauf bereits haftenden Leiſtungen zu dem bedungenen Kaufpreis bei Feſtſtellung des ſtempelpflichtigen Kaufwerths **42**. 108.

Stempel bei zweiſeitigen Verträgen zwiſchen einer fiskaliſchen Behörde und einem an ſich zur Entrichtung des Stempels verpflichteten Kontrahenten **43**. 192.

Berechnung des Kaufwerthſtempels bei Veräußerungen von früheren Erbpachts- oder Erbzins-Grundſtücken **55**. 134.

Verpflichtung zur Verwendung des Kaufſtempels und wem die Verwendung des Stempels obliegt **56**. 350.

b) Stempel bei Gutsüberlaſſungen.

Anwendung des Werthſtempels bei Gutsüberlaſſungen von Aſcendenten an Edegatten ihrer in Gütergemeinſchaft lebenden weiblichen Descendenten **40**. 150.

Stempelanſatz bei Gutsüberlaſſungen an Descendenten **55**. 190; **58**. 202. 258.

c) Stempel in Nachlaßſachen.

Stempelpflichtigkeit der Verhandlungen über Nachlaßregulirungen, bei welchen majorenne Erben mit unvermögenden Pupillen konkurriren **39**. 55.

Stempelpflichtigkeit der Verhandlungen über den Ankauf von erbſchaftlichen Grundſtücken durch Theilnahme der Erbſchaft im Wege der freiwilligen Subhaſtation **46**. 123.

Stempelpflichtigkeit außergerichtlich aufgenommener Nachlaß-Inventarien, welche zu gerichtlichen Nachlaß-Akten eingereicht werden **53**. 434.

d) Stempel in Vormundſchaftsſachen.

Stempelpflichtigkeit der zu Schicht- und Theilungen benutzten Inventarien in unvermögenden Vormundſchaften **41**. 327.

Stempelpflichtigkeit der Majorennetäts-Erklärungen der unter väterlicher Gewalt ſtehenden minderjährigen Söhne **42**. 51.

Stempelpflichtigkeit der in Vormundſchafts- und Kuratelſachen zu den gerichtlichen Akten einzureichenden Taufſcheine der Pflegebefohlenen **51**. 210.

e) Stempelpflichtigkeit der Obduktions-Verhandlungen **39**. 88.

f) Stempelpflichtigkeit der Verhandlungen über die Ableiſtung des Homagialeides **39**. 311.

Digitized by Google

g) Schiedsmännische Vergleiche. In welchen Fällen zu schiedsmännischen Vergleichen Stempel zu verwenden sind 40. 266

h) Bürgschafts-Erklärungen. Berechnung des Stempels für Urkunden, welche zwei von einander unabhängige Bürgschaftserklärungen enthalten 56. 350.

i) Vollmachtsstempel. Die den Notariats-Instrumenten beigefügende Regiftratur ist kein besonderes Attest, welches einem besonderen Stempel unterliegt, sondern der Ausfertigungsklausel bei den gerichtlichen Instrumenten gleichzuachten, daher es zur Ausfertigung einer vor einem Notar aufgenommenen Vollmacht nur eines Stempels von 15 Sgr. bedarf 43. 206.

k) Gesuchstempel.
Stempelpflichtigkeit der Gesuche und Verhandlungen wegen Austritts aus dem Soldatenstande und Befreiung von den Landwehr-Uebungen 39. 242.
Verwendung des vorschriftsmäßigen Stempels zu Gesuchen und den darauf zu ertheilenden Bescheiden 49. 395.
Wegfall des Gesuchstempels in Angelegenheiten freiwilliger Gerichtsbarkeit 52. 107.

l) Quittungsstempel.
Stempelpflichtigkeit bei Quittungen zum gerichtlichen Protokoll 39. 345.
Stempelpflichtigkeit der Quittungen über fixirte Diäten 39. 360. 53. 218.
Stempel zu Gehalts-Quittungen in Beziehung auf die von neuen Besoldungen und Gehaltszulagen zum Pensionsfond fließenden zwölftel-Abzüge und zu den Quittungen der Hinterbliebenen verstorbener Beamten und Pensionaire 41. 295.
Stempelpflichtigkeit der Verhandlungen und Quittungen im Subhastations-Prozesse bei Vertheilung von Gehalts- und Pensionsabzügen und der Revenüen sequestrirter Grundstücke 43. 79.
Verwendung des Quittungsstempels, wenn der Beamte das Einkommen theils als Gehalt, theils als Pension aus verschiedenen Kassen bezogen hat 55. 258.

m) Ermittelung des Betrages des Bestätigungsstempels von Familien-Fideikommissen und Familienstiftungen in den Jahren 1831 bis 1840 41. 195. — Aufstellung jährlicher Nachweisungen der Bestätigungsstempel zu Familien-Fideikommissen und Familienstiftungen 42. 314.

n) Stempel der Verhandlungen, welche durch Gesuche um Darlehen aus General-Depositorien veranlaßt sind 49. 3.

o) Stempelpflichtigkeit der Wechsel 59. 236.

p) Stempel in Erbschaftssachen, s. Erbschaftsstempel.

2) Stempelansatz nach dem Gerichtskosten-Gesetze vom 10. Mai 1851, sowie dem dazu erlassenen Tarif und der dazu ergangenen Instruktion vom 10. September 1851.
Berechnung des Stempels bei Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Instr. zu §. 11 Nr. 5) 52. 114.
Verrechnung der Stempel zu Bestallungen, Urlaubsgesuchen, Attesten, Vollmachten ꝛc. als Gerichtskosten (Instr. zu §. 16 des Ges.) 52. 114.
Verwendung des Stempels zu Auktions-Protokollen in natura (Instr. zu §. 66 des Tarifs) 52. 126.
Einziehung und Verrechnung der Stempel zu Punktationen 58. 122.

II. in prozessualischen Angelegenheiten:
a) vor dem Erscheinen des Gerichtskosten-Gesetzes:
1) im Subhastations-Prozesse. Stempelansatz bei Subhastationen in den Gebietstheilen, wo noch das gemeine Recht gilt 40. 246.
2) im Konkurs- und erbschaftlichen Liquidations-Prozesse. Werthstempel der Immobiliarmasse im Konkurs- und erbschaftlichen Liquidations-Prozesse 41. 142.
3) in der Exekutions-Instanz. Verfahren bei dem Ansatz und Stempelverbrauch in der Appellations-Instanz 41. 246.
4) Stempelansatz in der Appellations-Instanz 43. 67.
5) in Alimentations-Prozessen. Stempel zu Erkenntnissen in Alimentations-Prozessen, welche zwischen Eheleuten in oder außer dem Ehescheidungs-Prozesse ergehen 43. 107.
6) Stempelansatz bei sogenannten kumulirten Bagatell-Prozessen 43. 142.
7) Erkenntnißstempel. Ansatz und Einziehung der Erkenntnißstempel in den Fällen, wo ein Obergericht in dem bei einem anderen Gericht instruirten Prozesse nur als Spruchbehörde fungirt 39 4; 42. 334. — Stempelansatz in Miethsprozessen wegen Immission oder Exmission der Miether 43. 74.
Erkenntniß-Werthstempel in Injuriensachen unter Personen geringen Standes, wenn der Kläger mit seiner Klage abgewiesen wird 39. 14.
Verfahren bei Festsetzung des Werthstempels in Kriminal- und fiskalischen Untersuchungssachen 39. 138.

b) Stempelansatz nach dem Gerichtskosten-Gesetze vom 10. Mai 1851 und dem dazu erlassenen Tarif, sowie der dazu ergangenen Instruktion vom 10. September 1852.
Wegfall der Stempel beim Kostenansatz nach dem Gesetze vom 10. Mai 1851 mit der im §. 24 des Tarifs bestimmten Maaßgabe rücksichtlich der bei Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit für den Kontrakt oder die Disposition und die Ausfertigung anzusetzenden Beträge 52. 114.
Verfahren beim Stempelansatz im Bezirk des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein (Instr. zu §. 2 des Ges.) 52. 114.
Stempelansatz bei Verträgen über bäuerliche Besitzungen in Westphalen (Instr. zu §. 4 des Ges.) 52. 114.
Einziehung des Stempels bei Verträgen (Instr. zu §. 10 Nr. 4 des Ges.) 52. 114.
Stempelansatz zur Adjudikatoria im Subhastations-Prozesse (Instr. zu §. 11 des Tarifs) 52. 126.
Durch den Kostenansatz nach dem Gesetze vom 10. Mai 1851 werden nicht nur die Ausfertigungs- und Protokollstempel, sondern auch die bisher zu den Gesuchen in Hypothekensachen erforderlichen Stempel gedeckt (Instr. zu §. 32 des Tarifs) 52. 126.

III. in der Rheinprovinz.
Einziehung des Werthstempels in der Rheinprovinz bei Kontumazial-Erkenntnissen 39. 34.
Verfahren bei Nachliquidirung von Stempeln in der Rheinprovinz 39. 386.
Die Steuerbehörden in der Rheinprovinz sind nicht befugt, von Personen in gerichtlichen Angelegenheiten einen den

Digitized by Google

selben von dem Gerichte nicht auferlegten Werthstempel unmittelbar ohne Dazwischenkunft der Gerichte einzufordern **39**. 386.

Wenn bei einem in der Rheinprovinz eintretenden Zwangsverkauf der unmittelbar vorangegangene Erwerb auf einem Kaufvertrage beruht, zu welchem der tarifmäßige Stempel verwendet worden ist, so ist nur ein Zusatzstempel von dem bei der Versteigerung erzielten Mehrgebot zu erheben **40**. 171.

Polizeigerichtliche Urtheile in der Rheinprovinz, durch welche mehrere Individuen, jedes zu einer Strafe von 5 Thalern oder weniger verurtheilt werden, unterliegen dem Werthstempel nicht **40**. 238.

Festsetzung des Prozeß-Werthstempels in Rheinischen Civil-Prozeßsachen über nicht geschätzte, aber an sich schätzbare Gegenstände **41**. 198.

Stempelanlage bei Theilungen und gerichtlichen Verkäufen von Immobilien in der Rheinprovinz **55**. 374.

IV. Besondere Bestimmungen.

Verfahren bei Stempel-Restitutionen **39**. 140, 219; **42**. 196.

Verfahren bei Nachliquidirung von Stempeln **39**. 303; — desgl. in der Rheinprovinz **39**. 366; — desgl. nach der Kassen-Instruktion vom 1. Januar 1835. **42**. 366.

Vermeidung des Ansatzes von Stempeln bei Requisitionen und Aufträgen der Gerichtsbehörden untereinander **39**. 391; **41**. 346. — Stempelansatz für Requisitionen im Auslande **44**. 207.

Inwiefern die Niederschlagung rückständiger Stempel bei den durch die Amnestie-Order vom 10. September 1840 Begnadigten eintritt **41**. 2.

Verfahren der Gerichtsbehörden und Notare bei Differenzen mit den Provinzial-Steuerbehörden über die Auslegung des Stempelgesetzes **46**. 103.

Unzulässigkeit des Rechtswegs wegen Wiedererstattung gezahlter Stempelsteuer **50**. 35; — desgl. über die Verbindlichkeit zur Entrichtung der Stempelsteuer **51**. 174. 271.

Stempelpflichtigkeit der Strafexekute der Finanz- und Polizeibehörden **50**. 82.

Ermäßigung der Stempelgebühren für die Verhandlungen über den Austritt aus der Kirche **48**. 120.— Erläuterung dieser Bestimmung **51**. 190.

Verfahren bei Beschwerden über die von den Gerichten erster Instanz getroffenen Stempelfestsetzungen **54**. 86.

Autorisation der Gerichte zur Anschaffung des Schmidtschen Kommentars zu den Stempelgesetzen **40**. 358.

V. Auslegung einzelner Paragraphen des Stempelgesetzes vom 7. März 1822.

§. 12. **56**. 350; §. 21. **55**. 248; **56**. 350; §. 20. **58**. 198; §. 22. **55**. 248; §. 26. **57**. 67; **58**. 198.

Stempeldefekte, Verfahren bei Abwickelung der bei den Stempelrevisionen der Stempelfiskale gezogenen Defekte **45**. 156; **52**. 58, 162.

Stempeldefraudation, s. Stempelkontravention.

Stempelfiskale, Wegfall der Revisionen der Stempelfiskale rücksichtlich des Kostenansatzes in gerichtlichen Angelegenheiten **52**. 58. — Abwicklung der Revisionserinnerungen der Stempelfiskale bei den Gerichtsbehörden **52**. 162.

Stempelfreiheit. Stempelfreiheit der Auszüge aus dem Grundsteuer-Kataster in der Provinz Westphalen und in der Rheinprovinz **39**. 125.

Umfang der den Eisenbahn-Unternehmungen bewilligten Stempelfreiheit **39**. 165; **43**. 276; **45**. 137.

Stempelfreiheit der Gesuche und polizeilichen Verhandlungen in Bau-Angelegenheiten, desgl. der Baukonsense und der Gesuche und Verhandlungen in Vorfluths- und Deichbau-Angelegenheiten bei Verwaltungsbehörden **39**. 243.

Stempelfreiheit öffentlicher Institute und milder Stiftungen:

a) der Land-Feuersocietäten der Kurmark und der Niederlausitz, sowie der Neumark **40**. 251;
b) des Steinbeckschen Bürgerrettungs-Instituts in Brandenburg **41**. 342;
c) des Bürgerrettungs-Instituts in Merseburg **42**. 9;
d) des Bürgerrettungs- und Unterstützungsvereins in Liegnitz **42**. 336;
e) der Kleinkinderbewahr-Anstalten **42**. 95;
f) der Aufnahme-Atteste bei Versicherung von Pensionen für Ehefrauen der Justizbeamten bei der Berliner (Graf v. d. Schulenburg'schen) Allgemeinen Wittwen-Pensions- und Unterstützungskasse **42**. 110;
g) des Pensionsvereins der im Departement des Ober-Landesgerichts zu Frankfurt angestellten Justiz-Kommissarien **43**. 162;
h) des Schlesischen Vereins der Freiwilligen aus den Jahren 1813 bis 1815. **43**. 226;
i) des Vereins zur Regulirung des Kapital-Schuldenwesens der städtischen und bäuerlichen Grundbesitzer im Kreise Warburg **44**. 136;
k) des Vereins zur Gründung einer Bürger-Versorgungs-Anstalt in Breslau **45**. 111;
l) der Rheinischen Pastoralgehülfen-Anstalt in Duisburg **46**. 166;
m) des Rosenberger Chausseebau-Aktienvereins **46**. 102;
n) der Kreis-Sparkasse in Brakel **48**. 75;
o) des Verbandes zur Regulirung der Schwarzen Elster **52**. 199;
p) der Provinzial-Irren-Heil- und Pflegeanstalt in Peterswalde bei Weblau **54**. 274;
q) der Ballei Brandenburg des St. Johanniter-Ordens **57**. 134;
r) der Taufs, Trau- und Todtenscheine, welche Beamte der Staats-Eisenbahnen bei Pensions- und Unterstützungskassen beizubringen haben **59**. 358.

Stempelfreiheit der bei dem Verkauf von Rustikalstellen ausgesetzten Altentheile **41**. 182.

Stempelfreiheit der auf den Antrag der General-Kommissionen erfolgenden hypothekarischen Eintragungen rückständiger Kosten in Auseinandersetzungssachen auf die Grundstücke der Debenten **42**. 217; — desgl. der Depositalquittungen in gutsherrlich-bäuerlichen Auseinandersetzungen, Gemeinheitstheilungen und Ablösungen **44**. 62.

Stempelfreiheit der von der ausländischen Behörde ausgefertigten Rekognitions-Verhandlungen und Atteste **43**. 79.

Stempelfreiheit der Begnadigungs- und anderen Immediatgesuche **43**. 206.

Digitized by Google

Stempelfreiheit der Verhandlungen über die Großjährigkeitserklärung solcher Minorennen, deren Vermögen während der Minderjährigkeit absorbirt worden ist 43. 151.

Stempelfreiheit der Verhandlungen und Atteste hinsichtlich der Geldentschädigungen für die zur Anlegung von Kanälen und Flußbauten abgetretenen Ländereien 44. 120.

Stempelfreiheit bei Requisitionen nach den Deutschen Bundesstaaten 44. 207.

Wegfall des Werthstempels für die Uebernahme von Gegenständen Seitens des überlebenden Ehegatten bei der Theilung des gütergemeinschaftlichen Vermögens 45. 213.

Stempelfreiheit für die mit einzelnen Städten wegen deren Befreiung von den Lasten der Kriminalgerichtsbarkeit und der Gefängnißunterhaltung zu errichtenden Verträge 47. 293.

Stempelfreiheit der schriftlichen Uebertragung einer Prozeß-Vollmacht durch den Bevollmächtigten auf einen Substituten 48. 432.

Umfang der den Mitgliedern der Fürstlich Hohenzollernschen Häuser bei ihren Rechts-Angelegenheiten zustehenden Stempelfreiheit 53. 90.

s. auch Erbschaftsstempel.

Stempelgelder, Anweisung zur Zahlung der Zwangszahlung von Kassenanweisungen bei Uebersendung von Stempelgeldern von einer Königlichen Kasse an die andere 40. 115.

Stempelkontravention (Stempeldefraudation).

Bestrafung des Mißbrauchs stempelfrei ertheilter Atteste und beglaubigter Abschriften zu stempelpflichtigen Geschäften 39. 410.

Ausdehnung der Amnestie-Ordre vom 11. November 1839 auf Stempelkontraventionen 40. 40.

Verfahren bei Bestrafung der Stempelkontraventionen 44. 198.

Fassung der Strafurtheile, wenn bei mehrseitigen Verträgen eine Stempelkontravention verübt worden ist 55. 248.

Im Falle einer Stempeldefraude darf der Strafrichter nicht auf Nachbringung des tarifmäßigen Stempels erkennen 56. 350.

Verfahren bei Kontraventionen der Vorgerichte gegen die Stempelgesetze 57. 230.

Verhaftung des Ausstellers eines gezogenen Wechsels für die Stempelung desselben 58. 198.

Stempelpapier, Unzulässigkeit der weiteren Benutzung des vor dem Verbrauche verdorbenen Stempelpapiers 40. 96.

Verfahren bei Berechnung und Erstattung der Stempel 43. 216; 44. 274.

Stempelung von Briefpapier zum Verbrauch zu Urkunden, welche nach dem Auslande gehen 44. 207.

Abänderung des bisherigen Formulars für den Verbrauch des Stempelpapiers 46. 127.

Der Verbrauch des Stempelpapiers bei den Gerichten hört auf (Instr. zu §. 16 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.

Stempelrevision, Verfahren bei Abwickelung der bei den Stempelrevisionen der Stempelfiskale gezogenen Defekte 45. 156; 52. 58, 162.

Stempelrevisionsakten, s. Akten.

Stempelstrafe (Stempelstrafsätze).

Verfahren bei irrthümlich festgesetzten Stempelstrafen 39. 5.

Verfahren bei Ermäßigung resp. Niederschlagung der gegen Notare festgesetzten Stempelstrafen 39. 5.

Rekursverfahren gegen Stempel-Strafresolute der Landgerichte gegen Notare in der Rheinprovinz 39. 251.

Erfordernisse der den Provinzial-Steuerbehörden vierteljährlich einzureichenden Auszüge aus den Stempel-Strafsätzen 40. 139.

Festsetzung von Stempelstrafen gegen Notare und Rekursverfahren dabei 46. 191.

Fortdauer des administrativen Strafverfahrens in Stempel-Strafsachen nach dem Erscheinen der Verordnung v. 3. Januar 1849. 49. 347.

Stempelstrafe bei unterlassener Verwendung des vorschriftsmäßigen Gesuchstempels 49. 395.

Stempelstrafe bei eigenen (trockenen) Wechseln 57. 67; — desgl. bei gezogenen Wechseln 58. 198.

s. auch Erbschaftsstempelstrafe.

Stempeltantieme, Absendung der Tantieme von den Werthstempeln in fiskalischen und Kriminal-Untersuchungen an die Ober-Landesgerichts-Salarienkassen 39. 4. — Verwendung dieser Tantieme 39. 138.

Wegfall der Tantieme von 25 Prozent des Werthstempels in Untersuchungssachen und Einführung der Tantieme von 2 Prozent für den Stempelverleger 45. 91.

Verfahren bei Berechnung und Zahlung der Stempel-Tantieme 41. 5. — Abänderung des bisherigen Formulars dazu 46. 127.

Sterbefälle (Todesfälle).

Verpflichtung der Hausgenossen und Verwandten eines Verstorbenen, dem betreffenden Gericht Anzeige von dem Todesfalle zu machen 39. 208.

Verpflichtung der Kreis-Justizräthe, von den Todesfällen eximirter Personen dem ihnen vorgesetzten Obergerichte Anzeige zu erstatten 43. 215.

Instruktion vom 10. Mai 1847 über das bei Beglaubigung von Sterbefällen auf den Grund der Verordnung vom 30. März zu beobachtende Verfahren 47. 135. — Gebühren der darüber ausgefertigten Atteste 48. 314, 336.

Instruktion vom 29. Juli 1847 über das bei Beglaubigung der unter den Juden vorkommenden Sterbefälle zu beobachtende Verfahren 47. 233. — Gebühren der darüber ausgefertigten Atteste 48. 314, 336. — Entwurf einer Verordnung über die Beurkundung des Personenstandes 49. 19. — Instruktion über die Beurkundung des Personenstandes Preußischer Unterthanen in außereuropäischen Ländern 54. 350.

Verfahren bei Requisitionen der Militairbehörden wegen Ermittelung und Feststellung der Todesart von Militairpersonen 49. 465; 59. 258.

Sterbekassen, Behandlung der Kranken-, Sterbe- und ähnlichen Kassen bei gerichtlichen Geschäften 44. 206.

Sterbekassen-Vereine, Vermögensbestand des Sterbekassen-Vereins für die Justizbeamten der Provinz Posen 39. 268.

Statut des Sterbekassen-Vereins für die Unterbeamten der Justizbehörden im Großherzogthum Posen 44. 78.

Statut des Sterbekassen-Vereins für die Justizbeamten im Departement des Ober-Landesgerichts zu Breslau 43. 243. — Nachtrag dazu 45. 94.

Statut des Sterbekassen-Vereins für die Justizbeamten im Departement des Ober-Landesgerichts zu Königsberg und Nachtrag zu demselben 45. 135.

Sterbemonat, welches Einkommen eines suspendirten Beamten als Sterbemonat an dessen Hinterbliebene zu zahlen ist 41. 187.

Digitized by Google

Anspruch der Hinterbliebenen eines in der letzten Zeit vor seinem Tode in seinen Geschäften gegen Abzug eines Theiles seines Diensteinkommens vertretten gewesenen Beamten auf das Gehalt für den Sterbemonat **43**. 214.

Auslegung und Anwendung der Bestimmungen wegen der den Hinterbliebenen Königlicher Beamten zu bewilligenden Sterbe- und Gnadengehälter **44**. 165; **55**. 166.

Sterbequartal, Gnadengehalt für die Hinterbliebenen eines Beamten, dessen Pensionirung zwar schon ausgesprochen, bei seinem Tode aber noch nicht eingetreten war **42**. 206; — desgl. eines in der letzten Zeit vor seinem Tode in seinen Geschäften gegen Abzug eines Theiles seines Diensteinkommens vertretten gewesenen Beamten **43**. 214.

Auslegung und Anwendung der Bestimmungen wegen der den Hinterbliebenen Königlicher Beamten zu bewilligenden Sterbe- und Gnadengehälter **44**. 165; **55**. 166.

Bewilligung eines dreimonatlichen Gnadengehalts an die Hinterbliebenen der bei den Gerichts-Deputationen und Kommissionen etatsmäßig angestellten richterlichen Subaltern- und Unterbeamten **49**. 324.

Stettin (Ober-Landesgericht), Ueberweisung der Rekurse in Bagatellsachen bei dem O. L. G. an den ersten Senat desselben **39**. 340.

Kompetenz des Ober-Appellations-Senats des Kammergerichts zur Entscheidung in dritter Instanz in Injurien- und Untersuchungssachen, wenn das O. L. G. zu Stettin in zweiter Instanz erkannt hat **43**. 294.

Instruktion des O. L. G. in Stettin für die Untergerichte seines Departements über die Beaufsichtigung der Vormünder und Pflegebefohlenen **45**. 220.

(Regierungsbezirk), Zulässigkeit des Rechtsweges über die Verpflichtung der Elementar-Schullehrer im Stettiner Regierungsbezirk zum Beitritt bei der dort bestehenden Schullehrer-Wittwenkasse **54**. 133.

— (Festung), Unterbringung solcher zum Festungsarrest verurtheilter Personen in die Festung Stettin, welche eines unerlaubten Verkehrs nach Außen verdächtig sind **43**. 26.

Steuerbeamte, Bestrafung des Versuchs der Bestechung von Zoll- und Steuerbeamten **56**. 175.

Steuerbehörden (Finanzbehörden), die Steuerbehörden in der Rheinprovinz sind nicht befugt, von Parteien in gerichtlichen Angelegenheiten einen denselben von dem Gerichte nicht auferlegten Werthstempel unmittelbar, ohne Dazwischenkunft des Gerichts, einzufordern **39**. 386.

Stempelpflichtigkeit der Strafresolute der Finanzbehörden **50**. 82.

Steuern, s. Abgaben.

Steuervergehen (Steuer-Defraudation, Steuer-Kontravention).

1) Untersuchungsverfahren, Vernehmung von Defensionalzeugen in Zoll- und Steuer-Defraudationssachen auf Requisition auswärtiger Gerichte solcher Staaten, welche nicht zum Deutschen Zollverein gehören **39**. 164. — Vernehmung von Defensionalzeugen von Seiten der Gerichte im Königreich Polen **39**. 206.

Untersuchungsverfahren gegen verhaftete fremde, unbekannte oder der Flucht verdächtige, in die Gerichtsgefängnisse zur Aufbewahrung abgelieferte Steuer-Kontravenienten **39**. 352.

Verfahren bei Revisition der Akten in Steuer-Untersuchungssachen **39**. 145. — Abänderung dieser Bestimmung **40**. 18.

Verfahren bei Konkurrenz eines Steuervergehens mit einem gemeinen Verbrechen **43**. 179.

Verfahren bei Vorladung auswärtiger Steuer-Kontravenienten **44**. 207; — desgl. bei Untersuchungen gegen Steuer-Kontravenienten in den Zollvereinsstaaten **44**. 207.

Einleitung der Untersuchung wegen Steuervergehen von demjenigen Gerichte, in dessen Bezirk das Vergehen begangen worden ist **44**. 218.

Kompetenz der Untersuchungsrichter bei den Haupt-Zoll- und Steuerämtern **45**. 133. — Uebergang der Untersuchungen wegen Zoll- und Steuervergehen auf die ordentlichen Gerichte **48**. 313. — Fortdauer des administrativen Strafverfahrens nach dem Erscheinen der Verordnung v. 3. Januar 1849. **49**. 347.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen den Steueransatz für eingebrachtes gemischtes Mehl **55**. 201; **59**. 432; — desgl. für Eingereide von geschlachtetem Vieh **58**. 353.

Zulässigkeit der Entschädigungsklage, wenn eingebrachtes gemischtes Mehl von der Steuerbehörde in Beschlag genommen und der Werth desselben durch die längere Aufbewahrung vermindert worden ist **59**. 432.

Kompetenz der Polizeigerichte in der Rheinprovinz in Steuer-Defraudationssachen **52**. 108. — Kompetenz der Einzelrichter in Steuer-Untersuchungssachen **53**. 209.

Unzulässigkeit des Mandatsverfahrens bei Steuer-Kontraventionen **58**. 90.

2) Rechtsmittel, Auslegung der Verordnung vom 11. Juni 1838 über die Rechtsmittel in fiskalischen Untersuchungen wegen Steuervergehen **39**. 216.

Einlegung der Rechtsmittel nach der Verordnung vom 21. Juli 1846 in fiskalischen Untersuchungen wegen Steuervergehen **47**. 279.

Binnen welcher Frist die Finanzbehörde ihren Beitritt zu einem von der Staatsanwaltschaft eingelegten Rechtsmittel zu erklären hat **56**. 112.

3) Strafe und deren Vollstreckung, Vertretung des Fiskus bei Interventions-Ansprüchen, welche von dritten Personen bei exekutivischer Beitreibung gerichtlich erkannter Geldstrafen wegen Steuervergehen erhoben werden **52**. 354.

Verfahren bei Vollstreckung der in Steuer-Defraudationssachen ergangenen Straferkenntnisse **52**. 59; 178.

Zahlung der in Steuer-Kontraventionssachen von den Verwaltungsbehörden festgesetzten Geldstrafen **53**. 442.

Die Verpflichtung zur Zahlung der Steuer selbst darf niemals Gegenstand des Erkenntnisses sein **53**. 190; **58**. 124.

Anwendung der Rückfallsstrafen in Steuer-Defraudationen **54**. 3.

Bestrafung der Theilnahme an Steuer-Kontraventionen **56**. 169.

Zuwiefern die unterlassene Deklaration steuerpflichtiger Gegenstände in mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten bei dem Durchgange durch die Stadt der Steuerstrafe unterliegt **56**. 360.

Folgen der unterlassenen Anmeldung steuerpflichtiger Waaren **57**. 216.

4) Eisirung und Umwandlung von Strafen, in welchen Fällen die Untergerichte die von den Steuerbehörden festgesetzten Geldstrafen in Freiheitsstrafen umzuwandeln befugt sind **39**. 107; **49**. 399.

Befugniß der Regierungen und Provinzial-Steuer-Direktionen zur Sistirung schon angetretener Steuerstrafen **45**. 32; **57**. 302.

5) Untersuchungskosten, welche Kosten dem Steuerfond in Steuer-Untersuchungssachen zur Last fallen **39**. 106. — Abänderung der Nr. 3 dieser Bestimmung **50**. 204.

Digitized by Google

Kostenanſatz in fiskaliſchen Unterſuchungen wegen Steuervergehen **40**. 236.

6) Beſondere Beſtimmungen, Verpflichtung der Gerichte, in Zoll- und Steuer-Defraudationsſachen auf Requiſition der Zoll- und Steuerbehörde die unberichtigt gebliebenen Gefälle einzuziehen **44**. 169.

Mittheilung der ergangenen richterlichen Entſcheidungen in Steuer-Defraudations- und Kontraventionsſachen an die Provinzial-Steuer-Direktionen ꝛc. **50**. 147; **51**. 230.

Verrechnung der Einnahmen aus gerichtlich entſchiedenen Steuer-Prozeſſen **52**. 358; **57**. 386.

Steuer-Unterſuchungsrichter, Reiſekoſten, Fuhrkoſten und Diäten derſelben **39**. 258.

Stieber (Kriminal-Direktor), Mittheilungen zur Beförderung der Sicherheitspflege **52**. 210.

Stiefeltern, Beſtrafung der Unzucht zwiſchen dem einen Ehegatten und dem unehelichen Kinde des anderen **54**. 193.

Stiefkinder, ſ. Stiefeltern.

Stiftungen (Milde Stiftungen), Verfahren in Prozeſſen, bei welchen katholiſche Stiftungen und Inſtitute betheiligt ſind **39**. 122; — desgl. bei Kirchen überhaupt und anderen, denſelben hinſichtlich der Vermögensbeaufſichtigung gleichſtehenden Stiftungen und Inſtituten **55**. 78.

Milde Stiftungen, welchen durch beſondere Privilegien die Gebührenfreiheit in ihren Rechtsangelegenheiten bewilligt worden iſt, können von der Entrichtung der unvermeidlich geweſenen baaren Auslagen nicht entbunden werden **43**. 149.

Koſtenfreiheit milder Stiftungen nach dem Geſetze vom 10. Mai 1851 (Inſtr. zu §. 4 Nr. 2 des Geſ.) **52**. 114.

Unzuläſſigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten, welche die Herausgabe ſäkulariſirter Stiftungsgüter zum Gegenſtande haben **54**. 238; **57**. 231.

Stillſchweigende Einwilligung, Verluſt einer Grundgerechtigkeit durch ſtillſchweigende Einwilligung **51**. 186.

Stimmrecht, Stimmrecht der bei den Untergerichten beſchäftigten richterlichen Hülfsarbeiter und außeretatsmäßigen Aſſeſſoren **39**. 399; **43**. 19; — desgl. der etatsmäßigen Obergerichts-Aſſeſſoren **42**. 369.

Stimmrecht der Obergerichts-Aſſeſſoren überhaupt **48**. 217; **59**. 338.

Stipendien, Form der bei Bewerbung um Stipendien der Univerſität zu Halle a. d. S. beizubringenden Bedürftigkeitszeugniſſe **50**. 167.

von Storozenko (ſtatuirlich Ruſſiſcher General-Major und Ober-Polizeimeiſter von Warſchau), Verfahren bei Requiſitionen an denſelben **42**. 28.

Stoßtage, was unter „ſtoßweiſe ſchreiben“ bei Berechnung der Kopialien für Abſchriften der Juſtiz-Kommiſſarien zu verſtehen iſt **43**. 155. — Dieſe Beſtimmung findet im Mandats-, ſummariſchen und Bagatell-Prozeſſe keine Anwendung **43**. 230.

Strafanſtalten, Aufnahme kranker und arbeitsunfähiger Verbrecher **39**. 209.

Verfahren bei den von Strafgefangenen beabſichtigten Begnadigungsgeſuchen **41**. 31.

Modiſikation, unter welcher Gefängnißſtrafen von längerer Dauer als ſechs Monate in den von dem Miniſterium des Innern reſſortirenden Strafanſtalten vollſtreckt werden können **51**. 367.

Verrechnung der Koſten des Tranſports der zur Zuchthausſtrafe verurtheilten Verbrecher **57**. 386.

Strafe, Kumulation der Strafen in der Rheinprovinz **39**. 362; **54**. 283.

Befugniß der Regierungen und Provinzial-Steuer-Direktionen zur Siſtirung ſchon angetretener Steuerſtrafen **45**. 32; **57**. 302.

Bekanntmachung der Strafen wegen Beſchädigung eines Menſchen durch unvorſichtige Aufbewahrung oder Behandlung eines geladenen Gewehrs **45**. 112.

Behandlung der Geſuche um Ausſetzung oder Unterbrechung rechtskräftig erkannter Strafen **46**. 151; **53**. 410. **54**. 296.

Zuſammenſtellung der Vorſchriften über die Vollſtreckung erkannter Strafen gegen Militairperſonen und Perſonen des Beurlaubtenſtandes **47**. 51. — Strafarten, welche gegen die der Civilgerichtsbarkeit unterworfenen, im Militairverbande befindlichen Individuen zur Anwendung kommen **51**. 247.

Anrechnung der außerordentlichen Strafe in Diebſtahlsſachen beim Rückfall **49**. 153. — Beim wiederholten Diebſtahl kommt es nicht darauf an, ob die frühere Verurtheilung eine ordentliche oder eine außerordentliche Strafe feſtgeſetzt hat **50**. 27, 161, 417. — Ob beim rückfälligen Diebſtahl die früheren Beſtrafungen wegen vierten Holzdiebſtahls mit in Anrechnung zu bringen ſind **52**. 207.

Abhandlung über die außerordentliche Strafe und vorläufige Feſtſtellung in Injurien-Prozeſſen **49**. 500.

Vollſtreckung der Strafe in Schwurgerichts-Unterſuchungsſachen **51**. 66.

Vollſtreckung der Freiheitsſtrafen nach den Beſtimmungen des neuen Strafgeſetzbuchs **51**. 237. — Inſtruktion des Miniſters des Innern v. 1. November 1851. **51**. 367.

Feſtſetzung der Strafe bei dem Zuſammentreffen mehrerer Verbrechen **52**. 29; — desgl. bei Konkurrenz des Diebſtahls mit Landſtreicherei **55**. 65.

Inwiefern eine Theilung des Antrags auf Beſtrafung bei Verbrechen und Vergehen, welche von Mehreren begangen ſind, zuläſſig iſt **52**. 111.

Befugniß des Juſtiz-Miniſters, einer nicht vollſtreckbaren Freiheitsſtrafe eine Geldſtrafe zu ſubſtituiren **54**. 81.

Die Anrechnung der Unterſuchungshaft auf die zu verbüßende Strafe iſt unſtatthaft **54**. 163; **55**. 95.

Beginn der Strafvollſtreckung erkannter Zuchthausſtrafen **56**. 83; **59**. 303.

ſ. auch Disziplinarſtrafen, Ehrenſtrafe, Feſtungsarbeit, Feſtungsarreſt, Forſtarbeiten, Gefängnißſtrafe, Geldſtrafen, Ordnungsſtrafe, Stempelſtrafe, Todesſtrafe, Zuchthausſtrafe, Züchtigung.

Strafverkenntniſſe, ſ. Erkenntniſſe.

Strafvollſtreckungen, Reglement v. 30. September 1852 über die vorläufige Strafvollſtreckung wegen Uebertretungen **52**. 342.

Inſtruktion für die Poſtſekretäre und Anwalte v. 24. November 1852 (§§. 41—44). — Verfahren bei vorläufigen Strafvollſtreckungen durch die Polizeiverwalter **53**. 10.

Dem Angeſchuldigten ſteht auch nach dem Geſetze vom 14. Mai 1852, ebenſo wie nach Art 136 des Geſetzes vom 3. Mai 1852 die Zurücknahme der Provokation auf gerichtliches Gehör zu, ſofern er ſich bei dem vorläufigen Strafbeſcheide beruhigt und die gerichtliche Hauptverhandlung noch nicht begonnen hat **58**. 163.

Strafgeſetzbuch, Anzeige von dem Erſcheinen eines beſonderen amtlichen Abdrucks von dem Strafgeſetzbuch für die Preußiſchen Staaten und von dem Geſetze über die Einführung deſſelben **51**. 170. — Neueſte amtliche Ausgabe des Strafgeſetzbuchs mit Nachträgen **56**. 110. — Ausgabe mit Aufnahme des Geſetzes vom 30. Mai 1859. **59**. 186.

Vollſtreckung der Strafverkenntniſſe in Fällen, wo das

Digitized by Google

neue Strafgesetzbuch mildere Bestimmungen, als das bisherige Strafrecht enthält **51**. 194.

Vollstreckung der Freiheitsstrafen nach den Bestimmungen des neuen Strafgesetzbuchs **51**. 237.

Anwendung des Strafgesetzbuchs auf diejenigen Handlungen, welche nach dem 1. Juli 1851 begangen werden **51**. 275.

Anwendung des Strafgesetzbuchs bei Untersuchungen wegen Uebertretungen **51**. 266.

Die Verurtheilung zur Zuchthausstrafe zieht den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte von Rechtswegen nach sich **51**. 320.

Das Regulativ über die sanitätspolizeilichen Vorschriften bei ansteckenden Krankheiten vom 8. August 1835 und die darin enthaltenen Strafbestimmungen haben durch das Strafgesetzbuch keine Aenderung erlitten **55**. 128.

Inwiefern frühere Spezialgesetze durch das Strafgesetzbuch aufgehoben sind **59**. 178.

Auslegung und Erläuterung einzelner Paragraphen des Strafgesetzbuchs und einzelner Artikel des Einführungs-Gesetzes vom 14. April 1851.

a) Einführungs-Gesetz.

Art. II. **54**. 3; **56**. 175; **59**. 178.
„ IV. **55**. 106.
„ VI. **54**. 116; **59**. 378.
„ VII. **54**. 116.
„ VIII. **53**. 209; **54**. 269.
„ XIII. **53**. 209.
„ XIV. **53**. 245.
„ XIX. **52**. 36; **53**. 442.
„ XX. **54**. 269; **56**. 368.
„ XXI. **54**. 115; **59**. 100.
„ XXII. **54**. 115; **59**. 100.
„ XXIV. **52**. 38, 46; **57**. 195.
„ XXV. **52**. 38; **53**. 339.
„ XXVI. **59**. 378.

b) Strafgesetzbuch.

§. 4. Nr. 2 und 3. **56**. 46, 124, 343.
§. 6. **57**. 59.
§. 8. **58**. 19.
§. 11. **51**. 320; **52**. 256, 324; **55**. 65; **59**. 303.
§§. 12. 13. 14. **55**. 65.
§. 16. **54**. 81; **55**. 65.
§. 17. **54**. 2, 81.
§. 18. **54**. 81.
§. 19. **59**. 82.
§. 26. **54**. 128.
§. 27. **52**. 194; **54**. 136.
§. 28. **52**. 110, 194; **54**. 136.
§. 31. **53**. 201; **54**. 20, 67; **55**. 34; **59**. 170.
§. 32. **53**. 201.
§. 34. **53**. 57; **56**. 46, 124, 159; **57**. 51; **59**. 71, 223.
§. 35. **56**. 159, 169; **57**. 83; **59**. 223.
§. 37. **56**. 110.
§. 40. **52**. 375; **53**. 38.
§. 42. **52**. 304.
§. 43. **52**. 246, 375.
§. 44. **52**. 292; **54**. 5; **57**. 83.
§. 45. **56**. 366.
§. 46. **54**. 269; **56**. 366; **58**. 359.
§. 47. **56**. 366.
§. 48. **53**. 151; **55**. 348; **56**. 366.
§§. 50. ff. **57**. 194.
§. 52. **52**. 111.
§. 56. **52**. 246; **55**. 64, 383; **57**. 274.
§. 57. **54**. 128; **56**. 66.
§. 58. **52**. 214, 351; **54**. 3, 116; **56**. 359.
§§. 58 — 60. **59**. 378.
§. 72. **54**. 201.
§. 78. **54**. 201.
§. 89. **54**. 201; **57**. 286.
§. 90. **53**. 399; **54**. 201.
§. 91. **53**. 399; **57**. 231.
§. 92. **57**. 231.
§. 96. **53**. 414; **55**. 74; **57**. 224.
§. 98. **55**. 64.
§. 99. **53**. 442.
§. 102. **53**. 420; **56**. 40; **59**. 207.
§. 104. **55**. 111.
§. 105. **56**. 130.
§. 106. **55**. 367.
§. 108. Nr. 6. **55**. 367.
§. 110. **52**. 229; **53**. 214; **57**. 215; **59**. 66, 146, 422.
§. 115. **52**. 379; **58**. 222.
§. 116. **52**. 194.
§. 117. **52**. 270; **55**. 65, 367.
§§. 118. 119. **52**. 270; **55**. 65.
§. 120. **52**. 245, 270.
§. 124. **56**. 343.
§. 126. **53**. 437; **57**. 380; **59**. 71.
§. 128. Nr. 3. **57**. 380.
§. 129. **57**. 51.
§. 130. **54**. 20, 80.
§. 132. **54**. 87.
§. 133. **58**. 143.
§. 134. **55**. 200.
§. 139. **56**. 315.
§. 141. **54**. 127, 193.
§. 144. **54**. 5, 184.
§. 146. **53**. 254.
§. 147. **58**. 330.
§. 150. **54**. 403.
§. 155. **53**. 358; **55**. 70.
§. 175. **53**. 201; **57**. 83; **59**. 223.
§. 180. **57**. 442.
§. 181. **57**. 170.
§§. 186 ff. **53**. 245; **57**. 442.
§. 192. **56**. 159.
§. 193. **53**. 48; **54**. 119; **56**. 159.
§. 194. **55**. 192; **58**. 101.
§. 195. Ablaß 1. **58**. 123; **59**. 187.
§. 196. **58**. 101, 123.
§. 197. **55**. 34.
§. 199. **56**. 42.
§. 212. **55**. 356.
§. 215. **54**. 90; **58**. 26.
§. 216. **52**. 207, 262; **53**. 267; **58**. 98.
§. 217. **52**. 262; **57**. 135, 410; **58**. 45, 98.
§. 218. **51**. 364; **52**. 110, 195, 239, 245, 224; **53**. 226, 231, 367, 438; **54**. 12, 236; **56**. 331.
§. 219. **52**. 27, 114, 207, 351; **54**. 116.
§. 221. **54**. 236.
§. 222. **52**. 239; **59**. 123.
§. 223. **56**. 183.
§. 224. **52**. 292.
§. 225. **54**. 90; **56**. 330; **59**. 114, 170.
§. 226. **53**. 445; **59**. 114, 139.

Digitized by Google

§. 227. 59. 114.
§. 228. 58. 26.
§. 229. 57. 194.
§. 234. 55. 356.
§. 237. 57. 172; 58. 4.
§. 238. 58. 4.
§. 241. 55. 369; 56. 115; 57. 35, 165, 200.
§. 243. 59. 98.
§. 244. Nr. 6. 56. 74; 57. 35.
§. 247. 55. 377; 56. 122, 339; 58. 316; 59. 58, 67.
§. 248. 56. 320.
§. 249. 58. 316.
§. 251. Nr. 5. 59. 58.
§. 253. 57. 115.
§. 255. 52. 278; 53. 41.
§§. 256. 257. 258. 52. 278.
§. 261. 59. 331.
§. 267. 56. 68.
§. 268. 52. 103.
§. 269. 52. 314; 55. 4.
§. 271. 52. 284.
§. 272. 55. 369; 56. 146; 57. 11.
§. 273. 58. 98.
§. 276. 57. 274.
§. 284. 56. 18.
§. 285. 52. 246; 53. 379; 56 124, 147; 58. 172.
§. 286. 52. 246; 56. 124.
§. 287. 56. 124; 58. 28, 203.
§. 288. 58. 172.
§. 306. 55. 128.
§. 311. 56. 175.
§. 315. 56. 90.
§. 324. 55. 102; 59. 106.
§. 325. 55. 102, 335; 59. 106.
§. 331. 56. 316; 58. 74.
§§. 332 ff. 54. 269.
§. 335. 54. 2, 286.
§. 339. 52. 164; 53. 151, 239; 55. 348; 56. 198.
§. 340. Nr. 11. 56. 68.
§. 341. 57. 350.
§. 342. 57. 335.
§. 344. 56. 198.
§. 347. 56. 198.
§. 348. Nr. 2. 58. 60; 59. 178.
§. 349. 56. 198, 346; 57. 63.

Sträflinge, Wiedereinziehung der in den Zuchthäusern aufgewendeten Verpflegungskosten aus dem Vermögen der Sträflinge 53. 326. — s. auch Gefangene, Transport.

Strafverfahren (Straf-Prozeß, Untersuchungen, Untersuchungssachen).

A. Untersuchungen nach den älteren Vorschriften.

Regulirung der Kompetenz der Untergerichte zur Führung von Kriminal- und fiskalischen Untersuchungen und Abfassung der Erkenntnisse erster Instanz 39. 43. — Erweiterung derselben für einzelne Gerichte 43. 24; 46. 11. — Verfahren, wenn ein Untergericht mit Ueberschreitung seiner Kompetenz in erster Instanz erkannt hat 42. 67. — Kompetenz der Untergerichte im Departement des O. L. G. zu Halberstadt in Strafsachen 40. 227. — Kompetenz des Ober-Appellations-Senats des Kammergerichts zur Entscheidung in dritter Instanz in Injurien- und Untersuchungssachen, wenn die Oberlandesgerichte zu Stettin und Frankfurt in zweiter Instanz erkannt haben 43. 294. — Kompetenz der Königlichen Berggerichte in Untersuchungen gegen Bergbeamte und Bergarbeiter 44. 165. — Abhandlung über die Entwickelung der Kompetenz in Kriminalsachen 47. 189, 209, 213.

s. auch Kompetenz.

Instruktion des O. L. G. in Breslau für die Inquisitoriate und Untergerichte seines Departements zur Führung von Repertorien über die zur Kriminal- und fiskalischen Untersuchung gezogenen Personen 39. 57, 91, 199.

Führung von Protokollen über die Spruchsitzungen in Strafsachen bei den kollegialisch formirten Gerichten 39. 326.

Anwendung der Kabinets-Order v. 5. Mai 1839 über die Geschäftssprache im Großherzogthum Posen auf Untersuchungssachen 40. 67. — Verfahren, wenn die verhandelnden Beamten der Polnischen Sprache nicht mächtig sind 41. 114.

Dienst-Instruktion für das Kriminalgericht in Berlin zur Führung von Untersuchungen 39. 346. — Abänderung des §. 2 derselben 40. 307. — Anwendung der §§. 3 und 4 derselben auf sämmtliche kollegialisch formirte Gerichte 41. 146. — Anderweitige Bestimmungen darüber 41. 195. — Zurücknahme derselben 42. 91. — Anwendung des summarischen Untersuchungsverfahrens 44. 31. — Einrichtung des Kriminalgerichts in Berlin und dessen Grundsätze bei Ausführung des Gesetzes v. 17. Juli 1846. 48. 10.

Behandlung der Untersuchungen im Departement des O. L. G. zu Breslau 42. 84. — Abänderungen der darüber ergangenen Instruktion 42. 363; 43. 235.

Gerichtsstand der Mitglieder und Beamten der Militair-Intendanturen in Kriminal- und Injuriensachen 42. 307.

Insertion der Steckbriefe in die Amtsblätter oder deren Anzeiger 43. 71; 48. 281.

Verfahren bei Konkurrenz eines Steuervergehens mit einem gemeinen Verbrechen 43. 179.

Verfahren bei Untersuchungen wegen Beleidigung oder Widersetzlichkeit gegen Militairpersonen in Betreff der Frage, ob eine Militairperson im Dienste begriffen gewesen sei 43. 218.

Inwieweit die Mittheilung der Entscheidungsgründe im Kriminal-Prozesse erfolgen kann 44. 25.

Abhaltung des Schlußtermins in den summarischen, von Patrimonialgerichten geführten Untersuchungen 45. 107.

Auslegung der Kriminal-Ordnung §. 19. 46. 155.

Zusammenstellung der Vorschriften darüber, in welchen Fällen es der Königlichen Bestätigung ergangener Straferkenntnisse bedarf 47. 51. — Form der dabei einzureichenden Aktenauszüge 39. 66.

Vorschriften, welche die Civilgerichte in Strafsachen gegen Militairpersonen und Beamte zu beobachten haben 41. 207; 42. 52, 367; 47. 51.

s. auch Militairpersonen, Erkenntnisse.

Behandlung der Untersuchungen wegen Tumults 48. 207.

Abhandlung über die Anwendung des Gesetzes vom 11. August 1848 über die Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes in Kriminal- und fiskalischen Untersuchungen und in Injuriensachen 48. 311.

Verfahren bei Publikation des Urtheils zweiter Instanz, wenn der Verurtheilte vorläufig zum Zuchthaus oder zur Festung abgeliefert worden ist 43. 111, 194.

Untersuchungen in der Rheinprovinz.

In welchen Fällen der Revisions- und Kassationshof dem Justiz-Minister Akten und Erkenntnisse einzureichen hat 39. 21.

Digitized by Google

Ressortverhältnisse der Rheinischen Gerichte hinsichtlich der Abfassung der Erkenntnisse in den nach Vorschrift der Kriminal-Ordnung geführten Untersuchungen **39.** 111. — Kompetenz des Rheinischen Revisions- und Kassationshofes zur Entscheidung über die Frage, nach welchen Formen eine in der Rheinprovinz einzuleitende Untersuchung behandelt werden soll **39.** 180. — Einwirkung der Ober-Prokuratoren auf die nach der Kriminal-Ordnung zu führenden Untersuchungen **39.** 190. — Wegfall der Kontrole der Landgerichts-Präsidenten und der von den Instruktionsrichtern über dergleichen Untersuchungen einzureichenden Tabellen **39.** 246.

Erledigung von Requisitionen in Strafsachen zwischen den Rheinländischen und altländischen Gerichtsbehörden **39.** 400.

B. Untersuchungen nach der Verordnung vom 3. Januar 1849 und den dazu erlassenen Gesetzen.

I. Kompetenz der Gerichte im Strafprozesse.

1) Kompetenz der Einzelrichter in Untersuchungssachen nach Maaßgabe der Verordnung vom 3. Januar 1849. **49.** 380. — Aufforderung an die Obergerichte zur gutachtlichen Aeußerung über einen Gesetz-Entwurf, die Kompetenz der Einzelrichter in Untersuchungssachen betreffend **53.** 62. — Kompetenz der Einzelrichter in Steuer-Untersuchungen **53.** 209.

2) Kompetenz der kollegialischen Gerichts-Deputationen **55.** 334.

Zuständigkeit der Gerichte in denjenigen Strafsachen, welche die vor dem 1. Juli 1851 begangenen Handlungen zum Gegenstande haben **51.** 238.

3) Kompetenz der Gerichts-Abtheilungen zur Untersuchung und Entscheidung der im ersten Absatze des Art. XIX. des Gesetzes über die Einführung des Strafgesetzbuchs erwähnten strafbaren Handlungen, welche mittelst der Presse begangen sind **52.** 36.

Verfahren, wenn die Gerichts-Abtheilung sich für inkompetent erklärt **55.** 143, 246.

4) Kompetenz der Schwurgerichte. Ein ohne gesetzlichen Grund anderweitig bestelltes Schwurgericht kann für kompetent nicht erachtet werden, sein Ausspruch ist als gar nicht vorhanden anzusehen **49.** 416.

Aus dem Umstande, daß unter den Mitgliedern des Gerichtshofes sich einige befunden haben, welche nur auf Diäten angestellt sind, läßt sich die Inkompetenz des Gerichtshofes nicht ableiten **50.** 113.

Mittheilung des Entwurfs eines Gesetzes über die Bildung der Schwurgerichte **51.** 82, 145 ff.

s. auch Schwurgerichte, Geschworene.

5) Besondere Bestimmungen.

Inwiefern der Gerichtsstand in Untersuchungssachen durch Prädention begründet wird **57.** 19.

Inwiefern die Kompetenz des Gerichts durch den Aufenthaltsort des Angeschuldigten begründet wird **57.** 201.

Fortdauernde Wirkung der Konnexität in dem Falle, wo derjenige außer Verfolgung gesetzt wird, durch dessen That die Kompetenz des höheren Gerichts begründet wurde **54.** 115.

II. Anfechtung der Erkenntnisse.

Der §. 142 der Verordnung vom 3. Januar 1849 setzt voraus, daß das Verfahren ein legales, durch Nichtigkeitsgründe nicht anfechtbares gewesen ist **49.** 416.

s. auch Appellation, Nichtigkeit, Nichtigkeitsbeschwerde.

III. Besondere Bestimmungen.

1) Führung von Repertorien nach eingetretener Aenderung in der Organisation der Gerichtsbehörden **50.** 168. — Abänderung dieser Vorschrift **50.** 230, 395. — Fernere Vorschriften **51.** 75. — Anderweitige Bestimmungen **51.** 233; **55.** 206. — s. auch Repertorien.

2) Vorschriften darüber, in welchen Fällen es der Königlichen Bestätigung ergangener Straferkenntnisse bedarf **50.** 414. — Verfahren der Gerichtsbehörden bei der Berichterstattung über die zur Allerhöchsten Bestätigung einzureichenden Erkenntnisse **50.** 279. — Form der dabei einzureichenden Akten-Auszüge **51.** 380.

3) Mittheilungen der Staatsanwaltschaft über die Eröffnung von Untersuchungen und deren Ausfall an andere Behörden **50.** 147, 148, 227, 387, 399. — Anderweitige Bestimmungen **51.** 230; **52.** 2, 250, 303, 318; **53.** 160; **55.** 246; **57.** 58; **59.** 194, 314.

Verfahren der Staatsanwaltschaft in Ansehung derjenigen Handlungen, auf welche der durch die Verordnung vom 30. Juni 1849 aufgehobene §. 151 Thl. II. Tit. 20 A. L. R. anwendbar war **49.** 379.

Befugniß des Ober-Staatsanwalts, gemeinschaftlich mit dem Staatsanwalt die Funktionen der Staatsanwaltschaft in einer und derselben Sache zu übernehmen **49.** 497. — Vertretung behinderter Staats- und Polizei-Anwalte bei der mündlichen Verhandlung in Untersuchungssachen **49.** 228. — Die Staatsanwaltschaft kann, wenn in derselben Sache mehrere Termine, selbst solche, wo Zeugenvernehmungen stattfinden, abgehalten werden, durch derselbenen Beamte vertreten werden **54.** 129.

Verfahren bei Dienstreisen der Polizei-Anwalte zur Wahrnehmung von lokal-Terminen **58.** 330.

Befugnisse der Staatsanwaltschaft, s. Staatsanwaltschaft.

4) Form, in welcher die Erkenntnisse im öffentlichen und mündlichen Strafverfahren abzufassen sind **49.** 459; **53.** 134, 154, 383. — s. auch Erkenntnisse.

5) Form der Protokolle im öffentlichen und mündlichen Kriminalverfahren **49.** 459.

Formelle Feststellung der von dem Angeklagten im Laufe der mündlichen Verhandlung gemachten Geständnisse oder der Aussage der Zeugen in gewissen Fällen **52.** 307. — Aufnahme der Geständnisse des Angeklagten in das Audienz-Protokoll **53.** 366. — s. auch Protokolle.

6) Kontumazialverfahren in Untersuchungssachen **49.** 503.

7) Rechtskraft strafgerichtlicher Erkenntnisse **55.** 192; **57.** 76; **59.** 45.

8) Strafe. Festsetzung der Strafe bei dem Zusammentreffen mehrerer Verbrechen **52.** 29. — Inwiefern eine Theilung des Antrags auf Bestrafung von Verbrechen und Vergehen, welche von Mehreren begangen sind, zulässig ist **52.** 111. — s. auch Strafe, Strafumwandlung.

9) Strafvollstreckung. Welchem Gericht in Schwurgerichtssachen die Vollstreckung der Strafe und Aufbewahrung der Akten obliegt **51.** 66. — Vollstreckung der Straferkenntnisse in Fällen, wo das Strafgesetzbuch mildere Bestimmungen als das bisherige Strafrecht enthält **51.** 191. — Strafarten, welche gegen die der Civilgerichtsbarkeit unterworfenen, im

Digitized by Google

Militairverbande befindlichen Individuen zur Anwendung kommen 51. 246.

10) Polizei-Aufsicht. Rückwirkende Kraft des Gesetzes über die Polizei-Aufsicht auf alle Verbrechen, welche vor Emanation des Gesetzes vom 12. Februar 1850 verübt sind 50. 173.

Der Umstand, daß der Angeklagte durch ein früheres noch nicht vollstrecktes Erkenntniß auf die Dauer von zehn Jahren unter Polizei-Aufsicht gestellt ist, entbindet den Richter, welcher demnächst über eine andere Beschuldigung zu erkennen hat, nicht von der Verpflichtung, die durch die That verwirkte Stellung unter Polizei-Aufsicht zu verhängen 54. 128.

s. auch Polizei-Aufsicht.

11) Zeugen. Verfahren, wenn die Zeugen statt in der Audienz, ausnahmsweise kommissarisch vernommen werden sollen 54. 404.

Wiederholung der Zeugen-Aussagen vor deren Beeidigung in Gegenwart des Angeklagten, wenn derselbe einstweilen abgetreten war 54. 359; 55. 160.

s. auch Zeugen.

12) Gerichtsstand der in Friedenszeiten zusammengezogenen Bundestruppen in Strafsachen 52. 320; — desgl. bei gemeinschaftlich von Militair- und Civilpersonen verübten Verbrechen 58. 186.

13) Untersuchungsverfahren gegen unmündige und schwachsinnige Personen 51. 37; — desgl. gegen abwesende und flüchtige Verbrecher 51. 162; — desgl. gegen jugendliche Brandstifter 51. 378.

Einstellung des Untersuchungsverfahrens in Schwurgerichtssachen 52. 24.

Rechtliche Bedeutung civilrechtlicher Entscheidungen für das Untersuchungsverfahren 56. 96; 57. 442.

Das Verfahren bei Kompetenz-Konflikten zwischen den Gerichten und Verwaltungsbehörden findet auch in Untersuchungen Anwendung 56. 138.

Inwiefern der Civilrichter bei Entschädigungsklagen aus strafbaren Handlungen an die Feststellungen des Strafrichters gebunden ist 57. 59.

Zulässigkeit der Bestellung von Gerichts-Assessoren mit beschränktem Stimmrecht als Untersuchungsrichter 59. 338.

s. auch Voruntersuchung, Anklage, Schwurgericht.

14) Verjährung. Inwiefern strafbare Handlungen auch während des Laufes der Untersuchung verjähren 56. 366; — s. auch Verjährung.

15) Gerichtliche Verfügungen und Beschlüsse müssen ebenso wie Erkenntnisse die Gründe enthalten, auf welchen sie beruhen 56. 382; 57. 84.

16) Anmeldung der Rechtsmittel. Die Rechtsmittel in Untersuchungen können auch bei den Gerichts-Deputationen und Kommissionen angemeldet werden 58. 11.

s. auch Appellation, Nichtigkeitsbeschwerde, Rechtsmittel.

17) Polizeiliche Untersuchungen. Inwiefern bei polizeilichen Untersuchungen dem Angeschuldigten die Zurücknahme der Provokation auf gerichtliches Gebör zusteht 58. 163.

18) Beschwerde. Kreisgerichte sind nicht befugt, über Beschlüsse des vorgesetzten Appellationsgerichts in Untersuchungssachen Beschwerde bei dem Ober-Tribunal zu führen 58. 216.

Wenn in einer Untersuchung definitiv erkannt ist, so kann die Unterlassung einer prozessualischen Maaßregel nicht mehr im Beschwerdewege gerügt werden 58. 238.

19) Rekurs. Verfahren, wenn der Ober-Staatsanwalt mit Genehmigung des Justiz-Ministers gegen die Verfügung des Appellationsgerichts, durch welche der Rekurs zurückgewiesen ist, Beschwerde erhebt 58. 238.

20) Bestrafung der Veröffentlichung einer Anklageschrift oder eines anderen Schriftstücks eines Kriminal-Prozesses, bevor die mündliche Verhandlung stattgefunden oder der Prozeß auf einem anderen Wege sein Ende erreicht hat 52. 202.

21) Strafverfahren gegen Beamte, s. diese.

22) Kosten in Untersuchungssachen, s. Untersuchungskosten.

23) Gebühren der Rechtsanwalte in Untersuchungen, s. Rechtsanwalte.

IV. Strafverfahren in der Rheinprovinz.

Einwirkung der Konnexität des Verbrechens auf den Gerichtsstand in Untersuchungssachen 51. 318.

Gerichtsstand der in Friedenszeiten zusammengezogenen Bundestruppen in Strafsachen 52. 320.

V. Administratives Strafverfahren nach Art. 136 des Gesetzes vom 3. Mai 1852. 56. 368.

Strafprozeß-Ordnung, Vergleichung der Verordnung vom 3. Januar 1849 mit dem code d'instruction criminelle 49. 51. 223; — Vergleichung des Strafverfahrens im Königreich Hannover mit dem Preußischen 51. 220; — Mittheilungen über das Strafverfahren in England 52. 71, 94; — Mittheilung des Entwurfs einer neuen Strafprozeß-Ordnung 51. 82, 85 ff.

Bekanntmachung über das Erscheinen einer amtlichen Ausgabe der Verordnung vom 3. Januar 1849 nebst den dieselbe ergänzenden Gesetzen 52. 198.

Auslegung und Erläuterung einzelner Paragraphen der Verordnung vom 3. Januar 1849 und einzelner Artikel des Gesetzes vom 3. Mai 1852:

a) der Verordnung vom 3. Januar 1849.

§. 1. 51. 43.
§§. 2—9. 49. 460.
§. 5. 56. 353.
§. 6. 50. 122, 150; 53. 188; 59. 74.
§. 7. 50. 188.
§. 9. 51. 43.
§. 10. 49. 497.
§. 12. 49. 391, 443; 50. 126, 136; 57. 191; 58. 130.
§. 13. 50. 389; 57. 84.
§. 14. 54. 14, 129, 177; 55. 391; 57. 427.
§. 16. 50. 122; 51. 215.
§. 19. 53. 429.
§. 21. 53. 429; 54. 404; 55. 391.
§. 22. 53. 339, 432; 54. 129, 175; 55. 113; 56. 375, 382; 57. 84.
§. 27. 49. 380, 499; 59. 402.
§. 34. 49. 425; 57. 267.
§. 35. 51. 206.
§. 37. 49. 459; 52. 307.
§. 38. 49. 499.
§. 39. 56. 375; 58. 130; 59. 90.

Digitized by Google

§. 40. 58. 130.
§§. 42 ff. 57. 12.
§. 47. 49. 451; 50. 150; 52. 24; 56. 366; 58. 130.
§. 52. 55. 152.
§. 56. 51. 206.
§. 58. 51. 61.
§. 59. 49. 459; 50. 95; 54. 175.
§. 60. 50. 407.
§. 67. 50. 128.
§. 68. 50. 128.
§. 73. 50. 112.
§. 75. 49. 451. 503; 59. 100.
§. 76. 49. 391. 411; 52. 24; 59. 100.
§§. 76—78. 49. 399. 443; 59. 100.
§. 77. 49. 391. 411.
§. 78. 49. 451; 49. 391. 411; 50. 136.
§. 79. 49 503.
§. 80. 49. 503.
§. 81. 51. 375.
§. 82. 56. 190; 50. 112.
§. 83. 50. 112.
§§. 87—94. 50. 423.
§. 93. 58. 170.
§. 94. 51. 70; 50. 423.
§. 97. 50. 102.
§. 98. 50. 407.
§. 99. 49. 459.
§§. 100 ff. 50. 161; 52. 53.
§. 101. 50. 27. 407.
§§. 101—103. 52. 38.
§§. 102. 103. 52. 46.
§. 103. 51. 61.
§. 109 Nr. 1. 53. 427.
§. 116. 49. 415.
§. 118. 53. 376.
§. 119. 51. 61.
§§. 122. 123. 56. 124.
§. 126. 49. 503; 50. 150; 53. 134. 126, 215, 366; 54. 14. 161; 57. 77; 59. 23, 74, 380.
§. 127. 54. 175.
§. 128. 50. 97; 58. 191.
§. 129. 54. 162.
§. 130. 50. 150.
§. 134. 50. 122; 56. 42; 51. 206.
§. 136. 55. 391.
§. 138. 49. 568.
§. 140. 50. 27. 112. 407; 51. 31.
§. 142. 49. 415; 50. 113.
§. 143. 49. 503; 50. 95.
§. 151. 56. 192.
§. 159. 50. 389; 56. 83.
§. 161. 56. 368.
§§. 161 ff.; 50. 126; 49. 396.
§. 165. 55. 367.
§. 169. 55. 367.
§. 170. 55. 367; 50. 134.
§§. 171—173. 50. 158.
§§. 178. 179. 55. 144; 57. 248.
§. 181. 49. 499; 58. 90.
§. 184. 50. 86.
§. 255. 54. 149.

b) des Gesetzes vom 3. Mai 1852.

Art. 1. 53. 109. 188; 59. 74.

Art. 2. 57. 19. 201. 191.
„ 3. 54. 115; 57. 191.
„ 4. 57. 19. 191.
„ 5. 6. 7. 8. 57. 191.
„ 9. 55. 143. 246; 57. 191.
„ 10. 57. 191.
„ 11. 57. 84; 58. 130. 216. 238
„ 13. 56. 382; 57. 84.
„ 14. 53. 429.
„ 15. 58. 130.
„ 19. 53. 429; 56. 322.
„ 20. 56. 377; 59. 290.
„ 21. 53. 429.
„ 25. 53. 429.
„ 26. 54. 404.
„ 28. 54. 358. 404; 55. 166.
„ 29. 55. 298; 54. 195.
„ 30. 56. 77; 57. 267. 283; 53. 210; 58. 307.
„ 31. 53. 134. 366. 416. 432; 54. 175; 55. 369.
„ 32. 54. 175.
„ 63. 53. 124; 55. 143. 246; 59. 100.
„ 67. 56. 190.
„ 74. 54. 177.
„ 75. 53. 366; 54. 202; 56. 77. 122; 57. 387; 53. 195. 267. 414.
„ 76. 54. 202; 53. 195. 267.
„ 78. 52. 307; 53. 366. 414; 54. 6. 175; 57. 66; 59. 402.
„ 79. 54. 195.
„ 80. 53. 427.
„ 81. 52. 375; 53. 223; 54. 15. 67. 182; 55. 152; 56. 46. 122; 57. 267. 387; 59. 71.
„ 84. 54. 182; 57. 195.
„ 86. 57. 267; 53. 339.
„ 87. 57. 267; 58. 307.
„ 90. 56. 124; 58. 170.
„ 91. 58. 170; 55. 398; 56. 27.
„ 93. 54. 183.
„ 94. 58. 170.
„ 95. 53. 339.
„ 96. 57. 66; 58. 170.
„ 97. 54. 119; 59. 306.
„ 98. 53. 339; 56. 124.
„ 101. 53. 134. 209. 210. 215. 416. 437; 54. 14. 42. 87. 161; 59. 74.
„ 104. 54. 162.
„ 105. 54. 6.
„ 106. 57. 267.
„ 108. 53. 134. 195. 215. 414. 427; 54. 14. 129; 55. 391; 56. 83; 57. 420; 58. 142.
„ 109. 53. 276; 57. 267.
„ 110. 52. 286; 53. 418. 437; 54. 20. 176. 184. 263. 391; 55. 159; 56. 284; 57. 76; 58. 40. 82.
„ 111. 58. 246.
„ 112. 59. 45. 243.
„ 117. 54. 14. 87. 161; 53. 134.
„ 118. 56. 360.
„ 120. 56. 360.
„ 122 ff. 58. 90.
„ 129. 53. 151. 160. 176. 260. 372. 439; 54. 268. 277. 378; 56. 368; 58. 58.
„ 131. 54. 398; 56. 66.
„ 135 ff. 53. 209; 55. 134; 56. 368.

Digitized by Google

Art. 136. 54. 3. 82; 56. 350, 368; 58. 163.
„ 137. 54. 82.
„ 138. 54. 82; 56. 112; 57. 216.
„ 139. 140. 54. 82.
„ 141. 54. 82; 57. 216.
„ 142. 54. 82; 53. 209; 58. 90.
„ 143. 54. 82; 56. 350.
„ 144. 54. 82.
„ 145. 54. 82; 56. 350.
„ 146. 54. 82.
„ 147. 54. 81; 58. 186.
„ 310. 53. 432.

Strafrechtspflege, Abhandlung über die Entwickelung der Kompetenz in Kriminalsachen 47. 189, 209, 213.

Strafresolute, Stempelpflichtigkeit der Strafresolute der Polizei- und Finanz-Behörden 50. 82.

Straffektion (Festungs-Strafabtheilung).

Erstattung der Beköstigungskosten für die auf neun oder weniger Monate in eine Straffektion eingestellten Landwehrleute 39. 22.

Feststellung des Gesundheitszustandes der zu den Straffektionen abzuliefernden Militairsträflinge 41. 227; 47. 127.

Die Ablieferung der neben der Degradation zur Einstellung in eine Festungs-Strafabtheilung verurtheilten, sich noch im Militairverbande befindenden Civilpersonen in die Festungs-Strafabtheilungen darf vor der Rechtskraft des Urteils nicht erfolgen 42. 151.

Aufhebung der Strafe der Einstellung in eine Straffektion gegen die der Civilgerichtsbarkeit unterworfenen, im Militairverbande sich befindenden Individuen 51. 247.

Strafumwandlung, in welchen Fällen die Untergerichte die von den Steuerbehörden festgesetzten Geldstrafen in Freiheitsstrafen umzuwandeln befugt sind 39. 107; 49. 196. — Verwandlung der bei Exekutionen auf Unterlassungen ebentuell dem Exekuendus angedrohten Geldstrafen im Falle seines Unvermögens in verhältnißmäßige Gefängnißstrafe 40. 107.

Verfahren im Falle der Unmöglichkeit der Vollstreckung einer erkannten Strafe in eine ganz davon verschiedene Strafart 43. 123. — Befugniß des Justiz-Ministers, einer nicht vollstreckbaren Freiheitsstrafe, eine Geldbuße zu substituiren 54. 81.

Geldbußen, welche auf Grund der Verordnung vom 11. Juli 1849 einem Beamten als Ordnungsstrafen auferlegt werden, dürfen im Falle des Unvermögens nicht in Gefängnißstrafen umgewandelt werden 50. 111.

Unzulässigkeit der Umwandlung einer bereits rechtskräftig erkannten Strafe in eine höhere Strafart von verminderter Dauer bei dem Zusammentreffen mehrerer Verbrechen 52. 29.

Verfahren bei Umwandlung der Gefängnißstrafe in eine militairische Freiheitsstrafe 52. 218.

Maagstab, nach welchem Geldstrafen im Unvermögensfall in Freiheitsstrafen zu verwandeln sind 54. 2.

Erläuterung des Art. 131 des Gesetzes vom 3. Mai 1852. 54. 398.

s. auch Geldstrafen, Gefängnißstrafe.

Strafverbote, Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Strafverbote der Polizeibehörden 54. 164.

Straße (Dorfstraße, Heerstraße, Landstraße, Straßenbau).

Verpflichtung der Stadtgemeinden zum Schadenersatz aus vernachlässigter Unterhaltung von Straßen 47. 301.

Verpflichtung der Besitzer der an die Landstraße grenzenden Grundstücke in der Neumark zur Instandhaltung der Landstraßen und Chausseen 48. 82.

Verpflichtung der Grundbesitzer in Westpreußen und in dem Netzdistrikt zur Unterhaltung der Wege und Landstraßen 48. 95.

Die Unterhaltung der öffentlichen Land- und Heerstraßen liegt in Pommern provinzialrechtlich denen ob, auf deren Grenzküren solche belegen sind 48. 357.

Zulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über das Eigenthum der zu einer öffentlichen Straße gehörigen Ländereien 52. 305; — desgl. bei Streitigkeiten darüber, ob ein bestehender Weg nach den gesetzlichen Kriterien eine Landstraße und demgemäß vom Fiskus zu unterhalten sei 55. 89. 419; — desgl. bei Streitigkeiten über die Berechtigung des Staates, als Behülfe zu der ihm obliegenden Unterhaltung der Landstraßen Hand- und Spanndienste zu fordern 56. 11.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Anordnungen der Staatsbehörde, welche die Verbreiterung oder Verlegung öffentlicher Landstraßen zum Gegenstande haben 52. 312; — desgl. gegen Kommunallastlagen zum Straßenbau 52. 339; — desgl. bei Streitigkeiten über die Verpflichtung zur Leistung von Hand- und Spanndiensten behufs des Baues eines Straßendammes 53. 211; — desgl. gegen die Verfügung der Polizeibehörde wegen Wegräumung einer auf der Dorfstraße gepflanzten Hecke 55. 187; — desgl. wegen Rückgewähr des in Folge polizeilicher Anordnung zu Fahrstraße verwendeten Grundeigenthums 56. 78; s. auch Grenze. — Unzulässigkeit des Rechtsweges über polizeiliche Bestimmungen wegen Anlegung oder Instandsetzung einer schon bestehenden Straße. Die Entscheidung darüber, wem die Kosten des Baues einer Straße zur Last fallen, steht den Gerichten zu 57. 67; — Inwiefern der Rechtsweg über die Verbindlichkeit zur Unterhaltung einer Landstraße zulässig ist 54. 130; — desgl. gegen die von dem Magistrate repartirten Geldbeiträge zur Straßenpflasterung 58. 126; — desgl. gegen die auf Anordnung der Polizeibehörde erfolgte Tieferlegung des Dammes bei der Umpflasterung einer Straße 58. 192; — desgl., wenn zum Bau einer öffentlichen Straße im ostrheinischen Bezirke Privateigenthum abgetreten werden muß 58. 258.

s. auch Wege.

Straßenbau-Mandat (Churschsisches), s. Wege-Ordnungen.

Sträucher, die Entwendung eines Strauches mit der Wurzel ist als Diebstahl zu bestrafen 54. 151.

Streu, s. Waldstreu.

Strombauten, s. Wasserbauten.

Stromschiffer, s. Schiffer.

Stubben (Wurzelstöcke), Stubben sind als geschlagenes Holz im Sinne des §. 217 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs anzusehen 57. 135.

Studentenschulden, Auslegung des §. 141 des Anhangs zum Allg. Landrecht in Betreff gestundeter Honorare der Professoren und akademischen Lehrer 41. 334.

Stuttgart, Mangel der rechtlichen Existenz der ursprünglich nach Frankfurt a. M. berufenen Reichsversammlung in Stuttgart 49. 427.

Digitized by Google

Suarez, Denkmal für denselben 54. 280.

Subalternbeamte. 1) Anstellung der Subalternen.

Befugniß der Präsidenten zur Anstellung derselben 39. 38; 44. 157, 191; 59. 422.

Verfahren bei Anstellung von Militairpersonen und Militair-Invaliden in Subalternstellen 39. 307; 40. 100; 44. 116; 46. 140; 47. 330; 54. 258.

Anstellung von Subalternbeamten auf Kündigung 41. 363.

Allgemeine Bestimmungen über die Anstellung von Subalternbeamten 42. 97; 43. 143, 154.

Beschränkung der Anträge auf ausnahmsweise Verleihung der Anstellungsfähigkeit für den Justiz-Subalterndienst 40. 139.

Gebühren für die Introduktion und Verpflichtung der Subalternbeamten 52. 302.

2) Geschäfte der Subalternen.

Inwiefern Subalternbeamte die Aufnahme einer gerichtlichen Taxe von Grundstücken geringen Werths zu dirigiren befugt sind 40. 71.

Inwiefern Subalternbeamte abwesenden Parteien als Bevollmächtigte und anwesenden Parteien als Assistenten zu bestellen sind 41. 24.

Bei Freisjustizräthlichen Geschäften dürfen Subalternbeamte nur zu eigentlichen Subalterngeschäften verwendet werden 41. 103.

Unzulässigkeit der Verwaltung von Patrimonialgerichten durch Subalternbeamte, auch wenn sie die Qualifikation zu einem Richteramte erlangt haben 43. 206.

Reglement für die Subaltern-Büreau's der Gerichte 41. 92. — Abänderungen desselben 41. 367; 42. 143. — Anwendung des Reglements bei den Gerichten erster und zweiter Instanz 51. 306.

Subalternbeamte sind zur Aufnahme von Protokollen, welche die Rechtfertigung der Richtigkeitsbeschwerde in Untersuchungen enthalten, nicht befähigt 55. 198.

3) Subalternen der Patrimonialgerichte.

Zulässigkeit der Zuziehung derselben zur Aufnahme letztwilliger Dispositionen 39. 307.

Uebernahme der bei den ständigen Patrimonialgerichten lebenslänglich angestellten Subalternbeamten in den königlichen Staatsdienst 49. 112.

4) Gebühren, Diäten und Reisekosten der Subalternen.

Unzulässigkeit der Bewilligung von Gebühren für deren Zuziehung als Unterschriftsbeistand 40. 251.

Vergütigung für Reisekosten der Subalternen der Gerichts-Kommissionen bei Dienstreisen 49. 296.

s. auch Aktuarien, desgl. Beamte.

Subaltern-Büreau's, s. Gerichte.

Subhastation. 1) Allgemeine Bestimmungen:

Zulässigkeit der Subhastation eines gemeinschaftlich besessenen Grundstücks zum Zweck der Auseinandersetzung, ohne daß es zuvor eines Erkenntnisses darüber bedarf 39. 65.

Verfahren bei Wiederaufnahme der Subhastation 39. 130.

Verfahren bei der Subhastation solcher Grundstücke, auf welchen beständige Lasten und Abgaben haften 39. 162.

Verfahren bei Anträgen der Ortsobrigkeit auf Subhastation baufälliger Gebäude, wenn der Eigenthümer die Kosten des Umbaues nicht herbeischaffen kann oder will 39. 377.

Subhastation eines von einem Dritten erworbenen Grundstücks mit Rücksicht auf §. 22 der Verordnung v. 4. März 1834. 39. 247.

Verfahren bei Einleitung der im Wege der Exekution in Antrag gebrachten Subhastation 39. 423.

Begräbnißplätze sind dem bürgerlichen Verkehr entzogen und eignen sich nicht zur Subhastation 40. 143; — desgl. auch nicht Synagogen 40. 340.

Vermeidung des Subhastations-Verfahrens zum Zweck der Beitreibung von Holzdiebstahlsstrafen 40. 226.

Verfahren in Subhastationssachen, wobei eine fiskalische oder eine andere von der Regierung zu vertretende Station betheiligt ist 40. 254.

Instruktion des Ober-Landesgerichts zu Paderborn für die Untergerichte seines Departements über das Verfahren in Subhastationssachen 41. 171.

Instruktion wegen des von den Gerichten in der Provinz Westphalen und in den Kreisen Rees und Duisburg bei Subhastation von Realberechtigungen zu beobachtenden Verfahrens 41. 329.

Verfahren bei der Subhastation eines zu einem Nachlaß gehörenden Grundstücks 42. 370.

Beschwerden über die erfolgte Einleitung eines Subhastationsverfahrens gehören zur Kognition der Instanzgerichte 48. 130.

Schutz der Hypothekengläubiger gegen unzeitige Subhastationen 48. 339.

Zuschlag eines subhastirten Ritterguts, auf welches weniger als zwei Drittel der Taxe geboten worden 51. 343.

Zusammenstellung der bei dem Ober-Tribunal angenommenen Grundsätze über das Subhastationsverfahren 53. 101, 113, 137.

Zusammenstellung der in den Jahren 1843—1853 bei dem Stadtgericht in Berlin vorgekommenen Subhastationen 54. 141.

Anmeldung und Rechtfertigung der Rechtsmittel in Subhastations-Prozessen 54. 182.

Was unter den im §. 342 Tit. 11. Thl. I. des Allg. Landrechts erwähnten Lasten, welche bei nothwendigen Verkäufen durch den Zuschlag auf den Käufer übergehen, zu verstehen ist 44. 234. — Verpflichtung des Adjudikators zur Uebernahme der auf dem erstandenen Grundstücke haftenden Wohnungsrechte 54. 288. — Inwieweit der Adjudikatar ein auf dem subhastirten Grundstücke eingetragenes Altentheil zu übernehmen verpflichtet ist 55. 54.

Aufforderung an die Gerichtsbehörden zur Berichterstattung über die Zahl der von ihnen im Wege der Exekution eingeleiteten Subhastationen ländlicher Grundstücke 57. 354.

2) Verfahren:

a) bei nothwendigen Subhastationen.

Befugniß des Justiz-Ministers zur Bestimmung eines gemeinschaftlichen Gerichtsstandes für nothwendige Subhastationen unter verschiedenen Gerichtsbarkeiten gelegener Güter oder einzelner Grundstücke desselben Besitzers 40. 166.

Verfahren bei nothwendigen auf den Antrag von Miteigenthümern zum Zweck der Auseinandersetzung veranlaßten Subhastationen 40. 188; 41. 351.

Verfahren bei nothwendigen Subhastationen 40. 199; 41. 171.

Digitized by Google

Verfahren, wenn ein Hypothekenfolium zwar schon angelegt, der Besitztitel für den Schuldner aber noch nicht berichtigt ist **40**. 263.

Verfahren bei nothwendiger Subhastation der Parzele eines mit Renten belasteten parzelirten Bauernguts vor Vertheilung der Abgaben **43**. 32.

b) bei freiwilligen Subhastationen.

Instruktion v. 20. Mai 1839 wegen des von den Gerichten bei freiwilligen Subhastationen zu beobachtenden Verfahrens **39**. 190.

Befugniß des Justiz-Ministers zur Bestimmung eines gemeinschaftlichen Gerichtsstandes für freiwillige Subhastationen unter verschiedenen Gerichtsbarkeiten gelegener Güter oder einzelner Grundstücke deſſelben Besitzers **40**. 166.

Gebühren der Notare bei freiwilligen Subhastationen in der Rheinprovinz **40**. 241.

Verfahren bei Veräußerung von Pupillengütern im Wege der freiwilligen Subhastation **41**. 101.

3) Subhastations-Termin.

Anberaumung des Subhastations-Termins auf die Vormittagsstunden; Fortsetzung deſſelben bis Nachmittag **39**. 189. — Aufforderung an die Obergerichte zum gutachtlichen Bericht über die Folgen der Verletzung der Vorschrift des §. 37 Tit. 52 der Prozeß-Ordnung über die Abhaltung der Bietungs-Termine im Subhastations-Prozesse **43**. 176. — Förmlichkeiten bei der Anberaumung eines neuen Bietungs-Termins **51**. 168.

Rechte des Eigenthümers resp. der Gläubiger, wenn bei öffentlichen Subhastationen oder Versteigerungen sich Jemand von einem Anderen gegen ein Abstandsgeld verſprechen läßt, ihn nicht überbieten zu wollen **41**. 356.

Ein Gläubiger, welcher mit der auf dem subhastirten Grundstücke für ihn eingetragenen Forderung Kaution leisten will, muß in dem Termine ſelbſt die über ſeine Forderung ſprechenden Urkunden dem Gericht überaeben, eine Nachbringung nach dem Schluſſe des Bietungs-Termins findet nicht ſtatt **42**. 263.

Kautionsbeſtellung mit einer Forderung, welche nach Einbringung des im §. 3 der Subhastations-Ordnung vom 4. März 1834 vorgeſchriebenen Subhastations-Vermerks intabulirt worden **51**. 387.

4) Subhastations-Patente.

Bekanntmachung der Subhastations-Patente von Grundstücken geringen Werths **39**. 90.

Verfahren bei Feſtſtellung des Werths der Erbpachts-Gerechtigkeiten in den Taxe-Instrumenten und Subhastations-Patenten **40**. 68.

Angabe der Stunde des Anfangs der Subhastations-Termine in den Subhastations-Patenten **40**. 223.

Faſſung des Subhastations-Patents bei Subhastation mehrerer auf einem Hypotheken-Folium eingetragenen ſogenannten Wandeläcker **41**. 146.

Aushang der Subhastations-Patente bei Patrimonialgerichten **42**. 83.

Unterſagung des Anſchlags der Subhastations-Patente an die Kirchthüren **46**. 10.

5) Verfahren nach der Subhastation.

Verfahren nach erfolgter Subhastation eines Grundstücks in Bezug auf die eingetragenen Forderungen und die darüber ausgeſtellten Dokumente **39**. 35.

Zuläſſigkeit der Exekution wegen rückſtändiger Kaufgelder in das Mobiliar-Vermögen des Adjudikators **39**. 151.

Erlaß eines Mandats an den Adjudikator vor der wegen nicht belegter Kaufgelder zu verfügenden Reſubhastation des Grundstücks **39**. 285.

Befugniß der nachfolgenden Gläubiger, bei dem Kaufgelderbelegungs-Verfahren die vom Schuldner nicht beſtrittene Forderung eines vorſtehenden Gläubigers anzufechten **39**. 169, 239.

Verfahren bei Ausſchüttung der im Subhastations-Prozeſſe angelegten Spezialmaſſen **41**. 342.

In gerichtlich nothwendigen Subhastationen haben ſich die Bevollmächtigten der Gläubiger bei Belegung der Kaufgelder zur Empfangnahme des Perzipiendums ihrer Machtgeber durch gerichtliche Vollmacht zu legitimiren **40**. 381.

6) Auflegung und Anwendung einzelner Paragraphen der Verordnung vom 4. März 1834:

§. 2. **39**. 255; **41**. 351; **53**. 101; §. 3. **53**. 101; §. 4. **53**. 101; §. 5. **53**. 101; §. 6. **53**. 101; §. 7. **40**. 263; **53**. 101; §. 8. **51**. 168; **53**. 101; §. 9. **52**. 82; **53**. 101; §. 10. **53**. 113; §. 11. **42**. 262; **53**. 113; **51**. 387; §. 12. **53**. 113; §. 13. **42**. 263; **53**. 113; §. 14. **51**. 168; **53**. 127; §. 16. **54**. 288; **55**. 51; §. 17. **39**. 169; §. 20. **53**. 127; §. 26. **53**. 127.

7) Stempel.

Stempelanſatz bei Subhastationen in den Gebietstheilen, wo noch das gemeine Recht gilt **40**. 246.

Stempelpflichtigkeit der Verhandlungen und Quittungen im Subhastations-Prozeſſe **43**. 79.

Stempelpflichtigkeit der Verhandlungen über den Ankauf von erbſchaftlichen Grundſtücken durch Theilnahme der Erbſchaft im Wege der freiwilligen Subhastation **46**. 123.

Stempelanſatz in Subhastations-Prozeſſen (Anſtr. zu §. 11 des Tarifs zum Geſetze v. 10. Mai 1851) **52**. 126.

8) Koſten.

Kommunkoſten im Subhastations- und Kaufgelder-Liquidations-Prozeſſe **41**. 202.

Koſtenanſatz nach dem Geſetze v. 10. Mai 1851 bei der Reſubhastation (Anſtr. zu §. 11 des Tarifs) **52**. 126.

Einzelung der Koſten (Anſtr. zu §. 10 Nr. 2 des Geſetzes) **52**. 114; — desgl. im Falle der Vormundſchaft (§. 7 Nr. 1 c. ebend.) **52**. 114.

Tarif für Subhastations-Prozeſſe (Anſtr. zu §. 11 des Tarifs) **52**. 126.

Koſtenanſatz für freiwillige Subhastationen (§. 23 ebend.) **52**. 126.

Koſtenanſatz für Subhastationen bei Nachlaßregulirungen (§. 33 ebend.) **52**. 126.

ſ. Rechtsanwalte.

Subhastations-Ordnung, Empfehlung des Werks „Preußiſche Exekutions- und Subhastations-Ordnung **42**. 316.

Subſtitution, Subſtitution der Untergerichte im Departement des Ober-Landesgerichts zu Arnsberg **39**. 39.

Laut einer den ganzen Rechtsſtreit umfaſſende Vollmacht in den Vorinſtanzen auf Subſtitutionsbefugniß, ſo iſt der betreffende Sachwalter als ermächtigt anzuſehen, einen der bei dem Ober-Tribunal angeſtellten Juſtiz-Kommiſſarien zur Vertretung ſeiner Partei in dem letzten Rechtsgange zu ſubſtituiren **47**. 331. — Die ſchriftliche Uebertragung einer Prozeß-Vollmacht durch den Bevollmächtigten an einen Subſtituten iſt nicht ſtempelpflichtig **48**. 432.

Verfahren bei Einlegung der Rechtsmittel und Atteſtirung der Rechtskraft, wenn in erſter Inſtanz vermöge ge-

Digitized by Google

nereller oder hyperseller Substitution statt des instruirenden ein anderes Gericht erkannt hat 43. 236. — Verfahren, wenn sich die durch das Erkenntniß beschwerte Partei bei einem anderen als dem kompetenten Gericht meldet 43. 240.

(Fideikommissarische Substitution), Verfahren bei Sicherstellung der mit fideikommissarischer Substitution belasteten Vermächtnisse 40. 107.

Bei welchem Gericht die Liquidation der Kosten erfolgt (Instr. zu §. 14 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.

Sühneversuch, s. Ehescheidung.

Sukkumbengelder (Sukkumbenzstrafe), Ansatz derselben in Sachen, in welchen eine eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde als Revision anzusehen ist 40. 366.

Unzulässigkeit des Ansatzes von Sukkumbengeldern in Rechtsangelegenheiten, welche zum Ressort der Auseinandersetzungsbehörden gehören 41. 40.

Wegfall der Sukkumbengelder bei dem Kostenansatze nach dem Gesetze vom 10. Mai 1851. 52. 114.

Nach Rheinischem Strafverfahren ist jeder von mehreren Kassationsklägern gehalten, die Sukkumbenzstrafe zu hinterlegen, wenn sie verschiedene Interessen haben 59. 430.

Summarischer Prozeß.

Verfahren bei Insinuation der Klage an mehrere Verklagte 39. 94. — Insinuation der Erkenntnisse zweiter Instanz 43. 15.

Zulässigkeit des summarischen Prozesses in einfachen Pachtsachen 39. 112.

Verfahren bei Prorogations-Gesuchen im summarischen Prozesse 39. 217.

Verfahren bei der Appellations-Rechtfertigung im summarischen Prozesse 39. 285. — Das persönliche Erscheinen des Appellanten im Rechtfertigungs-Termine ist kein Erfordernis, wenn derselbe vor dem Termine eine von dem ersten Richter vollständig befundene Rechtfertigungsschrift eingereicht hat 40. 105; — desgl. wenn derselbe mit einem Mandatar versehen ist 44. 147.

Anbringung von Beweismitteln im summarischen Prozeßverfahren vor erfolgter Beweisaufnahme in erster wie in zweiter Instanz 40. 42.

Welche Erklärungen der Partei in das Protokoll über die mündliche Verhandlung aufzunehmen sind 41. 154. — Inwiefern in dem Termine zur mündlichen Verhandlung nach erfolgter Beweisaufnahme auch neue Beweise angebracht werden dürfen 43. 127. — Verfahren bei der mündlichen Verhandlung im summarischen Prozesse 43. 196.

Auslegung und Erläuterung einzelner Paragraphen der Verordnung vom 1. Juni 1833:

§§. 10, 12, 13. 47. 368;
§. 20 d. 59. 116;
§§. 23, 24 47. 368;
§. 36 41. 154; 43. 196.
§. 61 47. 368.

Kosten im summarischen Prozesse.

Ansatz der Gerichtskosten für die an den Kläger zu erlassende Mittheilung von der geschehenen Mittheilung des Mandats 39. 94.

Gebührensätze der Gerichte für den Klagebeantwortungs-Termin 40. 197; — desgl. wenn in dem Termine zur mündlichen Verhandlung keine oder nur eine der Parteien erschienen, der Klage entsagt, oder der Anspruch eingeräumt, oder die Sache durch Vergleich beendigt worden ist 40. 353.

Kostenansatz in Prozessen, welche theils im summarischen oder gewöhnlichen, theils im Bagatell-Prozesse verhandelt werden 43. 62.

Gebührenansatz für die Zeugenvernehmungen 44. 55.

Gebühren, wenn bei einem nicht kollegialischen Gericht in einem Termine außer der Klagebeantwortung mündliche Verhandlung stattgefunden hat; desgl. wenn ein Beweisresolut erlassen worden ist 44. 63.

Kostenansatz nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 und dem dazu gehörigen Tarif (Instr. v. 10. September 1851) 52. 114. 126.

Gebühren der Justiz-Kommissarien.

Festsetzung der Gebühren und Auslagen der Justiz-Kommissarien in der Appellations-Instanz durch den Richter der ersten Instanz 40. 164.

Gebühren für den Klagebeantwortungs-Termin 40. 197.

Gebühren, wenn in der Appellations-Instanz auf die mündliche Verhandlung verzichtet wird 40. 401.

Prokura-Gebühren im summarischen Prozesse zweiter Instanz 43. 61.

Ansatz von Kopialien im summarischen Prozesse 43. 230.

Gebühren der bei den kleinen Untergerichten, insbesondere bei Gerichts-Kommissionen angestellten Justiz-Kommissarien für solche summarische Prozessarten, die zur mündlichen Verhandlung an das Hauptgericht, welches ein größeres Untergericht ist, gelangen 44. 58.

Gebührensätze nach der Verordnung vom 12. Mai 1851, sowie dem dazu gehörigen Tarif und der dazu erlassenen Instruktion v. 12. September 1851. 52. 142. 145.

s. auch Rechtsanwalte.

Synagogen, Unstatthaftigkeit der Subhastation von Synagogen 40. 340.

Berichtigung des Besitztitels einer Synagoge für die Judengemeinde 41. 34.

Abhandlung über die Veräußerlichkeit von Synagogenstellen 47. 323.

Synagogenbeamte, Befugniß der Regierungen zur Ertheilung des Konsenses zur Annahme ausländischer Juden als Synagogenbeamte 51. 56.

Synagogenbeiträge, Zulässigkeit des Rechtsweges, wenn ein aus der Synagogengemeinde ausgetretenes Mitglied von der Regierung zu Synagogenbeiträgen herangezogen werden soll 51. 273.

Inwieweit über die Verpflichtung, Beiträge zum Synagogenbau zu leisten, in der Rheinprovinz der Rechtsweg zulässig ist 54. 71.

T.

Tabakrauchen, was unter feuergefährlichem Tabakrauchen zu verstehen ist 44. 37; 53. 439.

Tabellen in den Jahresberichten über den Zustand der Justizverwaltung, s. Jahresberichte.

Tabellarische Nachweisungen über die Schwurgerichtsverhandlungen, s. Schwurgericht.

Formelle Behandlung der Nichtigkeitsbeschwerden bei Eintragung in die Geschäfts-Tabellen 42. 170.

Digitized by Google

Führung der Prozeßlisten für Mandats-, Bagatell-, Injurien- und für Prozeßsachen über mehr als 50 Thaler bei den Gerichten erster Instanz **50**. 395.
s. auch Erbschaftsstempel-Tabellen.

Tage, Begriff der Worte „binnen acht Tagen" im §. 92 Thl. I. Tit. 4 Allg. Landrechts **55**. 327.

Tagebuch, Verfahren bei Führung des Tagebuchs der Exekutoren (Instr. zu §. 10 zum Gesetze vom 9. Mai 1851) **52**. 137.

Tante, welche Behörde zur Ertheilung der Dispensation zur Verheirathung eines Neffen mit seiner an Jahren älteren Tante kompetent ist **46**. 99.

Tantième, Grundsätze bei Wiedereinziehung der Tantième von eingegangenen, aber später wieder zurückgezahlten Einnahmebeträgen **47**. 92.

Tanzmusik, Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen polizeiliche Strafverfügungen wegen Nichtbefolgung eines Verbots von Tanzmusik **58**. 30.

Tarnowitz, Anzeige von der Einsendung milder Beiträge zur Justiz-Assistenten-Wittwenkasse durch einen richterlichen Beamten in Tarnowitz **42**. 154.

Taube und zugleich blinde Personen, Verfahren bei Abschließung von Verträgen mit denselben **41**. 151.

Taubstumme, welche Kosten während der Dauer der Vormundschaft über taubstumme Personen aus dem Vermögen derselben erhoben werden können (Instr. zu §. 7 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114; — (ebend. zu §. 43 des Tarifs) **52**. 126.

Taufe, Verrichtung des Taufakts bei Kindern aus gemischten Ehen **55**. 354.

Taufkosten, auf die Taufkosten eines unehelichen Kindes finden die gewöhnlichen Einschränkungen des Exekutionsverfahrens keine Anwendung **47**. 84.

Taufscheine, Stempelpflichtigkeit der in Vormundschafts- und Kuratelsachen zu den gerichtlichen Akten einzureichenden Taufscheine der Pflegebefohlenen **51**. 210; — (Instr. zu §. 16 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.
Kostenfreiheit der Taufscheine behufs Aufnahme in die Wittwenkasse (Instr. zu §. 3 d. des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.
Stempelfreiheit der Taufscheine, welche Beamte der Staats-Eisenbahnen bei Pensions- und Unterstützungskassen beizubringen haben **59**. 358.

Taxatoren, Diäten und Reisekosten der Taxatoren bei Abschätzung der Mobilmachungspferde **55**. 7.

Taxe (Abschätzung von Grundstücken), Verfahren bei Feststellung des Werths der Erbpachtsgerechtigkeiten in den Tax-Instrumenten und Subhastations-Patenten **40**. 68.
Verfahren bei Aufnahme gerichtlicher Taxen **40**. 71.
Kommissions-Gebühren für die Aufnahme eines Tax-Instruments **41**. 51.
Zulässigkeit der Vernehmung von Dorfschulzen und Gerichtsleuten bei Abschätzung ländlicher Grundstücke unter 500 Thalern an Werth, und Befugniß der Dorfgerichte, als bereidete Taxatoren die Taxen unter der Versicherung an Eidesstatt schriftlich einzureichen **41**. 152.
Verfahren bei Abschätzung städtischer Grundstücke **41**. 256, 303; — desgl. bei Abschätzung städtischer Häuser **42**. 2.

Bei Exekutionen, wenn die beizutreibende Summe 50 Thaler nicht übersteigt, bedarf es der besonderen Taxirung der ausgepfändeten Mobilien nicht **43**. 158.

Zuschlag eines subhastirten Rittergutes, auf welches weniger als zwei Drittel der Taxe geboten worden **51**. 353.
Aufnahme der Taxe in Subhastations-Prozessen (Instr. zu §. 11 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126.
Kostenansatz für die Taxe in nichtstreitigen Angelegenheiten (Instr. zu §. 16 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126.
Taxerfahren bei Grundstücken von geringem Werth **57**. 246.
Berichtigung eines Druckfehlers im §. 437 des Anh. zur Allg. Ger. Ordnung (zu §. 13 Tit. 6 Thl. II.) **57**. 282.

Taxe, Wegfall der Taxe beim Kostenansatze nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851. **52**. 114.

Taxis, s. Thurn und Taxissches Postgebiet.

Technische Deputation für Gewerbe, Verfahren bei Vorladung von Beamten derselben in Prozessen als Sachverständige **40**. 236.

Tecklenburg (Kreis), Verordnung über die Einführung von Schiedsmännern im Kreise Tecklenburg **47**. 271.
(Grafschaft), fortdauernde Gültigkeit der vor Einführung der Französischen Gesetzgebung bestandenen Provinzial-Verordnungen über die Wegebaulast in den den vormaligen Ober-Ems-Departement angehörig gewesenen Landestheilen **48**. 239.

Teiche, Bestrafung des unberechtigten Aneignens von Fischen aus Teichen **58**. 98.

Telegraphen, Benutzung der Staats-Telegraphen zur amtlichen Korrespondenz der Justizbehörden **55**. 382; — desgl. der Betriebs-Telegraphen der Preußischen Eisenbahnen **58**. 274.

Telegraphen-Beamte, Gerichtsstand derselben **43**. 11.

Telegraphische Depeschen, Verfahren bei Abfassung telegraphischer Dienst-Depeschen **53**. 342.

Temme, Lehre vom Diebstahl **40**. 264; — desgl. Lehre vom strafbaren Betrug **42**. 112; — Juristische Wochenschrift **42**. 328.

Termine, Anweisung an die Gerichtsbehörden zur pünktlichen Abhaltung der anstehenden gerichtlichen Termine **40**. 23.
Die Ansetzung von Terminen, zu welchen Ausländer vorgeladen werden, muß geräumig erfolgen **44**. 207; **54**. 374.
Verfahren bei Ansetzung von Audienz-Terminen im Civil-Prozesse **47**. 338.
Vermeidung des Ansatzes von Terminen für die Schwurgerichts-Verhandlungen auf Feiertage der Katholiken, welche als gesetzliche Festtage nicht anzusehen sind **50**. 217.
Verfahren bei Vorladung des Angeklagten zum Audienz-Termine in der Appellations-Instanz **51**. 294.
Vernehmung der Zeugen im Audienz-Termine in Strafsachen **53**. 429.
Die Gebühren für Lokaltermine gehören zu den baaren Auslagen (Instr. zu §. 6 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114. — Kostensätze für Lokaltermine (Instr. zu §. 61 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126.
Gebühren der Justiz-Kommissarien für Audienz-Termine **48**. 31.
s. auch Rechtsanwalte.

Digitized by Google

Testamente (letztwillige Dispositionen, Codizille).

Zulässigkeit der Zuziehung von Expedienten und Schreibern der Patrimonialrichter, welche als Protokollführer nach vorgängiger Prüfung zugelassen sind, zur Aufnahme letztwilliger Dispositionen **39**. 307.

Letzter Wille Seiner Majestät des Königs Friedrich Wilhelm III. **40**. 210.

Verpflichtung eines jeden Richters, die Aufnahme eines letzten Willens außerhalb seines Gerichtssprengels sofort zu veranlassen, wenn ihm dringliche Umstände auch ohne alle Bescheinigung vorgetragen werden **41**. 147.

Zulässigkeit der Einrichtung beständiger Kommissarien zur Auf- und Annahme von Testamenten in polfreichen Städten **43**. 189.

Dorfgerichtliche Testamente. Verfahren, wenn der Testator der vor dem gehörig besetzten Dorfgericht aufgenommenen Verhandlung sein Handzeichen beizufügen nicht im Stande ist **43**. 20.

Die Gültigkeit eines dorfgerichtlichen Testaments wird dadurch allein, daß die bei dessen Aufnahme zugezogenen Schöppen bald nach dem Gerichtsschreiber aufgenommene Protokoll wegen Verhandlungsunkunde nicht mit ihrer Unterschrift vollzogen haben, nicht angefochten **47**. 220.

Verfahren der Dorfgerichte bei Auf- und Annahme letztwilliger Verordnungen **54**. 206.

Kommissionsgebühren für die Auf- und Annahme von Testamenten und anderen letztwilligen Verordnungen, Kodizillen ꝛc. **40**. 279. — (Instr. zu §§. 9 ff. des Ges. v. 9. Mai 1851) **52**. 137; **53**. 318; **54**. 322.

Kostenansatz für die Auf- und Annahme, Aufbewahrung, Zurücknahme und Publikation der Testamente (Instr. zu §. 22 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126.

Kostenfreiheit der Testamente von Militairpersonen bei der Mobilmachung (Instr. zu §. 4 Nr. 5 des Ges. v. 10. Mai 1951) **52**. 114.

Stempel zu Testamenten (Instr. zu §. 24 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126.

Gebühren der Rechtsanwalte. s. **Rechtsanwalte**.

Testaments-Abschriften, Verpflichtung des Richters, auch dem Legator auf sein Verlangen und seine Kosten Abschrift des Testaments zu ertheilen **42**. 96.

Testaments-Akten, Verfahren bei Einforderung von Testaments-Akten zur Verifikation von Stempel-Restitutions-Liquidationen **39**. 140.

Testaments-Exekutor, inwiefern einem Testaments-Exekutor die Verwaltung des Nachlasses gebührt **42**. 138.

Thaler (Einthalerstück, Sechstelthalerstücke), s. **Münzen**.

Theilnahme an Körperverletzungen **56**. 159; — desgl. an Uebertretungen **56**. 169; — desgl. an Verbrechen **57**. 83; — desgl. an Abtreibung der Leibesfrucht **57**. 170; — desgl. an einem Meineide **59**. 71.

Die Bestrafung des Theilnehmers an einem Verbrechen ist nicht von der Ermittelung der Person des Thäters abhängig **57**. 267.

Theilnehmungsrechte, Theilnahmerecht eines Neubauers bei der Hütung in Dorfgemeinden, welcher schon vor dem Erscheinen des Gesetzes v. 3. Januar 1845 den Ausbau vollendet hatte **45**. 229.

Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über Theilnehmungsrechte und Abfindungen bei einem Separationsverfahren **48**. 462.

Theilungen, Stempelansatz bei Theilungen und gerichtlichen Verkäufen von Immobilien in der Rheinprovinz **55**. 374.

Thelen (Grafschaft), Empfehlung der Sammlung der für die Grafschaft Thelen ergangenen Verordnungen **42**. 332.

Thiele, die jüdischen Gauner **41**. 352.

Thierärzte, welche Klassen von Thierärzten als Sachverständige bei gerichtlichen Verhandlungen zuzuziehen sind **43**. 187. — Reisekosten und Diäten der Thierärzte **53**. 158.

Thronlehne, Lehnserneuerung derselben in Folge des Thronwechsels, und Dispensation vom persönlichen Erscheinen **42**. 195, 335.

Thronwechsel, Anzeige von dem Ableben Seiner Majestät des Königs Friedrich Wilhelm III. und Thronbesteigung durch Friedrich Wilhelm IV. **40**. 209.

Lehnserneuerung in Folge des Thronwechsels **42**. 195.

Thurn und Taxisches Postgebiet, Insinuation gerichtlicher Zusendungen an die im Fürstlich Thurn und Taxisschen Postgebiet wohnenden Parteien mittelst rekommandirter Briefe, welchen ein Empfangsschein zur Unterzeichnung durch den Adressaten beizufügen ist **40**. 57.

Timpfe (½ und ¼ Thalerstücke), Einziehung derselben **39**. 119

Tischgroschen, s. **Pfarr-Abgaben**.

Titel, Dienstprädikat der Justizbeamten bei Veränderung ihrer amtlichen Stellung **55**. 288; — s. auch **Prädikate**.

Tod, s. **Bürgerlicher Tod**.

Todeserklärung, an welchem Tage die auf Todeserklärung lautenden Urtheile in Rechtskraft übergehen **39**. 143; — s. auch **Rechtsanwalte**.

Todesfälle, s. **Sterbefälle**.

Todesstrafe, inwiefern die Vollstreckung der Todesstrafe durch ein Begnadigungsgesuch aufgehalten wird **39**. 27.

Verfahren bei Vollstreckung der Todesstrafe in Betreff der Begleitung des Missethäters durch einen Geistlichen zur Richtstätte **39**. 74. — Abändernde Bestimmung **43**. 2. — Ergänzung derselben **43**. 90.

Statistische Bemerkungen über die Todesstrafe **48**. 247.

Abhandlung über die Bestimmung in §. 8 des Strafgesetzbuchs wegen Anwendung des Glockengeläutes bei Hinrichtungen **58**. 19.

Todtenscheine, Verfahren bei Ausfertigung der Todtenscheine der in den Preußischen Staaten verstorbenen Dänischen Unterthanen **47**. 147; — desgl. der Schwedischen und Norwegischen Unterthanen **48**. 66.

Stempelfreiheit der Todtenscheine, welche Beamte der Staats-Eisenbahnen bei Pensions- und Unterstützungs-Kassen beizubringen haben **59**. 358.

Todtschlag, Kriterien des Todtschlages nach Preußischem Recht **50**. 86, 361.

Train-Soldaten, s. **Beurlaubte des Soldatenstandes**.

Transferirungen von Privat- und Pfandbriefs-Aktivis **53**. 258.

Transport, die Transport-Tage der Strafgefangenen sind von der Strafzeit nicht abzurechnen **40**. 190.

Verfahren, wenn die von einer anderen Regierung nach Preußen auszuliefernden Individuen das Belgische Gebiet passiren müssen **44**. 242.

Vermiedung des Transports von Verbrechern und Vagabonden an Sonn- und Feiertagen **46**. 126; **56**. 318.

Digitized by Google

Transportkosten, Erstattung der Transportkosten für Untersuchungsgefangene, s. **Gefangene**.

Abänderung der Konvention mit dem Königreich der Niederlande v. 7. Juni 1823 wegen Erstattung der Transportkosten von Verbrechern **46**. 242. — Abänderung des Art. 6 des Vertrages v. 11. März 1844 mit dem Großherzogthum Luxemburg wegen Erstattung der Transportkosten bei Auslieferung flüchtiger Verbrecher **48**. 32.

Verpflichtung der ländlichen Polizeibehörden zur Tragung der durch Feststellung verübter Vergehen und Verbrechen entstandenen Transportkosten **50**. 188; **57**. 114; **59**. 288.

Uebernahme der Transportkosten in gerichtlichen Untersuchungen oder Voruntersuchungen wegen Steuerdergehen auf die Steuerfonds **50**. 204.

Berechnung der Transportkosten in Untersuchungssachen als baare Auslagen (Instr. zu §§. 48, 59 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126.

Darstellung der Ausgaben an Transportkosten in den Jahresrechnungen der gerichtlichen Salarienkassen nach Maaßgabe des §. 20 der Instruktion v. 1. März 1852. **52**. 266.

Kosten des Transports ausländischer, zur Landesverweisung verurtheilter Landstreicher, Bettler und Arbeitsscheuer **53**. 310; **56**. 286; **57**. 106.

Berrechnung der Transportkosten für die zur Zuchthausstrafe verurtheilten Verbrecher **57**. 386; — desgl. für den Transport eines Gefangenen aus einem gerichtlichen Gefängnisse in ein anderes **59**. 138.

Trassant, s. **Wechselsachen**.

Trauer-Reglement v. 7. Oktober 1797, Extrakt aus demselben in Betreff der bei den Justizbehörden nach dem Ableben Seiner Majestät des Königs Friedrich Wilhelm III. stattfindenden Landestrauer **40**. 185.

Trauscheine, Stempelfreiheit der Trauscheine, welche Beamte der Staats-Eisenbahnen bei Pensions- und Unterstützungs-Kassen beizubringen haben **59**. 358.

Trennungen, s. **Civilstandsbeamte, Heirathen**.

Tribunal des Königreichs Preußen, Kompetenzverhältnisse desselben **39**. 38.

Dem Appellationsgericht zu Königsberg in Pr. ist die Bezeichnung als Ostpreußisches Tribunal beigelegt **56**. 342.

Triennium academicum, Verfahren bei Gesuchen um Dispensation von demselben **51**. 239; **58**. 42.

Trinkgelder, s. **Stationsgelder**.

Trompeter, welches Militair-Einkommen den Trompetern (ohne Unterschied) bei ihrer ersten Anstellung im Civil behufs der Berechnung des Zwölftelabzuges zu Gute zu rechnen ist **40**. 293; **54**. 27.

Troppau (Thronlehn), Erneuerung des Thronlehns Troppau und Dispensation des Inhabers vom persönlichen Erscheinen **42**. 195.

Truppen, s. **Deutsche Bundestruppen, Militairpersonen**.

Truppenzusammenziehungen, s. **Mobilmachung**.

Tumult, Behandlung der Untersuchungen wegen Tumults **48**. 207. — Unzulässigkeit der Entschädigungsklage gegen Beamte wegen Amtshandlungen bei einem Tumulte, welche dieselben innerhalb der Grenzen ihrer Dienstbefugnisse vorgenommen haben **49**. 412.

Türkei, Glaubwürdigkeit der Verhandlungen, welche von den Preußischen Konsulaten in der Türkei und in den Fürstenthümern der Moldau und Wallachei in ihrer Eigenschaft als richterliche Behörden aufgenommen werden **46**. 144.

U.

Uebergabe, Form der Uebergabe des Besitzes durch bloße Willenserklärung **55**. 23.

Uebersegeln, s. **Lootsen**.

Uebertretungen, Verfahren bei den im Wege der Mandatsverfahrens zu behandelnden Untersuchungen wegen Polizei-Uebertretungen **50**. 158.

Zusammenstellung der von den Polizei-Anwalten in Untersuchungen wegen Uebertretungen zu machenden Mittheilungen **50**. 227; **51**. 230.

Führung der Repertorien über die Untersuchungssachen wegen Uebertretungen bei den Gerichten erster Instanz **51**. 233.

Verfahren bei Untersuchungen wegen Uebertretungen **51**. 266.

Vollstreckung der Gefängnißstrafen wegen Uebertretungen in den Ortsgefängnissen **51**. 367.

Reglement über die vorläufige Straffestsetzung wegen Uebertretungen **52**. 342. — Strafminimum bei Uebertretungen **54**. 286; — Bestrafung der Theilnahme an Uebertretungen **56**. 169.

Bekanntmachung der Erkenntnisse des Ober-Tribunals auf Nichtigkeitsbeschwerden in Untersuchungssachen wegen Uebertretungen durch das Justiz-Ministerial-Blatt **53**. 151, 160, 176, 260, 372, 439; **54**. 268, 277.

Behandlung der Immediatgesuche um Erlaß oder Milderung vorläufiger Strafffestsetzungen wegen Uebertretungen **54**. 62.

Frist zur Rechtfertigung der Nichtigkeitsbeschwerde in Untersuchungen wegen Uebertretungen **54**. 378. — Verpflichtung des Ober-Staatsanwalts, die Ermächtigung des Justiz-Ministers zur Einlegung der Nichtigkeitsbeschwerde in Untersuchungen wegen Uebertretungen zeitig einzureichen **58**. 58.

Was unter den im §. 340 Nr. 8 des Strafgesetzbuchs erwähnten Anordnungen zu verstehen ist **55**. 12.

Bei einer nach der Feldpolizei-Ordnung vom 1. November 1847 zur Forderung von Pfandgeld berechtigten Uebertretung gebührt die Entscheidung des Streits über das geforderte Pfandgeld dem Civilrichter **55**. 375.

Uebertretungen eines durch das augenblickliche Bedürfniß hervorgerufenen Polizeiverbots sind als Uebertretungen im Sinne des Strafgesetzbuchs nicht zu erachten, und ist der Rechtsweg gegen die festgesetzte Geldstrafe unzulässig **56**. 206.

Unzulässigkeit des Mandatsverfahrens bei Uebertretungen gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle **58**. 90.

Zulässigkeit der Bestellung von Gerichts-Assessoren mit beschränktem Stimmrecht als Untersuchungsrichter bei Uebertretungen **59**. 338.

Kostenansatz bei Untersuchungen wegen Uebertretungen (Ges. vom 10. Mai 1851 §. 50) **52**. 126. — Abänderungen dieser Vorschriften durch das Gesetz vom 3. Mai 1853. **53**. 182.

Digitized by Google

Gebühren der Rechtsanwalte als Vertheidiger in Untersuchungen wegen Uebertretungen (Instr. zu §§. 22 ff. des Tarifs zum Ges. vom 12. Mai 1851) 52. 145; 53. 182.
s. Rechtsanwalte.

Ufer, Ergänzung der Bestimmung wegen der Breite des Treidelufers und des Leinpfades für die Landestheile des linken Rheinufers 40. 318.
Verpflichtung der Uferbesitzer zur Zurückleitung des Wassers bei Benutzung von Privatkanälen 54. 74.
Eigenthums-Anspruche der Uferbesitzer an die am Ufer eines öffentlichen Flusses befindlichen Weidenanpflanzungen sind im Rechtswege zu entscheiden 58. 347.

Uferbauten, Verfahren bei Streitigkeiten, welche in der Provinz Schlesien über die zur Regulirung der großen Flüsse oder zum Schutze ihrer Ufer erforderlichen Wasserbauten entstehen 58. 175.
Inwiefern von den betheiligten Gemeinden Entschädigungsansprüche wegen der in Folge neuer Gesetze ausgeführten Strom- und Deich-Regulirungen im Wege Rechtens geltend gemacht werden können 58. 254.

Uhl, (Fräulein), Vermächtniß derselben 42. 154.

Ulrich (O. L. G. Rath), Neues Archiv für Preußisches Recht und Verfahren 42. 231.

Ulrici (O. L. G. Rath), Archiv der Ost- und Westpreußischen Provinzialrechte 42. 388.

Umgangsgelder, s. Pfarr-Abgaben.

Umschlossener Raum, der Diebstahl in Schäferbütten ist nicht als ein Diebstahl in einem umschlossenen Raum anzusehen 53. 367. — Begriff des Diebstahls in einem umschlossenen Raum im Sinne des §. 221 des Strafgesetzbuchs 54. 236.

Umzugskosten, Umzugskosten der Wartegeld-Empfänger bei anderweiter Anstellung derselben 48. 460.
Unzulässigkeit des Rechtsweges über Ansprüche der Beamten auf Umzugskosten 51. 191.

Unabliche Lehne, Lehnsverneuerung unablicher Lehne beim Thronwechsel 42. 195.

Uneheliche Kinder, s. Kinder.

Ungarn, Verfahren bei Requisitionen der Gerichtsstellen in Ungarn 43. 156; 44. 207.
Insinuationen nach Ungarn sind gebühren- und kostenfrei zu bewirken 44. 207.

Uniform, Anlegung der Deutschen Kokarde neben der Preußischen Nationalkokarde von Seiten der zum Tragen einer Dienst-Uniform verpflichteten Civilbeamten 49. 47. — Aufhebung dieser Bestimmung 50. 180.

Universitäten, Kostenfreiheit derselben (Instr. zu §. 4 Nr. 4 des Ges. vom 10. Mai 1851) 52. 114.

Universitäts-Studien, Zulässigkeit von Klagen wegen gestundeter Honorare 41. 334.

Unschätzbare Gegenstände, s. Rechtsanwalte.

Unterbeamte, Zulässigkeit der Anstellung von Unterbeamten in etatsmäßige Stellen auf Kündigung 41. 363. — Pensionsbeiträge derselben 42. 207.
Befugniß der Präsidenten zur Anstellung von Unterbeamten, s. Präsidenten.
Bewilligung von Kleidergeldern an Unterbeamte, deren Einkommen den Betrag von 200 Thalern nicht übersteigt 42. 328.
Uebernahme der bei den ständigen Patrimonialgerichten lebenslänglich angestellten Unterbeamten in den Königlichen Staatsdienst 49. 112.
Reisekosten der Unterbeamten für Reisen zur Hülfeleistung bei auswärtigen gerichtlichen Geschäften 50. 38.
Dienst-Instruktion für die gerichtlichen Unterbeamten 50. 261.
s. auch Aktenträger, Exekutoren, Gefangenaufseher, Gerichtsboten, Hausdiener, Kanzleidiener, Ofenheizer, Portiers.

Unteroffiziere, Verzeichniß derjenigen Grade der Militairpersonen, welche zur Klasse der Unteroffiziere gehören, und gegen welche in den geeigneten Fällen auf Degradation zu erkennen ist 42. 216; 46. 63.
Welche Subalternstellen an anstellungsberechtigte jüdische Unteroffiziere verliehen werden können 46. 140.
Berücksichtigung der Rechte und Verhältnisse gewesener Unteroffiziere beim Strafverfahren gegen dieselben 47. 51.
Verfassungsmäßige Vereidung der Unteroffiziere, welche zur probeweisen Beschäftigung als Boten oder Exekutoren bei den Civilgerichten angenommen werden 50. 197.
Berechnung der den Unteroffizieren bei ihrer Anstellung im Civildienste zu machenden Gehaltsverbesserungs-Abzüge 54. 27.
s. auch Anstellung, Militairpersonen, Landwehr.

Unterpfandwesen in Hohenzollern, Instruktion zum Gesetze über die Verbesserung des Unterpfandwesens in Hohenzollern 54. 310.

Untersagungsrecht, Begriff des Untersagungsrechts im Sinne des §. 1. der Deklaration vom 11. Juli 1822. 41. 282.

Unterschlagung, die in rechtswidriger Absicht erfolgte Aneignung einer fremden beweglichen Sache aus einem dem Thäter von dem Besitzer ohne spezielle Uebergabe der einzelnen Sachen zur Verwahrung anvertrauten verschlossenen Behältnisse ist als eine Unterschlagung, nicht als Diebstahl anzusehen 54. 90.
Die Deckung des Defekts durch die Kaution schließt den Begriff der verübten Unterschlagung nicht aus 55. 102.
Inwiefern der §. 325 des Strafgesetzbuchs bei Unterschlagungen durch Gerichtsboten Anwendung findet 55. 335.
Begriff der Unterschlagung 56. 330, 331; 59. 170.
Inwiefern die wissentliche Annahme einer nicht schuldigen Summe und der demnächstige Verbrauch des Geldes als Unterschlagung anzusehen ist 59. 114.

Unterschrift, die Justizbeamten sollen ihren Namen unter Vorstellungen, Berichten, Urkunden ꝛc. deutlich und leserlich schreiben 39. 76; 41. 118; 43. 307.
Verfahren der Gerichtsbehörden bei Vollziehung der an die vorgesetzte Behörde zu erstattenden Berichte 41. 165.
Unterschrift der Schöppen bei vorgerichtlichen Testamenten 47. 220.
Von wem der im §. 13 der Verordnung vom 11. Juli 1845 vorgeschriebene Vermerk zu dem Handzeichen der Analphabeten gemacht werden muß 47. 351; 48. 170.
Unterzeichnung der Schriftsätze nach der Verordnung vom 21. Juli 1846. 47. 111, 168; 48. 175.
Die von den Justiz-Kommissarien der Untergerichte bei den Obergerichten einzureichenden Einführungs- und Rechtfertigungsschriften müssen mit Datum, Unterschrift und Dienstsiegel versehen sein 48. 6.
Unterschrift bei kaufmännischen Wechseln 48. 449.
Die von einer einzelnen Gerichtsperson mit einer Schreibensunkundigen Partei aufgenommene Verhandlung ist aus dem Grunde, weil das Protokoll darüber keine Angabe ent-

Digitized by Google

hält, daß und wie der zugezogene Unterschriftsbeistand der Unterfertigung und Genehmigung desselben beigewohnt hat, für die schreibensunkundige Partei nicht unverbindlich **48.** 461.

Inwiefern Jemand aus einem schriftlichen Vertrage verpflichtet wird, welcher nicht von ihm, sondern in seinem Auftrage von einem Anderen mit seinem Namen unterschrieben worden ist **55.** 30.

Kostenansatz für die Rekognition und Beglaubigung der Unterschrift bei Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit (§. 18 des Ges. d. d. 10. Mai 1851).

Gebühren der Notare für die Rekognition und Beglaubigung von Unterschriften (Instr. zu §. 6 des Ges. vom 11. Mai 1851) **52.** 152.

Unterschriftszeuge, s. Zeuge.

Unterstützungen, in welchen Fällen und an welche Beamte Unterstützungen gewährt werden können **50.** 299; **51.** 259.

Unterstützungsfonds, Ablieferung von Vorschußbeständen der gerichtlichen Salarienkassen an die Unterstützungsfonds für hilfsbedürftige Kinder verstorbener Justizbeamten **43.** 250.

Ablieferung des einem richterlichen Beamten wegen Uebersetzung des Urlaubs im Wege des Disziplinarverfahrens entzogenen Theils seines Diensteinkommens zum Unterstützungsfond **55.** 102.

Unterstützungskassen, Stempelfreiheit der Tauf-, Trau- und Todtenscheine, welche Beamte der Staats-Eisenbahnen bei Pensions- und Unterstützungskassen beizubringen haben **59.** 358.

Unterstützungsvereine, Bewilligung der Korporationsrechte, der Stempelfreiheit und des Vorrechts im Konkurse an den Bürgerrettungs- und Unterstützungs-Verein in Liegnitz **42.** 330. — s. auch Beschlagnahme.

Untersuchungen, (Untersuchungssachen), s. Strafverfahren.

Untersuchungs-Arrest, Zulässigkeit der Vollstreckung einfacher Gefängnißstrafen während der Dauer des wegen eines anderen Vergehens verhängten Untersuchungs-Arrestes **39.** 362.

Landwehrmänner, deren Entlassung aus dem Militairverhältniß und die gegen sie zu verhängende civilrechtliche Freiheitsstrafe nicht feststeht, sind im Untersuchungs-Arrest zu behalten und weder nach dem Zuchthause, noch nach der Festungs-Strafsektion zur vorläufigen Antretung der Strafe abzuführen **41.** 207.

Inwieweit die Anrechnung der Untersuchungshaft auf die zu verhängende Strafe stattfindet ist **54.** 163; **55.** 95. s. auch Haft.

Untersuchungsgefangene, s. Gefangene.

Untersuchungskosten. I. Aeltere Bestimmungen.

1) Verrechnung der Untersuchungskosten.

Verrechnung der gerichtlichen Kosten der Spruchbehörden in Kriminal- und fiskalischen Untersuchungen **39.** 53; — desgl. der Kosten für die auf Ansuchen der Königlichen Untergerichte ertheilte Genehmigung der Aktenvesposition in Untersuchungssachen über die Todesart eines Selbstmörders **44.** 51. — Festsetzung, Einziehung und Verrechnung der in Untersuchungssachen bei Inquisitoriaten, Steuer-Untersuchungsrichtern ꝛc. erwachsenen Kosten Seitens der Königlichen Untergerichte **40.** 253.

2) Kostenansatz.

Bestimmungen über den Kostenpunkt für die höheren Instanzen in Kriminal-Untersuchungen **39.** 166.

Welche Kosten dem Steuerfond in Steuer-Untersuchungssachen zur Last fallen **39.** 106; **50.** 204.

Kostenansatz für fiskalische Untersuchungen wegen Steuervergehen **40.** 236; — desgl. wegen Injurien **41.** 125; **42.** 368. — Die in unvermögenden fiskalischen Untersuchungen erwachsenen baaren Auslagen müssen von demjenigen Gericht getragen werden, bei welchem sie erwachsen sind **43.** 204.

Für das Gutachten des Inquirenten sind keine besondere Gebühren zum Ansatz zu bringen **43.** 210.

Kostenansatz bei Untersuchungen wegen Polizeivergehen **49.** 256, 272.

Kostenansatz in den nach der Verordnung v. 3. Januar 1849 geführten Untersuchungen **49.** 380.

3) Subsidiarische Verpflichtung zur Tragung von Untersuchungskosten.

Verfahren bei Ermittelung und Festsetzung der subsidiarischen Verpflichtung zur Tragung von Untersuchungskosten **39.** 208, 396; **51.** 386.

4) Verfahren bei Freisprechung des Angeschuldigten.

Berichtigung der Sitz- und Ahndungskosten im Falle gänzlicher Freisprechung des Angeschuldigten **39.** 427.

Aufforderung an die Obergerichte zur Berichterstattung über die Auslegung des §. 619 der Kriminal-Ordnung in Beziehung auf vorläufig Freigesprochene **41.** 58.

5) Kosten-Niederschlagung:

a) wegen Unvermögens.

Behandlung der Untersuchungskosten in unvermögenden Untersuchungssachen bei Requisitionen zwischen den Rheinischen und den übrigen Gerichtsbehörden **39.** 400.

Aufstellung der Verlags-Liquidationen in unvermögenden Untersuchungssachen **39.** 402; **46.** 170.

Welche Kosten in unvermögenden Untersuchungen bei ihrer Versendung die Portofreiheit genießen **40.** 83.

Uebernahme der Kosten in Untersuchungen gegen die unvermögenden Frauen und die noch im väterlichen Hause befindlichen Kinder derjenigen Soldaten, welche den in einigen Städten noch bestehenden Invaliden-Kompagnien angehören, auf den Kriminalfond **44.** 15.

b) aus Veranlassung gewährter Amnestie.

Niederschlagung der Kosten aus Veranlassung gewährter Amnestie (Beschlatt zu 38 des Just.-Minist.-Bl. von 1840) **40.** 391; **41.** 2. — desgl. bei gewährter Amnestie für Holzdiebstähle und Forstfrevel **48.** 282.

6) Besondere Bestimmungen.

Verfahren, wenn in Strafsachen auf eine Geldstrafe, zugleich aber auch alternativ oder subsidiarisch auf Gefängnißstrafe erkannt ist **40.** 84.

Aufhebung der durch die Feststellung verübter Vergehen und Verbrechen, sowie durch die Verfolgung und Verhaftung der Thäter entstehenden uneinziehbaren Kosten **50.** 188.

Vorschriften zur Verminderung der Untersuchungskosten **50.** 398.

7) Bestimmungen für die Rheinprovinz.

Kontrolirung der vollständigen Ueberweisung der wieder einzuziehenden Kosten in Strafsachen **40.** 181. — Aufhebung dieser Verfügung **42.** 386.

Digitized by Google

II. Bestimmungen nach dem Gerichtskostengesetze vom 10. Mai 1851.

Verfahren beim Kostenansatz in Untersuchungssachen (Instr. zu §. 48 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 126. — Abänderung desselben in Folge des Gesetzes v. 3. Mai 1852. 53. 182.

Kostenansatz in Untersuchungen, welche von dem Einzelrichter geführt werden (Instr. zu §. 49 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 126. — Abänderung desselben 53. 182.

Verhaftung mehrerer Angeschuldigten für die Untersuchungskosten (Instr. zu §. 48 des Tarifs) 52. 126; 53. 182.

Kostenansatz in Untersuchungssachen wegen Kennzität (Instr. zu §. 48 des Tarifs) 52. 126.

Zulässigkeit der hypothekarischen Eintragung von Untersuchungskosten (Instr. zu §. 15 des Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 114.

Darstellung der Ausgaben an Kriminalkosten in den Jahresrechnungen nach Maaßgabe des §. 20 der Instruktion v. 1. März 1852. 52. 266.

Vorschriften zur Verminderung der Untersuchungskosten 54. 147.

Einziehung und Verrechnung der Untersuchungskosten in Forstfrügsachen 54. 275; 59. 250.

Kosten der Rechtsmittel in Untersuchungssachen 55. 144. — Dem Angeklagten fallen die Kosten des Rechtsmittels dann zur Last, wenn dasselbe zwar eine Herabsetzung der Strafe, nicht aber die Freisprechung zur Folge hat 57. 248.

Ausführung des Gesetzes v. 1. August 1855, betreffend die Entbürdung der Städte von der Verpflichtung zur Tragung der Kriminalkosten ꝛc. 55. 250, 314, 318.

In der Rheinprovinz.

Tragung der Kosten in Untersuchungssachen gegen jugendliche Verbrecher, welche wegen mangelnden Unterscheidungsvermögens freigesprochen worden sind 52. 304.

Befugniß der Regierungen zur Einziehung der in Disziplinar-Untersuchungen wider Verwaltungsbeamte entstandenen Kosten 58. 5, 207.

Unverdentliche Verjährung, s. Verjährung.

Unzucht, Bestrafung gewerbsmäßiger Unzucht 53. 254.

Auslegung der §§. 44 und 144 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs 54. 5, 184.

Das Verhältniß zwischen Schwiegereltern und Schwiegerkindern im Sinne des §. 141 des Strafgesetzbuchs bleibt auch alsdann noch bestehen, wenn die Ehe, durch welche dasselbe entstanden war, durch Tod oder Ehescheidung getrennt worden ist 54. 127.

Erforderniße zur Anwendung des §. 147 des Strafgesetzbuchs 58. 330.

Urbarien, Beweiskraft Schlesischer konfirmirter Urbarien in Betreff des Rechts der Gutsherrschaft, von Rustikal-Grundstücken Laudemien zu fordern 44. 84.

Urbede, Streitigkeiten über die Entrichtung von Urbede sind vom Rechtswege ausgeschlossen 55. 58.

Urkunden (Dokumente).

Begriff des Wortes „Urkunde" im Sinne der Kabinets-Order v. 31. Dezember 1835 unter D. VIII. 40. 194; — desgl. im Sinne des Strafgesetzbuchs der §§. 247, 323, 54. 67. — Beurtheilung einer Schrift als Urkunde 56. 339. — Trockene auf eigene Order ausgestellte Wechsel sind als Urkunden im Sinne des §. 247 des Strafgesetzbuchs nicht anzusehen 59. 58.

Ausfertigung der zur Allerhöchsten Vollziehung gelangenden Urkunden auf dauerhaftem Papier 41. 350. — Stempelung von Briefpapier zum Verbrauch zu Urkunden, welche nach dem Auslande gehen 44. 208.

Legalisation Kaiserlich Russischer Dokumente 39. 34; — desgl. der von einem Notar der Petersburger Börse aufgenommenen Urkunden 39. 311.

Inwiefern aus Urkunden, welche vor ausländischen Gerichten oder Notaren aufgenommen worden sind, Eintragungen in das Hypothekenbuch erfolgen können 39. 82.

Nachweis der Qualität und Kompetenz der Aussteller ausländischer Urkunden 39. 311.

Welche Urkunden dieseitige Gesandte und Residenten an auswärtigen Höfen in Privatangelegenheiten aufzunehmen und zu beglaubigen berechtigt sind 42. 95.

Konkurrenz der Appellationsgerichte bei Legalisation von Urkunden 49. 287.

Entwurf eines Gesetzes über die Ausstellung öffentlicher Urkunden in den Deutschen Unionsstaaten 50. 366.

Urkundenfälschung, Begriff und Bestrafung der Urkundenfälschung 52. 278; 53. 41; 55. 377; 56. 339.

Inwiefern die Ausfüllung eines mit dem Accept versehenen Wechselformulars ohne den Willen des Acceptanten als Urkundenfälschung dem §. 248 des Strafgesetzbuchs unterliegt 56. 320.

Fragestellung an die Geschworenen bei dem Verbrechen der Urkundenfälschung 58. 316.

Inwiefern die betrügliche Erlebung eines Postvorschusses durch Quittung auf dem Brief-Couvert als Urkundenfälschung anzusehen ist 59. 67.

s. auch Fälschung.

Urlaub, Ertheilung des Urlaubs an Friedensrichter in der Rheinprovinz 39. 218; — desgl. der Friedensgerichtsschreiber 58. 350.

Verfahren bei Beurlaubung der Justizbeamten und deren Vertretung aus Staatsfonds 43. 103. — Beschränkung der Urlaubsertheilungen 49. 244.

Vermeidung von Urlaubsgesuchen 48. 207. — Stempelpflichtigkeit derselben und der darauf zu ertheilenden Bescheide 49. 395. — Verrechnung des Stempels als Gerichtskosten (Instr. zu §. 16 des Gesetzes v. 10. Mai 1851) 52. 114.

Verfahren bei Beurlaubung der Rechtsanwalte und Notare 53. 378.

Urlaubsüberschreitung, Verwendung des gegen einen richterlichen Beamten wegen Ueberschreitung des Urlaubs im Wege des Disziplinarverfahrens entzogenen Theils seines Diensteinkommens 55. 102.

Utensilien, gleichmäßige Behandlung der Ausgaben für Utensilien in den Rechnungen der gerichtlichen Salarien-Kassen 43. 34.

Verfahren, wenn die Herstellung von Utensilien für Justizbehörden den Betrag von 20 Thalern nicht erreicht 43. 67.

Vorschriften über die Führung von Inventarien über die vorhandenen Utensilien 43. 276.

Aus welchem Fond die Kosten für Utensilien bei den aus Staatsfonds zu unterhaltenden Gefängnissen und Geschäftslokalien der Gerichte zu bestreiten sind 45. 99; 50. 2, 335.

Befugniß der Gerichte erster Instanz zur Anschaffung von Utensilien und zur Vornahme von Gebäude-Reparaturen bis zur Höhe von zehn Thalern 52. 310.

Digitized by Google

V.

Vagabonden, s. Landstreicher.
Valangin, Bezeichnung des Fürstenthums Neufchatel und Valangin als Fürstenthum Neuenburg und Valendis 45. 87.
Valendis, s. Valangin.
Varrentrap, Dr., Jahrbücher der Gefängnißkunde und Besserungs-Anstalten 42. 372.
Väterliche Gewalt, Rechtsbeständigkeit der von einem unter väterlicher Gewalt stehenden großjährigen Sohne geschlossenen lästigen Verträge in der Mark 52. 159.
Verbrechen, Verpflichtung der Staatsanwaltschaft zur Erstattung vorläufiger Anzeigen an den Justiz-Minister über erhebliche und besonderes Aufsehen erregende Verbrechen 49. 460; 53. 302.
Die Kompetenz des Verfahrens richtet sich nach der Qualität des Verbrechens, nicht nach der Person des Verbrechers 51. 37.
Zusammenstellung der von den Beamten der Staatsanwaltschaft in Untersuchungssachen zu machenden Mittheilungen 51. 230.
s. auch Staatsanwaltschaft.
Führung der Repertorien bei den Gerichten erster Instanz in Untersuchungssachen wegen Verbrechen 51. 233.
Inwiefern eine Theilung des Antrags auf Bestrafung bei Verbrechen und Vergehen, welche von Mehreren begangen sind, zulässig ist 52. 111.
Begriff des §. 34 des Strafgesetzbuchs in Betreff der strafbaren Verleitung zu Verbrechen 53. 57.
Verfahren bei Bekanntmachung der wegen Verbrechen rechtskräftig verurtheilten Personen durch die Amtsblätter 53. 98.
Gegen einen freigesprochenen Angeschuldigten kann wegen desselben Verbrechens eine neue Untersuchung nicht eingeleitet werden 53. 376.
Abhandlung über die Strafbarkeit des Versuchs eines Verbrechens 53. 201. — Bestrafung des Versuchs der Verleitung zum Meineide 54. 20, 88.
Fortdauernde Wirkung der Konnexität in dem Falle, wo derjenige außer Verfolgung gesetzt wird, durch dessen That die Kompetenz des höheren Gerichts begründet wurde 54. 115.
Die Frage, ob ein Rückfall vorliege, ist in Ansehung der vor Erlaß des Strafgesetzbuchs abgeurtheilten Fälle nach der ergangenen Entscheidung zu beurtheilen 54. 116.
Verfahren der Dorfgerichte bei vorkommenden Verbrechen 54. 206.
Bei der Konkurrenz mehrerer selbstständiger Verbrechen ist nicht mehr nothwendig, auf sämmtliche dadurch begründete Strafen vereint bis zum höchsten Maaß der für das schwerste Verbrechen bestimmten Freiheitsstrafe zu erkennen 54. 283.
Bestrafung der Verbrechen, welche von Inländern gegen die in Ausübung ihres Amtes befindlichen ausländischen Beamten im Auslande begangen werden 55. 184.
Inwiefern die Verjährung von Verbrechen durch jede Handlung eines mit der Ausübung der Strafgewalt beauftragten Beamten oder des Gerichts unterbrochen wird 55. 348.
Inwiefern der Civilrichter bei Entschädigungsklagen aus strafbaren Handlungen an die Feststellungen des Strafrichters gebunden ist 57. 59.
Kostenansatz in Untersuchungen wegen Verbrechen (Gesetz v. 10. Mai 1851 §. 52) 52. 114.
Gebühren der Rechtsanwalte als Vertheidiger (Instr. zu §§. 22 ff. des Tarifs zum Gesetz v. 12. Mai 1851) 52. 145.
Verbrecher, Detention der Verbrecher bis zum Nachweise des ehrlichen Erwerbes in Polizei-Gefangenanstalten und Deckung der damit verbundenen Kosten 39. 261.
Welche Gerichte im Königreich Polen kompetent sind, Requisitionen wegen Auslieferung flüchtiger Verbrecher zu erlassen und umgekehrt, dieselbigen Requisitionen zu genügen 44. 186; 58. 10, 74.
s. auch Auslieferung, Jugendliche Verbrecher.
Vermeidung des Transports von Verbrechern an Sonn- und Festtagen 46. 126; 56. 318.
s. auch Transport, Transportkosten.
Abhandlung über das Verfahren gegen abwesende und flüchtige Verbrecher 51. 162.
Wiederentziehung der in den Zuchthäusern aufgewendeten Verpflegungskosten aus dem Vermögen der Sträflinge 53. 326.
Behandlung der zur Deportation verurtheilten Verbrecher in England 54. 46.
Verdienst-Medaillen, fremde Verdienst-Medaillen sind nach dem Tode des Besitzers nicht abzuliefern 40. 252.
s. auch Denkmünzen.
Vereine, s. Aktien-Gesellschaften, Besserungs-Anstalten, Bezirks-Vereine, Bürgerrettungs-Institute, Chausseebau-Angelegenheiten, Freiwillige Jäger, Kredit-Institute, Sterbekassen-Vereine.
Vereinigungsrecht, Einschreiten der Gerichte gegen strafbaren Mißbrauch des Vereinigungsrechts 48. 338.
Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember 1848, Abhandlung über die Modifikation der §§. 3 und 6 des Gesetzes über die Presse vom 17. März 1848 durch die Verfassungs-Urkunde 49. 248.
Vereidung der Beamten auf die Verfassung 50. 42; — desgl. der Unteroffiziere, welche zur probeweisen Beschäftigung als Boten und Exekutoren bei den Civilgerichten angenommen worden sind 50. 197.
Rechtliche Folgen der von einem Staatsbeamten verweigerten Eidesleistung auf die Verfassung 50. 222.
Vergehen, Zusammenstellung der von den Beamten der Staatsanwaltschaft in Untersuchungen wegen Vergehen zu machenden Mittheilungen 51. 230. — s. auch Staatsanwaltschaft.
Führung der Repertorien in Untersuchungen wegen Vergehen bei den Gerichten erster Instanz 51. 233.
Gefängnißstrafen wegen Vergehen sind in der Regel in den gerichtlichen Gefängnissen abzubüßen; doch können auch Gefängnißstrafen von längerer Dauer als sechs Monaten in den von dem Ministerium des Innern refortirenden Strafanstalten vollstreckt werden 51. 367.
Inwiefern eine Theilung des Antrags auf Bestrafung bei Verbrechen und Vergehen, welche von Mehreren begangen sind, zulässig ist 52. 111.
Begriff des §. 34 des Strafgesetzbuchs in Betreff der strafbaren Verleitung zu Vergehen 53. 57.
Entwurf eines Gesetzes betreffend, einige Abänderungen der Bestimmungen über die Kompetenz der Gerichte zur Untersuchung und Entscheidung wegen Vergehen 53. 62, 63.
Wirkung der Konnexität von Vergehen mit Verbrechen 54. 115.

Digitized by Google

Inwiefern die Rückfallsstrafe bei Vergehen anzuwenden ist, welche vor Erlaß des Strafgesetzbuchs begangen worden sind **54**. 116.

Bestrafung der Vergehen, welche von Inländern gegen die in Ausübung ihres Amtes befindlichen ausländischen Beamten im Auslande begangen werden **55**. 184.

Inwiefern die Verjährung von Vergehen durch jede Handlung eines mit der Ausübung der Strafgewalt beauftragten Beamten oder des Gerichts unterbrochen wird **55**. 348.

Bäreaumäßige Behandlung der Untersuchungen wegen Vergehen **53**. 346; **55**. 206; **56**. 283.

Unzulässigkeit der Voruntersuchung im Sinne der §§. 42 ff. der Verordnung vom 3. Januar 1849 bei Vergehen **57**. 12.

Form der Anklageschrift in Vergehenssachen **59**. 90.

Inwiefern und unter welchen Formen eine Vergehenssache auf Grund der Konnexität vor das Schwurgericht gebracht werden kann **59**. 100.

Kostenansatz in Untersuchungen wegen Vergehen (Gef. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Gebühren der Rechtsanwalte als Vertheidiger (Instr. zum Tarif zu §§. 22 ff. des Gef. v. 12. Mai 1851) **52**. 145.

Vergiftung, die Beibringung von relativ untauglichen Mitteln zum Zweck der Vergiftung ist als thatsächliches Merkmal eines strafbaren Versuchs anzusehen **55**. 34.

Vergleich, Einziehung der Kosten, wenn ein Prozeß durch Vergleich beendigt wird (Instr. zu §. 1 c. des Gef. v. 10. Mai 1851) **52**. 114; (desgl. zu §. 4 des Tarifs zum Gesetze) **52**. 126; (desgl. zu §. 6 des Tarifs) **52**. 126; (desgl. zu §. 12 des Tarifs) **52**. 126.

Gebühren der Rechtsanwalte, wenn der Prozeß durch Vergleich beendigt wird (Instr. zu §§. 2, 3, 4, 21 ff. des Tarifs zum Gef. v. 12. Mai 1851) **52**. 145.

s. auch Rechtsanwalte.

Verhaftung, Instruktion für die Wachen in Hinsicht auf die von ihnen vorzunehmenden Verhaftungen **44**. 98; **50**. 358.

Verhaftung angeschuldigter Personen 50. 389; **54**. 147, 287; **57**. 201.

s. auch Ergreifung.

Verhandlungen, s. Protokolle.

Verhandlungs-Maxime, Verhandlungs-Maxime des Richters mit besonderer Rücksicht auf die Verordnungen vom 1. Juni 1833 und 21. Juli 1846. **49**. 272.

Verjährung. 1) Allgemeine Bestimmungen.

Aufforderung an die Obergerichte zur gutachtlichen Aeußerung über den Erlaß eines Gesetzes zum Zweck der Aufhebung aller provinziellen und statutarischen Vorschriften, welche dem Gesetze wegen Einführung kürzerer Verjährungsfristen entgegenstehen **40**. 95.

Anwendung des Gesetzes v. 31. März 1838 über die Einführung kürzerer Verjährungsfristen **40**. 173. — Erläuterungen des Gesetzes **41**. 109; **43**. 204; **44**. 118.

Eine Klagebeantwortung, wobei sich der Anmeldende jede gerichtliche Verfügung behufs Einleitung des Verfahrens verbittet, unterbricht die Verjährung nicht **41**. 65.

In dem im Preußischen Landrecht von 1721, Buch 3, Tit. 1, Art. 2, §. 7 gebrauchten Ausdruck „res publica" ist eine Bestimmung über die Frist der Akquisitiv-Verjährung contra fiscum enthalten **40**. 295.

Was unter dem im §. 579 Tit. 9 Thl. I. Allg. Landrechts gebrauchten Ausdruck „an sich zur Erlangung des Eigenthums geschickter Titel" zu verstehen ist **41**. 160.

Erforderniß der Mittheilung jeder zur Unterbrechung der Verjährung geeigneten Klageanmeldung mit der darauf erlassenen Verfügung an die Gegenpartei, auch wenn sie keinen Prozeß zur Folge hat **43**. 204.

Erwerbende Verjährung der rerum universitatis nach Sächsischem resp. gemeinem deutschen Rechte **42**. 299.

Durch die unvordenkliche Verjährung des gemeinen Rechts können solche Rechte nicht begründet werden, an denen, als persönlichen, ein juristischer Besitz nicht stattfindet **45**. 16. — Erforderniß der undordenklichen Verjährung seit der Einführung des Allg. Landrechts in den vormals Sächsischen Provinzen **45**. 237.

Anwendung der kurzen Verjährungsfristen, wenn die Gewährleistung wegen der von dritten Personen gemachten Eigenthums-Ansprüche gefordert wird **48**. 50.

Ein affirmatives Recht kann auch als Gegenleistung für ein entsprechendes Recht des Verpflichteten durch Akquisitiv-Verjährung erworben werden **49**. 208.

Zur Erwerbung von Grundgerechtigkeiten durch Verjährung wird auch seit Einführung des Allg. Landrechts im Herzogthum Magdeburg gegen den Fiskus die 44jährige Verjährungsfrist erfordert **50**. 383.

Einzelne fiskalische Stationen können gegen einander keine Rechte in Bezug auf das Staatsvermögen durch Verjährung erwerben **50**. 435.

2) Verjährung in Civilsachen.

a) Verjährung von Berechtigungen. Auslegung des §. 164 der Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821, wonach die Fortsetzung einer vor Publikation derselben angefangenen Verjährung bei im §. 2 daselbst bezeichneten Berechtigungen unzulässig ist **39**. 43.

b) Verjährung von Zinsen. Verzögerungszinsen sind der zehnjährigen Verjährung nicht unterworfen **39**. 128; **46**. 131.

Verjährung vorbedungener Zinsen nach eingetretenem Verzuge des Schuldners **46**. 131.

c) Verjährung von Stempeln. Zulässigkeit des Rechtsweges über den Einwand der Verjährung eines geforderten Erbschaftsstempels **41**. 122.

d) Verjährung von Servituten. Berechnung der Verjährungsfrist der Servituten in denjenigen Landestheilen, in welchen eine Zeit lang das Französische Gesetzbuch gegolten hat **41**. 160.

e) Verjährung durch Nichtgebrauch **41**. 190, 307; **44**. 148.

f) Verjährung von Gerichtskosten. Zeitpunkt des Eintritts der Verjährung der ausstehenden Gerichtsportein derjenigen Gerichte, in deren Jurisdiktionsbezirk das Preußische Landrecht vom Jahre 1721 gilt **43**. 174.

Verjährung der Gerichtskosten in Hypothekensachen **48**. 147.

Eintritt der Verjährung für die Nachforderung von Kosten (Instr. zu §§. 5, 7 des Gef. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

g) Verjährung von Entschädigungsansprüchen. Ob bei Entschädigungsansprüchen aus Handlungen, die einen in der Zukunft sich erneuernden Schaden nach sich ziehen, die nach §. 54 Tit. 6 Thl. I. Allg.

Digitized by Google

Landrechts eintretende Verjährung das ganze Recht, oder nur die einzelnen Entschädigungsfälle trifft **46**. 131.
Verjährungsfrist bei Geltendmachung eines außer dem Falle eines Kontrakts erlittenen Schadens **50**. 189.
Verjährung einer Schadens-Ersatzforderung **52**. 354.
h) Verjährung der Einrede. Abhandlung über die Verjährbarkeit der Einrede wegen fehlerhafter Beschaffenheit **47**. 198.
i) Verjährung von Holz- und Waldgerechtsamen durch Gemeindemitglieder **48**. 104.
k) Erwerbung durch Verjährung, Erwerbung des Hütungsrechts einer Gemeinde durch Verjährung nach gemeinem Recht **52**. 183.
l) Unterbrechung der Klageverjährung durch Litisdenunziation **53**. 310.
3) Verjährung in Strafsachen und bei Uebertretungen.
Verjährung der Disziplinarstrafen wegen Nichtbeachtung militairischer Dienstvorschriften **52**. 164.
Unterbrechung der Verjährung in Strafsachen **53**. 151; **55**. 348.
Verjährung der Polizei-Uebertretungen **53**. 239.
Inwiefern strafbare Handlungen auch während des Laufes der Untersuchung verjähren **56**. 366.
Verjährung von Gewerbe- Kontraventionen bei solchen Gewerben, zu deren Beginn eine besondere polizeiliche Genehmigung erforderlich ist **54**. 269; **58**. 259.
4) Besondere Bestimmungen.
Zeitpunkt des Erlöschens der Kompetenz der Reichsgerichte in den verschiedenen Landestheilen und Verjährung der bei denselben unerledigt gebliebenen Prozesse **39**. 287, 330.
Löschung der im Hypothekenbuche eingetragenen Altentheile nach dem Tode des Berechtigten auf Grund des Ablaufs der für die möglichen Rückstände vorgeschriebenen vierjährigen Frist **41**. 343.
Zulässigkeit des Rechtsweges über die angeblich durch Verjährung erworbene Befreiung von Deichlastverpflichtungen **53**. 374.
Inwiefern gegen die Verbindlichkeit zur Entrichtung öffentlicher Abgaben und Steuern der Einwand der Verjährung geltend gemacht werden kann **57**. 117, 173; **59**. 53, 107.
Frist, binnen welcher ein Prinzipal von seinem Verwalter Rechnungslegung zu fordern berechtigt ist **59**. 27.
Verleger, Angabe des Verlegers auf den Druckschriften **56**. 114.
Verleitung, zu Verbrechen oder Vergehen, s. diese.
Verletzende Aeußerungen, Verfahren, wenn verletzende Aeußerungen über Behörden und Beamten in Immediat-Bittschriften und Beschwerden enthalten sind **42**. 53. — s. auch Beleidigungen.
Verlorene Sachen, inwiefern eine verlorene und demnächst von einem Anderen gefundene Sache in das Eigenthum des Finders übergeht **59**. 139. — s. auch Gefundene Sachen.
Vermächtnisse, s. Nachlaßsachen.
Vermiether, s. Miether.
Vermögensverwaltung, s. Rechtsanwalte.
Vermuthung, der im §. 28 Tit. 13 Thl. 1. Allg. Gerichts-Ordnung mitausgesprochene Satz „daß keine Thatsache und keine Veränderung vermuthet wird", enthält einen Rechtsgrundsatz im Sinne des §. 4 Nr. 1 der Verordnung vom 14. Dezember 1833. **49**. 220.
Verpflegungskosten,
1) der gerichtlichen Gefangenen;
Ermächtigung der Obergerichte zur Genehmigung von Verträgen wegen Verpflegung und Beköstigung der gerichtlichen Gefangenen, sowie für Lieferung und Besorgung der Leibwäsche **44**. 97.
Verrechnung der Verpflegungs- und Bekleidungskosten der Gefangenen **45**. 148; **58**. 266, 374; **59**. 10.
Darstellung der Verpflegungs-, Transport und Bekleidungskosten in den Jahresrechnungen der gerichtlichen Salarienkassen nach Maaßgabe des §. 20 der Instruktion vom 1. März 1852. **52**. 266.
Wiedereinziehung der Haft- und Verpflegungskosten der gerichtlichen Gefangenen **58**. 266, 374.
Anwendung des neuen Landesgewichts bei Abmessung der Verpflegung der gerichtlichen Gefangenen **58**. 358.
Verpflegungskosten der Schuldgefangenen, s. Alimente.
2) der Untersuchungs-Gefangenen;
Erstattung der Verpflegungs- und Transportkosten und Zehrgelder für Verhaftete in Untersuchungssachen bei Requisitionen der Gerichtsbehörden untereinander **41**. 346.
Aufbringung der Kur- und Verpflegungskosten für die wegen Krankheit oder Schwangerschaft aus der Haft entlassenen Untersuchungs-Gefangenen **48**. 110.
3) der Festungs-Gefangenen;
Alimentationskosten unbemittelter Festungs-Civil-Stubengefangenen **47**. 367; **57**. 410.
4) der Polizei-Gefangenen;
Vollstreckung der bis zum Nachweise des ehrlichen Erwerbes erkannten Detentionen in Polizei-Gefangen-Anstalten und Deckung der damit verbundenen Kosten **39**. 261.
Ansatz von Heizungs-, Reinigungs- und Verpflegungskosten für die Aufnahme städtischer Polizeigefangenen in die gerichtlichen Gefängnisse **56**. 182.
5) der Sträflinge.
Wiedereinziehung der in den Zuchthäusern aufgewendeten Verpflegungskosten aus dem Vermögen der Sträflinge **53**. 326.
Bekleidung der aus den Gerichtsgefängnissen an die Strafanstalten abzuliefernden Zuchthaussträflinge **56**. 274.
s. auch Kassenwesen, Landstreicher.
6) Verpflegung von Armen, s. Armensachen, Armenverband.
Verpflichtung, Gebühren für die Einführung und Verpflichtung der Justizbeamten **50**. 135; **52**. 302.
Verpflichtungs-Protokolle, Stempelpflichtigkeit der Verpflichtungs-Protokolle und Verrechnung der Stempel als Gerichtskosten (Instr. zu §. 16 des Gesetzes vom 10. Mai 1851) **52**. 114.
Versäumnißkosten, Festsetzung der Versäumnißkosten der Parteien und Zeugen **39**. 315.
Verschwender, Kostenansatz bei Verschwendern, welche unter Vormundschaft stehen (Instr. zu §. 7 Nr. 6 des Gesetzes vom 10. Mai 1851) **52**. 114. (Instr. zu §§. 42, 43 des Tarifs zum Gesetz vom 10. Mai 1851) **52**. 126.
Versetzung, Benachrichtigung der Regierungs-Hauptkassen durch die Appellationsgerichte von jeder Versetzung eines Beamten, welcher Kaution bestellt hat **51**. 10.
Versetzungs-Gesuche, Stempelpflichtigkeit der Versetzungs-Gesuche und der darauf zu erlassenden Bescheide **49**. 395.

Digitized by Google

Versetzungskosten, welchen in Folge der Verordnung vom 2. Januar 1849 versetzten Beamten Versetzungskosten zustehen 49. 296.

Versicherung an Eidesstatt, s. Eidesstattliche Versicherung.

Versicherungs-Anstalten, Kostenansatz bei Assekuranz-Streitigkeiten (Instr. zu §. 5 des Tarifs zum Gesetz vom 10. Mai 1851) 52. 126.

Inwiefern den Versicherungs-Anstalten Kostenfreiheit bewilligt ist (Instr. zu §. 4, Nr. 6 des Gesetzes vom 10. Mai 1851) 52. 114.

s. auch Berlin, Colonia, Gotha, Rentenversicherungs-Anstalt.

Versuch, Abhandlung über die Strafbarkeit des Versuchs eines Verbrechens 53. 201.

Zu den die wesentlichsten Merkmale eines strafbaren Versuchs bildenden Thatsachen gehört auch der Umstand, ob der Angeklagte solche Handlungen vorgenommen habe, welche einen Anfang der Ausführung des beabsichtigten Verbrechens enthalten 54. 67.

Bestrafung des Versuchs der Verleitung zum Meineide 54. 20; — desgl. der Vergiftung durch relativ untaugliche Mittel 55. 34; — desgl. eines Zwanges durch Drohung 55. 356; — desgl. der Bestechung von Zoll- und Steuerbeamten 56. 175; — desgl. der Unterschlagung 59. 170.

Vertheidiger, Portopflichtigkeit der Gebühren der Defensoren in unvermögenden Untersuchungen 40. 83.

Für die Briefe des Vertheidigers dürfen nur die Kopialien liquidirt werden 43. 206.

Termingebühren der Justiz-Kommissarien als Vertheidiger in Untersuchungssachen 43. 206.

Gebühren der Vertheidiger in den nach der Verordnung vom 3. Januar 1849 geführten Untersuchungen 49. 380.

Gebühren der Vertheidiger nach dem Gesetze vom 12. Mai 1851 (Instr. zu §§. 22 ff. des Tarifs) 52. 145.

Vertheidiger in Untersuchungssachen dürfen keine Kopialien liquidiren (Instr. zu §. 2 des Gesetzes vom 12. Mai 1851) 52. 142; (Instr. zu §. 27 des Tarifs) 52. 145.

Rechtsanwalte können nicht gezwungen werden, über das, was ihnen in ihrer Eigenschaft als Vertheidiger von dem Angeklagten mitgetheilt worden, Zeugniß abzulegen 53. 353.

Anwendung des Art. 20 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 für das ganze Untersuchungsverfahren 56. 377.

Frauenspersonen können im Strafverfahren weder als Vertheidiger, noch als Vertreter zugelassen werden 56. 377.

Befugniß der Rechtsanwalte, als Vertheidiger des Angeklagten auch ohne Vollmacht desselben die Appellation anzumelden und zu rechtfertigen 59. 23.

Vertheidigung, Zulässigkeit zur eigenen selbstständigen Vertheidigung in Rechtssachen bei dem Ober-Tribunal von Seiten solcher Parteien, welche zum Richteramte nicht qualifizirt sind 47. 333.

Vertheidigung in Strafsachen, in welchen Fällen die Zuziehung eines Vertheidigers in Untersuchungssachen nothwendig ist 50. 122.

Ob bei Untersuchungen wegen Verbrechen in dem Audienztermin erster Instanz für den nicht erschienenen Angeklagten ein Vertreter oder Vertheidiger zugelassen werden darf 51. 206.

Ob ein Rechtsanwalt befugt ist, die ihm von dem Angeschuldigten angetragene Vertheidigung abzulehnen 51. 215.

Die Benachrichtigung des Vertheidigers eines nicht verhafteten Angeklagten von der Anberaumung des Audienz-Termins in der Appellations-Instanz ist lediglich Sache des Angeklagten 51. 293.

Die Ignorirung neuer Thatsachen und Beweismittel in der Appellations-Instanz nach Ablauf der zehntägigen Frist ist eine Beschränkung der Vertheidigung 54. 162.

Verfahren der Gerichte bei dem Antrage des Angeklagten auf Erhebung des Defensionalbeweises, zur Vermeidung der Nichtigkeit ihrer Entscheidung 55. 198.

Die unzulässige Beschränkung der Vertheidigung macht das Erkenntniß und das demselben vorangegangene Verfahren nichtig 55. 200.

Inwiefern die unterlassene Bekanntmachung von der Anordnung einer kommissarischen Zeugenvernehmung an den Angeschuldigten als eine Beschränkung der Vertheidigung anzusehen ist 55. 391.

Nichtigkeit des Verfahrens, wenn der Vertheidiger darüber, ob die Thatsache durch das Bekenntniß des Angeklagten als festgestellt zu erachten ist, nicht gehört worden ist 56. 83.

Inwiefern die Ablehnung einer Zeugenvernehmung als Beschränkung der Vertheidigung geltend gemacht werden kann 57. 270.

Rechtsanwalte sind als Vertheidiger des Angeklagten befugt, für denselben die Appellation anzumelden und zu rechtfertigen, ohne daß es einer besonderen Vollmacht dazu bedarf 59. 23.

Zulassung von Vormündern als Vertreter in Untersuchungssachen gegen ihre Mündel 59. 290.

Verträge. 1) Aufforderung an die Obergerichte zur Berichterstattung über die Eintragungsfähigkeit solcher Verträge über inländische unbewegliche Güter, welche vor ausländischen Gerichten oder Notaren aufgenommen worden sind 39. 243. — Eintragungsfähigkeit von Privat-Kontrakten 41. 37.

2) Abtretungsverträge, s. Ablösung, Auseinandersetzung, Gemeinheitstheilungen.

3) Pachtverträge, s. diese.

4) Lästige Verträge. Befugniß des Konkurs-Kurators zur Anfechtung von lästigen Verträgen zwischen dem Gemeinschuldner und seinem Ehegatten oder seinen Verwandten 40. 328.

5) Verträge mit blinden und zugleich tauben Personen, Verfahren bei Abschließung derselben 41. 151.

6) Gesellschafts-Verträge. Inwiefern bei bestehenden Gesellschaftsverträgen einzelne Gesellschafter aus den von einem derselben Namens der Gesellschaft mit einem Dritten abgeschlossenen Rechtsgeschäften solidarisch verpflichtet sind 43. 76.

7) Verträge der in statutarischer Gütergemeinschaft lebenden Eheleute in der Stadt Duisburg 43. 251.

8) Wirkung mündlicher Abreden bei dem Vorhandensein schriftlicher Verträge 45. 35.

9) Bürgschaft der Frau. Zur rechtlichen Gültigkeit der aus einem zweiseitigen von einer Manns- und einer Frauensperson gemeinschaftlich errichteten Vertrage nach §. 232 Tit. 14 Thl. I. Allg. L. R. vermutheten Bürgschaft der Frau ist eine vorangegangene Warnung der letzteren erforderlich 45. 95.

10) Rücktritt. Bedingungen des Rücktritts von einem blos mündlich geschlossenen Vertrage nach §§. 155 ff. Tit. 5 Thl. I. A. L. R. 51. 251.

Digitized by Google

11) Besondere Bestimmungen.

Inwiefern Jemand aus einem schriftlichen Vertrage verpflichtet wird, welcher nicht von ihm, sondern in seinem Auftrage von einem Anderen mit seinem Namen unterschrieben worden ist **55**. 30.

Nothwendigkeit der Konzession zur Abschließung von Verträgen, welche die Beförderung von Auswanderern zum Gegenstande haben **58**. 107.

12) Kosten. Aufhebung der Kostenermäßigung für Verträge über bäuerliche Besitzungen in Westphalen (Instr. zu §. 4 des Gesetzes vom 10. Mai 1851) **52**. 114.

Einlegung der Kosten bei Verträgen (desgl. zu §. 10 Nr. 4) **52**. 114.

Tarif für einseitige Verträge (Instr. zu §§. 16—19 des Tarifs zum Gesetze vom 10. Mai 1851) **52**. 126; — desgl. für mehrseitige Verträge (ebend. zu §§. 17—20) **52**. 126.

Hinzurechnung des Werthstempels resp. des Ausfertigungsstempels zu den Kostenansätzen (Instr. zu §. 24 des Tarifs zum Gesetze vom 10. Mai 1851) **52**. 126.

s. auch Acceptation, Accessorische Verbindlichkeiten.

13) Stempel. Werthstempel bei Verträgen wegen Gutsübertragungen von Ascendenten an Abkömmlinge, ihrer in Gütergemeinschaft lebenden weiblichen Descendenten **40**. 150.

Verfahren bei Feststellung und Verwendung des Stempels zu solchen Lieferungsverträgen, bei deren Abschluß der Umfang der Lieferungen und der im Ganzen zu leistenden Zahlung sich nicht übersehen läßt **40**. 202.

Berechnung des Stempels zu einem Vertrage, durch welchen ein bereits vollzogener Kaufvertrag aufgehoben wird **42**. 96.

Stempel bei zweiseitigen Verträgen zwischen einer fiskalischen Behörde und einem an sich zur Entrichtung des Stempels verpflichteten Kontrahenten **43**. 292.

Verhaftung der Produzenten für die Stempelstrafe bei mehrseitigen Verträgen **55**. 238.

s. auch Kaufverträge.

14) Gebühren der Rechtsanwalte für die Entwerfung von Verträgen (Instr. zu §. 30 des Gesetzes vom 12. Mai 1851) **52** 142.

15) Gebühren der Notare für die Aufnahme und Ausfertigung von Verträgen (Instr. zu §. 6 des Gesetzes vom 11. Mai 1851) **52**. 152.

Gebühren für die Lizitation unbeweglicher Sachen (Instr. zu §. 9 des Gesetzes vom 11. Mai 1851) **52**. 152.

s. auch Accessorische Verbindlichkeiten.

Verwahrloste Kinder, Anstalten zur Besserung derselben, s. Jugendliche Verbrecher, Kinder.

Verwalter, Frist, binnen welcher ein Privatval von seinem Verwalter Rechnungslegung zu fordern befugt ist **59**. 27.

Verwaltungsbeamte, Zulässigkeit des Rechtsweges in Beziehung auf die Beschlagnahme des Diensteinkommens von Verwaltungsbeamten **52** 391.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die Pensionirung von Verwaltungsbeamten in den Hohenzollernschen Landen **58**. 143.

Verwaltungsbehörden, Mittheilungen an die Verwaltungsbehörden in Untersuchungen wegen Betteln, Landstreichens und Arbeitsscheuen **39**. 261; **51**. 230; **53**. 123; **56**; 286; **57**. 194.

In dem Tenor eines Erkenntnisses darf die Aufhebung eines von den Administrationsbehörden angeordneten Interimistikums nicht ausgesprochen werden **39**. 355.

Befugniß der Verwaltungsbehörden zum Erlaß allgemeiner Polizeiverordnungen und Strafbestimmungen **45**. 34.

Verhältniß der Kompetenz-Konflikten zwischen den Gerichten und Verwaltungsbehörden **47**. 344; **51**. 58; **56**. 86.

Verhältniß der Verwaltungsbehörden in der Rheinprovinz zu den Friedensrichtern daselbst **50**. 119.

Die Entscheidung der Frage, ob das Einkommen eines Beamten, insoweit davon die Berufung desselben als Geschworener abhängig ist, mindestens 500 Thaler betrage, gebührt nicht dem Schwurgerichtshofe, sondern der Verwaltungsbehörde **51**. 294.

Kostenfreiheit für die auf Requisition der Verwaltungsbehörden auszuführenden Geschäfte (Instr. zu §. 3 des Ges. vom 10. Mai 1851) **52**. 114.

s. auch Regierungen.

Verwandte, Schwiegereltern und Schwiegerkinder gehören nicht zu denjenigen Personen, unter welchen das Gesetz eine Schenkung vermuthet **41**. 56.

Verzugszinsen, Zeitpunkt des Eintritts der Verpflichtung des Fiskus zur Zahlung von Verzugszinsen **40** 341. — Verzugszinsen des Fiskus bei der condictio indebiti **40**. 366.

s. auch Verjährung.

Vicinalweg, s. Wege.

Vidimation. s. Beglaubigung.

Vieh, wegen eines polizeilich abgepfändeten Stücks Vieh findet in Betreff dessen Rückgabe oder Erstattung des Schadens der Rechtsweg nicht statt **55**. 215.

Vikareien, inwieweit dieselben Kostenfreiheit genießen (Instr. zu §. 4 Nr. 4 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Vindikationsklage, Unzulässigkeit der Vindikationsklage gegen Expropriationen, welche zu öffentlichen Zwecken ausgeführt worden sind **54**. 270.

Vize-Feldwebel, Berechnung der Vize-Feldwebeln und Vize-Wachtmeistern bei ihrer Anstellung zu Civildienste zu machenden Gehaltsverbesserungs-Abzüge **54**. 27.

Vollmacht, welche Erfordernisse einer Vollmacht für wesentlich zu erachten sind **39**. 16.

Spezial-Vollmachten zur Erbebung gerichtlich deponirter Gelder durch Notare in der Rheinprovinz und in Neuvorpommern **39**. 183.

Die in Prozeßangelegenheiten einem Rechtsanwalte ertheilte Vollmacht wird durch den Tod des Machtgebers nicht aufgehoben **40**. 272. — Laufet eine den ganzen Rechtsstreit umfassende Vollmacht in den Vor-Instanzen auf Substitutionsbefugniß, so ist der betreffende Sachwalter als ermächtigt anzusehen, einen der bei dem Ober-Tribunal angestellten Justiz-Kommissarien zur Vertretung seiner Partei in dem letzten Rechtszuge zu substituiren **47**. 331. — Die schriftliche Uebertragung einer Prozeßvollmacht durch den Bevollmächtigten auf einen Substituten ist nicht stempelpflichtig **48**. 432.

Der Oheim gehört zu denjenigen Verwandten, welche die gesetzliche Präsumtion einer Vollmacht für sich haben **40**. 337.

Form der Vollmacht einer Innung zur Bewilligung der Löschung eingetragener Gerechtsame **40** 391; — desgl. der von Inländern im Auslande zur Erhebung der bei diesseitigen

Digitized by Google

Gerichten deponirten Gelder und anderen Sachen auszustellenden Vollmachten **43**. 60. — desgl. der von einer Ehefrau auf ihren Ehemann ausgestellten Vollmacht **47**. 177. — desgl. der Genehmigung eines auf Grund mündlich ertheilter Vollmacht abgeschlossenen Geschäfts von Seiten des Machtgebers **50**. 205.

Prokura-Gebühren der Justiz-Kommissarien in summarischen Prozessen zweiter Instanz **43**. 61.

Stempel. Zu den von Ausländern im Auslande ausgestellten Vollmachten kann nur der einfache Vollmachtsstempel gefordert werden **43**. 79. — Stempelpflichtigkeit der Prozeßvollmacht, wenn dieselbe den Auftrag enthält, mehrere Forderungen oder Ansprüche, welche zusammen 50 Thaler oder darüber betragen, einzuklagen **43**. 142. — Die den Notariats-Instrumenten beizufügende Registratur ist kein besonderes Attest, welches einen besonderen Stempel unterliegt, sondern der Ausfertigungs-Klausel bei gerichtlichen Instrumenten gleich zu achten, daher es zur Ausfertigung einer von einem Notar aufgenommenen Vollmacht nur eines Stempels von 15 Sgr. bedarf **43**. 206. — Verrechnung des Stempels zu Vollmachten als Gerichtskosten (Instr. zu §. 16 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Justiz-Kommissarien, welche Eintragungs- und Löschungsgesuche einreichen, erscheinen durch die Beibringung der gerichtlichen oder notariellen Instrumente hinreichend legitimirt und bedürfen dazu keiner Vollmacht **44**. 93.

Erfordernisse der Vollmacht einer städtischen oder ländlichen Gemeinde in Schlesien zur Verhandlung vor dem Schiedsmann **44**. 153.

Verfahren bei Erforderung von Erklärungen oder Vollmachten von Preußischen im Auslande befindlichen Unterthanen **44**. 207.

Die Aufforderung zur Beantwortung einer eingeführten Revisionsbeschwerde kann gültig auch zu den Händen des seitherigen Bevollmächtigten des Revisen erfolgen **47**. 331.

Gebühren für die Aufnahme von Vollmachten (Instr. zu §. 16 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 126.

s. auch Bevollmächtigte.

Voluntärgerichte, Instruktion über die Kompetenz der Voluntärgerichte im Bezirk des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein **52**. 234. — Ergänzende und abändernde Bestimmungen dazu **57**. 206.

Auf die Voluntärgerichte am Ostrhein findet das Sportelgesetz v. 10. Mai 1851 keine Anwendung (Instr. zu §. 2 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Vorfluth, Gesuche und Verhandlungen in Vorfluths-Angelegenheiten bei Verwaltungsbehörden sind stempelfrei **39**. 243.

Auslegung des Gesetzes v. 15. November 1811 wegen des Wasserstaues bei Mühlen und Verschaffung von Vorfluth **48**. 301, 439; **49**. 211.

Fortdauernde Anwendbarkeit des Vorfluth-Edikts für Schlesien v. 20. Dezember 1746. **50**. 91.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen polizeiliche Anordnungen über die Räumung eines Grabens zur Verschaffung von Vorfluth **53**. 220.

Inwiefern Streitigkeiten über Vorfluths-Angelegenheiten dem Rechtswege unterworfen sind **55**. 218.

Verantwortlichkeit der Mühlenbesitzer bei Kontraventionen gegen die Vorfluthgesetze **55**. 243.

Vorkaufsrecht, s. Lehnwesen.

Vorladung. Vorladung der im §. 106 Thl. I. Tit. 50 der Allg. Gerichts-Ordnung bezeichneten Konkursgläubiger **39**. 165.

Vorladung zum Appellations-Rechtfertigungs-Termine im summarischen Prozesse **39**. 285; — desgl. im ordentlichen Prozesse **39**. 358.

Insinuation der Vorladungen in Klagesachen der Dorfgemeinden **41**. 72.

Verfahren bei Vorladung auswärtiger Zoll- und Steuer-Kontravenienten **44**. 207; **54**. 374; **57**. 82.

In Uebertretungs- und Zuchtpolizeisachen haben nur Zustellungen an den Beschuldigten in Person oder an seinem Wohnsitze rechtliche Wirkung **55**. 86.

Vorladung des Angeklagten zum Audienz-Termin zweiter Instanz **56**. 42.

Verfahren der Gerichte bei Vorladungen an Parteien, welche sich in Ausland aufhalten **57**. 82.

Vormund, Verpflichtung des Vormundes zu Eidesleistungen in Prozessen seiner Pflegebefohlenen **39**. 143.

Beaufsichtigung der Vormünder und Abfassung und Einsendung der von ihnen einzureichenden Erziehungsberichte **40**. 192; **44**. 90, 70; **45**. 17, 63, 201, 220; **59**. 374.

Auslegung der §§. 578 und 579 Tit. 18 Thl. II. A. L. R. in Betreff des Verkaufs von Grundstücken aus freier Hand **43**. 55.

Verpflichtung des Vormundes und der vormundschaftlichen Gerichte, für die Sicherstellung des Grundeigenthums der Pflegebefohlenen und der denselben zustehenden dinglichen Rechte an fremden Grundstücken durch Eintragung in das Hypothekenbuch zu sorgen **43**. 102.

Zulassung von Vormündern als Vertreter in Untersuchungssachen gegen ihre Mündel **59**. 290.

Vormundschaftssachen, inwieweit die Vormundschaftsbehörde bei anderweitiger Verheirathung des Vaters für die Sicherstellung des Vermögens der Kinder zu sorgen hat **41**. 10. — Unter den im §. 169 Tit. 2 Thl. II. A. L. R. erwähnten Kapitalien der Kinder, über welche die Verwaltung des Vaters eingeschränkt ist, sind auch solche zu verstehen, für welche von dem Vater den Kindern besondere Sicherheit (Spezial-Hypothek) bestellt worden ist **47**. 78.

Verfahren, wenn die überlebende Wittwe mit Uebergehung minderjähriger Kinder von ihrem Ehemanne zur Universal-Erbin berufen ist **41**. 71.

Verfahren, wenn der Mutter der Kuranden über deren Großjährigkeit hinaus der Nießbrauch an dem Vermögen derselben zusteht **43**. 152.

Zu einer Veräußerung mit der Substanz des Grundstücks einer minorennen Ehefrau ist außer dem Konsense des Ehemannes und des Vaters derselben, auch noch die Einwilligung des vormundschaftlichen Gerichts erforderlich **43**. 181. — Minorenne, unter Vormundschaft stehende Ehefrauen folgen dem Gerichtsstande ihrer Ehemänner **48**. 7. — Ob ein Vertrag über die Veräußerung eines zur Gütergemeinschaft gehörigen Grundstücks, welches der Ehemann eingebracht hat, wenn die Ehefrau minderjährig ist, der Genehmigung des vormundschaftlichen Gerichts zu seiner Gültigkeit bedarf **51**. 281.

Verfahren bei Requisitionen wegen Aufnahme von Quittungen und Generalverzichten gewesener Pflegebefohlenen, oder deren Erben **44**. 158. — Requisitionen um Aufnahme einer gerichtlichen Quittung und Decharge Seitens vormaliger Pflegebefohlenen können unterbleiben, wenn gar keine Vermögensverwaltung stattgefunden hat **44**. 82.

Digitized by Google

Ob die Prodigalitäts-Erklärung eines Minderjährigen für zulässig zu erachten ist **45**. 173.

Gültigkeit eines von dem Vormunde für den Mündel ohne Genehmigung des Vormundschaftsgerichts abgeschlossenen Vertrages **46**. 211.

Form des von der Vormundschaftsbehörde für bevormundete Stipendienbewerber um ein Stipendium der Universität Halle a. d. S. auszustellenden Bedürftigkeits-Zeugnisses **50**. 167.

In welchen Fällen die Vormundschaft über die zur Zuchthausstrafe verurtheilten Personen einzuleiten ist **52**. 324.

s. auch Minderjährige.

Stempelfreiheit der Ausfertigung von Erbrezessen in unvermögenden Vormundschaften, wenn sie blos für die unvermögenden Kuranden bestimmt sind **41**. 327. — Verhandlungen über die Großjährigkeits-Erklärungen solcher Minorennen, deren Vermögen während der Minderjährigkeit abhorbirt worden ist, sind stempelfrei **43**. 151.

Stempelpflichtigkeit von Majorennetäts-Erklärungen der unter väterlicher Gewalt stehenden minderjährigen Söhne **42**. 51. — Stempelpflichtigkeit der in Vormundschafts- und Kuratelsachen zu den gerichtlichen Akten einzureichenden Taxscheine der Pflegebefohlenen **51**. 210. — Die Stempel zu Attesten in Vormundschaften sind als Gerichtskosten zu verrechnen (Instr. zu §. 16 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Portofreiheit der Geldsendungen in armen Vormundschaftssachen bei Kommunikation der Land- und Stadtgerichte mit den von ihnen ressortirenden Gerichts-Kommissionen und Gerichtsämtern **41**. 355; **52**. 287; **54**. 411.

Kosten. Aeltere Bestimmungen. Verfahren bei dem Kostenansatze in solchen Vormundschaftssachen, in welchen der Theil der Revenüen-Ueberschüsse, welcher gesetzlich zur Berichtigung von Kosten für vormundschaftliche Geschäfte verwendet werden darf, zur Deckung der sämmtlichen entstandenen Kosten unzureichend ist **40**. 393. — In welchen Fällen Vormundschaften kostenfrei zu bearbeiten sind **41**. 14; **43**. 151. — Verfahren bei Behandlung der Kosten und Auslagen bei Requisitionen und Aufträgen in Vormundschaftssachen **43**. 53. — Kostenansatz in Vormundschaftssachen **43**. 98; **49**. 305.

Kostenansatz nach dem Gesetze vom 10. Mai 1851: Welche Kosten aus dem Vermögen minderjähriger taubstummer und geisteskranker, unter Vormundschaft stehender Personen erhoben werden können (Instr. zu §. 7 des Ges.) **52**. 114; — (Instr. zu §§. 42 ff. des Tarifs) **52**. 126. — Großjährige Personen und Verschwender haben keinen Anspruch auf Stundung von Kosten (Instr. zu §. 7 Nr. 6 des Ges.) **52**. 126. — Liquidation der Kosten in Vormundschaftssachen (Instr. zu §. 10 Nr. 3 des Ges.) **52**. 114. — Kostenansatz in den vor dem 1. Januar 1852 eingeleiteten Vormundschaften (Instr. zu §. 21 des Ges. und §§. 41 ff. zum Tarif) **52**. 114, 126.

Vormundschaftswesen, ein Vater bedarf weder zur Entsagung einer seinem minderjährigen Kinde angefallenen Erbschaft, noch zu deren Antretung ohne Vorbehalt einer Autorisation des vormundschaftlichen Gerichts **39**. 334.

Zulässigkeit der von den Ablösungsbehörden in einem Kollektivschreiben anzubringenden Anträge wegen Ertheilung der obervormundschaftlichen Autorisation für die bei der Ablösung konkurrirenden Vormünder **39**. 335.

Erforderniß der Zustimmung des vormundschaftlichen Gerichts zur Veräußerung und Verpfändung von Grundstücken an den Orten, wo Lübisches Recht gilt, wenn der überlebende Ehegatte mit den Kindern die Lübische Gütergemeinschaft fortsetzt **39**. 350.

Zur Veräußerung der Grundstücke von Minderjährigen, welche noch unter väterlicher Gewalt stehen, bedarf es der Genehmigung des Justiz-Ministers nicht; die Vormundschaftsbehörde ist zur selbstständigen Ertheilung des Veräußerungs-Konsenses befugt **39**. 353. — In welchen Fällen es hierbei der Genehmigung der Vormundschaftsbehörde bedarf **41**. 8.

Befugniß der Vormundschaftsbehörde zur Ertheilung der Dispensation von dem öffentlichen Verkaufe unbeweglicher Güter der Pflegebefohlenen, wenn auch das Gebot die Taxe nicht erreicht **39**. 359.

Die Vormundschaftsbehörden haben bei eigener Vertretung keine Darlehne auf städtische Grundstücke zu bewilligen, welche nicht innerhalb der ersten Hälfte des Werthes versichert worden; die Belegung auf Pfandbriefe, Staatsschuldscheine oder bei der Bank ist vorzuziehen **40**. 151. — Verfahren bei Ausleihung von Mündelgeldern **42**. 315.

Anweisung an die Vormundschaftsbehörden zum Nachweis der Ehrentitel ihrer Kuranden im Königreich Polen **40**. 362.

Zulässigkeit der gegenseitigen Uebertragung von Vormundschaften zwischen Gerichten der Rheinprovinz und den Gerichten der übrigen Provinzen **41**. 100.

Verfahren bei Veräußerung von Pupillen-Grundstücken im Wege der freiwilligen Subhastation **41**. 101.

Kompetenz der Vormundschaftsbehörden zur unmittelbaren Beaufsichtigung und Verwaltung von Familienstiftungen **41**. 117.

Zum Abschlusse von Verträgen mit tauben Personen, welche zugleich blind sind, ist denselben ein Vormund zu bestellen **41**. 151.

Inwieweit ein Obergericht befugt ist, die obere Leitung einer Vormundschaft einem Untergericht zu delegiren **41**. 220.

Verfahren, wenn ein Vater sich mit seinen Kindern auseinandergesetzt hat und seinen Wohnort verändert **41**. 220.

Befugniß der Vormundschaftsgerichte, aus rechtskräftigen Erkenntnissen wider Schuldner ihrer Pflegebefohlenen bei dem betreffenden Prozeßrichter Exekutionsanträge unmittelbar einzureichen **42**. 22.

Verfahren bei Requisitionen um Mittheilung laufender Vormundschaftsakten **42**. 102. — Formular zum Repertorium über laufende und devenirte Vormundschafts- und Kuratel-Akten **54**. 198; **59**. 375.

Dem Minderjährigen, welcher nach Einführung des Allg. Landrechts in Westphalen die Großjährigkeit oder veniam aetatis erlangt hat, steht hinsichtlich eines während der Herrschaft des früheren gemeinen Rechts geschlossenen Vertrages die Restitution zu **42**. 158.

Legung der Vormundschafts-Rechnungen und Verfahren bei Prüfung und Annahme derselben nebst einer Anleitung zur Rechnungsführung über das Vermögen der unter gerichtlicher Obhut stehenden Pflegebefohlenen **43**. 87.

Anwendung des §. 18 Tit. 1 Thl. II. A. L. R. auch auf den Fall, wenn die frühere Ehe des sich anderweit verheirathenden Ehemannes durch Ehescheidung getrennt worden ist **43**. 156.

Mitwirkung der Vormundschaftsgerichte bei Erbesauseinandersetzungen der Pflegebefohlenen, für welche der Erblasser befreite Vormünder ernannt hat **44**. 108.

Bevormundung unehelicher Kinder **47**. 281; **54**. 435.

Digitized by Google

Fürsorge für katholische Militair-Waisenmädchen von Seiten der Vormundschaftsbehörden **50**. 220.

Entwurf eines Gesetzes über die Verwaltung von Vormundschaften und Kuratelen, mit Ausschluß des Bezirks des Appellationsgerichtshofes in Cöln **51**. 178.

Kritik über die Abkürzung des Majorennitäts-Termins **51**. 339. — Aufforderung zur gutachtlichen Berichterstattung über eine etwaige Abkürzung des Majorennitäts-Termins **52**. 190.

Verfahren bei Entlassung bevormundeter Personen aus dem Preußischen Unterthanenverbande **53**. 427.

Abhandlung über die Frage, ob die Vormundschaft über eine Kuratin, welche sich mit einem Ausländer verheirathet, von den diesseitigen Gerichten fortgeführt werden muß **55**. 299.

Vornamen, die Anfangsbuchstaben eines Vornamens und des Geschlechtsnamens gelten als eine rechtsgültige Unterschrift bei Wechseln **48**. 449.

Vorschuß, s. Kostenvorschuß, auch Rechtsanwalte.

Vorspann, Zulässigkeit des Rechtsweges, wenn Jemand über die Gebühr belastet zu sein behauptet und deshalb Vergütigung verlangt **54**. 347.

Vorstellungen, s. Gesuche, auch Rechtsanwalte.

Voruntersuchung, Verfahren in der Voruntersuchung **49**. 387.

Unzulässigkeit der Voruntersuchung im Sinne der §§. 42 ff. der Verordnung vom 3. Januar 1849 wegen Vergehen **57**. 12.

Inwiefern der das Verfahren einstellende Beschluß der Rathskammer einer Wiederaufnahme der Voruntersuchung entgegenstehe **57**. 282.

Ein Richter, welcher in der Voruntersuchung die Staatsanwaltschaft vertreten hat, kann demnächst in derselben Sache nicht Mitglied des Schwurgerichts sein **59**. 446.

Vorzugsrecht, s. Priorität.

W.

Waagen, ungestempelte Waagen, welche im Besitze der Gewerbetreibenden befunden werden, sind der Konfiskation unterworfen **58**. 60.

Waaren, Berechtigung der Stromschiffer, die Fracht nach Ablieferung sämmtlicher Waaren von dem im Konnoissement bezeichneten Empfänger zu fordern **39**. 315.

Waarenbezeichnung, s. Fabrikzeichen.

Wachen, Instruktion für die Wachen in Hinsicht auf die von ihnen vorzunehmenden Verhaftungen **44**. 98; **50**. 358.

Wachtmeister, Berechnung der denselben bei ihrer Anstellung im Civildienste zu machenden Gehaltsverbesserungs-Abzüge **54**. 27.

Waffen, Unzulässigkeit des öffentlichen gerichtlichen Verkaufs verbotener Waffen **53**. 48.

Waffengebrauch, Instruktion über den Waffengebrauch für die Gefängniß-Aufsichtsbeamten **39**. 114. — Dieselbe ist nur für die unter Aufsicht der Gerichtsbehörden gestellten Gefangen-Anstalten gültig **39** Anstalten 157.

Befugniß der Forstbeamten zum Waffengebrauch gegen Holzdiebe **53**. 351; **56**. 131; **57**. 381.

Verfahren in Untersuchungen wegen Waffengebrauchs der Grenzbeamten **51**. 4.

Wahlmänner, Wahlmänner sind nicht berechtigt, für die in dieser Eigenschaft gemachten Reisen von der Gemeinde, von welcher sie gewählt sind, Reisekosten und Diäten zu fordern **50**. 120.

Wahlzettel, Angabe des Namens des Druckers und seines Wohnorts auf gedruckten Wahlzetteln **53**. 244.

Wahnsinnige, s. Geisteskranke.

Waisenhäuser, Kostenfreiheit derselben (Instr. zu §. 4 Nr. 2 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 113.

s. auch Potsdam, Militair-Waisenhäuser.

Waisenmädchen, s. Militair-Waisenhäuser.

Waisen-Unterstützungs-Anstalten, Bewilligung der Sportelfreiheit an die Wormannsche Waisen-Unterstützungs-Anstalt in Pleß **43**. 87.

Wald, s. Waldungen.

Waldenburg, Erweiterung der Jurisdiktion des Berggerichts in Waldenburg auf den Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Glogau **44**. 50.

Waldgerechtsame, Verjährung von Holz- und Waldgerechtsamen durch Gemeindemitglieder **48**. 104.

Waldprodukte, Verfahren bei Untersuchung und Bestrafung der Entwendung von Waldprodukten **39**. 250; **53**. 10, 243.

Das Beschälen der Bäume ist nicht als eine Entwendung von Waldprodukten, sondern als Forstfrevel zu bestrafen **40**. 64.

Vereidung der Forstbeamten in Betreff der Untersuchungen wegen Entwendung von Waldprodukten **40**. 398.

Gebühren der Gerichtsschreiber und Gerichtsvollzieher in Untersuchungen wegen Entwendung von Waldprodukten **41**. 328.

Kostenansatz nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 (Instr. zu §. 49 des Tarifs) **52**. 176.

Verfahren bei Vollstreckung der wegen Diebstahls an Holz- und anderen Waldprodukten erkannten Strafen nach dem Gesetze v. 2. Juni 1852. **54**. 29.

Waldstreu, Untersuchung und Bestrafung der Entwendung von Streuwerk aus den Waldungen **39**. 250.

s. auch Waldprodukte.

Waldungen (Bauberge-Markenwaldungen).

Fremdherrliche Waldungen. Verfahren bei Einziehung der gegen diesseitige Unterthanen wegen der in den benachbarten fremdherrlichen Waldungen begangenen Forstfrevel erkannten Geldstrafen **44**. 231.

Staats-Waldungen. Beifall der Verabfolgung des freien Baubolzes aus den Staats-Waldungen bei Staatsbauten **46**. 192; **48**. 314.

Privat-Waldungen. Wegfall der Remuneration der Forstrichter auch für die in Privat-Waldungen begangenen Forstdefraudationen **51**. 327.

Gemeinde-Waldungen. Streitigkeiten über die Theilnahme an Gemeinde-Waldungen werden, soweit sie sich

Digitized by Google

nicht auf einen speziellen Rechtstitel gründen, im Verwaltungswege entschieden 52. 92.

Strafbarkeit des Verkaufs von Gab- oder Loosholz in der Rheinprovinz 57. 43.

Unzulässigkeit des Rechtswegs, wenn durch Beschluß der städtischen Behörden Holz- und Weide-Nutzungen in den Gemeinde-Waldungen, deren Ertrag bisher an einzelne Mitglieder der Gemeinde vertheilt worden ist, in Kämmereivermögen verwandelt wird 58. 164.

Kompetenz der Auseinandersetzungsbehörden bei Streitigkeiten über die Theilung eines von mehreren Gemeindemitgliedern besessenen Waldes 59. 94.

Haubergs. Zulässigkeit des Rechtswegs bei Streitigkeiten darüber, ob ein bestimmtes Holzgrundstück zu der Gemeinschaft der Haubergs-Gesellschaft gehöre 58. 13.

Markenwaldungen. Anwendung des Forst-Organisations-Dekrets vom 22. Juni 1811 (Art. 11) in Betreff der Theilungen auf alle dem Staate mitangehörigen Markenwaldungen im Herzogthum Berg 42. 226.

Kompetenz der General-Kommissionen zur Entscheidung von Streitigkeiten über Entschädigung für Entholzung eines Gemarkenwaldes in den bei ihnen schwebenden Auseinandersetzungen 54. 407.

s. auch Forsten.

Waldwärter, s. Forstbeamte.

Wallachei. Glaubwürdigkeit der Verhandlungen, welche von den Königlich Preußischen Konsulaten in der Türkei und den Fürstenthümern der Moldau und der Wallachei in ihrer Eigenschaft als richterliche Behörden aufgenommen werden 46. 144.

Wandeläcker, Fassung des Patents bei Subhastationen mehrerer auf Einem Hypothekenfolium eingetragenen sogenannten Wandeläcker 41. 146.

Wandeläcker, wenn sie allein, ohne Verbindung mit einer ländlichen zur Landwirthschaft bestimmten Wohnung verkauft worden, sind nicht als Rustikalstellen im Sinne der Kab.-Ordre vom 14. April 1832 anzusehen 41. 182.

Zusammenwirken der Regulirungs- und Hypothekenbehörden bei Feststellung der Besitzverhältnisse sogenannter Wandeläcker, welche durch Gemeindetheilungen betroffen werden 42. 184.

Wanzleben, s. Justiz-Organisation.

Warburg (Kreis), Statuten des Vereins zur Regulirung des Kapital-Schuldenwesens der städtischen und bäuerlichen Grundbesitzer im Kreise Warburg 44. 136. — Nachtrag dazu 48. 67.

Warschau, Verfahren bei Requisitionen des Ober-Polizeimeisters der Stadt Warschau 42. 28; 44. 207.

Wartegebühren, s. Rechtsanwalte.

Wartegeld, Verfahren zur Verminderung von Ueberhebungen des Wartegeldes der Invaliden 39. 46; 42. 144; 44. 179; 56. 90.

Inwiefern eine Beschlagnahme des Militairwartegeldes im Wege der Exekution zulässig ist 39. 83.

Zahlung der Wartegelder an die zur Disposition gestellten Justizbeamten 49. 304.

Vorschriften über die Wiedereinziehung oder Belassung von Wartegeldern der im Civildienste angestellten oder beschäftigten versorgungsberechtigten Offiziere und Militairbeamten 58. 66.

Wartegeld-Empfänger, Umzugs- und Reisekosten der Wartegeld-Empfänger bei anderweiter Anstellung 48. 460.

Wasser (Wasserstau). Zulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über die Räumung eines Wasserzuges 40. 128; — desgl. bei Streitigkeiten wegen Beeinträchtigung einer Mühle im Gebrauche des Wassers 48. 391; — desgl. bei Streitigkeiten über die Erniedrigung eines Wehrs 48. 439; — desgl. über die Wegschaffung einer den Wasserlauf eines Baches hemmenden Anlage 49. 381; — desgl. bei Widerspruch gegen neue Bewässerungsanlagen, durch welche einer Mühle das Wasser entzogen wird 49. 488; — desgl. über die Frage, ob ein Wasserlauf als ein Privatgewässer oder als ein öffentlicher Fluß zu erachten sei 56. 178.

Zuziehung der Bergmeister als Sachverständige bei der Instruktion der sogenannten Berg-Wasserentziehungs-Prozesse 41. 3. — Entschädigung des Grundeigenthümers für die Entziehung des Wassers durch den Bergbau 49. 184.

Unter Gräben und Kanälen im §. 100 Tit. 8 Thl. I. A. L. R. sind Privatflüsse nicht zu verstehen; den Eigenthümern der letzteren liegt daher die Verbindlichkeit nicht ob, den Ablauf des Wassers in denselben zu unterhalten 44. 199.

Auslegung des § 5 des Gesetzes vom 15. November 1811 wegen des Wasserstaues bei Mühlen und Verschaffung von Vorfluth 49. 211. — Inwiefern der Rechtsweg gegen Anordnungen der Behörden über die Höhe des Wasserstaues einer Mühle zulässig ist 56. 119.

Unzulässigkeit der Possessorienklage, wenn beim vorhandenen Wassermangel das Wasser eines Privatbachs auf Anordnung der Polizeibehörde aufgestaut und der städtischen Wasserleitung zugeführt wird, um die Stadt mit dem nöthigen Wasser zu versehen 58. 363.

Verpflichtung der Ufereigenthümer zur Zurückleitung des Wassers bei Benutzung von Privatflüssen 54. 74.

Bestrafung der Müller wegen des Aufstauens des Wassers über den Merkpfahl 55. 355.

Wasserbauten, Gebühren- und Stempelfreiheit für Verhandlungen und Akten hinsichtlich der Geldentschädigungen für die zur Anlegung von Kanälen und Flußbauten abgetretenen Ländereien 44. 120.

Inwiefern der Rechtsweg gegen die von der Polizeibehörde angeordnete Forschaffung eines Wasserbaues zulässig ist 55. 146.

Verfahren bei Streitigkeiten, welche in der Provinz Schiesien über die zur Regulirung der großen Flüsse oder zum Schutze ihrer Ufer erforderlichen Wasserbauten entstehen 58. 175.

Inwiefern von den betheiligten Gemeinden Entschädigungsansprüche wegen der in Folge neuer Gesetze ausgeführten Strom- und Deichregulirungen im Wege Rechtens geltend gemacht werden können 58. 254.

s. auch Buhnen.

Wasserkuren, inwiefern nichtapprobirte Aerzte befugt sind, Wasserkuren anzuwenden 56. 42.

Wasserstand, Bestimmung des Wasserstandes in den Regierungsbezirken der Rheinprovinz zum Zwecke der Berechnung der gesetzlichen Breite des Freiufers 40. 318.

Kostenfreiheit des Verfahrens bei Setzung von Merkpfählen 56. 314.

Wasserstau, s. Wasser.

Digitized by Google

Wasserstraße, Bestrafung des Diebstahls auf einer Wasserstraße 51. 364.

Wechselsachen, inwiefern auch vor der Verfallzeit des Wechsels auf Sicherstellung eventuell in Verbindung mit einem Arrestgesuche wechselmäßig geklagt werden kann 40. 158.

Unzulässigkeit einer gemeinschaftlichen Klage gegen den Trassanten und Acceptanten eines Wechsels 42. 177.

Auch der Aussteller eines auf eigene Order lautenden Wechsels erhält durch dessen Einlösung nach dem Verfalltage nicht das Recht, selbigen weiter zu giriren 43. 162.

Auslegung des §. 993 Tit. 8 Thl. II. A. L. R. in Betreff der Vorzeigung des Wechsels an den Bezogenen 44. 106.

Ein von einem Nichtwechselfähigen acceptirter, an die Order des Ausstellers gezogener Wechsel gilt auch nicht als Anweisung, wenn zur Zeit des Accepts noch kein Indossament des Wechsels erfolgt war 44. 247.

Die dem Wechsel-Acceptanten gewährten Respittage finden auch bei domiziliirten Wechseln statt 45. 218.

Der Acceptant eines gezogenen Wechsels, der von dem Aussteller mit einer Unterschrift versehen ist, welche füglich die einer Firma sein kann, kann sich im Wechsel-Prozesse nicht mit dem Einwande schützen, daß der Wechsel nicht den §§. 277 und 278 Tit. 8 Thl. II. A. L. R. gemäß unterzeichnet sei 46. 38.

Ein wechselfähiger Gutsbesitzer kann dem dritten Inhaber eines von ihm ausgestellten trockenen Wechsels den Einwand nicht baar erhaltener Valuta nicht entgegensetzen, wenn er das Indossament schriftlich ohne Vorbehalt genehmigt hat 46. 111.

Bei der Klage des Bezogenen gegen den Wechselaussteller auf Erstattung des in Folge der Tratte Gezahlten ist es Sache des Ausstellers, den Einwand zu beweisen, daß der Bezogene vollständige Deckung von ihm erhalten hat 46. 171.

Ob das im zweiten Absatz des §. 28 der Verordnung vom 21. Juli 1846 angeordnete Mandatsverfahren auch in Wechselsachen bei Forderungen bis 50 Thaler Anwendung findet 47. 340.

Begriff der Bezeichnung „Preußisch Kourant oder Werth" bei Wechseln in den westlichen Provinzen der Monarchie 47. 345.

Legitimation des Ausstellers des Wechsels im Wechsel-Prozesse 48. 115.

Form der Unterzeichnung kaufmännischer Wechsel 48. 449.

Rechte des Indossatars einer kaufmännischen Assignation gegen den Aussteller derselben 49. 472.

Erfordernisse der Wechsel-Proteste in Bezug auf den Ausdruck „Bemerkungen" Art. 88 der Deutschen Wechsel-Ordnung 53. 6.

Wechselfähigkeit der Ehefrauen 53. 145; 54. 153. — Zusammenstellung der in den Jahren 1849 bis 1853 bei dem Stadtgericht in Berlin geführten Wechsel-Prozesse 54. 141, 153.

Bemerkungen über die allgemeine Wechselfähigkeit 54. 153; 57. 85.

Wechsel „nach Sicht" sind für gültige Wechsel zu erachten 55. 406.

Inwiefern die Ausfüllung eines mit dem Accept versehenen Wechselformulars ohne den Willen des Acceptanten strafbar ist 56. 320.

Stempelpflichtigkeit der Wechsel 59. 236.

Stempelstrafe bei eigenen (trockenen) Wechseln 57. 67; — desgl. bei gezogenen Wechseln 58. 198.

Zusammenstellung der Entscheidungen des Ober-Tribunals über das Wechselrecht 57. 137.

Die durch Erregung eines Irrthums veranlaßte Ausstellung oder Annahme eines Wechsels enthält eine Vermögensbeschädigung im Sinne des §. 241 des Strafgesetzbuchs 58. 43.

Ueber die Natur der auf eigene Order ausgestellten trocknen Wechsel 59. 58.

Ob die sogenannten promissory notes des Englischen und Amerikanischen Rechts für trockene Wechsel zu erachten sind 59. 195.

Gebühren der Gerichtsvollzieher in der Rheinprovinz für Wechselproteste, mit welchen Interventionen verbunden sind 42. 155.

Kostenansatz in Wechselsachen (Instr. zu §. 5 des Tarifs zum Ges. v. 10. Mai 1851) 52. 126.

Wege, Verpflichtung der Stadtgemeinden zum Schadensersatz aus vernachlässigter Unterhaltung von Straßen, Brücken und Wegen 47. 301.

Verpflichtung der Grundbesitzer in Westpreußen und im Netzdistrikte zur Unterhaltung der Wege 48. 95.

Die dem Tarif zur Erhebung des Chausseegeldes v. 29. Februar 1840 beigefügten Strafbestimmungen sind an die Stelle der dem früheren Tarif v. 28. April 1828 angehängten Vorschriften getreten und finden auf alle öffentlichen chaussirten Wege Anwendung 54. 417.

Zulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über das Eigenthum an den zu Gemeindewegen verwendeten Grundstücken 53. 58. — desgl. über Streitigkeiten wegen Benutzung der von den Eisenbahn-Gesellschaften zum Vortheil der angrenzenden Grundstücke angelegten Wege 53. 91; 57. 443. — desgl. bei Streitigkeiten darüber, ob ein bestehender Weg nach den gesetzlichen Kriterien eine Landstraße und demgemäß vom Fiskus zu unterhalten sei 55. 89, 419. — desgl. bei Streitigkeiten zwischen dem Fiskus und einer Privatperson über die Verpflichtung zur Pflasterung eines Weges 55. 323.

Inwiefern der Rechtsweg gegen die von der Polizeibehörde festgesetzte Richtung eines Kommunikationsweges zulässig ist 48. 291; 52. 312; 55. 419; 59 124. — desgl. bei Streitigkeiten über die Benutzung eines Privatweges zur Anfuhr von Holz oder Naturalien für die Schule 56. 14. — desgl. gegen Anordnungen der Polizeibehörde wegen Instandsetzung eines öffentlichen Weges 56. 23, 243. — desgl. gegen Beschlüsse der Kreisstände über Beiträge zu Wegebauten 56. 29. — desgl. gegen Verfügungen der Polizeibehörden, wodurch die Sperrung eines zur Umgehung einer Chaussee-Hebestelle geeigneten Weges angeordnet wird, 56. 117. — desgl. gegen die von der Polizeibehörde angeordnete Anlage eines Fußweges 58. 332.

Inwiefern gegen Anordnungen der Landes-Polizeibehörde, welche die Verbindlichkeit des Privatbesitzers einer Wegezoll-Gerechtigkeit betreffen, der Rechtsweg und insbesondere die Negatorienklage zulässig ist 57. 78.

Inwiefern eine Entschädigungsklage gegen die durch polizeiliche Anordnungen entzogene Fahrgerechtigkeit über einen Platz zulässig ist 59. 211.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Verfügungen der Regierung, durch welche ein Weg für einen öffent-

Digitized by Google

lichen erklärt wird 51. 203; 53. 59; 54. 180; 57. 36; 58. 291; 59. 61. 148. — Unzulässigkeit der Klage auf Wiederherstellung des früheren Zustandes gegen die im wege- und sicherheitspolizeilichen Interesse getroffenen Anordnungen 56. 127. — Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Anordnungen der Regierung, durch welche ein Weg zum Vicinalweg erklärt wird 56. 155. — desgl. gegen polizeiliche Verfügungen, durch welche die Sperrung einer Passage im öffentlichen Interesse beseitigt wird 56. 207.

Unzulässigkeit der Possessorienklage gegen Anordnungen der Polizeibehörde wegen Verbreiterung eines Weges 50. 34. — desgl. gegen Anordnungen der Verwaltungsbehörden, durch welche die Sperrung eines öffentlichen Weges beseitigt wird 53. 179; 58. 291. — desgl. gegen polizeiliche Anordnungen, durch welche die Benutzung eines streitigen Fußweges im öffentlichen Interesse freigegeben wird 59. 61.

In der Rheinprovinz.

Unzulässigkeit der Possessorienklage gegen Anordnungen der Gemeindeverwaltung über die Richtung oder Erweiterung eines Gemeindeweges 51. 217; — desgl. gegen Anordnungen der Polizeibehörde, durch welche ein Weg gesperrt wird 52. 60.

Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die Einziehung von Straßen-Reparaturkosten im administrativen Wege 53. 95.

Befugniß der Regierungen in der Rheinprovinz zur Feststellung der Breite eines Gemeindeweges 56. 74.

s. auch Straße.

Wegeanlagen, Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen polizeiliche Anordnungen, welche die Anlage eines Weges zum Gegenstande haben 48. 291.

Zulässigkeit des Rechtsweges bei Entschädigungsklagen über Wegeanlagen 48. 292.

Inwiefern Streitigkeiten über eine neue Wegeanlage und über die Erstattung des dadurch erlittenen Schadens dem Rechtswege unterworfen sind 53. 162.

Wegebauten, die vor Einführung der französischen Gesetzgebung in den Theilen der Provinz Westphalen, welche vorübergehend das Ober-Ems-Departement gebildet haben, in Betreff der Wegebaulast bestandenen Provinzialgesetze sind für aufgehoben nicht zu erachten 48. 239.

Unzulässigkeit des Rechtsweges über ausgeschriebene Beiträge zu einem Gemeinde-Wegebau in der Rheinprovinz 52. 172; — desgl. gegen landesherrlich genehmigte Beschlüsse der Kreisstände über Beiträge zu Wegebauten 53. 67.

Wegegeld, unter Zollbefreiung im Sinne des §. 101 Tit. 15 Thl. II. Allg. Landrecht ist eine Befreiung von Wegegeld nicht zu verstehen 57. 2.

Wegegerechtigkeit, Zulässigkeit des Rechtsweges gegen die versagte freie Benutzung von Wegen 53. 139.

Wege-Ordnungen, das Kursächsische Straßenbau-Mandat v. 28. April 1781 ist für eine besondere Wege-Ordnung nicht zu erachten 53. 328.

Wehre, s. Mühlen.

Weichselmünde, Unterbringung solcher zum Festungsarrest verurtheilter Individuen in die Festung Weichselmünde, welche verdächtig sind, daß sie einen unerlaubten Verkehr nach Außen unterhalten werden 43. 26.

Weidegangsgeld in der Rheinprovinz, inwiefern Streitigkeiten darüber dem Rechtswege unterworfen sind 56. 54.

Weiberecht, Unzulässigkeit der Possessorienklage des Weideberechtigten gegen den Eigenthümer des Grundstücks 51. 383.

Weihnachtsopfergeld, s. Pfarr-Abgaben.

Weinberge, Zulässigkeit des Rechtsweges in Streitigkeiten über die Kadualität eines Weinberges 49. 215.

Wenden, Verfahren der Notare bei Verhandlungen mit Wenden, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind 43. 206.

Werkmeister, inwiefern ein Werkmeister als Vertreter des Fabrikherrn anzusehen ist 55. 27.

Wernigerode (Grafschaft), Anwendbarkeit der Amnestie-Order vom 11. November 1839 auf die Grafschaft Wernigerode 40. 60.

Werth, Begriff der Bezeichnung „Preußisch Courant oder Werth" bei Wechseln in den westlichen Theilen der Monarchie 47. 345.

Berechnung des Kapitalwerths von Leistungen und Nutzungen bei dem Kostenansatze nach dem Gesetze v. 10. Mai 1851 (Instr. zu §. 12 Nr. 3a. und 4 des Ges.) 52. 114; — desgl. des Werths des Streitobjekts (§§. 11, 12, 14 Nr. 3); — desgl. im Subhastations-Prozesse (§. 11 Nr. 6 des Tarifs) 52. 126; — desgl. in Hypothekensachen (§§. 25 und 28 des Tarifs) 52. 126; — desgl. bei Requisitionen (§. 60 des Tarifs) 52. 126.

Verfahren der Rechtsanwalte bei Liquidation ihrer Gebühren in Bezug auf die Berechnung des Werths des Objekts (Instr. zu §. 2 des Ges. v. 12. Mai 1851) 52. 142. — s. Rechtsanwalte.

Liquidation der Gebühren der Notare in Betracht des Werths des Objekts (Instr. zu §. 1 des Ges. v. 11. Mai 1851) 52. 152.

Werthersatzgelder, Einziehung und Verrechnung der Werthersatzgelder in Forstfrügesachen 54. 275; 59. 250.

Werthpapiere, Verfahren, wenn ein Werthpapier gegen ein Darlehen verpfändet, die Forderung eingeklagt ist und zur Exekution steht 39. 260.

Verfahren bei Wiedereinkourssetzung der unter öffentlicher Autorität auf jeden Inhaber ausgefertigten Papiere 43. 170. — Raumerspornitz dabei 46. 235. — Notare sind nicht befugt, Privatvermerke über die Wiedereinkourssetzung zu beglaubigen 43. 206.

Welche Eisenbahn-Aktien derjenigen Bahnen, welche zum Theil das Ausland und zum Theil das Inland berühren, als ausländische Papiere zu betrachten sind 44 7.

Führung von Listen über die auf jeden Inhaber lautenden Dokumente bei den gerichtlichen Depositerien 50. 111.

Verfahren bei Untersuchungen wegen Fälschung, Nachahmung oder Verbreitung falscher, als Geldzeichen umlaufender Papiere 50. 400; 51. 230; 56. 46. 343.

s. auch Staatspapiere.

Werthstempel, s. Stempel.

Wesel, Unterbringung solcher zum Festungsarrest verurtheilter Personen in die Festung Wesel, welche verdächtig sind, daß sie einen unerlaubten Verkehr nach Außen unterhalten werden 43. 26.

Westphalen. I. Ehemaliges Königreich.

Anspruch auf den Fünftelabzug in denjenigen Landestheilen, welche vormals zum Königreich Westphalen gehört haben 40. 295.

Digitized by Google

Verhältniß der Patrimonialgerichte, welche vormals zum Königreich Westphalen gehört haben, denen die Verwaltung der Polizeigerichtsbarkeit zusteht, zu den Regierungen und deren Organen 41. 239.

Verfahren bei Auf-gang von Deposital- und Mündelgeldern in den Landestheilen des ehemaligen Königreichs Westphalen 42. 315.

Zu den im §. 48 Tit. 1 der Hypotheken-Ordnung v. 20. Dezember 1783 verzeichneten gemeinen Lasten und Abgaben, welche keiner Eintragung bedürfen, gehört der von den Besitzern allodifizirter Lehngüter in dem ehemaligen Königreich Westphalen gesetzlich an den früheren Landesherrn zu entrichtende Allodifikationszins nicht 43. 119.

Konsens der Realberechtigten bei Dismembrationen 44. 35.

Die vor Einführung der Französischen Gesetzgebung in den Theilen der Provinz Westphalen, welche vorübergehend das Ober-Ems-Departement gebildet haben, in Betreff der Baulast bestandenen Provinzialgesetze sind für aufg. boden nicht zu erachten 48. 239.

II. Provinz Westphalen.

1) Mahljährige Wirthe. Verhältnisse derselben 39. 16; 45. 92.

2) Bäuerliche Erbfolge. Bäuerliche Erbfolge in Westphalen 39. 71. — Maaßregeln zur einstweiligen Abhülfe der durch das Gesetz vom 13. Juli 1836 veranlaßten Beschwerden 44. 11.

3) Altentheil. Verfahren bei Eintragung eines Altentheils bei bäuerlichen Kolonaten 39. 283.

4) Leibzucht. Verfahren bei Eintragung einer Leibzucht bei bäuerlichen Kolonaten 39. 283.

5) Abgefundene Kinder. Verfahren bei Eintragung des Ein- und Ausgangsrechts abgefundener Kinder bei bäuerlichen Kolonaten 39. 283. — Erbrecht der Ascendenten abgefundener Kinder 40. 291. — Erbrecht abgeschichteter Kinder 42. 192.

6) Gutsübertragungen. Anwendung des Werthstempels bei Gutsübertragungen von Ascendenten an Ehegatten ihrer in Gütergemeinschaft lebenden Descendenten 40. 150.

7) Gütergemeinschaft. Dispositionsbefugnisse des überlebenden Ehegatten bei bestehender Gütergemeinschaft hinsichtlich der zum gemeinschaftlichen Vermögen gehörenden, dem Gesetze über die bäuerliche Erbfolge in der Provinz Westphalen unterliegenden Bauergüter 43. 73.

Eheliche Gütergemeinschaft, wie sie in den Fürstenthümern Paderborn und Minden, sowie in der Grafschaft Ravensberg gilt 44. hinter Seite 176.

Nach den Grundsätzen der Münsterschen ehelichen Gütergemeinschaft ist der überlebende Ehegatte, der mit den Kindern in Gütergemeinschaft bleibt, befugt, auch Grundstücke, welche dem gehören, unter Lebenden einseitig, ohne Zustimmung des Kindes, zu veräußern 45. 170.

8) Grundsteuer-Kataster. Stempelfreiheit der Auszüge aus dem Grundsteuer-Kataster 39. 125.

Kostenfreie Benachrichtigung der bei dem Kataster angestellten Beamten von einem eingetretenen Güterwechsel 39. 306.

Verfahren bei Fortschreibung der Besitzveränderungen im Grundsteuer-Kataster 40. 34.

Verbindung der Hypothekenwesens mit dem Kataster und Beschaffung der Abschriften von Flurbüchern für die Hypothekenbehörden 40. 250. — Instruktion für die Hypothekenbehörden der Obergerichte der Provinz Westphalen 42. 67.

Mittheilung der Nachweisungen über die in der Provinz Westphalen vorkommenden Besitzveränderungen 51. 219.

9) Hypothekenwesen. Nachweisung des Titels, unter welchem ein Grundstück zehn Jahre lang besessen ist, bei Anlegung eines neuen Hypothekenfoliums 39. 226, 329. — Als Bescheinigung des zehnjährigen Besitzes genügt die eidesstattliche Versicherung der Zeugen; einer förmlichen Beweisführung derselben bedarf es nicht nothwendig 40 68. — Berichtigung des Besitztitels von Erbpachts-Grundstücken bei der ersten Regulirung des Hypothekenwesens auf Grund eines zehnjährigen titulirten Besitzes 40. 189.

Bezeichnung der einzelnen Gutsbestandtheile auf dem Titelblatte der einzelnen Hypothekenfolien nach dem neuen Grundsteuer-Kataster 40. 183.

Verbindung des Hypothekenwesens mit dem Kataster und Beschaffung von Abschriften der Flurbücher für die Hypothekenbehörden 40. 250; 42. 67.

Verfahren bei Regulirung des Hypothekenwesens 40. 261.

Ertheilung besonderer Rekognitions-Atteste über die vor dem 1. Januar 1815 und innerhalb des festgesetzten Präklusiv-Termins angemeldeten Realrechte 41. 26; 42. 43.

Instruktion wegen des bei Subdastationen von Realberechtigungen zu beobachtenden Verfahrens 41. 329.

10) Kirche. Geschichte der Quellen des Kirchenrechts in den Rheinprovinzen und Westphalen 40. 132; 44. 2.

Recht der Kirche im Herzogthum Westphalen, nach Ablösung des Zehnten die Sicherstellung des Ablösungs-Kapitals zu verlangen 50. 285.

11) Dienste. Die Beschränkung der Baudienste in Westphalen auf das Bedürfniß der Wirthschafts- und unentbehrlichen Wohngebäude des berechtigten Guts ist allein nicht hinreichend, um die Baudienste den gemessenen Diensten beizuzählen 41. 92.

12) Landgemeinde-Ordnung. Zeitpunkt der Anwendung der neuen Landgemeinde-Ordnung für Westphalen in den einzelnen Orten der Provinz und Fortdauer der bisherigen Kommunal-Verfassung bis zur Einführung der neuen Kommunalbehörden 42. 214, 215.

Vertretung der Landgemeinden in den Prozessen derselben durch den Amtmann resp. Vorsteher 46. 14.

13) Abgaben. Das im §. 1 des Gesetzes vom 24. Januar 1845 gestattete Einzugsgeld hat die Natur einer Gemeinde; gegen die Entscheidung der Regierung über die Verbindlichkeit zur Zahlung desselben findet der Rechtsweg nicht statt 48. 299. — Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über die Einziehung des Einzugsgeldes 51. 171.

Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Einziehung der Gemeindebeiträge zu den Kosten des jüdischen Kultus in Westphalen 54. 131.

14) Besondere Bestimmungen. Gerichtsstand der Bürgermeister in der Provinz Westphalen 40. 230.

Verbot des Verkaufs der Früchte auf dem Halm 40. 341.

Insinuation gerichtlicher Erlasse aus der Provinz Westphalen nach Frankreich, Belgien und den Niederlanden durch die betreffende diesseitige Gesandtschaft 41. 256.

Aufforderung an die Obergerichte der Provinz Westphalen zur Berichterstattung über das bei ihnen befolgte Verfahren in Betreff der Volljährigkeit der Juden 41. 252.

Digitized by Google

Dem Minderjährigen, welcher nach Einführung des Allg. Landrechts in Westphalen die Großjährigkeit oder veniam aetatis erlangt hat, steht hinsichts eines während der Herrschaft des früheren Gemeinen Rechts geschlossenen Vertrages die Restitution zu **42**. 156.

Reglement für die außergerichtlichen Auktions-Kommissarien in der Provinz Westphalen **43**. 42. — Zur außergerichtlichen Versteigerung von Immobilien sind die in der Provinz Westphalen angestellten Auktionatoren, als solche, nicht befugt **45**. 102.

Bestellung eines Unerbenrechts während der Zeit, da in Westphalen die Münstersche und Minden-Ravensbergsche Eigenthums-Ordnung durch die fremdherrliche Gesetzgebung außer Kraft gesetzt war **46**. 30.

Verpflichtung der Jagdberechtigten zum Ersatze des Wildschadens **52**. 11.

Zulässigkeit des Rechtsweges über die Ausübung der von einer Kommunalbehörde verpachteten Jagdgerechtigkeit **53**. 111.

Aufhebung der Kostenfreiheit für Verträge über bäuerliche Besitzungen in Westphalen (Instr. zu §. 4 des Ges. v. 10. Mai 1851) **52**. 114.

Verfahren bei Untersuchungen wegen unerlaubter Nachahmung von Fabrikzeichen in der Rheinprovinz und in Westphalen **54**. 99.

Fortdauernde Gültigkeit der Verordnung vom 13. Januar 1830 über die Kontrole des Salzverbrauchs **57**. 378.

Zulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten darüber, ob ein bestimmtes Holzgrundstück zu der Gemeinschaft der Haubergs-Gesellschaft gehört **58**. 13.

Inwiefern Beschlüsse der Gemeinde-Versammlungen über Nutzungsrechte der Gemeindemitglieder von diesen im Rechtswege angefochten werden können **59**. 367. 448.

Westpreußen, Verfahren bei Inkoursetzung Westpreußischer Pfandbriefe **41**. 282.

Fortdauernde Gültigkeit des für Westpreußen und den Netzdistrikt erlassenen Wege-Reglements vom 4. Mai 1796 **48**. 95.

Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über die Einziehung der Rauchfangsteuer in Westpreußen **53**. 200. s. auch Preußen.

Widersetzlichkeit: 1) bei Forst- und Jagdverbrechen. Zulässigkeit einer fiskalischen Untersuchung wegen Widersetzlichkeiten bei Forst- und Jagdverbrechen **39**. 312. — Begriff und Bestrafung der Widersetzlichkeit bei Forst- und Jagdverbrechen **42**. 109; **52**. 166.

2) gegen Militairpersonen. Verfahren in Untersuchungen wegen Beleidigung oder Widersetzlichkeit gegen Militairpersonen in Betreff der Frage, ob eine Militairperson im Dienste begriffen gewesen sei **43**. 218.

3) gegen Gensdarmen. Verfahren wegen Bestrafung der Widersetzlichkeit gegen Gensdarmen **43**. 279.

Verfahren der Gensdarmen bei Anzeige der gegen sie verübten Widersetzlichkeit **45**. 107.

Widerspruchsrecht, Verlust des Widerspruchsrechts gegen die Anlage von Wassermühlen und der dazu gehörigen Gräben, Schleusen und Wehre **41**. 300.

Widerwille, inwiefern tief eingewurzelter Widerwille für einen selbstständigen Ehescheidungsgrund zu erachten ist **40**. 32.

Wiederverheirathung, s. Ehescheidung.

Wiener Zeitung, Verfahren bei Insertionen in die Wiener Zeitung **43**. 96.

Wiesen, Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten über die Entschumpfung einer Wiese **58**. 103; — desgl. gegen die im Wege der administrativen Exekution erfolgte Beitreibung von Wiesenkultur-Kosten **58**. 327.

Wild, inwiefern Schwarz-, Roth- und Damm-Wildpret auch in der Schonzeit erlegt werden darf **39**. 12.

Wildland, s. Forstangelegenheiten.

Wildschäden, Suspension der angeordneten Berathung eines neuen Gesetzes wegen Abwendung und Vergütung von Wildschäden **39**. 12.

Verpflichtung der Jagdberechtigten zum Ersatze des Wildschadens in dem Herzogthum Westphalen **52**. 11.

Wind, zur Anwendung des §. 247 Tit. 15 Thl. II. A. L. R. ist es nicht erforderlich, daß die Bäume fofort bei ihrer Anpflanzung der Mühle den nöthigen Wind benehmen **49**. 260.

Windmühlen, s. Mühlen.

Winkelschriftstellerei (Winkelkonsulenten).

Aufforderung an die Obergerichte zur Berichtserstattung über das Verfahren gegen Winkelkonsulenten **39**. 136.

Inwiefern die Winkelschriftstellerei als Befassung mit der Ausübung eines öffentlichen Amtes nicht angesehen werden kann **55**. 111.

Die gewerbmäßige Abfassung von schriftlichen Aufsätzen für Andere in gerichtlichen Angelegenheiten unterliegt der Strafe des §. 177 der Gewerbe-Ordnung **59**. 83.

Wittgenstein (Thronlehn), Erneuerung des Thronlehns und Dispensation des Inhabers vom persönlichen Erscheinen **42**. 195.

Wittgenstein-Berleburg (Grafschaft), Instruktion vom 30. November 1839 über das bei Ablösung der standesherrlichen Prästationen in der Grafschaft Wittgenstein-Berleburg zu beobachtende Verfahren **40**. 50.

Wittwen, Erfordernis der Verwarnung einer Wittwe nach §§. 221 ff. Tit. 14 Thl. I. A. L. R. zur rechtlichen Gültigkeit der aus einem zweifeltigen Vertrage nach §. 232 ebend. vermutheten Bürgschaft **45**. 95.

Wittwenkassen.

1) Allgemeine Wittwen-Verpflegungsanstalt. Erforderniße zur Aufnahme in die Allgemeine Wittwen-Verpflegungsanstalt **59**. 42.

Kontrolirung des Einkaufs der Ehefrauen in die Allgemeine Wittwen-Verpflegungsanstalt von Seiten der dazu verpflichteten Beamten **40**. 265. — Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Frage: ob ein Staatsbeamter verpflichtet sei, seine Ehefrau bei der Allgemeinen Wittwenkasse zu versichern, und welche Zwangsmittel deshalb in Anwendung zu bringen sind **58**. 132.

Einziehung der Wittwenkassen-Beiträge der Justiz-Beamten durch Abzug vom Gehalt **50**. 46.

Abführung der eingezogenen Beiträge an die betreffenden Regierungs-Hauptkassen für Rechnung der Allgemeinen Wittwen-Verpflegungsanstalt **51**. 30; **53**. 65; **57**. 402.

Benachrichtigung der Allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt von erfolgten Ehescheidungen der Beamten **50**. 260.

Sportelfreiheit der Allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt (Instr. zu §. 3 des Gesetzes vom 10. Mai 1851) **52**. 114.

Berichtigung der Wittwenkassen-Beiträge suspendirter Beamten **55**. 347.

Digitized by Google

2) Berliner (Graf von der Schulenburg'sche) Wittwen-Pensions- und Unterstützungskasse.

Zulässigkeit der Versicherung von Pensionen für Ehefrauen der Justizbeamten bei der Berliner (Graf von der Schulenburgschen) Wittwen- Pensions- und Unterstützungskasse und Stempelfreiheit der dabei erforderlichen Aufnahmeatteste **42**. 110.

Einziehung und Abführung der Beiträge der bei dieser Kasse betheiligten Justizbeamten **42**. 111.

3) Offizier-Wittwenkasse.

Sportelfreiheit derselben (Instr. zu §. 3 des Ges. vom 10. Mai 1851) **52**. 114.

f. auch Pensionskassen.

Wohlau (Fürstenthum). Aufhören der bisherigen Provinzial-Oberdamm im Bezirk des ehemaligen Ober-Konsistoriums zu Glogau in Betreff der Beitragspflichtigkeit des Patrons und der Eingesessenen zu Kirchendauten **40**. 22.

Wohngebäude, s. Gebäude.

Wohnort, die an das Ober-Tribunal zu erstattenden Berichte der einzelnen richterlichen Beamten müssen den deutlich geschriebenen Wohnort derselben enthalten **43**. 307.

Wohnsitz, Erwerb des Wohnsitzes von Seiten neu anziehender Personen durch Meldung bei der Ortspolizeibehörde **59**. 2.

Wohnungsrecht, Verpflichtung des Abjudikatars zur Uebernahme des auf einem in nothwendiger Subhastation erstandenen Grundstück haftenden Wohnungsrechts **54**. 288.

Wucher, durch die Verordnung vom 27. November 1857 ist die Strafbarkeit früher begangenen Wuchers nicht aufgehoben **58**. 43.

Württemberg, Verfahren bei Einziehung der Gebühren Preußischer Advokaten in Württemberg und der Gebühren Württembergischer Sachwalter in Preußen **39**. 23.

Verfahren bei Requisitionen nach dem Königreich Württemberg **44**. 207.

Wurzel, Bestrafung der Entwendung von Bäumen und Sträuchern in diebischer Absicht mit der Wurzel **54**. 151.

Wurzelstöcke, s. Stubben.

Wüste Bauergüter, s. Bauergüter.

3.

Zähligelder, Unzulässigkeit des Ansatzes von Zähligeldern **43**. 262.

Zahlungs-Aufforderung, s. Rechtsanwalte.

Zehnten, Recht der Kirche im Herzogthum Westphalen, nach Ablösung des Zehnten die Sicherstellung des Ablösungskapitals zu verlangen **50**. 285.

Zehrungskosten, Ermäßigung der Zehrungskosten der Parteien und Zeugen **39**. 345.

Zehrungskosten der Gerichtsboten bei Abhaltung der Gerichtstage **52**. 108.

Zehrungskosten der Boten und Exekutoren bei dem Kostenansatze nach dem Gesetze vom 10. Mai 1851 (Einl. zur Instr. zum Ges. vom 10. Mai 1851) **52**. 114; (Instr. zu §. 6 Nr. 4. des Ges.) **52**. 114; (Instr. zum Tarif §. 24) **52**. 126; (Instr. zum Ges. vom 9. Mai 1851) **52**. 137.

f. auch Dolmetscher, Exekutoren, Justiz-Kommissarien.

Zeichnungen, Verfahren bei deren Versendung **45**. 42; **56**. 27

Zeitempfänger, Rechtsbeständigkeit der den zeitempfänglichen Grundbesitzern ertheilten Eigenthumsverleihungs-Urkunden **42**. 223.

Zeitkaufgeschäfte, rechtliche Folgen verweigerter Erfüllung bei Zeitkaufgeschäften in Eisenbahn-Aktien, Staatsschuldscheinen und anderen kourshabenden Papieren **48**. 97.

Zeitschriften, Bekanntmachung von dem Erscheinen der Zeitschrift für die Kriminalrechtspflege in den Preußischen Staaten und Anweisung an die Gerichte zur Unterstützung derselben durch Mittheilungen aus der strafrechtlichen Praxis **39**. 286; — desgl. der Zeitschrift für Preußisches Recht und Verfahren, sowie für deutsches Privatrecht **42**. 231; — desgl. der Jahrbücher der Gefängnißkunde und Besserungs-Anstalten **42**. 372.

Die Redakteure von Zeitschriften sind auf Erfordern des Richters verpflichtet, ihre Korrespondenten zu nennen **55**. 70.

f. auch Druckschriften.

Zeitungen, Bekanntmachung von dem Erscheinen des Preuß. Staatsanzeigers als amtlichen Organs, und Autorisation der Gerichtsbehörden zur Haltung desselben **51**. 218. — Verbindung der Preußischen (Adler-) Zeitung mit dem Staatsanzeiger **51**. 218.

Zeitungen sind im gesetzlichen Sinne als periodisch erscheinende Druckschriften zu erachten **55**. 350.

Inwiefern Jemand für die im Wege der Gesetzgebung erfolgte Aufhebung eines Zeitungs-Privilegiums Entschädigung zu fordern berechtigt ist **56**. 87.

Nur ein thatsächlicher Irrthum des Redakteurs über die Strafbarkeit eines Inserats ist geeignet, die im §. 37 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 bestimmte Strafe auszuschließen **59**. 235.

Bekanntmachung der Konkurseröffnung ꝛc. in Konkursen über das Vermögen der Buch-, Musikalien und Kunsthändler durch das Leipziger Börsenblatt **59**. 366.

f. auch Druckschriften.

Zettwach (Geheimer Ober-Tribunalsrath), gutachtliche Bemerkungen über die Auflösung der Pommerschen Lehnsverhältnisse **50**. 338.

Zeugen. 1) Defensionalzeugen, Vernehmung von Defensionalzeugen in Zoll- und Steuerdefraudationssachen auf Requisition auswärtiger Gerichte solcher Staaten, welche nicht zum Deutschen Zollverein gehören **39**. 164; — desgl. in Zoll- und Steuerdefraudationssachen zu Seiten der Gerichte im Königreich Polen **39**. 206.

2) Schwurzeugen, in der Regel sollen Justiz-Kommissarien, und, wenn keiner derselben im Gerichtslokale anwesend ist, Referendarien und Auskultatoren, und nur in deren Ermangelung Subalternbeamte als Schwurzeugen bestellt werden **41**. 16.

3) Schreibzeugen, Anwendung des §. 70 des Anhangs zur Allgemeinen Gerichts-Ordnung nicht blos auf prozessualische, sondern auch auf Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit **47**. 52. — f. auch Analphabeten, Unterschrift.

4) Instrumentszeugen, Aufforderung an die Obergerichte zur Berichterstattung darüber, ob Privatschreiber der Notare bei Aufnahme von Notariats-Urkunden als gültige Instrumentszeugen auftreten können **43**. 63.

Digitized by Google

Erforderniß einer notariellen Urkunde in Betreff der Instrumentszeugen **47**. 3.

5) Requisitionen zu Zeugenvernehmungen. Verfahren bei Requisitionen an Niederländische Gerichte zu Zeugenvernehmungen und Eidesleistungen in Civilsachen **44**. 19, 54; — desgl. nach Frankreich und denjenigen Ländern, in denen Französisches Recht gilt, behufs Vernehmung von Zeugen **44**. 207. — Verpflichtung der Gerichte zur Genügung von Requisitionen um Beeidigung der zur Feststellung von Invaliden-Versorgungsansprüchen ehemaliger Militairs abgehörten Zeugen **53**. 110.

6) Militairpersonen als Zeugen, Zusammenstellung der Vorschriften über das Vierfahren, wenn Militairpersonen des Dienststandes als Zeugen zu vernehmen sind **47**. 51.

Glaubwürdigkeit der Schildwachen und Patrouillen als Zeugen in den von ihnen zur Anzeige gebrachten Gesetzes-Uebertretungen **48**. 32.

7) Gensdarmen als Zeugen. Verfahren bei Vorladung der Gensdarmen zu ihrer gerichtlichen Vernehmung als Zeugen **51**. 2. — Glaubwürdigkeit der Gensdarmen als Zeugen in den von ihnen zur Anzeige gebrachten Gesetzes-Uebertretungen **48**. 32.

8) Allgemeine Bestimmungen.

a) Zuziehung einer zweiten Gerichtsperson oder zweier Zeugen bei Vollstreckung von Exekutionen, bei denen es zur Ausbfändung kommt **39**. 331.

b) Der §. 5 Nr. 10 der Verordnung vom 14. Dezember 1833 ist auf den Fall nicht auszudehnen, wenn der Aussage eines Zeugen auch die Beweiskraft beigelegt worden, wo sie keine Thatsachen, sondern nur Urtheile enthält **40**. 264.

c) Verfahren bei Zeugenvernehmungen, formelle Feststellung der von dem Angeklagten im Laufe der mündlichen Verhandlung gemachten Geständnisse oder der Aussage der Zeugen in gewissen Fällen **52**. 307.

Vernehmung der Zeugen bei dem Audienz-Termine in Strafsachen **53**. 429.

Verfahren, wenn die Zeugen statt in der Audienz ausnahmsweise kommissarisch vernommen werden **54**. 404; **55**. 391.

Verpflichtung des Richters, die Entscheidung auf Anträge des Angeklagten wegen Vernehmung von Entlastungszeugen in das Protokoll aufzunehmen **54**. 6.

Einer abermaligen Bekanntmachung der in Schwurgerichtssachen vorgeladenen Zeugen an den Angeschuldigten bedarf es nicht, wenn die Sache auch bis zu einer späteren Sitzungsperiode des Schwurgerichts ausgesetzt ist **55**. 152.

Inwiefern die Ablehnung einer Zeugenvernehmung als Beschränkung derselben geltend gemacht werden kann **57**. 270.

Folgen der verweigerten Zeugenaussage nach Rheinischem Recht **55**. 70.

Befugniß der Rheinischen Gerichtsbehörden zur Festsetzung der Strafe gegen ausgebliebene Zeugen aus den älteren Provinzen **55**. 326.

d) Verfahren bei eidlicher Vernehmung von Zeugen; vor der Vereidung der Zeugen sind dieselben jedesmal besonders darauf aufmerksam zu machen, daß sich der von ihnen abzuleistende Eid auch auf die Beantwortung der ihnen vorgelegten Generalfragen beziehe **46**. 183.

Inwiefern eine Wiederholung der Zeugenaussagen vor ihrer Beeidigung in Gegenwart des Angeklagten erforderlich ist **54**. 359; **55**. 160.

Advokaten dürfen nur die ihnen in ihrem Amte gemachten Mittheilungen ausdrücklich von dem ihnen auferlegten Zeugeneide ausnehmen **55**. 70.

Wenn die Geschworenen auf das unbeeidigt gebliebene Zeugniß kein Gewicht gelegt haben, so ist nach ergangenem Urtheil die Bestrafung des renitenten Zeugen nicht mehr zulässig **58**. 238.

9) Besondere Bestimmungen.

Unzulässigkeit der Vernehmung von Geistlichen als Zeugen über die ihnen von den Parteien beim Sühnedersuch in Ehescheidungs-Prozessen eröffneten Mittheilungen wider den Willen derjenigen, der ihnen dieselben anvertraut hat **41**. 220. — Geistliche können nicht gezwungen werden, über das, was ihnen außer der Beichte als Amtsgeheimniß mitgetheilt worden, Zeugniß abzulegen **53**. 356.

Verfahren, wenn mehrere Mitglieder des Gerichts von dem Beschuldigten als Entlastungszeugen vorgeschlagen werden, so daß kein hinreichendes Richterpersonal zur Verhandlung der Sache übrig bleibt **50**. 378.

Der Staatsanwalt ist nicht berechtigt, vor Eröffnung der Disziplinar-Untersuchung gegen einen richterlichen Beamten zu seiner Information Zeugen eidlich abhören zu lassen **51**. 284.

Rechtsanwalte können nicht gezwungen werden, über das, was ihnen in ihrer Eigenschaft als Vertheidiger von dem Angeklagten mitgetheilt worden, Zeugniß abzulegen **53**. 353.

s. auch Duellzeugen.

10) Gebühren der Zeugen.

a) Gebühren der Schwurzeugen in Injuriensachen **39**. 179; — desgl. in Bagatell-Prozessen über Gegenstände unter Zwanzig Thalern **41**. 16; — desgl. für Beamte eines Gerichts, welche als Schwurzeugen bei Eidesleistungen zugezogen werden **43**. 52.

b) Unzulässigkeit der Gebühren an die den schreibensunkundigen Parteien als Unterschriftszeugen zugeordneten Gerichtsbeamten **40**. 251.

c) Zeugengebühren der Militairpersonen in der Rheinprovinz in Kriminalsachen **40**. 275.

d) Instruments-Zeugen, die Höhe der Gebühren der bei Notariatshandlungen zugezogenen Zeugen richtet sich lediglich nach der Dauer der Gegenwart der Instrumente-Zeugen **40**. 316.

Gebühren der Instruments-Zeugen nach dem Gesetz v. 11. Mai 1851 (Instr. zu §. 6 des Gesetzes) **52**. 152; — desgl. wenn statt der Zeugen ein zweiter Notar zugezogen ist (Instr. zu §. 16 zum Gesetz v. 11. Mai 1851) **52**. 152.

e) Gebühren der bei Eidesleistungen der Juden mitwirkenden Personen **41**. 301.

f) Erstattung der Zeugengebühren bei Requisitionen und Aufträgen der Gerichtsbehörden untereinander **39**. 391; **41**. 346.

g) Gebührenansatz für Zeugenvernehmungen in summarischen Prozessen **44**. 55.

h) Gebühren der Bürgermeister bei ihrer Vernehmung als Zeugen außerhalb ihres Wohnorts **55**. 218.

i) Gebühren der Rechtsanwalte bei ihrer Vernehmung als Zeugen **56**. 342.

s. Rechtsanwalte.

Digitized by Google

k) Portopflichtigkeit der Gebühren der Zeugen in unvermögenden Untersuchungssachen **40**. 83.

ll) Diäten und Reisekosten der Zeugen.

Ermäßigung der Reise- und Zehrungskosten der Zeugen und Festsetzung von Versäumnißkosten **39**. 345.

Inwiefern auswärts zu vernehmende Zeugen sich eines Fuhrwerks zu bedienen und die Erstattung der mehr als die Zeugengebühren betragenden Kosten zu fordern berechtigt sind **43**. 149.

Uebernahme der Reisekosten der als Zeugen oder Sachverständige in gerichtlichen Untersuchungen oder Voruntersuchungen wegen Steuervergehen vernommenen Steuerbeamten auf den Kriminalfond **50**. 204.

Reisekosten und Tagegelder der Königlichen Forstschutzbeamten als Zeugen in Untersuchungssachen wegen vierten Holzdiebstahls **51**. 2.

Reisekosten der Beamten bei ihrer auswärtigen Vernehmung als Zeugen **52**. 283.

Ansatz der Zeugengebühren nach dem Gesetz v. 10. Mai 1851 (Instr. zu §. 67 des Tarifs) **52**. 126.

Zinsbare Belegung der Kassenbestände, s. Kassenwesen.

Zinsen, 1) Verzögerungszinsen. Verzögerungszinsen sind der zehnjährigen Verjährung nicht unterworfen **39**. 128; **46**. 131.

Verzögerungszinsen des Fiskus bei der condictio indebiti **40**. 366.

Unter verfallenen Zinsen sind nicht blos vertragsmäßige, sondern auch Verzugszinsen zu verstehen **42**. 380.

Verzögerungszinsen, welche nicht zugleich mit eingeklagt worden sind, können in einem späteren Prozesse nicht mehr nachgefordert werden; dagegen können Verzögerungszinsen, welche vom Tage des ergangenen Urtels zu lauten anfangen, so lange gefordert und eingeklagt werden, als noch nicht über das exfruitne Kapital selbst ohne Vorbehalt quittirt ist **45**. 206.

Exekutorische Beitreibung von Verzögerungszinsen ohne vorheriges Erkenntniß **48**. 193.

2) Darlehnszinsen, Form von Pachtverträgen, in welchen der Pachtzins als Aequivalent für Darlehnszinsen stipulirt ist **40**. 350.

3) Verjährung. Nach den Grundsätzen des Gemeinen und Sächsischen Rechts wird durch die von dem Besitzer der Hypothek geleistete Zahlung der Zinsen die Klageverjährung gegen den Gläubiger auch in Beziehung auf den persönlichen Schuldner des Kapitals gehemmt und resp. unterbrochen **42**. 372.

Verjährung vorbedungener Zinsen nach eingetretenem Verzuge des Schuldners **46**. 131.

4) Exekution wegen Zinsen. Ob im Wege der Exekution mehr als fünf Prozent Zinsen auf das Grundstück des Schuldners eingetragen werden dürfen **48**. 47.

Ob bei der Assignation im Wege der Exekution die bis dahin aufgelaufenen Zinsen des Judikats zum Kapital geschlagen und dem Gläubiger Zinsen von Zinsen angewiesen werden können **48**. 185.

5) Quittungsleistung über das Kapital ohne Vorbehalt der Zinsen **51**. 294; **55**. 38.

6) Besondere Bestimmungen. Inwiefern Fiskus zur Zahlung solcher Zinsen, welche in Folge besonderer gesetzlicher Vorschriften bei gewissen Geschäften eintreten, befreit gewesen ist **52**. 276.

7) Depositalzinsen, s. Depositalgelder.

Zoll, Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Verbindlichkeit zur Entrichtung von Zollgefällen in der Rheinprovinz **54**. 367; **59**. 53.

Was unter Zollbefreiung im Sinne des §. 101 Tit. 15 Thl. II. des Allg. Landrechts zu verstehen ist **37**. 2.

s. auch Abgaben.

Zollbeamte, Bestrafung des Versuchs der Bestechung von Zoll- und Steuerbeamten **56**. 175. — s. auch Konflikte.

Zollvereins-Staaten, Verfahren bei Untersuchungen gegen Zoll- und Steuerkontravenienten in den Zollvereins-Staaten **44**. 207.

Zollvergehen (Zollhinterziehung, Zollkontravention).

Vernehmung von Defensionalzeugen, s. Zeugen.

Auslegung der Verordnung v. 11. Juni 1838 über die Rechtsmittel in fiskalischen Untersuchungen wegen Zoll- und Steuervergehen **39**. 216.

Ausdehnung der Amnestie-Order v. 11. November 1839 auf Vergehen gegen die Zollgesetze **39**. 428.

Verpflichtung der Gerichtsbehörden, in Zoll- und Steuer-Defraudationssachen auf Requisition der Zoll- und Steuerbehörden die unberichtigt gebliebenen Gefälle einzuziehen **44**. 169.

Verfahren bei Vorladung auswärtiger Zollkontravenienten und bei Untersuchungen gegen Zollkontravenienten in den Deutschen Zollvereinsstaaten **44**. 207.

Einleitung der Untersuchung wegen Zollvergehen von demjenigen Gerichte, in dessen Bezirk das Vergehen begangen worden ist **44**. 218. — Unzulässigkeit des Mandatsverfahrens bei Zollkontraventionen **58**. 90.

Kompetenz der Untersuchungsrichter bei den Haupt-Zoll- und Steuerämtern **45**. 133.

Uebergang der Untersuchungen wegen Zoll- und Steuervergehen auf die ordentlichen Gerichte **48**. 313.

Fortdauer des administrativen Strafverfahrens nach dem Erscheinen der Verordnung v. 3. Januar 1849. **49**. 347.

Verfahren bei Umwandlung der von den Steuerbehörden erkannten Geldstrafen in Gefängnißstrafen **49**. 198.

Befugniß der Regierungen und Provinzial-Steuer-Direktionen zur Sistirung gerichtlich erkannter Strafen gegen Zollkontravenienten **57**. 302.

Wer für die durch unrichtige Deklaration mit der Eisenbahn eingeführter steuerpflichtiger Waaren verwirkten Geldstrafen verantwortlich ist **57**. 435.

Mittheilung der ergangenen richterlichen Entscheidungen in Zolldefraudationssachen an die betreffenden Provinzial-Steuer-Direktionen **50**. 147; **51**. 230.

Vertretung des Fiskus bei Interventions-Ansprüchen, welche von dritten Personen bei exekutivischer Beitreibung gerichtlich erkannter Geldstrafen wegen Zollvergehen erhoben werden **52**. 354.

Die kubsidiarische Verhaftung des eigentlichen Zollkontravenienten ist nicht im Civil-Prozesse, sondern im Untersuchungsverfahren zu erörtern und zu entscheiden **54**. 82.

Befugniß der Grenz-Zollbehörden zur Auferlegung der im §. 9 des Gesetzes v. 12. Februar 1850 erwähnten Beschränkungen gegen die wegen Kontrebande oder Zolldefraudation unter Polizei-Aufsicht gestellten Personen **54**. 136.

Zolldefraudationen ziehen die Konfiskation der Transportmittel als Strafe nicht nach sich **59**. 82.

Zuchthäuser, s. Strafanstalten.

Digitized by Google

Zuchthausstrafe, inwiefern die Vollstreckung der Zuchthausstrafe durch ein Begnadigungsgesuch aufgehalten wird **39**. 38.

Vollstreckung von Zuchthausstrafen unter sechs Monaten in den Gefängnissen **39**. 150.

Zuchthausstrafe unter drei Monaten ist niemals gegen beurlaubte Ersatzmannschaften, auf unbestimmte Zeit Beurlaubte, Reservisten, Landwehrmänner und Trainsoldaten, sondern nur auf Gefängniß zu erkennen **39**. 284.

Nach welchen Grundsätzen Zuchthausstrafe zur Anwendung gebracht werden soll **40**. 189.

Bei Verurtheilung zu lebenswieriger Zuchthausstrafe oder Festungsarrest auf Lebenszeit muß gleichzeitig die Nationalkokarde aberkannt werden **44**. 132.

Die Verurtheilung zur Zuchthausstrafe zieht den Verlust der bürgerlichen Ehre von Rechtswegen nach sich **51**. 320; **52**. 256.

Wird von einem Kriegsgericht auf Zuchthausstrafe erkannt, so kommen hinsichtlich der Bestätigung des Erkenntnisses die Bestimmungen der §§. 152 — 154 Thl. II. des Militair-Strafgesetzbuchs zur Anwendung; dagegen bedürfen die bei Civilgerichten gegen Militairpersonen ergehenden, auf Zuchthausstrafe lautenden Erkenntnisse der Bestätigung nicht **52**. 218.

In welchen Fällen die Vormundschaft über die zur Zuchthausstrafe verurtheilten Personen einzuleiten ist **52**. 324.

Beginn der Vollstreckung erkannter Zuchthausstrafen **56**. 83; **59**. 303.

Züchtigung, inwiefern die Vollstreckung der Züchtigung durch ein Begnadigungsgesuch aufgehalten wird **39**. 27.

In welchen Fällen auf körperliche Züchtigung gegen Militairpersonen und Personen des Beurlaubtenstandes zu erkennen ist **47**. 51.

Ein Angeschuldigter, welcher zum Beurlaubtenstande gehört und in die zweite Klasse des Soldatenstandes noch nicht versetzt ist, darf während der Untersuchung nicht gezüchtigt werden **47**. 51.

Züchtigungsrecht, inwiefern gegen Lehrer und Geistliche wegen Ueberschreitung des Züchtigungsrechts die gerichtliche Verfolgung nach §. 3 des Gesetzes v. 13. Februar 1854 zulässig ist **58**. 67, 75 ff., 282; **59**. 442.

Züchtlinge, Wiedereinziehung der in den Zuchthäusern aufgewendeten Verpflegungskosten aus dem Vermögen der Sträflinge **53**. 326.

Bekleidung der aus den Gerichts-Gefängnissen an die Strafanstalten abzuliefernden Zuchthaussträflinge **56**. 274.

Zünfte, zu Veräußerungen und Verpfändungen unbeweglicher Sachen der Zünfte, ingleichen zu Erwerbungen solcher Sachen, bedarf es nur der Genehmigung des ihnen zunächst vorgesetzten Magistrats **41**. 343.

Zurechnungsfähigkeit, dem Antrage auf Stellung einer besonderen Frage an die Geschworenen nach der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten muß bei Strafe der Nichtigkeit stattgegeben werden **57**. 387.

Zusammenrottung, Auslegung der §§. 90, 91 des Strafgesetzbuchs **53**. 399.

Die Zusammenrottung zweier Gefangenen zum gewaltsamen Ausbruche ist hinreichend, um den Thatbestand der Meuterei herzustellen **53**. 414.

Begriff der Zusammenrottung **56**. 18; **57**. 224.

Zuschreibung, s. Hypothekensachen.

Zwang, Begriff des Versuchs eines Zwanges durch Drohung **55**. 356.

Zwangsrecht, Kompetenz der Verwaltungsbehörden zur Entscheidung der Frage, ob aus aufgehobenen Zwangsrechten dem früher Berechtigten Entschädigung zu gewähren sei **41**. 100.

Zwangsverkauf in der Rheinprovinz, s. Stempel.

Zwischenraum, Auslegung der §§. 142, 143, Tit. 8, Thl. I. A. L. R. über den Zwischenraum der Gebäude **39**. 432. — Auslegung der §§. 139, 140 ebendas. **47**. 74.

Zwölftelabzug, Pensions-Zwölftelabzug bei Anstellung ehemaliger Militairs und Gensdarmen **40**. 293.

Angabe des Zwölftelabzuges bei der Quittung über neue Besoldungen und Gehaltszulagen **41**. 295.

Zwölftelabzüge sind von den in etatsmäßigen Stellen auf Kündigung angestellten Beamten erst bei ihrer definitiven Anstellung zu entrichten **42**. 207.

Berechnung der den Militairpersonen bei ihrer Anstellung im Civildienste zu machenden Gehaltsverbesserungs-Abzüge **54**. 27.

Anrechnung des den beurlaubten Landwehr-Offizieren gemachten Gehaltsverbesserungs-Abzuges bei ihrer ersten Anstellung im Staatsdienste **56**. 10.

Digitized by Google

II.

Nachträge

zu den jährlichen chronologischen Uebersichten von 1839 bis 1859.

Bemerkung.

Diese Nachträge sind nur bestimmt zum Nachweise
1) derjenigen älteren Erlasse ꝛc., welche den neueren als Anlagen beigefügt sind, und
2) derjenigen neueren Erlasse ꝛc., welche in den schon vorhandenen jährlichen chronologischen Uebersichten außer der Zeitfolge vorkommen.

Alle übrigen Erlasse ꝛc. sind in den jährlichen chronologischen Uebersichten selbst nach der Zeitfolge aufzusuchen.

Datum der Erlasse ꝛc.	Inhalt.	Jahrgang.	Seite.
1799.			
7. Dezember.	Kab.-Ord., Beurlaubung der Beamten behufs des Besuchs ausländischer Bäder	1843	104
1808.			
28. März.	Kab.-Ord., Theilweise Einziehung des Gehalts bei Beurlaubung der Beamten über vier Wochen	1843	105
1810.			
27. Juli.	Kab.-Ord., Beurlaubung der Beamten über vier Wochen ins Bad	1843	105
1811.			
17. Dezember.	Verf., Auslegung der §§. 736, 737 Tit. 1 Thl. II. A. L. R. und der Kab.-Ord. v. 15. März 1803	1841	142
1818.			
8. August.	Kab.-Ord., Erwerbung von Domainen-Grundstücken durch Erbpächter	1839	187
1821.			
12. Februar.	Verf., Unzulässigkeit von Sukkumbenzgelbern in Rechtsangelegenheiten, welche zum Ressort der General-Kommissionen gehören	1841	40
1822.			
23. Oktober.	Verf., Kündigungsklagen bei Schuldforderungen	1839	106
27. Dezember.	Kab.-Ord., Verwendung der Polizei- und Zuchtpolizeistrafen in der Rheinprovinz	1839	351
31. „	Cirk.-Verf., Verwendung der Polizei- und Zuchtpolizeistrafen in der Rheinprovinz	1839	351
1827.			
1. Dezember.	„Letzter Wille" des hochseligen Königs Majestät	1840	210
1829.			
24. Juli.	Schreiben des Kriegs-Ministers, Pensions-Zwölftelabzug bei Anstellung ehemaliger Gensdarmen	1840	294
27. „	Verf. des Ministers des Innern, Pensions-Zwölftelabzug bei Anstellung ehemaliger Gensdarmen	1840	293
30. „	Cirk.-Reskr. der Minister des Innern und der Finanzen, Pensions-Zwölftelabzug bei Anstellung ehemaliger Gensdarmen	1840	294
1830.			
26. November	Allg. Verf., Form gerichtlicher Eidesleistungen	1840	29

Digitized by Google

Datum der Erlasse ꝛc.	Inhalt.	Jahrgang.	Seite.
1832.			
12. Mai.	Allg. Verf., Entlassung der Auskultatoren und Referendarien	1843	6
25. August.	Kab.-Ord., Räumung eines Grabens oder Wasserzuges	1840	129
11. September.	Verf., Kontrolirung der Vorschußzahlungen	1840	92
1833.			
23. Februar.	Beurlaubung der Beamten bis zu zwei Monaten, bei großer Entfernung von ihrer Heimath	1843	105
13. März.	Prozentgelder in kostenfrei bearbeiteten Vormundschaftssachen	1843	152
27. „	Allg. Verf., Verfahren bei Requisitionen der Gerichtsbehörden	1839	392
25. November.	Allg. Verf., Ansatz der Kosten in Injurien-Prozessen	1841	126
1834.			
18. Juli.	Verf., Legitimation der Justiz-Kommissarien zur Nachsuchung von Löschungen	1844	94
10. Oktober.	Verfahren in Bagatellsachen	1839	84
11. „	Verf., Eintragungsfähigkeit der im Auslande errichteten Verträge	1839	82
1836.			
30. Januar.	Verf., Legitimation zur Erbes-Entsagung	1840	240
25. April.	Verf., Auslegung des §. 23 der Verordnung über die Exekution in Civilsachen	1841	39
5. August.	Kab.-Ord., Erhöhung der Amts-Kautionen	1840	225
1837.			
22. Februar.	Allg. Verf., Schreibmaterialien und Drucksachen. Requisitionen der Gerichtsbehörden	1839	394
11. März.	Allg. Verf., Portofreie Versendung der Geschäfts-Formulare	1842	112
31. „	Asservaten-Instruktion für Obergerichte und kollegialische Untergerichte	1841	268
31. „	Asservaten-Instruktion für Untergerichte, welche kein Kollegium bilden	18·1	272
19. Juli.	Allg. Verf., Beschäftigung der Militairpersonen als Lohnschreiber	1839	385
12. September.	Allg. Verf., Pensions-Zwölftelabzug bei Anstellung ehemaliger Militairs	1840	293
24. Oktober.	Instruktion für die Gefängniß-Beamten	1839	270
1838.			
5. März.	Verf., Subhastation baufälliger Häuser	1839	377
12. März.	Verf., Depositalgebühren in gutsherrlich-bäuerlichen Angelegenheiten und Stempelfreiheit der Deposital-Quittungen	1844	62
30. April.	Staats-Minist.-Beschl., Verbütung von Gnadengehalts-Ueberhebungen	1839	46
24. Juli.	Kab.-Ord., Verhütung von Gnadengehalts-Ueberhebungen	1842	147
29. August.	Kab.-Ord., Verfahren in Begnadigungssachen	1839	27
5. Oktober.	Circ.-Verf., Feststellung der Vaterschaft unehelicher Kinder	1839	120
10. November.	Kab.-Ord., Abwendung der Wildschäden	1839	12
12. „	Verf. des O. L. G. zu Posen. Einziehung gerichtlicher Kosten von Justiz-Kommissarien	1839	66
12. „	Plen.-Beschl. des Ober-Tribunals, Rechte und Pflichten der Hausoffizianten	1839	15
12. „	Plen.-Beschl. des Ober-Tribunals, Ausfertigung der Urteils-Publikation wegen mangelhafter Prozeß-Vollmacht	1839	16
12. „	Plen.-Beschl. des Ober-Tribunals, Pekulium mahljähriger Wirthe	1839	16
17. „	Kab.-Ord., Entscheidungsgründe bei Erkenntnissen in Neuvorpommern	1839	3
17. „	Allg.-Verf., Verbütung von Gnadengehalts-Ueberhebungen	1839	48
18. „	Verf., Abschreibungen von Parzelen eines Rittergutes	1839	41
20. „	Kab.-Ord., Erstattung des Gehaltsabzuges suspendirter Beamten	1839	3
20. „	Kab.-Ord., Tragung der in Steuer-Untersuchungen uneinziehbaren Kosten	1839	107
21. „	Verf., Einziehung der Gebühren Preußischer Sachwalter in Württemberg	1839	23
24. „	Regulativ für die Fürstliche Regierung in Braunfels	1842	174
26. „	Schreiben an das Finanz-Ministerium, den Werthstempel bei Kontumazial-Erkenntnissen in der Rheinprovinz betreffend	1839	35
29. „	Circ.-Verf., Verrechnung der gerichtlichen Kosten der Spruchbehörden	1839	4
30. „	Circ.-Verf., Zwangsmittel gegen renitente Forstfrevler	1839	5
5. Dezember.	Kab.-Ord., Remuneration der Deposital-Kuratoren	1839	12
7. „	Verf., Akceptation der Einräumung eines hypothekarischen Vorzugsrechts	1839	6
8. „	Allg. Verf., Einziehung gerichtlicher Kosten von Justiz-Kommissarien	1839	66
10. „	Allg. Verf., Remuneration der Deposital-Kuratoren	1839	12
11. „	Schreiben des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Einziehung der Gebühren Preußischer Sachwalter in Württemberg	1839	23
12. „	Verf., Abschreibung von Parzelen	1839	6
13. „	Verf., Kosten der Aufgreifung von Bettlern	1839	13
14. „	Verf., Verfahren bei irrthümlich festgesetzten Stempelstrafen	1839	5

Digitized by Google

Datum der Erlasse ꝛc.	Inhalt.	Jahrgang.	Seite.
1838.			
16. Dezember.	Verf., Legitimation eines präsumtiven Bevollmächtigten. Substitutionsbefugniß eines General-Mandatars	1839	39
17. „	Plen.-Beschl. des Ober-Tribunals. Vererbung der vormals eigenbehörigen Kolonate im Münsterschen	1839	16
17. „	Plen.-Beschl. des Ober-Tribunals. Vernichtung eines auf mehreren Entscheidungsgründen beruhenden Erkenntnisses	1839	24
18. „	Verf., Erkenntniß-Werthstempel in Injuriensachen	1839	14
19. „	Cirk.-Verf., Wiedergewährung des Militair-Gnadengehalts	1839	13
20. „	Verf., Meilengelder der Kreis-Justizräthe	1839	15
20. „	Verf., Umschreibung einer Protestation	1839	19
20. „	Verf., Buchführung bei den von Königl. Gerichten interimistisch verwalteten Patrimonialgerichten.	1839	28
21. „	Verf., Kosten der Aufgreifung von Bettlern	1839	13
22. „	Verf., Magistrats-Atteste über den 44jährigen Besitz von Kämmerei-Grundstücken	1839	29
22. „	Verf., Widerrechtliche Zueignung von Eisen-Munition	1839	29
22. „	Kab.-Ord., Befugniß des Präsidenten des Ober-Appellations-Senats des Kammergerichts zur Anstellung der Subalternen	1839	38
24. „	Verf., Bevollmächtigung von Litis-Konsorten in Prozessen	1839	30
25. „	Cirkular des General-Prokurators in Cöln, Beseitigung der Kassations-Rekurse wegen kleiner Unrichtigkeiten in der erkannten Strafe	1839	54
27. „	Verf., Begnadigungs-Gesuche aus der Rheinprovinz	1839	20
27. „	Verf., Remission der Untersuchungs-Akten vom Kassationshofe	1839	21
28. „	Cirk.-Verf., Herausgabe des Justiz-Ministerial-Blatts	1839	1
29. „	Verf., Gebühren der Justiz-Kommissarien	1839	24
29. „	Verf., Befugniß des Präsidenten des Ober-Appellations-Senats des Kammergerichts zur Anstellung der Subalternen	1839	38
31. „	Verf., Bekleidungskosten der Landwehrmänner in den Straf-Sektionen	1839	22
31. „	Verf., Kompetenz-Verhältnisse der Obergerichte in Ost- und Westpreußen	1839	38
	Jahresbericht des Chef-Präsidenten von Frankenberg in Posen über die Justiz-Verwaltung für das Jahr 1838	1839	228
1839.			
31. März.	Verf., Verfahren bei Abstimmung behufs der Urtelsfindung	1841	23
25. Mai.	Reglement über die Eintheilung des thierärztlichen Personals	1843	188
4. Juli.	Kab.-Ord., Genehmigung des Reglements über die Eintheilung des thierärztlichen Personals.	1843	189
4. „	Cirk. des Ober-Prokurators zu Düsseldorf, Gebühren der Notare in der Rheinprovinz	1840	241
18. September.	Allg. Verf., Visitation und Uebergabe der Patrimonialgerichte	1841	168
19. Oktober.	Verf. des General-Prokurators in Cöln, Besuch der Vorlesungen über das Allg. Preuß. Landrecht	1840	60
15. November.	Verf., Geschäfts-Uebersichten der Gerichts-Kommissionen	1842	24
23. „	Schreiben, Verrechnung des in Strafsachen von dem Verurtheilten eingezahlten Geldbetrages	1840	84
27. „	Instr. des Pupillen-Kollegiums zu Halberstadt, betreffend die Einrichtung der Erziehungsberichte in Vormundschaftssachen	1845	63
30. „	Instr. über die Ablösung der landesherrlichen Prästationen in den Grafschaften Wittgenstein-Berleburg und Wittgenstein-Wittgenstein	1840	50
9. Dezember.	Allg. Verf., Denunzianten-Antheil von der Erbschafts-Stempelstrafe	1840	30
10. „	Kab.-Ord., Beitragspflichtigkeit zu Kirchenbauten im Bezirk des vormaligen Ober-Konsistoriums zu Glogau	1840	23
11. „	Anweisung, Werthstempelpflichtigkeit der Schenkungs- und Veräußerungs-Verträge zwischen Ascendenten und Descendenten in Westphalen	1840	150
16. „	Plen.-Beschl. des Ober-Tribunals, Rückanwendung des Art. 16 der Deklaration vom 6. April 1839	1840	24
16. „	Plen.-Beschl. des Ober-Tribunals, Trennung der Ehe wegen eingewurzelten Widerwillens	1840	32
16. „	Plen.-Beschl. des Ober-Tribunals, Rechtsmittel der Revision resp. der Nichtigkeitsbeschwerde	1840	32
16. „	Plen.-Beschl. des Ober-Tribunals, Anwendung des Art. 4 der Deklaration vom 6. April 1839.	1840	32
16. „	Allg. Verf., Verfahren in Untersuchungen gegen zum Kriegsdienst im stehenden Heere verpflichtete Individuen	1840	18
16. „	Gutachten des Ober-Trib., Anmeldung der Grundgerechtigkeiten zur Erhaltung des Realrechts	1840	35
19. „	Verf., Löschung hypothekarischer Forderungen	1840	2
19. „	Verf., Auslegung der Allerh. Begnadigungs-Order v. 11. November 1839	1840	20

Digitized by Google

Datum der Erlasse ꝛc.	Inhalt.	Jahrgang.	Seite.
1839.			
20. Dezember.	Allg. Verf., Beitragspflichtigkeit zu Kirchenbauten im Bezirk des vormaligen Ober-Konsistoriums zu Glogau	1840	22
23. „	Verf., Aufforderung zum Bericht über die Vorschrift des §. 427 Tit. 9 Thl. I. A. L. R.	1840	3
23. „	Bekanntmachung, Herausgabe eines Sachregisters zu den Jahrbüchern für die Preußische Gesetzgebung	1840	20
28. „	Allg. Verf., Aufbewahrung der reponirten Akten der Steuer-Untersuchungsrichter über Untersuchungen in indirekten Steuersachen	1840	18
30. „	Allg. Verf., Remuneration für Kalkulatur-Arbeiten bei der Deposital-Verwaltung	1840	19
31. „	Reskript über die Verwaltung der Sportelkassen bei den Patrimonialgerichten	1840	10
1840.			
9. Juli.	Kab.-Ord., Rechtsverhältnisse der in dem Gebiete des ehemaligen Freistaats Danzig und im Culm-Michelau'schen Kreise wohnhaften Mennoniten	1843	302
22. „	Verf., Veräußerung von Gemeinde-Grundstücken	1841	90
31. „	Verf., Sportelfreiheit der Volljährigkeits-Erklärungen in unvermögenden Vormundschaftssachen	1843	151
17. August.	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., Werthsermittelung des Prozeßgegenstandes behufs Beurtheilung der Zulässigkeit der Rechtsmittel	1841	8
29. September.	Kab.-Ord., Erbschaftssteuerfreiheit der in Berlin bestehenden Gesellschaft zur Beförderung der evangelischen Mission unter den Heiden	1844	92
12. Oktober.	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., Auslegung des §. 6 des Ges. v. 21. April 1825	1841	92
19. „	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., Widerspruchsrecht der Nachbarn nach Lübschem Recht gegen den Betrieb gewisser Gewerbe	1841	48
19. „	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., Zulässigkeit der condictio indebiti wegen des einem Gläubiger aus einer erbschaftlichen Liquidationsmasse irrthümlich zu viel Gezahlten	1841	48
19. „	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., Auslegung der Bestimmung des §. 6 der Verordnung über die Exekution in Civilsachen, Einwendungen in der Exekution betreffend	1841	60
23. November.	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., Auslegung der §§. 32—34 der Gemeindetheilungs-Ordnung v. 7. Juni 1821 hinsichts der Berechnung der Theilnehmungsrechte gemeinschaftlicher Hütungs-Interessenten	1841	128
30. „	Allg. Verf., Behandlung der Tantieme-Zahlungen an gerichtliche Stempelvertheiler	1841	4
3. Dezember.	Verf., Veräußerung von Pupillen-Grundstücken	1841	8
7. „	Verf., Legitimationsführung der Erben eines Ausländers zum Besitze eines auf sie vererbten diesseitigen Grundstücks	1841	71
9. „	Verf., Vereinfachung der Deposital-Verwaltung hinsichtlich der nicht auf jeden Inhaber lautenden Instrumente	1841	3
11. „	Verf., Sicherstellung des Vermögens der Kinder bei anderweiter Verheirathung des Vaters	1841	10
12. „	Verf., Abstimmung behufs der Urtelsfindung	1841	18
12. „	Verf., Ertheilung besonderer Rekognitions-Atteste	1841	26
12. „	Verf., Beitreibung von direkten Steuern nach Rheinischem Recht	1841	122
14. „	Kab.-Ord., Deklaration zur Ausführung der Amnestie-Order v. 10. September 1840	1841	2
15. „	Allg. Verf., Zuziehung von technischen Beiständen bei der Instruktion der sogenannten Bergwasser-Entziehungs-Prozesse	1841	3
15. „	Allg. Verf., Anberaumung und Abhaltung der Termine in Bagatell-Prozeßsachen während der Gerichtsferien	1841	4
15. „	Allg. Verf., Behandlung der Tantieme-Zahlung an gerichtliche Stempelvertheiler	1841	4
19. „	Bekanntmachung, Empfehlung des Advokaten Pierher de Lafontaine in Paris	1841	16
22. „	Verf., Erinnerung an die Erledigung der Aufforderung v. 16. Oktober 1840 (Just.-Min.-Bl. v. 1840 S. 324)	1841	15
22. „	Verf., Eintragung einer Hypothek auf den Namen des Eigenthümers bei dem ihm gehörigen Grundstücke	1841	27
22. „	Verf., Verwendung der Ablösungskapitalien zu den Regulirungskosten	1841	28
22. „	Allg. Verf., Kommissions-Gebühren für die Ausarbeitung eines Tax-Instruments	1841	51
23. „	Verf., Aufhebung der ehelichen Gütergemeinschaft	1841	12
24. „	Kab.-Ord., Aufhebung der Bestallungsgebühren bei den Justizbeamten in Neuvorpommern	1841	10
25. „	Verf., Hypothekenrecht auf die vor Eintragung der Hypothek veräußerten, aber nicht abgeschriebenen Parzellen	1841	29
26. „	Allg. Verf., Zulassung gerichtlicher Subalternbeamten als Bevollmächtigte oder Assistenten der Parteien	1841	24

Digitized by Google

Datum der Erlasse ꝛc.	Inhalt.	Jahrgang.	Seite.
1840.			
26. Dezember.	Kab.-Ord., Rückgewähr der Nationalkokarde an die begnadigten politischen Verbrecher	1841	62
28. "	Kab.-Ord., Befreiung des Arbeitsverdienstes der Gefangenen von der Beschlagnahme	1841	87
31. "	Verf., Kostenansatz in Vormundschaftssachen	1841	14
31. "	Verf., Festsetzung von Ordnungsstrafen bei dem Verkehre auf den Kunststraßen	1841	32
31. "	Verf., Berechtigung des Besitztitels geduldeter Kirchen-Gesellschaften von den zu ihren gottesdienstlichen Zusammenkünften bestimmten Gebäuden	1841	34
31. "	Nachweisung derjenigen Militairbehörden, bei welchen Requisitionen wegen Vollstreckung der Exekution gegen Offiziere und Militairbeamte auf Gehalts- und Pensionsabzüge stattfinden	1841	95
1841.			
18. Januar.	Gutachten des Ober-Trib., Verpflichtung der fiskalischen Verwaltungsbehörden zur Edition	1843	113
28. Februar.	Auszug aus den speziellen Bestimmungen des Kriegs-Ministers zum Allerh. Reglement über das Kassenwesen bei den Truppen	1853	150
21. Juli.	Verf., Verrechnung der von den Parteien eingezahlten Kostenvorschüsse	1843	150
6. September.	Bericht des Ober-Trib., Auslegung der Ausdrücke „beständig fortlaufende" und „fixirte beständige" Abgaben	1842	140
31. Oktober.	Kab.-Ord., Anwendbarkeit der §§. 64 ff. Tit. 20 Thl. II. A. L. R. bei Polizei-Kontraventionen	1842	176
18. November.	Kab.-Ord., Feststellung der Termine für die Eröffnung und den Schluß der niederen Jagd	1842	79
22. "	Cirkular, Insinuation der unentgeltlich erfolgten Insertion von Steckbriefen in die Regierungs-Amtsblätter	1842	12
26. "	Instruktion für die Exekutoren im Departement des O. L. G. zu Marienwerder	1842	54
7. Dezember.	Verf., Dispositionen der Kirchen über Erbbegräbnisse nach dem Abgange der an denselben berechtigten Personen	1842	7
12. "	Statuten des Pensionsvereins der in dem Depart. des O. L. G. zu Frankfurt angestellten Justiz-Kommissarien	1843	163
13. "	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., Urteils-Insinuation an Deputirte in Kulturssachen	1842	83
19. "	Verf., Verpflichtung der Friedensrichter zu Mittheilungen an das öffentliche Ministerium des Landgerichts, wenn gegen Beamte der Regierung Schuld-, Regreß- oder Injurienklagen erhoben werden	1842	9
24. "	Verf., Verfahren in Bagatell- und Injuriensachen	1842	3
27. "	Verf., Einrichtung des Depositalgelasses auf den kleinen Patrimonialgerichten	1842	4
28. "	Allg. Verf., Rechte des in Merseburg gestifteten Bürgerrettungs-Instituts	1842	9
30. "	Verf., Parzellirungsbefugniß der Erbzinsleute, Eigenthümer und Erbpächter	1842	10
31. "	Bekanntmachung, Insinuation der unentgeltlich erfolgten Insertion von Steckbriefen in die Regierungs-Amtsblätter	1842	11
31. "	Cirkular, formelle Behandlung des Untersuchungsverfahrens gegen die schon dreimal bestraften Holzdiebe	1842	27
1842.			
11. Februar.	Instruktion für die gerichtlichen Auktions-Kommissarien im Depart. des O. L. G. zu Münster	1843	2
3. Mai.	Statut des Schlesischen Vereins der Freiwilligen aus den Jahren 1813—1815	1843	223
27. Juni.	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., Auslegung des §. 59 der Städte-Ordnung v. 19. Nov. 1808	1843	8
5. September.	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., betreffend den dem Ehemanne, welcher die Legitimität eines von seiner Frau geborenen Kindes bestreitet, zu führenden Beweis	1843	16
31. Oktober.	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., Verpflichtung des Erbverpächters im Bergischen zur Entrichtung der auf der Sache haftenden Abgaben	1843	64
5. Dezember.	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., betreffend die Frage: ob nach der Kab.-Ord. v. 19. April 1813 die vor Publikation des Edikts v. 2. November 1810 errichteten Verträge, wodurch die Gewerbefreiheit beschränkt oder gehindert wird, als aufgehoben zu erachten sind	1843	84
12. "	Reglement für die außergerichtlichen Auktions-Kommissarien in der Provinz Westphalen	1843	42
14. "	Kab.-Ord., Genehmigung der Arrogationsgesuche in den Landestheilen, in welchen noch das gemeine Recht gilt, oder das Allgemeine Landrecht nur mit Suspension der drei ersten Titel des zweiten Theils eingeführt worden ist	1843	10
19. "	Kab.-Ord., Begleitung eines Missethäters zum Richtplatz durch einen Seelsorger	1843	2
20. "	Verf., Gebühren für die Bearbeitung solcher Sachen, welche einzelnen Beamten für ihre Person übertragen werden	1843	15
22. "	Kab.-Ord., Unterbringung der zu Festungsarrest verurtheilten Personen	1843	26
23. "	Verf., Anwendung der Vorschriften über die Rechtswohlthat der Kompetenz außer dem Falle des Konkurses	1843	11

Digitized by Google

Datum der Erlasse ꝛc.	Inhalt.	Jahrgang.	Seite.
1842.			
21. Dezember.	Allg. Verf., Entlassung der Auskultatoren und Referendarien	1843	7
27. "	Verf., Gerichtsstand der Beamten der Telegraphie	1843	11
28. "	Kab.-Ord., Verbot der Allg. Leipziger Zeitung	1843	7
29. "	Allg. Verf., Begleitung eines Missethäters zum Richtplatz durch einen Seelsorger	1843	2
29. "	Verf., Verbot der Allg. Leipziger Zeitung	1843	7—8
31. "	Ankündigung, Verkauf der Gesetz-Sammlung	1843	8
31. "	Kab.-Ord., Zulässigkeit des Personalarrestes gegen pensionirte Militairpersonen und Beamte	1843	19
1843.			
12. Juni.	Motive zu dem Plen.-Beschl. des Ober-Trib., betreffend die Auslegung der §§. 4 und 5 Tit. 19 Thl. I. A. L. R.	1844	64
5. Juli.	Statuten des Sterbekassen-Vereins für die Unterbeamten der Justizbehörden im Großherzogthum Posen	1844	78
6. "	Kab.-Ord., Anwendung des §. 168 des Anh. zur Allg. Ger. Ordnung auf die Gehaltsabzüge der Offiziere	1845	11
4. September.	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., betreffend das Theilnahmerecht der unangesessenen Bürger an der Gemeindeweide	1844	48
4. "	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., Begriff einer Prozeßschrift	1844	150
29. "	Instruktion des Pupillen-Kollegiums zu Paderborn, betreffend die Einsendung der Erziehungsberichte in Vormundschaftssachen	1844	71
9. Oktober.	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., betreffend die Frage: ob der §. 16 der Verordnung v. 14. Dezember 1833 in Fällen, wo die Nichtigkeitsbeschwerde auf Art. 3 Nr. 2 der Deklaration v. 6. April 1839 gegründet worden, zur Anwendung kommt	1844	8
27. November.	Verf. des Ministers des Innern, Verpflichtung der Stadtgemeinden zur Anlegung und Unterhaltung der Justiz-Gefängnisse und der dazu gehörigen Hofräume	1844	47
1. Dezember.	Geschäfts-Reglement für das O. L. G. in Bromberg	1844	39
4. "	Plen.-Beschl. des Ober-Trib. über die Frage: ob das Recht der Theilnahme an einer Privatgesellschaft als ein Ehrenrecht im Sinne des §. 1 der Verordnung v. 14. Dezember 1833 anzusehen ist	1844	60
15. "	Verf., Anfertigung eines vollständigen Akten-Rotulus in allen zur Entscheidung des Ober-Trib. gelangenden Nichtigkeitsbeschwerdesachen	1844	6
22. "	Verf., ob die Akten von Eisenbahnen, welche zum Theil das Ausland berühren, als inländische Papiere anzusehen sind	1844	7
27. "	Allg. Verf., Empfehlung des Werks „die Geschichte der Quellen des Kirchenrechts der Rheinprovinzen und Westphalen" von Dr. Jacobson	1844	2
27. "	Allg. Verf., Anlegung der Akten in Mandats-, Bagatell- und Injurien-Prozeßsachen	1844	3
29. "	Verf., Requisitionen an Niederländische Gerichte zu Zeugenvernehmungen und Eidesableistungen in Civilsachen	1844	19
1844.			
9. April.	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., Befugniß des überlebenden, mit den Kindern in der Gütergemeinschaft bleibenden Ehegatten zur einseitigen Veräußerung von Grundstücken, nach den Grundsätzen der Münsterschen ehelichen Gütergemeinschaft	1845	52
17. Juni.	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., ob durch die unvordenkliche Verjährung des gemeinen Rechts auch solche Rechte begründet werden können, an denen, als persönlichen, ein juristischer Besitz nicht stattfindet	1845	15
16. August.	Statut des Sterbekassen-Vereins für die Justizbeamten im Departement des O. L. G. zu Königsberg	1845	125
30. September.	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., Verpflichtungen des mahljährigen Wirths bei den nach der Münsterschen Eigenthums-Ordnung zu beurtheilenden Kolonaten, in Bezug auf das während der Interims-Wirthschaft vor der Aufhebung der Leibeigenschaft aus den Mitteln der Stätte erworbene Vermögen	1845	92
21. Oktober.	Regulativ für das Verfahren bei den medizinisch-gerichtlichen Untersuchungen menschlicher Leichname	1845	54
21. "	Nachtrag zu den Statuten des Sterbekassen-Vereins für die Justizbeamten im Depart. des O. L. G. zu Breslau	1845	94
9. November.	Kab.-Ord., Verlust der Dienstauszeichnung für die Landwehr, insofern sie an Offiziere verliehen ist, wegen Vergehungen	1845	4
10. "	Regulativ über die Verwaltung des Kriminalkosten-Fonds bei den Königlichen Gerichtsbehörden	1845	148
27. "	Kab.-Ord., Anstellung der Gerichtsdiener bei Patrimonialgerichten	1845	3
16. Dezember.	Allg. Verf., Verlust der Dienstauszeichnung für die Landwehr, insofern sie an Offiziere verliehen ist, wegen Vergehungen	1845	3

Digitized by Google

Datum der Erlasse ꝛc.	Inhalt.	Jahrgang.	Seite.
1844.			
16. Dezember.	Allg. Verf., Verfahren bei Gehaltsabzügen solcher evangelischer Pfarrer, denen wegen Abnahme der Kräfte ein aus dem Einkommen der Pfarre zu remunerirender Substitut oder Gehülfe bestellt worden ist	1845	6
23. „	Bericht des Staats-Ministeriums wegen Ausübung der Oberaufsicht über Familienstiftungen	1845	26
28. „	Allg. Verf., Anwendung des §. 168 des Anh. zur Allg. Ger.-Ordnung auf die Gehaltsabzüge der Offiziere	1845	11
31. „	Ankündigung des Debits-Komtoirs der Gesetz-Sammlung, den Verkauf der Gesetz-Sammlung betreffend	1845	7
1845.			
11. August.	Kab.-Ord., betreffend die von den Häuptern der vormals reichsständischen Familien in Prozessen über ihre Domainen abzuleistenden Eide	1846	75
5. November.	Verf., Vertretung der Landgemeinden in der Provinz Westphalen in Prozessen derselben durch den Amtmann resp. Vorsteher	1846	14
21. „	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., Rechtsmittel in geringfügigen Polizeisachen	1846	4
5. Dezember.	Kab.-Ord., Pausch-Quantum zur Deckung von Trinkgeldern bei Dienstreisen, wenn die Parteien ein Fuhrwerk gestellt haben	1846	3
18. „	Allg. Verf., Pausch-Quantum zur Deckung von Trinkgeldern bei Dienstreisen, wenn die Parteien ein Fuhrwerk gestellt haben	1846	3
19. „	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., Wechsel der Handlungsfirmen	1846	38
23. „	Verf., Festsetzung der im §. 177 der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 angedrohten Strafen	1846	67
31. „	Verf., Erweiterung der Kompetenz des Land- u. Stadtger. zu Sonnenburg zum Erkennen in Kriminalsachen	1846	11
1846.			
11. Mai.	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., Auslegung der §§. 139, 140, 142—144, Tit. 8 Thl. I. A. L. R.	1847	74
3. September.	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., Auslegung des §. 51 Tit. 51 der Prozeß-Ordnung	1847	54
8. November.	Kab.-Ord., Einleitung gerichtlicher Untersuchungen gegen Inhaber der Polizeigerichtsbarkeit und deren Vertreter	1847	62
11. „	Bekanntmachung. Organisations-Plan für das Land- u. Stadtger. zu Groß-Wanzleben	1847	158
19. „	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., betreffend die Stellung der im §. 10 Nr. 5 der Notariats-Ordnung v. 11. Juli 1845 vorgeschriebenen Versicherung	1847	43
20. „	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., Vernichtung eines Erkenntnisses im Wege der Nichtigkeits-Beschwerde	1847	82
8. u. 27. „	Verf., Kompetenzveränderung der Gerichts-Kommissionen in den Depart. Paderborn, Arnsberg und Justerburg	1847	2
30. „	Statut für die Kreis-Sparkasse in Brakel	1848	71
2. Dezember.	Kab.-Ord., Aufnahme jugendlicher Verbrecher in die an einigen Orten bestehenden Anstalten zur Erziehung und Besserung verwahrloster Kinder	1847	28
2. „	Allg. Verf. des Minist. der geistl. ꝛc. Angelegenheiten und des Minist. des Innern, die Untersagung des Anschlags gerichtlicher Bekanntmachungen an die Kirchthüren	1847	11
11. „	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., Auslegung des §. 169 Tit. 2. Thl. II. A. L. R.	1847	78
11. „	Desgl., Auslegung der §§. 160, 161 der Gesinde-Ordnung vom 8. November 1810	1847	94
29. „	Allg. Verf., Untersagung des Anschlags gerichtlicher Bekanntmachungen an die Kirchthüren	1847	10
1847.			
21. Juni.	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., Verjährungsfristen nach §. 344 Thl. I. Tit. 5. A. L. R.	1848	50
18. Oktober.	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., Anspruch auf Entschädigung für die Aufhebung des Mahlzwangs	1848	131
19. „	Gutachten des Ober-Trib., Auslegung der §§. 10—12 der Verordnung v. 28. Juni 1844	1848	2
30. „	Erkenntniß des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte, Befreiung der Staatsbeamten von Schul-Abgaben	1848	136
3. November.	Erkenntniß des Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Unzulässigkeit des Rechtswegs gegen Anordnungen der Bau-Polizeibehörden	1848	137
6. „	Erk. des Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Zulässigkeit des Rechtswegs bei Streitigkeiten über die Regulirung der Gemeindelasten und Abgaben	1848	112
6. „	Desgl., Regulirung der von den Gemeindemitgliedern zu leistenden Beiträge zu den Gemeindelasten	1848	127
22. „	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., inwiefern der Werth der auf einem Erbzins-Grundstücke von dem Erbzinsmann neu errichteten Gebäude bei Berechnung des Laudemiums in Abzug zu bringen ist	1848	125
27. „	Kab.-Ord., Genehmigung des Nachtrags zu den Statuten des Vereins zur Beförderung des Wohlstandes im Kreise Warburg v. 24. Septbr. 1847	1848	68

Digitized by Google

Datum der Erlasse ꝛc.	Inhalt.	Jahrgang.	Seite.
1847.			
6. Dezember.	Plen.-Beschl. des Ober-Trib. zu Art. 3 Nr. 2 der Verl. v. 6. April 1839	1848	23
6. "	Desgl. zu §§. 15—18 der Verordnung v. 21. Juli 1846	1848	24
6. "	Desgl., Form des Anerkenntnisses des Cessionars von Seiten des Schuldners	1848	121
23. "	Erk. des Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Regulirung der von den Gemeindemitgliedern zu leistenden Beiträge zu den Gemeindelasten	1848	127
23. "	Desgl., Auskäufung eines Kirchenbaues	1848	183
23. "	Desgl., Verpflichtung einer Gemeinde zur Wiederaufnahme einer ausgewanderten und zurückgekehrten Familie	1848	216
1848.			
22. September.	Kab.-Ord., Ressort-Veränderungen in den Gehalts- und Pensions-Angelegenheiten der Offiziere der Land-Gensdarmerie und in den Pensions-Angelegenheiten der Land-Gensdarmen	1849	4
2. November.	Erk. des Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Erhöhung einer als Gnadenbewilligung gewährten Entschädigung	1849	5
2. "	Desgl., Verpflichtung zu Beiträgen zu den Kommunallasten	1849	7
2. "	Desgl., Verbindlichkeit zur Entrichtung der Grundsteuer	1849	11
2. "	Desgl., Unzulässigkeit des Rechtsweges in Prozeßsachen zwischen Unternehmern öffentlicher Arbeiten und den durch Ausführung der letzteren beeinträchtigten Privatpersonen	1849	12
5. Dezember.	Schreiben des Kriegs-Minist., Ressort-Veränderungen in den Gehalts- und Pensions-Angelegenheiten der Offiziere der Land-Gensdarmerie und in den Pensions-Angelegenheiten der Land-Gensdarmen	1849	4
26. "	Allg. Verf., Kostenpflichtigkeit der durch Gesuche um Darlehne aus General-Depositorien veranlaßten Verhandlungen	1849	3
27. "	Kab.-Ord., Geschäftsverwaltung bei dem Justiz-Ministerium	1849	5
28. "	Bekanntmachung, Ressortveränderungen in den Gehalts- und Pensions-Angelegenheiten der Offiziere der Land-Gensdarmerie und in den Pensions-Angelegenheiten der Land-Gensdarmen	1849	4
31. "	Verf., Geschäftsverwaltung bei dem Justiz-Ministerium	1849	5
1849.			
24. März.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Rückgabe oder Entschädigung für den durch eine von der Regierung festgesetzte Alignementslinie abgeschnittenen Grund und Boden	1856	50
2. April.	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., Zulässigkeit der Nomination in Possessorien-Prozessen	1850	19
29. August.	Statuten über die Verleihung einer Gedächtniß-Medaille an die zur Bekämpfung des Aufstandes in Baden im Jahre 1849 verwendete Armee	1850	388
22. Oktober.	Verf. der Verwaltungs-Minist., Verhältniß der Verwaltungsbehörden zu den Friedensrichtern in der Rheinprovinz und das bei Disziplinar-Untersuchungen wider Beamte zu beobachtende Verfahren	1850	119
7. November.	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., Besitznahme der Erben zur Anstellung possessorischer Klagen	1850	22
21. "	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., Begriff und Wesen der strafbaren Beteiligung	1850	6
21. "	Desgl., Ansprüche aus einer Schwängerung, welche an einem Orte, wo Französisches Recht gilt, stattgefunden hat	1850	30
26. "	Bericht des App.-Ger. zu B., Verfahren in Deposital-Angelegenheiten	1850	10
28. "	Erk. des Ober-Trib., Strafe des wiederholten Diebstahls	1850	27
28. "	Cirk.-Verf. des Minist. des Innern, Detention rückfälliger Diebe bis zum Nachweise des ehrlichen Erwerbes resp. der Besserung	1850	75
3. Dezember.	Verf. des Minist. des Innern, Strafe wegen unterbliebener Ab- und Anmeldung der Militairpersonen des Beurlaubtenstands	1850	126
12. "	Erk. des Königl. Ober-Trib., Kriterien des Mordes und des Todtschlags und Anwendung des §. 184 der Verordnung v. 3. Januar 1849	1850	86
15. "	Allg. Verf., Liquidation der in der App lations-Instanz vorhandenen Kosten	1850	5
15. "	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Beitreibung der Grundsteuer	1850	33
15. "	Desgl., Pessessorienklagen gegen Anordnungen der Wege-Polizeibehörden	1850	34
15. "	Desgl., Wiedererstattung gezahlter Stempelsteuer	1850	35
17. "	Allg. Verf., Verfahren in Deposital-Angelegenheiten	1850	10
30. "	Allg. Verf., Bauten an Gerichtslokalien und Berechnung der Baugelder	1850	2
31. "	Allg. Verf., Behandlung der Bestände bei den gerichtlichen Salarien-Kassen	1850	4
1850.			
8. Oktober.	Erk. des Rhein. Revis.- u. Kassationshofes, Waffengebrauch der Grenzaufsichts-Beamten	1851	4
2. November.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Kom.p.-Konfl., Exekutionsverfahren wider Gemeinden in der Rheinprovinz	1851	14

Digitized by Google

Datum der Erlasse ꝛc.	Inhalt.	Jahrgang.	Seite.
1850.			
2. November.	Erk. des Königl. Gerichtsh. z. Entsch. d. Komp.-Konfl., Umfang der Amtspflichten eines Beamten	1851	35
2. "	Desgl., Pfändung der Beamten wegen Klassensteuer-Rückstände	1851	36
2. "	Desgl., Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die von einem Verwaltungs-Chef verhängte Amtssuspension eines zu seinem Ressort gehörenden Beamten	1851	44
2. "	Desgl., Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen baupolizeiliche Anordnungen	1851	59
4. "	Plen.-Beschl. des Ober.-Trib., Vorzugsrecht der bei Berichtigung des Besitztitels für den Vorbesitzer miteingetragenen dinglichen Rechte	1851	6
4. "	Desgl., Verpflichtung zur Alimentation hülfsbedürftiger Verwandten	1851	11
6. "	Erk. des Königl. Ober-Trib., Auslegung des §. 200 Thl. II. Tit. 20 und §. 18 der Einleit. zum Allg. Landr.	1851	23
11. "	Erk. des Königl. Ober-Trib., Gerichtsstand der Militairpersonen in Injurienſachen	1851	30
14. "	Erlaß des Evang. Ober-Kirchenraths, Verfahren gegen Geistliche wegen Verletzung bestehender Landesgesetze	1851	3
18. "	Plen.-Beschl. des Ober-Trib., Auslegung der Cleve-Märkischen Bergordnung	1851	15
27. "	Erk. des Königl. Ober-Trib., Begriff der verheimlichten Niederkunft	1851	34
20. Dezember.	Allg. Verf., Reisekosten und Tagegelder der Königlichen Forstschutz-Beamten in Untersuchungen wegen dienten Holzdiebstahls	1851	2
21. "	Allg. Verf., Vorladung der Gensdarmen zu ihrer gerichtlichen Vernehmung als Zeugen	1851	2
24. "	Allg. Verf., gerichtliches Verfahren gegen Geistliche wegen Verletzung bestehender Landesgesetze	1851	3
28. "	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., anderweitige Festsetzung der Beiträge zur Unterhaltung eines Kommunal-Schullehrers	1851	55
28. "	Desgl., Possessorien-Klagen beim Expropriationsverfahren	1851	67
28. "	Desgl., Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen polizeiliche Verfügungen	1851	68
28. "	Desgl., Ansprüche von Beamten und Militairpersonen wegen entgegener Dienstemkünfte	1851	78
28. "	Desgl., Streitigkeiten wegen Betriebes der Gast- und Schankwirthschaft	1851	154
30. "	Allg. Verf., Einzahlung der Kautionen der Justizbeamten und Berichtigung der Kautionszinsen	1851	10
1851.			
4. Juni.	Instruktion der Schles. General-Landschafts-Direktion über die Ausführung des Regulativs v. 11. Mai 1849	1852	220
12. "	Cirk.-Verf. des Minist. der geistl. ꝛc. Angelegenheiten, Reisekosten der Kreis-Medizinalbeamten in gerichtlichen Partei- und Untersuchungssachen	1853	158
9. September.	Justr. des Just.-Minist. zu dem Gesetze v. 9. Mai 1851	1852	137
10. "	Justr. des Just.-Minist. zu dem Gesetze v. 10. Mai 1851	1852	114
11. "	Justr. des Just.-Minist. zu dem Gesetze v. 11. Mai 1851	1852	152
12. "	Justr. des Just.-Minist. zu dem Gesetze v. 12. Mai 1851	1852	142
25. "	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Entschädigungsansprüche für die Bewachung Königlicher Kassen	1853	3
25. "	Desgl., Entrichtung von Bürgerrechtsgeldern	1853	26
25. "	Desgl., Verpflichtung der dissigen Judenschaft, zu den jüdischen Gemeindelasten beizutragen, und exekutivische Einziehung derselben im Verwaltungswege	1853	31
25. "	Desgl., Entrichtung einer Kommunal-Einkommensteuer	1853	42
11. November.	Erk. des Rhein. Revis.- und Kassationshofes, Versendung von Druckſachen mit der Post unter Kreuzband	1852	7
22. "	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Kompetenz der General-Kommissionen bei Streitigkeiten über die Zahlung rückständiger Real-Abgaben	1852	5
22. "	Desgl., Vertheilung der Schullehrer-Abgaben	1852	13
22. "	Desgl., Ansprüche auf Schadensersatz bei Kriegsschäden	1852	18
22. "	Desgl., Entschädigungsansprüche aus einer Besitzstörung	1852	60
22. "	Desgl., Befugniß der landwirthschaftl. Spruchbehörden zur Einleitung des Kompetenz-Konflikts und Zulässigkeit des Rechtsweges über die von den Auseinandersetzungsbehörden bestätigten Rezesse	1852	98
22. "	Desgl., Befugniß der Forstbeamten zum Waffengebrauch gegen Holzdiebe	1853	351
1. Dezember.	Plen.-Beschl. des Königl. Ober-Trib., Befugniß einzelner Korrealberechtigten, von den Verpflichteten Rechnungslegung zu verlangen	1852	3
1. "	Desgl., Verpflichtung des Jagdberechtigten zum Ersatze des Wildschadens im Herzogthum Westphalen	1852	11

Digitized by Google

Datum der Erlasse ꝛc.	Inhalt.	Jahrgang.	Seite.
1851.			
3. December.	Erk. des Königl. Ober-Trib., Auslegung des §. 219 des Strafgesetzbuchs	1852	27
8. "	Kab.-Ord., Ermächtigung des Just.-Minist. zur Genehmigung von Arrogationen und Adoptionen in den Hohenzollernschen Landen	1852	2
15. "	Plen.-Beschl. des Königl. Ober-Trib., Rechte der unter dem Versprechen der Ehe geschwängerten Frauenzimmer gegen die Erben des Schwängerers	1852	22
16. "	Erk. des Rhein. Revis.- und Kassationshofes, Festsetzung der Strafe bei dem Zusammentreffen mehrerer Verbrechen	1852	29
28. "	Verf., Ermächtigung des Just.-Minist. zur Genehmigung von Arrogationen und Adoptionen in den Hohenzollernschen Landen	1852	2
29. "	Allg. Verf., Mittheilungen der Staatsanwaltschaft in Untersuchungssachen gegen Militair-Invaliden, welche im Civildienste angestellt sind	1852	2
1852.			
22. März.	Kab.-Ord., Dienstverhältnisse der Schutzmänner und Wachtmeister der Berliner Schutzmannschaft	1855	158
5. Oktober.	Erk. des Revis.- und Kassationshofes, strafbare Verleitung zu Verbrechen und Vergehen	1853	57
12. "	Erk. des Revis.- und Kassationshofes, Begriff der Urkundenfälschung	1853	41
22. "	Erk. des Königl. Ober-Trib., Radfelgenbreite der Frachtfuhrwerke auf den Kunststraßen	1853	140
22. "	Plen.-Beschl. des Königl. Ober-Trib., Thatbestand des betrügerischen Bankerotts	1853	218
30. "	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Entrichtung von Chausseegeldern und Höhe derselben	1853	27
30. "	Desgl., Holzberechtigungen der Hausbesitzer	1853	36
30. "	Desgl., Eigenthum an den zu Gemeindewegen verwendeten Grundstücken	1853	58
30. "	Desgl., über die Frage, ob ein Weg als ein öffentlicher anzusehen ist	1853	59
30. "	Desgl., Landesherrlich genehmigte Beschlüsse der Kreisstände über Beiträge zu Wegebauten	1853	67
30. "	Desgl., Forderungen der Gemeindebeamten wegen entzogener Dienstleistungen	1853	83
30. "	Desgl., Benutzung der von den Eisenbahn-Gesellschaften zum Vortheil der angrenzenden Grundstücke angelegten Wege	1853	91
17. November.	Superarbitrium der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen, betreffend den Begriff der „Krankheit" oder „Arbeitsunfähigkeit" im Sinne des §. 193 des Strafgesetzbuchs	1853	48
24. "	Instruktion für die Polizeianwalte	1853	10
1. Dezember.	Kab.-Ord., Ueberweisung der zur Einsperrung in eine Besserungs-Anstalt verurtheilten Angeschuldigten an Privatvereine oder an geeignete Privatpersonen	1853	38
6. "	Plen.-Beschl. des Königl. Ober-Trib., Beitragspflicht der Kirchenpatrone zu Kirchen- und Pfarrbauten in der Niederlausitz	1853	38
11. "	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., rechtliche Folgen des Austritts aus dem jüdischen Korporationsverbande in der Provinz Posen	1853	85
11. "	Desgl., Zahlung von Equipage- und Pferdegeldern an Königliche Polizeibeamte	1853	87
11. "	Desgl., baupolizeiliche Anordnungen der Obrigkeit	1853	92
11. "	Desgl., Verbindlichkeit zur Entrichtung der städtischen Einkommensteuer	1853	379
18. "	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Wegeanlagen und Erstattung des dadurch erlittenen Schadens	1853	53
18. "	Desgl., Einziehung von Straßen-Reparaturkosten im administrativen Wege	1853	95
18. "	Desgl., Theilnahme an den Gemeindenutzungen in der Rheinprovinz	1853	99.125
18. "	Desgl., Ausübung der von einer Kommunalbehörde in Westphalen verpachteten Jagdgerechtigkeit	1853	111
18. "	Desgl., Festsetzung von Chaussee-Kontraventionsstrafen und Ausübung einer Wegegerechtigkeit	1853	139
20. "	Plen.-Beschl. des Königl. Ober-Trib., Beglaubigung der Handzeichen von Analphabeten bei Aufnahme von Notariats-Instrumenten mit denselben	1853	54
22. "	Verf., Unzulässigkeit des öffentlichen gerichtlichen Verkaufs verbotener Waffen und anderer Sachen, mit welchen gesetzlich kein Handel getrieben werden darf	1853	48
29. "	Allg. Verf., Vertehr mit der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse und der Büreau-Kasse des Justiz-Ministeriums	1853	2
30. "	Kab.-Ord., Rehabilitation nicht in Militairverhältnissen stehender Personen	1853	122
1853.			
1. Februar.	Cirk.-Verf. des Königl. Kriegs-Minist., Einziehung der Militair-Invaliden-Pensionen in Folge der Verübung strafbarer Handlungen	1854	358
22. "	Verf., Kompetenz der Voluntärgerichte im Bezirk des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein	1854	51
9. Mai.	Erk. des Königl. Ober-Trib., Bestrafung des Diebstahls in einem bewohnten Gebäude zur Nachtzeit	1854	12

Digitized by Google

Datum der Erlasse ꝛc.	Inhalt.	Jahrgang.	Seite.
	1853.		
10. Mai.	Nachtrag zu den Statuten des Pensions-Vereins der Rechtsanwalte im Bezirk des Königl. Appell.-Ger. zu Frankfurt a. d. O.	1855	10
7. September.	Erk. des Königl. Ober-Trib., Verfahren, wenn in zweiter Instanz neue Thatsachen und Beweismittel beigebracht werden	1854	161
14. "	Erk. des Königl. Ober-Trib., Begriff des Wortes „Urkunde"	1854	67
22. Oktober.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Zuständigkeit der General-Kommissionen zur Verhandlung und Entscheidung von Streitigkeiten über rückständige Prästationen in den bei ihnen schwebenden Auseinandersetzungen	1854	7
26. "	Erk. des Königl. Ober-Trib., Auslegung des §. 35 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851	1854	78
28. "	Erk. des Königl. Ober-Trib., Anwendung der Rückfallsstrafen bei Steuer-Defraudationen	1854	3
2. November.	Erk. des Königl. Ober-Trib., Abweichung von der thatsächlichen Feststellung des ersten Urtels in der Appellations-Instanz	1854	14
4. "	Erk. des Königl. Ober-Trib., Auslegung der §§. 44 und 144 No. 3 des Strafgesetzbuchs	1854	5
10. "	Verf. des Königl. Ober-Trib., Bestrafung der Follbergeben	1854	82
16. "	Erk. des Königl. Ober-Trib., Fragestellung an die Geschworenen	1854	15
16. "	Desgl., Frist bei Einlegung der Nichtigkeitsbeschwerde in Untersuchungen	1854	20
22. "	Verf., Kompetenz der Voluntärgerichte im Bezirk des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein	1854	51
25. "	Erk. des Königl. Ober-Trib., Verpflichtung des Richters, die Entscheidung auf Anträge des Angeklagten wegen Vernehmung von Entlastungszeugen in das Protokoll aufzunehmen	1854	6
26. "	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Befugniß des Ober-Staatsanwalts zur Einlegung des Komp.-Konfl. und Unzuständigkeit des Rechtsweges über die Gesetzmäßigkeit oder Nothwendigkeit einer polizeilichen Beschlagnahme	1854	16
26. "	Desgl., Verfahren bei Mißbilligung eines von der Gemeindevertretung geschlossenen Jagdverpachtungs-Vertrages	1854	21
26. "	Desgl., Entschädigung wegen polizeilicher Anordnungen, welche von der vorgesetzten Behörde als unzulässig wieder aufgehoben worden	1854	23
26. "	Desgl., Wiederherstellung eines in Folge polizeilicher Anordnung niedergerissenen Anbaues	1854	35
26. "	Desgl., exekutivische Einziehung von Pfarr-Abgaben, welche auf notorischer Ortsverfassung beruhen	1854	45
26. "	Desgl., Beiträge zum Synagogenbau in der Rheinprovinz	1854	71
26. "	Desgl., Streitigkeiten über die Nothwendigkeit von Pfarr- und Kirchenbauten	1854	94
26. "	Desgl., Einziehung von Kirchen-Abgaben	1854	95
2. Dezember.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Befugniß des Just.-Minist., einer nicht vollstreckbaren Freiheitsstrafe eine Geldstrafe zu substituiren	1854	81
5. "	Plen.-Beschl. des Königl. Ober-Trib., Vermuthung der gezahlten Valuta bei hypothekarischen Schuld-Instrumenten	1854	38
5. "	Desgl., Ansprüche der Hypothekengläubiger auf die Feuerversicherungsgelder des zur Hypothek bestellten abgebrannten Gebäudes	1854	63
7. "	Plen.-Beschl. des Königl. Ober-Trib., Gesetzeskraft der Ermländischen Landes-Ordnung vom 4. Juli 1766	1854	11
7. "	Erk. des Königl. Ober-Trib., Versuch der Verleitung zum Meineide	1854	20
7. "	Desgl., Verfahren, wenn in zweiter Instanz in Untersuchungssachen neue Thatsachen und Beweismittel beigebracht werden	1854	161
8. "	Erk. des Königl. Ober-Trib., Verfahren in der Appellations-Instanz bei Preßvergehen	1854	42
8. "	Desgl., Nichtigkeit des Erkenntnisses, wenn der Appellationsrichter ohne Erneuerung oder Wiederholung der Beweisaufnahme von der thatsächlichen Feststellung des ersten Richters abweicht, und Fortdauer der Vorschrift der Allg. Ger.-Ord. Thl. I. Tit. 22 §. 33	1854	87
8. "	Desgl., Thatbestand der strafbaren Verleitung zum Meineide	1854	88
12. "	Erk. des Königl. Ober-Trib., Begriff der Unterschlagung	1854	90
12. "	Desgl., Anwendbarkeit des §. 43 Nr. 2 der Feld-Polizei-Ordnung v. 1. November 1847	1854	92
14. "	Erk. des Königl. Ober-Trib., die Feststellung der im Strafgesetze nicht hervorgehobenen Thatsachen, welche auf die Abmessung der Strafe von Einfluß sind, gehört dem Schwurgerichtshofe, nicht den Geschworen	1854	182
15. "	Verf., Kompetenz der Voluntärgerichte im Bezirke des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein	1854	52
17. "	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Unzulässigkeit des Rechtsweges über die von der betreffenden Dienstbehörde angeordnete Entlassung eines widerruflich angenommenen Beamten aus seinem dienstlichen Verhältnisse	1854	83
17. "	Desgl., Kompetenz der General-Kommissionen zur Regulirung der auf Mühlengrundstücken haftenden Abgaben	1854	121

Digitized by Google

Datum der Erlasse ꝛc.	Inhalt.	Jahrgang.	Seite.
1853.			
17. Dezember.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Beiträge für die Gemeindeschule auf Grund eines speziellen Rechtstitels	1854	122
17. "	Desgl., Verbindlichkeit zur Unterhaltung einer Landstraße	1854	130
17. "	Desgl., Gemeindebeiträge zu den Kosten des jüdischen Kultus in Westphalen	1854	131
31. "	Allg. Verf., Art der öffentlichen Bekanntmachung des Anfangs- und des End-Termins der Gerichtsferien	1854	50
1854.			
26. April.	Erk. des Königl. Ober-Trib., Anrechnung einer erlittenen Untersuchungshaft auf die zuerkannte Strafe	1855	95
12. Mai.	Erk. des Königl. Ober-Trib., Anrechnung einer erlittenen Untersuchungshaft auf die zuerkannte Strafe	1855	95
7. Oktober.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Ansprüche der bei Abschätzung der Mobilmachungspferde zugezogenen Taxatoren auf Diäten und Reisekosten	1855	7
7. "	Desgl., Anordnungen der Verwaltungsbehörden über die Benutzung, Theilung und Verwaltung der Begräbnißplätze für verschiedene Konfessionen	1855	13
7. "	Desgl., Ansprüche an den Staat aus dem im Jahre 1807 von der Französischen Verwaltung vorgenommenen Verkauf von Tontinairenten	1855	18
7. "	Desgl., Ordnungsstrafen wegen unterlassener Abänderung eines vorgenommenen Baues	1855	35
7. "	Desgl., städtische Kommunal-Abgaben, welche vom Magistrat ausgeschrieben und von der vorgesetzten Regierung genehmigt sind	1855	43
12. "	Erk. des Königl. Ober-Trib., Auslegung des §. 269 des Strafgesetzbuchs, den Mißbrauch fremder Waarenbezeichnung betreffend	1855	4
26. "	Erk. des Königl. Ober-Trib., Bestrafung der Störung der Sonntagsfeier	1855	12
6. November.	Plen.-Beschl. des Königl. Ober-Trib., Nachweis der Verpflichtung zur Zahlung von Besitzveränderungs-Abgaben in Desistentenfällen	1855	2
16. "	Erk. des Königl. Ober-Trib., Bestrafung des Versuchs der Vergiftung durch relativ untaugliche Mittel	1855	34
20. "	Plen.-Beschl. des Königl. Ober-Trib., Form der Uebergabe des Besitzes durch bloße Willenserklärung beim Kaufvertrage	1855	23
23. "	Erk. des Königl. Ober-Trib., Verantwortlichkeit der Fabrikherren für die Annahme jugendlicher Arbeiter durch den Werkmeister	1855	27
23. "	Desgl., die Einsperrung in einem Arbeitshause nach ausgestandener Strafe ist für eine Freiheitsstrafe im engeren Sinne des Gesetzes nicht zu achten	1855	65
30. "	Beschluß des Königl. Ober-Trib., Begriff der Meuterei unter Gefangenen	1855	61
4. Dezember.	Plen.-Beschl. des Königl. Ober-Trib., inwiefern Jemand aus einem schriftlichen Vertrage verpflichtet wird, welcher nicht von ihm, sondern in seinem Auftrage von einem Andern mit seinem Namen unterschrieben worden ist	1855	30
4. "	Desgl., Vermuthung aus der Quittungsleistung über das Kapital für die erfolgte Berichtigung der rückständigen Zinsen	1855	38
11. "	Erk. des Königl. Ober-Trib., Anwendung des §. 325 des Strafgesetzbuchs bei Unterschlagungen der Beamten	1855	335
14. "	Erk. des Königl. Ober-Trib., Folgen der verweigerten Zeugenauflage nach dem Rheinischen Recht	1855	20
16. "	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., polizeiliche Beschlagnahme von Sachen	1855	51
16. "	Desgl., Natur der in einigen Städten der Mark Brandenburg zu entrichtenden Urbede	1855	58
16. "	Desgl., Kompetenz-Konflikt gegen Friedensgerichts-Urtheile letzter Instanz	1855	74
16. "	Desgl., Streitigkeiten zwischen einer Gemeinde und einem Gemeindebeamten	1855	81
16. "	Desgl., Entschädigungs-Ansprüche wegen Verfassung von Schutzanlagen bei Eisenbahnen	1855	88
16. "	Desgl., Verbindlichkeit des Fiskus zur Unterhaltung von Brücken	1855	89
16. "	Desgl., inwiefern gegen Beamte aus Handlungen oder Aeußerungen bei Ausübung ihres Amtes eine Injurienklage angestellt werden kann	1855	129
21. "	Erk. des Königl. Ober-Trib., Diebstahl an Borke	1855	79
21. "	Desgl., Zustellung von Vorladungen an den Beschuldigten in Uebertretungs- und Zuchtpolizeisachen	1855	86
1855.			
10. März.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Berechtigung des Staats, als Beihülfe zu der ihm obliegenden Unterhaltung der Landstraßen Hand- und Spanndienste von den Einwohnern der Umgegend zu fordern	1856	11

Digitized by Google

Datum der Erlasse ꝛc.	Inhalt.	Jahrgang.	Seite.
1855.			
22. September.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entscheidung der Komp.-Konfl., Streitigkeiten über solche zur Kommunalkasse fließende Einnahmen, welche auf Grund eines geschlossenen Vergleichs erhoben werden	1856	4
22. „	Desgl., Berechtigung des Staats, als Beihülfe zu der ihm obliegenden Unterhaltung der Landstraßen Hand- und Spanndienste von den Einwohnern der Umgegend zu fordern	1856	13
22. „	Desgl., Anordnungen der Polizeibehörde in Bau-Angelegenheiten	1856	20
6. Oktober.	Erk. des Königl Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Streitigkeiten einer Schulgemeinde über die Benutzung von Privatwegen zur Anfuhr von Holz oder Naturalien für die Schule	1856	14
6. „	Desgl., Anordnungen der Polizeibehörde wegen Instandsetzung eines öffentlichen Weges	1856	23
6. „	Desgl., inwiefern gegen Beschlüsse der Kreisstände über Beiträge zu Wegebauten ein Einspruch im Wege Rechtens zulässig ist	1856	29
6. „	Desgl., Repartition der Einquartierungslast	1856	63
19. „	Erk. des Königl. Ober-Trib., Disziplinar-Untersuchungen wider Rechtsanwalte und Notare	1856	4
20. „	Erk. des Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Abgaben, welche derzeitige Orts- oder Bezirksverfassung an einen Kirchenbeamten zu entrichten sind	1856	7
20. „	Desgl., Zulässigkeit des Rechtswegs, wenn ein Beamter behauptet, von der ordentlichen Parochie seines Wohnortes eximirt zu sein	1856	43
20. „	Desgl., inwiefern bei Defekten von Kassenbeamten gegen dritte Personen, welche als Bürgen oder Kautionssteller verhaftet sind, der Rechtsweg zulässig ist	1856	68
24. November.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Rückgabe oder Entschädigung für den durch eine von der Regierung festgesetzte Alignementslinie abgeschnittenen Grund und Boden	1856	50
24. „	Desgl., Streitigkeiten über Weidegangsgeld in der Rheinprovinz	1856	54
24. „	Desgl., Beschränkung der amtlichen Befugnisse der Forstbeamten auf das ihnen angewiesene Jagdrevier	1856	59
30. „	Erk. des Königl. Ober.-Trib., Bestrafung der Beleidigungen gegen Gutsbesitzer, denen die örtliche Polizeiverwaltung zusteht	1856	40
12. Dezember.	Erk. des Königl. Ober-Trib., Vorladung des Angeklagten zum Audienztermin zweiter Instanz	1856	42
17. „	Erk. des Königl. Ober-Trib., Stellung und Beantwortung der Fragen in Schwurgerichtssachen, wenn die Anklage erschwerende Umstände umfaßt	1856	27
20. „	Erk. des Königl. Ober-Trib., Fassung des Ausspruchs der Geschworenen, wenn das Strafgesetz mehrere von einander verschiedene Thätigkeiten zusammenfaßt und mit Strafe bedroht	1856	18
30. „	Allg. Verf., Stellung und Beantwortung der Fragen in Schwurgerichtssachen, wenn die Anklage erschwerende Umstände umfaßt	1856	2
31. „	Allg. Verf., Erweiterung des Asservatenverfahrs bei den Gerichtskommissionen	1856	3
1856.			
12. Januar.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Verfolgung von Amtsüberschreitungen eines Bürgermeisters	1857	397
24. „	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Verfolgung von Lehrern wegen Ueberschreitung des Züchtigungsrechts	1858	75
23. Februar.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Verfolgung von Amtsüberschreitungen eines Oberförsters	1857	400
23. „	Desgl., Verfolgung der Amtsüberschreitungen eines Bürgermeisters	1857	405
8. März.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Verfolgung von Amtsüberschreitungen des Pförtners eines Krankenhauses	1857	406
8. „	Desgl., Verfolgung der Amtsüberschreitungen eines Gerichtsschulzen	1857	408
5. April.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Verfolgung von Amtsüberschreitungen eines Dorfschulzen	1857	412
5. „	Desgl., Verfolgung von Lehrern und Geistlichen wegen Ueberschreitung des Züchtigungsrechts	1858	cf. 68
27. September.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch der Komp.-Konfl., inwiefern die Erhebung des Komp.-Konfl. zulässig ist, wenn gegen eine polizeiliche Strafverfügung auf richterliche Entscheidung provozirt wird	1857	5
27. „	Desgl., Verfolgung von Amtsüberschreitungen eines Polizeidieners	1857	413
27. „	Desgl., Verfolgung von Amtsüberschreitungen eines Bürgermeisters	1857	428
4. Oktober.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Einforderung rückständiger Schulabgaben, wenn der Einwand der Befreiung von dieser Verbindlichkeit erhoben wird	1857	6
4. „	Desgl., Kompetenz der Auseinandersetzungsbehörden in Weide- und Hütungssachen	1857	12

Digitized by Google

Datum der Erlasse ꝛc.	Inhalt.	Jahrgang.	Seite.
1856.			
4. Oktober.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Strafandrohungen zum Zweck der Aufhebung eines Konkubinats	1857	21
4. „	Desgl., Einforderung von Grundzins von Seiten einer städtischen Verwaltungsbehörde	1857	22
4. „	Desgl., Unzulässigkeit der Possessorienklage, wenn ein Weg durch polizeiliche Verfügung für einen öffentlichen erklärt ist	1857	36
4. „	Desgl., Unzulässigkeit der Possessorienklage gegen strompolizeiliche Anordnungen	1857	47
20. „	Plen.-Beschl. des Königl. Ober-Trib., Erwerb von Zollbefreiungen	1857	7
25. „	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Bestreitung der bei Verwaltung des Schulzenamts erforderlichen Ausgaben	1857	54
25. „	Desgl., Unzulässigkeit der Negatorienklage gegen Anordnungen der Landes-Polizeibehörde, welche die Verbindlichkeit des Privatbesitzers einer Wegezollgerechtigkeit betreffen	1857	78
25. „	Desgl., Zulässigkeit des Kompetenz-Konflikts, wenn ein Beamter von der Polizeibehörde durch ein vorläufiges Strafmandat einer Uebertretung für schuldig erklärt worden ist und gegen diese Straffestsetzung auf gerichtliche Entscheidung provoziert	1857	108
25. „	Desgl., Regreßklage gegen einen Polizeibeamten, welcher eine polizeiliche Anordnung getroffen hat	1857	110
25. „	Desgl., Einwand der Verjährung gegen die Entrichtung öffentlicher Abgaben	1857	117
25. „	Desgl., Streitigkeiten über Natural- und Geldprästationen, welche an Geistliche zu entrichten sind und auf altem Herkommen beruhen	1857	119
25. „	Desgl., Verbindlichkeit zur Entrichtung des Einzugsgeldes	1857	173
25. „	Desgl., Räumung eines Privatflusses	1857	175
25. „	Desgl., Verfolgung von Amtsüberschreitungen eines Dorfschulzen	1857	415
25. „	Desgl., Verfolgung von Amtsüberschreitungen eines Amtmanns	1857	422
19. November.	Erk. des Königl. Ober-Trib. über die Strafbarkeit der Hülfeleistung bei Probearbeiten	1857	51
20. „	Verf. des Königl. Ober-Trib., Verfahren der Staatsanwaltschaft bei Vergehen, welche zur Kompetenz des Einzelrichters gehören	1857	12
22. „	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Entschädigungsansprüche an den Staat wegen aufgehobener Brücken- oder Fährgeld-Gerechtigung	1857	126
22. „	Desgl., Beiträge zur Deckung eines von dem Gemeinde-Steuereinnehmer gemachten Defekts	1857	157
22. „	Desgl., Kosten des Baues einer Straße, resp. Anlegung und Instandsetzung einer bereits bestehenden Straße	1857	167
22. „	Desgl., Befreiung der Staatsbeamten zur Zahlung von Kommunalsteuer auf Grund des Gesetzes v. 11. Juli 1822	1857	202. 203
22. „	Desgl., Verfahren der Auseinandersetzungsbehörden bei Zurücknahme des Antrags der Interessenten auf Vollstreckung des Rezesses	1857	207
22. „	Desgl., Befreiung von Schuldbeiträgen, welche auf eine durch Privilegium gewährte Immunität gegründet ist	1857	218
22. „	Desgl., Verfolgung wegen Amtsüberschreitung, wenn sich zwei Polizeiverwalter über das Gericht von der Verletzung des Briefgeheimnisses durch einen Postbeamten Mittheilung machen	1857	423
22. „	Desgl., Verfolgung von Geistlichen wegen Ueberschreitung des Züchtigungsrechts	1858	71
4. Dezember.	Kab.-Ord., Verfahren, wenn gegen Personen des Soldatenstandes auf zeitige Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt ist	1857	2
4. „	Erk. des Königl. Ober-Trib. über den Begriff des §. 272 des Strafgesetzbuchs	1857	11
11. „	Erk. des Königl. Ober-Trib., Fortdauer der Verordnung der Oesterreichisch-Bayerischen Landes-Administrations-Kommission zu Worms vom 20. April 1816 in Betreff des Verkaufs von Gas- oder Loosholz	1857	43
15. „	Plen.-Beschl. des Königl. Ober-Trib., inwiefern der Civilrichter bei Entschädigungsklagen aus strafbaren Handlungen an die Feststellungen des Strafrichters gebunden ist	1857	59
17. „	Beschl. des Königl. Ober-Trib., Gerichtsstand in Untersuchungssachen durch Prädention	1857	19
18. „	Erk. des Königl. Ober-Trib., Anwendung des §. 243 Nr. 6 des Strafgesetzbuchs	1857	35
18. „	Desgl., Aufhebung der privativen Fährgerechtsame durch das Französische Gesetz v. 28. August 1792 in der Rheinprovinz	1857	53
27. „	Verf., Verfahren, wenn gegen Personen des Soldatenstandes auf zeitige Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt ist	1857	2
27. „	Minist.-Erklärung, betreffend die Uebereinkunft mit der Russischen Regierung über die Mitwirkung der Konsulardienten beider Staaten bei Sicherstellung und Regulirung der Verlassenschaften ihrer Nationalen	1857	75

Digitized by Google

Datum der Erlasse ꝛc.	Inhalt.	Jahrgang.	Seite.
1857.			
7. Januar.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Verfolgung von Lehrern wegen Ueberschreitung des Züchtigungsrechts	1858	75
7. März.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Verfolgung von Lehrern wegen Ueberschreitung des Züchtigungsrechts	1858	77
18. April.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp-Konfl., Befugniß der Regierungen zur Einziehung der in Disziplinar-Untersuchungen wider Verwaltungsbeamte entstandenen Kosten	1858	5
18. „	Desgl., Kirchen-, Pfarr- und Schul-Abgaben in der Rheinprovinz, welche auf notorischer Orts- oder Bezirksverfassung beruhen	1858	47
18. „	Desgl., Verfolgung von Lehrern wegen Ueberschreitung des Züchtigungsrechts	1858	78
30. Mai.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., polizeiliche Anordnungen, welche die Wegschaffung einer die öffentliche Sicherheit oder den Verkehr gefährdenden Anlage betreffen	1858	7
30. „	Desgl., Streitigkeiten darüber, ob ein bestimmtes Holzgrundstück zu der Gemeinschaft der Hubergesellschaft gehört	1858	13
30. „	Desgl., Verfahren, wenn ein Verwaltungsbeamter auf Requisition des Gerichts gegen einen Jagdkontravenienten die Konfiskation der von demselben gebrauchten Jagdgeräthe vollstrecken läßt	1858	15
30. „	Desgl., Verpflichtung der Staatsbeamten zur Versicherung seiner Ehefrau bei der Allg. Wittwen Verpflegungsanstalt	1858	132
26. Juni.	Erk. des Königl. Ober-Trib., Unzulässigkeit des Mandatsverfahrens bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle	1858	90
4. Juli.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Streitigkeiten darüber, welchem von mehreren Armenverbänden die Verpflegung eines Armen obliege	1858	61
4. „	Desgl., Beiträge zur Entkumpfung einer Wiese in der Rheinprovinz	1858	103
4. „	Desgl. über die Zulässigkeit des Rechtsweges gegen einen Polizeibeamten, welcher bei Arretirungen Schimpfworte gebraucht	1859	244
4. „	Desgl. gegen einen Dorfschulzen, welcher sich bei Empfangnahme von Steuerbeträgen Thätlichkeiten erlaubt	1859	245
4. „	Desgl. über die Unzulässigkeit der Entschädigungsklage gegen einen Nachtwachtmeister, welcher eine Arretirung vorgenommen hat	1859	248
24. Oktober.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Fortsetzung der administrativen Exekution wegen rückständiger Beiträge, während der Einlegung des Komp.-Konfl.	1858	109
24. „	Desgl., Entschädigungsansprüche aus polizeilichen Verfügungen	1858	173
24. „	Desgl., Streitigkeiten in der Provinz Schlesien aus Veranlassung der Regulirung der großen Flüsse o. er der zum Schutze der Ufer erforderlichen Wasserbauten	1858	175
24. „	Desgl., Pfarr-Abgaben, welche auf notarischer Ortsverfassung beruhen	1858	178
24. „	Desgl., Unzulässigkeit des Rechtsweges, wenn Jemand seine schulpflichtigen Kinder mit Genehmigung der vorgesetzten Aufsichtsbehörde in eine andere als die Ortsschule schickt	1858	187
24. „	Desgl. über die Zulässigkeit des Rechtsweges, wenn ein Regierungs-Medizinalbeamter bei Revision einer Apotheke beleidigende Aeußerungen macht	1859	250
24. „	Desgl., wenn ein Distrikts-Kommissarius, der von einer Gemeinde um Abhülfe des Nothstandes angegangen wird, Injurien gebraucht	1859	252
24. „	Desgl., über die Unzulässigkeit des Rechtsweges, wenn der Inhaber einer Polizeigerichtsbarkeit einem mit Drohungen gegen seine Person verbundenen Widerstande Gewalt entgegensetzt	1859	254
24. „	Desgl., wenn ein Gefangenaufseher sich Mißhandlungen gegen Gefangene erlaubt	1859	255
4. November.	Erk. des Königl. Ober-Trib., inwiefern ein Diebstahl an der gemeinschaftlichen Sache von Seiten des Miteigenthümers begangen werden kann	1858	26
7. „	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Entscheidung über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit des Rechtsweges von den Gerichten auch durch bloßes Dekret	1858	30
7. „	Desgl., Geldbeiträge, welche von einem Magistrat zur Unterhaltung des Straßenpflasters repartirt sind	1858	126
7. „	Desgl., Pensionirung von Verwaltungsbeamten in den Hohenzollernschen Landen	1858	145
7. „	Desgl., Entschädigungsansprüche aus der polizeilich angeordneten Tieferlegung des Straßendammes bei der Umpflasterung einer Straße	1858	192
7. „	Desgl., Beitragspflicht der Eisenbahn-Gesellschaften in Berlin zur Miethssteuer	1858	193
7. „	Desgl., Natural- und Geld-Prästationen, welche an Geistliche zu entrichten sind und auf altem Herkommen beruhen	1858	195
7. „	Desgl., Befreiung der Rheinschiffer von Einkommen- und Gewerbesteuer	1858	210
7. „	Desgl. über die Zulässigkeit des Rechtsweges, wenn ein Bürgermeister sich bei einer den ihm vorgenommenen Verhaftung wörtliche Beleidigungen zu Schulden kommen läßt	1859	259

Digitized by Google

Datum der Erlasse ꝛc.	Inhalt.	Jahrgang.	Seite.
1857.			
7. November.	Erk. des Königl. Gerichtsh. z. Entsch. d. Komp.-Konfl. über die Unzulässigkeit einer Entschädigungsklage, wenn der Ortsschulze die Stempelung der Atteste eines abziehenden Tagelöhners verweigert	1859	266
21. „	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., Verfolgung von Lehrern wegen Ueberschreitung des Züchtigungsrechts	1858	79
21. „	Desgl., Umwandlung von Gemeindevermögen in Kämmereivermögen	1858	164
21. „	Desgl., Ordnungsstrafen gegen den Rendanten einer Kirchenkasse wegen verweigerter Auszahlung von Auslagen	1858	199
21. „	Desgl., Entschädigungsansprüche für den von dem Eigenthümer eines eingedeichten Grundstücks hergegebenen Grund und Boden	1858	205
21. „	Desgl., Befugniß der Regierungen in der Rheinprovinz zur Einziehung der in Disziplinar-Untersuchungen wider Verwaltungsbeamte entstandenen Kosten	1858	207
21. „	Desgl. über die Zulässigkeit der Injurienklage gegen einen Polizeiverwalter, welcher in einer Gemeindeversammlung gegen ein Mitglied der Gemeinde beleidigende Aeußerungen gebraucht	1859	268
26. „	Erk. des Königl. Ober-Trib., Begriff der Brandstiftung im Sinne des §. 287 des Strafgesetzbuchs	1858	28
30. „	Erk. des Königl. Ober-Trib., Strafbarkeit des vor dem Erlasse der Verordn. vom 27. Novbr. 1857 begangenen Wuchers	1858	43
30. „	Desgl., Bestrafung der Entwendung bereits geernteter Bodenerzeugnisse in geringer Quantität von Feldern oder Wiesen oder aus Gärten	1858	45
3. Dezember.	Erk. des Königl. Ober-Trib., Begriff der frostharen Hehlerei	1858	4
3. „	Desgl., Anmeldung der Rechtsmittel in Untersuchungen bei den Gerichts-Deputationen und Kommissionen	1858	11
4. „	Erk. des Königl. Ober-Trib., Konfiskation ungestempelter Waagen	1858	60
5. „	Kab.-Ord., Wiedereinziehung oder Belassung von Pensionen der im Civildienste wieder angestellten oder beschäftigten versorgungsberechtigten Offiziere und Militairbeamten	1858	66
10. „	Erk. des Königl. Ober-Trib., Erfordernisse bei Einlegung der Nichtigkeitsbeschwerde in Untersuchungen, wegen Uebertretungen durch die Staatsanwaltschaft	1858	59
19. „	Erk. des Königl. Ober-Trib., Verfahren bei Insinuation gerichtlicher Strafurkenntnisse an verhaftete Angeklagte	1858	40
19. „	Desgl., inwiefern ein Postillon für einen öffentlichen Beamten zu erachten ist	1858	74
20. „	Allg. Verf., Verfahren bei Expropriationen in der Rheinprovinz	1858	2
1858.			
9. Januar.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl. über die Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen einen Schulzen, welcher einen Einwohner wegen ungebührlichen Benehmens aus seiner Wohnung entfernt	1859	261
9. „	Desgl. über die Zulässigkeit des Rechtsweges gegen einen Prediger, welcher bei einer Leichenrede Schmähungen über den Verstorbenen einfließen läßt	1859	262
9. „	Desgl. über die Zulässigkeit der Injurien- resp. der Entschädigungsklage gegen einen Bürgermeister, welcher in seiner Eigenschaft als Polizeibehörde bei Gelegenheit einer Recherche Thätlichkeiten verübt	1859	69
9. „	Desgl. über die Zulässigkeit der Injurienklage gegen einen Geistlichen, welcher den Vater eines Schulkindes beschuldigt, lügenhafte Auslagen gemacht zu haben	1859	275
19. Juni.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl. über das Verfahren, wenn das Vermögen eines Gymnasiums oder einer höheren Unterrichtsanstalt nicht ausreicht, um die Pensionen für die Lehrer und Beamten derselben zu berichtigen	1859	34
19. „	Desgl. über die Unzulässigkeit der Besitzstörungsklage gegen Eisenbahngesellschaften, wenn noch vorangegangenem Expropriationsverfahren die Gesellschaft in den Besitz des expropriirten Landes eingewiesen ist	1859	46
23. „	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entscheidung der Komp.-Konfl. über die Verpflichtung zur Zahlung von Kirchensteuern von Seiten der Forensen	1859	7
23. „	Desgl. über die Zulässigkeit des Rechtsweges gegen katholische Geistliche, welche in Vorhaltungen oder Predigten durch beleidigende Aeußerungen die Grenzen ihrer Amtsbefugnisse überschreiten	1859	237
23. „	Desgl., wonach die Injurienklage gegen einen Dorfschulzen zulässig ist, wenn derselbe gegen einen Ruhestörer Schimpfworte gebraucht	1859	271
23. „	Desgl. gegen einen Bürgermeister, welcher sich bei einer polizeilichen Ronde Mißhandlungen zu Schulden kommen läßt	1859	276

Digitized by Google

Datum der Erlasse ꝛc.	Inhalt.	Jahrgang.	Seite.
1858.			
2. Oktober.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl., betreffend die Prozeßfähigkeit von Streitigkeiten über die Entrichtung allgemeiner Staats-Abgaben und Steuern	1859	53
2. „	Desgl. über die Unzulässigkeit der Possessorienklage gegen polizeiliche Anordnungen, durch welche die Benutzung eines streitigen Fußweges im öffentlichen Interesse freigegeben wird	1859	61
2. „	Desgl. über die Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die Anordnung der Regierung, wodurch einer Stadtgemeinde aufgegeben wird, der katholischen Schule derselben Zuschuß aus der Kämmereikasse zu gewähren, wie der evangelischen	1859	77
2. „	Desgl. über die Kompetenz der Auseinandersetzungsbehörden bei Streitigkeiten über die Theilung eines von mehreren Gemeindemitgliedern besessenen Waldes	1859	94
2. „	Desgl. über die Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die Exmission eines Miethers, welcher, dem polizeilichen Verbote zuwider, von dem Eigenthümer eines baufälligen oder feuergefährlichen Hauses aufgenommen worden ist	1859	132
2. „	Desgl. über die Zulässigkeit der Injurienklage gegen einen Gerichtsschulzen, welcher bei Untersuchung eines Straßenunfugs sich Schimpfworte bedient	1859	278
2. „	Desgl. gegen einen Amtmann, welcher in einer Gemeindeversammlung beleidigende Aeußerungen gebraucht	1859	282
2. „	Desgl. gegen einen Gerichtsschulzen, welcher bei einer Amtshandlung beleidigende Aeußerungen gebraucht	1859	283
2. „	Desgl. über die Unzulässigkeit der Injurienklage gegen einen Zollinnehmer, welcher Mittheilung von einer Steuerdefraudation macht, die sich später als unbegründet erweist	1859	286
27. „	Erk. des Königl. Ober-Trib. über die Befugniß der Rechtsanwalte, als Vertheidiger des Angeklagten auch ohne Vollmacht desselben die Appellation anzumelden und zu rechtfertigen	1859	23
30. „	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch der Komp.-Konfl., betreffend die Kompetenz der General-Kommissionen zur Entscheidung von Streitigkeiten über rückständige Abgaben und Lasten und zur exekutivischen Beitreibung derselben in den bei ihnen anhängigen Auseinandersetzungen	1859	85
30. „	Desgl. über die Frage: inwiefern Streitigkeiten über die Verpflegung und Heilung eines fremden Vagabunden dem Rechtswege unterworfen sind	1859	102
30. „	Desgl., inwiefern über die Verbindlichkeit zur Entrichtung des Einzugsgeldes der Rechtsweg stattfindet	1859	107
30. „	Desgl., wonach die General-Kommissionen nicht befugt sind, wegen Uebertretungen, welche in einem dem Auseinandersetzungsverfahren unterliegenden Feld- oder Waldbezirk begangen sind, Strafen festzusetzen	1859	110
30. „	Desgl., inwiefern gegen Festsetzung der Abfindungssumme, welche ein in der Provinz Posen wohnender Jude bei Verlegung seines Wohnsitzes an den jüdischen Korporationsverband zu zahlen hat, der Rechtsweg zulässig ist	1859	110. 118
30. „	Desgl., inwiefern der Rechtsweg gegen die von der Polizeibehörde festgesetzte Richtung eines Kommunikationsweges zulässig ist	1859	124
30. „	Desgl. über die eigene Ausübung des Jagdrechts des Besitzers eines Grundstücks mit Rücksicht auf den Flächenraum und die Beschaffenheit desselben	1859	141
30. „	Desgl. über die Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Streitigkeiten darüber, ob ein Weg als ein Kommunikationsweg zu erachten sei	1859	148
30. „	Desgl. betreffend die Unzulässigkeit des Rechtsweges über Ansprüche der Staatsdiener wegen entzogener Dienstemkünfte	1859	172
30. „	Desgl. über die Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen polizeiliche Anordnungen, durch welche das Befahren eines Platzes mit Fuhrwerk untersagt wird	1859	211
30. „	Desgl. über die Zulässigkeit der Injurienklage gegen einen Gerichtsschulzen, welcher bei seinen Anordnungen zur Dämpfung eines Brandes Beleidigungen gebraucht	1859	279
1. November.	Plen.-Beschl. des Königl. Ober-Trib., betreffend den Erwerb des Wohnsitzes von Seiten neuanziehender Personen durch Meldung bei der Ortspolizeibehörde	1859	2
13. „	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl. über die Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen Anordnungen der Regierung, wodurch einem Gemeindebeamten eine höhere, als die vom Magistrate kontrahirte Besoldung angewiesen wird	1859	149
13. „	Desgl. über die Befugniß der Polizeibehörde zur Anweisung einer höheren, als der von der Ortsgemeinde bewilligten Unterstützung an einen Ortsarmen	1859	154
13. „	Desgl. über die Frage: inwiefern Privatpersonen Ansprüche aus einem Staatsvertrage gegen einen der dabei betheiligten Staaten im Rechtswege geltend machen können	1859	155

Digitized by Google

Datum der Erlasse ꝛc.	Inhalt.	Jahrgang.	Seite.
1858.			
13. November.	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl. über die Zulässigkeit der Possessorienklage, wenn der Vorsteher einer Schule die Leitung derselben einem Andern kontraktlich übertragt, und der letztere in seinen vertragsmäßigen Rechten von d. Vorsteher der Schule gestört zu sein behauptet.	1859	162
13. „	Desgl. über die Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Ansprüchen der Staatsbeamten auf Gewährung einer Gehaltszulage	1859	188
13. „	Desgl. über die Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Beschwerden wegen Untersagung des Gewerbebetriebes	1859	216
13. „	Desgl. über die Frage: inwiefern der Rechtsweg bei Streitigkeiten wegen Entrichtung von Kirchen-Abgaben zulässig ist	1859	219
13. „	Desgl. über die Unzulässigkeit des Rechtsweges gegen die Einziehung von städtischem Zugangs- und Eintrittsgeld	1859	231
13. „	Desgl. über die Zulässigkeit der Injurienklage gegen einen Bür ermeister, welcher sich bei Verweigerung eines Attestes zugleich Schimpfreden und Thätlichkeiten zu schulden kommen läßt	1859	287
13. „	Desgl., inwiefern Forderungen einer Pfarre für beständige dingliche Abgaben dem Rechtswege unterworfen sind	1859	307
15. „	Regul. des wissenschaftl. Deputation für das Medizinalwesen, betreffend das Verfahren der Gerichtsärzte bei den medizinisch-gerichtlichen Untersuchungen menschlicher Leichname	1859	11
26. „	Erk. des Königl. Ober-Trib., nach welchem ein Agent, welcher die Feuerversicherung eines Immobile vermitteln will, die Konzession derjenigen Regierung dazu haben muß, wo das Immobile liegt	1859	50
1. Dezember.	Verf. des Herrn Ministers der geistl. ꝛc. Angelegenheiten, betreffend die Genehmigung des Regulativs für das Verfahren der Gerichtsärzte bei den medizinisch-gerichtlichen Untersuchungen menschlicher Leichname	1859	16
6. „	Plen.-Beschl. des Königl. Ober-Trib., betreffend die Frist, binnen welcher ein Prinzipal von seinem Verwalter Rechnungslegung zu fordern befugt ist	1859	27
9. „	Erk. des Königl. Ob.-Trib., wonach ein Kreisgericht nicht befugt ist, ein in Rechtskraft übergegangenes Dekret, durch welches dasselbe eine Nichtigkeitsbeschwerde als verspätet zurückgewiesen hat, zurückzunehmen	1859	45
9. „	Desgl. über die Natur der auf eigene Order ausgestellten trockenen Wechsel	1859	58
11. „	Erk. des Königl. Gerichtsh. zur Entsch. der Komp.-Konfl. über Streitigkeiten bei Entrichtung von Pfarr- und Schul-Abgaben	1859	165
11. „	Desgl. über die Frage: inwiefern der Rechtsweg bei Streitigkeiten wegen Aufbringung der Baukosten für Schulgebäude zulässig ist	1859	174
11. „	Desgl. über die Kompetenz der Auseinandersetzungsbehörden im ehemaligen Großherzogthum Berg zur Entscheidung über Servitutberechtigungen in den bei ihnen anhängigen Ablösungen	1859	190
11. „	Desgl., inwiefern der Rechtsweg gegen Anordnungen der Deichbehörden zulässig ist	1859	292
11. „	Desgl., inwiefern Streitigkeiten darüber, welcher von mehreren Armenverbänden die Verpflegung eines Armen zu übernehmen habe, im Rechtswege zu entscheiden sind	1859	332
11. „	Desgl., inwiefern Nutzungsrechte der Gemeindemitglieder zum Gemeindevermögen gehören	1859	367
15. „	Instr. des Herrn Finanz-Ministers über die Einrichtung einer Hauptbuchhalterei bei dem Königl. Finanz-Ministerium	1859	20
24. „	Anweisung des Evangel. Ober-Kirchenraths für die bei den Gerichts-Gefängnissen mit der gottesdienstlichen und der seelsorgerischen Pflege der Gefangenen beauftragten evangelischen Geistlichen	1859	346
28. „	Erk. des Königl. Ober-Trib. über die beträgliche Erhebung eines Postvorschusses durch Quittung auf dem Brief-Kouvert	1859	67

Berichtigung zur chronologischen Uebersicht pro 1854.

Seite VII. Zeile 24. Die Cirkular-Verfügung vom 1. Februar ist vom Jahre 1853 datirt und daher Seite III. einzuschalten.
„ XII. Spalte 1 Zeile 11 statt 11. August muß es heißen 19. August.
„ „ „ 2 Zeile 18 statt 19. November muß es heißen 19. August.
„ XIII. ist einzuschalten: 9. November 1854, Allg. Verf., betreffend die Anwendung einiger Bestimmungen der Assevaten-Instruktion vom 31. März 1837 ..... Seite 410.
„ „ „ „ 10. November 1854. Allg. Verf., betr. die Portofreiheit gerichtlicher Geldsendungen ... Seite 411.

Digitized by Google

III.

Zusammenstellung

der in dem Justiz-Ministerial-Blatt enthaltenen Schreib- und Druckfehler von 1839 bis einschließlich 1859.

Jahrgang.	Seite.	Personal-Veränderungen. Zeile von oben.	Personal-Veränderungen. Zeile von unten.	In den Erlassen ꝛc. Zeile von oben.	In den Erlassen ꝛc. Zeile von unten.	In der Inhalts-Anzeige.	In dem chronologischen Register.	Statt:	Ist zu lesen:	Ist hinzuzufügen.
1839	41	—	—	—	3	—	—	und auf Grund des Gesetzes	auf Grund des Gesetzes.	
„	42	—	—	—	12	—	—	Adjudikator	Adjudikator.	
„	—	—	—	—	13	—	—	Adjudikator	Adjudikatar.	
„	—	—	—	—	18	—	—	als richtig	als nichtig.	
„	43	—	—		19	—	—	Be zir	Bezirke.	
1840	27	1. Spalte 27	—	—	—	—	—	Land- und Stadtgerichts-Registrator Nitsche	Ober-Landesgerichts-Registrator Nitsche.	
„	117	2. Spalte 3	—	—	—	—	—	16. März d. J.	16. März v. J.	
„	133	2. Spalte 4	—	—	—	—	—	Inaressator	Auskultator.	
„	321 ff.	—	—	—	—	—	—	im 30. Stücke statt der Seitenzahlen 317—324	321 bis 328.	
1841	1	—	2. Spalte 2	—	—	—	—	bei dem dortigen Land- und Stadtgericht	bei dem Land- und Stadtgericht in Paderborn.	
„	25	—	2. Spalte 13	—	—	—	—	Land- und Stadtgerichts-Assessor	Ober Landesgerichts-Assessor.	
„	17	—	2. Spalte 6	—	—	—	—	Limburg	Horstmar.	
„	33	2. Spalte 4	—	—	—	—	—	dortigen Ober-Landesgericht	Ober-Landesgericht zu Hamm.	
„	106	2. Spalte 5	—	—	—	—	—	Paderborn	Arnsberg.	
„	189	1. Spalte 8	—	—	—	—	—	Universität	Universität zu Breslau.	
„	286	2. Spalte 5	—	—	—	—	—	Dienstalter v. 5. Septem ber d. J.	Dienstalter v. 11 August d. J.	

Digitized by Google

Jahrgang.	Seite.	Personal-Veränderungen. Zeile: von oben.	Personal-Veränderungen. Zeile: von unten.	In den Erlassen ꝛc. Zeile: von oben.	In den Erlassen ꝛc. Zeile: von unten.	In der Inhalts-Rubr.	In dem chronologischen Register.	Statt:	Ist zu lesen:	Ist hinzuzufügen:
1842	11	—	2. Spalte 5	—	—	—	—	Berlin	Frankfurt.	
„	105	1. Spalte 4	—	—	—	—	—	Magdeburg	Marienwerder.	
„	158	2. Spalte 2	—	—	—	—	—	von Gertmann	Gartmann.	
„	305	2. Spalte 4	—	—	—	—	—	Ober-Landesgerichts-Referendarius	Ober-Landesgerichts-Assessor.	
„	331	—	—	—	—	1 u. 3	—	betreffend die Frage: ob ein Schuldner ohne Konsens seines Gläubigers Realansprüche dritter Personen auf das verpfändete Grundstück in Rubr. II. des Hypothekenbuchs eintragen lassen darf.	betreffend die Gültigkeit der von einem Grundbesitzer übernommenen Verpflichtung, ohne Konsens seines Gläubigers Realansprüche dritter Personen auf das verpfändete Grundstück in Rubr. II. des Hypothekenbuchs nicht eintragen lassen zu wollen.	
„	369	—	—	—	2	—	—	An den Königl. Ersten Präsidenten des Königl. Appellationsgerichtshofes Herrn Schwarz ꝛc.	An die Herren Landgerichts-Präsidenten und Ober-Prokuratoren zu Cöln, Coblenz, Düsseldorf, Elberfeld, Trier, Aachen, Cleve und Saarbrücken.	
„	371	—	—	16	—	—	—	deren Aufenthaltsort unbekannt ist	deren Aufenthaltsort bekannt ist.	
1843	9	—	7	—	—	—	—	Bryander	Dryander.	
„	196	—	—	1	—	—	—	1833	1832.	
1844	1	2. Spalte 9	—	—	—	—	—	Marienwerder	Jastrow.	
„	38	—	—	—	—	2	—	20. Oktober 1791	20. Oktober 1798.	
„	39	—	—	14	—	—	—	20. Oktober 1791	20. Oktober 1798.	
„	81	2. Spalte 2	—	—	—	—	—	Vietsch	Bietsch.	
„	118	—	—	—	—	3	—	alle Sportelreste	alte Sportelreste.	
„	132	—	2. Spalte 5	—	—	—	—	Cöslin	Stettin.	
„	151	2. Spalte 8	—	—	—	—	—	25. Juni d. J.	18. Dezember v. J.	
„	226	2. Spalte 12	—	—	—	—	—	Halberstadt	Benneckenstein.	
„	„	„	2. Spalte 15	—	—	—	—	Halberstadt	Gommern.	
1845	120	—	—	—	3	—	—	3½ Prozent	3½ Prozent.	
„	189	—	—	3	—	—	—	21. Juni 1821	7. Juni 1821.	
1846	66	1. Spalte 1	—	—	—	—	—	Vörbach	Borsbach.	
„	137	—	1. Spalte 11	—	—	—	—	Düllers	Büllers.	
1847	15	—	—	—	2	—	—	requiriret	egequiret.	
„	49	1. Spalte 7	—	—	—	—	—	Bender	Benda.	

Digitized by Google

Seite.	Personal-Veränderungen. Zeile: von oben.	Personal-Veränderungen. Zeile: von unten.	In den Erlassen ꝛc. Zeile: von oben.	In den Erlassen ꝛc. Zeile: von unten.	In der Zu-Reihe.	In dem chronologischen Register.	Statt:	Ist zu lesen:	Ist hinzuzufügen:
233	—	—	—	—	1	—	29. Juli 1847	9. August 1847.	
255	2. Spalte 6	—	—	—	—	—	Der Land- und Stadtgerichts-Rath Klopsch aus Schneidemühl ist zum Direktor ꝛc.	Der Land- und Stadtgerichts-Rath Klopsch aus Schneidemühl, zur Zeit in Schönlanke, ist zum Direktor ꝛc.	
280	—	—	—	10	—	—	zuläßig	angemessen.	
282	—	—	4	—	—	—	uneheliche	eheliche.	
313	—	—	—	6	—	—	dennoch	demnach.	
315	—	—	—	21	—	—	die	der.	
				linder Note					
339	—	—	—	6	—	—	richtiger	wichtiger.	
"	—	—	—	4	—	—	Provinzial	Provinzial.	
"	—	—	—	4	—	—	genug	genug Vorsicht.	
	1. Spalte								
10	6	—	—	—	—	—	Reichenbach	Reichenstein.	
	2. Spalte								
22	15	—	—	—	—	—	Der Justiz-Kommissarius und Notar Stille und der Notar u. Justitiar Zwanziger, beide in Sorau	Der Justiz-Kommissarius und Notar Stille in Sorau (Depart. Ratibor) und der Notar und Justitiar Zwanziger in Sorau (Depart. Frankfurt).	
	1. Spalte								
38	23	—	—	—	—	—	etatsmäßigen Assessor	außeretatsmäßigen Assessor.	
84	—	—	—	17	—	—	zu bemessen und zu beurtheilen	zu bemessen.	
"	—	—	—	14	—	—	Ist das Rechtsmittel bereits gerechtfertigt, so wird nach Ablauf der Beantwortungsschrift vor deren Eingang auf eingehenden Antrag	Ist das Rechtsmittel bereits gerechtfertigt und die Rechtfertigungsschrift zur Beantwortung mitgetheilt, so wird nach deren Eingang, oder nach Ablauf der Beantwortungsfrist auf eingehenden Antrag.	
297	—	—	—	14	—	—	Fuhrwerks nicht haben bedienen können	Fuhrwerks bedienen konnten.	
388	—	—	22	—	—	—	vernommen	genommen.	
364	—	—	4	—	—	—	Warburg und den Kreis Wiedenbrück	Warburg.	
"	—	—	9	—	—	—	ohne Kreis Wiedenbrück	mit Kreis Wiedenbrück.	
481	—	—	—	2	—	—	verneinende	bejahende.	
247	—	—	—	21	—	—	welcher auch das übrige Schreibwerk zu beaufsichtigen hat	welcher auch das Schreibwerk in den einzelnen Büreaus zu beaufsichtigen hat.	
36	—	—	—	19	—	—	drei Jahren	fünf Jahren.	
168	—	—	—	2	—	—	einmonatlicher	viermonatliche.	
218	—	—	—	3	—	—	Kreisgerichte	Kriegsgerichte.	
"	—	—	—	9	—	—	Kreisgerichte	Kriegsgerichte.	

Digitized by Google

Jahrgang.	Seite.	Personal-Veränderungen. Zeile von oben.	Personal-Veränderungen. Zeile von unten.	In den Erlassen ꝛc. Zeile von oben.	In den Erlassen ꝛc. Zeile von unten.	In der Inhalts-Rubr.	In dem chronologischen Register.	Statt:	Ist zu lesen:	Ist hinzuzufügen:
1852	218	—	—	—	18	—	—	Kreisgerichte	Kriegsgerichte.	
„	219	—	—	11	—	—	—	Kreisgerichte	Kriegsgerichte.	
„	372	—	—	—	5	—	—	wenn sich die Partei in Betreff einer Kompetenz-Ueberschreitung des Polizeiverwalters bei der polizeilichen Straffestsetzung beruhigt (§. 6 des Ges.)	wenn sich die Partei bei der polizeilichen Straffestsetzung beruhigt (§. 6 des Ges.).	
1853	75	—	—	—	13	—	—	die Mittheilung	der Mittheilung.	
„	76	—	—	—	9	—	—	Anordnung	Anwendung.	
„	77	—	—	12	—	—	—	Allg. Ger. Ordn.	Allg. Landrecht.	
„	225	1. Spalte 4	—	—	—	—	—	Le Viseur	Leviseur.	
„	251	—	—	—	—	2	—	Kollektioniren	Kollektiren.	
„	409	1. Spalte 5	—	—	—	—	—	Urbani	Schreiner.	
„	417	2. Spalte 6	—	—	—	—	—	Ratibor	Rastenburg.	
1854	66	—	—	—	1	—	—	bejaht	verneint.	
„	—	—	—	—	—	—	VII. Zeile 24 XII.	1. Februar 1854	1. Februar 1853.	
„	—	—	—	—	—	—	1. Sp. Zeile 11 XII.	11. August	19. August.	
„	—	—	—	—	—	—	2. Sp. Zeile 18 XIII	19. November	19. August.	
„	—	—	—	—	—	—		—	—	9. November 1854. Allg. Verf., betreffend die Anwendung einiger Bestimmungen der Asservaten-Instruktion vom 31. März 1837 Seite 410. 10. November 1854. Allg. Verf., betreffend die Portofreiheit gerichtlicher Geldsendungen Seite 411.
1856	203	—	—	12	—	—	—	—	—	hinter Erwerb ein Punkt, so daß mit den Worten „Verträge, welche sich zugleich ꝛc." ein neuer Satz beginnt.

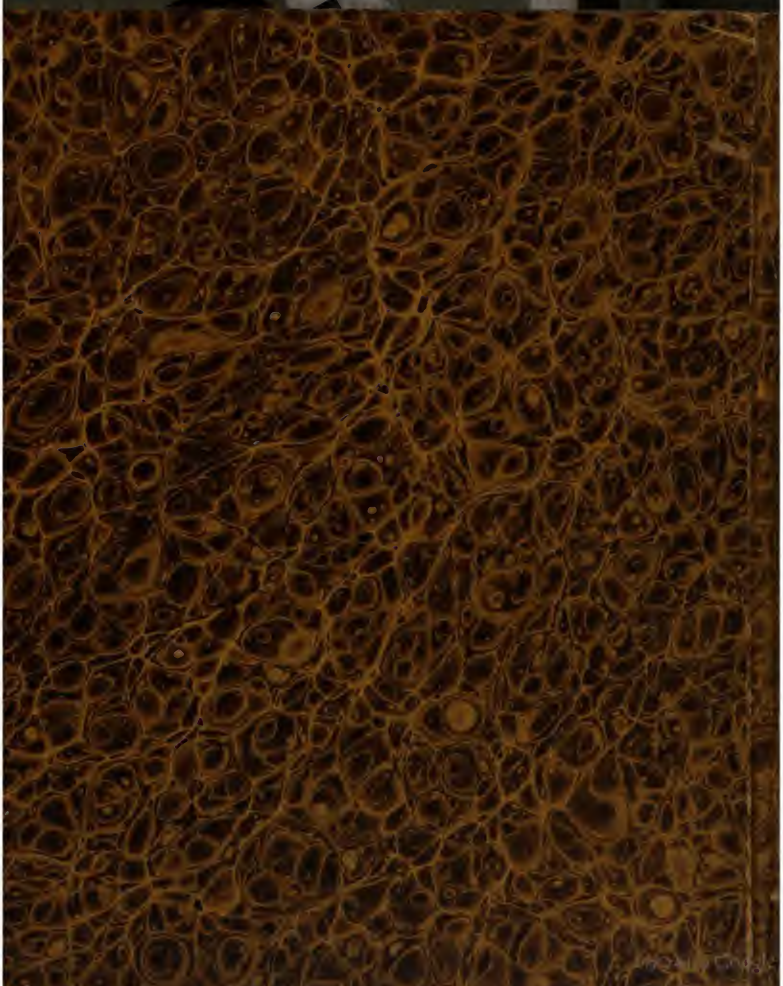
Digitized by Google

Jahrgang.	Seite.	Personal-Veränderungen. Zeile von oben.	Personal-Veränderungen. Zeile von unten.	In den Erlassen ꝛc. Zeile von oben.	In den Erlassen ꝛc. Zeile von unten.	In der Zirkular-Verfügung.	In dem chronologischen Register.	Statt:	Ist zu lesen:	Ist hinzuzufügen:
1857	281	—	1. Spalte 11	—	—	—	—	Die Auskultatoren Hagemeister und Dr. Altmann bei dem Appellationsgericht in Breslau	Der Auskultator Hagemeister ist zum Referendarius bei dem Appellationsgericht in Greifswald, und der Auskultator Dr. Altmann in Breslau zum Referendarius bei dem Kammergericht ernannt worden.	
1858	122	2. Spalte 8	—	—	—	—	—	Eversmann	Eversheim.	
„	151	—	—	21	—	—	—	Hechingen	Ebingen.	
„	201	2. Spalte 12	—	—	—	—	—	Schultze	Schütze.	
„	289	1. Spalte 7	—	—	—	—	—	daselbst	bei dem Appellationsgericht in Hamm.	
„	429	1. Spalte 4	—	—	—	—	—	des rothen Adler-Ordens II. Klasse mit Eichenlaub	des Sterns zum rothen Adler-Orden II. Klasse mit Eichenlaub.	

Berlin, gedruckt in der Königlichen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei (R. Decker).

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google